

Fischer Weltgeschichte

Band 33

Das moderne Asien

**Herausgegeben von
Lucien Bianco**

Daß Europa »nicht mehr die Welt« ist, zeigt die Entwicklung in Asien täglich aufs neue. Kulturrevolution in China, Krieg in Vietnam, Bevölkerungsexplosion und Hungerkatastrophen in Indien, stürmischer industrieller Aufschwung in Japan, Umsturz in Indonesien, Machtergreifung des Militärs in Pakistan – der asiatische Kontinent ist in Bewegung wie kein anderer. Was hier geschieht, wirkt entscheidend auf die Zukunft der Menschheit ein. Dieser Band beschreibt die Vorgeschichte der heutigen Situation. Dazu gehört der Kampf der Völker Asiens gegen die Unterdrückung durch europäische Kolonialherren, gehört der Zweite Weltkrieg, dem im asiatischen Bereich der japanische Imperialismus das Gepräge verlieh, gehört die schwierige Phase des Übergangs aus kolonialer oder halbkolonialer Abhängigkeit in die nationale Selbständigkeit. Die Autoren dieses Bandes beschreiben die wichtigen Stationen, die entscheidenden Ereignisketten dieser Entwicklung, analysieren die Hintergründe und verdeutlichen die gewaltigen Aufgaben, denen sich die zum Teil erst vor kurzem in ihre eigene Geschichte zurückgekehrten Staaten Asiens heute gegenübersehen (Bekämpfung der rapiden Bevölkerungsvermehrung, Beseitigung des Hungers, Auf- und Ausbau von Industrien usw.). Herausgeber ist Lucien Bianco, Directeur d'Etudes an der Ecole Pratique des Hautes Etudes (Paris). Die Professoren Buddruss (Mainz) und Bechert (Göttingen) behandeln Indien und Ceylon; Professor J. Robert und Paul Akamatsu befassen sich mit der jüngsten Geschichte Japans. Professor Lê Thành Khôi schreibt über Südostasien. Den Weg Chinas vom Kaiserreich zur kommunistischen Volksrepublik stellt der Herausgeber selbst dar.

Der Band ist in sich abgeschlossen und mit Abbildungen, Kartenskizzen und einem Literaturverzeichnis ausgestattet. Ein Personen- und Sachregister erleichtert dem Leser die Orientierung.

Der Herausgeber dieses Bandes

Lucien Bianco,

geb. 1930; studierte an der Ecole Normale Supérieure und an der École Nationale des Langues Orientales Vivantes in Paris. 1957 Agrégé d'histoire; 1959–1961 Lehrtätigkeit zunächst in Beauvais, dann in Paris; 1964/1965 Forschungsaufenthalt am East Asian Research Center der Harvard-Universität, USA. Gegenwärtig Directeur d'Études an der École Pratique des Hautes Études (Paris) und Chargé de conférence an der École Normale Supérieure und der Faculté des Lettres et Sciences Humaines in Paris.

Lucien Bianco, dessen Hauptforschungsgebiet die Sozialgeschichte des modernen China ist, verfaßte u.a.: ›Les Origines de la Révolution Chinoise‹, Paris 1967 (deutsch Berlin 1969) und ›La Crise de Sian (décembre 1936)‹.

Mitarbeiter dieses Bandes

Paul Akamatsu (Centre National de la Recherche Scientifique, Paris): Kapitel 3 und 6

Prof. Dr. Heinz Bechert (Universität Göttingen): Kapitel 2 und 11

Dr. Luden Bianco (Ecole Pratique des Hautes Études, Paris): Vorwort, Kapitel 4, Einleitung zu Teil B, Kapitel 7, 12, Ende von Kapitel 13 (S. 281–284), Nachwort

Prof. Dr. Georg Buddruss (Universität Mainz): Kapitel 1, 9 und 10

Prof. Dr. Lê Thành Khôi (Institut d'Etude du Developpement Economique et Social, Paris): Kapitel 5, 8 und 14

Prof. Jacques Robert (Université de Paris-Nanterre): Kapitel 13 (S. 251–281)

Dr. Max P. und Sig Harriès-Kester (München) übersetzten das Vorwort, die Einleitung zu Teil B, die Kapitel 3–8 und 12–14 sowie das Nachwort aus dem Französischen.

Zur Schreibung und Aussprache fremder Wörter und Namen

1. Namen und Begriffe in den Kapiteln 1, 9 und 10

a) Wörter aus dem Sanskrit, Hindi und Arabischen werden in etwas vereinfachter wissenschaftlicher Transkription gegeben. Die Vokale sind ähnlich wie im Deutschen, die Konsonanten ähnlich wie im Englischen auszusprechen:

c = ähnlich wie deutsch *tsch*, engl. *ch*

j = ähnlich wie deutsch *dsch*

q = velares (hinteres) *k*

ś, sh= ähnlich wie deutsch *sch*
v= ähnlich wie deutsch *w*
y= ähnlich wie deutsch *j*
z= ähnlich wie deutsches stimmhaftes *s*.

Ein Strich über den Vokalen *a, i, u* bezeichnet deren Länge; *e* und *o* (in *svadeśī, vande, lok* usw.) sind lang und geschlossen;

im̐ (in *ahim̐sā*) bedeutet nasaliertes *i*. Der Unterschied von □ und □ (Kehlkopfverschluss) in arabischen Wörtern ist für die Aussprache in Indien und Pakistan irrelevant.

b) Eigennamen und einige Termini sind nicht in wissenschaftlicher, sondern allgemein üblicher Schreibung gegeben:

Gandhi (korrekt *Gāndhi*)
Jinnah (korrekt *Jinnāḥ*)
Ayub (korrekt *Ayyūb*)
Liaquat Ali (korrekt *Liyāqat' Alī*)
Dacca (korrekt *Ḍhākā*)
Maharaja (korrekt *Mahārājā*)
Panchayat (korrekt *pañcāyat*) usw.

Bei geographischen Namen sind anglisierte Schreibungen vermieden, wenn sie deutsche Leser zur falschen Aussprache führen könnten.

Panjab (engl.: Punjab) (deutsch: Pandschāb)
Maisur (engl.: Mysore)
Lakhnau (engl.: Lucknow)
Puna (engl.: Poona) usw.

2. Chinesische Namen und Begriffe

Hier wurde die von den anglo-amerikanischen Autoren verwendete Umschrift, die mit gewissen Verbesserungen versehene sog.

Wade-Giles-Transkription, übernommen. Es ist dies das in der westlichen Literatur am weitesten verbreitete System, dem auch die Verfasser von Band 19 der Fischer Weltgeschichte, ›Das Chinesische Kaiserreich‹, folgen. Zu Einzelheiten der Aussprache siehe daher FWG, Bd. 19, Seite 10.

3. Japanische Namen und Begriffe

Das hierbei angewendete Verfahren entspricht dem von Band 20 der Fischer Weltgeschichte, ›Das Japanische Kaiserreich‹. Zur Aussprache siehe FWG, Bd. 20, Seite 6.

Vorwort

›Das moderne Asien‹, von dem hier die Rede ist, umfaßt kaum die Hälfte dieses riesigen Kontinents, nämlich nur Ost- und Südasiens. Dieser 33. Band der Fischer Weltgeschichte behandelt nicht den Nahen und Mittleren Osten, der in Band 15 (*Der Islam II*) dargestellt wird, ebensowenig Zentralasien (vgl. FWG 16, *Zentralasien*) und Sowjetasien (vgl. FWG 31, *Rußland*). Trotz dieser Beschränkung ist der geographische Bereich, um den es in diesem Werk geht (von Tōkyō bis Karachi und von Peking bis Djakarta), immerhin von gut der Hälfte der Menschheit bewohnt. Mehr als alles andere gibt der Bevölkerungsdruck dieser Zone unseres Planeten ihr Einheit; er belastete seine jüngste Geschichte stark, wie er auch auf seine nächste Zukunft einwirken wird.

Dieses so dicht bevölkerte Asien des 20. Jahrhunderts ist das Thema des vorliegenden Buches. Die Einordnung in eine Buchserie zwingt dabei zu gewissen Angleichungen, und der Zeitpunkt, mit dem die Schilderung einsetzt, wechselt in diesem Band je nach dem betreffenden Land: die thematisch mit ihm in Zusammenhang stehenden Bände 17 bis 20 (*Indien, Südostasien, Das Chinesische Kaiserreich, Das Japanische Kaiserreich*) und Band 29 (*Die Kolonialreiche seit dem 18. Jahrhundert*) schließen ihre Darstellung chronologisch unterschiedlich ab. Bei Indien und Ceylon mußte man in unserem Buch bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts zurückgreifen, während man bei China mit dem Jahr 1912 und bei Japan mit dem Jahr 1914 beginnen konnte. Bei Japan konnte man sich zudem mit weniger Seiten begnügen, da Professor Hall sich auch für die jüngste Zeit bereits damit befaßt hat (vgl. FWG 20, Kap. 18–20).

Im Laufe der ersten beiden Drittel des 20. Jahrhunderts haben Süd- und besonders Ostasien wesentlich raschere und einschneidendere Umwandlungen durchgemacht als jedes andere Gebiet der Welt. Zu Beginn des Jahrhunderts lebte der junge Mao Tse-tung in einem vor der christlichen Zeitrechnung entstandenen Kaiserreich, und vor kaum einer Generation waren die hier behandelten Länder zum größten Teil noch Kolonien oder ›Halbkolonien‹, die um ihre Unabhängigkeit kämpften oder eine wenn auch nur partielle Unabhängigkeit sich erhalten wollten. Der Zweite Weltkrieg, der den Zusammenbruch des klassischen Imperialismus beschleunigte – eine neue Form von Imperialismus hat sich inzwischen, getragen von den Vereinigten Staaten von Amerika, zur Geltung gebracht –, bildete den natürlichen Wendepunkt für die Entwicklungen, deren direkten Zusammenhang mit den Problemen der jüngsten Geschichte aufzuzeigen die Absicht der Autoren dieses Bandes ist.

Das Werk umfaßt demgemäß drei Teile, d.h. die Zeit vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg. Der erste Abschnitt schildert die Entwicklung und die zunehmende Erstarkung der Nationalismen, während der zweite deren Sieg zum Thema hat, der durch den Zweiten Weltkrieg begünstigt oder beschleunigt wurde. Dieser begann 1937 in China und Japan und wesentlich später in ganz Südostasien. Aus diesem Zeitunterschied erklärt sich die leichte Verschiebung zwischen den verschiedenen Kapiteln eines Abschnitts, da dieses oder jenes Kapitel die Schilderung 1945 unterbricht, wie es bei Japan der Fall ist, oder 1947

für Indien und 1949 für China, während die Unterbrechung für Vietnam und das übrige ehemalige Französisch-Indochina, für Malaya und Singapur noch später liegt. Der dritte und längste Teil analysiert die Entwicklung in Ost- und Südasiens seit Erlangung der Unabhängigkeit, seit der Revolution oder seit der Niederlage.

Innerhalb dieser Abschnitte haben die verschiedenen Mitarbeiter dieses Bandes die Kapitel über die nationale oder regionale Geschichte geschrieben, also über Japan und Korea, über die chinesische Welt, über den indischen Subkontinent und Ceylon sowie über das kontinentale und das insulare Südostasien.

Diese Art der Darstellung bildet einen Kompromiß und entspricht durchaus einer Entwicklungsstufe der Geschichtswissenschaft. Indem man mit der europäischen Tradition brach, die sich in erster Linie mit den Verbindungen der asiatischen Länder zum Westen befaßte, hat man sich hier bemüht, die inneren Probleme der einzelnen Länder zu erörtern und ihnen den verdienten Platz zuzuweisen.

Trotzdem wäre eine wirkliche Geschichte Asiens noch zu schreiben, welche in globaler Weise die Äußerungen und Wirkungen des Imperialismus in Bombay, Saigon und Batavia (Djakarta) zu betrachten hätte, ebenso die Probleme der Entwicklung und des Bevölkerungszuwachses von Peking bis Colombo, ferner den Nationalismus und die Entkolonialisierung vom Jahre 1905, vom Sieg der Japaner über die Russen an, bis zur Konferenz von Bandung im Jahre 1955. Doch beim gegenwärtigen Stand der Kenntnisse sowohl des Publikums wie auch der Gelehrten, d.h. beim derzeitigen Stand der Forschung, hätte man die Geschichte der einzelnen Nationen nur unter Preisgabe des Gedankens an eine ernsthafte Geschichtsschreibung überspringen können.

Trotz dieser Begrenzung auf den nationalen Rahmen war die Aufgabe der einzelnen Autoren schwer genug, und auf den ausdrücklichen Wunsch verschiedener Mitarbeiter hin machen wir den Leser darauf aufmerksam, daß die Ereignisse notgedrungen summarisch und subjektiv behandelt und ihre Darstellung stark beschränkt werden mußte, trotz des Umfangs der zur Sprache gebrachten Probleme und obwohl über frühere Perioden reichhaltiges Material vorliegt. Material gibt es im Überfluß, aber leider nicht genug dokumentarische Unterlagen, denn die wichtigsten Quellen werden dem Forscher erst nach einer gewissen Zeit zur Verfügung stehen, und die zeitgenössische Geschichtsschreibung ist oft genug ausschließlich auf Zeitungsnachrichten angewiesen.

Wir hoffen, daß der Leser in dieser mit voller Absicht bruchstückhaften Geschichte des modernen Asiens alles wirklich Wesentliche findet; Hinweise für ein weitergehendes Studium der angeschnittenen Probleme enthält die Bibliographie, die innerhalb der auferlegten Beschränkung so umfangreich wie nur möglich ist.

Der Herausgeber

Anmerkung der Redaktion:

Die Manuskripte zu dem vorliegenden Band wurden im Frühjahr 1968 abgeschlossen. Nur in einigen wenigen Nachträgen konnte die Entwicklung bis zum Spätsommer 1969 berücksichtigt werden.

A. Das Erwachen des Nationalismus

1. Indien unter britischer Herrschaft von 1858 bis zum Zweiten Weltkrieg

Der indische Subkontinent ist das nach China bevölkerungsreichste Gebiet der Erde. Seine neuzeitliche Geschichte mit ihrer Vielfalt regionaler Besonderheiten stellt den Historiker vor eine erdrückende Fülle des Stoffes. Ein Versuch, diese Geschichte auf begrenztem Raum im Überblick darzustellen, erfordert Beschränkung auf erkennbare Grundstrukturen und Leitlinien; Auswahl und Vereinfachung sind unvermeidbar. Vieles kann nicht einmal erwähnt werden, so wichtig es auch dem Autor erscheinen mag. Ausgewählte bibliographische Hinweise geben dem Leser die Möglichkeit, den hier sehr eng gezogenen Rahmen zu erweitern.¹

Nach üblichem Sprachgebrauch bezeichnet im folgenden das Wort ›Indien‹ bis 1947 den indischen Subkontinent, politisch gegliedert in Britisch-Indien und über 500 halbautonome indische Fürstenstaaten unter britischer Oberhoheit. Ab 1947 dagegen ist ›Indien‹ der Name der unabhängigen Indischen Union, im Unterschied zu dem neu geschaffenen Staat Pakistan.

I. Innere Entwicklungen in Indien bis zum Ende des Ersten Weltkrieges

Unter der Herrschaft der britischen Krone (1858–1947) und unter dem Schirm der *Pax Britannica* begannen während des 19. Jahrhunderts in Indien bedeutsame geistige Wandlungen. Die Kräfte der konservativen Orthodoxie, die durch die britische Herrschaft Religion und alte Machtstellungen gefährdet sahen und die vorwiegend den Aufstand von 1857 getragen hatten, wirkten zwar weiter. Aber die entscheidenden Impulse kamen nicht aus der blinden Abkehr von der Neuzeit, sondern aus der Bereitschaft, sich westlichen Einflüssen zu öffnen. Als nach anfänglichem Zögern unter der maßgeblichen Mitwirkung des englischen Historikers Baron Macaulay of Rothley (1800–1859) 1835 beschlossen worden war, englische Sprache und Bildung zur alleinigen Grundlage des höheren Erziehungswesens zu machen, begannen Tausende junger Inder auf neu gegründeten Schulen und Universitäten Englisch zu lernen, teils nur, um untergeordnete Stellen in der britischen Verwaltung zu bekommen, teils aber auch aus wirklicher Aufgeschlossenheit und Begeisterung für die Leistungen

westlicher Wissenschaft. Seither ist der Einfluß des Abendlandes aus weitesten Bereichen moderner indischer Kultur nicht mehr fortzudenken; er spiegelt sich vielfältig in politischer Reflexion, Philosophie, Kunst und Literatur. Die Reaktion der neu entstandenen Bildungsschicht auf die Berührung mit westlichem Geistesgut verlief allerdings nicht so eindeutig, wie Macaulay geglaubt hatte, als er sagte, kein Hindu, der englische Bildung empfangen habe, werde ein aufrichtiger Anhänger seiner Religion bleiben, sondern er werde sich bald in nichts als der Hautfarbe von einem Engländer unterscheiden. Die indischen Antworten waren vielschichtiger. Sie zeigten nicht nur vorbehaltlose Bewunderung, sondern bald auch kritische Abgrenzung und Besinnung auf eigene kulturelle Werte. In dem komplizierten Prozeß der Auseinandersetzung Indiens mit dem Abendland kam es zu einer Neubelebung des Hinduismus, zu mannigfachen Versuchen, moderne westliche Bildung mit neu interpretierten hinduistischen Lehren zu vereinen. Aus dem gleichen Prozeß erwuchs der indische Nationalismus, der von der zweiten Hälfte des Jahrhunderts ab die religiös- kulturelle Eigenständigkeit Indiens betonte und in säkularer Argumentation Forderungen nach politisch- wirtschaftlicher Autonomie erhob.

Zu der Entwicklung eines neuen indischen Selbstbewußtseins hat das Abendland auch unmittelbar beigetragen. Die europäische Indologie hatte die Größe des indischen Altertums wiederentdeckt. Werke altindischer Literatur und Philosophie waren von Goethe, Schopenhauer oder W. v. Humboldt gewürdigt worden. Die Geschichtsforschung zeigte, wie machtvoll indische Kultur nach anderen Teilen Asiens ausgestrahlt hatte. Auch die Bewunderung, die – jenseits kritischer Wissenschaft – die theosophische Gesellschaft (gegründet 1875) indischer Religiosität entgegenbrachte, mußte dem Nationalstolz mancher Inder schmeicheln. Nicht immer sind sie der Gefahr kritikloser Glorifizierung der eigenen Kultur und Geschichte entgangen.

Solche Hilfe von außen kam inneren Kräften des Hinduismus entgegen. Wie Begegnung mit Fremdem die Reflexion über das eigene Wesen anregt, so führte auch in Indien die Berührung mit westlicher Kultur zur Selbstprüfung und zu der Einsicht, daß manches am traditionellen Hinduismus verwerflich und nicht mehr zeitgemäß sei. Schon 1828 hatte der große Ram Mohan Roy (1772–1833) die Reformbewegung des *Brahmo Samāj* gegründet. In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts bildeten sich mehrere örtliche Reformvereinigungen, die, oft gegen den erbitterten Widerstand der Orthodoxie, Mißstände der Hindu-Gesellschaft bekämpften, indem sie für Wiederverheiratung von Witwen oder gegen Kinderehe eintraten, Schulbildung auch für Frauen forderten oder sich offen über Kastengebote hinwegsetzten. Zur Koordination solcher örtlichen Bemühungen gründete der Richter M.G. Ranade (1842–1901) die *Indian National Social Conferences*, die ab 1887 jährlich zusammentraten. Weiterhin wurde versucht, den Willen zu religiös-sozialer Gleichberechtigung und nationaler Einheit unter den Hindus aller Sekten und Kasten zu wecken, um so einer der Grundschwächen des Hinduismus zu begegnen: daß er kein gemeinsames

religiöses Dogma und keine allgemein anerkannte Zentralinstanz kennt. Solche pan-hinduistischen Bestrebungen führten zur Gründung der Hindu-Universität von Benares.

Die im Westen am meisten bekannt gewordene Erneuerungsbewegung des Hinduismus ist die Ramakrishna-Mission (gegründet 1897), die noch heute auch in Europa und Amerika tätig ist. Sie hat ihren Namen nach dem bengalischen Dorfheiligen Ramakrishna (1834–1886), der mit seiner stark emotional geprägten Religiosität und der Neubelebung der alten monistischen *Vedānta*-Lehre auch viele westlich gebildete Inder anzog. Sein tatkräftigster Schüler war Vivekananda (1862–1902), der in Schriften und Vorträgen die Lehren seines Meisters auch über die Grenzen Indiens trug und damit die Tradition des Hinduismus, keine missionierende Religion zu sein, durchbrach. 1893 trat er als Apostel dieses neuen Hinduismus vor dem ›Parlament der Religionen‹ in Chicago auf. Er lehnte die westliche Zivilisation nicht ab, da Indien auf ihre Hilfsmittel und Methoden angewiesen sei. Gegenüber anderen Religionen blieb er tolerant, weil er in ihnen Vorstufen zur höchsten Wahrheit sah.² Dieses Höchste aber in voller Reinheit der Menschheit zu verkünden, sei das Indertum berufen, die Lehre des *Vedānta*: das Reich des Scheins (*māyā*) hinter sich zu lassen und zur erlösenden Vereinigung mit dem absoluten Urgrund der Welt zu gelangen. Diese Botschaft Indiens werde einmal alle Völker der Erde einigen. Als Zeugen solchen weltweiten neo-hinduistischen Sendungsbewußtseins sind im Westen besonders Aurobindo und später der indische Staatspräsident (1962–1967) Radhakrishnan bekannt geworden. Mag die Wirkung dieser neuen Menschheitsreligion auf Nicht-Inder auch überschätzt worden sein, für Indien selbst ist sie bedeutsam. Die *Vedānta*-Philosophie ließ sich auch politisch interpretieren und mit dem Ideal pflichtgemäßen und selbstlosen Handelns verbinden, das in der *Bhagavadgītā*, einem der bedeutendsten religiösen Texte des Hinduismus, gelehrt wurde. Die Sehnsucht der Seele nach Befreiung von den Banden des Daseins wurde gedeutet als Drang, die *māyā* der Fremdherrschaft: zu überwinden; aus dem philosophischen Monismus ließ sich die Forderung nach nationaler Solidarität ableiten.³ Dieser religiös-politische Neo-Hinduismus konnte so großen Teilen der erstarkenden Nationalbewegung emotionale Tiefe und Weihe geben.

Eine andere wichtige Reformgemeinschaft des Hinduismus ist der *Ārya Samāj* (›Gemeinde der Arier‹), gegründet 1875 von dem Brahmanen Dayananda Sarasvati (1824–1883). Er vertrat, anders als Vivekananda, einen Nationalismus militant-intoleranter Prägung mit antienglischer Agitation. Seine Angriffe richteten sich gegen Islam und Christentum, aber auch gegen den volkstümlichen Hinduismus, in dem er eine überfremdete und verfälschte Verfallsform der Religion der arisch-vedischen Urzeit sah. Schon das Wort ›Hindu‹ lehnte er, weil es persischen Ursprungs ist, ab und forderte die Rückkehr zur reinen arischen Religion der Veden. Er suchte durch Interpretation dieser alten Texte zu zeigen, daß in ihnen ein idolfreier Monotheismus und noch dazu alle Erkenntnisse moderner Wissenschaft bis zu Dampfschiff, Eisenbahn

und Elektrizität gelehrt seien. Die Bezogenheit auf das Abendland äußert sich hier in Minderwertigkeitsgefühlen, die sich in Aggressivität und Geschichtsklitterei entladen. Der *Ārya Samāj* hat, hauptsächlich in Nordwestindien, im indischen Freiheitskampf eine wichtige Rolle gespielt. Nicht seine theoretischen Grundlagen haben Indien gedient, wohl aber seine vorbildlichen Leistungen in der Sozialreform und besonders im Erziehungswesen.

Denn die Nachteile des mechanisch nach Indien verpflanzten englischen Unterrichtssystems blieben einsichtigen Indern nicht verborgen. Was man ihm immer zum Vorwurf machte, waren seine Lebensferne und seine einseitige literarische Ausrichtung.⁴ Ein zu großer Teil der indischen Schüler und Studenten stand dem, was die englischen Lehrpläne boten, verständnislos gegenüber und war nur auf den akademischen Grad bedacht, der den Eintritt in die Verwaltungslaufbahn und soziales Prestige verhiess. Da andere Berufsmöglichkeiten wenig erschlossen waren, mußte sich bald ein stellungsloses Intellektuellenproletariat bilden, das seinen Ausweg in politischem Radikalismus suchte. Bei der steigenden Zahl der Schüler mußte westliches Wissen immer mehr aus zweiter oder dritter Hand vermittelt werden. Unzulänglich geschulte Lehrkräfte erzeugten nicht selten wunderliche Zerrbilder europäischer Bildung. Vor allem aber mußte die religiös neutrale Regierungsschule den Schüler in den meisten Fällen seiner vertrauten Umgebung in Elternhaus und Sprachgemeinschaft entfremden, ihn in Zwiespalt und Spannungen stellen. So kommt es, daß nicht nur der *Ārya Samāj*, sondern auch viele andere bedeutende Inder, wie später R. Tagore und Gandhi, ihre eigenen Schulen gründeten, die keine restaurative Abkehr von westlicher Bildung, sondern sinnvolleren Einbau des neuen Wissens in die Gesamtpersönlichkeit ihrer Zöglinge erstrebten. Statt einseitiger Verstandesschulung an Modellen fremder Lebensformen sollte allseitige Menschenbildung gefördert werden, die an Überlieferungen und Werte der Gemeinschaft anknüpfte, in die der Schüler gestellt war und in der er zu wirken hatte.

Während die genannten und ähnliche Bewegungen sich vorwiegend religiöse Erneuerung und soziale Reform angelegen sein ließen, begann gleichzeitig in einer Reihe von Intellektuellenzirkeln die säkular-politische Auseinandersetzung mit der britischen Herrschaft. Die aktivsten Regionen lagen in Bengalen und Maharashtra, etwas später auch im Panjab. Nicht der erste, aber der wichtigste derartige Zusammenschluß war der 1885 unter Mitwirkung liberaler Engländer gegründete *Indian National Congress*, dessen Delegierte sich von nun an alljährlich in einer jeweils anderen indischen Stadt versammelten und einen neuen Präsidenten wählten. Seine Mitglieder kamen aus der hauchdünnen englisch gebildeten städtischen Mittelschicht der Richter, Anwälte, Journalisten oder Professoren. Der Kongreß, der im 20. Jahrhundert schnell zum mächtigsten Sprachrohr des indischen Nationalismus und dann die Mehrheitspartei des

freien Indien werden sollte, war in seiner Frühzeit keineswegs antibritisch eingestellt. Seine führenden Köpfe wie der Bengale Surendranath Banerji (1848–1925) sahen in England den »politischen Führer und moralischen Lehrer«, dessen Geschichte Indien »jene Grundsätze der Freiheit gelehrt hat, die wir schätzen wie das Blut unseres Lebens«.5 Laut Gründungsprogramm erstrebte der Kongreß ausdrücklich »die Festigung der Verbindung zwischen England und Indien«, jedoch mit dem bedeutungsvollen Zusatz: »durch Änderung der Bedingungen, die für Indien ungerecht oder schädlich sind«.

Gemeint war mit diesem Zusatz zunächst die Forderung nach angemessener Beteiligung fähiger Inder an Verwaltung und Regierung ihres Landes, die zwar Königin Victoria in ihrer Proklamation von 1858 versprochen hatte, die aber in der Praxis sehr erschwert wurde. Um in die hohen und einflußreichen Beamtenstellen des *Indian Civil Service*, des mächtigsten Bollwerks der Kolonialherrschaft, gelangen zu können, mußte ein Kandidat ein Examen in London bestehen. Auch durfte er nicht älter als 19 Jahre sein. Erst nach dem Ersten Weltkrieg wurde diese diskriminierende Regelung abgeschafft und wurden Prüfungen auch in Indien zugelassen. Bis dahin hatten nur sehr wenige Inder eine Chance, auf die Höhen der Beamtenhierarchie aufzurücken. Aber auch diese kleine Elite durfte trotz gleicher Leistungen nicht die gleichen Rechte beanspruchen wie ihre weißen Kollegen. 1883 versuchte der liberale Vizekönig Lord Ripon (reg. 1880–1884) einen Gesetzentwurf (*Ilbert-Bill*) durchzubringen, wonach auch Europäer in Indien der Gerichtsbarkeit indischer Richter unterstellt werden sollten. Ein ungeheurer Entrüstungsturm der betroffenen Engländer brachte das Gesetz zu Fall. Solche Äußerungen des Rassenhochmuts haben in Indien tiefe Wunden hinterlassen. Mißtrauisch wurde den Indern die Fähigkeit zu Regierung und Verwaltung abgesprochen, eine autokratische Kolonialbürokratie suchte Macht und Prestige zu wahren. In solchem Geist sang R. Kipling (1865–1936), in Indien geboren, sein Lied von der »Bürde des weißen Mannes«, der für all seine Verdienste nur Undank und Haß ernte.

Weitere Klagen und Forderungen des Kongresses betrafen Wirtschaft und Finanzen. Die großen Leistungen Englands für die neuzeitliche Erschließung Indiens sind unbestreitbar.⁶ Aber indischen Nationalökonomien blieb es nicht verborgen, daß die koloniale Abhängigkeit die Lösung all der Probleme erschwerte, vor die das Zeitalter der Technik und des Welthandels auch ein souveränes Indien gestellt hätte. Die Millionenmassen der Dorfbevölkerung lebten in erschreckendem Elend. Die Überschwemmung des Landes mit billigen englischen Maschinenwaren hatte die einheimische Handindustrie erdrosselt und den Druck auf den Boden verstärkt. Die Bauern hatten die größte Steuerlast zu tragen, da andere staatliche Einnahmequellen wenig erschlossen waren. Zwar wurde durch den Bau großer Bewässerungsanlagen, besonders in Nordwestindien, die Anbaufläche erweitert, aber der sprunghafte Bevölkerungszuwachs dämpfte immer wieder schnell die Wirkung solcher Maßnahmen. Zur Linderung der schlimmsten Auswüchse bäuerlicher

Verschuldung wurden Gesetze erlassen⁷ und nach deutschem Vorbild ab 1904 *Cooperative Credit Societies* gebildet. Aber für die dringend notwendige Modernisierung der Landwirtschaft brachte die britisch-indische Regierung zwar einigen guten Willen, doch viel zuwenig Geld auf. Das gleiche galt für die Volksbildung, deren Entwicklung bei einer Bevölkerung von durchschnittlich 90% Analphabeten eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Anpassung des indischen Dorfes an neuzeitliche Erfordernisse der Großraumwirtschaft war. Die Engländer konzentrierten sich ganz auf das höhere Unterrichtswesen. Zwar gab es seit 1854 gute Pläne für ein allgemeines Erziehungssystem. Doch die Forderung des Kongresses nach Einführung obligatorischen Volksschulunterrichts wurde wegen der unerschwinglichen Kosten abgelehnt.

Besonders deutlich zeigte sich Indiens Stellung als Kolonie bei der Industrialisierung, die wegen der indischen Absatzmärkte nicht in britischem Interesse lag und wirksam nur da gefördert wurde, wo britische Importwünsche (wie bei Jute und Tee) zu befriedigen waren. Sicher war an der geringen Industrialisierung Indiens im 19. Jahrhundert auch die Neigung vieler Inder schuld, ihr Geld lieber in Bodenspekulation oder Wucher als in der Großindustrie zu investieren. Aber als z.B. der Parse J. Tata (1839–1904) eine indische Schwerindustrie gründen wollte, wurde ihm englisches Kapital verweigert. Erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts konnten mit indischem Kapital die Tata- Werke in Bihar gegründet werden, noch heute eines der wichtigsten Unternehmen Indiens. Bezeichnend war die Lage der indischen Baumwollindustrie, die sich ab 1850 zögernd zu entwickeln begann. Ihr wurden gegenüber dem mächtigen Konkurrenten Lancashire unter Berufung auf gängige Freihandelstheorien Schutzzölle verweigert. Als dann 1896 aus finanzpolitischen Erwägungen doch ein Zoll für importierte englische Baumwollwaren eingeführt wurde, glaubte Lancashire seine Interessen so geschädigt, daß es die Belastung in Indien hergestellter Gewebe mit einer Ausgleichsabgabe in Höhe des Einfuhrzolls erzwang. Diese Maßnahme, die in Indien größte Erbitterung hervorrief, wurde erst 1926 aufgehoben. Eine wesentliche Steigerung der Industrialisierung Indiens wird erst vom Ersten Weltkrieg an erkennbar, der einen Einschnitt in der indischen Wirtschaftsgeschichte markiert. Die kriegsbedingte Drosselung englischer Importe führte zur Aufnahme vieler neuer Produktionszweige in Indien, und die indische Nationalbewegung strebte immer stärker die größtmögliche industrielle Selbstversorgung des Landes an. So klein an Zahl bis dahin das Industrieproletariat auch war, die bekannten sozialen Mißstände des Frühkapitalismus traten in Indien in besonders erschreckender Form auf. Arbeitstage von 15 und mehr Stunden, Hungerlöhne, Kinderarbeit und Wohnungseld wurden nur durch unzureichende und leicht zu umgehende Fabrikgesetze bekämpft. Eine Gewerkschaftsbewegung aber entwickelte sich ernstlich erst seit dem Ende des Ersten Weltkrieges. Seitdem wurden Streiks häufiger, und einiges besserte sich. Eine umfassende

Sozialversicherungsgesetzgebung wurde erst nach der Unabhängigkeit in Angriff genommen.

Viele der hier angedeuteten Schwierigkeiten – wie ungenügende Industrialisierung, Probleme des Dorfes und der Volksbildung – haben das freie Indien und Pakistan als Erbe der Kolonialzeit übernehmen müssen. Freilich wäre es verfehlt, den Engländern einseitig alle Schuld für sämtliche Mißstände Indiens zuzuschreiben. So ist nicht zu leugnen, daß in Indien selbst weite Teile der Landbevölkerung eine Volksschulpflicht nicht begrüßen, weil sie die ungeteilte Arbeitskraft der Kinder brauchen. Auch erfordern beispielsweise die Modernisierung der Agrarstruktur und die Steigerung der Erträge Eingriffe in religiös geheiligte Lebenssitten, wie produktionshemmende Wirkungen des Kastenwesens, Scheu vor Schädlingsbekämpfung oder volkswirtschaftlich nachteilige Folgen der Heilighaltung des Rindes. Einheimische Regierungen können hierbei von günstigeren Voraussetzungen ausgehen als eine land- und religionsfremde Administration.

Es bleibt jedoch Tatsache, daß die britisch-indische Regierung für soziale und wirtschaftliche Förderungsmaßnahmen, für die Hebung des Lebensstandards der Massen immer zuwenig Geld hatte. Der Kongreß sah seit seiner Frühzeit einen Hauptgrund dafür darin, daß die britische Herrschaft für Indien zu teuer sei. Seine Angriffe richteten sich besonders gegen die Höhe der ›Heimatlasten‹ (*home charges*); das waren die nach England zu überweisenden Beträge: Zinsen für in Indien investiertes Leihkapital, garantierte Gewinne für die englischen Eisenbahnfirmen, die hohen Gehälter und Pensionen britischer Beamter, bis 1919 auch die Kosten für das Londoner Indienamt. Nach indischen Berechnungen⁸ floß auf diese Weise alljährlich fast die Hälfte des indischen Netto-Staatseinkommens ab. Die Theorie vom Aderlaß Indiens (*drain theory*) wurde eines der Schlagworte der nationalistischen Literatur, während die Engländer in den *home charges* die angemessene Bezahlung für erbrachte Leistungen sahen. Viel Erbitterung erzeugten auch die hohen Ausgaben für die Armee, die größtenteils gar nicht indischen Zwecken, sondern britischen imperialen Interessen in Südostasien oder Afrika diente.⁹ Der indische Steuerzahler mußte die Armee unterhalten, ohne im geringsten politisch über ihren Einsatz mitbestimmen zu dürfen. Zudem wurde in der Armee die Rassenschanke besonders strikt eingehalten. Bis zum Ersten Weltkrieg blieb Indern das höhere Offizierskorps mit dem königlichen Patent (*king's commission*) hermetisch versperrt.

Damit sind einige der Klagen genannt, die der Kongreß erhob. In seiner Frühzeit war er auf streng konstitutionelle Methoden bedacht. In zahlreichen Resolutionen versuchte er, Reformen zu erreichen und zu zeigen, daß England in Indien seinen edelsten Prinzipien untreu werde und eine ›unbritische Herrschaft‹ ausübe.¹⁰ Viele liberale Engländer sympathisierten mit dem Kongreß, aber die meisten britischen Beamten hielten ihn für ein ›Pack von Schwätzern‹. Da alle Petitionen so gut wie nichts fruchteten,¹¹ begannen sich im

Kongreß bald Stimmen zu Wort zu melden, die solche ›Bettelpolitik‹ für nutzlos hielten und politische Selbsthilfe forderten, in der jedes Mittel recht sei. Es bildeten sich die Flügel der ›Extremisten‹ und der ›Gemäßigten‹, die zwar in sich nicht einheitlich waren, deren Unterschiede zueinander aber an den Gegensätzen ihrer beiden bedeutendsten Wortführer erkennbar sind: B.G. Tilak (1856–1920) und G.K. Gokhale (1866–1915). Beide waren westlich gebildete Brahmanen aus Maharashtra, die deutlich die Schattenseiten der politischen Situation Indiens sahen. Nach Gokhale sollte Indien Schritt für Schritt die Kunst der Selbstregierung lernen. Deshalb arbeitete er 1902–1915 im Reichsrat des Vizekönigs (*Imperial Legislative Council*) mit.



© Abb. 1: Bal Gangadhar Tilak, Vater der indischen Unruhe, im Jahre 1908

Tilak hielt sich von den Institutionen des herrschenden Systems fern. Als ›Vater der indischen Unruhe‹ suchte er durch leidenschaftliche Zeitungsartikel den Freiheitswillen seiner Landsleute zu wecken. So rief er während der Hungersnot von 1896 zur Steuerverweigerung auf. Gokhale sah die vordringliche Aufgabe in der Reform der indischen Gesellschaft. Er gründete die *Servants of India Society*, die sich um allgemeine Sozialarbeit, unabhängig von Kaste und Religion, bemühte. Für Tilak dagegen waren nicht Kinderehe, Kastenwesen oder Aberglaube der Grund für Indiens Armut und Erniedrigung, sondern die Fremdherrschaft. Beim Streit um ein Gesetz, das das Mindestheiratsalter der

Mädchen auf 12 Jahre festsetzen sollte, vertrat er den Standpunkt der Orthodoxie und sprach der kulturfremden Bürokratie und ihren indischen Helfern das Recht ab, geheiligte Sitten der Hindus zu ändern. Wo Gokhale für die soziale Evolution arbeitete, forderte Tilak die nationale Revolution und war bereit, aus der Lehre der *Bhagavadgītā* auch den politischen Mord zu rechtfertigen. Wo Gokhale um ausgleichende Toleranz bemüht war, orientierte sich Tilak rückgewandt an Werten des Hinduismus und eigener provinzieller Geschichte. Er gründete eine Liga gegen Kuhtötung und rief einen Kult des marathischen Nationalhelden Śivājī ins Leben, der sich im 17. Jahrhundert gegen die Fremdherrschaft der Moghul-Kaiser erhoben hatte. So wurde Tilak zu dem wichtigsten Wortführer des neo-hinduistischen Radikalismus. Seinen ersten Zusammenstoß mit den Engländern hatte er 1897, als er sich während einer Epidemie gegen die rabiate Form gesundheitspolizeilicher Maßnahmen wandte. Seiner provozierenden antibritischen Agitation wurde die indirekte Schuld an einem politischen Mord zugeschrieben. Tilaks Verhaftung steigerte schnell seine Popularität.

Im Kongreß behielten die Gemäßigten aber noch die Oberhand. Doch lieferten Ereignisse außerhalb und innerhalb Indiens um die Jahrhundertwende den Radikalen neue Impulse. Großen Eindruck machte der russisch-japanische Krieg (1904/1905), zeigte er doch, daß ein asiatisches Volk die von der britischen Politik in Indien immer gefürchtete europäische Großmacht Rußland besiegen konnte. In Indien selbst aber gab sich der Imperialismus selbstherrlicher denn je. Der ungewöhnlich tatkräftige Vizekönig Lord Curzon (reg. 1899–1905) rückte vielen Mißständen der Verwaltung mit dem ›wohlwollenden Despotismus‹ zu Leibe, der keine Zeit hatte, sich auf lange Debatten mit den politisierenden Intellektuellen einzulassen. Damit hatte er die Dynamik der Nationalbewegung unterschätzt. Seine Reform der Universität Calcutta, die auf verstärkte Kontrolle durch den Staat hinauslief, wurde erbittert als ein Schlag gegen die in Indien führende bengalische Intelligenz empfunden. Der Funke, der das Pulverfaß zur Explosion brachte, aber war die 1905 verfügte Teilung Bengalens.



© Abb. 2: Vizekönig Lord Curzon

Die administrativ notwendige Teilung der Präsidentschaft, die mit 78 Millionen Einwohnern kaum noch zu verwalten war, wurde politisch unklug so vorgenommen, daß das bengalische Sprachgebiet durchschnitten wurde. Eine leidenschaftliche Agitation gegen die ›Zerreißung der bengalischen Nation‹ fand in weiten Teilen Indiens begeistertes Echo. Aufrührerische Reden und Presseartikel steigerten die Erregung. Schüler und Studenten zogen mit Spruchbändern und schwarzen Fahnen durch die Straßen und stellten Boykottposten vor die Läden, in denen ausländische Waren, besonders Textilien, verkauft wurden. Das neue Losungswort hieß *svadeśī*: ›aus dem eigenen Lande stammende‹ Waren verwenden als Protest gegen die Ungerechtigkeiten kolonialer Importpolitik und zur Förderung nationalen Gewerbefleißes. Auch die englischen Bildungseinrichtungen wurden weitgehend boykottiert. Ein indischer Nationaler Bildungsrat bemühte sich ab 1906 um die Gründung nationaler Schulen, denen freilich, weil die Regierung sie nicht anerkannte, kein nachhaltiger Erfolg beschieden war. Sein Symbol fand der aufflammende Patriotismus in dem noch heute viel gesungenen Lied *vande mātaram*, ›ich verehere die Mutter‹.¹² In dieser Hymne wird die ›Mutter Bengalen‹, die bald als ›Mutter Indien‹ verstanden wurde, auch mit der schrecklichen, blutdürstigen Göttin Kālī identifiziert. Im Zeichen dieser Göttin bildeten sich religiös-politische Geheimbünde und Terrorgruppen. ›Der Kālī eine weiße Ziege opfern‹ war die

verhüllte Aufforderung zum Mord an verhaßten Engländern.¹³ Bombenattentate und andere Gewaltakte wurden, besonders in Bengalen, zu Mitteln des politischen Kampfes.

Der gemäßigte Kongreß unterstützte zwar die Boykottbewegung, aber jeden Terror lehnte er scharf ab. Die Auseinandersetzungen zwischen den Gemäßigten und den Extremisten spitzten sich zu. Die Jahrestagung in Surat (1907) endete in Tumulten. Die Gemäßigten blieben Herr der Kongreßorganisation, die Extremisten wurden verdrängt. Die Regierung griff mit Verhaftungen und einem strengen Pressegesetz hart durch. Tilak wurde 1908 wegen eines Zeitungsartikels zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Wer von den Radikalen dem polizeilichen Zugriff entging, mußte ins Ausland flüchten oder wurde in den Untergrund abgedrängt. Der Kongreß aber konstituierte sich neu als eine rein gemäßigte Vereinigung. Jeder Delegierte mußte schriftlich die neue Kongreßverfassung anerkennen, die es jetzt als das Ziel des Kongresses bezeichnete, mit verfassungsmäßigen Mitteln die Selbstregierung innerhalb des britischen Empire (wie Kanada oder Australien) zu erreichen.

In London war inzwischen eine liberale Regierung an die Macht gekommen. Die britische Politik versuchte nun, die Kongreßspaltung auszunützen und dem loyalen Kongreß durch einige Zugeständnisse den Rücken zu stärken. Das geschah durch die Morley-Minto-Reformen von 1909, benannt nach dem Londoner Staatssekretär Viscount Morley und dem Vizekönig Lord Minto. Je ein Inder wurde in die Kabinette des Vizekönigs und der Provinzgouverneure von Madras und Bombay, zwei Inder wurden in den Rat des Londoner Staatssekretärs berufen. In der Legislative wurde der indische Stimmenanteil verstärkt. Indische Mitglieder in den gesetzgebenden Räten, die als Vorformen von Parlamenten gelten können, durften jetzt von eng begrenzten Gremien wie städtischen Körperschaften, Handelskammern oder Universitäten gewählt werden. Im zentralen Reichsrat (*Imperial Legislative Council*) waren die gewählten Inder jedoch in der Minderheit gegenüber den ernannten Räten, die geschlossen für die Regierung zu stimmen hatten. In den Provinzen hatten dagegen die gewählten vor den ernannten Räten die Mehrheit, doch waren die Provinzregierungen nicht an die Beschlüsse der Räte gebunden. Diese Reformen, die somit nicht einmal die bescheidensten Anfänge der Selbstregierung brachten und die den Indern allenfalls die Möglichkeit zum Üben parlamentarischen Debattierens gaben, blieben hinter den Forderungen auch der zahmsten Gemäßigten zurück, erschienen ihnen aber wenigstens als ein Schritt in der gewünschten Richtung. Mit der Ausschaltung der Extremisten und vorsichtiger Stützung der Gemäßigten gelang es, die Lage in Indien bis zum Ersten Weltkrieg einigermaßen ruhig zu halten.

Am wichtigsten waren die Reformen von 1909 wohl für die indischen Muslims. Diese große Religionsgemeinschaft, rund ein Viertel der indischen Gesamtbevölkerung, hatte sich westlicher Bildung aus religiösen Gründen zunächst weit weniger aufgeschlossen gezeigt als die durch dogmatische Skrupel

kaum gehemmten Hindus. Mit etwa einer Generation Verspätung erst begann sich eine muslimische Elite der orthodoxen Starrheit zu entziehen, als ihr bedeutsamster Reformers, Sir Sayyid Ahmad (1817–1898), ihr die Wege wies, modernes westliches Wissen mit Erziehung im Geiste des Islam zu verbinden. Er gründete 1875 ein *Muslim College* in Aligarh, das 1920 zur Universität erweitert wurde. Als Bewunderer englischer Kultur sah er in der britischen Herrschaft den sichersten Schutz der Muslims vor Majorisierung durch die Hindus, wenn Indien zunehmend, gemäß den Forderungen des Kongresses, nach demokratischen Methoden regiert werde. So waren denn die Muslims, wenn auch nicht ausnahmslos, dem Kongreß ferngeblieben. Auch an der Agitation gegen die Teilung Bengalens hatten sie nicht teilgenommen, da ihnen durch sie eine neue Provinz mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit geschenkt worden war, die fast genau dem Ost-Pakistan von 1947 entsprach. Als Gegengewicht gegen den vorwiegend von Hindus getragenen, dem Programm nach aber überkonfessionellen Kongreß gründeten sie 1906 als Interessenvertretung ihrer Minderheit die Muslim-Liga. Außerdem forderten sie für kommende Wahlen eigene Wahllisten (*separate electorates*) und Reservierung einer ihren Bevölkerungsanteil übersteigenden Zahl von Sitzen (*weightage*) in den wählbaren Körperschaften. Sonst könne es ihnen als Minderheit nie gelingen, eigene muslimische Kandidaten durchzubringen. Die Reformen von 1909 erfüllten diese Forderungen. Dies Prinzip der separaten Vertretung wurde etwas später noch auf andere Interessengruppen und Religionsgemeinschaften (*communities*) ausgedehnt und bildete bald einen Grund für endlose ›kommunale‹ Streitigkeiten. Indische Nationalisten haben den Briten oft vorgeworfen, sie schwächten Indien durch rücksichtslose Anwendung des Grundsatzes ›teile und herrsche‹. Damit wird aber häufig die Hälfte der Schuld verschwiegen. Die antimuslimische Agitation des *Ārya Samāj*, Tilaks Liga gegen Kuhtötung, sein Śivāji- Kult oder die Penetranz mancher neohinduistischer Äußerungen mußten berechtigtes Mißtrauen der Muslims wecken. Die britische Herrschaft hat die tiefen Gegensätze Indiens nicht geschaffen, hat aber doch verstanden, sie geschickt zu eigenem Vorteil auszunutzen. Auch Engländer haben das oft ausgesprochen.¹⁴ Da die alten religiösen und sozialen Spannungen zwischen Hindus und Muslims sich zu politischem Antagonismus vertieften, mußte sich der indische Widerstand aufsplintern. Die Kolonialmacht sah sich dadurch berufen, die Rolle des hinhaltenden Schiedsrichters zu übernehmen. Insofern von vornherein auf den Versuch verzichtet wurde, das westliche Prinzip gleicher demokratischer Repräsentanz, ohne Ansehen der Religionszugehörigkeit, auch in Indien einzuführen, können die gesonderten Wahllisten der Muslims von 1909 als der erste Schritt zu dem neuen Muslim-Staat Pakistan angesehen werden.

Zunächst zeichnete sich aber eine andere Entwicklung ab. 1911 wurde die Teilung Bengalens abgeändert. Das bengalische Sprachgebiet wurde wieder vereinigt und aus der alten Präsidentschaft Bengalen, etwa den Sprachgrenzen folgend, eine neue Provinz ›Bihar und Orissa‹ ausgegliedert. Die Hindus

erblickten in dieser Maßnahme einen Erfolg ihres Widerstandes, die Muslims aber sahen ihre Loyalität mit Undank belohnt. Daran änderte auch die gleichzeitige Verlegung der Hauptstadt Britisch-Indiens von Calcutta in die alte muslimische Kaiserstadt Delhi nichts, die wenigstens zum Teil als Verbeugung vor den Muslims gedacht war. Die türkenfeindliche britische Haltung in den Balkankriegen verletzte die pan-islamischen Gefühle der indischen Muslims, die in dem türkischen Sultan immer noch den Kalifen, das geistliche Oberhaupt des Islam, sahen. Als der Kalif dann den Heiligen Krieg gegen England erklärte, schwenkten die indischen Muslims mehr und mehr in die nationale Front ein. Der Kongreß erklärte sich nun bereit, die Forderung der Muslims nach getrennten Wahllisten gutzuheißen. 1916 tagten Liga und Kongreß in Lakhnau (Lucknow) und schlossen den *Lucknow Pact*, der einen gemeinsamen, gesteigerten Druck auf die Kolonialherren ermöglichte.

Entgegen anderen Erwartungen blieb Indien im Ersten Weltkrieg, von einigen lokalen Unruhen besonders im Panjab abgesehen, ruhig. Zu Beginn des Krieges war sogar eine solche Welle der Loyalität durch das Land gegangen, und Indien nahm willig einen so großen Kriegsbeitrag auf sich, daß der britische Premierminister Asquith sich 1914 zu der Erklärung hinreißen ließ, man werde die indische Frage künftig unter einem ›neuen Blickwinkel‹ betrachten. Freilich folgte schnell Ernüchterung, als sich in Großbritannien die Tendenz zeigte, die praktischen Folgen dieses neuen Blickwinkels bis zum Ende des Krieges hinauszuschieben. Der Kongreß geriet nun wieder stärker unter den Einfluß der Extremisten. Gokhales Tod (1915) schwächte die Stellung der Gemäßigten; Tilak, 1914 aus dem Gefängnis entlassen, wurde 1916 bei seiner Rückkehr in den Kongreß umjubelt. Die Theosophin Annie Besant organisierte nach irischem Vorbild eine *home rule*-Bewegung, die, von Muslims und Hindus unterstützt, Selbstregierung für Indien forderte. Erst im August 1917 reagierte London auf den Druck dieser neuen Einheitsfront mit der historischen Unterhaus-Erklärung des Staatssekretärs Montagu, die britische Politik werde in Zukunft gerichtet sein auf »zunehmende Beteiligung von Indem an jedem Zweige der Verwaltung und die allmähliche Entwicklung von Einrichtungen der Selbstregierung mit dem Ziel der fortschreitenden Verwirklichung eines verantwortlichen Regierungssystems in Indien als einem integrierenden Bestandteil des britischen Empire«. Damit kündigte sich ein grundsätzlicher Wandel in der britischen Indienpolitik an. Das früher in der britischen Praxis gültige Prinzip, Indier seien unfähig zur Selbstregierung, war ins Wanken geraten.

Das Ergebnis dieses Versprechens waren die Montagu-Chelmsford-Reformen (benannt nach dem Staatssekretär Montagu und dem Vizekönig Lord Chelmsford), die nach langen Diskussionen Ende 1919 Gesetzeskraft erlangten. Diese neue Verfassung war ein ungewöhnlich kompliziertes Werk, weil die Briten möglichst wenig Machtpositionen aufgeben wollten, aber zu Zugeständnissen doch gezwungen waren. Zunächst wurde indischen Forderungen nach Dezentralisierung der Machtfülle nachgegeben, und es

wurden Zuständigkeitsabgrenzungen zwischen Zentralregierung und Provinzregierungen geschaffen. Dabei war es der Grundgedanke der Verfassung, die Zentralregierung in Delhi möglichst wenig anzutasten und die geforderte Selbständigkeit der Inder auf die Provinzregierungen zu beschränken. In der Zentrale und den Provinzen wurden die bestehenden Gesetzgebenden Räte zu wirklichen Parlamenten umgebildet. Für das Zentralparlament wurde ein Zweikammersystem geschaffen, bestehend aus Oberhaus (*Council of State*) und Unterhaus (*Legislative Assembly*). In ihnen saßen gewählte neben ernannten Mitgliedern, jedoch waren von nun an die gewählten Abgeordneten in der Mehrheit. Ein echtes Parlament war dies freilich nicht, da der Vizekönig Vetorecht hatte. Besonders heikle Punkte wie der Militärhaushalt durften nicht einmal diskutiert werden. Auch war die zentrale Exekutive in Delhi, in die jetzt weitere Inder aufgenommen wurden, nicht dem indischen, sondern nur dem Londoner Parlament verantwortlich.

Augenfälliger waren die Zugeständnisse in den Provinzregierungen. Hier wurden die Ressorts aufgeteilt in ›reservierte‹ (*reserved subjects*) und ›übertragene‹ (*transferred subjects*). Die ersteren blieben dem britischen Gouverneur und seinen Exekutivräten vorbehalten, die nur dem britischen Parlament verantwortlich waren. Die ›übertragenen‹ Ressorts dagegen wurden Kabinetten indischer Minister übergeben, die sich vor den Provinzparlamenten und damit letztlich vor den indischen Wählern zu verantworten hatten. Diese Doppelherrschaft von gewählten Ministern und ernannten Exekutivräten wurde als ›Dyarchie‹¹⁵ bezeichnet. Die Ressorts, die den Indern übertragen wurden, betrafen Unterrichts- und Gesundheitswesen, öffentliche Arbeiten, Landwirtschaft und Industrie, also Dinge, die ungefährlich waren, über deren Vernachlässigung sich indische Nationalisten aber immer bitter beklagt hatten. Freilich waren den indischen Ministern in ihrem Wirken schon dadurch die Hände gebunden, daß ihnen nur sehr unzureichende Finanzmittel zur Verfügung gestellt wurden. Außerdem hatten die britischen Provinzgouverneure Einspruchsrechte. Dieses komplizierte System der Dyarchie warf in der Praxis so viele Probleme auf, daß es sich, aufs Ganze gesehen, nicht bewähren konnte.

Der Kreis der Wahlberechtigten wurde erweitert. Auch Bauern, Pächter und Teile der Industriearbeiterschaft kamen in einzelnen Regionen politisch zum Zuge. Doch blieb das Wahlrecht immer noch eng begrenzt.¹⁶ Das Prinzip der ›kommunalen Repräsentation‹ der Muslims, ein Erbe der Reformen von 1909, wurde auch für die neuen Parlamente beibehalten und noch auf andere Gruppen wie Sikhs, Anglo-Inder und indische Christen ausgedehnt.

Alle diese Reformen sollten nicht das erreichen, was die Kolonialmacht sich von ihnen versprach. Wo *home rule* gefordert wurde, ließ England dies Ziel in unbestimmter Ferne und wagte nur einen ersten vorsichtigen Schritt. Im Kongreß löste das britische Reformangebot Zwiespalt aus. Schon 1918, als die neue Verfassung noch im Stadium der Diskussion war, verließ die Gruppe der Gemäßigten den Kongreß und gründete eine liberale Partei, die später mit

anderen kleinen Gruppen (wie der *Justice Party* in Südindien) den Versuch unternahm, die Dyarchie in die Wirklichkeit umzusetzen. Zu diesen Liberalen gehörten einzelne bedeutende Köpfe, die in der Folgezeit mehrmals versucht haben, zwischen dem Kongreß und der Regierung zu vermitteln. Doch Rückhalt in den indischen Massen bekamen sie nicht. Im Kongreß selbst aber schwankte man noch bis 1920, ob man sich zur Mitarbeit unter der neuen Verfassung entschließen oder neue Forderungen erheben sollte.

Inzwischen hatte sich aber das politische Klima verschlechtert, überall war Mißtrauen aufgekommen. Weil die Regierung anarchistische Umtriebe fürchtete, wünschte sie für eine Übergangszeit Sondervollmachten, da die Ausnahme Gesetze, nach denen Indien im Kriege regiert worden war, erloschen. Der Richter Rowlatt entwarf zwei Gesetze, die abgekürzte Gerichtsverfahren und andere Freiheitsbeschränkungen für Terroristen vorsahen, bei denen aber der Verdacht gegeben war, daß sie auch gegen unliebsame politische Agitatoren angewendet werden könnten. Gegen die Stimmen aller gewählten Inder im *Imperial Legislative Council* wurde das eine Gesetz im Februar 1919, noch vor der neuen Verfassung, verabschiedet. Wogen der Empörung liefen durch ganz Indien. Im Kampf gegen diese *Rowlatt Acts* trat 1919 ein Mann an die Spitze der indischen Nationalbewegung, der sie in eine neue Phase führen und ihr den Stempel seiner Persönlichkeit aufdrücken sollte: Mahatma Gandhi.¹⁷

II. Indien zwischen den beiden Weltkriegen: Die neue Phase des Freiheitskampfes

Keine Gestalt der indischen Geschichte ist außerhalb Indiens so bekannt geworden wie M.K. Gandhi (1869–1948). Sein Name wird verbunden bleiben mit dem Versuch, ein sittliches Äquivalent des Krieges zu lehren und zu leben. Er stammte aus dem Hindu-Mittelstand der Händler-Kaste (*Banya*) von Gujarat, wurde in der Kindheit durch die fromme Atmosphäre des Elternhauses geprägt, fuhr mit 18 Jahren gegen den Widerstand seiner Kaste nach England, kehrte vier Jahre später als Rechtsanwalt zurück und ging 1893 als Rechtsbeistand einer indischen Firma nach Südafrika. Hier, im Hexenkessel des Rassenhasses, als Farbiger gedemütigt, wurde Gandhi im 21jährigen Kampf um die Rechte seiner unterdrückten indischen Landsleute zum Politiker. Hier formten sich ihm aus persönlicher Leidenserfahrung und aus der Lektüre indischer religiöser Literatur, der Bibel, Tolstois, Thoreaus und Ruskins die Grundsätze seiner religiösen Weltanschauung, aus denen sich ihm die Methoden des politischen Handelns ergaben.

Die drei Kernbegriffe in Gandhis religiös-politischem Denken sind: Wahrheit, Gewaltlosigkeit, Keuschheit. Wahrheit ist für ihn das höchste Prinzip des Seins, sie ist Gott. Eintreten für die Wahrheit bedeutet dann den Kampf für das, was als göttliche Ordnung der Welt erkannt ist, Kampf gegen Ungerechtigkeit, Haß und Unterdrückung. Gandhi prägt deshalb für seine Methode der politischen Aktion

das Sanskrit-Wort *satyāgraha*, ›Festhalten an der Wahrheit‹, und nennt den, der dem Gegner dieses unerschütterliche Beharren in der Wahrheit entgegensetzt, *satyāgrahī*. Dahinter steht der Glaube, daß die Wahrheit, seit ältesten arischen Zeiten das höchste ethisch-magische Prinzip der Welt, am Ende triumphieren werde. Der Satz ›nur die Wahrheit siegt‹ (Sanskrit *satyam eva jayate*) wurde zum nationalen Motto des freien Indien gewählt. Gandhi weiß, daß die unendliche Wahrheit von irdisch-begrenzten Menschen nie voll erfaßt werden, sondern daß er immer nur zu ihr unterwegs bleiben kann. Daher nennt er seine Autobiographie ›Versuche mit der Wahrheit‹. Zum unbedingten ›Festhalten an der Wahrheit‹ gehört das offene Geständnis des Irrtums, sobald in den Konsequenzen einer Entscheidung Wahrheit verfälscht zu werden droht. Gandhi hat deshalb mehrmals im Gang befindliche politische Unternehmungen ohne Rücksicht auf die Opportunität abgebrochen, wenn sie ihm nicht mehr Wahrheit zu verwirklichen schienen – wenn sie in Gewalt ausarteten. Denn die immer gegebene Möglichkeit des Irrtums verbietet es, das als wahr Erkannte dem anderen mit Gewalt aufzuzwingen. In Gandhis Ausdrucksweise: »Wenn sich die Wahrheit dem Menschen zeigt, dann kommt sie im Gewande der Gewaltlosigkeit.« Für diese Haltung, zu der ihn nach eigener Aussage die Lektüre der Bergpredigt entscheidend bestimmt hat, gebraucht er das alte Sanskrit-Wort *ahimsā* (›Nicht-Schädigung‹), mit dem die hinduistische Scheu vor Vernichtung jeglichen Lebens gemeint ist. Bei Gandhi aber ist *ahimsā* nicht nur dies, sondern überhaupt der Verzicht, körperlich oder seelisch anderen Leid zuzufügen, der Versuch, den Gegner nicht zu hassen, sondern ihm mit Güte und Liebe zu begegnen. *Satyāgraha* ist also nicht nur ›passiver Widerstand‹. Gandhi hatte anfangs in Südafrika diesen Ausdruck für sein Programm gebraucht, später aber aufgegeben. Er übersetzt *satyāgraha* oft frei mit *soul-force*. Der echte *satyāgrahī* soll die Aktionen des Widersachers nicht nur erdulden, sondern ihm die ›Kraft der Seele‹ entgegensetzen, die nicht auf Vernichtung oder Demütigung des Gegners zielt, sondern auf seine innere Überwindung; er soll im anderen durch das eigene schöpferische Leiden den ›Wandel des Herzens‹ bewirken, der ihn zum Erfassen der Wahrheit bringt. Damit aber die schwere Forderung der Gewaltlosigkeit erfüllt werden kann, bedarf es der ›Keuschheit‹ (*brahmacarya*). Gandhi meint damit nicht nur sexuelle Enthaltsamkeit, die er selbst ab 1906 vorgelebt hat, sondern die durch methodische Selbstschulung erreichte Beherrschung der eigenen Sinne und Affekte. Dabei leitet ihn das in Indien so volkstümliche Ideal des Asketen, das aber bei ihm nicht in den Dienst weltflüchtiger Selbsterlösung, sondern der tätigen Nächstenliebe und des politischen Handelns gestellt wird.

In der praktischen Ausübung kennt *satyāgraha* zwei Aktionsweisen. Die mildere Form des Widerstandes ist ›Nichtzusammenarbeit‹ (*non-cooperation*). Dabei macht der Bürger von seiner legalen Möglichkeit Gebrauch, dem herrschenden System die Mitarbeit zu versagen. Durch Niederlegen von Ämtern und Boykott von Wahlen, Schulen oder Gerichten soll die Regierungsmaschine

sich leerlaufen, bis der Weg für ehrenhafte Zusammenarbeit frei ist. Schärfer und gefährlicher ist die andere Aktionsform: ›Bürgerlicher Ungehorsam‹ (*civil disobedience*). Das ist die planmäßige Übertretung als ungerecht, ›unwahr‹, erkannter staatlicher Gebote und Verbote, Gesetze und Verordnungen. Es ist die offene Rebellion, nur ohne den Bestandteil der Gewalt. Vom kriminellen Gesetzesbrecher unterscheidet sich der *satyāgrahī* durch die Offenheit und bewußte Selbstverantwortung seines Tuns. Er ›wirbt um Verhaftung‹ und nimmt seine Strafe ohne Verteidigung auf sich.

Es bleibt Gandhis geschichtliche Leistung, daß er die Nationalbewegung aus den Debattierzimmern mittelständischer Intellektueller und regional begrenzten Geheimbünden in das indische Volk getragen hat. Erst seine Lehren und Methoden gaben den Massen die Möglichkeit, sich selber in den Freiheitskampf einzubeziehen. Der Schwung seiner Ideale, seine einfache, unintellektuelle Sprache rüttelte die Gleichgültigen und Trägen auf, weckte in ihnen Selbstgefühl und Bereitschaft zu Leiden und Opfern. Er zog das Volk an wie ein Magnet, das ihn bald wie einen Heiligen verehrte und ihm den Ehrentitel Mahatma (*mahātmā* = ›dessen Seele groß ist‹) gab.

Auch unter den intellektuellen Führern Indiens fand Gandhi Anhänger, doch auch viele Widersacher. Jawaharlal Nehru (1889–1964), seit den zwanziger Jahren ein Bewunderer und Freund, hat oft, besonders in seiner Autobiographie (1936), ausgesprochen, was ihn von Gandhi trenne. Vor allem rieb sich der atheistische Sozialist Nehru, und mit ihm viele andere, an Gandhis ständiger Vermischung von Religion und Politik, hatte sich doch Gandhi selbst einen »Mann der Religion in der Maske eines Politikers« genannt. Wo er sich bei allen Entscheidungen auf seine innere Stimme verließ, hätten andere lieber rationale Argumente gehört. Gandhis Sozialethik, nach der die Spannungen zwischen Fabrikanten und Arbeitern, Gutsbesitzern und Pächtern nicht durch Klassenkampf zu lösen, sondern die Reichen zu ›Treuhändern der Armen‹ zu erziehen seien, mußte weiten Kreisen des Kongresses unannehmbar sein. Auch ließen sich die Gefahren unbedingter Gewaltlosigkeit nicht übersehen. Die Anforderungen, die Gandhi an den *satyāgrahī* stellt, sind so hoch, daß immer nur wenige sie ganz erfüllen können. Die Lehre vom Selbst-Leiden kann leicht zu quietistischem Passivismus führen. Wo *satyāgraha* zu einer Massenbewegung wird, besteht immer die Gefahr, daß die sittliche Substanz mit der steigenden Zahl der Beteiligten abnimmt und Terrorakte die Folge sind. Gandhi hat dies oft erfahren müssen. Auch bleibt es problematisch, inwieweit Grundsätze privater Moral wie der, den Gegner zu ›bekehren‹, auf Gruppengegensätze anwendbar sind.¹⁸ Gewaltlosigkeit kann immer nur da einen Sinn haben, wo der Gegner die Bereitschaft zeigt, sich dadurch ansprechen zu lassen. Nehru wendet sich deshalb dagegen, aus der Gewaltlosigkeit ein religiös sanktioniertes Dogma zu machen. Vielmehr müsse der Politiker diese Methode pragmatisch flexibel der jeweiligen Situation anpassen und der Schwäche der Menschen Rechnung tragen.

Auch Gandhi hat dies, bei all seiner Strenge, tun müssen. Man darf ihm nicht die Ansicht unterstellen, ein Staat könne auf jegliche Zwangsmittel verzichten. So hat er sich zum Erstaunen vieler 1918 als Rekrutenwerber für die britisch-indische Armee betätigt, weil Indien Gewaltlosigkeit üben sollte nicht wegen seiner Schwäche, sondern im Bewußtsein seiner Stärke und Macht. Den Engländern aber galt die Masse des indischen Volkes, von einigen Stämmen abgesehen, als unkriegerisch und für die Armee nicht brauchbar. Gegen diesen Vorwurf wandte sich Gandhi, »denn wenn es nur eine Wahl zwischen Feigheit und Gewalt gibt, würde ich zur Gewalt raten«. Echte Gewaltlosigkeit setzt die Fähigkeit zur Gewaltanwendung voraus, sonst ist sie Hilflosigkeit. Schon in Gandhis Programmen der ›Nichtzusammenarbeit‹ und des ›Bürgerlichen Ungehorsams‹ oder in seinen berühmten Fastenaktionen zur Durchsetzung politischer Forderungen kann man verschleierte und sublimierte Formen der Gewalt sehen. Doch ist bekannt, daß Gandhi auch mehrmals Akte gröberer Gewalt bei seinen Anhängern übersehen konnte und sogar das gewaltsame Eingreifen der indischen Armee in Kashmir (1947) gebilligt hat. Man hat ihm deshalb vorgeworfen, er mißbrauche die Reinheit eines religiös-sittlichen Prinzips in haltlosem Opportunismus zu politischen Vorspanndiensten.¹⁹ Doch wird man Gandhi eher gerecht, wenn man ihn in der Spannung von Gesinnungs- und Verantwortungsethik begreift, in der Max Weber das Kernproblem politischer Ethik erkannt hat.²⁰ Der Gesinnungsethiker kann weltlos seiner reinen Gesinnung leben und ohne Rücksicht auf die Folgen darauf verzichten, dem Übel zu widerstreben. Der Verantwortungsethiker aber hat im politischen Handeln den Pakt mit den ›diabolischen Mächten‹ zu wagen, die ihn in Schuld bringen können. In Gandhis Anthropologie ist *ahimsā* der Zustand menschlicher Vollkommenheit, der immer nur das angestrebte Ziel sein kann. Nur der Nichthandelnde könnte sich aus der Verstrickung in diese Welt der *himsā*, in der die Gewalt regiert, lösen. Das ist keine sophistische Rechtfertigung gelegentlicher Gewaltanwendung, sondern der Zwiespalt eines Menschen, der aus dem Geiste eines sittlichen Prinzips Politik zu gestalten sucht.

Gandhis Verhältnis zum Kongreß warf in der Praxis viele Probleme auf. Er war zwar nur einmal (1924) sein nomineller Präsident, stand aber doch ab 1920 sichtbar oder unsichtbar an seiner Spitze. Auch Gandhis weltanschauliche Gegner suchten den Bruch mit ihm zu vermeiden, da seine gewaltige Popularität ihn unentbehrlich machte. Die alten Kategorien ›Gemäßigter‹ und ›Extremist‹ ließen sich auf Gandhi nicht mehr klar anwenden. Seine auf Erziehung und allmähliches Reifen bedachte Sozialethik, sein unablässiges Bemühen um Toleranz zwischen Hindus und Muslims, sein Kampf gegen den Kastenhochmut und die soziale Deklassierung der ›Unberührbaren‹, die er *Harijan*, ›Kinder Gottes‹, nannte, stellten ihn in die Tradition der ›Gemäßigten‹ und haben ihm die Feindschaft der Hindu-Orthodoxie eingetragen. Doch ging seine Ablehnung der westlichen Zivilisation, wie er sie 1908 in seiner Schrift *Hind Svarāj* vertreten hatte, noch über die Äußerungen mancher ›Extremisten‹ hinaus, sah er doch das

Heil Indiens darin, all das zu vergessen, was es in den letzten fünfzig Jahren von Europa gelernt und übernommen habe. So radikal hat sich Gandhi später nicht mehr ausgesprochen. Aber das tiefe Mißtrauen, nicht gegen das geistige Europa, sondern gegen die Welt der Maschine hat ihn nie verlassen. Bei allen restaurativen Neigungen ist dabei aber auch seine erzieherische Intention nicht zu übersehen. Der geistigen Landflucht des anglisierten Politikers und dessen nur abstrakten Forderungen nach nationaler Solidarität setzte er die bewußte Hinwendung zum indischen Dorf entgegen und gab selbst das Vorbild ländlichen Lebens größter Einfachheit und Sparsamkeit. Seine Fähigkeit, bindende nationale Symbole zu setzen, zeigte sich besonders in seiner oft belächelten Handspinnbewegung. Sie sollte nicht nur das Streben nach wirtschaftlicher Autarkie (*svadeśī*) bezeugen und dem im indischen Klima monatelang unterbeschäftigten Bauern einen Nebenverdienst schaffen. In Indien, wo praktische Handarbeit verachteten Angehörigen niederer Kasten obliegt, sollte sie vor allem die Verbundenheit mit der Masse des indischen Volkes symbolisieren. Seither haben sich führende Kongreß-Politiker oft beim Ritual des Spinnens photographieren lassen. Der handgesponnene und handgewebte grobe Baumwollstoff (*khaddar*) wurde das Ehrenkleid der indischen Nationalbewegung und verdrängte im Kongreß englischen *Cutaway* und elegante Bügelfalten; das Spinnrad wurde in die indische Nationalflagge aufgenommen.²¹



© Abb. 3: Nehru beim Ritual des Spinnens (1952)

Als Gandhi 1915 aus Südafrika nach Indien zurückkehrte, hatten ihm seine südafrikanischen Erfolge bereits viel Bewunderung eingebracht. 1917/1918 gewann er in Bihar und Gujarat durch kleinere *satyāgraha*-Kampagnen gegen lokale Mißstände schnell weitere Anhänger. Bisher hatte er seine gewaltlosen Methoden nur im Kampf für die Rechte überschaubarer Minoritäten erproben können. Erst 1919 bot ihm die allgemeine Empörung über das Rowlatt-Gesetz die Möglichkeit zu einer großen Aktion. Sein Aufruf zu einem Generalstreik (*Hartal*) Anfang April 1919 fand begeistertes Echo. Aber es kam in einzelnen Großstädten zu gewaltsamen Ausschreitungen der protestierenden Menge. Gandhi sah sofort ein, daß es ein ›himalaya-großer Fehler‹ gewesen war, von den erregten, zu *satyāgraha* noch gar nicht erzogenen Massen Gewaltlosigkeit zu erwarten. Er sagte weitere Streiks ab und legte sich ein Bußfasten auf. Im Panjab aber war der zündende Funke schon weitergesprungen. Als in der Stadt Amritsar Gewalttätigkeiten um sich griffen, wurde die zivile Verwaltung durch eine Militärregierung ersetzt. Am 13. April 1919 versammelte sich hier trotz des Demonstrationsverbots eine große Menschenmenge im Jallianwala Bagh, einem von Mauern umgrenzten Platz mit wenigen Ausgängen. Der englische General Dyer sah nun, wie er später aussagte, die Möglichkeit, kaltblütig ein Exempel zu statuieren, und ließ die wie in einer Falle sitzende Menge brutal zusammenschießen. 379 Tote und 1200 Verwundete zählte der offizielle Bericht, indische Angaben nannten weit höhere Zahlen. Über den Panjab wurde das Kriegsrecht verhängt und mit Standgerichtsurteilen, öffentlichen Auspeitschungen und grotesken Schikanen wie einem Kriechbefehl die Ruhe wiederhergestellt. Trotz der indischen Erbitterung distanzierte sich die Regierung erst spät und nur lauwarm von diesen Maßnahmen. Dyer wurde getadelt, aber Engländer sammelten für ihn eine Ehrengabe und ließen sie dem ›Retter des Panjab‹ mit einem Ehrendegen überreichen.

Der 13. April 1919 wurde zum schwarzen Tag in den Annalen Britisch-Indiens und Jallianwala zum geweihten Boden des indischen Nationalismus. Jetzt erst entschloß sich Gandhi, der bis dahin die Reformen von 1919 begrüßt hatte, für die Ablehnung der neuen Verfassung einzutreten und die Nichtzusammenarbeit mit der ›satanischen‹ Regierung zu propagieren. Die politisch-wirtschaftliche Depression der Nachkriegszeit bot ihm günstige Voraussetzungen. Die allgemeine Teuerung beunruhigte Mittelstand und Industriearbeiter. Die Geschäftswelt sah durch britische Manipulationen des Wechselkurses der Rupie die finanzielle Autonomie gefährdet, die Indien im Rahmen der neuen Verfassung zugesagt worden war. Viele Geschäftsleute begannen Gandhis Bewegung finanziell zu unterstützen. Besonders günstige Ansatzpunkte bot ihm die Erbitterung der indischen Muslims über die britische Behandlung des türkischen Kalifen und über die drohende Zerstückelung des osmanischen Reiches. Da die zur Unterstützung des Kalifen gegründete muslimische *Khilāfat*-Bewegung, die gegen das britische Vorgehen im Vorderen Orient protestierte,

schnell anwuchs, sah Gandhi in der Unterstützung dieser Agitation eine große Möglichkeit, Hindus und Muslims zusammenzuführen. Den Nicht- Muslims waren zwar die panislamischen Gefühle für den moralisch wenig würdigen Kalifen gleichgültig, aber Gandhi erkannte darin ein echtes religiöses Anliegen. Nachdem die Khilāfatisten sich bereit erklärt hatten, die Methode des *satyāgraha* zu übernehmen, stellte sich 1920 auch der Kongreß – nach längerem Zögern und mit nur geringer Mehrheit – hinter Gandhis Programm. Damit war der Weg frei für den Ersten *satyāgraha*-Feldzug (Herbst 1920-Februar 1922), den Gandhi durch Reisen im Lande und durch journalistische Erziehungsarbeit in seinen Blättern *Young India* und *Navajīvan* (›neues Leben‹) vorzubereiten versucht hatte.

Die Losung dieses Feldzuges war Nichtzusammenarbeit mit der Fremdherrschaft durch Boykott der Wahlen, Schulen und Gerichte. Wahre Begeisterung erfaßte weite Teile des Landes. Es kam zu überschwenglichen Verbrüderungsszenen zwischen Hindus und Muslims. Eine Organisation nationaler Freiwilliger, die *Congress Volunteers*, veranstaltete Demonstrationen, stellte Boykottposten vor die staatlichen Alkoholläden und erging sich, dem *svadeśī*- Ideal folgend, in öffentlichen Verbrennungen ausländischen Tuchs. Diese Feueraktionen wurden nicht überall gebilligt. Der Dichter R. Tagore fand die Vernichtung von Millionenwerten und die einseitige Haltung der Verneinung bedenklich. Aber Gandhi sah darin eine Möglichkeit, den Haß der Massen von den Menschen auf die Sachen abzulenken. Der handgreiflichste Erfolg der Bewegung lag in dem Boykott der Parlamentswahlen, die jetzt nach der neuen Verfassung stattfanden. Die Wahlbeteiligung war regional unterschiedlich, aufs Ganze gesehen aber minimal. Zwar wurden die Ministerien trotzdem gebildet und die Dyarchie in Gang gesetzt, aber ihr stand eine außerparlamentarische Opposition schwer abzusehenden Ausmaßes gegenüber.

Auf der Woge der ersten Begeisterung hatte Gandhi als Ziel seines Feldzuges angegeben, *svarāj* (Selbstregierung) in einem Jahr zu erreichen. Bald hatte er diese Äußerung zu bedauern, mußte er doch einsehen, daß die Isolierung der britischen Macht so schnell nicht zu ermöglichen war. Was sich in Indien abspielte, glich einer religiösen Erweckungsbewegung, deren Intensität nicht unbegrenzt lange erhalten werden konnte. Bei der Unbedingtheit der Entscheidung, die Gandhi forderte, einträgliche Ämter niederzulegen und die Karriere der Kinder durch Schulboykott zu gefährden, waren persönliche Konflikte und Rückfälle unausbleiblich. Nicht überall wurden die Boykottprogramme nach den Erwartungen erfüllt. Auch verkündeten drohende Anzeichen, daß die religiöse Harmonie nicht von Dauer sein werde. Ende 1921 erhoben sich die *Moplahs*, muslimische Pächter in Malabar, gegen ihre brahmanischen Grundbesitzer. Der blutige Aufstand mußte durch Militär unterdrückt werden. Zu weiteren sporadischen Unruhen kam es im November 1921, als der *Prince of Wales* einen Staatsbesuch in Indien machte. Die Regierung nahm jetzt Verhaftungen vor, wagte aber noch nicht, Gandhi zu behelligen. Trotz der bedenklichen Anzeichen lehnte Gandhi ein Angebot der Regierung zu

Verhandlungen am runden Tisch ab. Er plante sogar, die Aktion zu ›Bürgerlichem Ungehorsam‹ zu verschärfen und Steuerstreiks zu organisieren. Dazu kam es aber nicht mehr. Am 4. Februar 1922 hatten sich in dem nordindischen Dorf Chauri Chaura Bauern zu Gewaltakten provozieren lassen, 22 Polizisten waren auf bestialische Weise ermordet worden. Trotz der Enttäuschung und Verbitterung vieler seiner Mitarbeiter, die nicht bereit waren, die Freiheit Indiens auf dem Altar der Gewaltlosigkeit zu opfern, brach Gandhi die Bewegung sofort ab. Nun wurde auch er verhaftet und in einem würdigen Prozeß, in dem er ohne Verteidigung alle Schuld auf sich nahm, zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt, aber wegen einer Erkrankung schon nach zwei Jahren freigelassen. Seine Verhaftung löste kaum Unruhen aus. Es zeigte sich nun, daß der Bewegung eine umfassende Tiefenorganisation fehlte. Zwar hatte dieser Erste *satyāgraha*-Feldzug sein Ziel nicht erreicht. Dennoch veränderte er das politische Leben Indiens. Der Kongreß hatte sich 1920 eine neue Verfassung gegeben. Die Kongreßprovinzen waren nach Sprachgebieten und nicht mehr nach der britisch-indischen Verwaltungsstruktur festgelegt worden. Die Botschaft des Tages sollte von nun an den indischen Massen in ihren Muttersprachen verkündet werden. Die politische Dynamik blieb hinfert nicht mehr auf die englischsprechenden städtischen Intelligenzschichten beschränkt. Die Jahre 1920–1922 hatten gezeigt, daß die Freiheitsbewegung in weitem Maße neuen Boden gewonnen hatte.

Die nächsten acht Jahre bis zum Zweiten großen *satyāgraha*-Feldzug (1930–1934) sind vor allem gekennzeichnet durch die Verschärfung des ›kommunalen‹ Problems, durch innere Auseinandersetzungen im Kongreß und durch die Zunahme sozialer Spannungen.

Die Einigung von Hindus und Muslims erwies sich schnell als eine trügerische Scheinblüte. Es ist umstritten, ob Gandhis Idee, den ›extraterritorialen Patriotismus‹ der Muslims in der Kalifatsfrage zu unterstützen, klug war. Im Grunde wurde damit ein pan-islamisches Anliegen gefördert, das nicht in gesamtindischem Interesse lag und sogar späteren Forderungen nach muslimischer Eigenstaatlichkeit hätte Vorschub leisten können.²² Der Einsatz für den Kalifen wurde hinfällig, als die neue türkische Republik unter Atatürk 1924 das Kalifat abschaffte. Schon ab 1922 stieg die Zahl der religiösen Unruhen, meist aus nichtigen lokalen Anlässen, bedrohlich an. Die Muslim-Liga, vorübergehend durch die *Khilāfat*-Bewegung aus dem politischen Vordergrund verdrängt, gewann wieder stärkeren Einfluß. Zwar fehlte den Muslims noch längere Zeit eine Führerpersönlichkeit vom Range Gandhis. Erst allmählich setzte sich einer ihrer bedeutendsten Köpfe durch: M.A. Jinnah (1876–1948), ein begüterter, englisch gebildeter Rechtsanwalt aus Bombay, der als ehrgeiziger Kongreßpolitiker 1920 Gandhis Nichtzusammenarbeitsbewegung abgelehnt hatte, dadurch in die Isolierung gedrängt wurde und später als gewichtigster Wortführer des muslimischen Separatismus hervortreten sollte. Was die Hindus betraf, so fanden die Orthodoxen unter ihnen ihr Anliegen im religiös neutralen

Kongreß zu wenig berücksichtigt. Die schon seit dem Ersten Weltkrieg bestehende *Hindu Mahāsabha* (›große Hindu-Versammlung‹) wurde jetzt neu belebt. Ihr zunächst eng verbunden war der 1925 gegründete RSS (*Rāshtrīya Svayamsevak Sangh*, ›nationaler Freiwilligen-Bund‹). Solche ›kommunistischen‹ Gruppen bemühten sich um die ›Rückbekehrung‹ indischer Muslims zum Hinduismus und machten kein Hehl daraus, daß sie ein freies Indien unter Hindu-Führung erstrebten. Sie haben dazu beigetragen, die religiös-politischen Auseinandersetzungen zu fanatisieren. Der RSS kann von einem beträchtlichen Teil der Schuld an den blutigen Wirren bei der Teilung Indiens 1947 nicht freigesprochen werden; aus der *Mahāsabha* sollte 1948 der Mörder Gandhis hervorgehen.

Im Kongreß entzündete sich nach dem Scheitern des Ersten *satyāgraha*-Feldzuges ein Streit an der Frage, was nun zu tun sei. Es bildete sich ein Flügel, der die Ansicht vertrat, man müsse jetzt bei den Parlamentswahlen kandidieren und in den gesetzgebenden Gremien das herrschende System durch Obstruktion von innen her bekämpfen. Die Gandhi-treue Mehrheit, die *No-changers*, fürchtete eine Verfälschung der reinen Idee der Nichtzusammenarbeit, weil ein Eintritt in die Parlamente den Massen letztlich doch als Kooperation mit der regierenden Macht erscheinen werde. Die *Pro-changers* dagegen hielten es für verfehlt, alle Machtpositionen, die die Verfassung bot, in den Händen der liberalen ›Gemäßigten‹ zu lassen. Unter Führung des Bengalen Chittaranjan Das (1870–1925) und Motilal Nehrus (1861–1931), des Vaters Jawaharlal Nehrus, gründeten sie innerhalb des Kongresses die *Svarāj*-Partei und errangen mit ihr in den Wahlen von 1923 beachtliche Erfolge. Die *No-changers* billigten zwar nach wie vor den Einzug in die Parlamente nicht, stellten ihm aber auch nichts in den Weg. Gandhi, 1924 aus der Haft entlassen, hielt die parlamentarische Tätigkeit der Svarājisten für nutzlosen Zeitvertreib der westlich gebildeten Schicht, aber er fügte sich und zog sich für mehrere Jahre aus der Politik zurück, um sich ganz seinem Lieblingsgedanken zu widmen, der Erziehungs- und Sozialarbeit auf den indischen Dörfern.

Währenddessen betrieb die *Svarāj*-Partei als Vertreterin des Kongresses in den Landtagen und im Zentralparlament ihre Obstruktionspolitik, indem sie versuchte, Gesetze niederzustimmen oder Haushaltspläne zu vereiteln. Die Resultate waren regional unterschiedlich.²³ Aufs Ganze gesehen konnte diese Politik aber nur die Machtlosigkeit der Parlamente demonstrieren; positive Arbeit, die den Wähler hätte beeindrucken können, war auf diese Weise nicht zu leisten, zumal die Svarājisten oft mangelnde Parteidisziplin erkennen ließen.

Gegen Ende der zwanziger Jahre machten sich soziale Spannungen und politische Radikalisierung zunehmend bemerkbar. Jawaharlal Nehru trat nun stärker in den Vordergrund und gewann, besonders bei der jungen Generation, schnell Popularität. 1927 hatte er die Sowjetunion bereist und war von ihren Errungenschaften beeindruckt, wenn ihm der dogmatisierte Kommunismus auch fremd blieb. Er begann sich für die verzweifelte Lage der indischen Bauern und

Arbeiter zu interessieren und warb auf Bauernversammlungen und Gewerkschaftskonferenzen für seine sozialistischen Ideen. Für ihn sollte der Kampf Indiens nicht nur eine nationale, sondern auch eine soziale Befreiungsbewegung sein. 1928/1929 ging eine Welle von Streiks durch Indien, bei denen nun zum erstenmal auch kommunistische Agitatoren deutlicher eine Rolle spielten. Bis dahin war den in Indien aufs Ganze gesehen schwachen kommunistischen Gruppen der Eintritt in die Nationalbewegung nicht geglückt. Jetzt aber führte wachsender kommunistischer Einfluß zu zwei Spaltungen (1929, 1931) in der indischen Gewerkschaftsbewegung. 1929 ließ die Regierung 31 Kommunisten verhaften und wegen Verschwörung vor Gericht stellen. Der Monsterprozeß (*Meerut Conspiracy Case*), der sich bis 1933 hinzog, machte die Kommunisten in den Augen vieler Nationalisten zu Märtyrern und trug erheblich dazu bei, ihnen einen Platz im politischen Leben Indiens zu sichern.²⁴ Zwar war die Kommunistische Partei 1934 bis 1942 für illegal erklärt, jedoch bot sich ihren Anhängern, nachdem die *Komintern* ihre isolationistische Opposition gegen »bürgerliche« Nationalbewegungen aufgegeben hatte, genügend Möglichkeit zur Mitarbeit im linken Flügel des Kongresses und in den Gewerkschaften.

Ein neues Kapitel der indischen Verfassungsgeschichte und des Freiheitskampfes begann 1927. Die Reformen von 1919 hatten vorgesehen, daß nach zehn Jahren die Verfassung überprüft und eine neue Reform erwogen werden sollte. Schon zwei Jahre vor Ablauf dieser Frist wurde 1927 eine Kommission des britischen Parlamentes unter Sir John Simon gebildet, die die Aufgabe hatte, die indische Verfassungspraxis zu inspizieren und Vorschläge zu unterbreiten. Daß der Kommission kein Inder angehörte und indische Belange nur von Engländern untersucht und beurteilt werden sollten, wurde in Indien, selbst von den Gemäßigten, als nationale Beleidigung empfunden. Protestkundgebungen mit schwarzen Fahnen und Sprechchöre »*Simon go back*« begleiteten die Kommission 1928 auf ihrer Reise durch Indien; kein führender indischer Politiker ließ sich dazu herbei, Aussagen vor ihr zu machen. Um aber diesen Boykott mit einem konstruktiven Beitrag zu verbinden, wurde eine überparteiliche Konferenz einberufen und ein Ausschuß unter dem Vorsitz von Motilal Nehru beauftragt, einen indischen Verfassungsentwurf vorzulegen. Dieser *Nehru Report*, der für Indien den *Dominion*-Status vorsah, wurde jedoch von den Muslims nicht gebilligt, die die vorgesehenen Minderheitsrechte für ungenügend hielten. Auf der anderen Seite war der radikale Kongreßflügel um J. Nehru und Subhas Chandra Bose nicht mehr bereit, sich mit einem *Dominion*-Status zufriedenzugeben, sondern forderte völlige Unabhängigkeit vom britischen Empire. Nach heftigen Auseinandersetzungen erreichte Gandhi, der nun wieder in die Politik zurückgekehrt war, einen Kompromiß. Man beschloß, den Briten ein Ultimatum zu stellen. Der Kongreß werde sich mit dem *Dominion*-Status begnügen, wenn dieser innerhalb eines Jahres, bis zum 31. Dezember 1929, gewährt werde. Andernfalls werde man volle Unabhängigkeit (*pūrṇa*

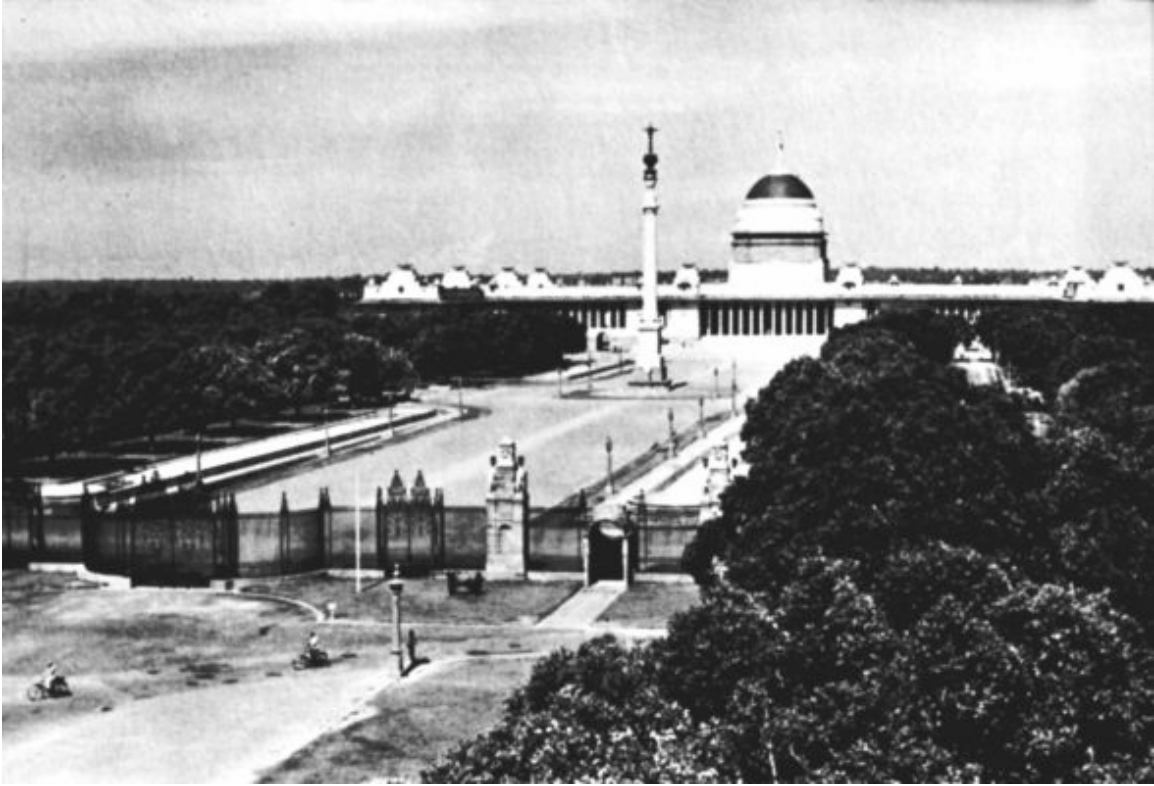
svarāj) fordern und einen neuen gewaltlosen Feldzug beginnen. Die Briten bezeichneten daraufhin zwar den Dominion-Status als Endziel der angestrebten Entwicklung; aber erst müsse der Simon-Bericht abgewartet und auf einer Konferenz am runden Tisch in London die neue Verfassung formuliert und diskutiert werden. Damit war das indische Ultimatum abgelehnt. Ende 1929 beschloß der Kongreß – sein Präsident war nun zum erstenmal J. Nehru – eine Kampagne des ›Bürgerlichen Ungehorsams‹, mit deren Leitung Gandhi beauftragt wurde. Der Zweite große *satyāgraha*-Feldzug (1930–1934) konnte beginnen.

Während die Spannung stieg, ließ Gandhi am 26. Januar 1930 – seither wird in Indien alljährlich der 26. Januar als *Independence Day* gefeiert – ein Manifest im ganzen Lande verlesen, das in elf Punkten wirkungsvoll die nationalen Beschwerden zusammenfaßte und Steuersenkung, Abschaffung der Salzsteuer, Kürzung der Militärausgaben und Beamtengehälter, Schutzzölle, Abwertung der Rupie und die Freilassung politischer Häftlinge forderte. Die Weltwirtschaftskrise von 1929 hatte die Notlage Indiens noch weiter verschärft. Als konkreten Ansatzpunkt für seine Agitation wählte Gandhi das Salzmonopol der Regierung. Die Salzsteuer, die noch 1923 gegen den Willen des indischen Unterhauses verdoppelt worden war, belastete besonders die armen Bauern. Mochten die Streitereien um *pūrṇa svarāj* dem Volke unverständlich oder gleichgültig sein, von der Salzsteuer wußte jeder. Mit der Übertretung des Salzgesetzes konnte Gandhi hoffen, die Massen am wirkungsvollsten anzusprechen. Sein Plan, der vorher korrekt dem Vizekönig erklärt wurde, war von raffinierter Schlichtheit. Mit einer kleinen Schar zuverlässiger Anhänger trat Gandhi einen 24tägigen Fußmarsch an die Küste des Arabischen Meeres an. Überall in den Dörfern, durch die er kam, predigte er die Botschaft der Gewaltlosigkeit und gab genaue Anweisungen für den kommenden Kampf. Dichte Menschenmassen säumten den Weg des 61jährigen Mahatma. Als er am 6. April 1930 am Strand angekommen war, las er nach feierlichem Gebet einige Salzkristalle auf. Es war eine Geste von hinreißender Symbolik. Das Wort ›Salz‹ war zu einer Zauberformel geworden. Bis in die abgelegensten Dörfer hinein brachen sich die aufgestauten Gefühle Bahn. Salzwasser oder salzhaltiger Sand zu illegaler Salzgewinnung ließen sich überall finden. Aus dem Bruch des Salzgesetzes entwickelte sich ein allgemeiner Angriff auf andere verhaßte britische Vorschriften. Schnell wuchs die Bewegung in die Breite und Tiefe. Die meisten Muslims blieben ihr freilich fern; nur in der Nordwest-Grenzprovinz beteiligten sich die kriegerischen Pathanen unter Abdul Ghaffar Khan, dem *Frontier Gandhi*, an der gewaltlosen Agitation. Hier weigerten sich indische Eliteregimenter, auf die unbewaffnete Menge zu schießen. Ganz besonders auffällig war überall die starke Teilnahme der Frauen an Massenversammlungen und an Postensperren vor Alkohol- und Tuchläden.

Die Regierung zögerte diesmal nicht so lange wie 1921. Schon nach einem Monat wurde Gandhi interniert, bald stieg die Zahl der Verhafteten auf über

60000. Aber die Bewegung hatte jetzt eine bessere Tiefenorganisation als 1920–1922. Wenn Postenketten von der Polizei festgenommen wurden, standen schon Ersatzleute bereit, um in die Bresche zu springen. Die *satyāgrahīs* drängten sich in die Gefängnisse und brachten damit die Behörden bald in Verlegenheit. Trotz brutaler Prügelattacken der Polizei mit metallbeschlagenen Stöcken (*lāthi charges*) hielten sich die Massen fast überall an das Gebot der Gewaltlosigkeit, wie erschütternde Augenzeugenberichte zu melden wissen. Nur an wenigen Orten kam es zu Attentaten und Ausschreitungen. Aber Gandhi hatte erklärt, diesmal würden ihn einzelne Gewaltakte nicht zum Abbruch der Bewegung veranlassen.

Trotz der Schärfe der Bekämpfungsmaßnahmen lag der Regierung doch daran, mit dem Kongreß zu einer Verständigung zu kommen. Auch Gandhi versuchte, die Fehler von 1920–1922 zu vermeiden. Anders als 1920 hatte er diesmal keinen Termin für den Erfolg des Feldzuges vorausgesagt und zeigte sich dem Verhandlungsangebot der Regierung gegenüber kompromißbereiter als 1921. Zwar schlugen Versuche liberaler Inder, zwischen Kongreß und Regierung zu vermitteln, zunächst fehl. Im November 1930 fand die erste *Round Table Conference* in London zur Vorbereitung einer neuen Verfassung ohne Beteiligung des Kongresses statt. Da die Regierung aber einsah, daß ohne dessen Stimme die politische Zukunft Indiens nicht mehr sinnvoll diskutiert werden konnte, entschloß sie sich zu einer großen Geste. Anfang 1931 wurden Gandhi und die führenden Kongreßpolitiker bedingungslos freigelassen. Bald danach fuhr Gandhi nach Delhi und schloß mit dem Vizekönig Lord Irwin, dem späteren Lord Halifax, am 5. März 1931 den ›Delhi-Pakt‹, der beiden Parteien eine Atempause verschaffte. Die Regierung machte einige kleinere Zugeständnisse in der Salzfrage und versprach, die im Laufe der Agitation erlassenen Notverordnungen zu widerrufen. Auf die geforderte Untersuchung der brutalen Übergriffe der Polizei verzichtete Gandhi und erklärte sich bereit, die Bewegung des ›Bürgerlichen Ungehorsams‹ zu suspendieren. Der Delhi-Pakt fand bei den Radikalen im Kongreß und bei manchen Konservativen in England Gegner. Winston Churchill bemerkte entrüstet, daß der Repräsentant des britischen Weltreiches sich dazu herabgelassen habe, mit Gandhi, »dem hetzenden halbnackten Fakir«, von gleich zu gleich zu verhandeln. Genau das versöhnte aber schließlich die Radikalen in Indien mit dem Delhi-Pakt: der Vizekönig hatte *de facto* den Kongreß als wichtigsten Vertreter des indischen Volkes und gleichberechtigten Partner anerkennen müssen.



© Abb. 4: Das Haus des britischen Vizekönigs in Neu Delhi

Im August 1931 fuhr Gandhi als einziger Delegierter des Kongresses zur zweiten *Round Table Conference* nach London. Aber während er, in Lendentuch und Sandalen auftretend, sich als Abgesandter der indischen Nation fühlte, so wie er sie sah, erblickten die anderen Konferenzteilnehmer in ihm nur den Vertreter einer der vielen *communities*, der religiösen, politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Gruppen und Interessenverbände, deren Schutz sich die Kolonialmacht gewissenhaft angelegen sein ließ. Neben den Muslims forderten nun auch die ›Unberührbaren‹ mit britischer Unterstützung getrennte Wahlen; in den Provinzen mit muslimischer Mehrheit, Panjab und Bengalen, verlangten Sikhs, Hindus und Anglo-Indier starke *weightage* (s.o.S. 26). Eine immer kompliziertere Wahlarithmetik wurde entworfen, ein Mandatsschacher setzte ein, der die bestehenden Gegensätze mehr und mehr vertiefte. Die Unsicherheit darüber, wie die kommende Verfassung die ›kommunalen‹ Machtverhältnisse gestalten werde, verstärkte die Spannungen, und diese Spannungen verhinderten einen gemeinsamen Verfassungsentwurf. In diesem *circulus vitiosus* lief sich die zweite Londoner Konferenz fest. Mit leeren Händen kehrte Gandhi am 28. Dezember 1931 nach Indien zurück.

Hier fand er eine spannungsgeladene Atmosphäre vor. Der im Delhi-Pakt vereinbarte Waffenstillstand war nicht eingehalten worden. Die äußerst labile Lage hatte an mehreren Stellen zu Unruhen geführt. Der ständige Preisverfall

trieb die Bauern, besonders in den Vereinigten Provinzen, zu Steuerstreik und Pachtverweigerung. Die Regierung antwortete mit Verhaftungen und drastischen Notverordnungen. Der neue Vizekönig, Lord Willingdon, war nicht wie sein Vorgänger Lord Irwin zu Kompromissen geneigt und wollte beweisen, daß man Indien schnell wieder zur Ruhe bringen könne. Als Gandhi im Januar 1932 die Wiederaufnahme des ›Bürgerlichen Ungehorsams‹ proklamierte, war die Regierung gut vorbereitet und schlug hart zu. Gandhi wurde sofort verhaftet, der Kongreß verboten, sein Vermögen eingezogen, die Presse lahmgelegt. Praktisch wurde das Kriegerrecht über Indien verhängt. Dennoch blieb die Bewegung noch überraschend stark und, von Bengalen abgesehen, fast überall gewaltlos. Zehntausende von Verhaftungen, Demonstrationen und Polizeiterror dauerten das ganze Jahr 1932 hindurch an.

Gandhi aber wandte sich im Gefängnis einem anderen Problem zu. Da sich die Inder auf der zweiten Londoner Konferenz über die Wahlarithmetik für die neue Verfassung nicht hatten einigen können, fiel der britischen Regierung die Rolle eines Schiedsrichters zu. Im August 1932 veröffentlichte sie ihren ›kommunalen Schiedsspruch‹, der u.a. getrennte Wahlen für die ›Unberührbaren‹ vorsah, jene numerisch schwer abgrenzbare Gruppe (etwa 50 Millionen) der Ärmsten der Armen, deren bloße Annäherung nach orthodoxer Vorstellung einen Kasten-Hindu schon verunreinigt. Gandhi sah in dieser entwürdigenden Diskriminierung der *Harijan*, der ›Kinder Gottes‹, zwar immer einen Krebschaden des Hinduismus. Aber er war nicht bereit, einen neuen politischen Keil in die Front der Nationalbewegung treiben zu lassen. Er drohte mit einem Fasten bis zum Tode, falls der Schiedsspruch in diesem Punkte nicht abgeändert werde. Die Regierung erklärte sich bereit, eine andere Regelung zu akzeptieren, wenn die Kasten-Hindus und die ›Unberührbaren‹ sich selbst darüber einigten. Dr. Ambedkar, der bedeutendste Führer dieser unterdrückten Bevölkerungsschicht, deren politische Willensbildung noch in den ersten Anfängen stand, schloß nun unter dem Druck des fastenden Mahatma mit diesem den ›Puna-Pakt‹, der die separaten Wahlen für die ›Unberührbaren‹ fallenließ und ihnen dafür eine beachtliche Zahl von Sitzen in den Parlamenten reservierte. Gandhis ganze Aufmerksamkeit galt nun der *Harijan*-Frage. Spontan wandten sich viele Kasten-Hindus den ›Unberührbaren‹ zu, öffneten ihnen die Tempel und suchten ihr Los durch tätige Hilfe zu erleichtern. Freilich klang die erste Begeisterung bald ab, und orthodoxe Reaktionen brachen wieder durch. Auch bei den politisierenden ›Unberührbaren‹ selbst stellte sich Mißtrauen ein. Ambedkar fürchtete, dem Kongreß gehe es nicht um das Schicksal der *Harijan*, sondern um die Macht des ungeteilten Hinduismus. Er äußerte den Verdacht, man werde nur kongreßhörige *Harijan*-Kandidaten nominieren. Später spielte er sogar mit Drohungen, die ›Unberührbaren‹ zum Islam oder Buddhismus zu führen. Aber trotz aller Rückschläge bereitete Gandhi, wie vor ihm schon Gokhale, den Weg zur formalen Abschaffung der ›Unberührbarkeit‹ in der Verfassung des freien Indien von 1950.

Auch nach dem Puna-Pakt von 1932 lief die Bewegung des ›Bürgerlichen Ungehorsams‹ weiter. Aber für Gandhi war die Befreiung der *Harijan* nun wichtiger als die Erringung von *svarāj*. Er benannte seine politische Zeitschrift *Young India* in *Harijan* um. Als er aus der Haft entlassen wurde, zog er mit einer Blechbüchse durch Indien und sammelte Geld für eine *Harijan*-Hilfsgemeinschaft. Währenddessen versickerte der Feldzug der *Civil Disobedience* immer mehr. Einzelne Versuche, ihn neu zu beleben, hatten wenig Erfolg. Die Regierung zeigte keinerlei Bereitschaft mehr, sich von *satyāgraha* ansprechen zu lassen. Die harten Unterdrückungsmaßnahmen mußten zu allmählicher Ermüdung des Volkes führen. Die Bewegung war schon tot, als Gandhi sie formell am 7. April 1934 mit einer resignierenden Erklärung einstellte.²⁵ Handgreifliche Erfolge hatte der zweite Feldzug ebensowenig wie der von 1920–1922 gebracht; dabei war es jedoch unverkennbar, daß die Macht der Nationalbewegung und das Prestige des Kongresses seit 1922 gewaltig gewachsen waren. Viele Kritiker schrieben und schreiben Gandhis unkluger Politik die Schuld am Scheitern zu.²⁶ Sein Abspringen auf ein Nebenproblem, die *Harijan*-Frage, brachte Verwirrung unter seine Anhänger und lähmte ihre Energie. Für Gandhi aber war die innere Einheit Indiens kein Nebenproblem, dessen Lösung einer unbestimmten Zukunft überlassen werden konnte. Für ihn sollte die innere Freiheit Indiens der äußeren Befreiung vorangehen. An den Maßstäben realpolitischer Erfolge gemessen hatte er versagt. Aber er war zu einer ›haltenden‹ Macht im Ablauf der indischen Revolution geworden.

Am Kongreß waren die zwei Jahre der Illegalität und das Scheitern des Feldzuges nicht spurlos vorübergegangen. Als er 1934 wieder zugelassen wurde, kam es, ähnlich wie 1922, zu Meinungskämpfen um den Wiedereintritt in die Parlamente, die seit 1930 boykottiert worden waren. Der linke Flügel, der sich 1934 zu einer *Congress Socialist Party* zusammenschloß, war gegen die parlamentarische Mitarbeit. Weitere Auseinandersetzungen entzündeten sich an der Frage, ob man für die kommende Verfassung den ›kommunalen Schiedsspruch‹ akzeptieren solle. Der rechte Flügel, der eine *Nationalist Party* gründete, lehnte ihn ab, der Kongreß selbst taktierte hinhaltend. Gandhi versuchte, solchen zentrifugalen Tendenzen durch eine neue Kongreßverfassung entgegenzuwirken. Der Kongreß wurde zu einer Art zentralistischer Präsidialdemokratie umgestaltet.²⁷ Der Präsident und eine kleine Führungsgruppe, das ›Oberkommando‹ (*High Command*), bekamen neue Vollmachten. Auch sollte das immer noch bestehende Übergewicht der Städte durch eine neue Bestimmung beseitigt werden, wonach künftig 75% der Kongreßdelegierten aus ländlichen Bezirken kommen sollten. Gandhi selbst aber erklärte, um alle Kontroversen über seine Führungsmethoden zu beenden, seinen Austritt aus dem Kongreß und widmete sich wieder ganz seiner sozialreformerischen Arbeit. Doch konnten und wollten die Führer des Kongresses auf Gandhis Rat nicht verzichten. Er blieb unsichtbar weiterhin an der Spitze der indischen Nationalbewegung.

Währenddessen gingen die Diskussionen, Konferenzen und Intrigen zur Vorbereitung einer neuen Verfassung für Indien weiter. Erst 1935 wurde der *Government of India Act* vom britischen Parlament verabschiedet. Diese Verfassung bestand aus zwei Teilen, einem föderativen und einem auf die Provinzen Britisch-Indiens bezüglichen Abschnitt.

Der föderative Teil sah die Einbeziehung der Fürstentümer in einen gesamtindischen Bundesstaat vor. Damit wurde nun das Problem der Fürsten für die politische Struktur Indiens akut.²⁸ Unter der Aufsicht britischer ›Berater‹ (*Resident* oder *Political Agent*) beherrschten über 500 Fürsten rund 45% des Bodens und etwa 24% der Bevölkerung des indischen Subkontinents. Die Grenzen dieser Fürstenstaaten verliefen so, wie die Zufälle der britischen Eroberungsgeschichte sie gezogen hatten. Die größten von ihnen (Haiderabad, Kashmir) hatten etwa die Fläche Großbritanniens, die kleinsten umfaßten nur wenige Dörfer. Viele dieser Maharajas und muslimischen Fürsten waren märchenhaft reich. An ihren Höfen entfalteten sie den malerischen Prunk, den westliche Trivalliteratur oft für allgemein indisch hielt. In der Innenpolitik ihrer Staaten waren sie souverän, den Herrscher bindende Verfassungen gab es nicht, oft nicht einmal die Trennung von Staatseinnahmen und fürstlicher Privatschatulle. Nur bei schlimmster Mißwirtschaft griffen die Briten ein. Die Lage der Fürstenuntertanen war im allgemeinen elend. Es gab aber auch Staaten (z.B. Baroda, Maisur, Travancore), die in Erziehungswesen und sozialen Einrichtungen Britisch-Indien weit voraus waren. Das Verhältnis der Briten zu den Fürsten war in der Regel gut. Die britische Herrschaft brachte ihnen erhebliche Vorteile.



© Abb. 5: Indien vor der Unabhängigkeit

Sie garantierte ihnen die Sicherheit ihres Besitzes, nahm ihnen die Sorge um Außenpolitik und Verteidigung ab und schmeichelte ihrem monarchischen Selbstgefühl durch Verleihung von Titeln, Orden und wohl abgestuften Würden. England konnte in der übergroßen Mehrzahl der Fürsten eine sichere Stütze seiner Herrschaft sehen und war bereit, ihnen so weit wie möglich entgegenzukommen. Während die Fürsten im 19. Jahrhundert nicht ohne britische Vermittlung untereinander Kontakte pflegen durften, hatten die Reformen von 1919 dies Prinzip der Isolierung durchbrochen und eine Fürstenkammer geschaffen, um den Herrschern ein Sprachrohr für ihre gemeinsamen Interessen zu geben. Die Verfassung von 1935 ließ ebenfalls Fürstenfreundlichkeit erkennen. Die absolutistisch regierten Staaten sollten ohne wesentliche Reformen mit den demokratisierten Provinzen Britisch-Indiens föderiert werden. Der Beitritt der Fürsten sollte freiwillig sein und die Föderation nur dann zustande kommen, wenn so viele Herrscher beitraten, daß ihre Untertanen die Hälfte der Gesamtbevölkerung aller Staaten ausmachten. Im neuen Zentralparlament sollten die von den Herrschern ernannten – nicht vom Volke gewählte – Vertreter mehr Sitze erhalten, als dem Bevölkerungsanteil der Fürstenstaaten entsprochen hätte. Die Absicht war deutlich: man wollte die konservativen, englandfreundlichen Elemente stärken und durch die Loyalität der Fürsten ein Gegengewicht gegen den indischen Nationalismus schaffen.

Im Kongreß mußte dieser Föderationsplan daher auf Widerstand stoßen. Besonders der linke Flügel war nicht bereit, die verstärkten Machtpositionen der reaktionären Fürsten hinzunehmen. Auch andere Punkte der neuen Verfassung enttäuschten. In die Zentralregierung sollte nun – als Fortschritt gegenüber 1919 – die Dyarchie (s.o.S. 29) eingeführt werden, ehe Ressorts der Außenpolitik und der Verteidigung sollten indischen Ministern verschlossen bleiben, das indische Parlament sollte auf die Kontrolle von rund 80% des Staatshaushalts verzichten. Von einem *Dominion*-Status war keine Rede. Nehru sprach von einer ›Sklavenverfassung‹. Während die Verhandlungen über den Beitritt der Fürsten sich hinzogen, nutzte der Kongreß die Zeit zu Reformfeldzügen in einzelnen Staaten. Entscheidende Erfolge blieben dabei aber aus. Bis zum Kriegsausbruch 1939 hatten sich die Fürsten nicht zur Teilnahme an der geplanten Föderation entschließen können. Sie waren nicht bereit, die geringen Opfer an Hoheitsrechten zu bringen, die ihnen zugemutet wurden. Auch Intrigen der Kolonialverwaltung hatten dazu beigetragen, daß die Fürsten den Plan eines Bundesstaates sabotierten.²⁹ Denn die Idee einer verantwortlichen indischen Zentralregierung fand in Großbritannien, vor allem wieder in der Person Churchills, scharfe Gegner. So ist der föderative Teil der Verfassung von 1935 nie in Kraft getreten. In der Zentrale wurde Indien bis zur Unabhängigkeit nach der Verfassung von 1919 regiert.

Dagegen wurde der auf die Provinzen Britisch-Indiens bezügliche Teil 1937 in Kraft gesetzt. Dabei wurden Neuabgrenzungen der Provinzen vorgenommen und Aden und Burma von Indien abgetrennt. Die entscheidende Neuerung war die Abschaffung der Dyarchie und die Einführung der ›provinziellen Autonomie‹. Die Provinzregierungen wurden ungeteilt indischen Ministern übergeben, die den Landtagen verantwortlich waren. Der Kreis der Wahlberechtigten wurde erweitert und umfaßte etwa 43% der männlichen und 10% der weiblichen Erwachsenen.

Bei den Wahlen zu den neuen Provinzialparlamenten 1937 stellte der Kongreß als einzige indische Partei in allen Provinzen Kandidaten auf und erzielte mit seiner guten Organisation einen großen Erfolg. Nur in Bengalen kam eine muslimische Koalition und im Panjab die vorwiegend muslimische Unionspartei an die Macht. Der Kongreß stand nun vor der Frage, ob er in seinen Mehrheitsprovinzen das Angebot zur Regierungsbildung annehmen sollte. Er zögerte mehrere Monate, weil der Verdacht bestand, die britischen Gouverneure könnten ihre Notstandsrechte und Sondervollmachten mißbrauchen. Doch dann siegte, nach beruhigenden britischen Äußerungen, der Wille zur Macht. Im Juli 1937 wurden in sechs, später in acht Provinzen Kongreßkabinette gebildet. Damit war der Kongreß zum erstenmal in seiner Geschichte Regierungspartei geworden. Doch verblieb ihm weiterhin die Aufgabe, nationale Agitation zu treiben. Diese Doppelrolle war in der Praxis nicht immer leicht auszufüllen. Die Regelung, daß die Kongreßminister bei Übernahme der Ministerien ihre Kongreßämter niederlegen mußten, führte vielerorts zu Spannungen zwischen

›ministeriellem‹ und ›organisatorischem‹ Flügel in den Provinz-Kongressen. Bei solchen Streitigkeiten fiel dem zentralen *High Command* die Rolle des Schiedsrichters zu. Da die Zentralregierung Britisch-Indiens von Reformen ausgeschlossen blieb und indischen Nationalisten keine Ministerämter zu bieten hatte, konnte die Spitze des Kongresses ihre agitatorische Reinheit bewahren und in der Art einer zentralistischen Präsidialdemokratie (s.o.S. 46) auf die Provinzen einwirken. In der zweijährigen Regierungszeit (1937–1939) wuchs das Ansehen des Kongresses. Seine Mitgliederzahl verfünffachte sich auf über drei Millionen. Die Kongreßkabinette hielten nicht nur mit starker Hand Ruhe und Ordnung aufrecht, sie gingen auch mit Eifer an die Verwirklichung von Gandhis Reformplänen. Ein Volkserziehungsprogramm der *Basic Education* wurde entworfen, das handwerkliche mit intellektueller Schulung verband und diese bewußt am Lebensraum des Kindes orientierte. Weitere Maßnahmen dienten der strafferen Kontrolle des Gesundheits- und Schulwesens und der dafür zuständigen indischen lokalen Selbstverwaltungskörperschaften, deren Arbeit in der Zeit der Dyarchie aufs Ganze gesehen wenig erfolgreich gewesen war.³⁰ Neue Gesetze besserten das Los der Pächter, weniger jedoch das der Industriearbeiter. Die Zusammenarbeit mit den britischen Gouverneuren verlief, von einer kurzen Krise Anfang 1938 abgesehen, im allgemeinen reibungslos. Selbst Briten waren von den Leistungen der Kongreßregierungen beeindruckt.

Doch hatte die Zeit der Provinzautonomie auch andere, schwerwiegende Folgen: sie vergrößerte die ›kommunalen‹ Reibungsflächen und verschärfte erneut die religiösen Spannungen. Die Muslim-Liga hatte bei den Wahlen 1937 nicht sehr gut abgeschnitten. Der Kongreß, von seinem Wahlerfolg berauscht, sah keine Notwendigkeit, Koalitionsregierungen mit der Liga zu bilden. Er verhielt sich oft überheblich und unterschätzte die politische Dynamik der Muslims. In den Kongreßprovinzen war eine deutliche Hinduisierung des kulturellen Lebens zu spüren. Das Absingen der Hymne *vande mātaram* (s.o.S. 25) bei offiziellen Anlässen provozierte die Empfindlichkeit der monotheistischen Muslims; Anzeichen eines beginnenden Gandhi-Kultes und die Einführung der sanskritisierten Hindi-Sprache zuungunsten des Urdu im Schulunterricht riefen neues Mißtrauen wach. Während die Fronten sich verhärteten, gewann Jinnah (s.o.S. 38) an Einfluß. 1938 berief er einen Untersuchungsausschuß, der in einem Bericht (*Pirpur-Report*) angebliche gegen Muslims gerichtete Unterdrückungsmaßnahmen des Kongresses anprangerte. Wieviel davon den Tatsachen entsprach, wird sich kaum noch klären lassen. Es stimmt nachdenklich, daß umgekehrt die *Hindu Mahāsabhā* dem Kongreß vorwarf, er benachteilige die Hindus. Ob die Klagen der Muslims übertrieben waren oder nicht – es wuchs unter ihnen die Überzeugung, ihre religiös-kulturelle Eigenart sei gefährdet, Kongreßherrschaft bedeute Hindu-Herrschaft, in einem unabhängigen Indien werde Hindu-Imperialismus das britische Kolonialregime ablösen. Daher bleibe nur der Ausweg staatlicher Trennung der beiden Religionen. Schon um 1930 hatte der muslimische Dichter Muhammad Iqbal

davon gesprochen, daß Indien zwei Nationen beherberge, die verschiedene nationale Heimstätten haben müßten. In Studentenkreisen war bereits der Name ›Pakistan‹ für die Provinzen mit muslimischer Mehrheit aufgetaucht.³¹ Diese ›Zwei-Nationen‹-Theorie wurde 1940 zum offiziellen Programm der Liga erklärt und seither mit wachsender Entschiedenheit gegen die Einheitsforderungen des Kongresses verfochten, der sich als nationale, nicht als ›kommunale‹ Organisation verstand und auf gute Muslims in seinen Reihen – insgesamt freilich nur etwa 3% der Mitglieder – hinweisen konnte.

So zeichnete sich am Vorabend des Zweiten Weltkrieges bereits die Möglichkeit der Teilung Indiens drohend ab.

2. Ceylon vom 19. Jahrhundert bis zum Zweiten Weltkrieg

Über vierhundert Jahre lang war Ceylon in einen von Kolonialmächten (Portugiesen, seit 1656 Holländern und seit 1796 Engländern) kontrollierten Teil längs den Küsten und ein singhalesisches Königreich im Innern der Insel gespalten gewesen, als König Shrivikramarajasimha 1815 in die Hände der Engländer fiel und sein Land britischer Verwaltung unterstellt wurde. Die Übernahme erfolgte rechtlich durch die von John D'Oyly entworfene Konvention von Kandy am 2. März 1815, in der den Großen des Königreichs die Erhaltung ihrer Rechte und der Schutz der buddhistischen Religion zugesichert wurde.¹ Gleichwohl führte die Kolonialverwaltung erhebliche Veränderungen in Verwaltung und Rechtsprechung ein, was 1817/1818 zu einem Aufstand eines großen Teils der alten Führungsschicht mit dem Ziel einer Restauration der singhalesischen Monarchie führte.²

Nach der Niederwerfung des Aufstandes begann eine Umgestaltung des Landes, die eine wirtschaftliche Erschließung zum Nutzen der Kolonialmacht ermöglichen sollte. Der Gouverneur Sir Edward Barnes konzentrierte sich auf den Ausbau der Straßen, wobei er auf die traditionelle Verpflichtung der einheimischen Bevölkerung zu unbezahlten Arbeiten für die Regierung (*rājakāriya*) zurückgriff. 1831/1832 arbeitete eine britische Kommission (die sog. Colebrooke- Cameron-Kommission) Vorschläge für eine weitere Umgestaltung Ceylons im Sinne der Lehren des Liberalismus aus, Vorschläge, die größtenteils durchgeführt wurden.³ Schon vorher hatten wirtschaftspolitische Maßnahmen (1810 Erlaubnis für Europäer, im Küstengebiet Land zu erwerben, 1820 Abschaffung der Exportsteuer für Kaffee, 1821 Abschaffung des traditionellen Rückkaufrechtes für Land usw.) Voraussetzungen für die Entwicklung einer Plantagenwirtschaft geschaffen. Nun wurde auch das bisher den Bauern des Hochlandes zu freier Nutzung zur Verfügung stehende unbebaute Land als Staatseigentum betrachtet und an Spekulanten und Pflanzern verkauft. Weil nicht genügend einheimische Arbeitskräfte vorhanden waren, begann um 1840 die Anwerbung südindischer Arbeiter unter Bedingungen, die an Sklavenhandel grenzten. Da nach den Vorschlägen der Colebrooke-Cameron-Kommission den Beamten ihre Pensionsrechte entzogen wurden und diese nun fast alle selbst

Kaffeepflanzer geworden waren, fehlte zunächst jeder Rechtsschutz für die Gastarbeiter, deren Lage sich nur sehr langsam verbesserte.

Die um 1845 einsetzende Depression traf vor allem die kleineren Plantagenbesitzer. Im Gefolge wirtschaftlicher Schwierigkeiten brachen 1848 im Hochland um Kandy Unruhen aus, die durch Einsatz von Militär mit ungerechtfertigter und unnötiger Härte niedergeschlagen wurden.⁴ Eine zweite Hochkonjunktur des Kaffeeanbaus (die ›Kaffeezeit‹) fand ihr Ende, seit 1869 eine Blattkrankheit die Pflanzungen zerstörte. Langsam ging man zum Teeanbau über (1872 Beginn des Exports, 1883 Ceylon-Tee als besondere Teesorte in London anerkannt). Während der Teeanbau, Ceylons wichtigste Exportquelle, ganz in europäischen Händen lag, beteiligten sich auch Ceylonesen an den seit Ende des 19. Jahrhunderts sehr rentablen Kautschuk- und Kokospflanzungen.

Die britische Politik war durch Kontaktarmut der Engländer zu den Einheimischen gekennzeichnet, die durch die Sprachbarriere noch verstärkt wurde. Die durch die Konvention von Kandy entstandenen Verbindungen der Kolonialverwaltung Ceylons mit den buddhistischen Institutionen wurden um 1850 endgültig gelöst.⁵ Christliche Missionen konnten zwar wenig Bekehrungserfolge erringen, bauten aber ein einflußreiches Missionsschulwesen auf. Seit etwa 1870 gewann die buddhistische Erneuerungsbewegung an Einfluß (1873 christlich-buddhistisches Streitgespräch in Pānadurā, 1880 Besuch des Col. H. Olcott und Gründung der *Buddhist Theosophical Society*). Führender Vertreter des ›buddhistischen Nationalismus‹, in dem traditionelle buddhistische Anschauungen mit westlichen Ideen des 19. Jahrhunderts verschmolzen wurden, war der Anagārika Dharmapāla (1864–1933), der 1891 die Mahābodhi-Gesellschaft gründete. Um die Jahrhundertwende begann die in englischen Schulen erzogene neue einheimische Elite Ansprüche auf Beteiligung an der Regierung anzumelden. Gleichzeitig nahmen infolge der Verarmung der Bauern im Hochland und der Vernachlässigung der für die Reisbauern lebenswichtigen Bewässerungswirtschaft durch die Regierung die sozialen Spannungen zu.

Im Jahre 1915 wurden die Gegensätze bei Ausschreitungen der Singhalesen gegen die muslimische Händlerbevölkerung deutlich, die durch den Streit um eine Prozession ausgelöst wurden. Ungeschickte Repressalien der Regierung gegen Nationalisten gaben der Nationalbewegung Auftrieb. 1917 wurde Ponnambalam Arunachalam Präsident der *Ceylon Reform League*, aus der 1919 der *Ceylon National Congress* hervorging, der im Jahr 1920 einen britischen Vorschlag zur Verfassungsreform annahm, wonach von den 27 Mitgliedern der Gesetzgebenden Versammlung 19 gewählt werden sollten. Durch Auseinandersetzungen über die Einteilung der Wahlkreise zerbrach die Einheit der Nationalbewegung, wobei sich die Interessen der singhalesischen Mehrheit und der tamilischen Minderheit (etwas weniger als ein Drittel der Bevölkerung) gegenüberstanden. Der Mangel eines einheitlichen Nationalbewußtseins erschwerte die Agitation für erweiterte Mitbestimmung in der Regierung. Einen wesentlichen Fortschritt der Verfassungsentwicklung brachten die Vorschläge

der Donoughmore-Kommission (1927/1928). Der erste Staatsrat nach der neuen Verfassung wurde 1931 gewählt; aus ihm ging ein Ministerrat von zehn Ministern hervor, wobei freilich besonders wichtige Amtsbereiche den drei vom britischen Gouverneur ernannten Ministern vorbehalten blieben.

Eine Malariaepidemie und die Folgen einer Dürreperiode ließen 1934/1935 die fortschreitende Verarmung großer Teile der Landbevölkerung besonders augenfällig werden. 1935 wurde die ceylonesische Sozialistische Partei (LSSP, *Lankā Sama Samāja Pakshaya*) von Philip Gunawardena, Dr. N.M. Perera, Colvin de Silva und Leslie Goonewardena gegründet. Sie errang bei den Wahlen 1936 zwei Sitze. Nach diesen Wahlen verschafften sich singhalesische konservative Politiker unter Führung von D.B. Jayatilaka alle Sitze im Ministerrat, was den latenten Gegensatz zu den Führern der tamilischen Minderheit verschärfte. Spannungen zwischen Gouverneur und Ministerrat in den Jahren 1938 und 1939 verloren nach Kriegsausbruch an Bedeutung; der *status quo* blieb zunächst erhalten. Der Hitler-Stalin-Pakt führte zur Spaltung der LSSP in eine trozkistische Mehrheit und eine stalinistische Kommunistische Partei; die trozkistische LSSP stellt seither die größte sozialistische Partei Ceylons dar.

3. Japan und Korea vom Ersten Weltkrieg bis zum Jahre 1937

Im Jahre 1914 dehnte sich das japanische Kaiserreich im Norden bis zur südlichen Hälfte der Insel Sachalin und über die ganzen Kurilen aus, auf dem chinesischen Kontinent besaß es die Konzession Kwantung auf der Halbinsel Liaotung. 1910 hatte es Korea besetzt, und es hatte die Souveränität über die Ryūkyū-Inseln erhalten. Auch Formosa war japanische Kolonie. Einige Monate nach Beginn des Ersten Weltkrieges ließ die japanische Regierung die deutschen Besitzungen in Shantung und im Pazifik durch kaiserliche Truppen okkupieren.

Japan hoffte, der Weltkrieg werde ihm die Möglichkeit geben, seine militärische Expansion zu steigern, und der Rückzug der westlichen Mächte vom asiatischen Markt werde ihm Gelegenheit zu einem raschen Aufschwung seiner Industrie und seines Außenhandels bieten. Auf der einen Seite weigerte es sich, an den militärischen Operationen in Europa aktiv teilzunehmen, auf der anderen entwickelte es die Schwerindustrie im Inneren des Landes, das sich dann sehr bald als wirtschaftliche Weltmacht erweisen sollte, ganz besonders im Schiffbau. Von 1917 ab machte sich aber die amerikanische Konkurrenz immer stärker bemerkbar, und die ersten Anzeichen einer Krise tauchten auf.

Während die Preise stiegen, blieben die Löhne der Nicht-Facharbeiter ständig auf dem gleichen Niveau. Die Gewerkschaften schlossen sich zusammen, und die sozialen Konflikte wurden immer größer und zahlreicher. Als die Regierung am 2. August 1918 verkündete, sie beabsichtige, eine Armee nach Sibirien zu entsenden, brach ein Aufstand in einem kleinen Reishafen am Japanischen Meer aus. Die Ausweitung des Krieges ließ Reismangel befürchten und damit ein rasches Steigen der Preise. Die darauf folgenden weiteren Aufstände wurden

daher als ›Reiseraufstände‹ bezeichnet. Dieser Aufruhr dehnte sich zuerst auf das westliche Zentrum des Landes aus, und zwar auf die Städte Kyōto, Ōsaka und Kōbe, um danach auch auf die Umgebung von Tōkyō überzugreifen. Zuerst hatte der Aufstand die Form von Streiks, dann erfolgten Revolten und Konflikte mit den Pächtern. Schwere Zwischenfälle ereigneten sich in den Bergwerken.² Das Expeditionskorps wurde trotzdem nach Sibirien entsandt; vor Jahresschluß befand sich dort eine 73000 Mann starke japanische Armee.

Das Kabinett unter General Terauchi demissionierte dann, und Hara Satoshi, der Präsident der *Seiyūkai* (›Gesellschaft der Freunde der Politik‹), wurde Ende September Regierungschef. Die Aufstände erloschen nach und nach, doch Japan begrüßte die eingetretene Ruhe ohne große Begeisterung. Hara Satoshi, der 1856 geboren wurde, war der erste Politiker, der an die Spitze der Regierung kam, ohne in der kaiserlichen Armee am Bürgerkrieg von 1868 teilgenommen zu haben. Er war ein ausgezeichnete Politiker, der geschickt manövrierte und es verstand, die verschiedenen politischen Richtungen des Bürgertums um sich zu vereinigen, angefangen bei den Veteranen von 1868 bis zu den Geschäftsleuten der Handelshäuser Mitsui und Mitsubishi. Er war zwar dem parlamentarischen System gegenüber sehr aufgeschlossen, blieb aber ein scharfer Gegner des allgemeinen Wahlrechts. Der Linken gegenüber war er feindlich eingestellt, ließ jedoch die Sozialisten ruhig arbeiten, um sie besser unter seine Gewalt zu bekommen. Was die Außenpolitik betrifft, so vertrat auf sein Geheiß hin die japanische Delegation auf der Friedenskonferenz von Versailles die ›Einundzwanzig Forderungen‹, die China 1915 gestellt worden waren. Durch den Friedensvertrag erhielt dann Japan das Mandat über die ehemaligen deutschen Inseln im Pazifik, doch blieb das Shantung-Problem in der Schwebe.

Angesichts der Schwierigkeit, die die erste Wirtschaftskrise der Zwischenkriegszeit mit sich brachte, und aufgrund seiner geringen Neigung für eine militärische Expansion wollte Hara wegen des Rückzugs der japanischen Truppen aus Sibirien und aus Shantung auf der Konferenz von Washington verhandeln, als er am 1. November 1921 einem Attentat zum Opfer fiel.

Seine beiden Nachfolger setzten sein Werk fort; sie erfüllten gewissenhaft die Beschlüsse der Konferenz von Washington, besonders die Klauseln des Neun-Mächte-Vertrags über China, der am 6. Februar 1922 unterzeichnet wurde. Japan verzichtete auf einen Teil seiner ›Einundzwanzig Forderungen‹ und zog im Laufe des Jahres 1922 seine Truppen aus Shantung ab; ebenso beorderte es seine Armee aus Sibirien und die Truppen, die nach der nördlichen Hälfte von Sachalin vorgestoßen waren, als im Hafen von Nikolajewsk schwere Unruhen ausgebrochen waren, zurück. Es hatte also den Anschein, als wolle Japan auf eine friedliche Außenpolitik zusteuern. Die Nachwehen des Ersten Weltkriegs schienen im Fernen Osten überwunden zu sein.

Im Inneren suchte die Regierung einen Mittelweg zwischen der Verhärtung der Rechten und dem Anwachsen der Linken. Die erste Kommunistische Partei Japans, die 1922 im Untergrund gegründet worden war, wurde nach ihrer

Entdeckung im Juni 1923 wieder aufgelöst. Der Aufschwung der Wirtschaft schien die parlamentarische Arbeit vom Frühjahr 1923 an zu fördern. Da starb plötzlich Ministerpräsident Admiral Katō, der Verfechter dieser gemäßigten Politik, im August 1923.

Eine Woche später, am 1. September 1923, zerstörte ein heftiges Erdbeben einen großen Teil von Tōkyō und der Hafenstadt Yokohama. Die Verbindungen mit der Hauptstadt waren unterbrochen, alle Kreditgeschäfte ruhten. Damit begann die zweite Krise seit 1914, die ›Erdbebenkrise‹, und der wirtschaftliche Aufstieg war gestoppt.

Gleichzeitig benutzten Polizei und Gendarmerie den von der Regierung ausgerufenen Belagerungszustand zu einer bestialischen Unterdrückungsaktion gegen Angehörige der Linken, und ein Teil der Bevölkerung schlachtete Koreaner als Opfer dieser Terrorhysterie hin. Im Laufe des Herbstes gelang es der Regierung, die Ordnung nach und nach wiederherzustellen, allerdings vermochte die Rechte dank der weiter andauernden Unruhe Kiyura Keigo, den Präsidenten des Geheimen Obersten Rates, im Januar 1924 an die Spitze der Regierung zu bringen, der ein in erster Linie aus hohen Ministerialbeamten zusammengesetztes Kabinett bildete.

Die Folge war eine weitgreifende parlamentarische Bewegung, die ›Zweite Bewegung zur Rettung der Verfassung‹. Die erste Bewegung dieses Namens hatte Ende 1912 bis Frühjahr 1913 bestanden und zum Ziel gehabt, die Regierung des Generals Katsura zu stürzen. Die Leitung jener früheren Bewegung hatten bedeutende Persönlichkeiten innegehabt; sie stützte sich auf Aufstände in den Großstädten. Die Bewegung von 1924 ähnelte in vieler Hinsicht der ersten, denn die Parteien verbündeten sich gegen die Rechte. Die *Kenseikai*, die ›Gesellschaft für verfassungsmäßige Politik‹, zog die *Seiyūkai*, die ›Gesellschaft der Freunde der Politik‹, mit sich und ebenso den *Kakushin-kurabu*, den ›Klub für Erneuerung‹. Die Forderung der Parteien war die gleiche wie 1912/1913: der Regierungschef sollte aufgrund der Stärke seiner Unterstützung im Parlament ernannt werden, damit die Exekutive der Verfassung entspreche. Die Bewegung von 1924 war in ihren Forderungen aber genauer, denn man verlangte nunmehr allgemeine Wahlen und Abschaffung des Wahlzensus. Die Leiter der Bewegung sprachen in Versammlungen und vermieden Straßendemonstrationen. Die Wahlen vom 10. Mai 1924 fanden nach dem System des Wahlzensus statt, wie ihn das geltende Gesetz vorschrieb; sie ergaben, daß eine Mehrheit von Abgeordneten der drei in der Bewegung zusammengeschlossenen Parteien in die Kammer einzog. Einen Monat später folgte Katō Takaaki, der Präsident der *Kenseikai*, Kiyura Keigo als Ministerpräsident. Damit begann die Zeit der Parteienpolitik, die bis 1932 dauern sollte.

Sofort nach Übernahme seines Amtes als Ministerpräsident begann Katō Takaaki mit Reformen. Sein erstes Gesetz, verkündet am 24. Juli 1924, betraf die Konflikte bei Pachtverhältnissen. Es gestattete im Fall von Schwierigkeiten zwischen Eigentümern und Pächtern die Bildung eines Schiedsgerichts unter

Aufsicht der ordentlichen Gerichte. Dadurch wurde eine Regelung von Pachtproblemen auf Rechtsbasis ermöglicht, doch wurden die Schiedsgerichte hauptsächlich mit Eigentümern besetzt – die Beziehungen zwischen Proprietären und Pächtern wurden auf diese Weise nicht grundlegend geändert.

Die Regierung Katō wollte auch die parlamentarischen Einrichtungen reformieren; sie erreichte, daß die gleiche Zahl von gewählten und von ernannten Mitgliedern im Herrenhaus vertreten war, doch konnte sie das Prinzip des Vorrangs der Abgeordnetenversammlung vor dem Herrenhaus nicht durchsetzen. Bei jedem Versuch einer Reform des Parlaments stieß sie auf den Widerstand des Geheimen Obersten Rates. Dieser hatte vor 1889 die Stelle einer verfassungsgebenden Versammlung eingenommen und besaß seitdem, als oberste Instanz weiterbestehend, das Recht, über alle die Verfassung betreffenden Gesetze zu beschließen, ehe diese verkündet wurden, so beispielsweise, als es sich darum handelte, das Wahlgesetz abzuändern, um die Einführung des allgemeinen Wahlrechts zu ermöglichen. Der Geheime Oberste Rat brachte damals ein ›Gesetz zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung‹ durch, das die Unterdrückung von Gruppen und Parteien gestattete, die als umstürzlerisch zu betrachten seien. Erst danach konnte die Regierung Katō das Wahlgesetz durch beide Kammern verabschieden lassen (verkündet am 5. Mai 1925), das jeden Japaner, der im Wahljahr das 24. Lebensjahr erreichte, zum rechtmäßigen Wähler machte. Die Zahl der Stimmberechtigten wurde dank diesem Gesetz fast vervierfacht. Es war jedoch klar, daß die durch das ›Gesetz zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung‹ verbotenen Parteien keine Kandidaten aufstellen konnten. Trotz aller Konzessionen an die Rechte hatte Katō Reformen durchgesetzt, die normalerweise eine parlamentarische Demokratie hätten begünstigen können, aber er begegnete innerhalb der Parteien heftiger Opposition. Im Mai 1925 trennte sich die *Seiyūkai* von ihm und schluckte dabei den *Kakushin-kurabu*. Katō demissionierte daraufhin und bildete sodann mit der *Kenseikai* allein ein neues Kabinett, doch starb er bald darauf im Januar 1926.

Wakatsuki Reijirō von der *Seiyūkai* war sein Nachfolger. Die Aufgabe der Regierung war um so schwieriger, als die Kommunistische Partei eben neu gegründet worden war und zwei sozialistische Parteien entstanden waren. Um aber die Majorität im Abgeordnetenhaus zu erhalten, mußte sich die Regierung auf die *Seiyū*-Partei stützen, die sich von der *Seiyūkai* abgespalten und früher Kiyura unterstützt hatte. Dazu kam, daß einige Monate nach dem Thronwechsel, der dem Tod des Kaisers Taishō im Dezember 1926 gefolgt war, die dritte Krise zwischen den beiden Weltkriegen heraufzog. Um den Goldstandard wiederherzustellen, verlangte die Regierung die Rückzahlung der nach dem Erdbeben von 1923 gewährten Kredite. Dadurch kamen die Unregelmäßigkeiten im Geschäftsgebaren zahlreicher Banken ans Licht, von denen rund 40 im März 1927 schlossen. Wakatsuki trat zurück, und die *Seiyūkai* übernahm sofort die Regierung. Ihr Präsident Tanaka Giichi wurde Regierungschef. Er bannte die

Krise durch ein Moratorium und rettete die Banken durch höchst zweifelhafte Maßnahmen.

Tanaka, ein pensionierter General, der 1918–1920 und 1923 und 1924 Kriegsminister gewesen war, war 1925 Präsident der *Seiyūkai* geworden. Er warf den parlamentarischen Regierungen vor, ihre Diplomatie China gegenüber sei zu schwachbrüstig: seit dem 30. Mai nahmen die antijapanischen Demonstrationen dort immer mehr zu. Nach Beginn der Expedition Chiang Kai-sheks gegen Nordchina verspürte die japanische Armee wieder einmal das dringende Bedürfnis, auf dem Kontinent einzuschreiten. Die Gruppen der politischen Linken widersetzten sich diesem Abenteuer, und die von der *Kensetkai* geführten Regierungen hatten gezögert, derartige Schritte zu unternehmen.

Tanaka seinerseits beschloß, Truppen nach Shantung zu entsenden, um den Marsch Chiang Kai-sheks zu stoppen und den von den Japanern geschützten und in Hopei liegenden Chang Tso-lin zu decken. Als Chiang Kai-shek dann seinen Vormarsch nach Norden abbrach, zog Tanaka das in Shantung liegende Detachement wieder zurück. Gleichwohl hatte er am Juli 1927 eine ›Ostkonzferenz‹ japanischer Diplomaten und Militärs einberufen, um die Ziele der japanischen Politik auf dem Kontinent festzulegen. Dabei wurde die beabsichtigte japanische Ausdehnung in der Mandschurei und in der südlichen Mongolei genau umschrieben; dieser Plan wurde in der internationalen Presse unter der Bezeichnung ›Tanaka-Memorandum‹ veröffentlicht. Der auch in China verbreitete Text gab trotz seiner zweifelhaften Authentizität ein genaues Bild der Absichten der japanischen Armee.

Die Opposition im Parlament von Tōkyō wurde aber immer stärker. Die *Kenseikai* fusionierte mit der *Seiyū-Partei* und bildete die *Minseitō*, die ›Partei der Volkspolitik‹. Dadurch wurde die Tanaka unterstützende Gruppe zunehmend schwächer.

Im Januar 1928 löste der Ministerpräsident die Kammer auf. Zum erstenmal wurde nunmehr das Gesetz über allgemeine Wahlen wirklich durchgeführt; die *Seiyūkai* konnte nicht mehr die absolute Mehrheit erringen, zog aber als stärkste Partei ins Parlament ein, während die *Minseitō* nur einen einzigen Sitz weniger erzielte. Außerdem erhielten die als ›proletarisch‹ bezeichneten Parteien einige Sitze. Das war wahrlich kein Erfolg für Tanaka, doch konnte er sich auch weiterhin behaupten und begann mit einer radikalen Unterdrückung der linksgerichteten Gruppen. Er ließ die ersten Kommunisten verhaften und verbot alle Parteien und Gewerkschaften der Linken. Auch erreichte er eine Änderung des Gesetzes zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Gegen aufrührerische Betätigung wurde die Todesstrafe eingeführt, das System einer Sonderpolizei über das ganze Land verbreitete; eine neue Verfolgungswelle gegen die Linke setzte im Jahre 1929 ein. Nachdem er sich so der außerparlamentarischen Opposition entledigt hatte, begann Tanaka die neue Offensive in China. Um die Armee Chiang Kai-sheks wieder einmal aufzuhalten, schickte er mehrere Divisionen nach Shantung, die am 3. Mai 1928 in Tsinan heftige Zwischenfälle

verursachten. Der Widerstand der chinesischen Bevölkerung gegen die japanische Besetzung breitete sich aus und wurde immer härter. Auch wandte sich die nationalistische Regierung Chinas an den Völkerbund. So kam die ›aktive‹ Politik Tanakas zum Stillstand. Er trat dem Briand-Kellogg-Pakt bei, erkannte die nationalistische Regierung Chinas an und zog seine Truppen aus Shantung zurück. Damit war sein Versagen in der Außenpolitik klargeworden. Er mußte Chiang Kai-shek Peking überlassen. Chang Tso-lin war auf der Flucht nach Mukden im Juli 1928 ermordet worden; die Umgebung des Kaisers verdächtigte die Kwantung-Armee, Urheber des Attentats gewesen zu sein. Da Tanaka keine Erklärung dafür zu geben wußte, warum die für den Mord Verantwortlichen straflos blieben, zog er es vor, am 2. Juli 1929 zurückzutreten.

Hamaguchi Osachi, der Präsident der *Minseitō*, trat an seine Stelle. Damit begann die zweite parlamentarische Periode. In China versuchte die Regierung einen Kompromiß zustande zu bringen, indem sie nach einer dritten Kraft jenseits der Nationalisten und der Kommunisten Ausschau hielt. Die Armee zog es vor, sich einstweilen mit den Engländern gegen die Regierung zu verbünden. Wieder einmal erwies sich die japanische Diplomatie als wirkungslos.

In der Wirtschaftspolitik nahm die *Minseitō* den Plan einer Rückkehr zum Goldstandard wieder auf. Nach Beginn der Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten und trotz der absoluten Notwendigkeit, die Ausgaben der Regierung herabzuschrauben – ein Projekt der Gehaltsreduktion für Beamte wurde vom Parlament abgelehnt –, gab Hamaguchi ab Januar 1930 die Goldausfuhr frei. Die großen Gesellschaften kauften Unmengen von Dollars, das Gold floß aus Japan ab, es kam zu Skandalen, Streiks brachen aus, und zahlreiche Arbeiter wanderten auf das ohnehin überbevölkerte Land ab: Japan bekam die Folgen der Weltkrise zu spüren. Hamaguchi wußte sich keinen anderen Rat, als genauso zu verfahren wie Tanaka: er löste die Abgeordnetenkammer einfach auf. Die *Minseitō* hatte dann das Glück, die absolute Mehrheit zu erringen, und Hamaguchi gelang es, die Verhandlungen auf der Flottenkonferenz in London (21. Januar bis 22. April 1930) im günstigen Sinn zu Ende zu bringen, indem er die Kriegsflotte Japans beträchtlich beschränkte.

Die jungen Marineoffiziere waren darüber begreiflicherweise sehr unzufrieden. Die Armee dagegen bildete die Truppe intensiv für den Krieg aus und verstärkte systematisch die militärische Ausbildung der Oberschüler und Studenten sowie der Dorfbewohner.

Bei einem Attentat wurde Hamaguchi im November 1930 schwer verletzt, starb aber erst im darauffolgenden Jahr. Mehrere Monate lang vertrat ihn Wakatsuki Reijirō, dann bildete dieser Politiker ein neues *Minseitō*-Kabinett. Als ihm die durch die Kwantung-Armee in der Mandschurei hervorgerufene Lage über den Kopf zu wachsen drohte, nahm er seinen Abschied.

Offiziere der Kwantung-Armee hatten in Verbindung mit ihren Freunden beim Generalstab von Tōkyō seit langem einen Gewaltstreich in der Mandschurei vorbereitet. Nach ihrem Plan sollte die Regierung in Tōkyō

gestürzt werden, während gleichzeitig chinesisches Gebiet besetzt würde. Die okkupierten Gebiete sollten zuerst für autonom erklärt und dann Japan einverleibt werden. Im Prinzip hätte die ganze südliche Mandschurei besetzt werden sollen, doch konnte dieser Plan nur teilweise durchgeführt werden.

Zwei Putschversuche in Tōkyō scheiterten im März und Oktober 1931. Die Regierung Wakatsuki hatte mehr oder weniger Wind von den Plänen der Kwantung-Armee bekommen und schickte General Tatekawa dorthin, damit er einen Krieg verhindere. Am Abend seiner Ankunft in Mukden am 18. September 1931 aber ließ die Kwantung-Armee einen Sabotageanschlag auf die Eisenbahn im Norden der Stadt verüben und eröffnete den Kampf gegen die chinesischen Truppen.

Wakatsuki erklärte, er widersetze sich jeder Ausdehnung des Konflikts, und befahl der Kwantung-Armee, die Feindseligkeiten sofort einzustellen. Andererseits gestattete aber die Regierung der Korea-Armee am 21. September das Überschreiten der Nordgrenze. Im November wurden Chinchou und Tsitsihar besetzt.

Wakatsuki trat zurück; sein Nachfolger wurde Inukai Tsuyoshi, der Vorsitzende der *Seiyūkai*. Die japanische Armee setzte ihren Vormarsch fort und nahm im Juni 1932 Harbin ein, während sie gleichzeitig Shanghai angriff.

Inukai, der zahlreiche Freunde und Bekannte in China hatte, wollte nun die japanische Kontinentalpolitik fest in die Hand nehmen und löste seinerseits ebenfalls die Kammer auf. Bei den Wahlen vom Februar 1932 erzielte die *Seiyūkai* eine überwältigende Mehrheit, und die Lage in China schien sich zu stabilisieren. Am 3. März wurde Manchukuo für unabhängig erklärt und zwei Tage später der Waffenstillstand in Shanghai unterzeichnet.

Die Antiparteienbewegung der Rechten gab aber nicht auf. Nach mehreren anderen Persönlichkeiten wurde auch Inukai am 15. Mai ermordet. Damit verschwand die letzte Parteienregierung Japans vor Ende des Zweiten Weltkriegs. Der als gemäßigt bekannte Admiral Saitō Makoto bildete eine neue Regierung.

Japan erkannte Manchukuo im September 1932 an, stand aber einer fast einmütig mißbilligenden Haltung aller anderen Nationen gegenüber. China hatte an den Völkerbund appelliert, und die Lytton-Kommission hatte nach einer in der Mandschurei durchgeführten Untersuchung in Genf Bericht erstattet. Die Vollversammlung des Völkerbundes verurteilte den Einfall der Japaner in China. Die japanische Delegation erklärte hierauf ihren Auszug aus dem Völkerbund; dieser Entschluß wurde am 27. März 1933 von Tōkyō bestätigt.

Die Kwantung-Armee, die ihre beabsichtigten Ziele nicht alle erreicht hatte, besetzte zwischen Februar und Mai 1933 Jehol und drang bis Peking vor. Chiang Kai-shek stimmte dem *status quo* in der Mandschurei durch den Vertrag von Tangku am 31. Mai 1933 zu, ohne aber die Unabhängigkeit anzuerkennen.

Für einige Zeit mußte sich die Kwantung-Armee nun mit den erzielten Ergebnissen zufriedengeben. Sie hatte einen völlig neuen Staat geschaffen,

nämlich Manchukuo, an dessen Spitze sie P'u-i stellte, den letzten Kaiser der Ch'ing-Dynastie, der 1912 abgedankt hatte.

Im Innern Japans versuchte die Regierung eine gemäßigte Richtung zu verfolgen. Zuerst griff sie die Linke an, und von 1933 an wurden die Kommunisten zum Schweigen verurteilt, indem man sie entweder einsperrte – eine große Zahl von ihnen wurde erst 1945 befreit – oder sie zwang, ihren ›Irrtum einzugestehen‹. Die Regierung schlug aber auch gegen die Rechte zu und verfolgte die zivilen Gruppen von Faschisten und extremistische Vereinigungen in der Armee. Obwohl die Rechte dort, wo sie eine unkontrollierte Tätigkeit entfaltete, verfolgt wurde, gewann sie in den offiziellen Kreisen an Boden. Im Parlament wurde sogar die konstitutionelle Rolle des Kaisers diskutiert. Minobe Tatsukichi, ein emeritierter Professor des Verfassungsrechts, wurde 1935 verurteilt, weil er behauptet hatte, der Souverän sei »eine staatliche Einrichtung«. Die Abgeordnetenkammer und die Regierung erklärten, das monarchische Regime sei Japan eigentümlich, und sie machten damit den Kaiser zu einem überkonstitutionellen Führer.

Die Kwantung-Armee aber blieb nicht lange untätig. Umezu Yoshijirō, der Befehlshaber der japanischen Armee in Hopei, nahm einen Zwischenfall in Tientsin zum Vorwand, um die Chinesen zu einem Vertrag zu zwingen, demzufolge die *Kuomintang* die ganze Provinz räumen sollte. Ein anderer Zwischenfall wurde von General Doihara Kenji dazu benutzt, die Räumung von Chahar durch die Chinesen zu fordern. Im November 1935 gründete Yin Ju-keng unter dem Schutz der japanischen Armee ein ›Antikommunistisches Komitee‹, das bald darauf in ein autonomes Gouvernement im Nordostteil von Hopei umgewandelt wurde. Auch in Chahar wurde durch Sung Chih- yüan ein politisches Komitee gebildet, doch konnten die Japaner diesem ihren Schutz nicht anbieten, denn Chiang Kai-shek war ihnen damit schon zuvorgekommen. Die Kwantung-Armee rückte auf diese Weise Schritt für Schritt vorwärts, während die chinesische Rote Armee in dem Gebiet von Yenan erschien. Das Endziel der Kwantung-Armee war die Schaffung einer umfassenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit in ganz Ostasien.

Die Bindungen zwischen der Mandschurei und Japan datierten aus dem Jahr 1905, als die Südmandschurische Eisenbahngesellschaft gegründet wurde, die sich nach dem Krieg von 1931 bis 1933 kräftig entwickelte und den Betrieb aller mandschurischen Eisenbahnen und deren Einrichtungen übernahm. Sie steigerte auch die Produktion der Bergwerke von Fushun und des Hüttenkombinats von Anshan. 1936 wurde die Gesellschaft in ein Kartell mit 80 Zweigstellen umgewandelt. Auch andere wirtschaftliche Verbindungen bestanden zwischen China und Japan. Eisen aus Tayeh wurde im Hüttenwerk von Yawata auf Kyūshū schon seit 1900 verarbeitet. Das Ziel der Kwantung-Armee war es letzten Endes, China zum Hauptrohstofflieferanten und zum größten Abnehmer von Fertigprodukten Japans zu machen.

Zweifelloos hatte die Besetzung der Mandschurei die japanische Wirtschaft neu belebt. In fast allen Zweigen wurde die Produktion gesteigert, besonders aber in der Schwerindustrie und in der chemischen Industrie. Lediglich die Erzeugung von Rohseide stockte seit 1929. Dagegen nahm die Baumwollspinnerei und -weberei einen kontinuierlichen Aufschwung. Die Stahlproduktion stieg von einer Million Tonnen im Jahre 1932 auf zwei Millionen Tonnen im Jahre 1936. Allerdings war der Außenhandel, dessen Ausweitung unbedingt notwendig war, mangels eines Marktes auf dem asiatischen Festland in recht schwieriger Lage. Zum erstenmal seit dem Ersten Weltkrieg war die Handelsbilanz im Jahre 1935 positiv gewesen, aber im darauffolgenden Jahr war sie schon wieder negativ.

Die Haltung der japanischen Führer verhärtete sich zusehends, und zwar sowohl im Inland wie auch gegenüber dem Ausland. Die Industriebetriebe schlossen sich mehr und mehr zusammen. Die *zaibatsu*, die den großen Kartells vorstehenden Familien, wurden immer stärker. Im Jahre 1934 stellten die vier größten, die Mitsui, Mitsubishi, Sumitomo und Yasuda, allein ein Fünftel aller Maschinen Japans her, lieferten mehr als ein Drittel der Bergwerkserzeugnisse, zwei Drittel der Elektrizität, vier Fünftel des Kunstdüngers und hatten sozusagen das Monopol für fast die Hälfte des Außenhandels. Diese Großunternehmen hatten ein hohes Maß von Einfluß erreicht; da sie aber befürchteten, in ihrem Wachstum gebremst zu werden, ließen sie sich von der militaristischen Bewegung mitreißen.

Das Jahr 1936 hatte beunruhigend begonnen. Bei den Februarwahlen hatte die Sozialistische Partei 18 Sitze im Parlament errungen; einige Tage später meuterten 1400 Mann regulären Militärs in Tōkyō und griffen den Sitz des Ministerpräsidenten, die Polizeidirektion und ein Zeitungsgebäude an. Mit Mühe und Not gelang es Ministerpräsident Admiral Okada, sich zu retten, doch wurden mehrere Persönlichkeiten ermordet. Die Regierung wartete zwei volle Tage, ehe sie die Aufrührer in ihre Kasernen zurückschickte. Die Rädelsführer wurden verhaftet und später hingerichtet; aber die Armeekommandos schienen diesmal Bedenken gehabt zu haben, von der Möglichkeit eines Staatsstreichs Gebrauch zu machen.

Die Regierung Hirota Kōki, die auf Okada folgte, stellte besonders das Prinzip nationaler Einigkeit in den Vordergrund, wendete aber alle Vorsichtsmaßnahmen gegen die Kommunistische Internationale an. Mit Deutschland wurde am 25. November 1936 der *Antikomintern*-Pakt geschlossen.

Die Kwantung-Armee erlebte indessen gleich zwei Rückschläge: ihr Angriff auf die Provinz Suiyüan wurde abgeschlagen, und im Dezember zwang Chang Hsüeh-liang, ein Sohn Chang Tso-lins, Chiang Kai-shek das Versprechen ab, den Krieg gegen die Kommunisten zu beenden und sich ausschließlich der Bekämpfung der Japaner zu widmen.

Als Hirota gleichzeitig von der Armee und den Parteien angegriffen wurde, trat er die Regierung an General Hayashi Senjūrō ab, der versuchte, das

Vertrauen der Abgeordnetenversammlung zu erhalten, indem er einige Politiker um sich sammelte. Bei den Wahlen vom 30. April 1937 wurden aber nicht nur die Regierungsparteien geschlagen, sondern die Sozialistische Partei eroberte sogar 37 Sitze. Sofort wurde das Geschrei von der Gefahr einer Volksfront laut. Hayashi mußte zurücktreten.

Die *Minseitō* und die *Seiyūkai* hatten 179 und 175 Sitze (von 466), doch hatte die Abgeordnetenversammlung das wenige an Macht eingebüßt, das sie in den zwanziger Jahren errungen hatte.

Korea

Am 30. September 1910 errichtete Japan eine Regierung in Seoul, doch schon seit 1905 hatten japanische Einflüsse die ganze Halbinsel beherrscht. Die Dynastie der Li wurde abgesetzt, und 35 Jahre lang unterstand Korea einem Gouverneur und einem japanischen Militärbefehlshaber.

Beeinflusst durch die russische Oktoberrevolution und die asiatische Unabhängigkeitsbewegung kam es am 1. März 1919, dem Tag der Beisetzung des ehemaligen Königs, zu antijapanischen Demonstrationen; in der Folge breitete sich eine gegen die Japaner gerichtete Bewegung über das ganze Land aus. Die japanischen Behörden schlugen hart zurück: es gab unter den Aufständischen etwa 8000 Tote und etwa 16000 Verletzte. Über 50000 Menschen wurden verhaftet. Immerhin milderte in der Folge die japanische Regierung ihre Koreapolitik einigermaßen.

Die wirtschaftliche Nutzbarmachung der Halbinsel machte nur geringe Fortschritte. Korea stellte dem japanischen Mutterland zahlreiche ungelernete Arbeiter, die schlecht bezahlt wurden und alle nur denkbaren Schikanen zu erdulden hatten. Bei dem Erdbeben in der Gegend von Tōkyō im Jahr 1923 wurde eine große Zahl Koreaner von der wütenden, durch die Katastrophe und die polizeilichen Maßnahmen terrorisierten Volksmenge hingemordet.

Eine Anzahl von Koreanern wanderte auch nach der Mandschurei aus, wo sie ebenfalls nicht gut aufgenommen wurden. Oft genug ereigneten sich Streitereien zwischen ihnen und den Chinesen. Zu einem schwerwiegenden Zwischenfall kam es im Jahre 1931. Als 300 Koreaner damit beschäftigt waren, Brachland zu überschwemmen, um es in Reisfelder zu verwandeln, wurden sie von chinesischen Bauern angegriffen. Die Japaner behaupteten nun, die Einwanderer schützen zu müssen, und nahmen diesen Vorfall zum Vorwand für ihren Einmarsch in die Mandschurei.

Bis zum Krieg im Pazifik brauchten die Koreaner, die ohne Wahlrecht waren, keinen Militärdienst in der japanischen Armee zu leisten. Sie wurden als Arbeiter in die Fabriken dienstverpflichtet. Erst ab Februar 1944 wurden sie dann auch für die Armee mobilisiert. Nach Kriegsende wurde das Gouvernement in Seoul aufgehoben.³

4. China zwischen 1912 und 1937

Zwischen der Geburt der chinesischen Republik und dem chinesisch-japanischen Krieg, der den Zusammenbruch des Regimes beschleunigen sollte, lag nur ein Vierteljahrhundert, die Zeit von 1912 bis 1937. Aber auch diese kurze Epoche bildet kein geschlossenes Ganzes; man kann die ersten fünfzehn Jahre (1912–1927) deutlich von den letzten zehn Jahren (1927–1937) unterscheiden.

I. Das Versagen der Republik (1912–1927)

Die Revolution von 1911/1912 hatte keinerlei Lösung gebracht. Sie hatte ein zweitausendjähriges Kaiserreich¹ vernichtet, das Land aber hatte sie nicht geändert und umgeformt. Nicht nur bestanden all die Fragen und Probleme, die zum Sturz der Monarchie geführt hatten, fort, sondern die Republik fügte auch noch weitere Komplikationen hinzu. Die schwerwiegendste und dringlichste Frage war ganz einfach die, wie der *eine* chinesische Staat am Leben erhalten werden könne. Das Kaiserreich hatte die Einheit des Riesenreiches schlecht und recht bewahrt, die Republik aber hatte es ziemlich bald erreicht, die chinesische Welt an den Rand der Auflösung zu bringen. Genauer: man kann die ersten Jahre der Republik mit den Unruheperioden vergleichen, die in der Vergangenheit überall auf den Sturz einer Dynastie folgten – mit den Übergangszeiten vor dem Herrschaftsantritt einer neuen Dynastie.

a) Cäsarentum und Anarchie

Es waren aber weder die herrschende Unruhe noch die territoriale Zerstückelung, die anfangs die Republik bedrohten, sondern die Beschlagnahme der Revolution durch einen Mann des alten Regimes, der es fertigbrachte, für seine Zwecke sogar mit der Restauration des Kaiserreichs zu liebäugeln. Nachdem er im Februar 1912 zum Präsidenten der Republik gewählt worden war und nacheinander die Abdankung des Kaisers und den Rücktritt des provisorischen Präsidenten Sun Yat-sen² erreicht hatte, verwendete Yüan Shih-k'ai eine von wenig Skrupeln gezügelte Energie darauf, seine Macht zu erhalten. Zuerst trieb er sein listenreiches Spiel mit den Republikanern der *T'ung-meng hui*, der ›Verschworenen Liga‹ Sun Yat-sens, in der 1912 vier andere kleine politische Gruppen aufgegangen waren und die danach den Namen *Kuomintang*, ›Nationale Volkspartei‹, angenommen hatte. Als dann die *Kuomintang* aus den Wahlen zum Parlament im Februar 1913 siegreich hervorgegangen war, forderte ihr aktivster Leiter Sung Chiao-jen, die Bildung einer von seiner Partei geleiteten Regierung. Yüan entledigte sich seiner, indem er ihn am 20. März 1913 ermorden

ließ. Im darauffolgenden Monat verstärkte er seine Position noch durch die Erlangung eines sehr hohen ›Reorganisationskredits‹, den deutsche, englische, französische, japanische und russische Banken gewährten (am 26. April 1913). Dieser Kredit kam China teuer zu stehen, für Yüan jedoch war er außerordentlich wichtig zur Bekämpfung seiner Gegner. In einem letzten Aufbäumen hatten diese im Lauf des Sommers eine ›Zweite Revolution‹ entfesselt, die Yüan aber mühelos niederschlagen konnte.

Damit war der Weg für ihn frei, die letzten Spuren eines Parlamentarismus hinwegzuwischen, der im Grunde noch gar nicht richtig funktioniert hatte. Im November 1913 löste Yüan Shih-k'ai die *Kuomintang* auf und entließ mehrere hundert Abgeordnete. Im Januar 1914 schaffte er das Parlament überhaupt ab. Nicht einmal zwei Jahre nach der Abdankung des letzten Mandschu-Kaisers war die Republik zur Diktatur geworden.

Es wäre natürlich unsinnig, die Verantwortung für diese Entwicklung einem einzigen Mann in die Schuhe schieben zu wollen. Die demokratischen Einrichtungen, die eine verschwindende Minderheit intellektueller Revolutionäre ihrem Land geben wollte, blieben für die chinesische Tradition ein Fremdkörper und waren den politisch Tätigen völlig ungewohnt. Die Parteien waren keine Parteien im eigentlichen Sinn, angefangen bei der *Kuomintang* selber, in der ihre geheimbündlerischen und konspiratorischen Anfänge immer noch nachwirkten. Zahlreiche Politiker gehörten mehreren Parteien gleichzeitig an, doch hinderte diese doppelte oder dreifache Parteizugehörigkeit sie nicht, ihre Stimme meistbietend zu verkaufen, selbst an Agenten Yüans. (Bei den Wahlen von 1913 überstieg die Zahl der von den drei wichtigsten Parteien erlangten Sitze siebenhundert, während das Abgeordnetenhaus kaum mehr als fünfhundert hatte!) Schon der Gedanke an ein dem Parlament verantwortliches Kabinett war schwer einzuführen in einem Land, in dem nach konfuzianischer Tradition die Minister in allererster Linie dem Kaiser treu zu sein hatten, in dessen Hand allein die ganze politische Organisation lag. Schließlich und endlich konnte ein Verfassungsbruch oder eine Handlung gegen die Demokratie nur einen ganz geringen Teil der Chinesen berühren, denn die enorme Masse des chinesischen Volkes erfuhr nichts von solchen Rechtsbrüchen und kannte nicht einmal die dadurch verletzten Prinzipien.

Wesentlich mehr als eine im Grund nicht existierende öffentliche Meinung zählte die finanzielle Unterstützung durch die imperialistischen Mächte, für die Yüan der ›starke Mann‹ war, der Ordnung und Stabilität garantierte, sowie die Haltung der Provinzgouverneure und der Generale, von denen einige der einflußreichsten zu den mit Yüan Shih-k'ai persönlich eng verbundenen Militärs gehörten. Die Basis seiner Karriere war jene ›Neue Armee‹, die *Peiyang*- oder Nordarmee, gewesen, die er mit viel Geduld während der letzten Jahre des Kaiserreichs aufgebaut hatte.

Unter dem Druck seiner Umgebung versuchte Yüan im Jahre 1915 die Gründung einer neuen Dynastie, doch hatten seine Ambitionen sofort einen

erneuten Aufstand zur Folge, der besser organisiert und bewaffnet war als der von 1913. Hintereinander erklärten sich acht Provinzen im Süden und Westen gegen Yüan, und zwar unter der Führung von Yünnan, das sich am 25. Dezember 1915 für unabhängig erklärte. Yüan sah sich gezwungen, seine Pläne zu verschieben, und mußte sie schließlich ganz aufgeben. Seine dynastischen Absichten trugen vermutlich zu seinem raschen Ende bei. Krank und von Sorgen gezeichnet starb er am 6. Juni 1916.

*

Zu der endgültigen Opposition gegen Yüan und seine Versuche, das Kaisertum wiederherzustellen, trugen ideologische Motive vielleicht weniger bei als rein persönliche Gründe. Die Generale der *Peiyang*-Armee lösten sich von ihm, denn er hatte sie zu wenig loyal behandelt; außerdem waren besonders geopolitische Gründe maßgebend. Das Autonomiestreben der Provinzen und Regionen, das im Laufe der letzten fünfzig Jahre des Kaiserreichs nach dem T'ai-p'ing-Aufstand und dessen Niederwerfung immer stärker geworden war, und vor allem die Gegnerschaft zwischen Südchina und Nordchina, dem Hauptstützpunkt Yüans, waren die wichtigsten Ursachen für diese Opposition gewesen. Die Dezentralisierungsbestrebungen und der Partikularismus einerseits und persönliche Erwägungen und Rivalitäten andererseits spielten die Hauptrolle während der Jahre 1916–1926.

Nach dem Tode Yüans war keiner da, der sich über das ganze Land hätte setzen können, und dieser Zustand dauerte bis zur Wiedervereinigung Chinas um Chiang Kai-shek und die *Kuomintang* an. Es gab zwar eine chinesische Regierung und sogar einen Präsidenten, doch war diese ›Zentralregierung‹ genau wie ihre zahlreichen Rivalen nichts anderes als eine Regionalregierung, und ihre Gewalt reichte kaum weiter als bis an die Grenzen der zwei oder drei um die Hauptstadt liegenden Provinzen. Der Bestand der Ministerien hing von dem Kräftegleichgewicht zwischen den Nordarmeen ab, die nahe bei Peking lagen.

In der ersten Zeit dominierten Kreaturen oder ehemalige Untergebene Yüan Shih-k'ai, die Tuan Ch'i-jui, Chang Hsün, Feng Kuo-chang, Hsü Shih-ch'ang u.a. in der Politik und stritten um die Macht.

Dann tauchten ›neue Männer‹ auf und setzten sich nach und nach durch, besonders seit 1922, doch hüteten sie sich, Yüans Methoden abzuschaffen. Sie waren ganz einfach stärkere Persönlichkeiten als die, deren Karriere durch die ehemalige Zugehörigkeit zur *Peiyang*-Armee gefördert worden war; in geradezu außerordentlicher Weise verkörperten sie jene energischen und skrupellosen *Condottieri*'-Gestalten, die man als ›Kriegsherren‹ (*warlords*) bezeichnete und die in unserem Jahrhundert die Taten und listigen Tricks eines Ts'ao Ts'ao³ Wiederaufleben ließen.

Unter ihnen sind besonders zu erwähnen Chang Tso-lin (1873 bis 1928), ein ehemaliger Räuberhauptmann, dem es gelang, sich ein sozusagen unabhängiges Reich aus drei nordöstlichen Provinzen der Mandschurei zu schaffen; einige Zeit beherrschte er sogar Peking und einen Teil von Nordchina. Sodann Feng Yü-hsiang (1882–1948), ein kräftiger Bursche, der sich stets bemühte, sein Bauerntum herauszustellen. Seit seinem elften Lebensjahr war er Soldat gewesen; er gehörte hintereinander und auch gleichzeitig den unterschiedlichsten Richtungen an und wurde daher mit den verschiedensten Namen belegt, wie ›der christliche General‹, ›der rote General‹ oder auch ›der Verrätergeneral‹. Yen Hsi-shan war weniger mächtig als diese beiden, doch saß er fester im Sattel. Abgesehen von einigen kurzen Unterbrechungen gelang es ihm, die Provinz Shansi von 1911 bis 1949 fest in der Hand zu behalten, also während der ganzen Dauer der Republik. Diesen drei Namen ist noch ein weiterer hinzuzufügen, nämlich derjenige Wu P'ei-fus (1872–1939). Zwar hatte er – wenn auch nur indirekte – Beziehungen zur *Peiyang*-Armee gehabt, was ihm neben seiner konfuzianischen Erziehung, um die ihn seine Kollegen stets beneideten, viele Vorteile in seiner Laufbahn einbrachte, doch sahen in ihm viele Chinesen und Ausländer zeitweise den Mann der Wiedervereinigung, durch die wohlerworbene Interessen und Güter sowie die Tradition wieder zu ihrem Recht kämen.

Es wäre überflüssig, wollte man die verworrenen Kämpfe, die diese mächtigen ›Kriegsherren‹ untereinander oder mit weniger Mächtigen ausfochten, schildern oder auch nur zusammenfassend wiedergeben, selbst wenn diese Kämpfe und Intrigen während der zehn Jahre zwischen 1916 und 1926 nicht von der politischen Bühne verschwanden. Erwähnenswert ist lediglich, als wichtigste Folge, eine immer stärker fühlbar werdende Regionalisierung des politischen Lebens und eine damit gleichlaufende Schwächung des Staates. Seit 1920 unterstanden nicht wenige Provinzen einer Militärperson, die zu der einen oder anderen der miteinander rivalisierenden Cliques der ›Kriegsherren‹ gehörte, in Wirklichkeit aber selbständig war.



© Abb. 6: Im April 1927 ließ Chang Tso-lin in den Räumen der sowjetischen Botschaft in Peking einen der wichtigsten kommunistischen Führer verhaften: Li Ta- chao (Bildmitte). Li, der einen direkten Einfluß auf den jungen Mao ausgeübt hat, wurde am 28. April 1927 im Alter von 39 Jahren hingerichtet

Festzuhalten ist ferner der Abfall Südchinas, das sich gegen die Herrschaft der ›Kriegsherren‹ auflehnte, deren verfehlte Praktiken jedoch beibehielt: Sun Yat-sen bildete eine revolutionäre Basis in Kanton, indem er sich mit General Ch'en Chiung-ming verband, der ihn 1922 verjagte, um dann im darauffolgenden Jahr selber vertrieben und 1925 von der *Kuomintang*-Armee vernichtend geschlagen zu werden.

Schließlich und vor allem ist an die Unterdrückung des Volkes, besonders der Bauern, zu erinnern. Sie wurden auf mehrfache Weise äußerst hart getroffen: durch die Plünderungen und Brandschatzungen der durchziehenden Truppen; durch die von den neuen Provinzherrschern erhobenen, übertrieben hohen und unregelmäßig eingetriebenen Steuern; durch den von eben diesen neuen Herren aus gewinnsüchtigen Motiven geförderten Opiumanbau und den dadurch steigenden Opiumverbrauch; durch die Vernachlässigung oder Einstellung der Bewässerungsarbeiten sowie des Schutzes gegen Überschwemmungen usw.

Diese ›Kriegsherren‹ waren in vieler Hinsicht anachronistische Figuren, aber die Umstände jener Zeit erlaubten das Wiederauftauchen uralter Einrichtungen und Praktiken. Die Berührung mit dem Westen hatte die Charaktere und

Erscheinungsformen der traditionellen Zivilisation in sehr verschiedener Weise verändert. Viel rascher als die politischen Einrichtungen wurden beispielsweise Bewaffnung und militärische Technik verwestlicht, so daß die Politik die wachsende Macht der Generale nicht mehr kontrollieren konnte. Die Generale vertraten auch die regionalen und lokalen Interessen auf ihre Art bzw. nutzten sie für sich selber. Diese lokalen Wünsche und Forderungen waren schon während des Kaiserreichs ständig sehr betont worden und wurden infolge der Schwächung der Zentralregierung immer nachdrücklicher vorgebracht. Der Einfluß des Westens hatte außerdem auf seine Weise auf sie gewirkt: Von 1920 bis 1923 breitete sich eine föderalistische Bewegung mehr und mehr aus, die sich um die Schaffung und Stärkung provinzieller Autonomie bemühte und bestrebt war, um bestimmte ›Kriegsherren‹ die ewig Konservativen zu sammeln – jene ländlichen Notabeln, die sich so sehr um die Verteidigung der hauptsächlich – und oft ausschließlich – ihre eigene Klasse begünstigenden Privilegien sorgten. Daneben gab es aber auch linksgerichtete Intellektuelle, die für einen Föderalismus schweizerischer oder amerikanischer Prägung schwärmten. Schließlich war es eben der Zusammenprall mit der westlichen Zivilisation, der die zwingende Kraft der traditionellen Werte und Maßnahmen schwächte und so den Sturm gegen das Dogma der Vorherrschaft der zivilen Gewalt möglich machte.

b) Die erste Kulturrevolution: die ›Vierte-Mai-Bewegung‹

Die intellektuellen und ideologischen Rückwirkungen der ›westlichen Herausforderung‹ erschöpften sich aber darin nicht. Sie waren derart stark, daß wir das bisher Gesagte lediglich als den äußeren Rahmen, als die Oberfläche des eigentlichen Geschehens bezeichnen können. Die Epoche der ›Kriegsherren‹, die das Land an den Rand des Abgrunds gebracht hatte, ist zugleich die der Geburt eines neuen, modernen China.

Ebenso lag in ihr aber auch der Ursprung der chinesischen Revolution. Die chinesischen Kommunisten irrten sich nicht, als sie die Geschichte des ›zeitgenössischen‹ China mit dem Jahr 1919 beginnen ließen und nicht etwa mit dem Jahr 1911. 1919 ereignete sich scheinbar recht wenig. Am 4. Mai demonstrierten in Peking Studenten gegen die Übertragung der vor dem Ersten Weltkrieg Deutschland zugestandenen Rechte in der chinesischen Provinz Shantung an Japan durch die Westmächte auf der Versailler Friedenskonferenz. Während des Krieges und dank der vorläufigen Ausschaltung europäischer Konkurrenz hatte Japan sich mit aller Kraft in China nach vorne geschoben, und zwar in einem solchen Maß, daß es nun zum neuen Nationalfeind geworden war. Nach seinem Eintritt in den Krieg gegen Deutschland im Jahr 1914 beeilte sich Japan, die deutschen Besitzungen in Shantung zu okkupieren. Besonders aber bedrohten die bekannten ›Einundzwanzig Forderungen‹, die es im Januar 1915 Yüan Shih-k'ai vorgelegt hatte, direkt die Unabhängigkeit Chinas;

nichtsdestoweniger war das Land nach einem Ultimatum Tōkyōs vom 7. Mai 1915 gezwungen, einer großen Zahl dieser Forderungen zuzustimmen. Da es hoffte, gegen Japan doch recht zu bekommen, trat China im Jahre 1917 seinerseits in den Krieg ein. Das war allerdings umsonst – in Wirklichkeit war die Teilnahme Chinas am Krieg auch nur rein verbaler Natur –, da die Unterhändler auf der Friedenskonferenz durch Geheimverträge mit Japan gebunden waren und von den empörten Protesten Chinas nichts hören wollten.

Die ›Vierte-Mai-Bewegung‹ war also in erster Linie eine Reaktion des chinesischen Nationalismus, was ihre rasche Ausdehnung erklärt. In Peking entstanden, griff sie in wenigen Wochen auf Kanton, Shanghai und andere Großstädte über, und ›Streiks der Händler‹ unterstützten und verlängerten die Protestbewegung der Studenten.

Es handelte sich also um eine Nationalbewegung, in der der Wille eines Volkes zum Überleben zum Ausdruck kam. Die ›Vierte-Mai-Bewegung‹ war aber noch erheblich mehr, nämlich im weitesten Sinne eine intellektuelle Erneuerungsbewegung, die schon einige Jahre vor 1919 begonnen hatte und nun ihren Fortgang nahm. In Wirklichkeit war es eine echte ›Kulturrevolution‹, wenn auch diese Bezeichnung damals noch nicht erfunden war. Manchmal wurde sie auch als ›Chinesische Renaissance‹ bezeichnet. Dieses Wort hatte einer ihrer ersten Vorkämpfer, der Philosoph und Essayist Hu Shih, geprägt. Will man aber einen Vergleich mit der Geistesgeschichte Europas anstellen, so hält man sich doch besser an das 18. Jahrhundert. Der Vierte Mai erinnert eher sowohl an die Zeit der Aufklärung als auch an den Sturm französischer Philosophen gegen die nationale Tradition. In diesem Sinn haben die Historiker von Volkschina recht, wenn sie im Hinblick auf den Beginn der revolutionären Umwälzung lieber von 1919 als von 1911 sprechen. Die Intellektuellen des Vierten Mai kämpften nicht mehr gegen ein wankendes Imperium, sondern gegen die ideologische Basis des kaiserlichen Regimes, gegen ein System des Denkens und der sozialen Organisation, das lebendiger und tiefer eingewurzelt war als alle Dynastien: gegen den Konfuzianismus. *Ta-tao K'ung-chia-tien* (›Nieder mit dem ganzen Laden des Konfuzius‹) war das Kriegsgeschrei der chinesischen Studenten, das keinen Zweifel daran aufkommen ließ, wen sie als den wahren Feind ansahen, denn schließlich hätte Konfuzius selber seine Lehren in dem offiziellen Konfuzianismus nicht wiedererkannt, der zu Beginn des 20. Jahrhunderts die bestehende Ordnung bewahren wollte.

Der erklärte Feind des Konfuzianismus und gleichzeitig das Idol der Studenten des Vierten Mai war Ch'en Tu-hsiu (1879–1942), der Gründer und Chefredakteur des wichtigsten Kampfblattes jener Zeit, der *Hsin ch'ing-nien* (›Neue Jugend‹). Er griff unermüdlich und unterschiedslos die traditionellen Werte und Praktiken an, wie Hierarchie und Gehorsam, Unterwerfung des Bürgers unter den Souverän, des Sohnes unter den Vater und der Frau unter den Gatten, die Ehrfurcht vor Greisen, das gehorsame Befolgen der Höflichkeitsformen und Riten, die Bescheidenheit und den Konformismus, die

Zwangsheirat und den Brauch, die Füße der Frauen durch Abschnüren verkrüppeln zu lassen. Er veröffentlichte in seinem Blatt das Projekt einer geradezu gotteslästerlichen Reform, das sofort aufgegriffen wurde, nämlich die von Hu Shih (1891–1962) geforderte ›Literaturrevolution‹, welche von Schriftstellern und Publizisten verlangte, die klassische Schriftsprache (*wen-yen*), die nur von Gebildeten verstanden wurde, endlich aufzugeben und in der Umgangssprache (*pai-hua*) zu schreiben. Diese Ersetzung der Schriftsprache durch die Umgangssprache, rein äußerlich gesehen ein harmloser Vorgang, war ein entscheidender Schlag gegen eines der sichersten Herrschaftsinstrumente der privilegierten Klasse, denn durch diese Maßnahme wurden Literatur und Kultur dem Volk zugänglich gemacht, die konfuzianischen Klassiker wurden nachdrücklich in Mißkredit gebracht und ihr Einfluß beendet. Chou Shu-jen, bekannt unter seinem Pseudonym als Lu Hsün (1881 bis 1936), der berühmteste der modernen chinesischen Schriftsteller, unterstrich in seiner in der ›Neuen Jugend‹ erschienenen Novelle ›Das Tagebuch eines Verrückten‹ die enge Verbindung zwischen den konfuzianischen Idealen und der Ungerechtigkeit der Gesellschaftsordnung. Er behauptete, die chinesische Zivilisation sei kraft ihrer Tradition nur Heuchelei und Kannibalismus. Er schloß mit der Forderung, man solle die Chinesen retten, die noch nicht von dieser Ideologie und dieser ›Menschenfresser‹gesellschaft verdorben seien, und rief aus: »Rettet die Kinder!«

Dieser heftige Kampf der Intellektuellen des Vierten Mai gegen ihre eigene Kultur und nationale Tradition erfolgte gleichzeitig mit einer wahren Verhimmelung des Westens. Ch'en Tu-hsiu pries die Jugend, den Dynamismus, die Kühnheit, die Freiheit und die Demokratie, Wissenschaft und Fortschritt, also alles Werte, die aus dem Westen kamen. Seine Zeitschrift hatte den französischen Untertitel *La Jeunesse*, andere Revuen hatten englische Untertitel, und alle oder fast alle waren zur Hälfte mit Übersetzungen gefüllt. Ausländische Philosophen, wie Dewey oder Bertrand Russell, wurden eingeladen, und die chinesischen Intellektuellen, auf die man am meisten hörte, waren fast alle *liu-hsüeh-sheng*, ›im Ausland ausgebildete Studenten‹.

Ch'en Tu-hsiu war 1915 aus Japan zurückgekehrt, das die verbindende Rolle im Verwestlichungsprozeß spielte; Hu Shih hatte bis 1917 an der Columbia-Universität in New York studiert, und was den dritten Urheber der ›Vierten-Mai-Bewegung‹ anbelangt, den Rektor der Universität Peking, Ts'ai Yüan-p'ei, so war dieser 1916 aus Frankreich mit dem Ziel zurückgekommen, die Universität zu reorganisieren und aus ihr den aktivsten Herd der ›Kulturrevolution‹ zu machen. Er berief auch sofort Hu Shih auf den Lehrstuhl für Philosophie und ernannte Ch'en Tu-hsiu zum Dekan der Fakultät für Literaturgeschichte.

So kommen wir wieder zum Anfang zurück, zur Demonstration der Studenten der Universität Peking, die dieser Volksbewegung den Namen gab. Damit ist aber die Bedeutung dieses Anfangs nicht erklärt, denn wie soll man den Nationalismus der Demonstranten vom 4. Mai 1919 mit dem Haß gegen alle nationalen Werte, wie ihn ihre Professoren forderten, in Einklang bringen?

Tatsächlich sind diese beiden Dinge eng miteinander verbunden. Der Vierte Mai war eine Bewegung, die – außer gegen den Imperialismus – gegen die Zivilisation, nicht aber gegen die Nation Chinas gerichtet war, denn um China zu retten und damit alle lebenden Chinesen, wollten die Patrioten sie von einer als Hindernis erkannten Kultur befreien. »Lieber sähe ich den Untergang unserer ›nationalen Quintessenz‹ als das Erlöschen unserer Rasse aufgrund ihrer Unfähigkeit, zu überdauern.« Mit diesem Ausspruch schloß sich Ch'en Tu-hsiu dem pathetischen Schrei »Rettet die Kinder« des Lu Hsün an. Bei ihrer Konfrontation mit dem Westen, der sie besiegt hatte und bedrohte, hatten die gebildeten Chinesen mit Schrecken festgestellt, daß der Konfuzianismus nicht die einzige Zivilisation war, sondern eine Zivilisation unter mehreren, eine Zivilisation, die ungeeignet war, das Weiterbestehen Chinas in einer Welt des technischen Fortschritts und des unbarmherzigen Wettbewerbs zu sichern. Ein Dreivierteljahrhundert nach dem Opiumkrieg liefen die Intellektuellen des Vierten Mai Sturm gegen das, was das Wesen Chinas war, um es zu ermöglichen, gegen die Ausbeutung durch jene zu bestehen, deren »Tugenden«, d.h. Stärke, sie selber sich aneignen wollten. In diesem Sinne gehört der Vierte Mai zu der intellektuellen Evolution des modernen China. Der aus der Zeit des Opiumkrieges stammende »Sinozentrismus«, den man als »Kulturalismus« bezeichnen konnte, war endgültig beendet. Die »Vierte-Mai-Bewegung« hatte eine neue Etappe eröffnet, die des modernen Nationalismus.

c) Revolution oder Vereinigung? (1926/1927)

Noch ein zweites Ferment, das zu einem Teil aus der »Vierte-Mai-Bewegung« herrührte, wirkte verändernd auf das China der »Kriegsherren« ein. Diesmal war es ein politischer Gärstoff: das revolutionäre Aufbegehren wuchs und führte rasch zur Entstehung eines wirklichen revolutionären Lagers. Dieses Zentrum der Revolution, das dank der Basis Sun Yat-sens im Süden schon über eine territoriale Grundlage verfügte, schuf sich eine einheitliche Institution dadurch, daß es die wiedererweckte *Kuomintang* und die neugeschaffene Kommunistische Partei in einer einzigen Organisation vereinigte.

Sun Yat-sen hatte die Lehre aus dem Versagen der Republik, die er mitgegründet hatte, gezogen, aber gleichzeitig auch aus der Niederlage seiner Partei, der *Kuomintang*, die zwischen 1912 und 1922 von der Bildfläche verschwunden gewesen war. Unsichtbar war die *Kuomintang* zwar gewesen, aber nicht untätig, denn Sun unternahm zahlreiche Aktionen – und erlebte eine Fülle von Enttäuschungen.

In dem Augenblick, als ihn sein militärischer Verbündeter aus Kanton verjagte, war Sun Yat-sen auf dem tiefsten Punkt seines Lebens angelangt; doch er gab nicht auf. Er vollzog eine völlige Umstellung seiner Aktivität und ganz besonders seiner Methoden. Er wendete sich vom Westen ab, der ihn kaum in seinem Kampf unterstützt hatte und dessen demokratische Ideen in China

Schiffbruch erlitten hatten. Jetzt suchte er im Kampf gegen die ›Kriegsherren‹ Beistand und Rat bei der jungen bolschewistischen Revolution. Das bedeutete nicht etwa eine Bekehrung zum Kommunismus, sondern vielmehr eine richtige Einschätzung der Lage. Er brauchte Hilfe und nahm sie von dem, der sie ihm bot. Im Januar 1923 traf er mit A. Joffe, dem Gesandten der UdSSR in China, zusammen und unterzeichnete mit ihm das bekannte *Sun-Joffe-Manifest*, in dem die Sowjets zugaben, daß der Augenblick und die Bedingungen für die Einführung des Kommunismus in China noch nicht gekommen seien, als wichtigste Aufgabe vielmehr die Vereinigung des Landes und die Verwirklichung der nationalen Unabhängigkeit – also das Programm der *Kuomintang* – angesehen werden mußten.

Einige Monate später schickte Sun Chiang Kai-shek in einer Mission nach Moskau, und M. Borodin, der Delegierte der *Komintern*, kam im Oktober 1923 nach Kanton, um die *Kuomintang* nach bolschewistischem Muster umzubilden.

Im Januar 1924 wurde auf dem ersten *Kuomintang*-Kongreß, dem ›Neuorganisationskongreß‹, die neue offizielle Linie verkündet, die zu den ›Drei Grundlehren vom Volk‹ (*San min chu-i*): Nationalismus, Demokratie und ›Volkswohlfahrt‹, die Sun Yat-sen schon gut zwanzig Jahre früher formuliert hatte, ›Drei große Anliegen‹: Unterstützung der Arbeiter- und Bauernbewegungen, Zusammenarbeit mit der UdSSR und Bündnis mit der Kommunistischen Partei Chinas, hinzufügte. Dieses Bündnis wurde sofort vollzogen, allerdings in einer etwas eigenartigen Form, denn die Kommunisten wurden Einzelmitglieder der *Kuomintang*. Drei von ihnen wurden sofort in das Zentralkomitee der neuen Partei gewählt.

Wer waren nun diese chinesischen Kommunisten, wie viele waren es überhaupt? Nur ein paar hundert Intellektuelle, während die *Kuomintang* schon 1922 rund 150000 Mitglieder hatte. Die *Kung-ch'an-tang*, die Kommunistische Partei, war zweieinhalb Jahre zuvor im Juli 1921 in Shanghai von zwölf Delegierten gegründet worden. Einer dieser zwölf war Mao Tse-tung. Der eigentliche Begründer und erste Generalsekretär der KPCh war Ch'en Tu-hsiu, der Chefredakteur der Revue ›Neue Jugend‹, gewesen. Diese Tatsache beweist die Zusammenhänge zwischen der ›Vierte-Mai-Bewegung‹ und der späteren Radikalisierung des politischen Lebens.

Bis 1924 rief die KPCh einige Streiks aus und versuchte, die Arbeiterklasse zu organisieren; doch war die Partei damals nicht viel mehr als ein bloßes Gerippe; ihr Einfluß war fast lächerlich zu nennen, als sie mit der großen revolutionären ›Bourgeois‹-Partei das enge Bündnis einging.

Die eigenartige Fusion, bei der beide Parteien trotzdem weiter für sich bestanden, die Mitglieder der KPCh aber gleichzeitig Mitglieder der KMT (*Kuomintang*) wurden und dort einen kleinen Block bildeten, wirkte sich anfangs günstig für die beiden Partner wie auch insgesamt für das revolutionäre Lager aus. Im Mai 1924 bewies eine der ersten Initiativen der neuen politischen Organisation ganz deutlich, auf welchem Gebiet sie den Kampf zu führen

gedachte: in Whampoa, einem Vorort von Kanton, wurde eine Militärakademie gegründet mit dem Ziel, die Kader für eine Revolutionsarmee zu schaffen. Der Direktor war Chiang Kai-shek, der stellvertretende politische Leiter Chou En-lai. Von März 1925 an kämpften die ›Kadetten von Whampoa‹ im Osten der Provinz Kuangtung großartig gegen Ch'en Chiung-ming, den General, der Sun Yat-sen aus Kanton vertrieben hatte.

Es sollte dann nur noch zwei Monate dauern, bis die ›Erhebung vom 30. Mai 1925‹ eine Unruheperiode eröffnete, die für die Ziele der Revolutionäre aus Kanton äußerst vorteilhaft war. Das durch die Polizei der internationalen Konzession von Shanghai am 30. Mai angerichtete Blutbad, danach das blutige Eingreifen der Franzosen und Engländer in Kanton am 23. Juni ließen die Empörung über die Imperialisten immer stärker werden, eine Empörung, die durch Boykotte und Streiks zum Ausdruck kam, wie beispielsweise den gegen die Engländer gerichteten großen Streik von Kanton und Hongkong, der von Juni 1925 bis Oktober 1926, also mehr als fünfzehn Monate, dauerte. Und ständig kam es zu Zwischenfällen.

Das Fieber war noch nicht gesunken (man kann die Zeit von 1925 bis 1927 als die Jahre einer ersten Revolution betrachten, als eine Generalprobe für 1949, im selben Sinne, wie man gesagt hat, 1905 sei in Rußland das Vorspiel für 1917 gewesen), als die *Pei-fa*, die ›Nordexpedition‹, aus Kanton aufbrach, um China zu erobern. Den Oberbefehl über die *Pei-fa* hatte der von Veteranen der Revolution (Kommunisten oder *Kuomintang*-Mitgliedern) und jungen Offizieren aus Whampoa umgebene Chiang Kai-shek. Propagandisten gingen der Nordexpedition voraus, und dank der machtvollen Unterstützung durch die verschiedenen Volksbewegungen, besonders die der Bauern, wurden die untereinander uneinigen Gegner bald geschlagen. Seit dem Frühjahr 1927 hatte die Revolutionsarmee Shanghai, Nanking und Hankou besetzt und kontrollierte den größten Teil von Mittel- und Südchina.

Dann aber hielt die Nordexpedition ein Jahr lang am Yangtse an, denn die Revolutionäre waren zu stark mit der Regelung ihrer eigenen Differenzen beschäftigt, um sich um Offensiven gegen die ›Kriegsherren‹ zu kümmern. Am 12. April 1927, Shanghai war kaum durch die Gewerkschaften befreit worden, wendete sich Chiang Kai-shek gegen die Kommunisten, die er mit Methoden hinmetzeln ließ, wie sie Malraux in seinem Buch *La Condition humaine* beschreibt. Während der nächsten Wochen und Monate verfolgte er seine bisherigen Verbündeten in dem ganzen von seinen Soldaten kontrollierten Gebiet. Für die Kommunisten war das »die Niederlage inmitten des Sieges«⁴, die von ihrem Verbündeten im Augenblick des Sieges geraubte Revolution. Die Kommunisten hielten die Zusammenarbeit mit der *Kuomintang* noch einige Monate (bis Juli 1927) aufrecht, indem sie sich mit deren linkem Flügel verbündeten, der in Wuhan eine Gegenregierung gebildet hatte, dann gingen sie in den Untergrund.

Die Strategie, welche die KPCh zur Niederlage geführt hatte, war in Moskau ausgearbeitet und durch die *Komintern* den chinesischen Kommunisten

aufgezwungen worden. Der zweite Kongreß der *Dritten Internationale* im Jahr 1920 war der Auffassung gewesen, die Ausbeutung der Halb- und Ganzkolonialländer verzögere den Zusammenbruch des Kapitalismus, und hatte daher beschlossen, besonders in Asien die nationalistischen Revolutionen stark zu unterstützen, um den Gegner an seiner verwundbarsten Stelle zu treffen. In China entsprach also das Bündnis mit der die antiimperialistische ›nationale Bourgeoisie‹ vertretenden *Kuomintang* durchaus orthodoxen oder zumindest den von Lenin zu dessen Lebzeiten festgelegten Richtlinien. Allerdings war dies eine recht heikle Politik, die Klugheit und Scharfblick erforderte, denn der Verbündete war ebenso entschlossen wie die Kommunisten, die gemeinsame Aktion zu seinem eigenen Nutzen auszubeuten. Die Moskauer Strategen führten aber die ganze Sache ausgesprochen unklug und rein mechanisch und achteten nicht auf die Intrigen und ehrgeizigen Pläne eines Chiang Kai-shek, die dieser schon seit einem Jahr, also seit März 1926, zu erkennen gegeben hatte. Sie nutzten auch nicht die neuen, durch die Ausweitung der Revolution entstandenen Möglichkeiten und bemühten sich sogar, die Bauernbewegung zu mäßigen und zu bremsen, obwohl gerade die Bauernbewegung einer der wichtigsten Trümpfe hätte sein können. Man kann eben eine Revolution nicht aus der Ferne leiten. Allerdings waren Stalin und seine damaligen Verbündeten, die Anhänger Bucharins, weniger an einem Sieg der chinesischen Revolution interessiert als vielmehr daran, sich eben dieser Revolution gegen Trotzki zu bedienen, oder wenigstens zu verhindern, daß dieser sie gegen sie selber benutzte.

Man darf aber keinesfalls verkennen, daß die Fusion mit der *Kuomintang* im Anfang außerordentlich vorteilhaft für die Kommunistische Partei Chinas gewesen war, denn sie gab der Partei die Möglichkeit zu Aktionen von einem Umfang, wie sie sie allein niemals hätte bewältigen können, und bot ihr damit eine unerwartete Chance, ehe es zur Katastrophe kam. Dies zeigt, daß menschliche Irrtümer, von denen die Trotzkiisten sprachen, nicht der alleinige Grund für das Scheitern waren, denn die objektiven Bedingungen für eine Machtübernahme durch die ›Partei der Arbeiterklasse‹, einer Klasse, die nur 0,5% der Bevölkerung ausmachte, waren 1927 bestimmt nicht gegeben. Zwischen 1927 und 1949 wuchs das chinesische Proletariat zahlenmäßig stark an, doch ist das nicht wichtig. Wichtig allein war, daß die KPCh etwas anderes werden mußte als eine Arbeiterpartei.

Chiang Kai-shek hat die Kommunisten verraten, doch als er dies tat, sah er vielleicht den Verrat der Kommunisten an der *Kuomintang* voraus. Er ließ die Revolution sich nicht so weit entwickeln, daß die KPCh den Augenblick für gekommen halten konnte, in dem sie sich gegen einen zu gemäßigten Verbündeten hätte wenden können. Er hatte versucht, die Revolution zu stoppen und auf einem gewissen Niveau zu stabilisieren. Man muß auch zugeben, daß der von der *Kuomintang* gepredigte Nationalismus dem Sinn der 30.-Mai-Bewegung, die vor allem ein antiimperialistischer Aufstand gewesen war, mehr

entsprach als die von den Kommunisten ersehnte Sozialrevolution. Das erste Ergebnis der Krise von 1925–1927 war aber nicht einmal eine ›nationalistische Revolution‹, sondern ganz einfach die Wiedervereinigung des Landes. Die Zeit der ›Kriegsherren‹ und damit der Zerstückelung Chinas war zu Ende.

Nach neuen Eroberungen und neuen Zusammenschlüssen erkannte ganz China im Jahre 1928 die in Nanking residierende neue Regierung an. Der ›Einheitsgeneral‹ stellte sich als Nachfolger und Erbe des im Jahre 1925 verstorbenen Sun Yat-sen hin, dessen Schwägerin er im Dezember 1927 heiratete. Es war dies Sung Mei-ling, die jetzige Madame Chiang Kai-shek. Das ist das zweite Charakteristikum des nun anbrechenden Zeitabschnitts: die Wiedervereinigung vollzieht sich unter dem Schutz einer ›revolutionären‹ Partei – sie will nicht einfach nur Restauration sein.

II. Das Dezennium von Nanking (1927–1937)

Die nationalistische Partei *Kuomintang* konnte sich über zwanzig Jahre an der Regierung halten, doch von 1937 an entfesselte die japanische Invasion eine revolutionäre Bewegung, die schließlich auch die Regierung hinwegfegte.

Die zehn Jahre zwischen 1927 und 1937, das ›Dezennium von Nanking‹, wie diese Periode von amerikanischen Historikern getauft worden ist, erscheinen als die einzigen einigermaßen normalen Jahre der nationalistischen Ära, ja der ganzen republikanischen Zeit selbst. Es ist daher zweckmäßig, sich etwas mit den Grundproblemen der chinesischen Gesellschaft zu befassen, hinter denen sich möglicherweise manche Erklärungen für die Revolution verbergen.

a) Vierhundert Millionen Bauern

Im China von 1927 bestanden zwei Wirtschaftsformen sehr verschiedener Natur nebeneinander und damit zwei Gesellschaftsschichten, die kaum gemeinsame Berührungspunkte hatten: die an der Peripherie des Landes, in den östlichen und südlichen Häfen und in einigen Großstädten ansässige, relativ moderne Wirtschaft und die traditionelle, bäuerliche und weitgehend autarke Wirtschaft, die noch im ganzen Inneren des Landes vorherrschte. Dabei kann die ›moderne‹ Wirtschaftsform des damaligen China nur im Vergleich zur traditionellen als ›modern‹ bezeichnet werden. Die seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts erfolgten Umwandlungen waren vor allem ›kolonialer‹ Natur und betrafen daher den Handel, die Banken und die Reedereien weit mehr als die Industrie und auch hier die Gebrauchsgüterindustrie, wie Textilfabriken, Mühlen, Zündholz- und Zigarettenfabriken, in viel stärkerem Maße als die Schwerindustrie.

Typisch für diese chinesische Wirtschaft war die Dualität von heimischen Betrieben und Fremdunternehmen. Die niedrigen Tarife, die durch die

›ungleichen Verträge‹ erzwungen worden waren, bremsten eine nationale Entwicklung.

Eine Geschäftsbourgeoisie, die sich noch in embryonalem Zustand befand und deren Einfluß sich hauptsächlich in Städten wie Shanghai, Kanton, Wuhan und Tientsin bemerkbar machte, entdeckte den Nationalismus gleichzeitig mit den durch die imperialistische Konkurrenz entstehenden Schäden. Sie zögerte nicht, den Nationalfeind sogleich zu boykottieren, mochte es sich nun um eine westliche Macht oder um Japan handeln. In den Großstädten wie in den wenigen Industriezentren und an den Eisenbahnknotenpunkten sammelte sich das Proletariat, das durch entwurzelte Bauern noch verstärkt wurde. Die Lebensbedingungen dieser Menschen waren nicht sehr verschieden von denen der europäischen Arbeiter in den Jahrzehnten nach der Industriellen Revolution: lange Arbeitszeit und ganz wenig Freizeit, strenge Arbeitsvorschriften (mit Geldbußen, Lohnabzügen usw.), ungesunde und gefährliche Arbeit, überwiegend schlecht bezahlte Frauen- und Kinderarbeit, überfüllte Elendsquartiere und chronische Verschuldung. So kritisch aber auch die Lage der Arbeiter war, so erscheint sie doch zweitrangig, wenn man die Bauernfrage betrachtet; die politische Rolle des Proletariats wurde zudem bis 1949 immer mehr in den Hintergrund gedrängt durch die der ›Intelligentsia‹. Von allen städtischen Gesellschaftsklassen wies diese die aktivsten Streiter gegen die bestehende Ordnung und bald auch für die Revolution auf. Der Bildersturm des Vierten Mai war nur ein Ausgangspunkt gewesen, der freilich nicht zu vergessen ist und dessen Einfluß man an der Schnelligkeit ermessen kann, mit der er geistig verarbeitet und schließlich überholt wurde. Eine große Zahl von Studenten und Intellektuellen suchte im Marxismus eine neue Basis und mehr noch eine Aktionsmöglichkeit, eine Methode, die chinesische Nation und Gesellschaft umzuändern.

Die chinesische Gesellschaft blieb aber vor allem eine Bauerngesellschaft, und deren Probleme zu lösen, deren Elend zu besiegen, war zwar eine äußerst dringende, aber zugleich eine fast nicht zu bewältigende Aufgabe. Jedenfalls war es eine Aufgabe auf weite Sicht, der sich die siegreichen Revolutionäre heute noch gegenübergestellt sehen. Wenn sie das China ›vor der Befreiung‹ schildern, dann weisen die Führer und die Historiker der Volksrepublik China ständig auf die Ausbeutung der Bauern durch die *ti- chu*, die Grundbesitzer, hin, eine Erklärung, die durchaus legitim, aber unvollständig ist. Da jede Gerechtigkeit der Gesellschaftsordnung fehlte, hätten die objektiven Bedingungen, wie das demographische Übergewicht und die rückständige Wirtschaft, allein schon genügt, die Landbevölkerung im Elend zu halten.

Das ganz außerordentlich starke Anwachsen der chinesischen Bevölkerung in der modernen Zeit stellt eines der folgeschwersten Phänomene in der Bevölkerungsgeschichte der Welt dar. Auch rein theoretisch dürfte dies einer der interessantesten Fälle sein. Das Anschwellen der Bevölkerung in der heutigen Zeit von ungefähr einer halben Milliarde im Jahre 1930 auf eine dreiviertel

Milliarde zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist nichts weiter als die auf chinesischen Maßstab übertragene Erscheinung, die in allen unterentwickelten Ländern festgestellt werden kann. Das frühere Wachstum der Bevölkerung besonders im 18. Jahrhundert (von fast 150 Millionen um 1650 auf rund 400 Millionen im Jahr 1850) stellt jedoch gemessen an dem klassischen Schema der Demographie einen Ausnahmefall dar. Der innere Friede und der Wohlstand, die dem Goldenen Zeitalter der Mandschu-Dynastie entsprachen, und besonders die Einführung neuer Lebensmittelkulturen, die hinsichtlich der klimatischen Bedingungen erheblich genügsamer waren als Reis und Getreide, erklären zum Teil diesen Bevölkerungsaufschwung. Wie dem auch sei, das Ergebnis dieser Bevölkerungsentwicklung im Zeitraum von 100 Jahren zeigt sich deutlich: die Bevölkerungsdichte der Großen Ebene Nordchinas ist stärker als irgendwo sonst auf der Erde, wo die Niederschläge genauso selten und unregelmäßig sind; ferner: alljährlich ziehen (besser gesagt: fliehen) bis zu einer Million chinesischer Siedler nach der Mandschurei; und schließlich: der durchschnittliche Landbesitz (meist Pacht) jeder Bauernfamilie – vier Fünftel der Chinesen sind Bauern – beträgt einundeindrittel Hektar!

Der Ertrag dieser kleinen Äcker wird jedoch in der Regel durch doppelte Ernten vergrößert, und zwar durch überlagerte Kulturen und Hunderte kunstvoller Praktiken, so daß man die chinesische Landwirtschaft fast als Gartenbau bezeichnen kann.

Aber die Routine, veraltete Methoden, schlechte und unpraktische Werkzeuge, das Fehlen von Kapitalien und künstlichem und natürlichem Dünger, ein völlig unzureichender Katastrophenschutz bei Dürren, Überschwemmungen, Heuschreckeneinfällen, der Mangel an Hygiene, durch den zahllose Seidenwürmer vernichtet wurden, die übertriebene Parzellisierung mit der dadurch bedingten sozialen Atomisierung, die ein Hindernis für den Bau von Bewässerungsgräben und den geordneten Kampf gegen Pflanzenschädlinge bildete, der Ahnenkult, als dessen Folge auf den Familienäckern zahllose Gräber zu finden waren – alle diese und noch andere Faktoren waren die Ursache dafür, daß fleißige und gewissenhafte Arbeit nur bescheidene Früchte trug, die noch dazu dauernd durch irgendwelche Katastrophen bedroht wurden.

Diese vom Mangel gekennzeichnete Wirtschaftsverfassung und die soziale Struktur waren mit schuld daran, daß nichts voranging. Nicht nur, daß die meisten Landwirtschaftsbetriebe ohnehin zu klein waren, um lebensfähig zu sein: eine große Zahl von Bauern besaß das von ihnen bebaute Land nicht oder nur teilweise, und sie mußten daher auch noch fast die Hälfte der Ernte als Pacht an den Besitzer abliefern. Das Pachtwesen war besonders in Mittel- und Südchina verbreitet, aber der Kleinbauer in Nordchina war auch nicht besser dran als der Bauer in Ssusch'uan oder in den Tee- und Reisgebieten südlich des Yangtse – nicht nur, weil Nordchina weniger fruchtbar oder weniger gut bewässert war, sondern auch, weil der Pächter grundsätzlich der Steuer entkam. Der theoretische Satz für die von den Landeigentümern zu entrichtende

Grundsteuer kann sicherlich nicht mit der Pachthöhe verglichen werden, doch wurde in der Praxis dieser Satz verdoppelt, verdreifacht, manchmal sogar verzehnfacht durch die zahlreichen zusätzlichen ›Übertaxen‹, deren Bestehen ursprünglich mit der Notwendigkeit begründet worden war, man müsse in der Provinz das Banditentum ausrotten oder einen Kanal bauen oder sonst etwas zum allgemeinen Nutzen tun. War dann der Kanal gebaut oder das Banditentum ausgerottet, dann blieben die ›Übertaxen‹ trotzdem bestehen. Außerdem wurde die Steuer nicht zu bestimmten Zeiten erhoben, sondern immer dann, wenn die ›Lokalregierung‹, d.h. die Distriktsverwaltung oder die Militärperson, die den Bezirk unter sich hatte, gerade Geld brauchte. Auf diese Weise zahlten die Bauern mancher Regionen ab 1930 schon die Steuern bis 1960 oder 1970! Der Wucher lastete auf dem Kleinbauern genauso wie auf dem Pächter, und die Hälfte der Bauernfamilien war chronisch verschuldet, was häufig zur Proletarisierung führte.

Der Wucherer und der Steuereinnahmer gehörten meist zur Grundbesitzeraristokratie, die von den Pachtzinsen lebte und außerdem ein weitgehendes Monopol auf den Getreidehandel hatte, da sie fast allein über den zum Verkauf stehenden Überschuß verfügte. Es handelte sich hier nicht etwa um Geburtsadel, wie im mittelalterlichen Europa, nicht einmal um eine Klasse von sehr Reichen, denn die ›Domänen‹ der *ti-chu* waren insgesamt von recht geringer Ausdehnung, doch erschien inmitten der allgemeinen Armut in China diese Klasse als sehr privilegiert, und das um so mehr, als sie mit ihrer an und für sich bescheidenen, relativ gesehen jedoch beträchtlichen wirtschaftlichen Macht das Prestige der Intellektuellen und die der gebildeten Elite vorbehaltene politische Macht verband. Auf diese Art besaß und beherrschte diese Klasse alles im Dorf, hemmte jegliche Entwicklung und modernisierte nicht einmal die Anbau- und Erntemethoden ihrer Pächter. Statt zu investieren, zogen die Grundbesitzer es vor, neuen Grund und Boden zu kaufen. Sie hinderten die Pächter sogar, sich selber Werkzeuge oder Maschinen anzuschaffen, indem sie ihnen jegliche Möglichkeit nahmen, Ersparnisse anzusammeln.

b) Das Versagen der Kuomintang

Die Agrarreform war also die Voraussetzung für jede durchgreifende Besserung der Lebensbedingungen der Bauern. Diese Reform aber wurde von der Regierung von Nanking versäumt. Sie gab den Bauern weder Land, noch senkte sie den Pachtzins⁵ oder die Grundsteuer, noch bekämpfte sie wirksam den Wucher. Sie begnügte sich mit der sehr zögernden Einführung gewisser technischer Neuerungen oder Verbesserungen, führte einige Bewässerungsarbeiten durch und ließ auch etwas aufforsten, doch legte sie nicht Hand an den sozialen *Status quo*. Auf wirtschaftlichem Gebiet, wo die Regierung sich auf das Wichtigste beschränken wollte, befaßte sie sich vielmehr mit dem Transportwesen und kümmerte sich besonders um die Banken und die Industrie,

aber nicht um die Landwirtschaft. Am Vorabend des chinesisch-japanischen Krieges war die Menge der pro Kopf verfügbaren Lebensmittel geringer als fünf Jahre zuvor. Man hat den festen Eindruck, daß die Lebensbedingungen der Bauern während des ›Dezenniums von Nanking‹ immer schlechter geworden waren.

Die nationale Regierung ging schüchtern daran, die Wirtschaft anzukurbeln, verzichtete aber auf die unbedingt notwendigen sozialen Umwälzungen. Auf politischem und ideologischem Gebiet wurde sie immer konservativer. Sun Yat-sen hatte den nach und nach zu vollziehenden Übergang der ›Bevormundung‹, wie sie von der revolutionären Partei, der *Kuomintang*, nach der militärischen Einigung praktiziert wurde, in ein echtes demokratisches System beabsichtigt. In Wirklichkeit wurde diese Demokratie niemals eingeführt, denn die Macht der *Kuomintang* im Innern des Landes und die Chiang Kai-sheks innerhalb der Partei wurden immer stärker und sichtbarer. Es handelte sich sehr viel mehr um eine Diktatur, der nur die Kraft und Wirksamkeit mangelte, jedoch nicht die totalitären Absichten, um den faschistischen Staaten Europas der damaligen Zeit zu gleichen, die der ›Generalissimus‹ Chiang Kai-shek so hoch schätzte.

Die faschistoide Ideologie sowie gewisse dem Christentum entlehnte Elemente und konfuzianische Nachklänge formten die Bewegung ›Neues Leben‹, die Chiang Kai-shek als eine Gegenkraft zum Marxismus aufzubauen versuchte. Er führte den Konfuziuskult wieder ein, brachte die traditionellen, von der ›Intelligentsia‹ des Vierten Mai verschrieenen ›Tugenden‹ wieder zu Ehren und schlug moralische oder geistige Mittel zur Besserung wirtschaftlicher und sozialer Mißstände vor. Diese aus der revolutionären Erhebung entstandene Regierung ging so weit, den Chinesen einen Mann als Muster hinzustellen, der die Mandschu-Dynastie gegen die Erhebung der T'ai-p'ing verteidigt hatte, nämlich Tseng Kuo-fan.

War das nun einfach eine zynische Verleugnung ihres revolutionären Ursprungs? In Wirklichkeit war die Regierung mit vordringlichen praktischen Aufgaben überhäuft, die ihr keinerlei Zeit für die Lösung der grundlegenden Probleme ließen. Die Einheit des Landes mußte vollendet, Ordnung und Sicherheit mußten wiederhergestellt werden, selbst wenn Ordnung, Sicherheit und Einheit nur scheinbar waren. Das war im wesentlichen das Werk Chiang Kai-sheks. Er hatte die von Sun Yat-sen erträumte Revolution nicht zu Ende geführt, aber er hatte China wieder zusammengebracht, wie dies vor ihm schon so viele Gründer von Dynastien getan hatten – nach den anarchischen Zeiten, die dem Sturz der vorausgegangenen Dynastie jeweils folgten. Und genau wie jene Dynastiengründer hat Chiang zwar aus persönlichem Ehrgeiz, mehr aber noch aus Notwendigkeit gehandelt. Der Militarismus hatte die ›Kriegsherren‹ überlebt. Die revolutionäre Eroberung der Jahre 1926–1928 bestand ziemlich oft in einer einfachen Übernahme der regionalen Truppen der ›Kriegsherren‹ in die Nationalarmee. Die ersten davon bewahrten ihre charakteristischen Merkmale und oft genug auch ihre Selbständigkeit. Chiang Kai-shek war gezwungen, sich

mit einer ganzen Reihe von militärischen Führern und Regionalherrschern zu einigen, er mußte ihnen offizielle Posten anvertrauen, was einer Anerkennung ihrer Macht gleichkam, und mußte sogar ihre Privatkriege dulden. Hartnäckig und verschlagen, wie er war, überwand er schließlich durch Intrigen, Verhandlungen oder Krieg offenen Widerstand, wie jenen, bei dem sich 1929/1930 die beiden ›Kriegsherren‹ Feng Yü-hsiang und Yen Hsi-shan mit Wang Ching-wei, Chiangs Gegner innerhalb der *Kuomintang*, gegen die Regierung von Nanking verbündet hatten. Am Vorabend des Krieges mit Japan wurden die durch die Zentralregierung erzielten Erfolge allgemein anerkannt, wenigstens was die Einigung der chinesischen Welt anbelangte. Die Militärs, die noch selbständig waren, konnten wohl von den aus Nanking kommenden Anordnungen keine Kenntnis nehmen oder sie in ihrem Sinn auslegen, der Regierung offen entgegenzutreten durften sie aber nicht mehr riskieren.

Die ›Kriegsherren‹ und der Ungehorsam von Provinzen stellten alles in allem nur eine Opposition zur Zentralregierung dar und warfen lediglich recht herkömmliche Probleme auf, die jedenfalls weit weniger schwerwiegend waren als die revolutionäre Herausforderung.

Die gefährlichsten Feinde Chiangs waren die Kommunisten, seine ehemaligen Verbündeten. Sie wurden verfolgt und dezimiert, aber sie gaben nicht auf. 1927, ›das Jahr des Verrats‹, war noch nicht zu Ende, als die Kommunisten einerseits versuchten, die Revolution zum Schaden dessen zu verlängern, der sie für sich beschlagnahmt hatte; andererseits nahmen sie in entlegenen Gegenden eine radikale Neuorientierung der revolutionären Aktion vor. Ein letztes Aufflackern der Revolution in den Städten waren der Aufstand von Nanch'ang, der Hauptstadt von Kiangsi, am 1. August, der heute als Geburtstag der Roten Armee gefeiert wird, sowie die Errichtung und blutige Niederwerfung der Kommune von Kanton vom 11. bis 14. Dezember. Zwischen diesen beiden Niederlagen erfolgte ein weiterer Fehlschlag, der allerdings völlig andere Ursachen hatte, nämlich der ›Herbsternteaufstand‹, der in weniger als 20 Tagen im September 1927 in der Provinz Hunan zerschlagen wurde. Der Urheber dieses Bauernaufstandes, der Sohn eines reichen Bauern, wurde verhaftet. Er konnte seine Wächter bestechen und fliehen. Tagsüber versteckte er sich, um nicht wieder festgenommen und hingerichtet zu werden, dann aber setzte er den Kampf weiter im Osten fort. Dieser Bauernsohn hieß Mao Tse-tung.

Bevor noch der auf Anordnung der *Komintern* in Kanton entfesselte Aufstand die Zwecklosigkeit der klassischen Revolutionsmethoden bestätigt hatte, hatte Mao schon im Oktober 1927 die erste Basis einer bäuerlichen Revolution geschaffen – in den Chinggang-Bergen (*Chinggangshan*) an den Grenzen der Provinzen Hunan und Kiangsi.

Mao ist eigentlich nicht der Erfinder des ›Bauernweges‹, der in China eine lange Tradition von Bauernkriegen und Aufständen fortsetzte und dem ein anderer Kommunist, der 1929 fusilierte P'eng P'ai, seit 1922 in der südlichen

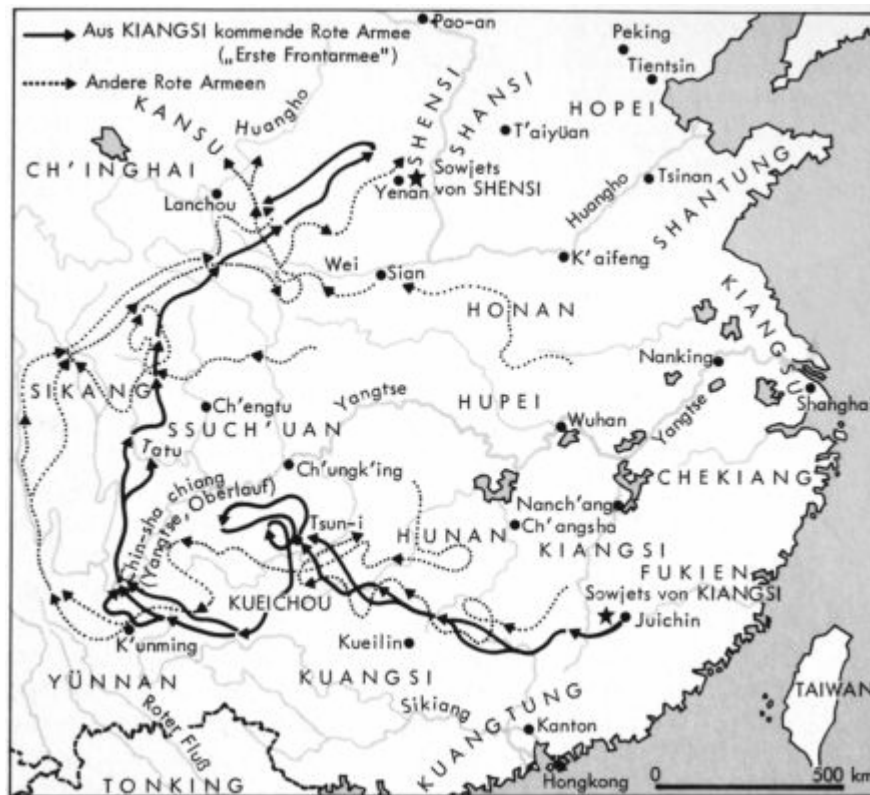
Provinz Kuangtung gefolgt war. Jedenfalls aber sollte Mao bei seiner Aktion unter Bauern die für die chinesische Revolution entscheidenden Erfahrungen sammeln. Er hauste einige Zeit in der Naturfestung der Ching-kang-Berge, dann erhielt er im Frühjahr 1928 Verstärkung durch mehrere tausend revolutionäre Soldaten unter der Führung von Chu Te, dem künftigen Oberbefehlshaber der Roten Armee und Sieger im Bürgerkrieg, und bezog danach bessere Quartiere im Süden der Provinz Kiangsi.

Dort schufen die Kommunisten eine revolutionäre Verwaltung, verteilten die Ländereien der Großgrundbesitzer an die Kleinbauern, gründeten 1931 eine ›Chinesische Sowjetrepublik‹ mit der Hauptstadt Juichin und leisteten den vier ›Vernichtungsfeldzügen‹ Chiang Kai-sheks und seiner Generale siegreich Widerstand. Erst der fünfte Feldzug von 1933/1934 endete dank importierten Waffen und deutschen Militärberatern mit einem Erfolg der Regierung, doch gelang es der Roten Armee, sich aus dem Kampfgebiet zurückzuziehen. Damit begann der ›Lange Marsch‹ vom Oktober 1934 bis Oktober 1935, der die Reste der Roten Armee aus dem im Südosten gelegenen Kiangsi nach Nord-Shensi im Nordwesten des Riesenreiches führte.

Die Revolutionsbasis Kiangsi, die zeitweise auch einen Teil der Nachbarprovinz Fukien einschloß, war nur die ›Zentralbasis‹, das Herz und der Stolz der ›Sowjetrepublik‹; doch wurde die Autorität von Juichin von rund fünfzehn anderen ländlichen Stützpunkten in Mittel-, Ost- und Südchina anerkannt. Sie bildeten eine ständige Bedrohung für die Nationalregierung, was durch die vorübergehende Besetzung von Ch'angsha, der Hauptstadt von Hunan, durch die Rote Armee im Juli und August 1930 zum Ausdruck kam – eine Bedrohung, die das Elend der bäuerlichen Massen ständig wachhielt. Die kommunistische Gefahr war noch nicht vorbei, doch war sie nach dem ›Langen Marsch‹, der zunächst lediglich ein Rückzug war, ehe er zum Heldenepos wurde, weniger akut. Die Räterepublik, die die Gefährten Maos dann im Norden von Shensi, einer öden und schwach bevölkerten Gegend, bildeten, war mit der in Kiangsi ebensowenig zu vergleichen wie die Rote Armee von 1930–1933 mit der von 1936. Eigentlich gründete Mao diesen Stützpunkt nicht, sondern vergrößerte ihn nur und verwaltete ein Gebiet, das kommunistische Freischärler schon besetzt hatten.

Da griff der äußere Feind ein und machte den inneren Feind sehr gefährlich, denn die japanische Aggression gestattete es den chinesischen Kommunisten, aus ihrer Isolierung hervorzutreten. In Wirklichkeit dauerten die japanischen Militäraktionen auf dem Kontinent schon einige Jahre; sie führten anfangs sogar mit dazu, die von den Kommunisten geschürte Agrarrevolution bei den national gesinnten Intellektuellen der Städte in Verruf zu bringen. Seit Sommer 1935 aber und ganz besonders im Laufe des Jahres 1936 trug die neue, unitarische und antiimperialistische Taktik der KPCh, wie sie nach dem siebten Kongreß der *Komintern* beschlossen worden war, ihre Früchte – nicht zuletzt dank der

dauernden und immer stärker werdenden japanischen Bedrohung. Patriotische Studenten und Intellektuelle kritisierten nun nicht mehr die ›antinationale‹ Agitation der Revolutionäre, sondern den zu geringen Widerstand der Regierung gegenüber den Intrigen und Forderungen der Japaner. Sie verlangten die Einheit aller Chinesen gegenüber den fremden Eroberern und damit die Einstellung der Bekämpfung der Kommunisten, die ihrerseits sich ständig als Vorkämpfer der Einheit hinstellten.



© Abb. 7: Der Lange Marsch (1934/1935)

Chiang Kai-shek war nicht weniger Nationalist als seine Kritiker, doch wußte er besser über die Stärke der japanischen Armee und die Schwäche Chinas Bescheid. Also zog er die Dinge in die Länge. Nach der Affäre von Mukden am 18. September 1931, durch die die nordöstlichen Provinzen in japanisches Protektorat, in das 1932 gegründete Manchukuo, verwandelt wurden, und nach der Anfang 1933 erfolgten Besetzung von Jehol durch die Japaner hatte Chiang am 31. Mai 1933 den Waffenstillstand von Tangku unterzeichnet, der nichts anderes als ein stillschweigendes Einverständnis mit den geschaffenen Tatsachen war. Zwei Jahre später erklärte er sich durch den Vertrag Ho-Umezu vom Juli 1935 mit der Bekämpfung antijapanischer Agitation in China und mit dem Rückzug seiner Truppen aus Nordchina, aus dem die Japaner ein zweites Manchukuo machen wollten, einverstanden.

»Zuerst Befriedung im Innern, dann erst Widerstand gegen fremde Eindringlinge«, posaunte die Regierungspropaganda ständig in alle Welt und offenbarte damit die Pläne eines Chiang Kai-shek, der glaubte, mit den Kommunisten fertig werden zu können. Um aber Tōkyō siegreichen Widerstand leisten zu können, hielt er eine lange Vorbereitung und Hilfe vom Ausland für unumgänglich. Nach seiner Meinung mußte der japanische Militarismus über kurz oder lang die Interessen der Engländer, Russen und Amerikaner bedrohen.

›Antijapanische Einheitsfront‹ war dagegen das Ziel der Nationalisten, deren ›Union zur Rettung der Nation‹, die im Mai 1936 gegründet wurde, Entschlossenheit und Ungeduld zum Ausdruck brachte. Die Agitation der ›Frontisten‹ griff sogar in die Reihen der gegen die Rote Armee kämpfenden Truppen über, und als im Dezember 1936 Chiang Kai-shek persönlich nach Sian, der Hauptstadt von Shensi, kam, um den Aufbruch zu einem neuen ›Vernichtungsfeldzug‹ gegen die Kommunisten zu verkünden, ließ ihn der die antikommunistischen Armeen befehligende General verhaften und forderte dann von seinem Gefangenen die Beendigung der Feindseligkeiten gegen die Kommunisten und anstelle des Bürgerkriegs den nationalen Kampf.

Dreißig Jahre später bleibt der ›Zwischenfall von Sian‹ noch immer unklar, und die Historiker kennen nach wie vor die Einzelheiten der Verhandlungen nicht, die in diesen entscheidenden Tagen erfolgten, Verhandlungen, an denen im Auftrag der KPCh auch Chou En-lai teilnahm.⁶ Als Chiang Kai-shek nach zwei Wochen wieder aus der Haft entlassen wurde, verzichtete er sehr bald auf alle weiteren Kämpfe gegen die Kommunisten und nahm gegenüber Tōkyō eine härtere Haltung ein. Sieben Monate später ereignete sich dann der ›Zwischenfall an der Marco-Polo-Brücke‹ in der Nähe von Peking (am 7. Juli 1937), der den chinesisch-japanischen Krieg auslöste, den so viele frühere, ernstere Zwischenfälle nicht entfesselt hatten.

Wie dem auch sei, Krieg war eben das Ergebnis der imperialistischen Politik, die die Japaner nach der Konferenz von Washington 1921/1922 eine Zeitlang, bis 1928, etwas versteckter betrieben hatten, die sie aber seit der Zeit der Einundzwanzig Forderungen vom Jahre 1915 niemals aufgegeben hatten. In diesem Sinne war es im gleichen Maß der Imperialismus wie ihre eigene Unzulänglichkeit, die die *Kuomintang* sterben ließ. Die während des ›Dezenniums von Nanking‹ begonnenen Versuche wären zwar wahrscheinlich ohnehin gescheitert, aber der Krieg machte ihnen endgültig den Garaus.

5. Südostasien vom Anfang des 20. Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war die Eroberung Südasiens durch den Westen beendet. Nur Siam konnte dank seiner Lage als Pufferstaat zwischen den englischen und französischen Besitzungen seine Unabhängigkeit mühsam aufrechterhalten. Das blieb so bis zum Krieg im Pazifik. Im Kolonialismus waren

aber schon damals, zur Zeit seines Triumphs, Kräfte am Werk, die auf seinen Sturz hinarbeiteten.

I. Die Faktoren des Nationalismus

Wie der Kapitalismus das Proletariat hervorbringt, so der Kolonialismus den Nationalismus. Der Zerfall der alten feudalen oder halbfeudalen Struktur ließ neue Klassen entstehen, die den Westen mit seinen eigenen Waffen zu bekämpfen suchten. Sie forderten demokratische Freiheiten, wirtschaftliche Macht, Autonomie und Unabhängigkeit. Als man sich der von außen kommenden Unterdrückung richtig bewußt wurde, bejahte man Nationalität und ethnische Einheit. Dichter, Schriftsteller, religiöse Persönlichkeiten beriefen sich auf alte Quellen, brachten die Muttersprache, die Folklore und das künstlerische und literarische Erbe wieder zu Ehren und ließen die alten, legendären Helden der Vergangenheit wiederauferstehen. So brachte der westliche Imperialismus selber die gegen ihn gerichtete Erhebung hervor. Asien revoltierte aber auch gegen die überholten und rückständigen Formen seiner Vergangenheit; eine halbfeudale Welt verwandelte sich mühsam in eine moderne Welt.

Daß der Nationalismus sich aus dem Widerstand gegen die europäische Herrschaft entwickelte, ist klar. In Thailand, das niemals Kolonie war, ist er nur schwach. Dasselbe gilt für die von europäischer Kolonisierung nur wenig berührten Gebiete, in die kapitalistische Produktionsmethoden nicht vordrangen. Dort lebte die Bevölkerung ihren traditionellen Lebensstil, ohne daß koloniale Autoritäten sich einmischten. Die ehemaligen Herren beherrschten dort das Volk nach wie vor. So hat das späte Erwachen des malaiischen Nationalismus neben anderen Gründen den, daß dieses Volk sich in erster Linie immer noch mit einer auf die Produktion der Grundnahrungsmittel ausgerichteten Landwirtschaft befaßte und daher weniger von der kapitalistischen Wirtschaft abhängig war. Andererseits unterstand dort das Volk auch weiterhin der Herrschaft der Sultane. Die Hauptunruheherde des Nationalismus bildeten sich überall dort, wo der westliche Einbruch am stärksten war. Dabei ist der Nationalismus innerhalb desselben Landes nicht überall von gleicher Heftigkeit. Man braucht nur die Meerenge, die Bali von Java trennt, zu überqueren, um eine völlig andere Stimmung vorzufinden. Die Balinesen wurden durch die Holländer vor den Auswirkungen der modernen Zivilisation bewahrt und folgten nur zögernd den Aufrufen der Nationalisten. Und Java selbst, dessen Kontakte mit Europa sehr alt sind, erlebte erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts ein Erwachen des Nationalismus, als die Holländer eine schärfere politische Kontrolle einführten, ihre Verwaltung zentralisierten und die Insel wirtschaftlich immer mehr ausbeuteten.

›Nationalistisch‹ kann man nämlich den bewaffneten Widerstand noch nicht nennen, der sich zu Beginn der Eroberung bemerkbar machte. Eher kann man ihn als ›patriotisch‹ bezeichnen. Diese Widerstandsbewegungen wurden von den ehemals herrschenden Klassen geleitet, die dabei von der Bevölkerung weitgehend unterstützt wurden; sie stellten einen Ausdruck instinktiver und gefühlsmäßiger Reaktion gegen die fremden Eindringlinge dar, und gleichzeitig waren sie der alten Aristokratie bei der Aufrechterhaltung ihrer Autorität und ihres Ansehens von Nutzen. So lieferte Diponegoro, der Sultan von Djogjakarta, den Holländern fünf Jahre lang, von 1825 bis 1830, einen heldenhaften Kampf. Die Annexion von Burma durch die Engländer hatte einen ebenso lange dauernden Widerstand zur Folge, der von den *thugyi* (Provinzialregenten), den königlichen Prinzen und buddhistischen Mönchen gesteuert wurde. England mußte über 40000 Mann gegen diese Aufstandsbewegung ins Feld führen. In Kambodscha führte während der Jahre 1885 bis 1887 Prinz Si Votha gegen das von den Franzosen besetzte Phnom Penh seine mit Pfeil und Bogen oder mit Feuersteingewehren bewaffneten Truppen. Kaiser Hàm-nghi und Tôn Thât Thuyêt schürten nach dem Fall von Huê im Jahre 1885 den Aufstand in Vietnam (Viêt-Nam), und diese Aufstandsbewegung wurde von Phan Dinh Phùng und dem Dê Tham fortgesetzt. Erst zu Beginn unseres Jahrhunderts erlosch sie nach und nach.

Das Mißverhältnis der Kräfte beider Seiten war erdrückend; dazu kam, daß dem Widerstand der Aristokratie der wahre nationale Charakter fehlte. Selbst wenn sie durch die Monarchie geleitet wurde, gelang es ihr nie, die Bewegung auf dem ganzen Landesgebiet zu koordinieren. Die einzelnen Partisanengruppen operierten jede für sich in ihrem Bereich nach rein lokalen Gesichtspunkten. So wurde der bewaffnete Widerstand nach und nach niedergeschlagen. Andere Kräfte standen jedoch auf und gaben der nationalen Bewegung eine neue Richtung.

Die erste Aufstandsbewegung, die man als wirklich ›nationalistisch‹ bezeichnen kann, war die Revolution von 1896 auf den Philippinen, doch hatte sie keinerlei Einfluß auf das übrige Asien.

Spanien hatte das Land seit dreihundert Jahren besetzt und die Grundlagen für eine nationale Einheit geschaffen, indem es die bis dahin in Stämme geteilte Bevölkerung, die sich einer einheitlichen Gesetzgebung widersetzte, unter einer stark zentralisierten Verwaltung mit einem Generalgouverneur an der Spitze zusammenfaßte und eine einzige Sprache sowie eine gemeinsame Religion einführte. (Auch heute noch ist die Bevölkerung zu 78% katholisch, und nur die *Moros* [›Mohren‹], wie die Spanier sie nannten, von Mindanao sind Muslims.) Dieses System war aber durch weitgehende Unterdrückung gekennzeichnet. Der Gouverneur hatte unbegrenzte Vollmachten. Er regierte unterstützt von spanischen Edelleuten und eingeborenen Kaziken, denen er riesige Besitzungen (*encomiendas*) zugeteilt hatte. Die als reine Theokratie organisierte Kirche

beherrschte die Seelen, die sie im finstersten Obskurantismus hielt. Durch Zwang oder Wucher hatte sich auch die Kirche große Güter angeeignet. Als die Vereinigten Staaten die Philippinen annektierten, besaßen die Dominikaner und die Augustiner 170000 Hektar besten Bodens, der von 60000 Pächtern bearbeitet wurde.

Während der drei Jahrhunderte spanischer Herrschaft gab es im Durchschnitt alle fünf Jahre einen Aufstand, doch waren das nur lokale Erhebungen, hervorgerufen durch die Zwangsarbeit, drückende Steuerlasten, Übergriffe der Großgrundbesitzer oder Diskriminierung philippinischer Priester. Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nahm der Nationalismus schärfere Konturen an. Die Ausrufung der spanischen Republik im Jahre 1868 hatte eine Liberalisierung der Kolonialpolitik zur Folge, und Filipinos gingen in immer größerer Zahl zum Studium nach Europa. Die Wiederaufrichtung der Monarchie in Spanien beendete jedoch diese Freiheiten, und damit flammten neuerdings Revolten auf, wie jene von Cavite (1872), die als Beginn des nationalen Kampfes bezeichnet werden kann, in dem sich besonders José Rizal, Marcelo H. del Pilar und Andres Bonifacio, der Gründer des Geheimbundes *Katipunan*, hervortaten.

Der allgemeine Aufstand brach dann 1896 in Luzon aus und verbreitete sich rasch über das ganze Land. Die Republik wurde ausgerufen, mit Aguinaldo an ihrer Spitze. Dieser setzte sich mit den Amerikanern in Verbindung, die damals mit Spanien wegen Kuba im Krieg lagen. 1898 zerstörte Admiral Dewey die spanische Flotte in der Bucht von Manila. Die Zusammenarbeit hörte jedoch sehr rasch wieder auf, als die Filipinos erkannten, daß ihre Alliierten recht expansionistische Ziele hatten. Im Vertrag von Paris trat Spanien die Philippinen gegen Zahlung von 20 Millionen Dollar an die Vereinigten Staaten ab. Aguinaldo setzte seinen Widerstand um seiner Ehre willen noch drei Jahre lang fort, bis Amerikas Waffen 1901 den endgültigen Sieg davontrugen.

Nach der Zeit der Eroberung und der ›Befriedung‹ begann die nunmehr fest im Sattel sitzende europäische Herrschaft ihre Verwaltungssysteme einzuführen und Südostasien wirtschaftlich zu erschließen, d.h. auszubeuten. Diese doppelte Aktivität schuf unter der Bevölkerung neue soziale Klassen, nämlich die Grundbesitzer und die Kaufleute auf der einen und das Proletariat der Pflanzungen und Bergwerke auf der anderen Seite. Die Niederlage im bewaffneten Kampf hatte den Intellektuellen klargemacht, daß man den Westen nur mit seinen eigenen Waffen schlagen konnte. Sie wendeten sich von der ›östlichen Weisheit‹ ab, die so sehr versagt hatte, und machten sich nun mit Feuereifer an das Studium europäischer Wissenschaften. Dieser Wille zu modernisieren stand im Gegensatz zu der Sehnsucht nach der Vergangenheit, wie sie für die vorangegangene Periode typisch gewesen war. Angefeuert wurde dieser Wille auch noch durch die Entwicklung in Japan und China, durch die Reformen des K'ang Yu-wei und des Liang Ch'i- ch'ao, die Industrialisierung der Meiji-Zeit, den Sieg von Port Arthur im Jahre 1905, der einen ungeheuren

Widerhall in ganz Asien fand, die chinesische Revolution von 1911 und die ›Drei Grundlehren vom Volk‹ des Sun Yat-sen (s.o.S. 75).

In Indien hatte sich die 1885 gegründete Kongreßpartei bisher damit begnügt, bescheidene Reformen vorzuschlagen. 1906 aber forderte sie mit einem Male das *svarāj*, die Selbstregierung.

Auch Siam, das einzige unabhängige Land in Südasien, modernisierte sich. König Chulalongkorn, ein Zeitgenosse von Kaiser Meiji (1868–1912), führte in seinem Land Reformen von Justiz und Verwaltung durch und schuf mit Hilfe internationaler Berater eine Armee. Er verfolgte stets eine Politik des Gleichgewichts zwischen den Mächten, und obwohl er absoluter Herrscher blieb, war Siam in den Augen der Nationalisten der Nachbarländer doch ein moderner Staat, und Bangkok wurde zum Zufluchtsort aller von westlicher Polizei verfolgten Revolutionäre.

Ohne daß dies beabsichtigt war, wurde der Nationalismus gerade durch die Kolonialisierung begünstigt. Die Entwicklung der Land- und Seeverbindungen hatte eine Vermischung der Völker zur Folge, die bisher nichts voneinander gewußt oder sich mißtraut hatten, jetzt aber alle möglichen Ähnlichkeiten untereinander entdeckten. Besonders typische Beispiele dafür sind Indonesien und die Philippinen, diese von unzähligen Inseln gebildeten Archipele mit einer Unzahl von Völkerschaften, von den primitivsten bis zu den kulturell auf höchster Stufe stehenden. Die Zentralisierung der europäischen Verwaltungen, die in einem Maße erfolgte, wie es unter den alten Monarchien nicht einmal hatte geahnt werden können, räumte mit der dörflichen Enge bäuerlicher Tätigkeit gründlich auf.

Der Einfluß der neuen Ideen war außerordentlich groß. Natürlich wurden sie nicht durch die offiziellen Schulen verbreitet, denn die Kolonialverwaltungen bemühten sich, die Volksbildung auf ein Minimum zu beschränken. Es wurden aber heimlich Bücher gedruckt, die dann von Hand zu Hand gingen. Die ganzen philosophischen und politischen Werke von Rousseau bis Lenin wurden von der intellektuellen Jugend verschlungen. Diese jungen Menschen entdeckten dabei zu ihrer Überraschung die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von Amerika, die Menschenrechtsprinzipien von 1789, die Erklärung über das Recht der Völker auf Selbstbestimmung, die nationalen Kämpfe des 19. Jahrhunderts und die weltweite Auswirkung der russischen Oktoberrevolution. Die Ideen der Freiheit und Gleichheit, auf denen die westlichen Demokratien beruhten, waren nirgends in den Kolonien zu spüren, ein innerer Widerspruch, den nur der Marxismus-Leninismus zu erklären vermochte.

Nichts zeigt deutlicher, wie sehr die Resultate der Kolonialpolitik deren eigentlichen Zielen widersprechen können, als gerade die Entwicklung des Malaiischen in Indochina und des *quốc ngữ* in Vietnam. Die Holländer bedienten sich des Bazar-Malaiisch, der alten *lingua franca*, der Handelssprache des Archipels, als Verwaltungssprache, denn sie wollten ihr Ansehen wahren und den Indonesiern ein Minderwertigkeitsgefühl einpflanzen, indem sie ihnen

untersagten, die gleiche Sprache wie sie selber zu sprechen. Sie wollten so ihre Überlegenheit auf der Unwissenheit der Eingeborenen aufbauen. Die Reaktion der Nationalisten bestand darin, daß sie das Malaiische zur Waffe gegen die holländische Herrschaft machten und es als Nationalsprache propagierten – das *bahasa Indonesia*, das zusammen mit dem Islam den üppig wuchernden Lokalpatriotismus zum Verschwinden brachte.

In Vietnam begünstigte die französische Verwaltung den Unterricht in *quốc ngữ*, einer Schrift, die im 17. Jahrhundert von Missionaren erfunden worden war, und zwar mit dem Ziel, die Einflüsse chinesischer Kultur und damit zugleich die Gebildeten auszuschalten, die als die Gegner des Protektorats und die gewiegtsten Leiter des Widerstandes galten. Tatsächlich wurden die chinesischen Schriftzeichen durch die *quốc ngữ*-Schrift rasch weitgehend ersetzt, doch erwies sich diese als derart praktisch und von solcher Einfachheit, daß die Nationalisten sie gleichfalls übernahmen und zur Verbreitung von Wissen und zur Erneuerung vietnamesischer Kultur benutzten. Die Verbreitung des *quốc ngữ* wurde zu einer der Hauptaufgaben der Revolution.

Die Religion war in verschiedenen Ländern von außerordentlich großer Bedeutung für das Anwachsen der nationalen Bewegung, so der Buddhismus in Burma und Kambodscha und der Islam in Indonesien. Dabei spielte nicht nur die Universalität der Religion eine Rolle, die alle Gläubigen solidarisch vereint, sie bildete nicht nur ein Band, das die Mehrheit der Bewohner umfaßte, sondern sie wurde zum Symbol des Zusammenschlusses der Massen unter dem Zeichen traditioneller Werte gegenüber dem fremden Eindringling, dem Träger eines anderen Glaubens. Das Ansehen der alten Religion wurde noch gehoben durch das großartige Verhalten der Priester, die in Burma und Kambodscha genau wie in Indonesien als Leiter des Widerstandes gegen England, Frankreich und die Niederlande auftraten. In Burma hielt nach dem Sturz der Monarchie einzig und allein der Buddhismus das Volk mit seiner Vergangenheit verbunden. Von 1897 ab wurden zahlreiche buddhistische Vereinigungen gegründet, die sich die Wiedererweckung des Nationalismus zur Aufgabe machten. Durch seine erzieherische Rolle hat der Buddhismus den Geist von Generationen in Burma zutiefst beeinflußt. Seine Toleranz, sein Ideal von Mitgefühl und Gleichheit haben die politische Denkungsart und ganz besonders den Marxismus der Burmesen gezeichnet. In Indonesien wurde der Islam zum Träger des Fortschritts. Kein anderes muslimisches Land ist weniger fanatisch und neuen Ideen mehr aufgeschlossen. Das liegt wohl daran, daß der Islam dort tiefreichende Schichten von Hinduismus, Buddhismus und einer primitiven Eingeborenenkultur nur sehr dünn überdeckt hat. Er war übrigens mit der bestehenden politischen und sozialen Ordnung verbunden und wurde im konservativen Sinn ausgelegt. Indonesien fiel in keiner Weise dem Einfluß des reaktionären Pan-Islamismus anheim, sondern wurde in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts durch die in Kairo entstandene modernistische Bewegung befruchtet, eine Bewegung, die versucht, die Religion von der ihr anhaftenden

Korruption und den abergläubischen Bräuchen zu säubern und aus ihr ein Werkzeug zur sozialen Erneuerung zu machen.

Der Einfluß des Buddhismus und des Islam erklärt z.T. auch den Umstand, daß das Christentum dort so geringe Anziehungskraft ausübt, doch ist der tiefere Grund hierfür ein anderer. Das Christentum war eng mit den kolonialen Eroberungen verbunden und seine Missionare waren die Wegbereiter der Eroberung gewesen. Sie hatten die Eingeborenen aus ihren Dörfern gerufen, und diese hatten auch nicht gezögert, die fremden Truppen zu unterstützen. Lange Zeit standen der Kolonialverwaltung nur »Christen und Gauner« zur Verfügung, wie Admiral Rieunier sich in Cochinchina äußerte. Das Christentum hatte also keinerlei Einfluß auf die Entwicklung nationaler Gedanken und Gefühle. Die Philippinen bildeten dabei eine Ausnahme. Die Bevölkerung war zwar zu über 90% christlich, aber man darf nicht vergessen, daß die Spanier bei ihrer Landung im Archipel nur relativ zurückgebliebene Völkerschaften ohne tiefwurzelnden Glauben angetroffen hatten, ausgenommen die muslimischen *Moros*, die jeder Christianisierung unzugänglich waren. Besonders die katholische Kirche, die sich die Besitzungen der armen Bauern aneignete, rief wilden Haß hervor, der in regelmäßigen Abständen zum Durchbruch kam. Der Nationalismus auf den Philippinen entstand als Widerstand gegen die spanische Kirche und nicht durch deren Einfluß. Ein Beweis dafür ist die 1902 erfolgte Gründung einer unabhängigen philippinischen Kirche durch Aglipay, den Feldgeistlichen der Revolutionstruppen von 1896.

II. Erste nationalistische Organisationen

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts ging die Leitung der nationalistischen Bewegungen von den Aristokraten auf neue, durch die Kolonisation entstandene Klassen über. Abgesehen von einer Minderheit war der Adel im allgemeinen mit der Fremdherrschaft nicht unzufrieden gewesen, die seine äußere Stellung aufrechterhielt und ihn dabei seiner wirklichen Machtpositionen entkleidete. Die Regenten auf Java, die Mandarine in Vietnam und die Sultane von Malaya wurden auch weiterhin aus den alten Familien gewählt, waren aber nur mehr einfache Beamte der Kolonialverwaltung, welche, um sie sich gefügig zu machen, bei Übergriffen beide Augen zudrückte. Dadurch waren die Interessen dieser Pseudoherrscher mit denen der Europäer verquickt. Sie bekämpften daher den Nationalismus eher, als daß sie ihn begünstigten, denn dieser griff im Namen des Volkes ihre traditionellen Privilegien an. In jedem Nationalismus steckt ja auch ein Teil Demokratie. In ganz seltenen Fällen kam es allerdings vor, daß die gewissenhaftesten unter den Adeligen mit den Ideen ihrer Kaste brachen und sich sogar an die Spitze der nationalistischen Bewegung setzten.

Die bedeutendsten Beispiele dafür sind zweifellos Phan Bôì Châu und Phan Châu Trinh, diese hochgebildeten Männer, die beide Preisträger der höchsten Wettbewerbe waren. Sie lehnten die ihnen vom kaiserlichen Hof von Huê

angebotenen hohen Posten ab und kämpften lieber ihr ganzes Leben lang für ihr Vaterland. Wenn Châu versuchte, mit japanischer Hilfe die Kolonialherrschaft zu stürzen, so blieb Trinh lieber auf legalem Boden, doch einer wie der andere lehnten sie die Monarchie ab. Sie wollten das Volk durch Bildung umformen und eine Demokratie schaffen. Der politische Umschwung sollte Hand in Hand mit einer wirtschaftlichen Modernisierung gehen. Dies war der Sinn der Gründung von Handelsverbänden, die nicht, wie manche behaupteten, den Ideen einer ›jungen Bourgeoisie‹ entsprang, da eine solche im Jahre 1905 überhaupt noch nicht bestand, sondern ausschließlich dem Willen der Gebildeten zur Volkserziehung. Die Protektoratsregierung zerstörte aber diese Hoffnungen; sie schloß die *Dong kinh nghia thuc*-Schule nach siebenmonatigem Bestehen und löste die Handelsverbände im Jahre 1907 auf.

Sich an westlichen Gedanken zu schulen, ist ebenfalls die Absicht der zur gleichen Zeit auf den Philippinen, in Burma und in Indonesien entstandenen Organisationen. In Indonesien, das so lange unter europäischer Kolonialherrschaft stand, hatten die ausgedehnte holländische Verwaltung und die Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen einen Kern von kleinen Beamten und Kaufleuten geschaffen. Während Prinzessin Kartini als Vorläuferin einer kulturellen Renaissance bezeichnet werden kann, können die Angehörigen des gehobenen Mittelstandes als erste Gründer politischer Verbände gelten. Die 1908 ins Leben gerufene *Budi Utomo* (›Edle Ziele‹) vereinigte die westlich denkenden Intellektuellen, von denen die meisten kleine Beamte auf Java waren. Zweck dieser Vereinigung war es, für wirtschaftlichen Fortschritt und besonders für die Entwicklung des kulturellen Lebens zu arbeiten. Die Massen des Volkes konnte dieser Verband allerdings nicht ansprechen, und er beschränkte sich auch auf sehr bescheidene Forderungen.

Im Gegensatz dazu hatte der *Sarekat Islam*, die ›Vereinigung muslimischer Kaufleute‹, sofort großen Erfolg. Städtische Kaufleute hatten diese Vereinigung 1911 mit dem Ziel gegründet, die Konkurrenz chinesischer Zwischenhändler zu bekämpfen. Es war dies die erste Demonstration eines bürgerlichen Nationalismus, der noch dazu progressistische Züge trug. Nicht nur der Feudaladel und die Macht der eingeborenen Beamten wurden vom *Sarekat Islam* angegriffen, sondern auch die koloniale Hierarchie und die großen europäischen Firmen und Unternehmen. Das rasche Anschwellen dieser Bewegung, die 1919 schon zweieinhalb Millionen Mitglieder hatte, bewies, welchen Widerhall sie und ihre Ziele unter der Bevölkerung gefunden hatten. Ein offizieller Bericht der Kolonialregierung von Niederländisch-Indien aus dem Jahre 1920 analysiert die Lage sehr genau: »Der eigentliche Sinn und Zweck der Eingeborenenbewegung ist das Bemühen, die durch die Konkurrenz ausländischer kapitalistischer Unternehmen geschaffenen Einschränkungen zu beseitigen, um so zu versuchen, der politischen wie auch wirtschaftlichen Beherrschung durch das Ausland ein Ende zu setzen. Das Wesentliche an der nationalistischen Bewegung ist also die Revolte der aufstrebenden produktiven Kräfte einer am Anfang des

Kapitalismus stehenden Gesellschaft von Eingeborenen gegen die politische und wirtschaftliche Beherrschung durch ausländisches Kapital.«

Das auf der indonesischen Einheit beruhende nationalistische Ideal tritt zur selben Zeit in Erscheinung: die im Jahre 1912 gegründete *Indische Partij* (›Indische Partei‹) fordert als erste die Autonomie. Die Führer der Partei wurden von 1913 ab verhaftet, aber obwohl diese Bewegung nicht genug Zeit hatte, um sich an die Massen zu wenden, war der Ruf nach nationaler Einheit nicht umsonst gewesen.

Der Erste Weltkrieg berührte auch Asien sehr stark; die Rivalitäten und Kämpfe unter den europäischen Mächten wirkten sich auch dort aus, und schließlich gingen auch die Sieger aus dem Krieg sehr geschwächt hervor. Aus der Ferne betrachtet, erweckte das von den Demokratien proklamierte Ideal eines Kampfes ›für Gerechtigkeit und Kultur‹, ihr Sieg über die Mittelmächte und das in Wilsons ›Vierzehn Punkten‹ niedergelegte Recht aller Völker auf Selbstbestimmung in den Kolonialländern große Hoffnungen. Zudem hatte auch die russische Oktoberrevolution im Jahre 1917 die Welt zum Kampf gegen den Imperialismus aufgerufen.

In Indien trat Gandhi an die Spitze der nationalen Bewegung. Seine Taktik der Gewaltlosigkeit, des ›Bürgerlichen Ungehorsams‹ und des Boykotts europäischer Waren verschaffte ihm zahlreiche Nachahmer und Schüler, besonders in Burma und Indonesien. Vietnam dagegen stand unter dem direkten Einfluß der Ereignisse im Nachbarland China, wo 1919 die Studenten von Peking revoltiert hatten und 1922 der große Streik in Hongkong und 1925 der von Shanghai alles lahmgelegt hatten.

Die Zeit von 1920 bis 1930 war die Epoche des Aufstiegs der vom Bürgertum und vom Mittelstand geleiteten nationalen Organisationen, denen immer stärker bewußt wurde, wie sehr sie und ihr Land fremden Mächten unterworfen waren. Die Bourgeoisie forderte nur eine stärkere Beteiligung an der Regierung, und zwar im Rahmen der bestehenden Ordnung, sowie eine Entwicklung wirtschaftlicher Tätigkeit in den Städten, ohne sich sehr um die Wünsche der übrigen Bevölkerung zu kümmern. Das war der Fall bei der Nationalistischen Partei der Philippinen, die 1907 von Osmeña und Quezon gegründet wurde, wie auch bei der Konstitutionalistischen Partei von Cochinchina. (Die Kolonie Cochinchina verfügte über ein liberaleres politisches Regime als die Protektorate von Annam und von Tongking.) Letztere wurde 1923 in Saigon ins Leben gerufen; sie forderte demokratische Freiheiten, eine erweiterte Repräsentanz der Vietnamesen und die Zulassung von Vietnamesen zu öffentlichen Ämtern.

Die Parteien der Intellektuellen dagegen waren kampflustiger und zeigten mehr ›Radikalismus‹. Sie verlangten die völlige Unabhängigkeit, die sie notfalls auch mit Waffengewalt erreichen wollten.

In Burma blieben die Forderungen bis 1914 auf das Unterrichtswesen beschränkt. 1920 bildete sich der Verband der Buddhistischen Jugend, der seit 1906 bestand, in den Generalrat der Burmanischen Verbände um, der ganz offen

erklärte, sein Ziel sei die Erreichung der *home rule*, und der auch sofort starke politische Agitation betrieb, die zum Streik der Studenten der Universität Rangun führte.

In Vietnam traten ins Leben der *Tân Việt*, das ›Neue Vietnams, und vor allem der *Việt-Nam quốc dân đảng* (VNQDD), die Nationale Partei von Vietnam‹, die 1927 in Hanoi von dem jungen Lehrer Nguyen Thai Hoc nach dem Muster der *Kuomintang* Chinas gegründet wurde.

Indonesische Studenten bildeten im Jahre 1923 in Holland die *Perhimpunan Indonesia* (›Indonesische Union‹); verschiedene ihrer Anhänger spielten eine bedeutende Rolle, wie Hatta, Sjahrir und Sastroamidjojo. In Indonesien selbst gründete nach der Niederschlagung des kommunistischen Aufstands, von dem noch die Rede sein wird (s.u.S. 101), am 4. Juni 1927 Sukarno die *Partai Nasional Indonesia*. Zusammen mit der indonesischen Einheit proklamierte er die *Merdeka*, die Unabhängigkeit, als höchstes Ziel, und es gelang ihm, eine Föderation aller politischen Parteien Indonesiens zustande zu bringen. Seit der Gründung der ›Indischen Partei‹ hatte der nationale Gedanke große Fortschritte gemacht. Die Ereignisse von 1926/1927 hatten gelehrt, daß jede Einzelaktion niedergeschlagen werden würde und daß nur eine vom ganzen Volk getragene Bewegung zum Ziel führen konnte. Die Verbindungen zwischen den Inseln trugen dazu bei, den lokalen Partikularismus auszulöschen und die malaiische Sprache zu verbreiten. Die Holländer begünstigten dies, um die allgemeine Benutzung des Holländischen und damit ein modernes Bildungswesen zu unterbinden. Die Nationalisten bedienten sich des *bahasa Indonesia* als Nationalsprache und trugen als Symbol des nationalen Gedankens den *kopiah*, den schwarzen Fez. Die regionalen Jugendverbände schlossen sich immer mehr in großen nationalen Verbänden zusammen. 1928 schwor der Kongreß der indonesischen Jugend vor der rot-weißen Fahne unter Absingen der Nationalhymne *Indonesia Raya* (›O großes Indonesien‹), alles zu tun, um die Unabhängigkeit zu erreichen. Im darauffolgenden Jahr wurde Sukarno verhaftet.

Trotz des sichtlich anschwellenden Nationalismus gestanden die Kolonialregierungen im Vertrauen auf ihre Militärmacht nur sehr geringfügige Reformen zu.

Die Philippinen wurden zweifellos am liberalsten verwaltet, denn die Vereinigten Staaten waren ja weit weniger an politischer Beherrschung als an wirtschaftlicher Ausbeutung interessiert. 1907 wurde auf den Philippinen eine Gesetzgebende Versammlung eingeführt, deren Befugnisse allerdings stark begrenzt waren und die nur von 4% der Bevölkerung gewählt wurde. 1916 versprach die *Jones Act* den Philippinen Unabhängigkeit und erweiterte das Parlament. Die gesetzgeberische Gewalt wurde von einem Senat und einer Abgeordnetenversammlung ausgeübt, deren Mitglieder in der Mehrzahl gewählt wurden. Die innere Autonomie war fast vollständig – die Vereinigten Staaten behielten sich lediglich die Kontrolle des Geldwesens und des Außenhandels sowie das Vetorecht gegen Parlamentsbeschlüsse vor.

In Burma gab es einen Gesetzgebenden Rat, dessen Mitglieder ernannt wurden und nur beratende Befugnisse hatten. Die *Government of Burma Act* von 1921 führte dann das ›Dyarchie-System‹ ein, das Indien schon zwei Jahre zuvor erhalten hatte. Von 1923 ab wurde der Gouverneur von einem Exekutivrat unterstützt, der aus vier Mitgliedern bestand; zweien von ihnen wurden die Ressorts Verteidigung, Öffentliche Ordnung und Finanzen und den zwei weiteren das Erziehungswesen, die Landwirtschaft, die indirekten Steuern und das Gesundheitswesen übertragen. Die beiden letztgenannten Minister waren dem Gesetzgebenden Rat verantwortlich, der jetzt durch Wahlberechtigte gewählt wurde. Die nationalistische Rechte zeigte sich bereit, die Regierungsgewalt mit den Engländern zu teilen, doch die enttäuschte Menge des Volkes boykottierte die Wahlen. Nur 7% wählten 1922, 16% 1925 und 20% 1928.

In Niederländisch-Indien bestand seit 1918 ein *Volksraad*, der eine rein konsultative Aufgabe hatte. 1927 bekam er gewisse beschließende Vollmachten, doch behielt sich der Gouverneur das Vetorecht vor. Die Holländer hatten 25 von 60 Sitzen im *Volksraad* und stellten auch den Präsidenten. Ein Drittel der Mitglieder des Rates wurde ernannt und der Rest durch eine winzige Zahl von Stimmberechtigten gewählt, die in drei streng getrennte Volksklassen eingeteilt waren, in Niederländer, Chinesen und Indonesier. Die Mehrzahl der Gewählten waren Beamte.

In Indochina gab es gleichfalls sogenannte ›repräsentative‹ Versammlungen, nämlich den Kolonialrat von Cochinchina, den Großen Rat für Wirtschaft und Finanzen und die Volksvertreterversammlungen von Tongking und Annam. In den beiden erstgenannten Gremien, die über Budgetfragen abstimmen durften, hatten die Franzosen die Mehrheit und der Generalgouverneur das Vetorecht; die letztgenannten waren rein beratend und unterstanden einer strengen Kontrolle. Überall beschränkten der Wahlzensus und die Bedingung der Rechtsfähigkeit die Zahl der Wähler aufs äußerste.

Die dadurch geschaffene Enttäuschung und Unzufriedenheit sowie die Unterdrückung nationalistischer Tätigkeit sind eine Erklärung für das Anwachsen der neuen Kraft, des Kommunismus.

III. Das Anschwellen des Kommunismus

Eigentlich waren sozialistische Ideen schon vor dem Ersten Weltkrieg nach Südostasien gedrungen, zu einer Zeit, als dort ein Industrieproletariat entstand. Zu Beginn des Jahrhunderts bildeten sich auf den Philippinen und besonders in Indonesien die ersten Gewerkschaften – in Ländern, wo die Arbeiterklasse am stärksten vertreten war. 1914 wurde auf Java die ›Sozialdemokratische Vereinigung von Ostindien‹ gegründet, die marxistische Theorien verbreitete. Nach der Oktoberrevolution von 1917 nahm diese Vereinigung dann schnell erheblich an Mitgliedern zu.

Die Internationale war ganz besonders an Indonesien und Indochina interessiert, die als Länder galten, in denen alle vorrevolutionären Bedingungen erfüllt waren: sie besaßen die zahlreichste und unter den schlechtesten Bedingungen lebende Bevölkerung und hatten noch dazu unter dem Druck der selbstherrlichsten Kolonialverwaltungen zu leiden.

Indonesien, nach einem Wort Bucharins ›die Brücke zwischen Asien und Australien‹, schien geeignet, rasch Feuer zu fangen. Seine sozialistischen Traditionen waren die ältesten, und seine zahlenmäßig stärkste Arbeiterklasse hatte als erste angefangen, sich zu organisieren. Die am 23. Mai 1920 gegründete Kommunistische Partei Indonesiens war die erste in Südostasien. Sie wuchs zunächst stark an und bemächtigte sich der Führung der wichtigsten Gewerkschaften. Sie überschätzte aber ihren Einfluß und wich immer mehr nach links ab. Im Juni 1923 beschloß die Partei den Generalstreik der Transportarbeiter und erklärte die Ausrufung einer Sowjetrepublik offen als ihr Ziel. Diese Haltung wurde von Stalin im Mai 1925 vor der ›Universität der Völker des Ostens‹ kritisiert; Stalin sprach von der »Abweichung«, die »in der Überschätzung der revolutionären Möglichkeiten der Befreiungsbewegung und in der Unterschätzung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der revolutionären Bourgeoisie gegen den Imperialismus« bestehe und fuhr fort: »An dieser Abweichung scheinen die Kommunisten auf Java zu kranken, die unlängst fälschlicherweise die Losung der Sowjetmacht für ihr Land aufgestellt haben. Das ist eine Abweichung nach links, die die Gefahr in sich birgt, daß sich die kommunistische Partei von den Massen loslöst und in eine Sekte verwandelt.«¹

Die KP Indonesiens kümmerte sich nicht um diese Kritik; vielleicht hatte sie davon auch keinerlei Kenntnis. Die Partei hatte 3000 Mitglieder und kontrollierte Organisationen mit insgesamt rund 31000 städtischen und landwirtschaftlichen Arbeitern. Trotz dieser schwachen Basis und gegen die Meinung einer von Tan Malaka geführten Minderheit wurde der Aufstand beschlossen.

Die meisten kommunistischen Führer wurden nach und nach verhaftet und deportiert, die desorganisierte Partei koordinierte ihre Unternehmungen zunehmend schlechter und verlor die Verbindung zu den Massen der Bauern und Landarbeiter. Die immer wieder aufgeschobene allgemeine Erhebung brach schließlich am 12. November 1926 aus, erzielte aber nur in Bantam und an der Westküste von Sumatra ernsthaftere Erfolge. Die Regierung schlug sie mit Terror nieder. Damit war die Macht der Kommunisten für den Rest der Kolonialperiode gebrochen. Ihr starker Linksdrall und ihre Abenteuerereien, die sich 1948 noch einmal wiederholten, ließen die Leitung der nationalen Bewegung in die Hände der nationalistischen Intellektuellen übergehen.

Die Kommunistische Partei Indochinas dagegen hatte das Glück, in der Person des genialen Nguyen Ai Quốc (der sich ab 1941 Hô Chi Minh nannte) einen Führer zu haben, der sie allen Widerständen zum Trotz schließlich und endlich zum Sieg leitete. Man darf dabei nicht vergessen zu erwähnen, daß hier der Marxismus nicht unter dem geistigen Hemmschuh zu leiden hatte, den der

Buddhismus in Burma und der Islam in Indonesien bildeten, denn der Mahayâna- Buddhismus Vietnams ist seit langen Jahren im Verfall begriffen und außerdem äußerst tolerant, so daß er keinerlei tieferen Einfluß mehr auf den realistischen Geist der Vietnamesen ausübt. Lediglich der Katholizismus, der außerordentlich gut organisiert ist, stellte sich dem Marxismus wirksam entgegen, doch zählt er nur eineinhalb Millionen Gläubige, d.h. 6% der Bevölkerung.

Nguyen Ai Quốc kam nach Kanton, nachdem er zuerst in Frankreich und dann in Rußland politisch tätig gewesen war, und gründete dort zwei Verbände, nämlich die ›Union der unterdrückten Völker des Orients‹ und den ›Verband der revolutionären Jugend von Vietnam‹. Dieser revolutionäre Jugendverband verteilte in Vietnam heimlich seine Zeitung *Thanh niên* (›Jugend‹), in der marxistische und nationalistische Themen behandelt wurden. 1926 schrieb Quốc *Der Weg der Revolution*, wobei er drei Gedanken ganz besonders herausstellte: 1. Die Revolution ist nicht das Werk einiger Männer, sondern das der breiten Massen der Arbeiter und Bauern;

2. die Revolution muß von einer marxistisch-leninistischen Partei geleitet werden;

3. die revolutionäre Bewegung eines jeden Landes muß in enger Verbindung mit dem internationalen Proletariat stehen.

Die Entwicklung der Arbeiterklasse und der proletarischen Bewegung in Vietnam führte 1929 zur Gründung von drei kommunistischen Parteien in den drei Teilen Vietnams. Nguyen Ai Quốc gelang es, diese drei im Jahre 1930 in Hongkong zu einer einzigen kommunistischen Partei zusammenzuschließen. Die im Januar gegründete Kommunistische Partei Vietnams gab sich im Oktober den Namen ›Kommunistische Partei von Indochina‹; sie umfaßte nunmehr Vietnam, Kambodscha und Laos. Die ›Politischen Oktoberthesen‹ schlugen eine ›bürgerlich-demokratische Revolution‹ vor, deren Hauptziele im Sturz des Imperialismus und in der Abschaffung der letzten Spuren des Feudalismus sowie in der Landverteilung an die Bauern bestanden. Diese Ziele waren eng miteinander verknüpft, denn man konnte den Feudalismus nicht abschaffen, ohne den Imperialismus zu Fall zu bringen, der ja den Feudalismus stützte. Andererseits aber konnte man den Imperialismus nicht stürzen, ohne den Feudalismus zu liquidieren und ohne den Bauern Land zu geben. Die Arbeiterklasse und das Bauerntum bildeten die wichtigsten treibenden Kräfte der Revolution, doch mußte die Arbeiterklasse die Führung übernehmen, wenn ein wirklicher Erfolg erzielt werden sollte.

1930 traten auch die kommunistischen Parteien von Malaya und den Philippinen ins Leben, was durchaus kein Zufall war, denn sie wurden dank der Einflußnahme des ›Fernost-Büros‹ gebildet, zu dessen Leitern Nguyen Ai Quốc gehörte.

Der Apparat war in dem Moment bereit für den Kampf gegen den Kapitalismus, als dieser seine stärksten Rückschläge zu verzeichnen hatte.

IV. Die Bewegungen von 1930

Der Schwarze Freitag von 1929 an der Börse von New York beschleunigte die allgemeine Krise des kapitalistischen Systems. Mit noch schwerer wiegenden Folgen als in den Mutterländern brach die Wirtschaft in den Kolonien zusammen. Die Kolonialwirtschaft war auf den Export von Rohstoffen und ganz besonders empfindlichen Kolonialwaren angewiesen und hatte keinerlei Auffangmöglichkeiten. Die sozialen Auswirkungen waren äußerst hart: die Bauern standen durch den Sturz der Börsenpreise für Reis vor dem Ruin und wurden von ihren Gläubigern von ihren Besitzungen verjagt, die Arbeiter verloren ihre Arbeitsplätze, die kleinen Beamten büßten ihre Stellung ein oder mußten zu niedrigeren Gehältern arbeiten, und sogar die Großgrundbesitzer und die Kaufleute bekamen die Weltwirtschaftskrise zu spüren.

So hatte die Depression zur Folge, daß sich alle Unzufriedenen vereinigten und sich sämtliche Bevölkerungsschichten mit ihren Forderungen zusammenschlossen. 1930 sollte das Jahr werden, in dem alle Streiks und Aufrührerbewegungen offen zutage traten; trotz härtester Unterdrückungsmaßnahmen schwelten sie auch später latent immer weiter, bis sie mit erneuter Kraft während des Krieges im Pazifik wiederaufflammten. Zur Krise des Kapitalismus kam die Kolonialkrise.

Überall brach der Aufstand los; von einem Ende Südostasiens bis zum anderen pflanzte er sich wie eine Kettenreaktion fort. Vietnam war es, das 1930 das Signal zum Aufruhr gab. Am 10. Februar erhob sich der VNQDD in Yên-bai in Nordvietnam, doch war diese Revolte so schlecht koordiniert, daß sie keine weiteren Erhebungen auslöste. Die bedeutendsten Führer wurden verhaftet und hingerichtet, andere flohen nach Südchina. Trotzdem erlebte diese Aktion tiefgehenden Widerhall.

Dann nahmen die Kommunisten die Aufstandsbewegungen in die Hand. Ab Februar 1930 brachen Streiks aus, und vom 1. Mai ab fanden riesige Demonstrationen in den so armen Gebieten von Nord- Annam und im Delta von Tongking sowie auf den großen Domänen von West-Cochinchina statt. Den Höhepunkt bildete im September die Schaffung von Bauern- und Arbeiter-Sowjets im Nghê-Tinh, welche Land an die Bauern verteilten. Die Bewegung wurde damit deutlich revolutionär. Die Unterdrückung war blutig und führte zur momentanen Auflösung der Kommunistischen Partei Indochinas, doch nahm die Bewegung ganz erheblich an Bedeutung zu. Zum erstenmal waren die Volksmassen erwacht und dem politischen Leben zugeführt worden, die verworrenen Hoffnungen und Wünsche der Bauern und des Proletariats nach höherer sozialer Gerechtigkeit hatten sich mit den Forderungen der Elite der Intellektuellen vereint. Ganz im Gegensatz zu den früheren Aufständen, die im Süden und Norden immer nur lokaler Art gewesen waren, breitete sich nun die

Bewegung auf alle drei Teile Vietnams aus. Damit war die Nation zur Tatsache geworden.

In Burma fand der erste Aufruhr ebenfalls 1930 statt. Er war gegen die indischen Dockarbeiter von Rangun gerichtet, die einen Streikaufruf nicht befolgt hatten. Mehr als tausend Menschen wurden dabei getötet oder schwer verwundet. Gegen Ende des gleichen Jahres brach eine gewaltige Rebellion aus, die sich mit Windeseile über das ganze Delta verbreitete. Die armen Bauern kämpften unter der Führung des ehemaligen Bonzen Saya San für eine Herabsetzung der Steuern und um die Wiedererlangung ihrer von indischen Wucherern beschlagnahmten Felder. Auch richtete sich dieser Aufstand gegen die britische Kolonialregierung, die die Inder schützte; endgültig wurde er erst im März 1932 niedergeschlagen.

Auf den Philippinen kamen die unter der Knute der *hacenderos* (Farmer) schmachenden Volksmassen dank der Aktivität der Linksparteien in Bewegung. Nach der Revolte von Tayug im Jahr 1931 war die Kommunistische Partei für ungesetzlich erklärt, ihre Führer waren verhaftet worden. Die Ausschaltung dieser Partei vermochte aber nicht die tiefgehende Unzufriedenheit zu beseitigen, die sich dann durch die dramatische Revolte von Sakdal im Jahre 1935 Luft verschaffte. Ein guter Beobachter, der amerikanische Vizegouverneur J.R. Hayden, schrieb ganz richtig: »Der Aufruhr von Sakdal war sowohl gegen die Kazikenherrschaft wie auf die Unabhängigkeit gerichtet. In der Auffassung des Volkes hängt das Kazikentum mit der amerikanischen Oberhoheit – ob nun unter der *Jones Act* oder dem *Commonwealth* [s.u.S. 105] – eng zusammen [...] Man hat den Besitzlosen gesagt – und viele unter ihnen haben es auch geglaubt –, daß, wenn Amerika einmal abgezogen sein werde, sie über ihre eigenen ›Tyrannen‹ verfügen könnten. Sie würden ihr Schicksal zwar lieber mit dem Wahlzettel verbessern, wenn aber jegliche wirksame politische Handlung durch Ausschalten einer echten Opposition und durch manipulierte Wahlen unmöglich gemacht wird, dann greifen sie eben zu Bombe und Gewehr. Das ist die politische Lehre, die man aus dem Aufstand von Sakdal ziehen muß, denn dieser Aufstand war, was die Massen anbelangt, die tragische Geste armer, irregeleiteter Teufel, die alles wagten, um ihre Rechte als Bürger zu verteidigen und ihre Pflicht als Patrioten zu erfüllen.«²

In Malaya wurde die Kommunistische Partei 1930 gegründet. Sie konnte rasch die Führung der Föderation der Studenten von Singapur, des Generalverbandes der Arbeiter von Singapur und der Antiimperialistischen Liga erobern. Obwohl die Mehrzahl der Mitglieder Chinesen waren, hatten diese Vereinigungen auch 10% Malaien und 10% Inder unter ihren Angehörigen. Der Kommunismus war die einzige Bewegung der Vorkriegszeit, die keinerlei Rassendiskriminierung kannte. Die Jahre 1936 und 1937 sahen dann die großen Streiks der Plantagenarbeiter, der Arbeiter der Gummifabriken und der Ananas-Konservenwerke. Diese Bewegungen können jedoch nicht als national

angesprochen werden, denn sie berührten in erster Linie das chinesische Proletariat.

Überall erfolgten Unterdrückungsmaßnahmen; um aber das eingeborene Bürgertum für sich zu gewinnen, um sich seiner gegen die Volksmassen bedienen zu können, wurden von den Kolonialmächten zugleich Reformen ins Auge gefaßt.

Die Vereinigten Staaten als die liberalsten unter den Kolonialherren schufen durch die *Tydings- McDuffie Act* von 1934 eine *Commonwealth*-Regierung auf den Philippinen, denen sie die Unabhängigkeit für 1946 versprachen. Die von dem philippinischen Parlament verabschiedeten Gesetze mußten allerdings von der amerikanischen Regierung und dem Senat gebilligt werden. Tatsächlich schadete das Kolonialstatut, das die zollfreie Einfuhr philippinischer Waren in die Vereinigten Staaten gestattete, den Anbauern von Zuckerrüben und Ölfrüchten, ganz besonders aber den Zuckertrusts auf Kuba. Die amerikanischen Gewerkschaften wehrten sich auch gegen die philippinische Einwanderung, durch die billige Arbeitskräfte ins Land kamen. Unter dem Druck dieser vereinten Kräfte gab die amerikanische Regierung nach und gestand den Philippinen kurzerhand die Autonomie zu, die allerdings mit einigen militärischen und wirtschaftlichen Klauseln verbunden war. So sollte die Einfuhr philippinischen Zuckers, die ohnehin schon kontingentiert war, nach und nach dem normalen Zolltarif unterworfen werden. Dieses Gesetz »roch sehr nach Sacharin«, wie ein amerikanischer Senator sagte.³

Dem endgültig von Indien getrennten Burma gewährte die britische Regierung im Jahre 1935 eine Halbautonomie. Der Gouverneur behielt die Zuständigkeit für »Sonderfälle« und in Krisenzeiten sogar die volle Regierungsgewalt, außerdem die Verwaltung der Staaten Shan und Karenni und der Bergstämme. Das Kabinett war allerdings erweitert worden, und das Parlament bestand nunmehr aus zwei Kammern, dem Senat und der Abgeordnetenkammer. Ein Drittel der Bevölkerung war jetzt wahlberechtigt. Diese neue Verfassung trat am 1. April 1937 in Kraft.

Selbstherrlicher und in ihrem Verhalten stärker patriarchalischbevormundend als England und die USA waren die Niederlande und Frankreich, die sich auf Maßnahmen ohne größere Wirksamkeit beschränkten. Man machte keinerlei Versuch, die bestehenden Probleme auch nur zu begreifen. In ihren Besitzungen hatte der Gouverneur fast absolute Gewalt. Es gab keine Meinungs- oder Versammlungsfreiheit und ebensowenig Pressefreiheit. Eingeborene konnten weder höhere Beamte noch Richter werden.

Nicht Unterdrückung und auch nicht vergebliche Reformen konnten die nationalen Bewegungen bremsen. Nach dem Mißlingen der Aufstandsversuche zogen sich Nationalisten und Kommunisten in die gesetzmäßige Opposition zurück. Außer in Indonesien, wo die KP sich von ihrer Niederlage vom Jahre 1926 noch nicht wieder erholt hatte, war überall der Marxismus im Wachsen.

Sein Ansehen wurde noch gestärkt durch die erfolgreiche Abwicklung der Fünfjahrpläne der Sowjetunion.

In Vietnam lebte die Kommunistische Partei nach einer Zeit des Rückgangs wieder auf, und zwar in Saigon, wo sie sich zeitweise mit der Trotzkiengruppe in der gemeinsamen Arbeit an der Zeitung ›Der Kampf‹ zusammenschloß. Angesichts des japanischen Drucks und der Drohung eines zweiten Weltkrieges wurde der Kampf gegen den Kolonialismus und für eine Agrarreform vertagt. Die Kommunisten propagierten eine ›Indochinesische demokratische Einheitsfront‹ für alle fortschrittlichen Indochinesen und Franzosen. Sie sollte die Schichten aller Schaffenden und das nationale Bürgertum umfassen und die elementaren Freiheiten fordern. Diese Wendung fiel mit dem Aufstieg der Volksfront in Frankreich zusammen, welche größere Presse- und Versammlungsfreiheit brachte.

Der ›Indochinesische Kongreß‹, den die Kommunistische Partei Indochinas veranstalten wollte, wurde zwar verboten, doch konnte sie zahlreiche Demonstrationen und Streiks organisieren, die schließlich die Einführung eines Arbeitsgesetzes zum Ergebnis hatten. Die Partei konnte Massen verbände gründen und mit Erfolg an den Wahlen zur Abgeordnetenversammlung und für die Stadtparlamente teilnehmen. Nach dem Ausbruch des Krieges in Europa setzten die Kommunisten an die Stelle der Demokratischen Front eine ›Antiimperialistische Einheitsfront‹, um auf diese Weise alle Bevölkerungsschichten, alle Gesellschaftsklassen und alle Völker Indochinas im Kampf gegen den faschistischen Imperialismus zu vereinigen. Das war im November 1939.

In Burma machte der Marxismus durch die Gruppe *Thakin* Fortschritte. *Thakin* entspricht dem indischen *sahib* und sollte zum Ausdruck bringen, daß die Burmanen selber anstatt der Briten Herr in ihrem Land sein wollten. Da diese Gruppe gänzlich uneigennützig war, während die Rechtsparteien in der Regierungsgewalt nur eine Bereicherungsmöglichkeit sahen, breitete sich ihr Einfluß um so mehr aus, als sie völlige Unabhängigkeit und Einführung des Sozialismus forderte.

Unter der Führung von *Thakin* Nu und Aung San streikten im Jahre 1936 die Studenten. Dieser große Streik verwandelte sich bald in eine nationale Protestbewegung, die sich über das ganze Land ausbreitete und drei Monate dauerte. Ein derartiger Erfolg festigte den politischen Einfluß der *Thakin*, die nicht nur die Mehrheit in der Generalunion der Studenten, sondern auch im Burmanischen Bauernverband hatten. Innere Zwistigkeiten führten dann aber zu einer Spaltung zwischen dem linken und dem rechten Flügel. Ba Swe und Kyaw Nein gründeten die zukünftige Sozialistische Partei von Burma, während *Thakin* Than Tun und *Thakin* Soe 1939 die Kommunistische Partei gründeten.

In Indonesien nahm der Nationalismus 1932 einen neuen Aufschwung. Als Sukarno in diesem Jahr aus dem Gefängnis entlassen wurde, hatten Hatta und Sutan Sjahrir, aus den Niederlanden zurückgekehrt, soeben den ›Klub für

nationale indonesische Erziehung ins Leben gerufen. Sie wollten durch weite Verbreitung von Bildung und nicht durch Massenaktionen den Weg zur Unabhängigkeit ebnen. Die Partei Sukarnos sowie diejenige Hattas und Sjahrirs wurden zu Polen der nationalen Bewegung. Sukarno wurde 1933 wieder verhaftet, Hatta und Sjahrir ereilte das gleiche Schicksal ein Jahr später. Die nationale Bewegung wuchs aber weiter, und es erfolgte ein Zusammenschluß aller nationalistischen Kräfte, und zwar der Gemäßigten im *Parindra* und der Linken im *Gerindo*. Die Ablehnung der gemäßigten Forderungen durch die holländische Regierung hatte dann einen Linksrutsch zur Folge, und die verschiedenen Parteien schufen eine Gesamtorganisation, den GAPI (*Gabungan Politik Indonesia*, Indonesische politische Sammlung), der Unabhängigkeit und Demokratie forderte (1939). Der Indonesische Volkskongreß vom Dezember 1939 betonte die Einheit Indonesiens, das nunmehr eine Sprache, eine Fahne und eine Nationalhymne hatte.

V. Die Entwicklung in Siam

In Siam, dem einzigen unabhängig gebliebenen Land, hatte die Krise von 1929 ebenfalls bedeutende Auswirkungen. Eine Revolution war die Folge, durch die die Macht von der Krone auf eine kleine Gruppe von Offizieren und dem Kleinadel sowie dem Mittelstand angehörigen Intellektuellen überging.

Trotz der von Chulalongkorn eingeführten Reformen und Modernisierungen war die absolute Gewalt des Königs unangetastet geblieben. Unten baute die Masse des Volkes auch weiterhin die Felder an, oben lag die Macht in den Händen der zahlreichen Angehörigen der königlichen Familie, des Landadels und hoher Würdenträger. Dazwischen entstand eine kleine Klasse von Beamten, Offizieren der Armee und Marine sowie Angehörigen der freien Berufe, die durch die ›Verwestlichung‹ des Landes hochgekommen waren. Die meisten unter ihnen hatten in einer der europäischen Demokratien studiert und dort die nationalistischen und sozialistischen Doktrinen kennengelernt und übernommen. Bei ihrer Rückkehr wuchs ihre Unzufriedenheit mit dem monarchischen Absolutismus, weil er es ihnen unmöglich machte, eine höhere soziale Stufe zu erreichen, da alle Stellen von der Feudal- Oligarchie besetzt waren. König Prachathipok (Rama VII.), der 1925 den Thron bestiegen hatte, hob sogar den Brauch, eine gewisse Zahl höherer Ämter an Nichtadelige zu vergeben, auf und überließ den königlichen Prinzen das Monopol auf die besten Posten.



© Abb. 8: Militärrevolte in Siam 1932. Einer der neuen Minister hält eine Ansprache vor Offizieren und Soldaten

Zur gleichen Zeit regte die Tätigkeit der nach Bangkok geflohenen chinesischen, indischen und vietnamesischen Revolutionäre die Einbildungskraft der Angehörigen von Intelligenz und Armee stark an. Ihr wachsender Nationalismus empfand den dominierenden Einfluß europäischer Berater auf den königlichen Hof als beleidigend. Anfangs hinderten das Fehlen jeglicher Organisation und der traditionelle Respekt gegenüber dem Königtum diese Elemente am Handeln, aber die Depression von 1930 ließ den Unwillen immer stärker werden.

Die Krise bewirkte einen Sturz der Reiskurse und eine Baisse der Ausfuhren nach dem britischen Empire, was auf die Abwertung des Pfund Sterling zurückzuführen war. Um der finanziellen Schwierigkeiten Herr zu werden, griff die Regierung zu verschiedenen Maßnahmen: die Steuern wurden erhöht und die Gehälter gesenkt, eine große Zahl von Beamten wurde entlassen, und schließlich wurde Anfang 1932 der Bath abgewertet. Am meisten wurde durch diese Maßnahmen der Mittelstand getroffen.

Seit 1930 hatte sich unter der Führung von Pridi Phanomyong, einem ausgezeichneten Juristen, der in Paris studiert hatte, eine kleine Gruppe gebildet, die nun den Namen ›Volkspartei‹ annahm und rasch die Unterstützung der wegen der Vorrechte der Prinzen verärgerten Offiziere gewann.

Der Staatsstreich vom 24. Juni 1932 begegnete kaum einem Widerstand und war ohne jedes Blutvergießen in einem Tag beendet. Am 10. Dezember wurde eine neue Verfassung verkündet, durch die eine der Abgeordnetenkammer verantwortliche Regierung eingesetzt wurde. Die Mitglieder dieser Kammer wurden zur einen Hälfte durch den König ernannt und zur anderen Hälfte nach einem Zweiklassenwahlrecht gewählt. Dem Schein nach war das eine konstitutionelle Verfassung ähnlich der von Japan, tatsächlich aber ging die Regierungsgewalt auf die Initiatoren des Staatsstreichs über. Obwohl sich ihre Partei ›Volkspartei‹ nannte, entbehrte sie jeder Basis im Volk, und der Staatsstreich brachte keinerlei radikale Änderung. Die neuen Regierungsmitglieder hatten untereinander nicht die gleichen Ansichten. Pridi legte einen von sozialistischen Ideen inspirierten Plan für wirtschaftliche und soziale Reformen vor, doch folgten ihm die konservativen Militärs, die die eigentliche Macht besaßen, nicht. Sie brachten diese Macht auch bei verschiedenen weiteren Staatsstreichs zur Geltung, die nur dazu dienten, ihre Position zu festigen. Im Verlauf dieser Putsche war auch Pibun Songgram, Absolvent der Militärakademie von Fontainebleau, nach oben gekommen. Bis Kriegsbeginn wurde allerdings die Zusammenarbeit zwischen den Militärs und den Zivilisten in der Regierung aufrechterhalten. König Prachathipok hatte 1935 abgedankt. Sein Nachfolger Ananda Mahidon kehrte erst 1945 aus der Schweiz nach Siam zurück. Während seiner Abwesenheit führte die Regierung administrative Reformen durch, so die Schaffung von Provinzkammern, die gewählt wurden und beratende Vollmachten hatten, sowie von gewählten Stadtverwaltungen, die eine gewisse Selbständigkeit besaßen. Die Regierung errichtete auch die Universität Thammasat und verfolgte vor allem eine aktive nationalistische Politik. Die westlichen Staaten mußten mit Siam neue Verträge auf der Basis von Gleichheit und Gegenseitigkeit schließen und 1937 auf ihre Exterritorialität verzichten. Die Zahl der westlichen Berater wurde stark vermindert. Die chinesische Einwanderung wurde eingeschränkt, denn die Chinesen, die die immerhin bedeutende Minderheit von 3 Millionen Menschen bildeten, hatten 90% des Binnenhandels in Händen, integrierten sich aber nicht in die Gemeinschaft des siamesischen Volkes, sondern lebten wie in China und fühlten sich stets als dessen Untertanen. Zahlreiche chinesische Schulen wurden geschlossen, und die Regierung gründete nationale Geschäfte und Unternehmen, um die wirtschaftliche Aktivität der Ausländer auszuschalten. Jedoch waren die meisten dieser Neugründungen Fehlschläge. Die Verwaltung und die Polizei wurden ebenfalls verstärkt und verjüngt.

Die nationalistische Welle schwoll mit dem Regierungsantritt von Pibun Songgram im Dezember 1938 an. Er verbreitete die Doktrin des *Pan Thai* und änderte den Namen Siams in ›Thailand‹. Das ›Land der Thai‹ sollte unter der Führung von Bangkok alle Thai-Völker der Halbinsel vereinigen.

Nach dem Fall von Paris meldete Pibun seine Ansprüche auf Indochina an, wo es ihm durch Eingreifen Japans möglich war, Teile von Kambodscha und Laos zu besetzen.

Als dann der Krieg im Pazifik ausbrach und japanische Truppen in Thailand eindringen, verstärkte Pibun seine Kollaborationspolitik und erklärte 1942 den Alliierten den Krieg.

B. Der Zweite Weltkrieg und seine Folgen

Der Sieg, den Japan im Jahre 1905 über Rußland errang, der Erste Weltkrieg und die russische Revolution, das Scheitern des indonesischen Aufstandes und der chinesischen Revolution von 1926/1927, das Übergreifen der Weltwirtschaftskrise auf Asien und auf die Kolonialwirtschaft im Jahre 1930 – all dies waren wichtige Daten für Asien.

Noch mehr traf das für den Zweiten Weltkrieg zu, denn er war nicht nur ein gemeinsames historisches Faktum, sondern er stellte auch eine Epoche zwischen zwei verschiedenen Perioden dar, der des Imperialismus und jener der Unabhängigkeit und der Revolution. Der Krieg schuf den Übergang von der alten zur neuen Gesellschaftsordnung, doch tat er das unter Benutzung des nach und nach und besonders gegen Ende der ersten Periode angehäuften sozialen Sprengstoffs.

Die als Begleiterscheinung der Weltwirtschaftskrise allenthalben auftretenden antikolonialistischen und antiimperialistischen Aufstände während der Jahre 1930/1931 sowie der japanische Angriff auf die Mandschurei im Jahre 1931 waren schon die ersten Funken des großen Weltbrandes, die ihn nicht nur ankündeten, sondern ihn geradezu vorbereiteten.

Kaum sechs Jahre später brach im Juli 1937 der Krieg tatsächlich aus, und er endete erst im September 1945. Von Ende 1941 an aber änderte sich sein Gesicht: was anfänglich nur ein Konflikt zwischen den beiden bedeutendsten Staaten des Fernen Ostens gewesen war, wurde nach dem Bombenangriff auf Pearl Harbor durch die Japaner am 7. Dezember 1941 zu einer direkten Teilnahme am Zweiten Weltkrieg.

Beim ersten Abschnitt (1937/1941) folgte auf die ersten 15 Monate (von Juli 1937 bis Oktober 1938), in denen eine rege militärische Tätigkeit herrschte, eine lang dauernde Ruhe.¹ Im Verlauf dieser drei Jahre, von Herbst 1938 bis Herbst 1941, war die diplomatische Aktivität Japans mindestens ebenso groß wie die militärische.

Der ›Krieg im Pazifik‹ (1941–1945), der zwischen Japanern und Alliierten stattfand, bei welchem die Amerikaner die Hauptlast zu tragen hatten, teilt sich in drei Abschnitte: Sechs Monate Blitzkrieg (Dezember 1941–Juni 1942); während dieser Zeit erzielten die Japaner die glänzendsten Erfolge² und schufen gleichzeitig ein kontinentales und maritimes Reich, das sich von Norden nach Süden über 6500 km, von der Insel Sachalin bis an die Grenzen Australiens, erstreckte und in westöstlicher Richtung, von Burma bis zu den Gilbertinseln,

rund 8000 km maß. Von Sommer 1942 bis Sommer 1944 war dann die Periode, während der das Zünglein der Waage immer mehr zugunsten der Alliierten ausschlug, die über eine bessere wirtschaftliche Basis verfügten. Schließlich kam die Zeit der großen Offensiven der Alliierten gegen Japan (Sommer 1944 bis Sommer 1945), die mit Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August 1945 endete.

Wäre das japanische Reich nicht zerschlagen und dann von außen her Stück für Stück zurückerobert worden, so wäre es wahrscheinlich von selbst auseinandergefallen, denn es stand nicht auf festen Füßen.

In wirtschaftlicher Hinsicht war Japan nicht in der Lage, die Aufgaben, die vorher der Welthandel erfüllt hatte, zu bewältigen; es war beispielsweise außerstande, Südostasien mit allen Dingen zu versorgen, die dort benötigt wurden, und als Gegenleistung alle Überschüsse an tropischen Produkten abzunehmen. Überall, wo man versuchte, eine ›Co-Prosperitäts- Sphäre‹ zu schaffen, indem man die Weißen vertrieb und eine Art von wirtschaftlicher Autarkie schuf, waren Stillstand, Lebensmittelmangel und Inflation die Folgen. Die wirtschaftliche Einheit und Prosperität waren um so schwieriger zu verwirklichen, als die amerikanische Wirtschaft sich mittlerweile auf die Herstellung von Kriegsgütern umgestellt hatte; deswegen wäre es für die USA ein leichtes gewesen, genügend U-Boote und Flugzeuge herzustellen, um die japanische Handelsflotte fast ganz zu vernichten und die Kriegsflotte dazu, wodurch Japan dann von seinem Reich abgeschnitten gewesen wäre. Andererseits aber versuchte Tōkyō die Möglichkeiten seines Reiches zur Unterstützung seiner kriegerischen Bemühungen einzusetzen. Darin lag nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern auch ein politischer Widerspruch, denn während Japan versuchte, seine asiatischen ›Brüder‹ gegen den Imperialismus der Weißen aufzuhetzen, befanden die Japaner selber es für praktischer, in verschiedenen Fällen die Autorität eines Kolonialregimes, wie beispielsweise das der Franzosen in Indochina, aufrechtzuerhalten und die Entwicklung von Nationalbewegungen zu bremsen. Wo sie aber die Weißen schließlich völlig verjagten, verstanden es die Japaner, sich mindestens ebenso verhaßt zu machen, wie es ihre Vorgänger gewesen waren: durch den Hochmut und die Brutalitäten ihrer Militärpolizei und ihrer Soldaten, durch Anordnung von Zwangsarbeit, durch wirtschaftliche Schwierigkeiten, durch die zwangsmäßige Einführung des Japanischen als zweite Sprache in den Schulen usw.

Wenn schließlich die exaltierte Begeisterung für rassische und kulturelle Einheit eine Zeitlang gewisse hoffnungsvolle Vorstellungen erweckte, so waren die Kontraste zwischen Zielen und Wünschen der modernen Nationalbewegungen einerseits und der traditionalistischen und autoritären Ideologie der offenkundig reaktionären ›Neuen japanischen Ordnung‹ andererseits nur allzu geeignet, die Zusammenarbeit zwischen ›Befreiten‹ und ›Befreiern‹ sehr bald illusorisch zu machen.

Ob aber die Führer der nationalistischen Gruppen mit den Japanern zusammenarbeiten wollten oder nicht, und, wenn ja, ob sie dies aus Überzeugung oder aus taktischen Gründen taten (wobei sie oftmals Verbindung zu den Emigranten oder den Untergrundkämpfern aufrechterhielten), ist nicht von allzugroßer Bedeutung. Was letzten Endes zählt, ist das Ergebnis: Die von den Japanern gegen die Imperialisten oder aber von den Alliierten für den Widerstand gegen die Japaner mit Waffen versorgten Kolonialvölker waren 1945 bereit, ihr Schicksal selber in die Hand zu nehmen. Der Krieg hatte dem Ansehen und der Macht sowohl der alten wie der neuen Herren einen tödlichen Schlag versetzt.

Ganz besonders trifft dies auf Südostasien zu;³ doch die Teilnahme Englands am Zweiten Weltkrieg hat auch die nationale Bewegung Indiens entscheidend beeinflusst. Die Mehrheit im Kongreß stimmte gleichzeitig für die Rechtmäßigkeit des Kampfes gegen Nazismus und Faschismus und für die unbedingte Zugestehung der Unabhängigkeit Indiens.⁴ In China begünstigte der japanische Angriff indirekt nicht nur die tatsächliche Unabhängigkeit der ›Halbkolonie‹, sondern gleichzeitig die Revolution.⁵

Aufs Ganze gesehen hat vielleicht das Land, das den Krieg entfesselte und führte, den Lauf seiner Geschichte auf weite Sicht am wenigsten verändert. Eine solche Behauptung, sofern sie nicht auf Unkenntnis oder Vergessen der ungeheuren Belastungen und Leiden beruht, denen das Volk Japans unter dem Bombenhagel ausgesetzt war, das alle Entbehrungen und die Katastrophe von Hiroshima erdulden mußte, das den moralischen Schock der Niederlage, das Zusammenbrechen der Wirtschaft, den Umsturz und das Chaos, das 1945 im ganzen Archipel herrschte, durchstehen mußte – eine derartige Behauptung dürfte genügen, um die entscheidende, tiefgreifende Wandlung erkennbar werden zu lassen, die der Zweite Weltkrieg für die Geschichte Asiens bedeutete.

6. Japan im Krieg (1937–1945)

Konoe Fumimaro war der Mann, der im Juni 1937 berufen wurde, um die nationale Einheit zu verwirklichen. An dieser Aufgabe war Hirota gescheitert.

Konoe entstammte einer der größten Adelsfamilien von Kyōto und war damals knapp 46 Jahre alt. Politisch stand er gewissen liberalen Kreisen nahe, er hatte Beziehungen zu den Militärs, und man kannte seine reformistischen Ideen. Von der Rechten bis zur Linken, in Parlament und Presse begrüßte man erwartungsvoll seine Wahl.

Die Armee nutzte die zeitweilige Ruhe, um ihre Pläne schlagartig durchzusetzen. Von einer Schießerei am 7. Juli an der Marco-Polo-Brücke in einem Vorort von Peking griff der Krieg auf ganz China über. Konoe behauptete zwar, er wolle den Konflikt begrenzen, schickte aber gleichzeitig Verstärkung nach China.

Die Regierung von Nanking erklärte den Krieg bis aufs Messer und bildete mit den Kommunisten eine Einheitsfront, um gemeinsam mit ihnen gegen den japanischen Angreifer vorzugehen.

Kurz nach der Einnahme von Peking stoppte die japanische Armee für einige Zeit die Kampfhandlungen, denn sie wartete ab, bis in der Heimat alle Kriegsvorbereitungen abgeschlossen waren. Das Kabinett Konoe schuf in Tōkyō ein Planungsbüro für die wirtschaftliche Mobilisierung, und der militärische Oberbefehlshaber bildete einen Großen Generalstab. Der zweite chinesisch-japanische Krieg hatte damit ohne Kriegserklärung begonnen.

Starker chinesischer Widerstand hatte im August den Vormarsch der bei Shanghai gelandeten japanischen Truppen zum Stehen gebracht. Im Oktober begann die Offensive wieder, und die kaiserlich-japanische Armee erreichte im Norden den großen Bogen des Gelben Flusses (Huangho) und T'aiyüan. Im Yangtse-Becken nahmen die Japaner am 12. Dezember Nanking ein.

Diese ersten Siege lösten bei der japanischen Bevölkerung helle Begeisterung aus. Am 16. Januar 1938 erklärte Konoe: »Von nun an betrachten wir die nationalistische Regierung Chinas nicht mehr als Verhandlungspartner.« Japan entschied sich jetzt seinerseits ebenfalls für den totalen Krieg. Die Landung eines Kommandotrupps in Tsingtao im Januar 1938 leitete die zweite Invasionswelle der Japaner ein. Im Mai wurde die Verbindung der Nordarmee mit den Truppen im Yangtse-Becken bei Hsüchou hergestellt. Im Herbst wurden Hankou und Kanton genommen, doch nach der Besetzung von Nanch'ang im März 1939 und der gleichzeitig erfolgten Landung auf der Insel Hainan ging der Vormarsch der Japaner nicht mehr zügig weiter. Die Armee hatte zwar die Nordzone, Shansi und Shantung, das Yangtse-Becken und die Industrieregion von Wuhan besetzt, doch im Süden stand sie weniger fest da. Sie konnte die Eisenbahnlinie Peking-Hankou nicht in die Hand bekommen und wurde im Küsten- und Seengebiet von Chekiang und Kiangsu ständig in Geplänkel verwickelt.

Dabei hatte die Regierung in Tōkyō den ganzen Kriegsapparat erheblich vervollkommnet. Am 5. Mai 1938 wurde das Gesetz über die Generalmobilmachung erlassen, das nicht nur die Kontrolle des Außenhandels und der Kriegsindustrie gestattete, sondern auch die Kontingentierung der Rohstoffe vorschrieb sowie die freie Wahl des Arbeitsplatzes und der Arbeitsbedingungen, die Investierungs- und die Pressefreiheit aufhob. Das Parlament hatte ohne nennenswerte Opposition diesem Gesetz zugestimmt. Die Gewerkschaften verzichteten auf Streiks, und die erlaubten Linksparteien schlossen sich der Regierungspolitik an. Gewerkschaftler und Sozialisten, die es wagten, gegen die Ausweitung des Krieges zu protestieren, wurden in der Zeit von Ende 1937 bis Frühjahr 1938 verhaftet. Die Finanzleute versuchten sich zwar ein Minimum an Freiheit zu bewahren, mußten sich aber im Herbst 1938 der Armee fügen. Ganz Japan wurde eine einzige große Kriegsfabrik unter der Leitung der Regierung, die ihrerseits unter der Gewalt der Militärs stand.

Die japanische Bevölkerung zeigte nun eine ganz außerordentliche Vitalität, mit der sie diese im wahrsten Sinne des Wortes allgemeine Mobilisierung ertrug. Ihre Zahl hatte schon 1912 50 Millionen überschritten, im Jahr 1926 60 Millionen und im Jahr 1937 70 Millionen. Die Geburtenquote hielt sich bei 3% und mehr, während die Sterblichkeitsziffer bis 1943 rund 1,6% betrug. Trotz der Entbehrungen, trotz der Chinafeldzüge wuchsen immer neue Generationen auf und bildeten das Menschenreservoir für Fabriken und Armee. Und doch war die Position der Regierung Konoe so schief wie die keiner anderen japanischen Regierung vorher. Sie hatte sich als Regierung der Eintracht vorgestellt, tatsächlich aber hatte sie nichts anderes getan, als dem Parlament einen Maulkorb anzulegen, und sie hatte ihre eigene Autorität der Armee gegenüber eingebüßt. Die aufeinanderfolgenden Kabinettsumbildungen bewiesen nur, wie schwierig die Lage und wie stark die noch ständig zunehmende Unzufriedenheit waren. Ein General wurde Unterrichtsminister, und einer der Organisatoren des Krieges von 1931 war Armeeminister. Als die Operationen in China festgefahren waren, mußte Konoe schleunigst zurücktreten, denn einerseits kamen für die japanische Armee die ersten Rückschläge, und andererseits bestanden schwer zu überwindende diplomatische Schwierigkeiten. Die Japaner hatten sich nämlich mit den Sowjettruppen nahe der gemeinsamen Grenze zwischen der Mandschurei, Korea und der Seeprovinz im Juli und August 1938 Gefechte geliefert. Konoe bot nun entgegen seinen früheren Erklärungen Chiang Kai-shek den Frieden an und schlug eine Neuordnung in Ostasien vor, verlangte dabei aber die Anerkennung von Manchukuo durch China und dessen Beitritt zu einem *Antikomintern*-Pakt.

Chiang Kai-shek lehnte ab, und Wang Ching-wei (zu ihm s.u.S. 117), der für eine positive Antwort eingetreten war, mußte aus Chungking fliehen und wurde von der nationalistischen Regierung als ›Verräter‹ bezeichnet. Es kam zu keinen Verhandlungen. Die japanische Armee verlangte zudem ein Militärbündnis mit Deutschland, das seinerseits ein Bündnis mit Chiang Kai-shek gegen die Kommunisten forderte. Im Januar 1939 demissionierte Konoe.

Hiranuma Kiichirō, der Vorsitzende des Geheimen Obersten Rates, war sein Nachfolger. Seit langem kannte man ihn als eine der führenden Persönlichkeiten der Rechten. Er entließ alle Parteiminister, behielt aber Konoe als Minister ohne Portefeuille.

Hiranuma pries und predigte den Weltfrieden und verhandelte gleichzeitig über das Militärbündnis mit Deutschland. Die japanische Armee erlebte inzwischen in der Zeit von Mai bis September 1939 eine Niederlage nach der anderen, besonders in der Nähe der Grenze zwischen der Mandschurei und der Inneren Mongolei.

Die Beziehungen zwischen Japan und den übrigen Großmächten wurden immer gespannter. Nach Zwischenfällen in den französischen und englischen Konzessionen von Tientsin, das ja von Japan besetzt war, wurde Englands

Haltung Japan gegenüber sehr zurückhaltend, und die Vereinigten Staaten kündigten am 28. Juli 1939 den amerikanisch-japanischen Handelsvertrag.

Die Regierung von Tōkyō, die nun schon sehr isoliert war, wurde durch den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 geradezu erschreckt. Hiranuma trat zugunsten des Generals Abe Nobuyuki zurück.

Kaum hatte dieser aber sein Amt angetreten, da brach in Europa der Krieg aus. Abe erklärte schleunigst die Nichteinmischung Japans in den europäischen Konflikt. Seine Position war reichlich unangenehm, denn Japan schien jetzt von allen seinen Verbündeten verlassen zu sein. Im Innern zeigten sich als Folge des Krieges die ersten wirtschaftlichen Schwierigkeiten, und trotz der Preisfestsetzungen ging die Inflation weiter. Im Parlament wurde eine regierungsfeindliche Bewegung immer stärker fühlbar. Im Januar 1940 trat Abe zurück; seine Stelle nahm Admiral Yonai Mitsumasa ein, der zur anglophilen Gruppe in der Marine gehörte. Angeblich soll sich der Kaiser selbst für ihn eingesetzt haben, um die Armee endlich zu einer Zusammenarbeit mit dem neuen Kabinett zu veranlassen.

Nach dem Ausschluß von Saitō Takao von der *Minseitō* aus der Abgeordnetenversammlung wegen einer antimilitaristischen Rede stabilisierte sich die Innenpolitik für einige Zeit.

Die Regierung konnte nun Japans Stellung gegenüber dem Ausland wieder einigermaßen festigen. Im März 1940 bildete Wang Ching-wei in Nanking eine Japan ergebene Regierung, die im Prinzip über alle von Japan besetzten Gebiete herrschte. In Wirklichkeit aber wurde diese Dissidentenregierung nur unter dem Druck der japanischen Eindringlinge von der Bevölkerung respektiert. Die Regierung Wang Ching-wei war nichts anderes als eine Marionettenregierung, aber trotzdem war ihr Bestehen ein Erfolg für Yonai.

Am 12. Juni 1940 schloß Japan einen Bündnisvertrag mit Thailand und schuf damit den ersten Stützpunkt für seine Ausdehnung nach Südostasien. Das Kabinett Yonai war aber nicht stark genug, um die Vereinigungsbewegung der Parteien aufzuhalten; dies Projekt nahm vielmehr seit Mai im Umkreis von Konoe Fumimaro und mit Unterstützung der Armee feste Form an. Die Parteien, allen voran die sozialistische Massenpartei, beschlossen ihre Auflösung. Die genannte Bewegung wurde durch die ersten deutschen Erfolge in Europa beeinflußt; sie forderte eine engere Bindung an die Regierungen Hitlers und Mussolinis. Da trat Yonai zurück, und Konoe kam am 22. Juli 1940 wieder ans Ruder.

Konoe beeilte sich, seine neue Partei zu bilden. Seine Absicht war zweifellos der Aufbau einer großen Zivilorganisation, die imstande wäre, die Verantwortung für die Lenkung des Staates zu übernehmen, ohne sich dabei um die Wünsche der Armee zu kümmern. Schließlich und endlich aber war die am 27. September 1940 aus der Taufe gehobene ›Gesellschaft zur Unterstützung der kaiserlichen Politik‹ zwar äußerlich eine Einheitspartei, im Grunde aber lediglich

eine Vereinigung von Politikern, die in keiner Weise sich den ehrgeizigen Zielen der Armee entgegenstellen konnte.

Die Politik der zweiten Regierung Konoe war übrigens gekennzeichnet durch die merkwürdige Persönlichkeit des Außenministers Matsuoka Yōsuke, der 1933 die japanische Delegation bei ihrem Austritt aus dem Völkerbund geführt hatte und dann Präsident der Südmandschurischen Eisenbahngesellschaft gewesen war. Trotz des Widerstandes verschiedener Personen aus der Umgebung des Kaisers trieb er die Verhandlungen mit Deutschland und Italien voran. Nach seiner Meinung wären die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten auch bei einer Räumung des größten Teiles von China nicht verbessert worden, während die Vermittlung Deutschlands Japan eine wohlwollende Neutralität der Sowjetunion verschaffen würde.

Der Dreierpakt zwischen Deutschland, Italien und Japan wurde dann am 27. September 1940 in Berlin unterzeichnet. In der Zwischenzeit hatte die japanische Armee in Indochina interveniert. Im Juni 1940 hatte sie den französischen Gouverneur von Hanoi aufgefordert, alle Lieferungen an die Armee Chiang Kai-sheks einzustellen, und hatte außerdem die Einsetzung einer japanischen Kontrollkommission in Tongking erzwungen. Am 23. September wurde ein Kommando japanischer Truppen nach Tongking entsandt. Auch interessierte sich Japan sehr stark für den Grenzkonflikt zwischen Laos und Thailand. Washington protestierte gegen die japanische Einmischung in Südostasien, und Großbritannien öffnete die Burmastraße wieder, die es drei Monate lang verschlossen gehalten hatte. Der Versuch einer japanischen Offensive in Südostasien war damit vorläufig zum Stillstand gebracht.

Matsuoka Yōsuke fuhr indessen in der Verwirklichung seiner Pläne fort. Er verließ Tōkyō im März 1941 und begab sich nach Moskau, wo er einerseits mit der Sowjetregierung verhandelte und andererseits den amerikanischen Gesandten um eine Intervention bei Präsident Roosevelt bat, damit dieser Hilfe für eine friedliche Regelung in China leiste.

Dann reiste er nach Berlin und Rom weiter. Hitler äußerte sich höchst unzufrieden über die russisch-japanische Annäherung und verlangte, Japan solle an Deutschlands Seite in den Krieg gegen England eintreten. Matsuoka antwortete ausweichend und zog es vor, auf dem Rückweg am 13. April 1941 den Neutralitätspakt mit der Sowjetunion zu unterzeichnen.

Nach seiner Rückkehr nach Japan widmete sich Matsuoka den Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, denn die Lage des Außenhandels war eine Hauptsorge Japans. Im ersten Halbjahr 1940 hatte Japan mehr als drei Viertel seines Erdölbedarfs aus Amerika eingeführt, außerdem zwei Drittel dessen, was es an Eisen und Maschinen benötigte. Es mußten also die Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten unbedingt wiederhergestellt werden, da sonst die japanische Wirtschaft einen grausamen Schwund erleben würde. Außerdem mußte Japan sein Verhältnis zu China verbessern oder wenigstens versuchen, es nicht zu verschlechtern. Die Ausfuhr nach China war zwischen 1937 und 1940

verdreifacht worden, während die Einfuhren aus China in der gleichen Zeit nur um 75% gestiegen waren. Außerdem lieferte China nur ein Sechstel des für die japanischen Hütten notwendigen Eisens. Matsuoka wollte, daß die Vereinigten Staaten Japan in China freie Hand ließen und gleichzeitig den Handelsvertrag wieder in Kraft setzten.

Bei Matsuokas Rückkehr nach Tōkyō waren die Verhandlungen zwischen der amerikanischen und der japanischen Regierung schon recht weit gediehen, und halbamtliche Unterhändler waren nach Japan entsandt worden. Matsuoka hatte seinerseits den bei offiziellen Stellen in Washington gut bekannten Admiral Nomura Kichisaburō in die amerikanische Hauptstadt geschickt. Im April 1941 war dann eine Basis für offizielle Verhandlungen geschaffen. Die Vereinigten Staaten boten ihre Vermittlung zwischen der nationalen chinesischen Regierung in Chungking und Tōkyō an und stimmten einer friedlichen, wirtschaftlichen Ausbreitung Japans in Südostasien zu unter der Bedingung, daß China von den japanischen Truppen geräumt werde, während Manchukuo weiterbestehen sollte. Es war sogar ein Treffen zwischen Roosevelt und Konoe vorgesehen. Staatssekretär Cordell Hull schlug als Gesprächsthemen vier Punkte vor:

1. Respektierung der Souveränität aller Staaten;
2. Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates;
3. Gleichstellung der Staaten auf dem Gebiet des Handels;
4. Aufrechterhaltung des *Status quo* im Pazifischen Ozean.

Matsuoka schickte an Nomura einen Gegenvorschlag, in dem von den von Amerika geforderten Friedensbedingungen mit China überhaupt nichts erwähnt wurde. Zudem ersuchte Matsuoka, nachdem deutsche Truppen in die Sowjetunion eingefallen waren, den Kaiser um die Kriegserklärung Japans an die UdSSR.

Konoe war mit seinem Außenminister uneins und versuchte ihn auszuschalten. Am 18. Juli trat er überraschend zurück, wurde aber vom Kaiser aufgefordert, sofort ein neues Kabinett zu bilden, Admiral Toyoda Sadajirō wurde anstelle von Matsuoka Yōsuke Außenminister. Auch Hiranuma Kiichirō, der seit einigen Monaten Innenminister gewesen war, wurde kaltgestellt. Konoe versuchte ein drittes und letztes Mal, ein gemäßigtes Kabinett zu bilden.

Da vollführte die Armee einen neuen Gewaltstreich, indem sie eine Truppenstationierung in Cochinchina erzwang. Die Vichy-Regierung Frankreichs beugte sich; Washington aber ließ Japan wissen, daß dessen Guthaben nunmehr in den Vereinigten Staaten eingefroren seien.

Ab 1. August lieferte Amerika kein Erdöl mehr nach Japan; trotzdem setzte Konoe die Verhandlungen mit Washington hartnäckig fort; er hoffte immer noch auf ein Zusammentreffen mit Roosevelt. Dieser erklärte zwar, er werde vor Gewalt nicht zurückschrecken, wenn Japan seine militärische Expansion weiter fortsetze, versicherte aber gleichzeitig, er sei jederzeit bereit, über eine Lösung der Krise zu verhandeln. Am 3. September teilte er mit, daß er auf der im April festgelegten Diskussionsbasis bestehe.

Am 6. September begab sich das gesamte Kabinett Konoe zu einer Beratung zum Kaiser. Es wurde dabei beschlossen, Amerika Ende Oktober den Krieg zu erklären, wenn jegliches Verhandeln sich als zwecklos erweisen sollte. Durch ein Memorandum vom 2. Oktober hatte Washington den Rückzug der japanischen Streitkräfte aus China und Südostasien zur Vorbedingung für jedes Gespräch gemacht. Die japanische Armee taktierte übrigens so, als seien alle Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten schon endgültig gescheitert.

Am 16. Oktober trat Konoe zurück, und zwei Tage später wurde General Tōjō, der in den beiden vorhergegangenen Ministerien Kriegsminister gewesen war, mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt. Er wurde zum Oberbefehlshaber ernannt, blieb aktiver Soldat und behielt auch sein Ministeramt bei. Er war Generalstabschef der Kwantung-Armee gewesen und galt als einer der kriegslüsternten Offiziere des ganzen Heeres; dennoch tat er nichts, um die Dinge zu überstürzen, sondern beugte sich dem Willen des Kaisers, der den Beschluß vom 6. September gern rückgängig gemacht hätte. Die Regierung hielt zwischen dem 23. und dem 30. Oktober zahlreiche Beratungen mit den Befehlshabern von Heer und Kriegsmarine ab. Das Heer erachtete den Krieg gegen Amerika für unvermeidlich, und die Marine war der Ansicht, daß man dann so rasch wie möglich losschlagen solle. Es gab aber zwischen Heer und Marine Meinungsverschiedenheiten insofern, als jenes den Krieg gegen die Vereinigten Staaten als einen Teil des Krieges ansah, den es seit vier Jahren auf dem Kontinent führte, während diese sich verpflichtete, zwei Jahre, aber keinen Tag länger durchzuhalten und also auf einen kurzen Krieg hoffte. Der Finanzminister äußerte Bedenken hinsichtlich der Rohstoffversorgung. Tōjō beschloß nun, »alles zu tun«, um die Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten zu Ende zu bringen, und schickte daher Kurusu Saburō als außerordentlichen Gesandten nach Washington.

Am 26. November jedoch übermittelte Hull, der über die Bewegungen der japanischen Land- und Seestreitkräfte genauestens unterrichtet war, Nomura und Kurusu eine Note, in der er zwei Bedingungen stellte: Zurückziehung aller japanischen Militär- und Polizeieinheiten vom Kontinent und Austritt aus dem Dreimächtepakt, der ›Achse‹ Berlin-Rom-Tōkyō. Für die japanische militärische Führung war diese Note gleichbedeutend mit einem Abbruch der Beziehungen. Am 1. Dezember wurde der Krieg gegen die Vereinigten Staaten beschlossen. Die Marine hatte schon einen Kriegsplan ausgearbeitet, der auf der Strategie von Überraschungsangriffen beruhte.

Sonntag, den 7. Dezember morgens bombardierten Fliegerstaffeln, die von sechs Flugzeugträgern aufgestiegen waren, Pearl Harbor. Die völlig überraschten Amerikaner verloren in wenigen Stunden fünf Schlachtschiffe, drei Kreuzer und mehrere kleinere Schiffe, 177 Flugzeuge und rund 2700 Mann. Die Japaner sahen zwar ihre fünf U-Boote, die sich bis in die Bucht vorgewagt hatten, niemals wieder, verloren aber außerdem nur rund 30 Flugzeuge und ungefähr 100 Mann.

Der Streit um den Zeitpunkt der Kriegserklärung an Washington ist vollkommen nebensächlich. Die japanische Marine hatte ja schon anderthalb Stunden vor dem Angriff auf Pearl Harbor Kota Bharu in Malaya beschossen, und die japanische Regierung hat London keinerlei Schriftstück über eine Eröffnung der Feindseligkeiten übermittelt.

Damit hatte der Blitzkrieg begonnen. Die britische Flotte verlor auf hoher See vor Malaya am 10. Dezember zwei Panzerkreuzer. Gedeckt von den raschen Manövern der Marine ging die Armee in Südostasien zur Offensive über. Hongkong kapitulierte am 25. Dezember, Manila fiel am 2. Januar 1942 in japanische Hand, und Singapur folgte am 15. Februar. Abgesehen von der Niederlage auf der Insel Wake (8.-11. Dezember) war die japanische Armee überall siegreich und besetzte während der ersten Kriegsmonate Zug um Zug die feindlichen Territorien. Im März 1942 wurde Rangun, die Hauptstadt von Burma, genommen und ebenso die wichtigsten Städte von Niederländisch-Indien. Im April wurde Ceylon bombardiert, aber in Neu-Guinea kam der Vormarsch ins Stocken. Am 18. April ließen B-25-Flugzeuge, die auf zwei Flugzeugträgern in die Nähe der japanischen Küste gebracht worden waren, ihre Bomben auf Tōkyō fallen. Die Schäden in der japanischen Hauptstadt waren geringfügig, doch konnten die B-25-Maschinen in China landen, und die beiden Flugzeugträger entkamen den sie verfolgenden japanischen Fliegern. Mitten im Krieg hatten die Amerikaner einen Überraschungsangriff ausgeführt.

Matsumoto Isoroku, der Oberbefehlshaber der japanischen Marine, schlug nun die Besetzung der Insel Midway westlich von Hawaii und der Aläuten im Nordpazifik vor. Die Japaner konnten in der Folge tatsächlich zwei der Aläuten-Inseln okkupieren, mußten sich aber dann zurückziehen und verloren dabei vier Flugzeugträger.

General MacArthur, der Oberbefehlshaber der amerikanischen Truppen im Pazifik, der sein Hauptquartier in Australien hatte, bereitete den Gegenangriff vor. Die Landung der Amerikaner auf Guadalcanal am 7. August 1942 bedeutete das Ende des bis dahin stürmischen Vormarsches der Japaner. Deren Problem bestand jetzt darin, wie sie zu einem zweiten Anlauf ansetzen sollten.

In Japan war die Bevölkerung wegen der ständigen Siege in einem wahren Freudentaumel gewesen, und lange Zeit erfuhr sie nichts von den Rückschlägen. General Tōjō benutzte diese Euphorie, um seine politische Position zu festigen. Zum erstenmal seit 1912 erreichte im Jahre 1942 eine Legislaturperiode ihr normales Ende und fand nicht durch Auflösung der Kammer einen vorzeitigen Abschluß. Die Regierung stellte Kandidaten für die Kammer auf und empfahl jeden einzelnen von ihnen aufs wärmste. Diese Regierungskandidaten erhielten dann auch 381 Sitze von 466. Tōjō schuf eine neue politische Vereinigung, die noch farbloser war als die, welche Konoe seinerzeit gegründet hatte, die sich aber trotzdem am Leben hielt.

Die militärische und internationale Lage verschärfte sich jedoch ständig. Die deutsche Armee kapitulierte bei Stalingrad, und die Japaner mußten

Guadalcanal im gleichen Monat Februar 1943 räumen. Im Mai nahmen die Amerikaner die beiden Aläuten-Inseln wieder. Admiral Yamamoto fiel in einem Luftkampf. Italien übergab sich den Alliierten im September.

Mit der Deklaration von Kairo vom 27. November setzten England, die Vereinigten Staaten und China das Ziel der Kämpfe im Fernen Osten fest: Vertreibung der Japaner und Wiederherstellung der Souveränität aller von ihnen besetzten Länder.

Zur gleichen Zeit griffen die Amerikaner die Gilbert- und Salomoninseln an. Die Japaner hatten die Initiative im Pazifik endgültig verloren.

Nun versuchte die japanische Regierung, auf diplomatischem Gebiet Boden zu gewinnen. Nach dem Pakt der drei Achsenmächte hätte Japan Herr über einen großen Block sein sollen, der von Indien bis China und von Manchukuo bis Australien reichen sollte. Später wurden noch die Philippinen darin einbezogen. Am 5. und 6. November 1943 traten in Tōkyō Delegierte von Manchukuo, der Regierung von Nanking, Abgesandte Thailands, Burmas, der Philippinen und Indiens zusammen. Dabei wurde der Plan der ›Co-Prosperitäts-Sphäre von Groß-Asien‹ ausgearbeitet. Gleichzeitig wurde durch die japanische Regierung ein Großasiatisches Ministerium geschaffen, das sich mit dem kulturellen Austausch und den Problemen der Wanderbewegungen zwischen den asiatischen Völkern befassen sollte. Japan hatte nur geringen Nutzen von seiner Außenpolitik während des Krieges, doch sollte der Gedanke einer ›Co-Prosperitäts-Sphäre‹ später eine große Rolle in der asiatischen Unabhängigkeitsbewegung spielen. Die japanische Besatzung hatte sich durch Akte der Willkür und Grausamkeit verhaßt gemacht, was die Verbindungen zwischen Japan und den besetzten Gebieten belastete, doch profitierten eben diese Gebiete später von der durch die Besetzung erfolgten Trennung von den westlichen Mächten.

General Tōjō wollte die japanischen Positionen auf dem Kontinent und im Pazifik aufrechterhalten, indem er in seiner Hand mehrere der wichtigsten Befehlsgewalten vereinigte. Im November 1943 schuf er das Munitionsministerium, das er selbst übernahm, und im Februar 1944 ernannte er sich selbst zum Chef des Generalstabs. Die japanische Armee versuchte nun eine letzte Offensive in China. Im Frühjahr 1944 besetzte sie Loyang, dann die Eisenbahnlinie Peking- Hankou und Ch'angsha, um das sie seit 1941 mit den Chinesen gekämpft hatte. Nanning in der Nähe der Grenze von Tongking wurde Ende des Jahres genommen.

Im Pazifik dagegen hatte der japanische Rückzug schon begonnen. Die Amerikaner landeten im Februar 1944 auf den Marshall-Inseln und im Juli auf den Marianen. Da trat Tōjō zurück; General Koiso Kuniaki folgte ihm am 22. Juli nach. Doch der Rückzug der Japaner wurde zum Zusammenbruch. Die Amerikaner begannen im Oktober 1944 mit der Wiederbesetzung der Philippinen, und im darauffolgenden Monat fingen die auf der Insel Saipan auf

den Marianen stationierten fliegenden Festungen an, das japanische Mutterland und besonders Tōkyō mit Bomben zu belegen.

Zum erstenmal bekam die Bevölkerung der Hauptstadt den Krieg direkt zu spüren. Sie hatte allerdings schon seit langem unter den verschiedensten Mängeln zu leiden, denn seit 1937 waren synthetische Gewebe an die Stelle der traditionellen Stoffe getreten, und seit 1940 waren u.a. Zucker, Reis, Milch, Mehl, Öl, Zündhölzer, Kohlen, Brennholz und Kleider rationiert. In Tōkyō wurden ab 1942 Gemüse und Früchte nur mehr spärlich verteilt, und 1944 wurde der Verkauf von Zucker im Kleinhandel verboten. Die Familien hatten immer mehr Gefallene zu beklagen. 1943 wurden die jungen Leute von 19 Jahren mobilisiert, und 1944 wurde das Mobilisierungsalter auf 18 Jahre herabgesetzt. Auch die Studenten wurden eingezogen.

Als die amerikanischen Bombardements begannen, war die Bevölkerung physisch schon sehr geschwächt. Dreimal stand Tōkyō in Flammen, im März, April und Mai 1945; auch andere Städte wurden betroffen. Nun konnte das Hauptquartier in Tōkyō die Niederlage nicht mehr verheimlichen. Die Amerikaner landeten im Februar 1945 auf Iwojima, 1000 km südlich von Tōkyō, und im April auf Okinawa.

Admiral Suzuki Kantarō wurde am 7. April 1945 anstelle von General Koiso Regierungschef. Nach der Kapitulation Deutschlands blieb Japan nichts anderes übrig, als seine Niederlage einzugestehen. Auf der Konferenz von Potsdam am 26. Juli gaben Churchill, Stalin und Truman, zu denen dann auch noch Chiang Kai-shek kam, in einer Erklärung die Forderungen der Sieger bekannt. Japan sollte völlig entmilitarisiert, sein Gebiet auf die vier Hauptinseln beschränkt und seine Kriegsverbrecher sollten vor Gericht gestellt werden. Die japanische Regierung hatte über die Schweiz, Schweden und sogar über die Sowjetunion schon hinsichtlich der Absichten der Alliierten vorfühlen lassen. Daher antwortete sie nicht sofort auf die Potsdamer Erklärung, und die Bedenken, welche die Armee gegenüber einer bedingungslosen Kapitulation geltend machte, führten zu einem langen Hin und Her.

Da warfen die Amerikaner am 6. August 1945 über Hiroshima die erste Atombombe ab, die 200000 Opfer kostete. Eine zweite Atombombe wurde am 9. August über Nagasaki abgeworfen. Einen Tag zuvor hatte die Sowjetunion Japan den Krieg erklärt.

Teile der Armee sträubten sich gegen eine Übergabe. Die *Kamikaze* (= ›Götterwind‹), die Selbstmordflieger, hatten den Vormarsch der Amerikaner auf Okinawa gestoppt, und es gab Japaner, die den Krieg bis zum letzten Mann predigten. Nach der ›Kriegsende‹-Erklärung, die der Kaiser selbst am 15. August im Rundfunk verlas, unterwarfen sich die niedergeschlagene Bevölkerung und auch die Armee. Der Waffenstillstand wurde am 2. September an Bord der *Missouri* in der Bucht von Tōkyō unterzeichnet.

Die Bilanz des Krieges war düster. Im Mutterland war die Bevölkerungszahl von 73800000 im Jahr 1944 auf 72200000 im Jahr 1945 gesunken.¹ Die

Kriegsschäden betrugen über 65 Milliarden *yen*. Die Produktion war gleich Null, und die Verbindungen waren unterbrochen. Es herrschte Hungersnot, und es kam zu Epidemien. Der Zusammenbruch war vollkommen – es gab nichts, was nicht neu aufzubauen gewesen wäre.

7. Die chinesische Revolution (1937–1949)

Die chinesische Revolution begann genaugenommen nicht im Jahr 1937, denn der eigentliche Bürgerkrieg, der die Kommunisten an die Macht brachte, brach erst 1946 aus. Will man aber den Ursprung der Revolution in früheren, dem Bürgerkrieg vorausgegangenen Ereignissen suchen, so kann man noch fast zwanzig Jahre vor 1937 zurückgehen, bis in die Zeit des Vierten Mai. Die japanische Invasion und der Kriegszustand beschleunigten aber den revolutionären Prozeß in entscheidender Weise.

Als 1945 die Bombe über Hiroshima abgeworfen wurde und die japanische Besetzung ein jähes Ende fand, hatte wohl Chiang Kai-shek den Kampf gegen den inneren Feind schon verloren, ehe er ihn noch richtig begonnen hatte. Der kommunistische Sieg im Bürgerkrieg war gewissermaßen nur eine Konsequenz und die Fortsetzung der von der KPCh während des nationalen Krieges erzielten Vorteile und Erfolge.

I. Krieg und Revolution (1937–1945)

a) Der Krieg

Man ist als Historiker versucht, genau wie Chiang Kai-shek, die acht Kriegsjahre in zwei Etappen von fast gleicher Dauer mit Pearl Harbor als Angelpunkt zu teilen, nämlich in die kritische Periode vom Juli 1937 bis Dezember 1941, in der China allein das ganze Gewicht eines ungleichen Kampfes zu tragen hatte, und in jene vom Dezember 1941 bis August 1945, während deren China es seinem mächtigen Verbündeten überließ, den Krieg zu gewinnen. Das chinesische Volk fühlte aber mehr die unmittelbaren Folgen des Krieges und hatte weniger Sinn für die klugen Berechnungen seiner Führer. Nach seiner Auffassung hatte es fünfzehn Monate Blitzkrieg gegeben (von Juli 1937 bis Oktober 1938), dann fünfeinhalb Jahre relativen Friedens (zwischen 1938 und 1944) – allerdings bei feindlicher Besetzung weiter Teile des Landes –, dem dann eine letzte und heftige Invasion folgte.

Es genügt, die Operationen der ersten dieser Phasen lediglich zusammenfassend darzustellen, da von Oktober 1938 an die Japaner die größten Städte und Häfen sowie die großen Industriezentren beherrschten, eben jenen Teil Chinas, den der Imperialismus seit einem Jahrhundert ›entwickelt‹ und

ausgebeutet hatte. Für die japanische Armee war es um so leichter, die wichtigsten Teile von Nordchina zu erobern, als sie, von ihren vor dem Zwischenfall an der Marco- Polo-Brücke besetzten Stellungen aus vordringend, sich meistens mangelhaft ausgerüsteten ›Regionalarmeen‹ gegenüber sah, denen Chiang Kai-shek Flugzeuge und schwere Artillerie verweigerte und die außerdem schlecht ausgebildet und noch schlechter befehligt waren. Jene Kommandeure jedoch, die einige Kenntnisse der modernen Kriegführung hatten, hüteten sich, eine Militärmacht einzusetzen, die die wichtigste Voraussetzung ihrer politischen Macht bildete.

Die Japaner gingen meist längs der Eisenbahnlinien vor, und zwar nach Westen und Süden in die Provinzen Suiyüan, Shansi, Hopei und Shantung. T'aiyüan, die Hauptstadt von Shansi, und Tsinan, die Hauptstadt von Shantung, fielen noch vor Ende des Jahres 1937. Zur gleichen Zeit waren auch Shanghai und Nanking schon in der Hand der Japaner, die eine zweite Front in Zentralchina von der Küste aus eröffnet hatten. 1938 hatte die japanische Armee dann einige Schwierigkeiten, die Verbindung der beiden Fronten herzustellen, denn sie wurde durch ihre Niederlage von T'ai-erh-chuang bei Hsüchou und dann auch durch die Öffnung der Dämme am Gelben Fluß aufgehalten, da weite Gebiete überschwemmt waren. Im Oktober aber erreichte sie die Linien, die sie dann ungefähr bis Frühjahr 1944 hielt. Wuhan wurde am 25. und 26. Oktober 1938 genommen, und am 21. Oktober landeten die Japaner in Südchina und besetzten Kanton.

Von da an begnügten sich die Japaner mit den eineinhalb Millionen Quadratkilometern, die sie – wenigstens theoretisch – in Süd- und Ostchina besetzt hielten, bis die Bombardements durch die von ihren chinesischen Flugstützpunkten aufsteigenden Amerikaner sie veranlaßten, im April 1944 einen großen Angriff zu starten, der in weniger als sechs Monaten die Niederlage der nationalchinesischen Armeen vom Norden bis zum Süden zur Folge hatte.

Trotz diesem militärischen Debakel erhielt Chiang Kai-shek, der hartnäckig jedwede Verhandlungen verweigert hatte und 1938 nach Chungking am oberen Yangtsekiang in das nur sehr schwer zugängliche Ssüch'uan geflohen war, wenigstens eine unabhängige Regierung aufrecht. Das aber reichte aus, um ihn vom alliierten Sieg profitieren zu lassen: Nationalchina durfte 1945 unter den ›Großen Vier‹ figurieren.

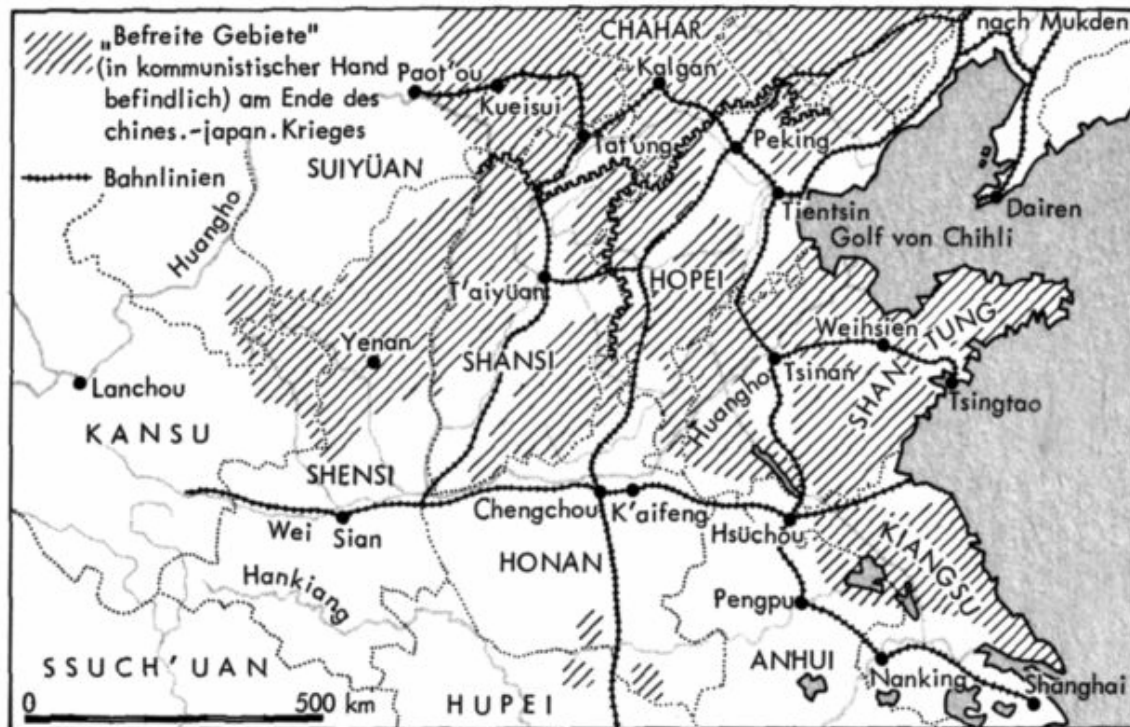
b) Kommunistische oder nationalistische Revolution?

»Die Japaner sind eine Hautkrankheit, die Kommunisten sind ein Herzleiden«, diagnostizierte Chiang schon 1941. Wenn auch das Problem des Angriffs von außen schließlich gelöst wurde, wie Chiang Kai-shek es vorausgesehen hatte, so war er doch an der inneren Front weniger glücklich. Seine chinesischen Partner profitierten von der Kriegslage mehr als er selber von der Macht und den Reichtümern Amerikas: denn sie wußten ihre Chance zu nutzen, während die

Kuomintang die ihre verpaßte und sich von den Verlockungen des Überflusses korrumpieren ließ. Die japanische Armee hatte in China kaum mehr als die Städte und Eisenbahnlinien okkupiert; hinter der Front gab es weite Territorien, die unbesetzt und sogar menschenleer waren. Wenn der Eroberer auch nicht überall sein konnte, so reichte es doch oft genug aus, daß er durch bestimmte Gebiete zog, um die dortigen Vertreter der nationalen oder provinziellen Verwaltung zur Flucht zu veranlassen oder sie zum völligen Stillhalten zu zwingen. Sobald ein Ort frei war, besetzten ihn die Kommunisten, die mutig waren und außerdem große Erfahrung in der Eingliederung der Bevölkerung in ihre Reihen hatten, eine Praxis, die sie im Kiangsi erworben hatten. Von ihrem Standort im südlichen Shensi aus sickerten die Kommunisten fortlaufend und ziemlich rasch in das Berggebiet und in die Große Ebene Nordchinas ein und besetzten hinter den feindlichen Linien den größten Teil von Shansi, Hopei und Shantung.

Außerhalb von Nordchina, dem Herzstück ihres neuen Reiches, setzten sie sich auch im unteren Yangtse-Becken und etwas sporadischer in Südchina fest. Insgesamt lebten Ende des Krieges über 90 Millionen Bauern unter kommunistischer Verwaltung, während es 1937 nur eine bis eineinhalb Millionen gewesen waren. Die Rote Armee, die 1937 nur zwischen 40000 und 80000 Mann stark gewesen war, zählte jetzt 600000 bis 900000 Soldaten, zu denen in noch weit größerer Zahl Milizangehörige kamen, d.h. Bauern, die gut ausgerüstet und trainiert waren und die in der von ihnen bewohnten Gegend eingesetzt werden konnten.

Wie hatten es die Kommunisten erreicht, derartige Fortschritte zu machen und damit ernsthaft als Kandidaten für die Regierungsmacht in Betracht zu kommen? Ganz einfach, indem sie sich als Widerstandskämpfer betätigten. Sie hatten zwar die Japaner nicht wirksamer aufgehalten, als es die Nationalisten getan hatten: beispielsweise hatte der Sieg Lin Piaos bei Pinghsingkuan in den ersten Kriegsmonaten den japanischen Vormarsch wohl für einige Zeit verzögert, aber doch nicht in demselben Maße wie der Sieg bei T'ai-erh-chuang, den der nationalistische General Li Tsung-jen errungen hatte. Im Verhältnis zu den *Kuomintang*-Trupppen hatten die Kommunisten auch weniger Schlachten geschlagen.



© Abb. 9: Von den chinesischen Kommunisten am Ende des Zweiten Weltkrieges kontrollierte Gebiete

Es gab aber ein Gebiet, auf dem die Nationalisten weder aktiv sein konnten noch wollten, nämlich das der Guerillas. Hier konnten sie wegen ihrer Beziehungen zu der Landbevölkerung mit den Kommunisten nicht rivalisieren. Die Kommunistische Partei Chinas dagegen führte in den dichtbevölkerten Gebieten hinter den japanischen Linien einen gut geleiteten, heftigen Guerillakampf. Attentate und Sabotageakte hatten blindwütige japanische Vergeltungsmaßnahmen zur Folge, durch die die Bevölkerung zu immer neuen Taten aufgestachelt wurde und durch die sie unter höchst dramatischen Umständen ein bis dahin auf die Stadtbevölkerung und besonders die Intellektuellen beschränktes Nationalgefühl gewann.

Eine der Folgen des Zweiten Weltkrieges war das Entstehen und die Weiterentwicklung eines ›Massennationalismus‹ unter der ländlichen Bevölkerung¹, den die Kommunisten nach Kräften förderten und ausnutzten. Sie präsentierten sich also den Bauern nicht mehr als Verfechter und Urheber der Sozialrevolution, sondern sie bezeichneten sich als die natürlichen Führer der bedrohten nationalen Gemeinschaft. Daher bemühten sie sich auch, entsprechend den Erfordernissen der ›Heiligen Union‹ gegen die Eindringlinge, so sehr wie möglich, ihre Agrarpolitik als harmlos hinzustellen. Zahlreiche Bauern setzten darum den für sie neuen Begriff ›Kommunist‹ mit ›Widerstandskämpfer‹ gleich, und die aus Yen-an, der kommunistischen

Hauptstadt im nördlichen Shensi, kommende Propaganda hütete sich sehr, diesen Irrtum richtigzustellen. Man zitierte vielmehr mit Vorliebe die Proklamationen der japanischen Armee, in denen ihr Eroberungszug als antibolschewistischer Kreuzzug hingestellt wurde, und tat bisweilen so, als ob man die *Kuomintang* von Nanking, die von Wang Ching-wei, einem ehemaligen Anhänger Sun Yat-sens, geleitet wurde und die mit den Japanern kollaborierte, mit der *Kuomintang* von Chungking, der offiziellen Regierung Chiang Kai-sheks, verwechsle. Man argumentierte auch auf weniger irreführende Art, zum Beispiel mit dem Hinweis auf die Einschließung und Attackierung einer kommunistischen Armee, der Vierten Neuen Armee, durch die Nationalisten, die durch die kommunistischen Erfolge beunruhigt waren, im unteren Yangtse-Becken im Januar 1941. Die meisten jungen Rekruten der Roten Armee sowie die neuen Mitglieder der KPCh waren Bauern.

Was der KPCh im Kiangsi nur unvollkommen gelungen war, nämlich die Unterstützung durch die Bauern zu gewinnen, dazu verhalfen ihnen nun der Krieg und die Invasion in weit stärkerem Maße und in ungeahntem Umfang. Die chinesischen Kommunisten bauten ihren späteren Sieg genauso auf wie Tito, der im besetzten Jugoslawien als der wirkliche Leiter des Widerstands gegen die Hitlertruppen auftrat.² In den beiden einzigen Volksdemokratien, die der sowjetischen Hegemonie entschiedensten Widerstand entgegensetzen sollten, wurden die Kommunisten nicht mit Hilfe der sowjetischen Roten Armee an die Macht gebracht, sondern sie bedienten sich der nationalen Maske, um zum Ziel zu kommen. Wäre es also nicht einfacher, ›Nationalismus‹ statt ›Kommunismus‹ zu sagen?

c) Ein Regime zerfällt

Ganz stimmt das aber doch nicht. Zweifellos gehörte und gehört der Nationalismus zum Kern der chinesischen Revolution. Ebenso sicher ist es, daß der Zweite Weltkrieg den Sieg der Revolutionäre in China beschleunigt oder überhaupt möglich gemacht hat. Rein wirtschaftliche und soziale Ursachen, d.h. letzten Endes ihr eigenes Elend, hatten noch nicht genügt, die Bauern für die Revolution zu gewinnen. Sie erhoben sich von Zeit zu Zeit gegen die übertrieben hohen Steuern, die Ausschreitungen der Soldateska usw., doch gefährdeten diese Bauernbewegungen, die stets nur vereinzelt auftraten und schlecht geführt wurden, das Regime nicht. Außerdem und vor allem waren diese Aufstände stets defensiver Natur und wendeten sich nicht etwa gegen die permanenten Ursachen des Elends und der Ausbeutung, sondern nur gegen zufällige Erscheinungen, die eben weniger gutwillig hingenommen wurden als das gewohnte tägliche Leid.³

Wenn sich die Bauern während des Krieges in die Rote Armee aufnehmen und gegen den nationalen Feind mobilisieren ließen, so geschah dies vielleicht, weil wie bei einem Heuschreckeneinfall oder bei Plünderungen durch chinesische

Soldaten oder bei Eintreibung einer Sondersteuer das gewohnte Leben durcheinandergebracht worden war. Wie schon erwähnt, waren es die japanischen Greueltaten, durch die die Lage der Bauern verzweifelt wurde und durch die ihnen keine andere Wahl blieb, als die Rote Armee und die neue Widerstandsverwaltung der Kommunisten zu unterstützen.

In den von der legalen Regierung kontrollierten Gebieten brachten ähnliche Bedingungen die Bauern oft genug dazu, eine anti-patriotische Haltung einzunehmen. Sie versuchten mit allen Mitteln, der militärischen Aushebung zu entgehen; sie mischten Sand unter den für die Armee bestimmten Reis und verdingten sich auch ohne Bedenken als Kulis bei den japanischen Besatzern. Die Bauern West- und Südchinas waren nationalem Empfinden gegenüber nicht mehr und nicht weniger verschlossen als ihre Brüder in Nordchina, nur war die Geißel, unter der *sie* hauptsächlich zu leiden hatten, keineswegs die japanische Armee, sondern die Nationalarmee, in der die Rekruten, die fast ausschließlich aus dem armen oder mittleren Bauernstand hervorgingen, brutal behandelt und schlecht gepflegt wurden. Viele starben an Krankheiten, ehe sie noch die Regimenter erreicht hatten, denen sie zugeteilt waren. Oft genug legte man die Rekruten in Ketten, um sie am Desertieren zu hindern. Die Nationalarmee machte auch nicht viel Federlesens mit dem Leben der nicht zum Militär eingezogenen Bauern, sondern behandelte sie genauso schlecht wie die Rekruten. Beweise dafür sind neben der Öffnung der Dämme des Gelben Flusses im Frühjahr 1938 auch die Szenen, bei denen halbverhungerte Soldaten die Bauern massakrierten, weil diese sich der Plünderung ihrer Scheuern widersetzen.

Trotz aller sichtlichen Widersprüche zeigte die Haltung der Bauern eine gewisse Kontinuität, denn sie versuchten vor allem zu überleben und sich zu verteidigen. In Friedenszeiten wehrten sie sich gegen die Steuereinnahmer und die Soldateska und im Krieg erst recht gegen das Militär, wobei je nach der Gegend der ›Eindringling‹ aus Japan oder aus einer Nachbarprovinz kommen konnte. Unter solchen Umständen scheint das Verhalten der Roten Armee und der kommunistischen Behörden noch mehr sozialer als nationaler Natur gewesen zu sein.⁴ Die Kommunisten leiteten den Widerstand gegen die Japaner, vor allem aber: sie unterließen jede Mißhandlung der Bevölkerung, was in den Augen der Bürger etwas völlig Neues und Ungewohntes war. Es waren wirklich seltsame Soldaten, die der ›Achten Marscharmee‹, wie der bald legendäre Name der Hauptgruppe der Roten Armeen lautete, den diese Gruppe während der Zeit der ›Einheitsfront‹ gegen die japanischen Eindringlinge annahm. Diese Soldaten bezahlten, was sie kauften, säuberten ihre Quartiere und brachten sie in Ordnung und halfen auch bei der Feldarbeit. Infolge dieses Verhaltens der ›Achten Marscharmee‹ war es durchaus nicht überraschend, daß die Bauern sich beeilten, die Soldaten zu unterstützen, und daß sie diese Achte Armee weniger als die ›antijapanische Widerstandsarmee‹ bezeichneten, sondern sie lieber *lao-pai-hsing ti chün-tui*, die ›Volksarmee‹, nannten.



© Abb. 10: Die Achte Marscharmee (nach einem Druck aus der Zeit des chinesisch-japanischen Krieges)

Ein doppelter Vorteil für die Revolutionäre bestand darin, daß sie sich den Kriegszustand nutzbar machen konnten und dieser gleichzeitig an den Grundfesten des Regimes rüttelte. Der Krieg ist immer ein Prüfstein für die Kriegführenden: nach dem zaristischen Rußland mußte jetzt Nationalchina diese Erfahrung machen. Plötzlich wurde es ebenso dringlich wie unmöglich, die Grundprobleme, allen voran das Agrarproblem, zu lösen, die man während des ›Dezenniums von Nanking‹ sämtlich vor sich hergeschoben hatte, denn der Krieg beschleunigte die Entwicklungen und Veränderungen.

Durch ihren Rückzug in die rückständigen Provinzen des Südwestens wurde die Regierung immer ärmer an Hilfsmitteln und gleichzeitig immer konservativer: sie interessierte sich mehr für die Fragen der Grundbesitzeraristokratie, die nicht wie in den Häfen der Ostküste mit der Konkurrenz der Industriellen und Kaufleute rechnen mußte. Die Zölle und besonders die Seezölle, welche die Haupteinnahmequelle der Zentralregierung bildeten, wurden jetzt von den Japanern kassiert. Da die Regierung von Chungking mit den verminderten Einnahmen die durch den Krieg bedingten höheren Ausgaben nicht mehr zu bestreiten vermochte, wurde eine Inflation unausweichlich. Die Preise verdoppelten und verdreifachten sich von einem Jahr

zum anderen und waren schließlich 1944 fünfhundertmal höher als bei Kriegsausbruch 1937. Am stärksten wurden die Regierungsangestellten und die Beamten mit festem Einkommen von der Inflation betroffen. Um leben zu können, leisteten sie Schwarzarbeit und nahmen Bestechungsgelder an.

Die Inflation begünstigte Spekulation und Korruption, welche sich durchaus nicht auf die Verwaltungsangestellten beschränkte, die aus Not handelten. Die der Regierung am nächsten stehenden Schichten gingen mit schlechtem Beispiel voran, zahlreiche hohe Offiziere und Generale folgten, indem sie Schwarzhandel mit japanischen Lebensmitteln betrieben oder von den verbündeten Amerikanern gelieferte Waffen und Medikamente weiterverkauften. Der offizielle Wechselkurs war für die Amerikaner außerordentlich ungünstig, so daß der Bau der kleinsten Luftbasis Phantasiesummen kostete. Ein guter Teil der von der amerikanischen Intendantur bezahlten Gelder wurde gleich an Ort und Stelle unterschlagen, ein weiterer Teil in Chungking.

Die moralische Krise, die das Regime eines Chiang Kai-shek nach Pearl Harbor in Verruf brachte, kann mit der von Südvietnam ein Vierteljahrhundert später verglichen werden. Hier wie dort sind die Ursachen die gleichen, nämlich der plötzliche Kontakt zwischen einer Gesellschaft, in der Not herrscht, und einer Mikro-Gesellschaft, dem amerikanischen Expeditionskorps, wo Überfluß die Regel ist, ferner die entmutigend lange Dauer des Krieges und das Gefühl, daß sein Ende nicht von Saigon oder Chungking bestimmt wird. In China kam dazu noch die Überzeugung, man müsse seine Kräfte für die unvermeidliche Auseinandersetzung mit den Kommunisten aufsparen und sie nicht sinnlos an der Seite der Amerikaner einsetzen. Diese Enthaltensamkeit diente den Kommunisten: die patriotischen Studenten, die 1938 nach Chungking geströmt waren, fühlten sich nun mehr und mehr von jenem sagenhaften Yenan angezogen, das für sie die Verkörperung von Widerstandsgeist, Rechtschaffenheit, von Strenge und Zukunft war, das also gerade das Gegenteil von der andauernden Unordnung und Untätigkeit im offiziellen Teil Chinas darstellte.

Wenn die ständig wachsende moralische Auflösung immer mehr Chinesen die offizielle Regierung fliehen ließ, so hatte dieser Umstand doch keinen so großen Einfluß wie die raschen Umwälzungen, die das Leben der Städte und eines Großteils der Landbevölkerung betrafen. Symbol dafür war beispielsweise die Verwandlung Chungkings von einem großen ländlichen Handelsplatz in eine Hauptstadt, die wirtschaftlichen Aufschwung und den Schritt ins 20. Jahrhundert erlebte und gleichzeitig Luftangriffe und Preissteigerungen durchmachte. Drei verschiedene Bevölkerungsarten trafen hier aufeinander: eine Minderheit von dort Geborenen (Chungking hatte 1938 200000 Einwohner und im darauffolgenden Jahr schon eine Million), die in ihrer Entwicklung etwas zurückgeblieben waren; sodann die Flüchtlinge und Widerstandskämpfer von der Küste und vom unteren Yangtse-Becken – sie verachteten die erstgenannten und erkannten in diesem rückständigen Binnenland ihr China nicht wieder;

schließlich gab es noch die Ausländerkolonie, die diplomatischen, militärischen und Handelsmissionen, deren Angehörige auf die eine wie die andere Gruppe von Chinesen herabsahen und größtenteils abseits der Chinesenstadt am jenseitigen Yangtse- Ufer wohnten. Südlicher lag K'unming, die Hauptstadt von Yünnan, wohin sich die Universitäten der Ostküste zurückgezogen hatten. Mit ihnen war auch die Agitation der Nichtkonformisten und liberalen Politiker gekommen, die gegen die Diktatur der *Kuomintang* waren. Außerdem gab es dort amerikanische Flieger und Munitionsfabriken. Das alles lag nur einen Tagesmarsch von den Bergen und Hügeln entfernt, wo noch die Nachkommen der Ureinwohner hausten, die einst von chinesischen Kolonisten aus der Ebene vertrieben worden waren und die, wie der chinesische Soziologe und Anthropologe Fei Hsiao- t'ung versichert, immer noch Sitten und Gebräuche haben, die stark an jene der primitiven Stämme Melanesiens erinnern.

Der Kontrast war natürlich nicht überall so stark, aber der Zusammenprall der Zivilisationen war trotzdem heftig genug, so daß viele Leute, weil sie das Unverständliche nicht zu deuten vermochten, schließlich das Unbegreifliche auf ihre Weise begriffen. So hatten die Bewohner einer südchinesischen Kleinstadt einige Wochen nach Hiroshima noch keine Ahnung davon, daß der Krieg vorbei war. Zufällig wohnten sie einer Veranstaltung bei, auf der amerikanische und chinesische Offiziere den Sieg über den gemeinsamen Feind Japan feierten. Da sie sich nicht vorstellen konnten, was das bedeutete, kamen sie zu dem Schluß, diese hochgestellten Persönlichkeiten würden anschließend einige Banditen hinrichten. Ein anderes Beispiel waren jene Gebildeten aus der Provinz, die endlos über die Kriegslisten, die sie den Helden der neuen ›Drei Reiche‹* namens Roosevelt, Churchill und Stalin zuschrieben, diskutierten. Noch handelte es sich bei denen, die erkannt hatten, daß eine neue Zeit angebrochen war, um eine Minderheit, die aber genau wie später die Bauern Algeriens und die durch den Krieg entwurzelten vietnamesischen Bauern die radikalsten Veränderungen annehmen und sogar fördern sollte.

Fußnoten

* Bezieht sich auf den Roman *San-kuo chih yen-i*; vgl. Fischer Weltgeschichte, Bd. 19, S. 264 t. (Anm. d. Red.)

II. Die Revolution als Eroberung (1945–1949)

a) Die letzte Atempause (1945/1946)

Die Niederlage Japans beließ die beiden chinesischen Lager in Frontstellung gegeneinander, doch brach der eigentliche Bürgerkrieg erst im Sommer 1946 aus.

Nationalisten und Kommunisten waren beide fest entschlossen, sich bis zur endgültigen Vernichtung der anderen zu bekämpfen, aber sie mußten mit der Meinung des durch acht Kriegsjahre tief erschöpften Volkes rechnen, das bereit

war, Partei gegen den zu ergreifen, der mit den Feindseligkeiten beginnen würde. Außerdem drängten die Amerikaner auf Schaffung eines *modus vivendi*, denn sie hatten wenig Neigung, in einen neuen Krieg verwickelt zu werden.

Unter diesen Umständen suchten beide feindlichen Lager sich Faustpfänder zu sichern und taten dabei so, als seien ihnen Verhandlungen hochwillkommen. Am 10. August 1945, am Tag nach dem Abwurf der zweiten Atombombe und noch vor der Kapitulation Japans, wurden zwei sich widersprechende Tagesbefehle veröffentlicht. Der eine kam von Chiang Kai-shek, der General Chu Te, den Befehlshaber der Achten Armee, aufforderte, die Kapitulation keiner japanischen Einheit anzunehmen. Der andere war von eben diesem General Chu Te erlassen, der allen ihm unterstehenden Kommandeuren die sofort vorzunehmende Entwaffnung aller japanischen und mit ihnen kollaborierenden Truppen befahl, ebenso die sofortige Besetzung aller Städte und Verbindungswege, »die bis zum heutigen Tag von den Japanern oder ihren chinesischen Knechten gehalten werden«.

General MacArthur, der Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte im Pazifik (*Supreme Commander for the Allied Powers* – SCAP), entschied vier Tage später zugunsten von Chiang, den er als einzig Berechtigten für die Entgegennahme einer japanischen Kapitulation bezeichnete. Amerikanische Flugzeuge transportierten nun eiligst mehrere hunderttausend nationalchinesische Soldaten nach Nord- und Ostchina, während *marines* in Shantung und Hopei landeten und im Namen der legalen chinesischen Regierung Peking, Tientsin und andere Städte und Hafenstädte in Besitz nahmen. Auf diese Weise war es für die Nationalchinesen sehr einfach, diesen Wettlauf zu gewinnen. Ihre kommunistischen Rivalen kamen ihnen lediglich in einem Teil der Mandschurei zuvor, und selbstverständlich behielten diese auch die Kontrolle über zahlreiche Dörfer Nordchinas, die sie schon seit Jahren verwalteten.

Während man sich nun allgemein auf die Überreste der japanischen Armee stürzte, verhandelte Mao Tse-tung in Chungking mit Chiang Kai-shek. Offiziell verlangten die Kommunisten die Bildung einer »Demokratischen Koalitionsregierung«, darauf wollte aber Chiang Kai-shek nicht eingehen. Es wurde kein einziger der Streitpunkte gelöst, und man trennte sich nach Veröffentlichung einer scheinbar konziliananten gemeinsamen Erklärung – denn man wollte das Gesicht wahren – am 11. Oktober 1945.

Die Anwesenheit des amerikanischen Vermittlers General Marshall zwang jedoch die beiden chinesischen Gegner bald zur Aufnahme ernsthafterer Verhandlungen, die freilich auch nur zu illusorischen Abkommen führten. Im Januar 1946 gelang es Marshall dann aber, einen Waffenstillstand verkünden zu lassen, doch stand das »Dreierkomitee«, das, bestehend aus Chou En-lai, dem nationalchinesischen General Chang Chih-chung und General Marshall selbst, die ganzen entstandenen Konflikte und Streitereien klären sollte, vor einer schwierigen Aufgabe. Die Zwischenfälle mehrten sich, ganz besonders in der Mandschurei, wo im April und Mai 1946 von der Roten Armee der Kampf um

den Verschiebebahnhof von Ssup'ing entfesselt worden war – die erste wirkliche Schlacht zwischen Kommunisten und Nationalisten seit der Epoche des Zwischenfalls von Sian (Dezember 1936).

Die Mandschurei (chinesisch auch *Tungpei*, ›der Nordosten‹) blieb lange Zeit das Operationsfeld des Bürgerkrieges. Es war dies das einzige Gebiet chinesischen Bodens, wo die Amerikaner nicht wirksam eingreifen konnten, denn ihre sowjetischen Verbündeten hatten entsprechend dem Abkommen von Jalta am 8. August 1945, also zwei Tage nach Hiroshima, Japan den Krieg erklärt und in der einen Woche, die dieser Krieg dauerte, die Mandschurei besetzt. Das hatte zwar nicht zur Folge, daß die sowjetische Rote Armee der chinesischen Roten Armee ähnliche Unterstützung bot wie die Amerikaner den Nationalisten. Malinowski, der Befehlshaber des sowjetischen Expeditionskorps, hinderte zwar die Partisanen des Lin Piao nicht, den größten Teil der nördlichen Mandschurei zu besetzen und sich über das Land auszubreiten, doch lieferte er die großen Städte im Süden und im Zentrum der Nationalarmee aus. Stalin, der am 14. August 1945 einen Bündnisvertrag mit der legalen Regierung von Chungking unterzeichnet hatte, schien weniger an einer Unterstützung der chinesischen Revolution, deren Erfolg er bezweifelte, interessiert zu sein als an der Überführung der von den Japanern errichteten Fabriken mit allen Maschinen nach der UdSSR. Die Rote Armee war daher in erster Linie mit der Demontage beschäftigt. Für China war dieser Verlust um so schlimmer, als der Nordosten das einzige wirklich industrialisierte Gebiet des Riesenreiches war.

b) Der Bürgerkrieg (1946–1949)

Eine genaue Trennungslinie zwischen den im Frühjahr 1946 erfolgten Scharmützeln und dem Beginn des eigentlichen Bürgerkrieges zu ziehen ist nicht möglich, denn es wurde keinerlei Kriegserklärung abgegeben.

Chou En-lai blieb sogar bis November in Chungking, und die von ihm geleitete Delegation verließ die nationalchinesische Hauptstadt – die Regierung war inzwischen wieder nach Nanking zurückgekehrt – sogar erst im Mai 1947. Man kann jedoch annehmen, daß der Krieg vom Juli 1946 an geführt wurde. Ein letzter Waffenstillstand war in der Mandschurei im Juni geschlossen worden, doch lief er am 30. Juni ab und wurde nicht erneuert. Im Juli verkündeten die Kommunisten die Gründung einer ›Volksbefreiungsarmee‹. Diese Bezeichnung, die jener der ›Achten Marscharmee‹ folgte, welche an die Zeit der Einheitsfront erinnerte, drückte ein ganzes Programm aus.

Die Nationalisten waren mit drei Millionen Mann gegenüber kaum einer Million Soldaten der Kommunisten in der Überzahl. Dazu kamen die amerikanische Finanz- und Waffenhilfe sowie die Mittel, die ein weit ausgedehnteres und reicheres Hinterland bot (die Kommunisten hatten bei Kriegsbeginn keine einzige Großstadt besetzt). Das ganze Oberkommando der Nationalarmee war aber höchst mittelmäßig, und die wenigen ausgezeichneten

Generale, wie Li Tsung- jen, der Sieger von T'ai-erh-chuang, wurden aus politischen Gründen abseits gehalten. Außerdem lösten die fehlende Kontinuität im Oberkommando und das persönliche Eingreifen Chiang Kai-sheks, der sich von Peking oder Nanking aus unter Umgehung der jeweiligen Befehlshaber direkt in mehrere hundert Kilometer entfernte Operationen einmischte, Unsicherheit und Durcheinander aus, die jede Initiative lähmten. Dabei war Initiative ohnehin Mangelware in einer Armee, deren Strategie und geistige Verfassung in erster Linie auf Verteidigung eingestellt waren. In den ersten Kriegsmonaten zwischen Sommer 1946 und Frühjahr 1947 hatten die Nationalisten noch weitere Gebiete besetzt, und seither war es ihr Hauptbestreben, diese Gebiete zu halten. Die Truppen, die längs der Verbindungswege verstreut und in Städten stationiert waren, von denen einige – wie Ch'angch'un und Kirin (in der Mandschurei) – mehrere tausend Kilometer von ihrer Basis in Zentralchina entfernt lagen, verloren alle Beweglichkeit und hüteten lieber ihre Munitionsvorräte, als sie zu verwenden. Die schlechte Moral der Soldaten, die zumeist zwangsrekrutierte Bauern waren und daher nur zu gern auf die Propaganda der kommunistischen Bauern hörten, welche von der ›Volksbefreiungsarmee‹ gut behandelt wurden und von der Landverteilung profitierten, und der Offiziere selbst führte zu Desertionen: nicht nur einzelne, sondern ganze Einheiten liefen zu der kommunistischen Armee über.

Man könnte Punkt für Punkt die Vorzüge der chinesischen Roten Armee den Schwächen der Regierungstruppen gegenüberstellen. Bei den Kommunisten kämpften seit den heroischen Tagen von Kiangsi die gleichen Männer unter der gleichen Führung. Die Strategie war ebenso einfach wie kühn und suchte nicht Verteidigung oder Besetzung geographischer Punkte, sondern die Vernichtung des Gegners zu erreichen. So wurde beispielsweise Yen-an, als es im März 1947 angegriffen wurde, einfach wieder geräumt. Weiterhin griff die Rote Armee systematisch zu den Taktiken und Kriegslisten des Guerillakampfes; sie vermied große Schlachten, in denen sich Gewinne und Verluste meist die Waage halten, und suchte vielmehr durch eben diese Guerillataktiken den Mangel an Soldaten und an Material auszugleichen. Dadurch war sie außerordentlich beweglich und ständig verfügbar. Sie zog sich immer blitzartig zurück und hinterließ dem Gegner nicht die geringste Beute, was seinen vermeintlichen Erfolg illusorisch machte. Schließlich und endlich war ihre Kampfmoral ebenso groß, wie die ihrer Gegner gering war.

α) Die Agrarrevolution

Die Kampfmoral der Soldaten der ›Volksbefreiungsarmee‹ aber traf mit nichtmilitärischen Faktoren zusammen. Die Guerilla brachte für die Kriegskunst keinen neuen Stil, sondern war lediglich eine Form des revolutionären Kampfes. Der Kampf der Roten Armee läßt sich jedoch nicht trennen von der

Agrarrevolution, welche die sozialen Verhältnisse zur gleichen Zeit in zahllosen Dörfern Nord- und Nordostchinas über den Haufen warf.

*Fan-shen*⁵, ›sich umdrehen‹, d.h. im eigentlichsten Sinn des Wortes ›eine Revolution durchführen‹, so hieß das Wort, das diese Periode beherrschte. Für den Bauern der ›befreiten Regionen‹, also der unter kommunistischer Obhut stehenden Zonen, bedeutete *fan-shen*, das Leben unter völlig anderen sozialen Gesichtspunkten zu betrachten. Man war dem Besitzer nicht mehr sklavisch ergeben und brauchte sich nicht mehr um den Wucherer und den Verwalter zu kümmern. Außerdem bedeutete es, daß man ein Stück Land bekam und einen Teil der ›Früchte des Ringens‹, nämlich landwirtschaftliche Geräte, Vieh, Kleidung und andere den Reichen weggenommene Dinge. Für die Bäuerin war *fan-shen* gleichbedeutend damit, daß sie nun keine Prügel mehr von ihrem Mann bekam, denn die Sozialrevolution war von einer Revolution der Sitten und Gebräuche begleitet. Und für die Schwiegertochter hieß es, daß sie sich jetzt gegen die Tyrannei der Schwiegermutter auflehnen durfte. Jeder lud seine Leiden und Klagen bei den ›Darstellungen der Bitternisse‹ ab, die gleichzeitig Volksversammlungen und psychodramatische Vorstellungen waren. Diese von der Roten Armee veranstalteten Manifestationen sollten sowohl das Klassenbewußtsein der Bauern wecken, als auch die Namen der Grundbesitzer und Lokaltyrannen, die am meisten gehaßt wurden, kundtun. Diese wurden dann gedemütigt, beschimpft und manchmal auch gefoltert, ehe man sie hinrichtete.

Die Agrarrevolution hatte nicht überall derartige Gewalttätigkeiten zur Folge, sondern vollzog sich nach und nach und mußte in manchen Fällen zurückgeschraubt und gemäßigter durchgeführt werden.

Im großen und ganzen kann man sagen, daß sich die Agrarpolitik der KPCh in der ersten Zeit an die im chinesisch-japanischen Krieg eingeführten Maßnahmen hielt, nämlich an die Senkung des Pachtzinses und der allgemeinen Zinsen usw. Die ersten Landbeschlagnahmen fanden im Sommer 1946 statt, und erst im Oktober 1947 wurde in den von der Roten Armee besetzten Gebieten der Klassenkampf systematisch verstärkt, wobei starke Unterschiede zwischen den ›seit langem befreiten‹, ›seit längerem befreiten‹ und ›seit kurzem befreiten‹ Gebieten gemacht wurden. Die *ti-chu*, die Großgrundbesitzern und deren Agenten (Verwalter, Strohänner und Schlägertypen, ihre Pächter und Komplizen unter den armen Bauern sowie die Zauberer, die unentwegt nach dem alten Stil weiterlebten und die traditionellen Riten und Tabus verteidigten) waren nicht die einzigen Opfer der Revolution. So kam es in vielen Distrikten vor, daß man nicht nur die reichen Bauern zur Rechenschaft zog, sondern auch die ›besser gestellten mittleren Bauern‹. Diese Kategorie war ausdrücklich für die Zwecke der Agrarrevolution erfunden worden, als die ›Früchte des revolutionären Kampfes‹ verteilt waren und sich herausstellte, daß die Mehrzahl der Armen leer ausgehen würde, wenn man nicht noch andere ›Reiche‹ fand, die man enteignen konnte. Die Partei reagierte gegen diese übertriebene

Gleichmacherei, die außer acht ließ, daß allein durch Mittel wirtschaftlicher Natur, nämlich durch Produktionssteigerung und damit durch Vermehrung der Gesamtmenge der zu verteilenden Einnahmequellen, die allgemeine Not – langsam und mühevoll – bekämpft werden konnte. Diese Gleichmacherei drohte im Augenblick schwerste politische Probleme aufzuwerfen und im Rücken der Roten Armee die Einheitsfront der armen und der mittleren Bauern zu sprengen: jener beiden Klassen, auf die sich die kommunistische Verwaltung stützte.

Verschiedentlich hatte auch die gesamte Dorfgemeinschaft unter der neuen Gesellschaftsordnung zu leiden, die durch einige Dorfangehörige vertreten wurde. Diese bäuerlichen *kanpu* (›Kader‹), Kommunisten oder Nichtkommunisten, die Aktivisten der ›Vereinigung der armen Bauern‹ oder die Chiefs der Ortsmiliz waren völlig benommen von der ihnen zugefallenen Macht oder dadurch, daß sie ein Gewehr tragen durften. Sie teilten sich selber die besten Ländereien zu und maßten sich das Recht an, ›Freiwillige‹ für die Rote Armee zu rekrutieren. Selbstverständlich wählten sie dafür immer ihre persönlichen Feinde oder solche Bauern aus, die ihrer Willkürherrschaft nicht folgen wollten. Sie terrorisierten die Mehrheit, um eine Minderheit ungestraft berauben zu können, wenn sie nicht gar zu roher Gewalt griffen und plünderten, vergewaltigten und mordeten. Diese Mißwirtschaft, diese zeitweise Lokaldiktatur der größten Scharfmacher – meistens waren es die gleichen, die während der Anfänge der Agrarrevolution am meisten riskiert hatten – wurde dann von der Kommunistischen Partei bekämpft, die Schuldigen wurden nach und nach bestraft. Die Partei zwang ihre Mitglieder und die Funktionäre der Massenorganisationen, ›durch die Tür zu gehen‹, das heißt, sie mußten sich der Kritik der gesamten Dorfbewohner stellen, denn nur diese wurden für geeignet befunden, die Spreu vom Weizen zu sondern. Alle, die nicht ›durch die Tür‹ der allgemeinen Zustimmung gehen konnten, wurden abberufen, bestraft und eingesperrt. Verschiedene Funktionäre begingen Selbstmord, andere waren vollkommen demoralisiert. Später erfolgte dann eine neuerliche ›Richtigstellung‹, eine Korrektur in umgekehrtem Sinn, durch die die Funktionäre geschützt und rehabilitiert wurden.

Es war also nicht alles rosig und einfach in den ›befreiten‹ Dörfern. Eigentlich war das ganz natürlich, und diese Feststellungen sollen auch nur die idealisierten Schilderungen der Agrarreform und des Schicksals der armen Bauern etwas zurechtrücken. Diese Bauern waren eben das, was ein hartes und armseliges Leben aus ihnen gemacht hatte: eine verängstigte und willenlose Masse – jede Revolte war in unbarmherzigster Weise niedergeschlagen worden. Gleichzeitig aber waren sie gelegentlich auch heftig, hart und egoistisch, denn ein Übermaß an Großzügigkeit war für Menschen dieser Art genausowenig angebracht. Selbstverständlich wäre es jedoch einfältig, sich darüber zu entrüsten oder irgendein Urteil fällen zu wollen, wenn diese Bauern ihre Kinder umbrachten oder ihre Töchter verkauften, sobald sie keine Möglichkeit mehr hatten, ihre anderen Kinder und die, welche sie verkauften, überhaupt am Leben

zu erhalten. Es soll an dieser Stelle nur festgehalten werden, daß diese Revolution in die zahllosen Gegensätzlichkeiten verstrickt war, wie sie nun einmal im täglichen Leben vorkommen, und daß die Agrarrevolution in den Dörfern Fuß fassen mußte, um siegen zu können. Die Intellektuellen, die sich von Anfang an der Revolution verschrieben hatten, entdeckten damals endlich, daß Revolution etwas ganz anderes ist als die ›perfekte‹ Verwirklichung einer reinen Idee oder das unfehlbare Instrument einer abstrakten Justiz.

Nach dieser Klarstellung muß jedoch ausdrücklich betont werden, daß es den Kommunisten gelang, die Massen der Bauern zu mobilisieren, indem sie seit undenklichen Zeiten bestehende soziale und politische Beziehungen änderten und modernisierten. Die oben angeführten Zwischenfälle und Tragödien fallen weniger der Partei zur Last, sondern waren eher typische Dorfstreitereien und persönliche Racheakte innerhalb der Dorfgemeinschaften (aus denen die lokalen kommunistischen Funktionäre ja selber stammten). Dies zeigt auch, daß die Revolution im Dorf schließlich eine reine Bauernangelegenheit war, daß die Bauern an der von den Leitern der Kommunistischen Partei begonnenen und geführten Bewegung teilnahmen und ihre Söhne in die Rote Armee schickten. Letztere aber verstand es auch, sich – nach einem Wort Maos – im Volk zu bewegen »wie ein Fisch im Wasser«, und sie erzog die bäuerlichen Rekruten zu wahren Kämpfern der Revolution. Eine Einheit der Roten Armee sei, so schrieb ein amerikanischer Korrespondent, gleichzeitig auch »eine Schule, ein Theater, ein Klub für gemeinsame Arbeit und für politische Bildung«.6 Dem ganzen Verhalten und der Tatkraft der Roten Armee war es ebenso zu danken wie der Agrarrevolution und der Landverteilung, daß Partei und Volk schließlich miteinander verschmolzen, das heißt, daß die neuen Bewerber um die Macht und die von ihnen Verwalteten eine Einheit bildeten.

β) Ein Mandat geht verloren

Das ganze übrige China war das Hinterland der ›weißen‹ Armeen während des Bürgerkriegs, ein bäuerliches China, dessen Bewohner nicht wie ihre glücklicheren Landsleute im Norden und Nordosten die Ländereien der Reichen erhielten. Die Soldaten der ›Ordnungstreitkräfte‹, die auch Bauern waren, kannten diesen Kontrast nur zu gut, und die kommunistische Propaganda nutzte das weidlich aus. Die Stadtbewohner Chinas waren unruhig und entmutigt, denn sie hatten schwer unter der Inflation und der darniederliegenden Wirtschaft zu leiden. Das Ende des Krieges hatte zwar die Geldentwertung für einige Zeit zum Stillstand gebracht, die während der Chungking-Periode eingetreten war, aber eine allzu optimistische Schätzung des Wertes des *fa-pi*, des legalen Geldes des ›freien‹ China, dessen Parität mit den von der japanischen Besatzung in den Ostprovinzen herausgegebenen Geldscheinen viel zu hoch eingestuft war, setzte die Inflation sehr bald wieder in Gang. Verstärkt wurde sie dann noch durch die Wiederaufnahme der Kämpfe zwischen Kommunisten und Nationalisten, da die Regierung systematisch weiter Scheine drucken ließ, um

die durch den Krieg entstehenden Kosten zu decken. Dabei scheute diese Regierung keineswegs vor den kostspieligsten militärischen Operationen zurück. So verschlang die über eine Luftbrücke vorgenommene Versorgung des von den Kommunisten eingeschlossenen Ortes Ch'angch'un das gesamte Militärbudget des zweiten Halbjahres 1948. Da außerdem keinerlei Maßnahmen zur Abschöpfung der Inflations- und Spekulationsgewinne erfolgten und es weder eine Devisenkontrolle noch eine Einfuhrbeschränkung gab, konnten die Kapitalisten ihr Geld nach dem Ausland verschieben. Dadurch wurde die Lage immer kritischer. Zwischen Januar 1946 und August 1948 waren die Preise um das 67fache gestiegen, und es kostete in der Gegend von Kanton ein einziges Reiskorn 15 *fa-pi*!

Viel zu spät ergriff die Regierung energische Maßnahmen, indem sie Höchstpreise festsetzte, den Umtausch von Devisen und Edelmetallen anordnete und die Spekulanten verhaften ließ, von denen einige auch erschossen wurden. Damit wollte sie die Inflation zum Stillstand bringen. Am 19. August 1948 wurde der *fa-pi* durch den Gold-*yüan* ersetzt. Das Mißtrauen der Bevölkerung und die weiterhin jedes vernünftige Maß überschreitende Ausgabe von Papiergeld ließen sehr bald eine Entwertung auch dieses neuen Geldes eintreten, und diese Entwertung war dann noch wesentlich stärker und rapider, als die des *fa-pi* gewesen war. Aber nicht nur scheiterte dieser letzte Versuch einer Finanzreform, sondern der unwirksame Terrorismus brachte gerade jene Klasse dazu, sich von der Regierung abzuwenden, die am meisten die Bekämpfung des Kommunismus wünschte, nämlich die Kapitalisten und Geschäftsleute, die verschiedentlich mit all den Profitmachern und kleinen Gaunern zusammen eingesperrt wurden. Als die Truppen des ›einäugigen Generals‹ Liu Po-ch'eng, eines Veteranen der Roten Armee, nach Zentralchina vordrangen, kamen ihnen Lastzüge mit Stoffen entgegen. Es waren Geschenke der Webereibesitzer von Shanghai, die sich vorsichtshalber schon bei den wahrscheinlichen neuen Herren einschmeicheln wollten.

Andere Klassen von Städtern, die unter der Inflation litten, wie der Mittelstand und besonders die Intellektuellen, hatten nicht erst bis 1948 gewartet, um sich von der *Kuomintang* zu lösen. Die gegen jeden Bürgerkrieg eingestellten Intellektuellen hatten Chiang Kai-shek seine Unnachgiebigkeit von 1945/1946 nicht vergessen. Ihre Kritik und ihre Forderungen hatten lediglich Polizeiaktionen zur Folge: Intellektuelle wurden in Konzentrationslager geschafft oder von der Geheimpolizei ermordet. Der Erfolg war, daß sich die einen nach Yenan wendeten, während die anderen, angeekelt und furchtsam, in Apathie verfielen. Studenten demonstrierten gegen die Einschränkungen der Freiheiten und gleichzeitig gegen den ›amerikanischen Imperialismus‹. Der kommunistischen Propaganda war es gelungen, die amerikanische Hilfe für die Chiang Kai-shek-Regierung der japanischen Invasion von einst gleichzusetzen, den Kampf der Kommunisten aber als den wahren nationalen Kampf hinzustellen, obwohl die Dinge eigentlich ganz anders gelagert waren – ebenso,

wie sie sich vom Einsatz der Amerikaner gegen die vietnamesische Revolution zwei Jahrzehnte später unterschieden. In China handelte es sich im wesentlichen um einen Bürgerkrieg zwischen zwei nationalen Kräften mit gegensätzlichen Programmen und unvereinbaren Zielen, wobei die imperialistische Intervention nur eine Nebenrolle spielte.

Auch die sehr klein gehaltenen Kreise, die am politischen Leben teilnahmen – oder an dem, was man eben politisches Leben nannte –, wendeten sich von einem wankenden, aber trotzdem höchst autoritären Regime ab. Die dritte Kraft, die ›Demokratische Liga‹, in der sich verschiedene kleine liberale oder gemäßigte Parteien gesammelt hatten, wurde in die Arme der Kommunisten getrieben. Genau wie diese boykottierte die Liga die Nationalversammlung, die Nanking im November 1946 einberief, und weniger als ein Jahr später wurde sie im Oktober 1947 für ungesetzlich erklärt. Selbst die regierende Partei erlebte Spaltungen. Ein ›Revolutionskomitee der *Kuomintang*‹ wurde im Januar 1948 durch Generale und Würdenträger des Regimes gegründet und rief zum bewaffneten Kampf gegen die Regierung auf. Mehrere Gründungsmitglieder wechselten zu den Kommunisten über. Im April 1948 wählte die ernannte und nicht etwa gewählte Nationalversammlung Chiang Kai-shek wieder zum Präsidenten der Republik, gab ihm aber auf vielfaches Drängen der verschiedensten Seiten hin einen Vizepräsidenten bei, den er nicht wollte, der ihn schon oft kritisiert und sogar mit Waffen bekämpft hatte, den General Li Tsung-jen.

Der Vertrauensschwund des Bürgertums wurde beschleunigt oder auch verstärkt durch eine moralische Krise, die an den klassischen Verlust des ›Mandats des Himmels‹ erinnerte, welcher nach der chinesischen Überlieferung sinkende Dynastien befahl und deren Sturz anzeigte (vgl. Fischer Weltgeschichte, Bd. 19, S. 64 und 103). Durch die Inflation wurden die Beamten bestechlicher – obwohl sie das vorher auch schon genug gewesen waren –, und die Korruption wurde zu einem Dauerzustand. Die Rückgabe der japanischen Kolonien oder Besitzungen, wie Taiwan (Formosa) und das ehemalige Manchukuo, an China führte zu einer schamlosen Ausbeutung, die sehr bald die dort am Rande des Riesenreiches wohnenden Chinesen, von denen die meisten Emigranten oder Nachkommen der Han-Flüchtlinge waren, der Zeit der imperialistischen Beherrschung nachtrauern ließen. Diese bitteren Gefühle veranlaßten mehr als einen jungen Chinesen aus dem Nordosten, in die Rote Armee einzutreten, und riefen die blutig unterdrückte Revolte auf Taiwan im März 1947 hervor. Chiang Kai-shek behauptete natürlich, dieser Aufstand sei von »taiwanischen Kommunisten« angezettelt worden, die »die Japaner zurückgelassen hätten, um Unruhe zu stiften«. Dies war eine der vielen tausend Lügen der offiziellen Stellen während des Bürgerkriegs, wo jede Niederlage entgegen offensichtlichen Tatsachen als »Flucht der roten Banditen« hingestellt wurde, was dazu beitrug, die Regierung völlig in Verruf zu bringen.

y) Das Kriegsgeschehen

Der erste Teil des Bürgerkriegs war für die Nationalarmee günstig gewesen, da sie in Mannschaftsstärke, Bewaffnung, Ausrüstung und Nachschub den Kommunisten haushoch überlegen war.

Vom Sommer 1947 an griffen aber die Kommunisten an, und zwar in der Mandschurei, von wo aus ihre Endoffensive gestartet wurde. Sie machten sich den Umstand zunutze, daß die Regierungstruppen auf riesige Gebiete verteilt waren, und ließen durch ihre Guerillataktik diesen Umstand zu einer Quelle ständiger Gefährdung und Schwächung werden. Und als das Jahr zu Ende ging, war es für die allerdings sehr wenigen einsichtigen Beobachter klar, daß die Karte der besetzten Gebiete und die materielle Stärke nicht mehr mit den beiderseitigen Kräften und Möglichkeiten übereinstimmten. Mao jubelte: »Der Revolutionskrieg des chinesischen Volkes ist jetzt an einem Wendepunkt angelangt [...] das ist ein Wendepunkt der Geschichte.« (Bericht an das Zentralkomitee vom 25. Dezember 1947.) Aber selbst Mao sah noch kein rasches Ende voraus.

Von 1948 an waren die im großen und ganzen ziemlich leicht erfochtenen Siege der Roten Armee für den Kriegsausgang entscheidend. Die Kommunisten nahmen Yenan wieder, eroberten Großstädte wie Loyang in Honan und Tsinan, die Hauptstadt von Shantung, und bewiesen damit, daß sie jetzt vom Guerillakampf zu Belagerungen und wirklichen Schlachten übergehen konnten, also einen regelrechten Krieg zu führen imstande waren.

Dann traten sie vom September ab zu einem Endangriff auf den Nordosten an, eroberten ihn innerhalb von zwei Monaten und nahmen dabei mehrere hunderttausend Soldaten der Nationalarmee gefangen. Es war Lin Piao, der gegenwärtige »Kronprinz« Maos, der als der große Sieger aus dem Feldzug im Nordosten hervorging; Ch'en I und Liu Po-ch'eng machten kurz danach durch die Schlacht von Huai-hai (November 1948-Januar 1949) den Sieg über die Regierungstruppen vollständig. Dieser gigantische Zusammenstoß von fast einer Million Soldaten, die sehr ungleich befehligt wurden, auf einem baum- und strauchlosen Feld vor Hsüchou, kostete die Nationalarmee 550000 Mann, davon 327000 Gefangene: den Hauptteil ihrer noch vorhandenen Truppen. Taktische Irrtümer der Nationalisten, an denen Chiang genauso schuld war wie seine Generale, die mangelnde Zusammenarbeit zwischen den miteinander rivalisierenden Feldherren und die schlechte Kampfmoral der Regierungstruppen führten diese vollkommene Niederlage herbei.

Von nun an stand der Weg zur Hauptstadt Nanking und nach Shanghai den Kommunisten offen, und wenn sie bis zum 20. April abwarteten, ehe sie den Yangtse überschritten, um dann am 23. in Nanking einzuziehen, so geschah dies nur darum, weil sie in Peking, das in der Zwischenzeit gleichfalls besetzt worden war, mit den Vertretern der besiegten Regierung verhandelten. Allerdings nicht mit Chiang Kai-shek, der zurückgetreten war und seinen Rückzug nach Taiwan

vorbereitete. Der Verhandlungspartner der Kommunisten war vielmehr der Vizepräsident Li Tsung-jen, der interimistischer Präsident geworden war.

Die Verhandlungen scheiterten, und der Triumphzug der Roten Armee wurde vom Norden nach dem Süden und Südwesten fortgesetzt. Der Vormarsch war noch nicht völlig beendet, da rief das jubelnde Volk am 1. Oktober 1949 die Volksrepublik China aus.

Der Eroberungsfeldzug war reichlich leicht vonstatten gegangen: damit lassen sich zwei Schlußfolgerungen formulieren, in denen eine gewisse Versuchung liegt.

Die erste besteht darin, daß man die chinesische Revolution einfach als militärische Eroberung betrachtet, da der Sieger durch Waffengewalt festgestellt wurde.

Die zweite besagt, es habe sich nicht einmal um eine Eroberung gehandelt, weil die Kommunisten leichtes Spiel hatten und lediglich an die Stelle eines Regimes traten, das sich von selbst aufgelöst hatte, und die führenden Klassen Chinas ihnen einfach Platz machten.

Derartige Erklärungen des revolutionären Triumphs sind nicht absolut falsch, können sich aber nur auf die Endphase der Revolution beziehen. Genausogut könnte man, gestützt auf gewichtige Argumente, die Finanzlage als Ursprung der Revolution bezeichnen und eventuell die verschiedenen Folgen eines Bankrotts miteinander vergleichen, der hier die Regierung die Zuneigung der Kapitalisten kostete und im Frankreich des *ancien régime* die Revolte der Privilegierten und die Einberufung der Generalstände nach sich zog ...

Will man aber tiefer schürfen und alle Zufälligkeiten außer acht lassen, so muß man die seit einem Jahrhundert auf China lastende soziale und nationale Krise in Betracht ziehen.⁷ Sie zeigte sich zuletzt in der Verschlechterung der Lebensbedingungen der Bauernschaft und in der Intervention des japanischen Imperialismus; dieser eröffnete den Kommunisten eine günstige Gelegenheit, jene (die Bauernschaft) stellte den Revolutionären die nötigen Soldaten.

Doch zunächst einmal mußten diese Soldaten mobilisiert und die günstige Gelegenheit erfaßt werden. Hier darf man die subjektiven Faktoren für den kommunistischen Sieg oder, anders gesagt, die ins Werk gesetzten Mittel zur Nutzung einer objektiv günstigen Lage nicht außer acht lassen. Die Geschichte kennt keine revolutionäre Parthenogenese, welche spontan aus einer Situation entspringt, »die nicht länger dauern kann«.

Normalerweise hat das Unerträgliche Dauer – sonst wäre schon längst eine Revolution im Nordosten von Brasilien und in vielen anderen Gegenden der Dritten Welt ausgebrochen. In China waren die Instrumente der Revolution (die es gestatteten, die natürliche Wirkung dessen, was Mao die antagonistischen Widerspruch nennt, richtig zu steuern und zu vervielfachen) in erster Linie die Partei und in ihr die kleine Gruppe aufopfernder, kriegerischer, disziplinierter Männer – besonders Intellektueller –, die sie leitete, sowie die Armee: man stößt

in diesem Stadium und auf diesem Niveau erneut auf die Rolle des Militärs. Damit sind wir wieder bei der Strategie Maos, welcher die Schaffung revolutionärer Stützpunkte auf dem Land und die Eroberung der Regierungsgewalt durch das Militär vorschreibt. In der Situation Chinas hat sich diese Strategie vorzüglich bewährt und reichlich Früchte getragen. Das will aber nicht heißen, daß sie universell anwendbar wäre.

8. Südostasien wird unabhängig

1. Der Krieg im Pazifik

1940 gährte es bereits überall in Südostasien, und es bedurfte nur eines Anstoßes, um der nationalen Bewegung zum Durchbruch zu verhelfen. Den Anlaß bot der Krieg im Pazifik.

Es ist bekannt, daß die Japaner, nachdem im Oktober 1938 Kanton besetzt worden war, weiter nach Süden vorstießen und die französische Niederlage ausnutzten, um Fuß in Indochina zu fassen. Die japanischen Truppen, welche seit Herbst 1940 im Norden standen, landeten im August 1941 in Saigon; diese Besetzung, die eine unmittelbare Bedrohung der Südmeere darstellte, leitete den letzten Akt der Krise ein. Am 7. Dezember folgte Pearl Harbor und der Beginn der vernichtenden Offensive, die in weniger als drei Monaten über die Philippinen (Manila: 2. Januar 1942), Malaya (Singapur: 15. Februar 1942), Niederländisch-Indien (Bandung: 9. März 1942) und Burma (Rangun: 9. März 1942) hinwegbrandete. Das Dogma von der westlichen Überlegenheit, das der Kolonialismus sorgfältig aufrechterhalten hatte, zerfloß in ein Nichts.

Anfänglich wurden die Japaner überall als Befreier empfangen, allerdings nicht von den Kommunisten. Die japanische Propaganda pries die rassische und kulturelle Einheit Asiens und versprach allen Völkern die Unabhängigkeit, die auch tatsächlich proklamiert wurde. Die Illusionen waren jedoch nur von kurzer Dauer. Die Gewalttätigkeiten der Japaner, eine rücksichtslose wirtschaftliche Ausbeutung, der Bau von strategischen Straßen, der für Hunderttausende von Menschen Zwangsarbeit bedeutete – all dies trug dazu bei, die Sympathie der Bevölkerung rasch ins Gegenteil zu verwandeln. Die Nationalisten indessen arbeiteten trotz ihrer Enttäuschung weiter mit ihnen zusammen. Sie ergriffen damit die einzige Chance, um in der kurzen Zeit, die ihnen blieb, die für den zukünftigen Befreiungskrieg notwendigen Kader zu bilden. Nachdem die Europäer ausgeschaltet worden waren, standen den nationalen Spitzenkräften alle Posten in Verwaltung und Praxis offen, die jene zuvor eifersüchtig für sich reserviert hatten. Zum erstenmal gingen Regierung, Industrie und Handel in ihre Hände über, zum erstenmal gab es nationale Armeen. Die zahlreichen Organisationen, die die Japaner aus der Taufe gehoben hatten, dienten ebenfalls dazu, den nationalen Gedanken unter den Massen zu verbreiten. So kam es, daß die dreijährige japanische Besetzung den Reifeprozess des Nationalismus bedeutend beschleunigte.

II. Die Widerstandsbewegungen

Dies war die Taktik, deren sich die Nationalisten nach außen hin bedienten; im geheimen bereiteten die meisten von ihnen die Widerstandsbewegung vor, gemeinsam mit den Kräften der Linken. Die Kommunisten, die am straffsten organisiert waren, die größte Disziplin hatten und am besten im politischen Denken geschult waren, waren auch die ersten gewesen, die den antijapanischen Kampf vorbereitet hatten. Obwohl sie mit den Alliierten zusammenarbeiteten, die sie mit Waffen und Munition versorgten, machten sie schon seit Beginn der Besetzung keinerlei Hehl aus ihrem doppelten Ziel, nicht nur die Herrschaft der Japaner, sondern auch die des Kolonialimperialismus zu stürzen. Dies traf sowohl auf den *Viêt-Minh* als auch auf die *Hukbalahaps* (s.u.S. 148) und die Antijapanische Volksarmee von Malaya zu.

In *Vietnam* wurde die Guerillataktik zum erstenmal beim Aufstand von Bac-son (September 1940) angewendet. Durch dieses Beispiel ermutigt, beschloß das Süd-Komitee ohne die Zustimmung des Zentralkomitees einen allgemeinen Aufstand. Er brach am 23. November in der Ebene der Schilfrohre aus, wurde aber blutig niedergeworfen. Diese Fehlentscheidung, die eine Dezimierung der Kader bedeutete, sollte schwer auf der Zukunft der Bewegung im Süden lasten.

Im Mai 1941 berief Nguyen Ai Quốc die Achte Konferenz des Zentralkomitees nach Pac-bo an der chinesischen Grenze ein. Es ist dies ein wichtiges Datum, denn es bedeutet die Entstehung des *Viêt-Minh* (der Liga für die Unabhängigkeit Vietnams) und die Ausarbeitung eines Programms, an dessen Ende die Unabhängigkeit stehen sollte. Ziel der Liga war es, eine Einheitsfront zu schaffen, bestehend aus Arbeitern, Bauern, Kleinbürgern, national denkenden Bürgern und ›patriotischen Grundbesitzern‹, um gegen den französischen Kolonialismus und den japanischen Imperialismus zu kämpfen. Im Gegensatz zu anderen Parteien, deren einziges Ziel die Unabhängigkeit war, bot der *Viêt-Minh* ein vollständiges politisches, wirtschaftliches und soziales Programm, was ihm eine Vorrangstellung gab. Unter der Führung von Nguyen Ai Quốc, der nun den Namen Hô Chi Minh annahm, wurde die politische Tätigkeit mit der militärischen Aufrüstung kombiniert durch die Schaffung einer ›Propaganda- und Befreiungsarmee‹ unter dem Kommando von Vo Nguyên Giap. Seine Aufgabe war es, den Kampf von Cao-bang in Richtung auf das Delta hin voranzutreiben. Im Verlauf des Winters entstanden im oberen Tongking sogenannte ›befreite Gebiete‹; der Augenblick der Entscheidung rückte näher. Durch einen Gewaltstreich der Japaner am 9. März 1945, der den plötzlichen Zusammenbruch der Kolonialherrschaft zur Folge hatte, sollte der Gang der Handlung noch beschleunigt werden.

Auf den *Philippinen*, deren Regierung sich zuerst nach Corregidor und dann nach Washington abgesetzt hatte, arbeitete eine gewisse Anzahl von hohen Beamten und Großgrundbesitzern und viele von denen, die sich am heftigsten gegen jegliche Reformen gesträubt hatten, mit der Besatzungsmacht zusammen,

um ihre Privilegien aufrechtzuerhalten. Im Oktober 1943 wurde eine Republik mit dem Präsidenten José Laurel gebildet, aber die Masse der Filipinos verweigerte ihr die Gefolgschaft und ging in den von den Huks aufgebauten Widerstand.

Die Organisation der Huks – eine Abkürzung aus *Hukbalahap*, ›Antijapanische Volksarmee‹ – war im März 1942 in Luzon, dem ständigen Herd der Agraragitation, gegründet worden. Von den beiden Führern Vicente Lava und Luis Taruc kam der eine aus der sozialistischen und der andere aus der kommunistischen Partei. Wie der ein Jahr zuvor gegründete *Viêt-Minh* war der *Hukbalahap* eine Koalition von Nationalparteien, die gleichzeitig gegen die Japaner und den Kolonialismus waren. Während des Guerillakampfes gegen die Japaner wurden die Grundlagen für eine politische Organisation und eine Agrarreform gelegt.

In *Malaya* organisierte die kommunistische Partei die *Malayan People's Anti-Japanese Army* (MPAJA), die ›Malaiische antijapanische Volksarmee‹, deren Zeichen drei Sterne waren, einer für jede Rasse: die malaiische, die chinesische und die indische. Im Februar 1943 wurde ein politisches Programm ausgearbeitet, das neun Punkte mit folgenden Hauptideen enthielt: Befreiung von den Japanern und den Engländern, Schaffung einer Republik, in der alle Nationalitäten vertreten sein sollten, demokratische Freiheiten, Industrialisierung, kostenlose Schulausbildung in den verschiedenen Nationalsprachen. Im gleichen Jahr wurde die Verbindung mit den britischen Streitkräften aufgenommen, die den Untergrund mit Waffen und Geld versorgten. Bei der Kapitulation Japans im August 1945 war die MPAJA 7000 Mann stark. Im Monat vor der Landung der britischen Truppen verließ die Volksarmee den Dschungel und zeigte sich in den Städten als Befreier.

In *Burma* wendeten sich die Nationalisten, einschließlich einiger Thakin (s.o.S. 106), Japan zu, das als ›Befreier‹ erwartet wurde. Aung San bereitete gemeinsam mit den Japanern die Aufstellung einer Unabhängigkeitsarmee vor, die mit ihnen kollaborierte, als sie im Dezember 1941 in Burma einfielen. Im Mai 1942 wurde das Land restlos besetzt. Am 1. August 1943 wurde die ›Unabhängigkeit‹ verkündet, aber es dauerte gar nicht lange, bis die Burmanen die rauhe Wirklichkeit kennenlernten: erbarmungslose Ausbeutung und völlige Unterordnung der nationalen Belange unter die japanischen strategischen Interessen in dem Moment, als das Kriegsglück sich zu wenden begann. Die Minister der japanfreundlichen Regierung in Ba Maw, Aung San, U Nu und Than Tun, organisierten insgeheim zusammen mit dem Kommunisten Thakin Soe die *Anti-Fascist People's Freedom League*, AFPFL, die ›Antifaschistische Liga für die Freiheit des Volkes‹, in der sich bis August 1944 die verschiedenen politischen Parteien zusammenfanden, um die Unabhängigkeit des Landes und die Schaffung eines sozialistischen Staates zu erreichen. Sie setzten sich mit den Alliierten in Verbindung und inszenierten am 27. März 1945 einen Aufstand. Das

Vorgehen der burmanischen Truppen war mit dem der britischen Streitkräfte koordiniert. Am 22. April wurde Rangun befreit.

Die Lage in *Indonesien* trug ähnliche Züge. Nach der Befreiung durch die Japaner erklärten sich Sukarno und Hatta mit der Kooperation einverstanden, um die Unabhängigkeit vorzubereiten. Sjahrir hingegen hielt zwar die Kontakte mit ihnen aufrecht, organisierte aber gleichzeitig mit Sjarifuddin, dem Führer der Linken, den Widerstand.

Als Japan im August 1945 kapitulierte, war die nationale Bewegung zum Kampf gegen die Rückkehr der ehemaligen Kolonialmächte gerüstet. Dieser Kampf hat sich nicht überall in der gleichen Weise abgespielt. Er wurde vielmehr bestimmt von der Einstellung der Führer der Bewegung – ob konservativ oder revolutionär – und von der Tendenz der jeweiligen Kolonialpolitik – ob liberal oder autoritär.

Da es Klassenunterschiede gab, wies auch die nationale Einstellung Unterschiede auf, denn der Kolonialismus traf nicht alle Klassen mit gleicher Härte. Was das Bürgertum anbelangt, das aus Grundbesitzern, Industriellen und Geschäftsleuten bestand, so versuchte es, in Verwaltung und Wirtschaft, die von den Europäern beherrscht wurden, die Oberhand zu gewinnen; andererseits waren aber seine Interessen an die Aufrechterhaltung der alten Produktionsverhältnisse auf industriellem und landwirtschaftlichem Gebiet gebunden, an denen festzuhalten ihm gerade die Kolonialpolitik erlaubte. Diese Interessenverquickung ließ das Bürgertum zum Kompromiß neigen. Es führte also seinen nationalen Kampf nicht bis zum Ende durch, sondern blieb auf halbem Wege stehen und paktierte mit dem Imperialismus, um die revolutionäre Bewegung im eigenen Land zu ersticken. Das war zum Beispiel der Fall auf den Philippinen.

Das Proletariat und die Bauern hingegen kämpften nicht nur, um sich vom fremden Joch zu befreien, das für sie am allerdrückendsten war, sondern auch von der Herrschaft der oberen Klassen des eigenen Volkes. Sie kämpften gegen die Feudalhierarchie, die von der Kolonialmacht aufrechterhalten wurde, gegen die Großgrundbesitzer, die dank der Kolonialmacht zahlreicher geworden waren, gegen diese beiden Gruppen, die nur zu oft zu einer einzigen verschmolzen. Dadurch nahm die Bewegung einen radikalen Charakter an, denn ihr Ziel war die Befreiung vom Imperialismus und gleichzeitig vom alten Ausbeutungssystem. Hierin lag der Sinn des revolutionären Krieges in Vietnam.

In anderen Ländern, wie *Indonesien* und *Burma*, hat die Entwicklung einen Verlauf genommen, der zwischen diesen beiden Extremen lag. Hier wurde der Kampf um die Unabhängigkeit von der geistigen Elite gelenkt, einer echt national eingestellten Mittelklasse, die weder zum Imperialismus noch zum Feudalismus im eigenen Land Beziehungen hatte. Dieser Elite fehlte jedoch eine ausreichende soziale und politische Basis. Sie bestand im allgemeinen aus Städtern, deren Kontakte mit den Massen sehr gering waren. Als die

Unabhängigkeit erlangt war, löste sich der Zusammenhalt der Nation auf, die gegensätzlichen Interessen wurden sichtbar und führten zu schweren Zusammenstößen, ja sogar zum Bürgerkrieg. Daraus ergab sich in Burma und Indonesien eine Periode der Anarchie und secessionistischer Wirren.

Außerdem muß betont werden, daß die Heftigkeit des Nationalismus in direktem Verhältnis zur politischen Unterdrückung stand. Wo die Kolonialmacht sich liberal gezeigt und – aus diesem oder jenem Grund – eine Entwicklung zur Autonomie gestattet hatte, erfolgte die Machtübergabe auf friedliche Art, wie auf den Philippinen und in Burma. Wo jedoch die Herrschaft autoritär gewesen und jede Verfassungsreform und sogar jede legale Opposition unterdrückt worden waren, dort wurde die Unabhängigkeit durch Waffengewalt erzwungen, wie in Indonesien und Vietnam.

III. Die Unabhängigkeit der Philippinen

Das erste Land, das die Unabhängigkeit erlangte, waren die Philippinen.

Die Gegenoffensive der Amerikaner hatte im Februar 1945 die vollständige Befreiung des Archipels zur Folge, aber General MacArthur sah klar die Gefahr, die von den Huks drohte. Während er versuchte, ihrer mit Waffengewalt Herr zu werden, setzte er die philippinische Regierung wieder ein, versah die Kollaborateure mit einem ›Persilschein‹ und versprach die Hilfe Amerikas sowie die Unabhängigkeit. Allerdings waren diese beiden letzten Zusagen an die Bedingung geknüpft, daß Manila die *Bell Trade Act* annahm, die ungeheure wirtschaftliche Vorteile für die Vereinigten Staaten vorsah. Der Not gehorchend, stimmte die philippinische Regierung zu; sie erreichte eine Änderung der Verfassung, indem sie einen Verfassungsbruch beging: dank dem Ausschluß von sieben Mitgliedern der Opposition erhielt sie die erforderliche Dreiviertelmehrheit im Kongreß. Am 4. Juli 1946 wurde dann die Philippinische Republik ausgerufen.

Die *Bell Trade Act* hat von 1946 bis zu ihrer Revision im Jahre 1955 die Entwicklung der philippinischen Wirtschaft behindert, da sie die freie Einfuhr amerikanischer Waren gestattete. Dadurch konnten keine protektionistischen Maßnahmen ergriffen werden, die für eine Industrialisierung unumgänglich gewesen wären. Dazu kam noch, daß der philippinische Export nach den USA Beschränkungen unterworfen war. Die zugestandenen Kontingente wurden zu allem Überfluß nur an die Firmen vergeben, die schon vor 1940 errichtet waren, also wieder an Amerikaner. Der Peso war zu einem Satz von 2:1 an den Dollar gebunden, und beide Währungen waren konvertierbar, was den Amerikanern eine stabile Währung und die freie Kapitalbewegung garantierte, während die Filipinos ihre Währung nicht lenken konnten und somit den Schwankungen der dominierenden Wirtschaft unterworfen waren, wie sie z.B. bei den amerikanischen Rezessionen von 1949 und 1954 auftraten. Die Paritätsklausel erregte die meiste Unzufriedenheit, denn ihr zufolge genossen die Amerikaner

das gleiche Recht wie die Filipinos bei der Ausbeutung der Schätze des Landes; wegen dieser Klausel hatte man die Verfassung ändern müssen.

Dazu kam, daß amerikanisches Militär im Land blieb. Am 14. März 1947 wurde ein Vertrag abgeschlossen, der Amerika 23 Stützpunkte für Land-, Luft- und Seestreitkräfte für eine Dauer von 99 Jahren zugestand, eine Zeitspanne, die allerdings 1959 auf 25 Jahre reduziert wurde.

IV. Die Unabhängigkeit von Burma

Nach dem Krieg stellte die AFPFL in Burma die große politische Macht dar. Sie zählte 200000 Mitglieder und umfaßte zehn Parteien, von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten, darunter auch die buddhistischen Organisationen. Zu Beginn schien Großbritannien die Veränderungen nicht wahrzunehmen und den Einfluß der AFPFL ganz erheblich zu unterschätzen. Es hatte vor, die Führung des Landes wieder in die Hand zu nehmen, die Verfassung von 1935 wieder einzuführen und den Großgrundbesitzern, die während des Krieges nach Indien geflohen waren, ihren Boden zurückzugeben. Diese Absichten riefen eine heftige Oppositionskampagne hervor; eine Reihe von Streiks bei Polizei und Beamtenschaft drohte das gesamte wirtschaftliche Leben lahmzulegen. Um die Mitte des Jahres 1946 wurde sich die neue Londoner Labour-Regierung der Lage bewußt und beschloß eine politische Kursänderung.

Inzwischen hatte aber die AFPFL ihre Einheit verloren. Die heterogene Front hatte nur so lange zusammengehalten, wie es galt, bewaffnet gegen Japan zu kämpfen. Als die Unabhängigkeit näherrückte, trat die Verschiedenartigkeit der innerhalb der Liga vertretenen Auffassungen klar zutage, und die AFPFL wurde sowohl von links wie von rechts angegriffen.

Die Kommunistische Partei Burmas hatte sich 1946 in zwei Richtungen gespalten. Die größere Gruppe, die sogenannte ›Weiße Fahne‹ unter der Leitung von Than Tun, Thein Pe und H.N. Goshal, die der Linie aller kommunistischen Parteien in abhängigen Gebieten treu blieb, erachtete es für notwendig und nützlich, sich vorläufig mit den bürgerlichen Nationalisten zu verbünden, um die antiimperialistische Front zu verbreitern. Die ›Rote Fahne‹ unter Thakin Soe war die kleinere Gruppe, die der Einfachheit halber als trotzkistisch bezeichnet wurde. Sie war gegen jegliche Zusammenarbeit mit den Bürgerlichen und trat für direkte Gewaltanwendung ein. Trotz ihrer Meinungsverschiedenheiten erlangten beide Gruppen die entschädigungslose Konfiszierung der Güter der Großgrundbesitzer und der britischen Firmen. Die ›Rote Fahne‹ wurde im April 1946 aus der Liga ausgeschlossen, die ›Weiße Fahne‹ im Oktober. Zur gleichen Zeit verließen Rechtsparteien, durch die sozialistischen Tendenzen der Mehrheit beunruhigt, die Bewegung.

So blieb in der AFPFL nur noch das Zentrum, das hauptsächlich aus Sozialisten bestand. Aung San begab sich nach London, um mit der Regierung Attlee zu verhandeln, und am 27. Januar 1946 erkannte eine erste Vereinbarung das Prinzip der burmanischen Unabhängigkeit an. Dieser Erfolg brachte der Liga

in den Aprilwahlen einen eklatanten Sieg ein; sie erhielt 80% der Sitze in der Verfassungsgebenden Versammlung. Aung San bildete die Regierung. Seine Energie und seine Dynamik ließen ihn als den ›starken Mann‹ erscheinen, der die Errichtung des Staates unter Mitwirkung aller Nationalitäten zu einem guten Ende führen würde. Am 19. Juli 1947 aber wurde er, zugleich mit sechs anderen Ministern, von gedungenen Mördern umgebracht. Auftraggeber war U Saw, ein Politiker der Rechten, der auf diese Weise zur Macht zu gelangen hoffte. Die Wirren, mit denen er gerechnet hatte, blieben jedoch aus, denn noch in der gleichen Nacht nahm U Nu den Posten des Ministerpräsidenten an und bildete sofort sein Kabinett. U Saw wurde verhaftet, verurteilt und gehenkt.

Am 24. September verabschiedete die Versammlung die Verfassung. Sie sah eine burmanische Union vor, wobei die Staaten Shan, Kachin, Karen, Karenni (Kayah) und Chin autonom bleiben sollten. Neben einer vom ganzen Volke gewählten Abgeordnetenkammer wurde eine Nationalitätenkammer errichtet, die die Vertretung der verschiedenen Volksgruppen darstellte. Das Parlament hatte sich für eine Trennung vom *Commonwealth* ausgesprochen; so kam es zum Vertrag vom 17. Oktober 1947, der von Attlee und U Nu unterzeichnet wurde und die absolute Unabhängigkeit Burmas anerkannte. Sie wurde am 4. Januar 1948 proklamiert.

V. Die Unabhängigkeit Indonesiens

Die Revolution in Indonesien hat ganz spezifische Merkmale. Geleitet wurde sie von nationalistischen Intellektuellen, die vom Volke stark unterstützt wurden. Es wäre völlig verfehlt, diese Revolution im europäischen Sinn als ›bürgerlich‹ bezeichnen zu wollen, denn nur sehr wenige ihrer Führer hatten Verbindung zum Grundbesitz oder zu kapitalistischen Interessen. Von daher erklären sich die sozialistischen Tendenzen der Indonesischen Republik, wenn sie auch schwächer waren als in Burma. Der rechte Flügel der Revolution trat den Kommunisten nicht so sehr auf wirtschaftlichem Gebiet, sondern vielmehr in seiner Eigenschaft als Träger des islamischen Glaubens entgegen. Alle standen sie in erbitterter Opposition zum Kapitalismus, der für sie unlöslich mit dem Imperialismus verbunden war, unter dem die Bevölkerung 300 Jahre lang gelitten hatte. »Der harte Kampf, den das indonesische Volk gegen den Kapitalismus und den Imperialismus führt«, so schrieb Mohammed Hatta, »ist ein Kampf gegen das Böse.«

Der Unabhängigkeitskampf Indonesiens war übrigens das erste Beispiel dafür, daß die Auseinandersetzungen zwischen einem Mutterland und einer aufständischen Kolonie vor die Vereinten Nationen gebracht wurden. Wenn auch nur zögernd, so hat die UNO doch wesentlich zur Lösung des Konflikts beigetragen. Es wäre sicher nicht so gekommen, wenn die Indonesische Republik ›kommunistisch‹ anstatt nationalistisch gewesen wäre. Die Umstände jedenfalls haben den jungen Staat dazu gebracht, nicht nur auf seine Truppen, sondern

auch auf seine diplomatischen Fähigkeiten zu zählen, um die Welt seinem Anliegen gegenüber günstig zu stimmen. Grenzen zu Lande, über die Hilfe von befreundeten Ländern hätte kommen können, gab es nicht. Die Tatsache, daß das Gebiet auf lauter Inseln verteilt ist, machte eine Koordinierung schwierig; aber es gab einen Faktor, der die Großmächte zum Eingreifen bestimmte: die internationalen Investitionen. Sie waren so beträchtlich, daß alle ein unmittelbares Interesse am politischen Geschick Indonesiens hatten. »Die riesigen Reserven an Arbeitskräften und Rohstoffen in diesem Land sowie seine strategische Lage bilden einen ständigen Anreiz für fremde Interventionen.«¹ Am 17. August 1945, drei Tage nach der japanischen Kapitulation, proklamierte Sukarno in Djakarta die Unabhängigkeit der Indonesischen Republik.

Unter dem Druck der Ereignisse leiteten die Holländer über britische Vermittlung die ersten Gespräche mit der indonesischen Regierung ein. Der Vertrag von Linggadjati vom 15. November 1946 erkannte die *De-facto*-Herrschaft der Republik über Java, Madura und Sumatra an. Dafür verpflichtete sich diese, an der Bildung der Vereinigten Staaten von Indonesien – mit ihr selbst als Mitgliedstaat – mitzuarbeiten; das Ganze sollte im Rahmen einer Holländisch-Indonesischen Union unter der niederländischen Krone stehen.

Die holländische Politik zielte darauf ab, die Republik zu isolieren, sie unter Ausnutzung der ethnischen und religiösen Verschiedenheiten des Archipels praktisch einzukreisen und durch die Schaffung einer Reihe von Marionettenstaaten ein Gegengewicht zu Java zu bilden. Bei einer ganzen Serie von Konferenzen, so in Malino im Juli 1946 und in Den Pasar im Dezember 1946, wurde das »föderative Prinzip« hochgespielt, und die »autonomen« Staaten schossen in Ostindonesien und auf Borneo gleichsam aus dem Boden. Die Holländer beschuldigten bald darauf die Republik, den Vertrag von Linggadjati nicht einzuhalten, und starteten am 20. Juli 1947 ihre erste »Polizeiaktion«. In einer Woche bemächtigten sich ihre Truppen der wichtigsten strategischen und wirtschaftlichen Punkte Javas und Sumatras. Der Sicherheitsrat der UNO ordnete daraufhin die Feuereinstellung an und setzte eine Vermittlungskommission ein. Unter amerikanischem Druck mußte die Republik am 17. Januar 1948 das *Renville*-Abkommen akzeptieren, das ihr Gebiet auf Mittel-Java und das Hochland von Sumatra beschränkte.

Die Unzufriedenheit über diesen Vertrag und die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten sowie die von den Holländern betriebene »Balkanisierung« waren die Gründe für einen kommunistischen Aufstand in Madiun und Surakarta am 18. September 1948. Er wurde jedoch vollständig niedergeschlagen. Das war nach der gescheiterten Erhebung von 1926/1927 das zweitemal, daß die KP Indonesiens sich in ein abenteuerliches Wagnis eingelassen hatte. Diese Krise schien die Schwäche der Republik zu beweisen, und so forderte die Rechte, die in den Niederlanden wieder an die Regierung gekommen war, eine »schnelle Lösung« der indonesischen Frage. In der Nacht des 18. Dezember 1948 starteten die holländischen Streitkräfte ihre zweite

›Polizeiaktion‹ besetzten Djogjakarta und nahmen Sukarno, Hatta und die wichtigsten Minister gefangen. Diese Politik der vollendeten Tatsachen rief eine internationale Opposition auf den Plan.

In Indonesien selbst standen die Holländer vor den größten Schwierigkeiten. Im Maquis von Sumatra war eine Regierung entstanden, die den Widerstand lenkte. Die Guerillatätigkeit und der passive Widerstand der Zivilisten nahmen eine völlig unerwartete Ausdehnung und Intensität an. Außerdem war die Politik der ›Malinosierung‹ gescheitert. Die kollaborierenden Grundbesitzer merkten allmählich, daß für sie von ›Autonomie‹ gar keine Rede war, und als die Erfolge der Guerillas Zweifel an der Verlässlichkeit des holländischen Militärapparates aufkommen ließen, brach der ›Föderalismus‹ schließlich zusammen. Die Regierungen von Ostindonesien und West-Java dankten ab, während die übrigen ›autonomen‹ Gebiete sich gegen die ›Polizeiaktion‹ aussprachen. Eine weitere Schwierigkeit kam von außen; sie entsprang der Entwicklung der amerikanischen Politik. Washington fürchtete, daß eine zu lange Abwesenheit der nationalistischen Führer die Leitung des Kampfes in die Hände der Kommunisten geraten lassen könnte, und so begann man, auf die Holländer Druck auszuüben (durch die Androhung der Einstellung der Marshallplan-Hilfe) und ebenso auf die Indonesier einzuwirken, um beide zu einer baldigen Lösung zu zwingen.

Am 14. April 1949 wurden unter der Schirmherrschaft der UNO-Kommission die Gespräche wiederaufgenommen. Am 23. August wurde die *Round- Table*-Konferenz in Den Haag eröffnet. Das Resultat war der Text vom 2. November 1949, der die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten von Indonesien anerkannte, wobei das Problem West-Neuguinea (West-Irian) ausgeklammert wurde. Am 27. Dezember wurde dann zu den Klängen der *Indonesia Raya* in Djakarta die rot-weiße Fahne gehißt.

Das war das Ende der Kolonialherrschaft, die jedoch ihre Spuren hinterließ: es blieb der Föderalismus, es blieben die fünfzehn Staaten und Territorien, die neben der Republik Platz nahmen. Während des ersten Jahres der Unabhängigkeit entwickelte sich eine großangelegte Einheitsbewegung mit dem Ziel, all diese Staaten und Territorien unter einer Zentralregierung zusammenzuschließen. Die Mehrheit der Bevölkerung stand hinter dieser Bewegung, gegen die sich nur in gewissen Gebieten Widerstand zeigte, nämlich dort, wo niederländische Elemente, die sich mit dem neuen Sachverhalt nicht abfinden wollten, die feudalen und christlichen Gruppen zum Aufstand anstachelten. Aber die Bewegungen Westerlings auf Java, Aziz' in Makassar, Sumokils auf Amboina wurden niedergeschlagen; am 17. August 1950 trat die Einheitsrepublik an die Stelle des Bundesstaates.

Es ist leicht verständlich, daß all diese Ereignisse die Schaffung der Holländisch-Indonesischen Union erschwerten, um so mehr, als die Niederlande sich weigerten, West-Irian an Indonesien abzutreten. So kündigte die Republik am 10. August 1954 die Union auf und zerschnitt damit alle politischen und

finanziellen Bande, die zwischen ihr und den Niederlanden noch bestanden hatten. Aber erst 1962 sollte die Republik einen Vertrag erhalten mit der Zusicherung, daß die Verwaltung von West-Irian ihr am 1. Mai 1963 übertragen würde; bis zu diesem Datum sollten die Vereinten Nationen sie dort vertreten.

VI. Die Unabhängigkeit Vietnams

Als am 19. August 1945 in Hanoi die Revolution ausbrach, geschah das unter für sie besonders günstigen Umständen. Die straffe französische Verwaltung gab es nicht mehr; die unter den Japanern in Huê gebildete Regierung war machtlos, und obendrein war die Bevölkerung, die im Winter 1944/1945 unter einer schweren Hungersnot gelitten hatte, aufs äußerste unzufrieden. Der *Viêt Minh* stand seinen Rivalen als die einzige Widerstandsorganisation gegenüber, und der allbekannte Name Nguyen Ai Quôc verlieh ihm noch einen ganz eigenen Glanz. Vor allem aber verstand es der *Viêt Minh*, die geheimsten Wünsche des ganzen Landes auf seine Fahnen zu schreiben. So kam es, daß die Revolution in den drei Regionen Vietnams ohne weitere Schwierigkeiten siegte – ein Beweis für die Stärke und Einheit des Nationalgefühls. Am 25. August, während die projapanischen Parteien sich in Saigon auflösten, dankte der Kaiser Bao-dai in Huê ab und nahm den Posten eines Hohen Rates im neuen Regime an. Am 2. September proklamierte Hô Chi Minh in Hanoi die Unabhängigkeit Vietnams und gleichzeitig die Gründung der Demokratischen Republik.

Im September 1945 besetzten die Franzosen zwar Saigon wieder, um aber nach Hanoi, wo der Kernpunkt des Problems lag, zu gelangen, mußten sie mit Hô Chi Minh verhandeln. Die Konvention vom 6. März 1946 erkannte Vietnam als freien Staat im Rahmen der *Union Française* an; die Vereinigung der drei *Ky* sollte aber Gegenstand einer Volksabstimmung sein. Das Hochkommissariat jedoch arbeitete unter dem Einfluß der zivilen Dienststellen, der Missionen und der Kolonialgesellschaft dem Abkommen entgegen. Noch vor der Konferenz von Fontainebleau etablierte es als ›autonome Gebiete‹ die ›Republik Cochinchina‹ und die ›Südindochinesischen Bergvölker‹ und errichtete wieder föderalistische Dienststellen. Obwohl Hô Chi Minh am 14. September einen *modus vivendi* unterzeichnete, um einen Bruch zu vermeiden, sollte bei den Franzosen die Gewaltpolitik obsiegen. Ein Zwischenfall beim Zoll in Haiphong zog die Bombardierung der Stadt am 24. November nach sich, und in der Nacht des 19. Dezember griffen die Feindseligkeiten auf Hanoi über.

In seinem berühmten, im Juni 1947 erschienenen Werk ›Der Widerstand wird siegen‹ definierte Truong Chinh die Prinzipien des Kampfes. Der Widerstand ist zugleich ein gerechter Krieg gegen den Imperialismus und ein Revolutionskrieg zur Beseitigung der Überreste aus der Feudalzeit. Er bedeutet die Errichtung einer besseren Welt. Deshalb muß er sich auf alle Gebiete erstrecken, nicht nur auf die militärischen, sondern auch auf die politischen, kulturellen und wirtschaftlichen. »Auf militärischem Gebiet müssen wir einen langen Krieg

führen, der die Kraft des Gegners schwächt und die unsere stetig wachsen läßt – die Zeit arbeitet für uns. Auf politischem Gebiet geht es darum, die nationale Einheit herzustellen, die Unterstützung der internationalen demokratischen Kräfte zu gewinnen und die französischen Kolonialisten zu isolieren. Auf wirtschaftlichem Gebiet muß der Lebensstandard des Volkes gehoben werden, eine autarke Wirtschaft muß geschaffen und die feindliche Wirtschaft zerstört werden. Auf kulturellem Gebiet müssen die Überreste der Kolonialkultur – jedoch nicht die fortschrittliche französische Kultur – vernichtet und eine nationale, wissenschaftliche Volkskultur aufgebaut werden.

Der lange dauernde Krieg wird drei Phasen durchlaufen: *Verteidigung*, *Widerstand* oder Kräftegleichheit und *allgemeine Gegenoffensive*. Für alle drei Phasen gilt die Taktik der Koppelung von Guerilla und Bewegungskrieg. Durch diese Taktik soll in jedem Feldzug eine schnelle Entscheidung herbeigeführt werden, die in der Vernichtung des Gegners und nicht in der Besetzung des Landes besteht. Ihr Grundsatz ist die Initiative. Unser Widerstand wird lang und hart sein, aber wenn wir einig bleiben, liegt die Zukunft in unseren Händen.«

Diese Strategie und diese Taktik liefen der französischen zuwider, denn die französischen Heerführer suchten einen schnellen Sieg durch Blitzkrieg und Besetzung des Gebietes zu erreichen. Der Erfolg wurde schon im Herbst 1947 sichtbar, als die Franzosen, um die Rückkehr Bao-dais vorzubereiten, mit beachtlichen Kräften die Offensive von Viêt-bac (im oberen Tongking) einleiteten. Nach zweimonatigem Kampf wurden sie zurückgeschlagen. Der defensiven Phase folgte nun die des Kräftegleichgewichts.

Im Schutze ihrer Berge ging die Demokratische Republik jetzt daran, ihren politischen und militärischen Apparat zu festigen. Grundlage der Verwaltung blieb das Dorf, aber die Notabeln wurden durch gewählte Personen ersetzt, die Volkskomitees, Verwaltungs- und Widerstandskomitees bildeten. Von ihnen wurde jegliche Aktivität sowohl der Bevölkerung wie der Truppen in den freien und den besetzten Gebieten geleitet. Das gleiche Organisationsprinzip findet sich auf den verschiedenen Stufen der Hierarchie wieder: *huyên*, *phu*, Provinz und Militärzone (davon gab es vom Norden bis zum Süden sechs).

Ebenso wie die Verwaltung stellte auch die Armee eine ›lebende Pyramide‹ dar. Die dörflichen Guerillakämpfer wurden in kommunalen Milizverbänden zusammengefaßt, deren beste Kräfte in die regionalen Truppen übernommen wurden. Die Spitze bildete die ordentliche Armee, deren Aufgabe nicht die Verteidigung, sondern der Angriff war. Die Ausrüstung der Truppen wurde immer besser. Hatte man sich zu Beginn mit zugespitzten Bambusstangen und erbeuteten Waffen begnügt, so kamen mit der Zeit Granaten, Minen, Bazookas (Panzerfäuste), rückstoßfreie Geschütze und sogar kleine Raketen dazu, die alle aus einer Unmenge von Fabrikationswerkstätten kamen, welche nach und nach im Busch entstanden waren. Was jedoch die Stärke dieser Armee ausmachte, war weniger ihre Organisation und ihre Technik als vielmehr die Tatsache, daß es eine echte *Volksarmee* war. Aus dem Volk entstanden, wurde die vietnamesische

Armee vom Volk ernährt und unterstützt, denn sie schlug sich für das Volk. Die hohe Moral dieser Armee, ihr Kampfgeist und ihr Opfermut wurden ihr durch die politische Erziehung eingepflanzt, die der eigentlichen militärischen Ausbildung vorausging und dann täglich fortgesetzt wurde. Dazu gehörten vor allem die Versammlungen, in denen die einzelnen Selbstkritik übten, was den Kämpfern half, die Schwächen zu überwinden und einen unerschütterlichen Glauben zu behalten. Der Widerstand und mit ihm die Demokratische Republik selbst konnten nur mit Unterstützung des Volkes bestehen, und so mußte der Kampf auch auf wirtschaftlichem Gebiet geführt werden, um die Bedürfnisse des Volkes zu befriedigen.

Trotz des Krieges zog man weiter gegen das Analphabetentum zu Felde. Das *Binh dân hoc vu*, das Amt für Volkserziehung, versammelte Tausende von begeisterten freiwilligen Hilfslehrern, die unentgeltlich arbeiteten. Alt und jung, Soldaten und Zivilisten, Frauen und Kinder lernten eifrig auf den Feldern, auf dem Marktplatz, in den Fabriken, sie schrieben in den Sand oder auf Bananenblätter, mit Kohle oder Bambus. Und so kam es, daß von 1945 bis 1953 der Prozentsatz der Analphabeten unter der Bevölkerung von 80% auf 30% sank. Im Jahre 1949 wurden die Grund- und die Mittelschule zu einem einzigen neunjährigen Schultyp zusammengefaßt. Die neue Schule dauerte neun Jahre und hatte nur eine einzige Prüfung, die Abgangsprüfung. Langsam zeichnete sich auch die Möglichkeit eines Universitätsstudiums in vietnamesischer Sprache ab.

Zugleich sollte aber auch eine neue Kultur geschaffen werden, national, wissenschaftlich und volksverbunden. All diese Bemühungen erforderten jedoch die intensive Mitarbeit eines jeden einzelnen. So schuf Hô Chi Minh im Juni 1949 die Bewegung des ›patriotischen Wettstreites‹ (*Thi đua*). Jeder sollte sich im Interesse des ganzen Volkes selbst übertreffen.

Während die Republik sich festigte, hatten die Franzosen in ihrer Zone im Juni 1949 die Regierung Bao-dai eingesetzt. Sie hatte keinerlei Verbindung zum Volke und stützte sich lediglich auf einige ›feudale‹ Gruppen. Das waren im Süden die caodaistischen, *hoa-hao*- und *binh-xuyên*-Sekten und im Norden die *Dai Viêt*-Partei sowie die Bistümer von Phat-diêm und Bui-chu. Aber die Unterstützung durch sie war rein theoretischer Natur, denn alle diese Gruppen hatten ihre eigenen Armeen und verhielten sich wie echte Staaten im Staate.

Mao Tse-tungs Sieg nun hatte die Internationalisierung des Problems zur Folge, denn er ließ aus Vietnam eine der Grenzzonen zwischen Ost und West werden. Zu Beginn des Jahres 1950 wurden die Demokratische Republik und der ›Staat Vietnam‹ jeweils von der entsprechenden Seite der beiden Blöcke anerkannt. Dann kam der Koreakrieg, und die amerikanischen und die chinesische Hilfe fingen an zu fließen. Die Republik, die im Februar die Generalmobilmachung verkündet hatte, fühlte sich stark genug, um in der Trockenzeit die Offensive zu beginnen. Durch die Siege von Đông-khê und Cao-bang im September/Oktober 1950 wurde die Grenze zwischen China und

Tongking befreit und Vietnam mit China und dem sozialistischen Block verbunden. Die Initiative war von nun ab in die Hände der Republik übergegangen.

Diesem Feldzug und der Entwicklung auf internationaler Ebene folgten drei bedeutende Ereignisse. Zunächst trat die Indochinesische Kommunistische Partei, die sich im November 1945 aufgelöst hatte, wieder in Aktion. Als ›Partei der Arbeitenden‹ (*Dang Lao-dông*) erstand sie am 11. Februar 1951 neu, dazu bestimmt, die Rolle der Vorhut zu spielen. Demzufolge verschwand der *Viêt Minh*. Er schloß sich am 3. März mit dem *Liên Viet* zusammen zur ›Nationalen Einheitsfront‹, einer Massenorganisation, die alle Bevölkerungsschichten umfaßte. Am 11. März wurde schließlich der Block der Vereinigung der Völker Vietnams, des Landes Khmer und des *Pathet Lao* geschaffen, denn die Befreiung von Vietnam würde erst dann vollständig sein, wenn auch die Nachbarn befreit sein würden.

General de Lattre de Tassigny konnte die Lage nicht retten; am 22. Februar 1952 mußte Hoa-binh geräumt werden, während die Regimenter von Vo Nguyen Giap in das Delta eindrangten. Um nun die herannahende Phase der allgemeinen Gegenoffensive vorzubereiten, mobilisierte der *dân công*, die im Juli 1952 gegründete Organisation des ›Volksarbeitsdienstes‹, alle Bürger, einschließlich der Frauen, zwischen 18 und 50 Jahren. Diese Arbeitskräfte richteten Lebensmittel- und Munitionsdepots ein, besorgten den Verwundetentransport und besserten Straßen und Brücken wieder aus. Die von ihnen geleistete Unterstützung trug wesentlich zum Gelingen der Feldzüge im Lande Thai (Südwest-Tongking) bei. Am 13. Oktober 1952 leitete der Generalstab der Volksarmee die Operation *Tay-Bac* (Norden-Westen) ein; vom 18. ab überfluteten die Truppen Nghia-lô und befreiten in einigen Wochen das ganze Land mit Ausnahme von Lai-Châu und Na-san. Daraufhin wurde eine Thai-Selbstverwaltung proklamiert.

Das Jahr 1953 war von intensiven militärischen Vorbereitungen und der Inangriffnahme der Agrarreform geprägt. Am 12. April erschien eine erste Verordnung, die die rückwirkende Verminderung der Pachten und Zinssätze zum Gegenstand hatte; zur Durchführung der Verordnung wurden die Massen auf dem Lande mobilisiert. So war diese Reform nicht Sache der örtlichen Verwaltungsstellen, in denen immer noch einflußreiche Notabeln saßen, sondern die Bauernverbände und Agrarkomitees kümmerten sich darum. Das reichte jedoch nicht aus. Am 4. Dezember 1953 trat die Nationalversammlung zusammen und verabschiedete ein Gesetz, das Hô Chi Minh am 19., dem Jahrestag der Widerstandsbewegung, verkündete. Nunmehr wurden alle Ländereien, die den französischen Kolonisten und vietnamesischen Grundherren gehörten, sowie die Gemeindeländereien, die landwirtschaftlichen Geräte und der Viehbestand unter die armen Bauern verteilt. Die Grundherren, die nicht gegen die Widerstandsbewegung gekämpft hatten, sollten Staatsgutscheine

erhalten, die in zehn Jahren einlösbar waren. Den Bauern wurden alle Schulden erlassen, und es wurden Sondervolksgerichte eingesetzt.

Dies war wirklich eine radikale Reform, und Hô Chi Minh legte in seiner Rede vor der Nationalversammlung die erhofften Wirkungen dar. »Auf militärischem Gebiet werden die Bauern aktiver an der Widerstandsbewegung teilnehmen. Auf dem Lande wird die politische und wirtschaftliche Macht in ihre Hände übergehen. So wird die *Liên Viêt*-Front breiter und stärker werden. Wenn die Bauern erst einmal von der drückenden Ausbeutung durch die Feudalherrschaft befreit sind, werden sie ihre Produktion steigern, was sich auf die Gesamtwirtschaft stimulierend auswirken und den allgemeinen Lebensstandard heben wird. Was den gesellschaftlichen und kulturellen Bereich betrifft, so wird die große Mehrheit unseres Volkes, wenn sie zu essen und Kleidung hat, mehr danach streben, sich zu bilden, und so die besten Elemente unserer Kultur und Tradition weiterentwickeln.« So »hat die Agrarreform als Ziel, den Sieg des Widerstandes zu sichern. Und der Sieg über den Feind wird den Erfolg der Agrarreform sichern. Alle anderen Aufgaben müssen auf diese beiden Hauptziele ausgerichtet sein und sie ergänzen.«

Indessen hatten die Länge des Krieges und die aufeinanderfolgenden militärischen Niederlagen die französische Öffentlichkeit und das Parlament in Unruhe versetzt. Ein letztes Mal noch versuchte der französische Generalstab die Initiative zu ergreifen, und zwar mit dem Navarre-Plan, der mit 385 Millionen amerikanischen Dollars finanziert wurde. Am 20. November wurde Diên-biên-phu an der Grenze des Landes Thai mit Laos wiederbesetzt. Man baute es zu einer mächtigen Stellung aus in der Hoffnung, hier die Volksstreitkräfte festzuhalten und zu vernichten. Jedoch die Stützpunkte fielen einer nach dem andern, die besten vietnamesischen Divisionen führten Sturmangriff auf Sturmangriff durch, während Tausende und aber Tausende von vietnamesischen und Thai-Arbeitern quer durchs Gebirge Straßen legten, auf denen sie in langen Ketten an ihrem traditionellen Tragstock die Lebensmittel und die Munition beförderten. Am 7. Mai 1954 fiel Diên-biên-phu; mehr als zehntausend Mann, die »Lanzenspitze« des Expeditionskorps, wurden gefangen genommen. Diese Niederlage fand in der ganzen Welt ein enormes Echo. In den Augen aller Länder und ganz besonders der Kolonien und Halbkolonien erschien Diên-biên-phu nicht als kommunistischer Sieg und auch nicht als der größte Sieg Asiens über den Westen seit Port Arthur (1905): Diên-biên-phu zeigte ganz klar die Unbesiegbarkeit eines Volkes, das für seine Unabhängigkeit kämpft. Der Ausgang der Feindseligkeiten war damit entschieden. Durch das Abkommen von Genf vom 21. Juli 1954 wurde für das gesamte indochinesische Gebiet die Feuereinstellung verkündet. In Vietnam wurden die gegnerischen Truppen auf beiden Seiten hinter die Linie des 17. Breitengrades zurückgezogen. Eine internationale Kommission, in der Indien, Kanada und Polen vertreten waren, sollte die Kontrolle ausüben. Allgemeine Wahlen, durch die die Einheit des

Landes wiederhergestellt werden sollte, waren für die Zeit vor dem 20. Juli 1956 vorgesehen.

VII. Die Unabhängigkeit Kambodschas

Am 12. März 1945 proklamierte König Norodom Sihanouk die Unabhängigkeit von Kambodscha, aber die französischen Truppen besetzten das Land bald aufs neue. Es war einzig dem inneren Widerstand der *Khmers Issarak*s, der »Freien Khmers«, und dem der Demokratischen Republik Vietnam zu verdanken, daß Kambodscha langsam seine Selbstverwaltung erhielt. Im Gegensatz zu Bao-dai jedoch verstand es Norodom Sihanouk, geschickt zu manövrieren, wodurch er die Leitung des Staates behielt. Bis 1952 wurde das politische Leben von der Demokratischen Partei bestimmt, die 1946 als Sieger aus den Wahlen hervorgegangen war und im Jahr darauf über eine Verfassung abstimmen ließ, die eine parlamentarische Staatsform begründete und die die Machtbefugnisse des Herrschers einschränkte. Durch persönliche Interessen- und Klüngelwirtschaft ging jedoch die Einheit der Demokratischen Partei verloren. Der Vertrag mit den Franzosen vom 8. November 1949 erkannte zwar die »Unabhängigkeit Kambodschas innerhalb der *Union Française*« an, nahm jedoch die wichtigsten Punkte aus, wie Landesverteidigung, Außenpolitik, Polizeiwesen und Rechtsprechung über in Kambodscha ansässige Ausländer. Die Verträge von Pau, die am 24. Dezember 1950 zustande kamen, sahen auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet ähnliche Begrenzungen vor.

Norodom Sihanouk entließ am 15. Juni 1952 die demokratische Regierung und übernahm die Exekutive. Die Nationalversammlung wurde aufgelöst. Die Entwicklung des Vietnamkrieges sollte das Unternehmen Sihanouks begünstigen: es kam tatsächlich dazu, daß die vietnamesische Offensive von 1953 den französischen Generalstab dazu zwang, seine Streitkräfte aus Kambodscha abziehen, um seine Stellungen im Norden zu verstärken. Durch neue Verträge erhielt Kambodscha die Polizei- und Gerichtshoheit (am 29. August 1953) und die Militärhoheit (am 17. Oktober 1953). Am 9. November schließlich zog sich Frankreich offiziell aus Kambodscha zurück, wo dieses Datum zum Tag der Unabhängigkeit erklärt wurde. Aus den Genfer Verhandlungen ging Kambodscha als Sieger hervor, denn es gelang ihm hier, eine Teilung zu vermeiden und die Anerkennung der völligen Unabhängigkeit zu erreichen.

VIII. Die Unabhängigkeit von Laos

Laos allerdings hatte weniger Glück, aber hier lagen die Dinge auch völlig anders.

Im Jahre 1945 proklamierte Laos, wie Kambodscha, unter dem Prinzen Phetsarath am 1. September seine Unabhängigkeit und vierzehn Tage später seine Einheit. Am 12. Oktober wurde die vorläufige Regierung des *Pathet*

(»Land«) *Lao* geschaffen, die eine Verfassung verkündete; der König dankte ab. Im Frühjahr 1946 jedoch besetzten die französischen Streitkräfte erneut das Land und setzten den König wieder ein. Die Regierung flüchtete nach Siam, von wo aus sie den Widerstand leitete. Unter dem Druck der Ereignisse in Vietnam erkannte Frankreich am 19. Juli 1949 die »Unabhängigkeit von Laos innerhalb der *Union Française*« an. Durch diesen Schritt kam es zu einer Spaltung der Bewegung *Lao Issara* (»Freies Laos«) in Bangkok, deren Mehrheit mit Souvanna Phouma nach Vientiane zurückkehrte. Hier wurde am 22. Oktober 1953 ein neuer Unabhängigkeitsvertrag ausgehandelt. Die Minderheit indessen führte unter Souphanouvong, dem Halbbruder Phoumas, den Widerstandskampf fort. Am 13. August 1950 hatte ein Kongreß der Volksvertreter des *Pathet Lao* die Nationale Einheitsfront gegründet, die den Namen *Neo Lao Issara* annahm. Mit Unterstützung der Demokratischen Republik Vietnam befreite sie 1953/1954 ein über 100000 qkm großes Gebiet mit Samneua, Phongsaly, Thakhek, Attapeu und den Boloven-Hochebenen. Die Genfer Verträge konnten jedoch den inneren Frieden nicht sofort wiederherstellen. Die äußerst schwierigen Verhandlungen, die immer wieder durch heftige Zusammenstöße gestört und unterbrochen wurden, führten erst im August 1956 zu einer gemeinsamen Erklärung von Souvanna Phouma und Souphanouvong zugunsten einer Friedens- und Neutralitätspolitik in Laos, die auf den Prinzipien der friedlichen Koexistenz beruhte. Die Integration der Streitkräfte des *Pathet Lao* wurde vorgesehen, ebenso die Bildung einer Koalitionsregierung und außerdem Ergänzungswahlen zur Nationalversammlung. In dieser wurde die Zahl der Sitze von 39 auf 60 erhöht.

IX. Die Unabhängigkeit Malayas

Malaya war das letzte der südostasiatischen Länder, das die Unabhängigkeit errang. Während die Engländer die Unabhängigkeit Burmas schon 1947 anerkannt hatten, dauerte es noch zehn Jahre, bevor sie sie der Malaiischen Föderation gewährten. Noch länger mußte Singapur warten.

Diese verschiedene Handhabung ähnlicher Angelegenheiten erklärt sich aus strategischen, wirtschaftlichen und politischen Motiven. Strategisch gesehen hatte Burma längst nicht die Wichtigkeit von Malaya, und für das britische Empire war es von ganz wesentlicher Bedeutung, den Seeweg nach Australien offenzuhalten. Singapur beherrscht diese Route, die gleichzeitig der Seeweg vom Indischen zum Pazifischen Ozean ist und Indien mit dem Fernen Osten verbindet. Nach der Befreiung von Vietnam und der Unterzeichnung des Südostasienpaktes (SEATO) ging es darum, Thailand ein Hinterland zu schaffen und für den Fall, daß dieses seinerseits fallen sollte, Malaya durch eine Teilung der Halbinsel bei der Landenge von Kra abzuriegeln.

Wirtschaftlich gesehen hatte Burma ebenfalls weniger zu bieten als Malaya. Malaiischer Kautschuk und malaiisches Zinn brachten Großbritannien ebenso viele Dollars ein wie die Exporte der eigenen Industrieerzeugnisse. Im Jahre

1951, während des Korea- Booms, überstiegen die Dollareinnahmen die Ausgaben Malayas um 144 Millionen Pfund Sterling. Das Land hatte 400 Millionen US-Dollar verdient, wovon es 17% ausgegeben hatte und deren restliche 83% dem Sterling-Pool von London zufließen. Im Juni 1952 schrieb der *British Survey*: »Ohne Malaya könnte das derzeitige Sterling-System nicht bestehen. Großbritannien wäre gezwungen, seine Einfuhren aus den USA um die Hälfte zu verringern [...] In der augenblicklichen Krise ist Malaya eine große finanzielle Stütze für Großbritannien, und zwar nicht durch Dividenden, sondern durch eine Anhäufung von Sterling- Bilanzen in London. Malaya verdankt Großbritannien viel, wenn man jedoch in einer nüchternen Finanzsprache spricht, so ist Großbritannien der Schuldner Malayas.«²

Schließlich sah sich Großbritannien in diesem Gebiet politisch keiner nationalistischen Bewegung gegenüber, die die gleiche Stärke und Einigkeit wie in Burma gehabt hätte. Obwohl sie kulturell und sprachlich eine Einheit darstellen, hatten die Malaien vor den Zeiten der britischen Herrschaft niemals einen Staat gebildet. So hatte England denn die territorialen und politischen Unterteilungen beibehalten, da sie den Patriotismus förderten, das Entstehen eines Nationalgefühls jedoch verhinderten. Es gab drei Verwaltungsarten. Da waren zunächst die *Straits Settlements*, die »Niederlassungen an den Meerengen«, mit Singapur, Malakka und Penang, britische Kronkolonien; dann die föderierten Staaten, die ältesten Protektorate: Perak, Selangor, Negri Sembilan und Pahang, erworben zwischen 1874 und 1888; schließlich die Einzelstaaten Kedah, Perlis, Kelantan, Trengganu (erworben 1909) und Johor (erworben 1914). Es gab ebensoviel malaiische Nationalitäten wie Staaten, das heißt im ganzen neun.

Um die Kautschuk- und Zinnproduktion zu heben, förderten die Engländer die Masseneinwanderung von Chinesen und Indern, während die Malaien sich weiterhin mit dem Anbau der von ihnen benötigten Lebensmittel befaßten. So kam es, daß es dort bald mehr Fremde als Einheimische gab. 1947 machten die Malaien nur noch 43,5% der Gesamtbevölkerung aus – einschließlich Singapur –; ihnen standen 44,7% Chinesen und 10,3% Inder gegenüber. Die Bevölkerung von Singapur war zu 90% chinesisch, und auch die Malaiische Kommunistische Partei, die den Kampf gegen die Engländer aufnahm, bestand zum größten Teil aus Chinesen. Dadurch konnte sie niemals als nationale Bewegung auftreten und konnte sich auch nicht auf die Masse des malaiischen Volkes stützen.

Als der Krieg zu Ende war, beschloß die Labour- Regierung die Autonomie von Malaya, das in zwei Staatsgebilde geteilt wurde: in die Malaiische Union und Singapur, denn auf letzteres wollte Großbritannien als militärischen Stützpunkt nicht verzichten. In der Malaiischen Union sollte jedem großzügig die Staatsbürgerschaft zuerkannt werden, der dort geboren war oder mindestens fünf Jahre dort gelebt hatte, die öffentlichen Ämter standen jedem offen, ganz gleich, welcher Rasse er war.

Die malaiische Aristokratie, gestützt auf die Kolonialengländer, startete eine großangelegte Kampagne gegen das Vorhaben der Regierung. Es bildeten sich

zahlreiche Organisationen, die sich anlässlich einer am 1. März 1946 in Kuala Lumpur abgehaltenen Konferenz in der *United Malays' National Organization* (UMNO) zusammenschlossen. Auf ihr Betreiben wurde am 1. Februar 1948 die Union durch den Malaiischen Bund ersetzt, der die neun Staaten der Halbinsel sowie Penang und Malakka umfaßte. Singapur war eine getrennte Kolonie. Dieser neue Status war der Union gegenüber ein Rückschritt. Der Bund blieb von der Krone abhängig und hatte keine Selbstverwaltung. Großbritannien hatte die absolute Kontrolle über Verteidigung und Außenpolitik. Der Hochkommissar regierte mit einem exekutiven und einem legislativen Bundesrat, deren Mitglieder ernannt wurden; er war jedoch nicht verpflichtet, sich an ihre Beschlüsse zu halten. Die Sultane sahen sich in ihren Machtbefugnissen und Privilegien bestätigt; wie zuvor mußten sie aber die ›Stellungnahme‹ eines britischen Beraters einholen. Dieser Beamte war der frühere Resident; er hatte lediglich einen neuen Namen erhalten. Nur in Angelegenheiten der muslimischen Religion und des malaiischen Brauchtums konnten sie frei entscheiden. Am einschneidendsten waren die Änderungen auf dem Gebiet der Staatsbürgerschaft, die nur noch nach ganz strengen Maßstäben zuerkannt wurde, wodurch die meisten Chinesen und Inder sie nicht mehr erwerben konnten.

Die heftigste Reaktion kam von kommunistischer Seite. Sie äußerte sich zunächst in Streiks und, als diese unterdrückt wurden, in Sabotageakten auf den Gummiplantagen und in Terrormaßnahmen. Anfang Juni 1948 brach der Aufstand an mehreren Stellen aus. Während die Regierung den panmalaiischen Gewerkschaftsbund auflöste und den Notstand ausrief, veröffentlichte die Malaiische Kommunistische Partei eine Proklamation, die die Bevölkerung zur Erhebung gegen die Briten aufrief. Im Juli wurde die Partei verboten und ging in den Untergrund.

Der Ausnahmezustand sollte zwölf Jahre dauern. Die kommunistische Partei bemühte sich, die Strategie Mao Tse-tungs anzuwenden, die zu gleicher Zeit auch von der vietnamesischen Widerstandsbewegung praktiziert wurde. Die ›Strategischen Probleme des malaiischen Revolutionskrieges‹ sahen Guerilla und Bewegungskrieg vor, den Ausbau befreiter Gebiete zu Expansionsbasen, Sabotage in den Plantagen, die die Hauptdollarquelle der Briten darstellten, und schließlich die Schaffung einer demokratischen Republik, die den Malaiischen Bund und Singapur umfassen sollte, mit einer einzigen Staatsbürgerschaft, mit gemischter Wirtschaft und Agrarreform.

Am 1. Februar 1949 nahmen die Guerillakämpfer den Namen ›Befreiungsarmee der malaiischen Rassen‹ an. Es waren 5000–6000 Mann, die von einer zivilen Organisation, dem *Min-Yuen*, unterstützt wurden. Diese Organisation umfaßte etwa 20000 Personen, die sich mit Nachrichten, Verpflegung und Propaganda befaßten.

Der Kampf der Malaiischen Kommunistischen Partei hatte jedoch nicht den gleichen Erfolg wie die vietnamesische Widerstandsbewegung, was in erster

Linie auf das chinesische Übergewicht in der Partei zurückzuführen war; dieses hatte nämlich zur Folge, daß sie sich nicht auf den malaiischen Bevölkerungsteil stützen konnte. So fand sie ihren Rückhalt hauptsächlich bei den chinesischen *squatters*, die sich während der japanischen Besetzung an den Rand des Dschungels geflüchtet hatten und dort Reis, Tabak und Bananen anbauten.

Die Engländer ihrerseits setzten beträchtliche Streitkräfte ein. Im Jahre 1952 betrug ihre Zahl fast 400000 Mann aus Armee, Polizei und *Home Guard*, für die fast die Hälfte des Haushalts des Malaiischen Bundes bereitgestellt wurde; waren es 1949 90 Millionen Dollar gewesen, so war diese Summe im Jahre 1953 auf 250 Millionen angewachsen. Um die Verpflegungsquellen der Guerillakämpfer zu zerstören, siedelte man gemäß dem Briggs-Plan mehr als 500000 *squatters* – 85% Chinesen und 15% Malaier – in neue Dörfer um. General Templer, der von 1952 bis Juni 1954 Hochkommissar war, machte aus Malaya ein richtiggehendes Polizeilager. Er führte Kollektivvergeltungsmaßnahmen ein, verhängte schwere Geldstrafen und kürzte die Reiszuteilungen; Tausende von Verdächtigen wurden auf unbegrenzte Zeit inhaftiert.

Wenn diese Politik auch nicht dazu angetan war, die Herzen der Menschen zu erringen, so erzielte sie doch militärische Erfolge. Mit dem Jahre 1952 verlor der Guerillakampf an Schärfe, und die politischen Probleme traten in den Vordergrund.

Aufgrund des Ausnahmezustandes gab es seit 1945 lediglich zwei politische Organisationen der Rechten, da sich die der Linken auflösen müssen. Im Februar 1949 entstand die *Malayan Chinese Association* (MCA), die unter der Leitung von Tan Cheng- lock die Nachfolge des AMCJA (*All-Malaya Council of Joint Action*) antrat. Sie war eine bürgerliche Chinesenpartei, und ihr Ziel war die chinesisch-malaiische Freundschaft. In der Hauptsache befaßte sie sich jedoch mit wirtschaftlichen Problemen. Da sie antikommunistisch orientiert war, steuerte sie in der Folge zweieinhalb Millionen Dollar bei, um den Briggs-Plan zur Umsiedlung der *squatters* zu finanzieren. Die UMNO (*United Malays' National Organization*) blieb nach wie vor die große malaiische Organisation, näherte sich jedoch der Mitte an und zeigte sich den chinesischen Forderungen geneigter.

Unter der Führung von Prinz Tengku Abdul Rahman trug die vereinigte UMNO-MCA bei den Stadtratswahlen von Kuala Lumpur 1952 den Sieg davon, und dieser Sieg veranlaßte sie, einen Legislativrat sowie die Schaffung eines unabhängigen Malaya innerhalb des *Commonwealth* zu fordern.

Trotz eines neuen Gesetzes über die Staatsbürgerschaft vom Juni 1952 konnten nur weniger als 60% der Chinesen und 30% der Inder Anspruch auf sie erheben. Seit 1951 gab es auch Minister, sie wurden jedoch vom Hochkommissar ernannt und waren der ebenfalls ernannten Versammlung nicht verantwortlich.

Nach Diên-biên-phu beschleunigte sich die Entwicklung. England versprach dem Bund und Singapur gewählte Volksvertretungen und verantwortliche Regierungen. Im Juli 1955 trug die UMNO-MCA bei den Wahlen einen eklatanten Sieg davon, nachdem sich noch der Kongreß der Inder in Malaya mit

ihr verbunden hatte. Von den 52 Sitzen erhielt sie 51, die sich auf 35 Malaien, 15 Chinesen und einen Inder verteilten. Im Januar 1956 fand in London eine Konferenz statt, die die innere Selbstverwaltung des Bundes anerkannte, der sich seinerseits bereit erklärte, nach der Unabhängigkeit weiterhin der Sterling-Zone anzugehören und mit Großbritannien einen gegenseitigen Verteidigungs- und Beistandspakt abzuschließen. So wurde denn am 31. August 1957 die Unabhängigkeit proklamiert, und Abdul Rahman wurde Premierminister.

Die Verfassung sah eine föderalistische Regierungsform vor, an deren Spitze ein *Yang di Pertuan Agong* (Oberster Staatschef) stand, der aus der Mitte der neun Sultane gewählt wurde. Der Islam wurde zur Staatsreligion erklärt, Malaiisch wurde einzige Amtssprache. Während einer Übergangszeit konnte allenfalls das Englische, aber nicht das Chinesische an seine Stelle treten. Die Sonderrechte der Malaien bezüglich Grundbesitz, dem Zugang zu Regierungsämtern und der Führung von Industrie- und Handelsunternehmen blieben bestehen. Ausländer, die im Bundesgebiet geboren waren oder mindestens acht Jahre dort ihren Wohnsitz hatten, konnten von nun ab die Staatsbürgerschaft erwerben, was ein kleiner Fortschritt gegen vorher war.

X. Die Autonomie von Singapur

Singapur erhielt seine Unabhängigkeit bedeutend später als der Bund; das ist darauf zurückzuführen, daß es von großer strategischer und kommerzieller Bedeutung für Großbritannien war und daß seine chinesische Bevölkerung »radikaler« eingestellt war als die Malaien.

Erst 1955 kamen die ersten Reformen. Es wurde eine Gesetzgebende Versammlung von 32 Mitgliedern geschaffen, von denen 25 gewählt wurden. Außerdem wurde ein Ministerrat mit neun Mitgliedern gebildet, von denen sechs aus der Parlamentsmehrheit ausgewählt werden sollten. Der englische Gouverneur behielt ein Vetorecht und das Recht, die Verfassung außer Kraft zu setzen.



© Abb. 11: Lee Kuan Yew, der Premierminister von Singapur

Die *Labour Front* gewann die Wahlen im April 1955 und bildete mit der UMNO-MCA die Regierung. Sie verfügte jedoch nur über eine knappe Mehrheit und war inneren Spannungen ausgesetzt. So sah sie sich von links einer kraftvollen Opposition gegenüber, die von der *People's Action Party* (PAP) kam. Zugleich hatte sie gegen Streiks und gegen eine politische Agitation von seiten der Gewerkschaften und der Studenten anzukämpfen. Nach langwierigen Verhandlungen mit London kam es im März 1957 zu einem Abkommen. London erkannte die Autonomie von Singapur, an dessen Spitze ein Malaie stehen sollte, an. Großbritannien behielt jedoch die Kontrolle über die Außenpolitik und die Verteidigung. Die innere Sicherheit lag in den Händen eines neunköpfigen Sicherheitsrates, der aus drei Briten, drei Ministern von Singapur und einem Vertreter des Bundes bestand. Das Parlament bekam 51 Sitze, alle Mitglieder sollten fortan durch allgemeine Wahl bestimmt werden.

Bei den Wahlen am 31. Mai 1959 errang die PAP einen eindeutigen Sieg. Der Führer, Lee Kuan Yew, ein junger, in Singapur geborener chinesischer Rechtsanwalt, der in Cambridge studiert hatte, wurde Premierminister. Das offizielle Geburtsdatum des Staates Singapur war der 3. Juni 1959.

9. Indien 1939–1947

Der heraufziehende Zweite Weltkrieg warf nach Indien seine Schatten voraus, als der indische Kongreß 1939 in eine kurze Führungskrise geriet. Die Spannungen zwischen dem linken Flügel, den *Leftists* um Nehru und Böse auf der einen und der alten Garde um Gandhi auf der anderen Seite hatten sich verschärft. 1938 war der Bengale Subhas Chandra Böse (1897 bis 1945) zum Kongreßpräsidenten gewählt worden. Er war seit 1921 in der Bewegung hervorgetreten und gehörte zu den erbittertsten Kritikern Gandhis und seiner Führungsmethoden. Die Abneigung Nehrus und anderer Kongreßsozialisten gegen die aufstrebenden faschistischen Mächte Europas hielt er für falsch und entwarf als politisches Programm eine autoritäre ›Synthese‹ von Kommunismus und Faschismus. Sein Plan, die Kriegsgefahr und die Zwangslage Englands dazu auszunutzen, in einem Ultimatum den Abzug der Briten zu fordern und andernfalls mit militanter Revolution zu drohen, wurde von Gandhi, aber auch von Nehru und anderen *Leftists* abgelehnt. Trotzdem gelang es Böse, 1939 wieder zum Präsidenten gewählt zu werden. Doch als Gandhi es auf eine Kraftprobe ankommen ließ, erwies sich Böses Rückhalt als zu schwach. Nachdem er zum Rücktritt gezwungen und politisch isoliert worden war, gründete er eine eigene Partei, den *Forward Bloc*.

Sein weiteres Schicksal war abenteuerlich. 1941 gelang ihm die Flucht aus britischem Arrest über Kabul und Moskau nach Deutschland. Hier gab ihm die Reichsregierung die Möglichkeit, eine Organisation *Freies Indien* zu gründen, Radiosendungen nach Indien auszustrahlen und aus indischen Kriegsgefangenen Truppen zusammenzustellen, die den Kern einer späteren indischen Armee bilden sollten. Diese Unterstützung lag nicht ganz einwandfrei auf der Parteilinie der Nationalsozialisten, hatte doch Hitler früher die indische Nationalbewegung »asiatische Gaukler« und eine Koalition von Krüppeln genannt, die vergeblich die britische Weltmacht berennen werde. Als Germane sehe er Indien unter englischer Herrschaft lieber als unter einer anderen.¹ 1943 verließ Böse in einem U-Boot Kiel und wurde bei Madagaskar von einem japanischen Boot übernommen. Er gründete in Singapur eine von den Achsenmächten anerkannte Provisorische Regierung des Freien Indien, deren Ministerpräsident er wurde. In zahlreichen Radioansprachen rief er Indien auf, endlich der Gewaltlosigkeit abzuschwören und keine Blutopfer für die Freiheit zu scheuen. Er reorganisierte die *Indian National Army* (INA), die sich aus südostasiatischen Auslandsindern und Kriegsgefangenen der Britisch- Indischen Armee gebildet hatte, und nahm mit ihren drei Divisionen an der erfolglosen und verlustreichen japanischen Frühjahrsoffensive 1944 gegen Indien teil. Vermutlich wurde er 1945 bei einem Flugzeugunglück auf Formosa getötet. Doch halten sich bis heute unter seinen Anhängern Gerüchte, der *netāji* (›Führer‹), wie Böse genannt wurde, sei noch am Leben.

Bald bildete sich ein Mythos um ihn und die Leistungen der INA. Als die britischen Truppen 1945 Burma zurückeroberten, kam es zu Verbrüderungsszenen zwischen Indern in der britischen Armee und der INA.

Wie populär diese Nationalarmee geworden war, zeigten die indischen Reaktionen auf die Kriegsverbrecherprozesse, die die Briten nach Kriegsende gegen die INA veranstalteten. Es kam zu Massendemonstrationen und zu einer Meuterei der Marine. Den Kolonialherren wurde dabei vor Augen geführt, daß der Nationalismus nun auch auf die indischen Soldaten übergriff, die bisher immer als streng loyal gegolten und im Zweiten Weltkrieg tapfer gekämpft hatten. Das schwindende Vertrauen auf die Verlässlichkeit der während des Krieges stark vergrößerten und modern ausgerüsteten indischen Armee bestärkte viele britische Politiker in der Einsicht, daß die britische Stellung in Indien nicht mehr lange zu halten sei.² Das war der eigentliche Beitrag der INA, deren Geist nationaler Einheit jenseits von religiösem und regionalem Partikularismus auch Gandhi hohes Lob zollen mußte, zum Freiheitskampf Indiens.

Böses Grundsatz ›Englands Feind ist Indiens Freund‹ wurde nur von einer radikalen Minderheit befolgt. Alle anderen bedeutenden Politiker Indiens ließen keinen Zweifel an ihrer antifaschistischen Haltung. Gandhi, für den es ein Gebot der *ahimsā* (s.o.S. 31) war, aus einer Notlage des Gegners kein Vorteil zu ziehen, versicherte gleich nach Kriegsausbruch den Vizekönig Lord Linlithgow seiner Sympathie für das britische Volk. Viele indische Fürsten und politische Gruppen waren zu vorbehaltloser Unterstützung der britischen Kriegsanstrengungen bereit. Der Kongreß aber war im Zwiespalt und hatte keine klare politische Linie. Er wünschte keine Behinderung Englands, konnte andererseits seiner Tradition aber nicht untreu werden, neue Zugeständnisse für Indien zu fordern. Schon am 3. September 1939 hatte der Vizekönig Indien zum kriegführenden Land erklärt, ohne indische Politiker zu konsultieren. Dieser Schritt, der legal zwar korrekt, taktisch aber doch sehr unklug war, mußte als nationale Demütigung empfunden werden. Trotzdem war die Mehrheit des Kongresses grundsätzlich bereit, Großbritannien voll zu unterstützen, wenn die Briten eine deutliche Erklärung ihrer Kriegsziele abgäben und versicherten, daß die Freiheit, für die sie nun kämpften, unteilbar sein und auch für Indien gelten solle. Da eine befriedigende britische Zusicherung ausblieb, legten die Kongreßminister im Oktober 1939 ihre Regierungsämter nieder, einige sehr ungern und zögernd. In den betroffenen Provinzen übernahmen die britischen Gouverneure kraft ihrer Vollmachten die Regierung. In den Provinzen mit muslimischer Mehrheit blieben die indischen Minister jedoch im Amt. Jinnah, der bei einem Bündnis des Kongresses mit den Briten kaum hätte abseits stehen können, wußte geschickt den Bruch zu seinem Vorteil zu nutzen und ließ den Rücktritt der Kongreßkabinette als ›Tag der Befreiung‹ feiern. Wenig später gab der Vizekönig Jinnah die Versicherung, daß eine künftige Verfassung Indiens nicht ohne die Billigung der Muslim-Liga geschaffen werden könne. Damit wurde Jinnah ein Vetorecht eingeräumt, das später bekräftigt wurde. Die vorläufig noch vage Pakistan-Idee erhielt dadurch neue Impulse. Die Briten, der Kongreß und die

Liga verurteilten mit dem Festhalten an ihren Positionen die indische Innenpolitik zur Stagnation.

Als Antwort auf die separatistischen Pläne der Liga wählte der Kongreß 1940 einen seiner treuesten Muslims, den späteren indischen Kultusminister Maulana Abul Kalam Azad, zu seinem Präsidenten. Gandhi erhielt die Vollmacht, eine neue Kampagne des ›Bürgerlichen Ungehorsams‹ vorzubereiten und Termin und Art der Durchführung zu bestimmen. Während Gandhis Startzeichen auf sich warten ließ, wurde Englands Lage in Europa durch die deutschen Erfolge immer kritischer. Die Führungsgruppe des Kongresses hätte nun gerne jede Behinderung der Briten vermieden und bot, gegen Gandhis Willen, Unterstützung und Zusammenarbeit an, wenn England sich auf die Unabhängigkeit Indiens eindeutig festlege und sofort der Bildung einer alle Parteien umfassenden indischen Nationalregierung zustimme. In seiner Antwort vom 7. August 1940, dem sogenannten ›August-Angebot‹, lehnte der Vizekönig die Forderungen des Kongresses ab, da die politischen Parteien Indiens uneins seien und die Majorisierung der Minderheiten verhindert werden müsse. Er erklärte sich lediglich bereit, mehr Inder in seinen Exekutivrat aufzunehmen und einen nationalen Verteidigungsrat zu schaffen. Da der Exekutivrat keine wirkliche Macht hatte, lehnten Kongreß und Liga das Angebot als unbefriedigend ab. Der Kongreß war damit wieder auf seinen Plan des gewaltlosen Widerstandes verwiesen.

Die neue *satyāgraha*-Kampagne (17. Oktober 1940–6. Januar 1942) war von vornherein nicht als Massenbewegung, sondern als individueller Ungehorsam und rein symbolischer Widerstand gedacht. Einzelne ausgewählte *satyāgrahīs* sollten die britischen Notverordnungen durch öffentliche Reden gegen den Krieg übertreten, bis sie verhaftet wurden. Die Teilnehmer, auf strikte Gewaltlosigkeit verpflichtet, informierten gewöhnlich die britischen Behörden vorher über Zeit und Ort der beabsichtigten Übertretung, ließen sich von Freunden bekränzen und sprachen dann ein paar Sätze gegen die indische Unterstützung britischer Kriegsanstrengungen. Unter den ersten Verhafteten war Nehru; 1941 wanderte dann nach und nach fast die gesamte Kongreßelite in die Gefängnisse. Die Aktion in dieser milden Form verlief friedlich und hatte nicht entfernt den Widerhall wie 1920 oder 1930. Ernsthafte Schwierigkeiten bereitete sie den Briten nicht und sollte dies auch nicht tun. Allenfalls machte die Verhaftung von weit über 10000 indischen Patrioten auf antikolonialistische Kreise bei den Freunden Englands, besonders in den USA, einen peinlichen Eindruck.

Währenddessen gingen hinter den Kulissen Versuche weiter, die innenpolitische Lähmung Indiens zu überwinden. Eine Konferenz überparteilicher Politiker unter dem bedeutenden Verfassungsexperten Sir Tej Bahadur Sapru versuchte vergeblich, die Kräfte außerhalb von Liga und Kongreß zu sammeln. Der Vizekönig erfüllte im Juli 1941 sein von Liga und Kongreß schon längst verworfenen ›August-Angebot‹ und erweiterte seinen Exekutivrat. Das indische Mißtrauen über die britischen Kriegsziele erhielt jedoch neue

Nahrung durch Churchills Erklärung im September, der Satz der Atlantik-Charta vom Selbstbestimmungsrecht der Völker beziehe sich nur auf die von den Achsenmächten unterworfenen Nationen, nicht aber auf Indien.³ Wenige Wochen später aber, am 3. Dezember 1941, am Vorabend von Pearl Harbor, entließ die britisch-indische Regierung zum allgemeinen Erstaunen die *satyāgraha*-Häftlinge aus den Gefängnissen.⁴

Nach dem Eintritt Japans in den Krieg (7. Dezember 1941) rief der Vizekönig zur Einigung gegenüber der neuen Bedrohung auf. Der Kongreß gab unter gewissen Bedingungen seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Regierung zu erkennen. Das war gegen den Willen Gandhis, der sich daraufhin wieder einmal vom Kongreß zurückzog und Nehru als seinen Nachfolger und geistigen Erben bezeichnete.

Der stürmische japanische Vormarsch durch Südostasien ließ die Frage der Verteidigung Indiens schnell dringend werden. London mußte handeln und sandte im März 1942 Sir Stafford Cripps, Mitglied des Kriegskabinetts und wegen seiner guten Beziehungen zu indischen Nationalisten bekannt, nach Indien. Cripps präzisierte frühere Vorschläge und fügte neue hinzu. Er bot *Dominion*-Status für Indien an mit dem Recht des Austritts aus dem *Commonwealth*, eine indische Nationalversammlung sollte ohne britische Einmischung eine neue Verfassung ausarbeiten – aber das alles erst nach Kriegsende. Für den Augenblick hatte Cripps so gut wie nichts zu bieten. Insbesondere hatte er keine Vollmacht, Indien die Verantwortung für seine Armee zu übertragen. Außerdem sahen Cripps' Pläne vor, indischen Regionen, die dem zu schaffenden *Dominion* nicht beitreten wollten, einen Sonderstatus zu geben. Das war ein Zugeständnis an die Liga und an Autonomiebestrebungen einzelner Fürsten. Der Kongreß sah dadurch einer gefürchteten indischen Kleinstaaterei Tür und Tor geöffnet. Cripps berief sich auf den notwendigen Schutz der Minderheiten. Der Kongreß beharrte auf seiner Ansicht, die britische Rücksicht auf zu viele Sonderinteressen ermuntere nur zur Uneinigkeit, ohne fremde Einmischung werde man sich rasch einigen können. Während der wochenlangen Verhandlungen blieb das Mißtrauen des Kongresses gegen die wirklichen britischen Absichten immer wach. Gandhi nannte Cripps' Versprechungen einen »nachdatierten Scheck bei einer in die Brüche gehenden Bank«. Die deutschen und japanischen Siege schienen den Briten wenig Berechtigung zu geben, Versprechungen für die Nachkriegszeit zu machen. Nach dem Vorgang des Kongresses, der lange mit sich rang, lehnten auch die anderen wichtigeren Parteien Cripps' Vorschläge ab.⁵ Später aber, als die Kriegslage sich zugunsten der Alliierten wendete, stellte sich die Frage, ob eine Einigung mit Cripps und Zusammenarbeit mit den Briten dem Kongreß nicht weit bessere Möglichkeiten gegeben hätte, die staatliche Einheit Indiens zu retten.

Doch 1942 hatte Indien um eine japanische Invasion zu bangen. In der Stunde der Not unterstellte sich der Kongreß wieder Gandhis Führung. Nach dem

Scheitern der Verhandlungen mit Cripps war es sinnlos geworden, nach neuen Zwischenlösungen zu suchen. Gandhis scheinbar radikale Wendung wird dadurch, wenigstens im Ansatz, verständlich. Er beschloß, den sofortigen Abzug der Briten zur Losung einer neuen Agitation zu machen. Er glaubte, daß die Japaner ein freies Indien unbehelligt lassen würden oder daß man ihnen andernfalls mit *satyāgraha*-Widerstand begegnen könne. Dieser Plan barg viele Risiken in sich; Nehru und andere Kongreßpolitiker widersprachen lange, fügten sich aber schließlich und suchten wenigstens das Programm in ihrem Sinne zu beeinflussen. Am 14. Juli 1942 verabschiedete das *Working Committee* die später sogenannte *Quit India-Resolution*, die die sofortige Freiheit Indiens forderte, damit das Land alle Kräfte gegen die japanische Bedrohung mobilisieren könne. Die Stationierung alliierter Streitkräfte zur Abwehr der Japaner oder Unterstützung Chinas sollte möglich bleiben. Für den Fall der britischen Weigerung drohte die Resolution mit einem gewaltlosen Massenaufstand unter Gandhis Führung. Am 8. August 1942 billigte das *All India Congress Committee* mit großer Mehrheit diese Entschließung.⁶ Gandhi hielt eine zündende Rede, die in dem Motto *do or die* gipfelte, aber irgendeinen konkreten Aktionsplan legte er noch nicht vor. Er hatte dazu auch keine Gelegenheit mehr. Die Briten reagierten schlagartig. Im Morgengrauen des nächsten Tages wurden Gandhi und die Kongreßführung verhaftet. Das hatte die Folge, daß die Bewegung nun plan- und führerlos war und jeder unter *do or die* das verstehen konnte, was er für richtig hielt. Die Spannung der letzten Monate entlud sich in einer Kettenreaktion von Gewaltakten. Brennende Regierungsgebäude, gestürmte Polizeistationen, Straßensperren, gesprengte Bahndämme und Brücken, zerschnittene Telephondrähte und entgleiste Züge bestimmten das Bild der ›August-Bewegung‹. Doch konnten Militär und Polizei in wenigen Wochen mit hartem Einsatz die Oberhand gewinnen. Nur vereinzelte Guerillaaktionen liefen noch bis 1944. Der offizielle britische Bericht spricht von über 1000 Toten, indische Angaben nennen weit höhere Zahlen. Über 60000 indische Nationalisten waren in den Gefängnissen, viele von ihnen bis Kriegsende. In einem Briefwechsel machten sich Gandhi und der Vizekönig gegenseitig für das Blutvergießen verantwortlich.⁷

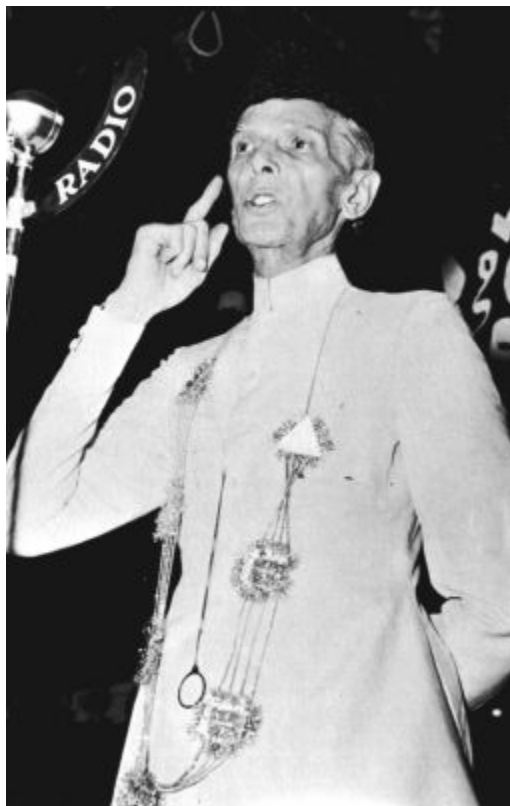
Die *Quit India*-Bewegung von 1942 war eine politische Willensbekundung, die unübersehbar die Gefährlichkeit der Spannungen in Indien zeigte. Ihr wichtigstes Ergebnis aber lag anderswo. Sie veränderte die innerindischen Machtverhältnisse. Jinnah hatte die Bewegung nicht unterstützt, weil er in ihr nur den Versuch des Kongresses sah, die Macht an sich zu reißen. Abseits blieb auch die wieder zugelassene Kommunistische Partei, für die der Krieg durch die britisch-sowjetische Allianz zum ›Volkskrieg‹ geworden war. Sie unterstützte offen die Pakistan-Forderungen der Liga und konnte sich dabei auf Äußerungen Stalins über berechnete Ansprüche der indischen ›Nationalitäten‹ berufen.⁸ Das führte zu einer wachsenden Entfremdung zwischen Kongreß und Kommunisten, die sich in den Augen vieler Kongreßsozialisten als Verräter an der nationalen

Sache erwiesen hatten. 1942 bis 1945 war der Kongreß verboten, seine Führer in Haft, seine Organisation gelähmt. In dem dadurch entstandenen politischen Vakuum konnten die Kommunistische Partei und ganz besonders die Liga ihre Position stärken. Die Mitgliederzahl der Liga stieg auf etwa 2 Millionen, Jinnahs Rückhalt in den muslimischen Massen festigte sich. Einzelne Versuche von Liga- und Kongreßpolitikern, gemeinsame Vorschläge für die politische Zukunft Indiens zu erarbeiten, verliefen im Sande. Für die Dauer des Krieges, der Indien erheblichen industriellen Aufschwung, dann aber durch die japanische Bedrohung auch große Transport- und Versorgungsschwierigkeiten brachte – 1943 mußte Bengalen eine der furchtbarsten Hungersnöte seiner Geschichte durchleiden –, geriet das politische Leben Indiens nicht mehr in spürbare Bewegung.

In der veränderten Weltlage nach Kriegsende gewannen die Stimmen britischer Politiker rasch an Einfluß, die England, durch den Krieg geschwächt, nicht mehr länger als unbedingt nötig mit der finanziellen, militärischen und moralischen Bürde belasten wollten, Indien niederzuhalten. Das zeigte sich auch an dem Wahlsieg der *Labour Party* (Juli 1945). Für die britische Aristokratie und Mittelklasse war Indien lange der ›hellste Edelstein in der britischen Krone‹ gewesen. Doch nun, da Indien im Kriege vom Schuldner zum Gläubiger Englands geworden war, verloren alte ökonomische Motive viel von ihrer Kraft. Bald blieb nur noch die alles beherrschende Frage, wie es gelingen werde, die von inneren Gegensätzen zerrissene größte Kolonie der Erde in die Unabhängigkeit zu entlassen. Die indischen Wirtschaftskreise waren im allgemeinen auf Sicherung ihrer Kriegsgewinne bedacht und zeigten, anders als 1919, wenig Neigung, politische Agitation zu unterstützen. Die britische Regierung konnte daher versuchen, an die Cripps-Vorschläge von 1942 anzuknüpfen, die sie als noch immer gültig betrachtete. Die letzte Phase der Entkolonisierung sollte möglichst schnell eingeleitet werden, ehe im Zuge der Demobilisierung neue Unruhe in Indien zu befürchten war.

Nachdem die Kongreßführer aus der Haft entlassen worden waren, suchte Vizekönig Lord Wavell (reg. 1943–1947) ihre politische Aktivität aufzufangen und berief im Juli 1945 eine Konferenz indischer Parteiführer nach Shimla ein, die über die Zusammensetzung einer indischen Interimsregierung entscheiden sollte. Aber an Jinnahs Haltung, im Kongreß eine Hindu-Partei und in den Kongreß-Muslims nur ›Quislinge‹ zu sehen, hatte sich nichts geändert. Seine Forderung, daß alle muslimischen Mitglieder der zu bildenden Regierung aus der Liga stammen sollten, mußte dem Kongreß unannehmbar sein. Jinnah, seit 1934 ständiger Präsident der Liga und von seinen Anhängern nun ›großer Führer‹ (*Qā'id-i' Azam*) genannt, fühlte sich stark genug, die Konferenz an seinem Veto scheitern zu lassen. Die ersten Nachkriegswahlen (Winter 1945/1946) schienen seine Haltung zu bestätigen. Liga und Kongreß konnten große Erfolge buchen, Indien schien auf dem besten Wege zum Zweiparteiensystem. Die Liga gewann im Zentralparlament alle, in den Landtagen die meisten der für Muslims

reservierten Sitze. Regierungsfähige Mehrheiten bekam sie aber nur in Bengalen und Sind.⁹ In der muslimischen *North West Frontier Province* (NWFP) erhielt der Kongreß die absolute Mehrheit und bildete eine Regierung unter Dr. Khan Sahib, dem Bruder des *Frontier Gandhi* (s.o.S. 42). Heikel war die Lage im Panjab, der labilsten und, wie sich bald herausstellte, gefährdetsten Provinz. Die Liga war hier die stärkste Partei, doch ohne absolute Mehrheit. Eine Koalition des Kongresses mit der konservativen, hauptsächlich auf Großgrundbesitzer gestützten Unionspartei (s.o.S. 48) und der *Akali*-Partei der Sikhs konnte so die Liga an der Regierungsübernahme hindern. Das war zweifelhafter demokratischer Stil, bei dem manche Kongreßpolitiker kein gutes Gewissen hatten. In den anderen Provinzen bildete der Kongreß die Regierung. Damit war in Britisch-Indien ungefähr der Zustand von 1937–1939 wiederhergestellt.



© Abb. 12: Muhammad Ali Jinnah, der Gründer Pakistans

Viel schwieriger war der nächste Schritt: die Bildung einer indischen Zentralregierung und die Einberufung einer Verfassunggebenden Versammlung.¹⁰ Im März 1946 erschien eine Delegation des britischen Kabinetts in Indien. Im Laufe der Gespräche wurde ein Plan entwickelt, der eine indische Unionsregierung vorsah, welche nur für Außenpolitik, Verteidigung und Verkehr zuständig sein sollte. Alles andere sollte in der Verantwortung der Provinzen liegen, die sich zu Provinzgruppen und Zonen mit Muslim- oder

Hindu-Mehrheit zusammenschließen sollten. Das war ein schon früher gelegentlich erwogener Versuch, gleichzeitig der Liga eine Art Pakistan und dem Kongreß eine Art ungeteiltes Indien zu bieten. Nach langen Debatten stimmten beide im Grundsatz zu; aber über Auslegung und Verwirklichung der komplizierten Einzelheiten des Planes gingen die Ansichten weit auseinander.¹¹ Nehru, gerade zum Kongreßpräsidenten gewählt, machte in einer politisch sicher vernünftigen, aber taktisch ungeschickten Rede kein Hehl daraus, daß er den ganzen Plan für illusorisch halte.¹² Beschwichtigende Stimmen nützten nichts mehr, Jinnah hatte nun einen Grund, seine Zustimmung zum Plan der *Cabinet Mission* zurückzuziehen. Da die Bildung einer Interimsregierung mit Liga und Kongreß in dieser Atmosphäre nicht vorankam, forderte der Vizekönig am 12. August 1946 Nehru auf, ein Kabinett zu bilden. Jinnah, immer in der Furcht, die Briten könnten sich mit dem Kongreß arrangieren, sah sich nun zur ›direkten Aktion‹ gedrängt und erklärte den 16. August zum *Direct Action Day*. Mochte er auch nicht an Aufforderung zum Bürgerkrieg, sondern an disziplinierte muslimische Demonstrationen denken:¹³ seine aufreizende Sprache löste doch für die folgenden Monate eine der furchtbarsten Katastrophen der neueren indischen Geschichte aus. Am 16. August 1946 verwandelte der Mob von Calcutta die Stadt in ein blutiges Schlachthaus mit über 4000 Toten. Die Liga-Regierung von Bengalen unter H.S. Suhrawardy spielte dabei eine zwielichtige Rolle.¹⁴ Zwar konnte Militär die Ordnung bald wiederherstellen; aber schon hatten die Schreckensnachrichten vielerorts zu Kettenreaktionen geführt, vor allem in der Nachbarprovinz Bihar, wo sich die Hindu-Mehrheit ebenso tobsüchtig an den Muslims rächte. Gandhi wanderte durch die schlimmsten Unruhegebiete und suchte zu retten, was noch zu retten war.

In Delhi waren am 2. September 1946 die Kongreßführer in den Exekutivrat des Vizekönigs eingetreten und hatten mit Nehru als Vizepräsident und Vallabhai Patel als Innenminister die Interimsregierung gebildet. Die fünf der Liga zustehenden Ministersessel wurden erst Ende Oktober besetzt, als Jinnah unter dem Druck der um sich greifenden Unruhen seinen Boykott aufgab. Doch schien es der Liga vor allem auf ›Obstruktion von innen‹ und den Nachweis anzukommen, daß eine gemeinsame Regierung nicht möglich sei. Die Liga hatte das Finanzministerium inne, und Finanzminister Liaqat Ali Khan konnte von dieser Schlüsselstellung aus alle Maßnahmen seiner Kongreßkollegen blockieren. Sein Budget-Entwurf sah eine hohe Sondersteuer auf Wirtschaftsgewinne vor und geriet sofort in den Verdacht, die Liga wolle die Geldgeber des Kongresses schädigen und Zwietracht zwischen den rechten und den sozialistischen Kongreßflügel säen.¹⁵ Das Klima in der Regierung brachte die Kongreßführer wohl bald dazu, sich innerlich mit der Teilung Indiens abzufinden.

Am 9. Dezember 1946 trat die Verfassungsgebende Versammlung zusammen. Das denkwürdige Ereignis war anders gekommen, als indische Nationalisten je gehofft hatten. Da über die Interpretation des Zonenplanes der *Cabinet Mission* immer noch keine Einigung erzielt war, boykottierte die Liga die Versammlung;

die Interimsregierung war gelähmt; die »kommunalen« Unruhen steigerten sich; im Panjab entwickelte sich ein hochexplosiver Krisenherd. In dieser Lage wurde Lord Wavell abberufen. Gleichzeitig gab Premierminister Attlee am 20. Februar 1947 bekannt, seine Regierung sei entschlossen, die britische Herrschaft spätestens im Juni 1948 zu beenden, welche Instanzen auch immer dann in Indien die Macht übernehmen würden. Auch der Druck dieser Erklärung hatte nicht die gewünschte Wirkung. Im Panjab stürzte die Koalitionsregierung; in den blutigen Wirren mußte der britische Provinzgouverneur die Regierung übernehmen.

Der letzte britische Vizekönig, Lord Mountbatten, als früherer Oberbefehlshaber in Südostasien gewohnt, manchen verschlungenen Knoten durchzuhauen, kam schnell zu der Überzeugung, die einzige Alternative zu Bürgerkrieg und Anarchie sei die Teilung. Schon am 3. Juni 1947 legte er den Plan vor: *Dominion-Status* für Indien und Pakistan innerhalb des *Commonwealth*. In Bengalen und im Panjab sollten die Provinzlegislativen über Einheit oder Teilung entscheiden, in der NWFP sollte ein Referendum stattfinden. Jinnah, der einen weit größeren Muslim- Staat erstrebt hatte, nahm das »mottenzerfressene« Pakistan, das ihm jetzt geboten wurde, hin. Auch der Kongreß willigte nun in die Teilung. Damit waren die Würfel gefallen. Im Juli genehmigte das britische Parlament die *Indian Independence Bill*, das letzte in der langen Reihe seiner Indien-Gesetze, das das Ende einer Epoche bedeutete.



© Abb. 13: Gandhi im Gespräch mit dem letzten britischen Vizekönig, Viscount Mountbatten, und dessen Frau (1947)

Im Juni hatten Bengalen und Panjab für die Teilung gestimmt. Der muslimischen Kongreßregierung in der NWFP war damit der Anschluß an Indien verbaut. Ihr Plan eines selbständigen Pathanenstaates ›Pashtunistan‹ fand die lebhafteste Unterstützung der Regierung und Presse Afghanistans und verband sich mit dem Wunsch, die ›Zerschneidung der afghanischen Nation‹ durch die britisch-afghanische Grenzziehung von 1893 (*Durand-Line*) zu revidieren. Da die Liga ablehnte, boykottierte der Kongreß der NWFP das Referendum, das eine Mehrheit für den Anschluß an Pakistan erbrachte. Doch erbte Pakistan damit von Britisch-Indien als schwere Last eine immer unruhige Nordwestgrenze. Die Spannungen zwischen Pakistan und Afghanistan steigerten sich, besonders Mitte der fünfziger Jahre, bis zur Kriegsgefahr.

Da Mountbatten täglich das Zerschneiden der Interimsregierung und des Verwaltungsapparates befürchtete, war der Unabhängigkeitstag um fast ein Jahr, auf den 15. August 1947, vorverlegt worden. Mit überstürzter Hast, in knapp zwei Monaten, mußte eine der größten Verwaltungsmaßnahmen der Geschichte erledigt werden: die Teilung der Administration, der Finanzen und der Armee. Zwei Kommissionen legten in Bengalen und im Panjab die neue Grenze fest; sie publizierten ihren Bericht aber erst nach dem 15. August. Bis zur Verabschiedung neuer Verfassungen sollten die beiden Staaten auf der Grundlage des *India Act* von 1935 regiert werden. Die Hoffnung, Mountbatten werde Generalgouverneur beider *Dominions* werden, scheiterte an Jinnah, der dieses Amt in Pakistan für sich beanspruchte. Für Indien ließ sich Mountbatten jedoch gewinnen.

Als am 15. August 1947 die Unabhängigkeit in den Hauptstädten Delhi und Karachi mit Jubel gefeiert wurde, hatte im Panjab schon ein grauenhaftes Massaker begonnen. Gruppen von Sikhs, verzweifelt über die Zerschneidung ihres religiösen Stammlandes und von Reden des Demagogen Tara Singh aufgeputscht, fanatische Muslims und extremistische Hindu-Organisationen (s.o.S. 38f.) überboten sich im Verein mit kriminellen Banden in bestialischem Wüten. Die Zahl derer, die dabei umkamen, wird sich nie genau feststellen lassen. Sie ging in die Hunderttausende. Es half nichts, daß beide neuen Staaten den Schutz der Minderheiten versprochen hatten. Eine Massenflucht – Sikhs und Hindus nach Indien, Muslims nach Pakistan – setzte ein. Die Unsicherheit über den genauen Grenzverlauf steigerte die Panik. Eisenbahnzüge voller Leichen mit Aufschriften »Geschenk von Pakistan« oder »Geschenk von Indien« wurden über die Grenze geschickt. Wer entkam, meldete das Geschehen und löste eine Kettenreaktion von Racheakten aus. Die Hast der Machtübertragung zeigte nun ihre blutigen Folgen. Es war versäumt worden, die Grenzgebiete unter straffe Militärverwaltung zu stellen; die schwache *Panjab Boundary Force* mit knapp 55000 Soldaten war ihrer Aufgabe nicht gewachsen. Die Briten scheuten aus

politischen Gründen vor direkter Einmischung zurück, die einheimischen Staatsmänner hatten die Katastrophe nicht vorausgesehen und waren auf den riesigen Bevölkerungsaustausch organisatorisch nicht vorbereitet.¹⁶

Der andere zerschnittene Teil Indiens, Bengalen, blieb 1947 relativ ruhig. Das war entscheidend Gandhis Verdienst. Während der Unabhängigkeitsfeiern, bei denen Nehru ihn als ›Vater der Nation‹ pries, war Gandhi weitab von der Hauptstadt, im Muslimviertel von Calcutta. Er war bis zuletzt der große Gegner der Teilung geblieben. Die errungene Freiheit ließ ihn kalt. Für ihn waren die Mittel des Kampfes immer wichtiger als der Erfolg, weil der Mensch die Mittel wählen kann, das Ergebnis aber nicht in seiner Macht liegt. Als die Nachricht von den Greueln im Panjab Unruhe nach Calcutta zu bringen droht, beginnt Gandhi ein Fasten. In seiner Gebetsversammlung umarmen sich Hindus und Muslims zu Tausenden.¹⁷ Der Politiker Gandhi war gescheitert, der Anspruch seiner Hoffnung aber blieb unwiderlegt. Mountbatten schickt ihm ein Telegramm, seine ›Ein-Mann-Armee‹ habe vollbracht, was im Panjab Tausende von Soldaten nicht vermochten.¹⁸ Ab September arbeitet er in Delhi für den Schutz der muslimischen Minderheit. Hier nimmt er im Januar 1948 sein letztes Fasten auf sich. Er zwingt damit die indische Regierung, das moralische Recht Pakistans auf die vereinbarte Teilung der Staatskasse zu achten. Für Hindu-Fanatiker war dies Landesverrat, da Indien mit Pakistan in Kashmir faktisch im Kriege lag. Am 30. Januar 1948 wurde Gandhi von einem Hindu-Extremisten erschossen. Der Schock, der durch Indien und die Welt ging, brachte, so scheint es, für einige Zeit die schlimmsten Flammen des religiösen Wahnsinns zum Erlöschen.



© Abb. 14: Flüchtlinge aus Pakistan nach ihrer Ankunft auf dem Bahnhof von Delhi (1947)

C. Die Entwicklung bis zur Gegenwart: unterschiedliche Wege, gleichartige Probleme

10. Der indische Subkontinent seit 1947

I. Folgen der Teilung

Die Teilung schuf weit mehr Probleme, als sie lösen konnte. Neue Konflikte auf dem Subkontinent absorbierten Energien, die in beiden Staaten anderswo dringend gebraucht worden wären. Durch Flucht und Vertreibung war zwar Westpakistan ein fast nur von Muslims bewohntes Land geworden, nicht aber Ostpakistan, wo neben anderen Minoritäten noch heute fast 20% der Bevölkerung Hindus sind. In Indien blieben etwa 50 Millionen Muslims. Unter den Flüchtlingen – ihre Zahl wird auf 12 Millionen geschätzt – herrschte noch jahrelang unvorstellbares Elend. Sobald es die Lage gestattete, begannen Konferenzen beider Staaten über die Rückführung verschleppter Frauen und die Behandlung des zurückgelassenen Eigentums der Flüchtlinge. Höchst komplizierte Abmachungen waren notwendig, da die Zahl der Betroffenen in beiden Ländern zwar annähernd gleich war, aber Hindus und Sikhs mehr Sachwerte verloren hatten als die allgemein sozial schwächeren Muslims.¹ Unter

dem Druck von Unruhen in Bengalen vereinbarten die Premierminister Nehru und Liaqat Ali Khan 1950 Maßnahmen zum Schutz der Minderheiten. Doch haben sich beide Seiten immer wieder des Bruchs der Abmachungen bezichtigt. Bis in die letzten Jahre kam es zu Verfolgungen und Flüchtlingsbewegungen, meist aus schwer durchschaubaren lokalen Ursachen oder als Reflex auf Vorgänge im Kashmir-Streit. Schwere ökonomische Folgen hatte die Teilung, wo sie zusammenhängende Wirtschaftsräume zerriß. So fielen die besten Anbaugelände für Jute und Baumwolle an Pakistan, die Fabriken zur Verarbeitung aber lagen in Indien. Pakistan, auf indische Kohle angewiesen, mußte seine Eisenbahn auf Dieselbetrieb umstellen. Der Handel zwischen beiden Ländern geriet zeitweilig ins Stocken, weil Indien 1949 mit den meisten Ländern des Sterling-Blocks seine Währung abwertete, Pakistan aber nicht. Im Panjab wurde das Bewässerungssystem zerschnitten. Da Indien den Oberlauf einiger Nebenflüsse des Indus kontrollierte, hatte es Leben oder Tod großer Teile Westpakistans in der Hand. Erst 1960 konnte durch Vermittlung der Weltbank ein Kompromiß im Kanalwasserstreit erzielt werden.² Pakistan wird ab 1970 nur den Indus, Jhelam und Chenab für sich allein nutzen können. Dazu bedarf es gewaltiger neuer Anlagen. 1967 wurde der Mangla-Damm, der den Jhelam staut, eingeweiht. Der riesige Indus-Staudamm bei Tarbela ist noch im Stadium der Planung. Mehrere ausländische Firmen liegen im Wettlauf um den größten Bauauftrag, der je international ausgeschrieben wurde.

Der größte Krisenherd, der die Spannungen zwischen den beiden Staaten nie hat abklingen lassen, entwickelte sich aus dem Versagen der Briten, vor ihrem Abzug aus Indien das Problem der Fürstentümer vernünftig zu lösen. Den über 500 Herrschern sollte es freistehen, bei Erlöschen der britischen Oberhoheit sich Indien oder Pakistan anzuschließen oder aber ihre Unabhängigkeit zu erklären. Indien war jedoch nicht bereit, die drohende Balkanisierung des Subkontinents hinzunehmen. Die Fürsten, an Selbständigkeit gewöhnt, fanden nicht zu gemeinsamem Handeln zusammen. Viele erkannten wohl auch die Zeichen der Zeit und fügten sich würdig in das Unvermeidliche. Schon vor dem 15. August 1947 unterzeichneten alle dem neuen indischen Staat benachbarten Fürsten bis auf drei die Erklärung ihres Beitritts zur Indischen Union. Danach wurden ihre Staaten territorial, fiskalisch und konstitutionell schrittweise in die Indische Union integriert und die Herrscher durch steuerfreie Apanagen und andere Privilegien abgefunden. In dieser unblutigen Revolution bewährten sich Tatkraft und diplomatisches Geschick des indischen Ministers V. Patel auf das glänzendste.³ Ernste Schwierigkeiten gab es nur an drei Stellen: Junagadh, Haiderabad und Kashmir.

Der Muslim-Fürst von Junagadh, dessen Untertanen zu 80% Hindus waren, erklärte 1947 seinen Anschluß an Pakistan. Entgegen aller ›Zwei-Nationen-Theorie‹ wurde das akzeptiert. Als daraufhin Unruhen in dem Fürstentum ausbrachen, griff die indische Armee ein. Ein Volksentscheid erbrachte eine starke Mehrheit für den Anschluß an Indien. Verwickelter war die Lage in dem

großen Fürstentum Haiderabad. Obwohl sein Land rings von indischem Gebiet umgeben war, erstrebte der muslimische Fürst einen unabhängigen Staat. Während der Verhandlungen mit Indien kam es zu kommunistisch gelenkten Aufständen der ausgebeuteten Bauern im Osten des Fürstentums (Telingana) und zu Terrorakten einer militanten Muslim-Organisation (*Razakar*) an der Hindu-Bevölkerung. Nach Versuchen, durch Blockade Druck auszuüben, marschierten im September 1948 indische Truppen ein und eroberten Haiderabad in einer fünftägigen ›Polizeiaktion‹. Indiens Vorgehen wurde nicht nur in Pakistan, sondern auch im Westen heftig kritisiert, war aber im Ergebnis wohl unvermeidlich. Doch mußte Indien sich sagen lassen, daß es in Junagadh und Haiderabad die freie Wahl des Herrschers mißachtet hat, auf die es in Kashmir seine Rechtsposition baut, und daß es in Junagadh den Volksentscheid durchführte, den es in Kashmir beharrlich verweigert.⁴

Das Fürstentum Kashmir unter der Herrschaft der Hindu-Dynastie der Dogras war weder religiös noch kulturell noch sprachlich eine Einheit. Die muslimische Bevölkerungsmehrheit (77%), die geographische Lage und die wirtschaftlich-verkehrstechnische Abhängigkeit hätten den Anschluß an Pakistan geraten erscheinen lassen. Von den zwei Hauptparteien des Landes stand die *National Conference* mit Sheikh M. Abdullah, dem ›Löwen von Kashmir‹, an der Spitze der religiösen Staatsidee Pakistans ablehnend gegenüber und sympathisierte mit dem indischen Kongreß, während eine *Muslim Conference* engere Beziehungen zur Muslim-Liga unterhielt. Der Maharaja ließ alle Parteiführer einsperren und unterzeichnete mit Pakistan ein Stillhalteabkommen. Was dann im Herbst 1947 geschah, bleibt vorläufig größtenteils hinter dem Nebel tendenziöser Darstellungen verborgen. Es scheint, daß die muslimische Bevölkerung im südwestlichen Grenzgebiet Kashmirs (Punch) gegen den sehr unpopulären Fürsten rebellierte. Kurz danach kam der Stein des Kashmir-Konflikts ins Rollen, als im Oktober 1947 pathanische Stammeskrieger des freien Nordwest-Grenzgebietes durch Pakistan zogen und in Kashmir einfielen, auf der Suche nach Beute und um ihren muslimischen Glaubensbrüdern beizustehen. Vermutlich wurden sie dabei lokal von Pakistanern unterstützt, doch kann bis heute – entgegen indischen Behauptungen – nicht als erwiesen gelten, daß ihr Vorgehen Teil einer geplanten pakistanischen Aggression war. Pakistanische Politiker haben sich darauf berufen, daß ihr Staat in den chaotischen Wirren seiner Entstehung gar keine Macht hatte, die Stämme zu kontrollieren.⁵ Als diese Krieger plündernd auf Shrinagar vorrückten und die Kashmir-Armee rasch zusammenbrach, floh der Maharaja aus seiner Hauptstadt, forderte indische Truppen an und erklärte am 26. Oktober 1947 seinen Anschluß an Indien. Mountbatten als Generalgouverneur stimmte zu, wies aber in seinem Brief sofort darauf hin, daß in der strittigen Lage der Beitritt nur provisorisch sein könne und das Volk von Kashmir über seine Zukunft entscheiden müsse, sobald Ruhe und Ordnung im Lande wiederhergestellt seien. Daraufhin wurden indische Truppen nach Kashmir geflogen. Spätestens im Frühjahr 1948 griffen auch reguläre

pakistanische Einheiten in die Kämpfe ein, die erst am 1. Januar 1949 mit Hilfe der UNO durch einen Waffenstillstand beendet wurden. Der größere und wichtigere Teil Kashmirs blieb in indischer Hand, der Rest wird teils von einer Regierung ›Freies [Āzād] Kashmir‹ unter pakistanischem Patronat, teils (*Gilgit Agency*) direkt durch einen pakistanischen Kommissar verwaltet.

Bisher sind alle Versuche, durch Vermittlung der UNO und des *Commonwealth* oder durch direkte indo-pakistanische Verhandlungen zur Einigung zu kommen, gescheitert. Pakistan bestreitet, daß der Beitritt des Fürsten Rechtskraft hat, da er durch sein Volk bereits abgesetzt war. Der von Indien versprochene Volksentscheid kam nicht zustande, weil die Modalitäten des Rückzugs der Truppen umstritten blieben und die UNO es zu Indiens Enttäuschung vermied, Pakistan als ›Aggressor‹ moralisch zu verurteilen. Seit 1954 verhärtete sich die indische Haltung, als Pakistan amerikanische Militärhilfe annahm und der SEATO und dem Bagdad-(Cento)-Pakt beitrat. Damit wurde der Kashmir-Konflikt zu einem Teil des Kalten Krieges. Schon vorher war Indien bemüht, seine Bindung an Kashmir zu festigen. Gegen den Willen des Sicherheitsrates der UNO konstituierte sich 1951 im indisch besetzten Teil Kashmirs eine Verfassunggebende Versammlung; 1952 wurde in Delhi Kashmir für einen Teil der Indischen Union erklärt, der aber eine Sonderstellung erhielt. 1948 bis 1953 war Abdullah Chef einer stabilen Kashmir-Regierung, die sich besonders durch eine Bodenreform Verdienste erwarb. Spannungen in seiner Partei führten 1953 zu seiner Absetzung. Sein Nachfolger, Bakshi Ghulam Mohammad, ließ ihn verhaften. Außer persönlichen Intrigen scheint Abdullahs Streben nach einem unabhängigen oder nur lose mit Indien verbundenen Kashmir der Grund oder Vorwand hierfür gewesen zu sein. Unter dem Schirm des sowjetischen Vetos im Sicherheitsrat wurden 1957 und 1964 weitere Schritte unternommen, Kashmir mehr und mehr zu einem normalen indischen Bundesland zu machen. Indien lehnt nun jeden Volksentscheid ab und beruft sich dabei auf seine Konzeption des säkularen Staates, der keiner Religionsgruppe Sezessionsrechte einräumen könne. Da Nehru in seinen letzten Lebensjahren von Sorge um ein Zerbrechen der Indischen Union erfüllt war, wurde ihm Kashmir zum Symbol nationaler Einheit. Darin traf er sich ausnahmsweise mit Hindu-Fanatikern, nur daß sie von der unteilbaren ›Mutter Indien‹ sprachen. Doch fühlt sich auch Pakistan durch den Kashmir-Streit, von allen strategischen und wirtschaftlichen Interessen abgesehen, in den Grundlagen seiner Staatsidee bedroht.

In Indien ist oft die Behauptung zu hören, ein Volksentscheid sei durch die Parlamentswahlen in Kashmir überflüssig geworden. Bei diesen Wahlen, deren demokratische Qualität auch von manchen Indern bezweifelt worden ist,⁶ stand aber die Frage der Eingliederung in Indien nie zur Entscheidung. Die innenpolitische Unruhe der letzten Jahre zeigt, daß viele Gruppen in Kashmir nicht bereit sind, die völlige Integration hinzunehmen.⁷ Abdullahs Popularität ist von seinen Nachfolgern nicht erreicht worden. Als Ende 1963 eine schwere Krise ausbrach⁸ und ›kommunale‹ Konflikte nach Bengalen übergriffen, wurde

Abdullah Anfang 1964 endlich freigelassen. Da er sich weder den indischen noch den pakistanischen Standpunkt zu eigen machte,⁹ schien neue Bewegung in die festgefahrene Lage zu kommen. Doch verhinderten der Tod Nehrus (1964) und dann die Kämpfe um den *Rann of Katch* jeden Fortschritt.¹⁰ Der Waffenstillstand (30. Juni 1965) wurde von den Radikalen auf beiden Seiten verdammt. Sprachenstreit und Ernährungskrise steigerten die hektische Erregung in Indien. Schon im Mai war Abdullah, von einigen der Konspiration mit Peking verdächtigt,¹¹ wieder interniert worden. Das führte zu wachsenden antiindischen Unruhen in Kashmir, die sicherlich von Āzād Kashmir aus weiter geschürt wurden. Die indische Armee wurde in Guerillaaktionen verwickelt, hauptsächlich wohl mit pakistanischen Infiltranten.¹² Die gelenkte pakistanische Presse berichtete jedoch nichts von solchen Aktionen der eigenen Seite, sondern sprach vom kashmirischen ›Volksaufstand‹. Falls Pakistan gehofft hatte, Kashmir werde sich beim Auftauchen der Partisanen erheben, hatte es sich geirrt. Mitte August überschritten indische Truppen die Waffenstillstandslinie, um nach offizieller Version eine weitere Infiltration zu verhindern. Der pakistanische Gegenschlag (1. September) richtete sich gegen die indischen Verbindungslinien nach Kashmir. Daraufhin gingen indische Truppen über die internationale Grenze im Panjab und richteten einen Entlastungsangriff auf Lahore. Der unerklärte Krieg mit Panzerschlachten und Luftangriffen wurde von der Weltmeinung fast einhellig verurteilt. Die USA und Großbritannien stellten ihre Militär- und Wirtschaftshilfe ein. Eine scharf formulierte Resolution des Sicherheitsrates führte am 23. September zur Feuereinstellung.¹³ Trotz ihrer Waffenlieferungen an Indien wußte die Sowjetunion geschickt die Rolle des neutralen Vermittlers zu übernehmen. Auf der Konferenz von Taschkent (Januar 1966) einigten sich Indien und Pakistan in letzter Minute, die Beziehungen zu normalisieren, die Hetzpropaganda einzustellen und die Truppen hinter die Grenze zurückzuziehen. Der ›Geist von Taschkent‹, durch den Tod des indischen Ministerpräsidenten Shastri geweiht, verflog rasch. Die Rüstung geht in beiden Ländern unvermindert weiter. Pakistan, weit mehr auf ausländische Waffenlieferungen angewiesen als Indien, sieht die indische Rüstung allein gegen sich gerichtet, da es an eine Bedrohung durch China nicht glauben will. Solange der Streit um Kashmir im Dunst geschichtlich längst überlebter Ideologien – ob auf dem Subkontinent eine oder zwei Nationen leben – und durch das Betonen starrer Rechtspositionen geführt wird, ist eine politische Lösung nicht in Sicht. Ob die unlängst (2. Januar 1968) erfolgte Freilassung Abdullahs ein erstes Anzeichen indischen Umdenkens ist, bleibt ungewiß. Der Sheikh I versprach sogleich, ohne Ressentiment für die Aussöhnung | Indiens und Pakistans zu wirken. Man darf auf seine Memoiren I gespannt sein.

II. Pakistan

1947 war bei indischen Politikern die Meinung verbreitet, Pakistan werde kein lebensfähiges Staatsgebilde sein und bald reumütig in die Arme Indiens zurückkehren. Das hat sich längst als Irrtum erwiesen. Aber die Schwierigkeiten des Anfangs für das nächst Indonesien volkreichste Muslimland der Erde waren gewaltig.¹⁴ Das Flüchtlingselend war in Indien ein regionales, in Pakistan aber ein nationales Problem. Jeder fünfte Westpakistaner war ein Flüchtling. Durch die Abwanderung des Hindu-Mittelstandes aus Wirtschaft, Verwaltung und akademischen Berufen war das Land gezwungen, in den ersten Jahren viele britische Beamte und Offiziere zu behalten. Während Indien die Hauptstadt und den Regierungsapparat des britischen Kolonialreiches erbte, mußte sich Pakistan erst eine Hauptstadt schaffen (in Karachi, später Islamabad bei Rawalpindi). Bei der Teilung fiel fast alle Industrie des Subkontinents an Indien. Nur mit härtester Anstrengung und denkwürdiger nationaler Begeisterung konnte Pakistan seine eigene Entstehung überleben.

Doch als es nicht mehr um das Überleben, sondern um die konkrete Formung des Staates ging, entwickelte sich bald eine Dauerkrise. Pakistan hatte einzelne fähige Politiker, aber durch den Tod Jinnahs (1948) und die Ermordung Liaqat Ali Khans (1951) blieb die Rolle des charismatischen Führers, die Nehru in Indien spielte, unbesetzt. Das Sinken der Weltmarktpreise für Jute und Baumwolle erschütterte die Wirtschaft. Zudem gerieten die Debatten um die Verfassung des neuen Staates in eine Sackgasse. Während der indische Kongreß sich im letzten Jahrzehnt der britischen Herrschaft gleichsam zu einem parallelen Staatswesen (s.o.S. 46) entwickelt hatte und auf die Machtübernahme personell und organisatorisch gut vorbereitet war, hatte sich die Muslim-Liga fast ganz auf eine Taktik des Widerstandes beschränkt und weder tragfähige politische, soziale oder ökonomische Programme entworfen noch eine differenzierte politische Infrastruktur aufgebaut. Nur das Großziel eines eigenen Staates hatte Funktionäre und Wähler der Liga beflügelt. Aber über wichtigste Grundsatzfragen, darüber, wie ein ›islamischer Staat‹ im 20. Jahrhundert auszusehen habe, gingen die Ansichten weit auseinander. Umstritten war die Rolle, die dem Islam im Staatsaufbau zufallen sollte. Hier konnten sich Modernisten und Traditionalisten jahrelang auf keine gemeinsame Verfassungssprache einigen.¹⁵ Für muslimische Theologen wie A. Maududi stellten sich prinzipielle Fragen wie diese: ob die universelle Religion des Islam durch nationalstaatliches Denken verengt werden dürfe; ob, wie und wann die bestehenden staatlichen Gesetze mit dem kanonischen islamischen Recht (*shari'a*) in Einklang zu bringen seien; ob der neue Staat Banken haben dürfe, da Zinsen im Islam verboten seien; ob ein demokratischer Majoritätsbeschluß die Gesetze Gottes ändern dürfe. Maududi hatte vor der Unabhängigkeit den separatistischen Nationalismus Jinnahs und anderer mehr oder minder säkularisierter Muslims scharf bekämpft. Zusammen mit anderen Schriftgelehrten (*'ulamā'*) wandte er sich nun in den pakistanischen

Verfassungsdebatten gegen vielfältige Versuche, den Islam im Lichte moderner Lebensbedingungen neu zu interpretieren.¹⁶

Heftig umstritten war auch die Frage, wieviel Zentralismus oder regionale Autonomie die Verfassung vorschreiben sollte. Bei den oft widerstreitenden Interessen von Ost- und Westpakistan ist das Verhältnis der beiden nach Sprache¹⁷, Lebensart, Sozialstruktur und Geschichte so verschiedenen, ohne Landverbindung 1700 km voneinander entfernten Teile bis heute ein schweres Problem geblieben.¹⁸ Der Osten brachte (und bringt) durch den Jute-Export dem Staat die meisten Devisen ein, fühlte sich aber bei der Industrialisierung und der Verteilung von Posten und Geldern durch den dominierenden Westen benachteiligt.¹⁹ Die vernichtende Niederlage der Muslim-Liga gegenüber einer *United Front* bei den ostpakistanischen Landtagswahlen 1954 war ein drohendes Zeichen. Aber auch im Westen nahmen Rivalitäten unter den rasch wechselnden Provinzregierungen zu, bis ganz Westpakistan 1954 zur *one unit* erklärt wurde. Neue Parteien tauchten auf, deren Geschichte bis 1958 sehr verworren ist, da sie nie Gelegenheit hatten, sich in allgemeinen Wahlen zu profilieren. Die Kommunistische Partei, weit weniger aktiv als in Indien, wurde 1954 verboten und ist seither auf Untergrundtätigkeit, auch in Arbeiter- und Studentenorganisationen, beschränkt. In der Zentralregierung stürzten nach 1951 rasch mehrere Koalitionskabinette.²⁰ Spannungen zwischen dem Generalgouverneur Ghulam Mohammad und der Verfassungsgebenden Versammlung führten zu deren Auflösung und Neukonstituierung (1955).

Über die Verfassung der ›Islamischen Republik Pakistan‹, die 1956 endlich verabschiedet wurde, ist die Geschichte schnell hinweggegangen. Die dauernde Verschiebung der Parlamentswahlen, die immer ungünstiger werdende Zahlungsbilanz, das Auftauchen paramilitärischer Trupps trieben die Krise schnell auf den Höhepunkt. Die Verwaltung war durch die allgemeine Unsicherheit gelähmt, die alte Oberschicht zu großen Teilen korrupt oder der Korruption verdächtig, die mittelständische Intelligenz in Parteien und Klüngel zersplittert. Die einzige aktionsfähige Kraft blieb die Armee. Am 7. Oktober 1958 setzte Präsident Iskandar Mirza die Verfassung außer Kraft, verbot alle Parteien und ernannte General M. Ayub Khan zum Bevollmächtigten für die Ausübung des Kriegsrechts. Drei Wochen später stürzte die Armee den Präsidenten und schickte ihn ins Exil. Offiziere traten in die Schlüsselstellungen oder besetzten sie mit Männern ihres Vertrauens. Die ersten Ergebnisse des unblutigen Staatsstreiches waren bald sichtbar: gehortete Waren kamen auf den Markt, die Preise fielen, jahrelang hinterzogene Steuern flossen in die Staatskasse, die grauenhaften Flüchtlingslager in Karachi verschwanden. Ohne Zweifel gewann das neue Regime dadurch schnell einige Popularität.

Die Armee war in Pakistan keine unterprivilegierte Gruppe gewesen. Hinter ihrem Staatsstreich stand keine Sozialrevolutionäre Ideologie. Die Bodenreform in Westpakistan (1959) beschnitt zwar den Landbesitz der mächtigen, bisher dominierenden *landlords*, ließ aber den bäuerlichen Mittelstand unangetastet. Das

Militärregime verstand sich in erster Linie als Ordnungsmacht, die den Staat zu reinigen und zu stabilisieren habe. Viele der bisherigen Politiker wurden für einige Jahre ›disqualifiziert‹. Aber Ayub Khan versprach sofort, die Staatsführung so bald wie möglich wieder in zivile Hände zu legen. Doch mußten das diskreditierte Parteiensystem und der Parlamentarismus britischen Musters durch eine Form der Demokratie ersetzt werden, die einem Lande mit 80% Analphabeten gemäßer sei. Ein Jahr nach der Machtübernahme verkündete er das Programm der *Basic Democracies*: Der Wähler sollte nicht prominenten, aber für ihn undurchschaubaren, demagogischen Parteipolitikern die Stimme geben, sondern in nächster Umgebung praktische Demokratie lernen und in 80000 kleinen Wahlkreisen je eine verdiente Persönlichkeit seines Vertrauens wählen. Zehn solcher *Basic Democrats* sollten mit ernannten Beamten zu einem *Union Council* (in Städten einem *Town Committee*) zusammentreten, dem Vollmachten für lokale Wirtschaftsentwicklung und Selbstverwaltung übertragen wurden. Jedes dieser Gremien sollte Mitglieder in höhere Räte entsenden, die in fünf Ebenen übereinander eine Pyramide bildeten.²¹ 1959 fanden nach diesem System die ersten allgemeinen Wahlen Pakistans statt. Darauf wurde den *Basic Democrats* 1960 die Aufgabe übertragen, als Wahlmänner zu fungieren, Ayub Khan das Vertrauen auszusprechen und ihm ein Mandat für die Ausarbeitung der Verfassung zu geben. Das geschah mit einer Mehrheit von 96% der Stimmen.²² Ayub Khan wurde als Präsident Pakistans vereidigt.

Die 1962 verkündete Verfassung suchte die Lehren aus dem Scheitern der ersten pakistanischen Republik zu ziehen. Sie wandte sich von dem britischen Vorbild ab, gab dem Staat die Form einer Präsidialdemokratie und sorgte vor allem für Stetigkeit und Handlungsfähigkeit der Exekutive, die ermächtigt war, garantierte demokratische Freiheiten einzuschränken. Dem durch das Wahlmännerkollegium, die *Basic Democrats*, alle fünf Jahre indirekt gewählten Präsidenten stand die gesamte Exekutivgewalt zu. Seine Befugnisse gingen weit, waren aber genau definiert. Er und der von ihm ernannte Ministerrat waren der Legislative nicht verantwortlich. Nur durch eine Dreiviertelmehrheit der Nationalversammlung konnte er abgesetzt werden. Gegenüber Gesetzesvorlagen des Parlaments hatte er Vetorecht. Sein Einspruch konnte nur mit Zweidrittelmehrheit überstimmt werden. Für diesen Fall blieb ihm die Möglichkeit, ein Referendum abzuhalten. Um die Gleichberechtigung Ostpakistans zu bekunden, wurde Dacca zum Hauptsitz der Nationalversammlung und Bengali neben Urdu zur Nationalsprache erklärt (daneben bleibt Englisch für zunächst zehn Jahre in offiziellem Gebrauch). Was die Stellung der Religion betrifft, so ist nur allgemein vom *Islamic way of life* die Rede. Der Präsident muß zwar Muslim sein, doch das Wort ›islamisch‹ der Verfassung von 1956 wurde in die neue Staatsdefinition nicht übernommen. Ein *Council of Islamic Ideology* sollte bei der Gesetzgebung nur beratende Funktion haben. Der Präsident sprach zwar viel von Islam, doch standen dabei

naturrechtliche Elemente wie Gottesliebe, Brüderlichkeit oder Gerechtigkeit im Vordergrund.

Die ersten Wahlen zum Zentralparlament und den beiden Landtagen (1962) hatten ein überraschendes Ergebnis: Die Wahlmänner hatten viele der Politiker des alten Regimes gewählt. Im Landtag des Westens dominierten weiterhin die Groß- und Mittelbauern, in Ostpakistan, wo der Großgrundbesitz schon früher aufgeteilt worden war, die Intellektuellen. Es war Ayub Khan weniger als erwartet gelungen, neue Führungskräfte zu gewinnen, die bereit waren, politische Verantwortung zu tragen. Eine der ersten Forderungen der neuen Legislative war dann auch die Wiedezulassung von Parteien. Nur widerstrebend fügte sich der Präsident und trat selbst der *Pakistan Muslim League* bei, die seither die stärkste Partei war. In den anderen politischen Gruppierungen bot sich schnell wieder das alte Bild der Zersplitterung. Der profilierteste Kopf der Opposition gegen Ayub Khan war der frühere Premierminister H.S. Suhrawardy, der ab 1963 versuchte, eine *National Democratic Front* zu sammeln. Nach seinem Tode scharte sich die sehr heterogene Opposition – von orthodoxen Mullahs bis zu säkularisierten Intellektuellen – um Fatima Jinnah, die greise Schwester des Staatsgründers, und stellte sie 1964 als Präsidentschaftskandidatin auf. Im Wahlkampf forderte sie die Wiedereinführung direkter Wahlen und die Abschaffung der ›Diktatur‹. Doch wurde Ayub Khan mit 63% der Stimmen wiedergewählt. F. Jinnahs Rückhalt lag, außer in Ostbengalen, wo Ayub Khan nur 53% erhielt, in den Großstädten.

Während Pakistan vor 1958 bei vielen Blockfreien als ein Satellit der USA galt, wurde seine Außenpolitik unter Ayub Khan flexibler. Die amerikanische Waffenhilfe an Indien (ab 1962) führte zu Spannungen zwischen den Bündnispartnern.²³ Schon vorher hatte eine vorsichtige Annäherung Pakistans an Peking begonnen. Deren Früchte waren Handels- und Kulturabkommen, beschränkte chinesische Waffenlieferungen und der Grenzvertrag von 1963, in dem darauf geachtet wurde, eine Lösung des Kashmir-Problems nicht zu präjudizieren.²⁴ Mindestens seit der Konferenz von Taschkent waren auch die Beziehungen zur Sowjetunion verbessert, obwohl Moskau seine Stellung in Indien nicht aufgab. Da Pakistan auf amerikanische Finanzhilfe angewiesen blieb, hatte Ayub Khan bei dem Versuch, sein Land aus dem Konflikt der Großmächte herauszuhalten, einen schwierigen Balanceakt zwischen Moskau, Washington und Peking zu vollführen.

Innenpolitisch schien Ayub Khan bis vor kurzem fest im Sattel zu sitzen. Die Opposition war zwar nicht verstummt. Konservative Gruppen opponierten gegen seine Familiengesetzgebung, gegen Erschwerung der Polygamie und gegen Programme zur Geburtenkontrolle. In Ostpakistan, wo das Offizierskorps kaum vertreten war und wenig Sympathie genoß, war ab und zu von separatistischen Bestrebungen die Rede. Der schärfste Kritiker Ayub Khans war sein 1966 entlassener Außenminister Z.A. Bhutto, dessen Forderung nach ›islamischem Sozialismus‹ und engerer Anlehnung an China vor allem bei

jüngeren Intellektuellen Widerhall fand. Doch eine echte Alternative zu Ayub Khan schien vorläufig nicht in Sicht. Seine Regierung hatte Leistungen aufzuweisen, die weithin Anerkennung fanden. Die Zuwachsraten der Wirtschaft waren in den letzten Jahren größer und beständiger als je zuvor. Ein Trend zur Marktwirtschaft zeichnete sich ab.²⁵ Im Rahmen der Fünfjahrespläne hatte die Privatwirtschaft freieren Spielraum als in Indien. Ayub Khan konnte sich auf bewährte Berufsbeamte und das Offizierskorps verlassen. Eine ›theokratische Militärdiktatur‹, wie manche indische Zeitungen behaupteten, herrschte aber nicht in Pakistan. Das Militärregime war nach vier Jahren durch einen Verfassungsstaat abgelöst worden, der Oppositionsparteien und unabhängige Gerichte zuließ. Trotz seiner dominierenden Stellung in der Politik hatte der Präsident, der »Demokratie mit Disziplin verbinden«²⁶ wollte, seine Macht zurückhaltend gebraucht. Der paternalistisch gelenkte Staat Pakistans hatte es freilich leichter, seine Ordnungsmacht zu demonstrieren, als die riskantere Form der Demokratie, die Indien sich gewählt hatte.

Der Eindruck relativer Stabilität, den Pakistan bis Ende 1968 bot, hat sich mittlerweile jedoch als trügerisch erwiesen. Noch bleibt es in vielem rätselhaft, wie das Land in wenigen Monaten an den Rand des Chaos geraten konnte. Die Krise begann mit Studentenunruhen im November 1968, kurz nachdem Ayub das zehnjährige Bestehen seines Regimes hatte feiern können. Mehrere Parteien der zersplitterten Opposition schlossen sich zu einem ›demokratischen Aktionszentrum‹ zusammen. Der populäre ehemalige Luftmarschall Asghar Khan trat offen auf die Seite der Gegner Ayubs. Massendemonstrationen bezichtigten das Regime der Korruption und forderten mehr Demokratie, Pressefreiheit und die Wiedereinführung allgemeiner direkter Wahlen. Soziale Konflikte kamen in mehreren Generalstreiks zum Ausbruch. Es war unverkennbar, daß der wirtschaftliche Aufschwung nur einer dünnen Oberschicht zugute gekommen war. Im Westteil des Landes begannen sich partikularistische Tendenzen der einzelnen Regionen bemerkbar zu machen. Vor allem aber nahm in Ostpakistan die Agitation für eine Autonomie gefährliche Formen an. Hier war die Lage noch dadurch besonders prekär, daß in dem benachbarten indischen Bundesland Westbengalen nach den Zwischenwahlen von 1969 eine linkskommunistische Mehrheit an die Macht gekommen war.

Ayub schien von dem Ausmaß des Widerstandes überrascht zu sein. Er reagierte nicht mit Härte, sondern suchte der Opposition entgegenzukommen. Er hob den seit 1965 bestehenden Ausnahmezustand auf, versprach eine Änderung des Wahlsystems und verzichtete darauf, erneut für das Präsidentenamt zu kandidieren. Führende Oppositionspolitiker wurden freigelassen, unter ihnen Bhutto, der als angeblicher Drahtzieher der Studentenunruhen verhaftet worden war. Doch solche Zugeständnisse brachten keine Beruhigung. Überall, besonders im Osten, wurde die Lage immer verworrener. Lynchjustiz und andere Exzesse des Mobs trieben das Land an den Rand des Bürgerkrieges. Allem Anschein nach stand die Armee nicht mehr voll hinter dem Präsidenten. Am 25. März 1969

mußte Ayub eingestehen, daß er die Kontrolle verloren habe. Er trat zurück und übergab die Staatsgewalt dem Oberbefehlshaber der Streitkräfte General Yahya Khan, der sich kurz darauf selbst zum Präsidenten ernannte. Das Kriebsrecht wurde verhängt, die Verfassung teilweise außer Kraft gesetzt. Wie üblich führte die Machtübernahme des Militärs zu einer schnellen äußeren Normalisierung.

In manchem gleicht die heutige Lage Pakistans der von 1958. Der neue Präsident hat versprochen, nur so lange mit dem Militär zu regieren, bis freie Wahlen möglich sind. Wann das sein wird, weiß im Augenblick niemand. Ohne Zweifel werden die ethnischen und sozialen Konflikte weiterschwen. Auch in der neuen Verwaltung scheinen die Spitzenpositionen wieder in der Hand von Westpakistanern konzentriert zu sein. Die Gegner der ›gelenkten Demokratie‹ und Sozialrevolutionäre wie Bhutto (geb. 1928) mit seiner ›Volkspartei‹ werden sich kaum mit der neuen Entwicklung abfinden wollen. Wenn nicht alle Zeichen trügen, ist Pakistan zu einem neuen potentiellen Unruheherd Asiens geworden.

III. Indien

Die indische Verfassung trat nach dreijährigen Debatten am 26. Januar 1950 in Kraft.²⁷ Kritiker sagten, Indien gliche dem befreiten Vogel, der freiwillig wieder in seinen Käfig zurückkehrt.²⁸ Die Verfassung vermied revolutionäre Experimente und folgte nicht Gandhis Vermächtnis, die Ordnung des Staates auf den Dorfrat (*Panchayat*) zu gründen und Indien zu einer Föderation autonomer Dorfrepubliken zu machen. Die Wirren der Teilung gaben Anlaß zur Sorge um die Stabilität der Union und förderten die Neigung, das Erbe britischer Staats- und Verwaltungskunst, die Struktur des einstmals bekämpften Staatsgefüges beizubehalten. So knüpfte die Verfassung von 1950 in vielen wichtigen Einzelheiten wie in der Gesamtkonzeption an die von 1935 an²⁹ und verband provinzielle Autonomie mit starker Zentralmacht. Die Befugnisse des Bundespräsidenten und der Provinzgouverneure einschließlich ihrer Notstandsvollmachten wurden ähnlich definiert wie die der entsprechenden Ämter 1935. Auch die Stellung der höheren Beamtschaft wurde nach dem Vorbild von 1935 ausdrücklich in der Verfassung garantiert. So vererbte sich der Elite- und Korpsgeist des alten *Indian Civil Service* auf den heutigen *Indian Administrative Service*. Ohne einen solchen tüchtigen Beamtenstab hätten sich riesige Verwaltungsaufgaben wie die Einschmelzung der Fürstentümer, die Neugliederung des Landes in Sprachstaaten oder die Organisation der größten demokratischen Wahlen der Geschichte nicht bewältigen lassen. Was sich aus den Kongreßprogrammen des Freiheitskampfes in die Verfassung hinüberrettete, fand im Katalog der Grundrechte, die aber in Notfällen stark eingeschränkt werden können, und in den Grundprinzipien der Staatsführung (*directive principles*) seinen Platz.

Die parlamentarisch-demokratische Regierungsform hat bisher in Indien eine Stetigkeit gezeigt wie kaum in einem anderen Entwicklungsland, und das trotz

ungeheurer wirtschaftlicher Schwierigkeiten, trotz sozialer Not, Hunger und Übervölkerung, trotz vieler Gefahren für die nationale Einheit. Der wichtigste Träger politischer Kontinuität ist bis heute der Kongreß geblieben. Bis 1967 war seine Mehrheit im Unionsparlament und in den Landtagen, außer in Kerala, nie ernsthaft gefährdet. Zwar lag sein Anteil an Wählerstimmen nur bei etwa 45%, doch gewann er damit aufgrund des Mehrheitswahlrechtes rund 70% der Sitze, weil die Opposition zersplittert blieb. Freilich war der Kongreß niemals in seiner Geschichte eine einheitlich ausgerichtete Partei. Er umschloß konservative Hindus wie säkularisierte Intellektuelle, Anhänger rigoroser Planwirtschaft wie Verfechter einer Politik des *laissez faire*. Interne Streitigkeiten und Absplitterungen haben den Kongreß zwar oft geschwächt, aber doch nicht entscheidend bedroht.³⁰ Vielmehr war die Partei darauf angewiesen, gleichsam ein Abbild Gesamtindiens zu sein und eine Politik des Gleichgewichts und der Vermittlung vieler Sonderinteressen anzustreben. Hierbei erwies sich Nehru als Meister der Schiedsrichterkunst. Seinem großen Rivalen auf dem rechten Flügel, V. Patel, gelang es zwar einmal, Nehru den Einfluß auf die Parteiführung streitig zu machen. Nach Patels Tod (1950) jedoch wurde Nehru Kongreßpräsident und vereinigte auf Jahre Partei- und Regierungsführung in seiner Hand. Der Fortbestand der Union schien so sehr an ihn geknüpft zu sein, daß die Frage »after Nehru – who?« immer wieder gestellt wurde. Doch hat der Kongreß 1964 und 1966 auch diese Frage durch die Wahl L.B. Shastris und Indira Gandhis an die Regierungsspitze schneller und ruhiger, als viele erwartet hatten, entschieden.³¹

Die soziale Basis des Kongresses liegt vorwiegend in der städtischen Geschäftswelt und im bäuerlichen Mittelstand. Diese Tatsache und die notwendige Politik des Gleichgewichts verhinderten radikale Eingriffe in die Wirtschafts- und Agrarstruktur. Schon 1938 war eine Planungskommission des Kongresses gebildet worden. Am Konzept der Wirtschaftsplanung zur Bekämpfung der Massenarmut wurde auch nach der Unabhängigkeit festgehalten, doch enttäuschte das System der gemischten Wirtschaft sozialistische Hoffnungen. Der Kongreß bestand weit weniger auf Verstaatlichung der Industrie, als man erwartet hatte. 1955 bekannte er sich zwar ausdrücklich zu einem *socialistic pattern of society*, blieb aber flexibel und legte sich auf keine genaue Definition seines Sozialismus fest. In den ersten zehn Jahren der Planwirtschaft stieg der Anteil des staatlichen Sektors am Nettosozialprodukt nur um 3%.³² Private Unternehmerinitiative ist lebendig geblieben, trotz scharfer staatlicher Kontrolle von Devisen, Importen, Energie- und Transportnutzung. Während der erste Fünfjahresplan (ab 1951) als Erfolg galt, brachten die ehrgeizigen Industrialisierungsprojekte³³ der folgenden Pläne größere Schwierigkeiten. Devisenmangel zwang zur Annahme ausländischer Wirtschaftshilfe. In west-östlichem Wettbewerb bauten die Sowjetunion in Bhilai, Großbritannien in Durgapur und die Bundesrepublik Deutschland in Rourkela Stahlwerke für den Regierungskonzern *Hindustan Steel*. Die jährliche

Stahlproduktion Indiens stieg 1947–1965 von zwei Millionen auf etwa fünf Millionen Tonnen. Doch blieb seit 1957 die Wirtschaft ständig hinter den Planzielen zurück. Die Pläne mußten flexibel gehandhabt und an die Realität angepaßt werden. Trotz industrieller Expansion ist das Pro-Kopf-Einkommen wegen der starken Bevölkerungszunahme nicht wesentlich gestiegen. Die Zahl der Streiks, der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten ist hoch.

Das bitterste ökonomische Problem, auch in Pakistan, bleibt die Ernährung. Schwankende Ergiebigkeit des Monsuns führte zu schweren Krisen und machte weltweite Hilfsmaßnahmen notwendig,³⁴ trotz Erweiterung der Anbaufläche und trotz aller wissenschaftlichen Programme zur Steigerung der Erträge. Die soziale Lage auf den Dörfern, wo rund 80% der indischen Bevölkerung leben, ist durch neue Reformen nicht durchgreifend verändert worden. Seit den zwanziger Jahren hatten Bauernvereinigungen (*kisān- sabhā*) in sozialistischer oder kommunistischer Diktion die Enteignung der Großgrundbesitzer (*zamīndār*) gefordert. Doch wurde nach der Unabhängigkeit agrarischer Radikalismus, dem auch manche Kongreßpolitiker gehuldigt hatten, vermieden. Zwar wurden die großen *landlords* durch Gesetze der einzelnen Provinzen enteignet und entschädigt. Doch größere Strukturänderungen bewirkte das nicht, weil die Grenzen für zulässigen Landbesitz hoch angesetzt waren und die Besitzgröße durch Überschreibung an Familienangehörige leicht verschleiert werden konnte. Das enteignete Land fiel an den Staat. Wer es erwerben wollte, wurde durch die Ratenzahlungen kaum weniger belastet als früher durch die Pacht. Da der Besitz der politisch einflußreichen mittleren Bauernschaft nicht angetastet wurde, änderte sich an den meisten früheren Abhängigkeitsverhältnissen der Pächter nichts. Die gesetzliche Beschränkung der Pachtsummen auf 25–30% der Ernte (gegenüber früher 50–60%) hat sicher das Los der Pächter gebessert³⁵, wenn es auch noch viele illegale, nur mündlich geschlossene Verträge mit Wucherpachten geben soll. Die durch die Pachtschutzgesetze gesparten Beträge wurden freilich meist nicht in den Bauernhof investiert, sondern von den rasch wachsenden Familien verbraucht. Die Regierungsprogramme zur Geburtenkontrolle haben besonders auf dem Lande bisher wenig Erfolg gehabt. Vom zweiten Fünfjahresplan an wurde in- und ausländisches Kapital bevorzugt der Industrie, auch der Rüstungswirtschaft, zugeführt. Das ländliche Kreditwesen ist ungenügend organisiert, durch Kapitalarmut der Landwirtschaft stagnierte die Produktion, das für den dritten Plan vorgesehene Ziel der Selbstversorgung Indiens wurde nicht erreicht. Wie immer in solchen Lagen kam es zu Lebensmittelhortungen und Preistreibereien, während die Regierung sich bemühte, mit ausländischen Lieferungen die Lebensmittelpreise niedrig zu halten. Das auf der Kongreßtagung von Nagpur (1959) empfohlene Programm freiwilliger genossenschaftlicher Landbewirtschaftung hat bisher bei den Bauern wenig Anklang gefunden. Von anderen Bemühungen, die Lage auf dem Lande zu bessern, ist besonders das 1952 mit amerikanischer Hilfe begonnene Programm zur Entwicklung der Dorfgemeinden (*Community Development*) zu

nennen, das durch Unterweisung und Hilfe den Lebensstandard des Dorfes heben will. Trotz eindrucksvoller Einzelerfolge bleibt es fraglich, wieweit Scharen von Agrarexperten und Entwicklungsbeamten die Bauern zu Neuerungen bekehren können, vor allem dazu, mehr zu produzieren, als für den Unterhalt der eigenen Familie nötig ist. Ein Versuch, Eigeninitiative und Selbstverantwortung des Dorfes zu wecken und ihm mehr Mitspracherechte einzuräumen, ist das in einzelnen Bundesländern ab 1959 gemäß der Unionsverfassung eingeführte System des *Panchayati Raj*. Indien will damit bewußt an Traditionen der ländlichen Selbstverwaltung in vorbritischer Zeit anknüpfen, an das Fünf-Männer-Gericht (*pancāyat*). Nach der modernen indischen Regelung wählt das Dorf einen Dorf rat (*Panchayat*), die Vorsitzenden mehrerer Dorf rate bilden einen Blockrat (*Samiti*), und mehrere solcher Blocks treten zu einem Distriktrat (*Zilla Parishad*) zusammen. Diese örtlichen Körperschaften werden, in einzelnen Bundesländern verschieden, mit der Verteilung öffentlicher Gelder für Projekte wie Schulen, sanitäre Einrichtungen, Wege- und Brunnenbau betraut. Die Auswirkungen dieser Dezentralisierung, auf die in Indien große Hoffnung gesetzt wird, lassen sich noch nicht sicher beurteilen.

Auf ganz andere Weise als alle staatlichen Maßnahmen und mehr aus dem Geiste Gandhis heraus suchte ab 1951 Vinoba Bhave im visionären Blick auf eine kommende Gesellschaftsordnung der Gerechtigkeit die Not des indischen Dorfes zu lindern. Auf jede Organisation verzichtend, zog er von Dorf zu Dorf und forderte die Landbesitzer zur Landschenkung (*bhūdān*) an ihre Arbeiter auf. Seine Bewegung, viel bewundert und bespöttelt, hat natürlich immer nur in Einzelfällen helfen können.

Schwere Sorgen bereiteten der Zentralregierung zentrifugale Tendenzen innerhalb der Union, die seit den frühen fünfziger Jahren spürbar wurden. Über kaum ein anderes Problem ist in Indien mit so erbitterter Leidenschaft gestritten worden wie über die Sprachenfrage. Die drei Widersacher in diesem Streit sind Hindi, Englisch und die *regional languages*.

Während seit dem 19. Jahrhundert eine kleine englisch gebildete Elite die sprachliche Vielfalt Indiens überbrückte und sich zum Fürsprecher ganz Indiens machte, begann gleichzeitig eine bewußte Hinwendung zur Muttersprache. Zeitungen in den Regionalsprachen erschienen, für Indien neue literarische Genera wie Roman, Novelle, Essay wurden übernommen und gepflegt. Die aufblühende Literatur in den neuindischen Sprachen wandte sich in den letzten Jahrzehnten oft Themen der Sozialkritik und Zeitgeschichte zu und gibt dem Historiker bedeutende, noch wenig beachtete Zeugnisse der Selbstdarstellung des geistigen Indien.³⁶ Die Neugliederung des Kongreßapparates nach Sprachgebieten (s.o.S. 38) verstärkte die politische Dynamik der Regionalsprachen. Doch nach der Unabhängigkeit zögerte die Zentralregierung, die überkommenen Provinzgrenzen nach sprachlichen Kriterien neu festzulegen, da Gebietsstreitigkeiten, Minoritätsprobleme und das Anwachsen eines

provinziellen Patriotismus befürchtet wurden. Daraufhin begann in den vielsprachigen Provinzen Süd- und Mittelindiens eine heftige Agitation. Als sich in Andhra der Führer der Bewegung für einen Telugu-sprachigen Staat zu Tode fastete und Unruhen ausbrachen, gab Nehru nach. 1956 wurde das Gesetz zur Schaffung von *linguistic states* verabschiedet. Der Versuch, die alte Provinz Bombay ungeteilt zu lassen, mißlang. Nach blutigen Wirren mußten aus ihr 1960 die neuen Länder Maharashtra und Gujarat geschaffen werden. 1966 schließlich folgte die von den Sikhs seit Jahren geforderte Teilung des Panjab, die ihnen ein eigenes Panjabi-sprachiges Bundesland erbrachte. Die Provinz Assam wurde von separatistischen Rebellionen der östlichen Grenzstämme (Naga, Mizo) und von schweren Unruhen um die Bengali-sprachige Minderheit betroffen.

Die innenpolitische Atmosphäre der fünfziger Jahre enthüllte, was in Indien *linguism* genannt wird, Sprachchauvinismus. Große Teile der Provinzpresse, Pamphlete, ja sogar Schulbücher gefielen sich in Verherrlichung der eigenen Sprache und regionalen Geschichte, was selten ohne Verunglimpfung eines Nachbarlandes abging. Nicht immer ließ sich dabei Albernies von Gefährlichem scheiden.³⁷ Bis zum Separatismus wurde der Sprachpartikularismus gesteigert, vor allem im Osten Südindiens, wo die Dravidenpartei *Dravida Munnetra Kazhagam* (DMK) jahrelang für einen unabhängigen Dravidenstaat agitierte.³⁸ Oft war die Sprache dabei nur ein Aushängeschild für andere Sonderinteressen. Im dravidischen Süden ist die Furcht vor Überfremdung durch den arischen Norden verbreitet. Überall in den Sprachstaaten ist Ämterpatronage, Bevorzugung von Sprechern der Landessprache, üblich. In Maharashtra treibt in der letzten Zeit die *Shiv Senā*, eine militante Organisation zur Verdrängung von Südindern, ihr Unwesen. Neue Kräfte, auch aus dem unteren Mittelstand der kleinen Händler und Angestellten, die in die lokalen Parteiapparate drängen, sind ihrer Region nicht nur sprachlich weit stärker verhaftet und verlieren den nationalen Zusammenhang leichter aus den Augen als die Generation, die den Freiheitskampf führte. Rivalitäten zwischen den Sprachprovinzen haben auch die Ernährungskrise verschärft, da die Landwirtschaft in die Zuständigkeit der Bundesländer fällt und Überschußländer sich mitunter weigerten, Lebensmittel in die Notgebiete der Union zu liefern. Doch darf nicht verkannt werden, daß solchen zentrifugalen Tendenzen auch starke Gegenkräfte entgegenwirken. Ein Sprachstaat bildet gewöhnlich keine Einheitsfront gegen die Zentrale, sondern hat selbst eine Fülle innerer Konflikte auszutragen. Die Zentrale hat weitgehende Befugnisse, bei Streitigkeiten in den Bundesländern einzugreifen. Seit 1966 verfügt sie auch über ein Gesetz, das ihr gestattet, gegen separatistische Propaganda vorzugehen. Die wachsende wirtschaftliche Verflechtung der Union, die Aufschlüsselung der Gelder durch die zentrale Planungskommission bilden ebenfalls zentripetale Kräfte. Doch steht vielen Indern die »emotionale Balkanisierung«³⁹ des Landes drohend vor Augen. Viele kritisieren heute, daß 1950 das Erziehungswesen – wie 1935 – in die Zuständigkeit der Bundesländer gegeben wurde. Damit hat die Zentralregierung wenig Mittel, darauf

hinzuwirken, daß indische Kinder in den Schulen nicht nur in ihrer Muttersprache unterrichtet werden, sondern auch eine verbindende Sprache, Hindi oder Englisch, oder beide lernen.

Bei den Verfassungsdebatten 1949 war der Beschluß, das Englische als *official language* nach 15 Jahren durch Hindi zu ersetzen, nur mit einer Stimme Mehrheit gefaßt worden. Da Hindi, wie die anderen Regionalsprachen, bisher nicht für Belange moderner Wissenschaft und Verwaltung gebraucht worden war, sollte die fehlende Fachterminologie mit Hilfe künstlicher Sanskrit-Neologismen geschaffen werden.⁴⁰ Die Erfolgsaussichten dieser Wortfabrikation, in der die einzelnen Bundesländer noch dazu oft eigene Wege gehen, bleiben höchst ungewiß. Auch erwies sich die Annahme, in 15 Jahren werde die Kenntnis des Hindi unter allen Indern weit genug verbreitet sein, schnell als Illusion. Besonders in Südindien wuchs die Opposition gegen den ›Hindi-Imperialismus‹, der alle, deren Muttersprache nicht Hindi ist, zu Menschen zweiter Ordnung machen wolle. Zugunsten des Englischen wurde argumentiert, es sei für Indien eine neutrale Sprache, die jeder erst lernen müsse, ohne daß sich die Union dabei, wie im Falle des Hindi, mit einer ihrer Regionen identifiziere. Das Parlament versuchte, 1965 nicht zum Jahr der Sprachenkrise werden zu lassen, und beschloß 1963 nach hitzigen Debatten, daß auch nach 1965 Englisch als assoziierte Amtssprache in der offiziellen Korrespondenz des Bundes und der Länder verwendet werden darf. Trotzdem kam es 1965 besonders in Madras zu blutigen Unruhen. Seither gehört es zum indischen Alltag, daß Hindi-Fanatiker in Nordindien englische Bücher verbrennen oder Schilder abreißen, während in Madras Studenten Kinos stürmen, in denen Hindi-Filme laufen. Eine Fülle von Vorschlägen, Hindi, Englisch und die Regionalsprachen in ein vernünftig ausgewogenes Verhältnis bei Verwaltung und Erziehung zu bringen, liegt noch auf dem Tisch.⁴¹ Doch scheinen die Regionalsprachen überall im Vorrücken. Sollten sie auch, trotz Mangel an Lehrbüchern, auf den Hochschulen mehr und mehr die englische Unterrichtssprache verdrängen, wird die Mobilität der Studenten und Professoren sehr erschwert werden. Damit droht, von gesamtindischer Warte gesehen, den Universitäten der Provinzialismus. Als düsterste Möglichkeit besteht die Gefahr, daß das einigende Band des Englischen zerfällt, das Hindi nicht nachrücken kann und Sieger im Streit die Regionalsprachen bleiben. Auch dann könnten sich neue Formen des staatlichen Zusammenlebens finden lassen. Schon viele Propheten haben das Zerbrechen der Indischen Union vorausgesagt. Bisher haben sie nicht recht behalten.

Unter dem Gesichtspunkt nationaler Einheit ist auch Nehrus Idee des ›säkularen‹ Staates zu sehen.⁴² Sie war nicht nur die Antithese zu dem religiösen Partikularismus, der Indien 1947 die Erschütterungen der Teilung brachte, sondern bot das Leitbild für einen Staat, der tolerant und ausgleichend über Kastengeist und Sonderinteressen stehen sollte.⁴³ Religionsunterricht ist zwar auf Staatsschulen verboten,⁴⁴ doch konnte Nehru nicht daran denken, den Hinduismus aus dem politischen Leben zu eliminieren. Da der Hinduismus nur

selten in seiner Geschichte bedeutende Staatsgebilde hervorgebracht hat, lebt der Hindu- Nationalismus nicht so sehr von politischen, sondern von kulturellen und religiösen Erinnerungen. Nation, Kultur und Religion sind für viele Hindus noch heute untrennbare Begriffe. Impulse von außen, besonders auch vom Christentum, werden dabei oft in altes Traditionsgut einbezogen. Der ›säkulare‹ Staat konnte nur versuchen, reformierend und modernisierend in Lebensformen der Hindus einzugreifen. Dies geschah z.B. durch die jahrelang heftig umstrittene Reform des Hindu-Familienrechts (*Hindu Code Bill*), besonders im Hinblick auf die Gleichberechtigung der Frau. Andere Gesetze bemühen sich um die Förderung der ehemals ›Unberührbaren‹ und anderer *backward communities*. Nach einem Quotensystem werden ihnen in Schulen und Ämtern Plätze reserviert, was freilich mitunter die Folge hatte, daß auch solche ihre Anerkennung als ›rückständig‹ beantragten, die sich früher nie zu diesen sozialen Gruppen gerechnet hätten. Die Wandlung von der starr hierarchisch gegliederten Sozialordnung Indiens zu einer egalitären Massengesellschaft geht nur langsam voran. Im Kastenwesen sind gegenläufige Strömungen neuer Ritualisierung (*sanskritization*) und Verwestlichung zu beobachten.⁴⁵ Vor allem außerhalb der Großstädte und in Südindien ist die Kaste ein wichtiges politisches Strukturelement geworden. Nur selten gründen Kasten eigene Parteien, oft aber rufen sie ihre Mitglieder zur Unterstützung bestehender Parteien auf. Auch Politiker, die öffentlich gegen den Kastengeist wettern, können es sich nicht leisten, bei der Aufstellung von Wahlkandidaten Kastengruppierungen zu ignorieren. Die politische Infrastruktur wird dadurch kompliziert und schwer durchschaubar.

Es scheint, daß nach Nehrus Tod die Gegenkräfte gegen den ›säkularen‹ Staat wieder stärker in den Vordergrund drängen. Die Stimmengewinne des *Jan Sangh* (s.u.S. 202) und die blutigen Krawalle in Delhi (November 1966), durch die ein Bundesgesetz zum Verbot der Kuhschlachtung⁴⁶ erzwungen werden sollte, könnten dafür Anzeichen sein. Führende Kongreßpolitiker wie L.B. Shastri, M. Desai, G.L. Nanda oder N.K. Kamaraj waren oder sind weit stärker der Hindu-Tradition verhaftet, als die weltmännisch geschliffene Urbanität Nehrus es war. Die 1967 erfolgte Wahl eines Muslims, Zakir Husain († 1969), zum Staatspräsidenten war aber vielleicht ein Zeichen, daß an der Idee des religiös toleranten Staates festgehalten wird.

Bei den indischen Wahlen, an denen sich die Bevölkerung bisher durchschnittlich zu etwas über 50% beteiligte, tritt eine große Zahl von Regionalparteien und unabhängigen Kandidaten auf. Das Parlament (*lok-sabhā*) folgt in seinem Stil eng dem britischen Vorbild. Sein hauptsächlicher Mangel ist die schwache Opposition. Deren Rolle wird weitgehend von inneren Auseinandersetzungen im Kongreß übernommen, mitunter auch durch außerparlamentarische Kräfte. So führten die schlechten Studienbedingungen an den stark vermehrten Hochschulen, soziale Unsicherheit und trübe Berufsaussichten in letzter Zeit oft zu Studentenunruhen.

Im Parlament bildete die Kommunistische Partei (CPI) ab 1957 die stärkste Oppositionsfraktion. Sie gewann in den vier Wahlen 1952–1967 16, 27, 29, 42 Sitze (der Kongreß: 364, 371, 361, 281). Doch hat die CPI bisher nicht die Stärke erreicht, die bei dem Massenelend Indiens zu erwarten gewesen wäre. Sie hat sich sowenig wie andere Parteien zur Stimme der stummen, besitzlosen Landarbeitermassen machen können. Nur vereinzelt hat sie auf dem Lande Rückhalt gewonnen, besonders in Andhra, wo sie in Kastenkonflikten des bäuerlichen Mittelstandes Partei ergriff und von wohlhabenden Bauern unterstützt wurde.⁴⁷ Die CPI war oft von inneren Richtungskämpfen zerrissen. Das Verhältnis zur Bourgeoisie des Kongresses war abhängig von den Kursänderungen der sowjetischen Indienpolitik. Während Gandhi und Nehru früher als ›Reaktionäre‹ und ›Verräter am indischen Volk‹ galten, wurden sie später zu ›progressiven Patrioten‹.⁴⁸ Die hohe Auslandsverschuldung Indiens war den einen Verschacherung der Wirtschaft an die *Wallstreet*, den anderen aber ein notwendiges Übel, ohne das die industrielle Basis nicht verbreitert werden könne. Nach der Beteiligung an lokalen Bauernaufständen (s.o.S. 184) kehrte die CPI in den frühen fünfziger Jahren zum konstitutionellen Kommunismus zurück. Sie gehörte zu den eifrigsten Vorkämpfern der Bildung von Sprachprovinzen und erzielte ihre besten Erfolge da, wo es gelang, regionalen Patriotismus zu wecken oder auf ihm aufzubauen. So konnte sie 1957 in Kerala, einem Land mit besonders komplizierter Kastenstruktur, vielen Christen, einem großen Intellektuellenproletariat und schwacher Kongreßorganisation, unter dem angesehenen Brahmanen E.M.S. Nambudiripad die Regierung bilden. Doch als sie zu viel auf einmal ändern wollte und versuchte, hinduistische und christliche Schulen unter Staatskontrolle zu bringen, erhob sich die Opposition. Delhi mußte eingreifen, die Regierung wurde abgesetzt und das Land der *President's rule* unterstellt (wie 1965–1967, da die nachfolgende nichtkommunistische Koalition auch scheiterte). Außerhalb der Parlamente erstreckt sich der kommunistische Einfluß besonders auf Gewerkschaften wie den *All India Trade Union Congress* (AITUC), auf Vereinigungen wie die *All India Progressive Writers' Association* und auf die zahlreichen indo-sowjetischen Kulturgesellschaften. Der Konflikt mit China und die Spannungen im Weltkommunismus führten 1964 zur Spaltung der CPI in eine prosowjetische und eine prochinesische Partei, die sich *CPI (Marxist)* nennt. Während die ›rechte‹ CPI um S.A. Dange ihren Schwerpunkt in Bombay hat, liegen die Hochburgen der linken in Bengalen, Kerala und Andhra. Obwohl die Regierung mehrmals Mitglieder der linken CPI unter dem Verdacht der Agententätigkeit für Peking in ›Schutzhaft‹ nehmen ließ, schnitt die Partei bei den Wahlen 1967 kaum schlechter ab als die rechte CPI. Doch schon deuten sich innerhalb der Linken Konflikte an. In Kerala taktiert Nambudiripad als Chef einer Koalition viel vorsichtiger als die Radikalen in Bengalen. Ihm wurde ›Neo-Revisionismus‹ vorgeworfen, während die Pekinger Presse die nordbengalischen

Landarbeiteraufstände von 1967 als Muster echten Befreiungskampfes begrüßte.⁴⁹

Die nächststärksten Oppositionsgruppen, die Sozialisten, die sich ab 1948 vom Kongreß trennten, haben in den Wahlen bis 1962 laufend Stimmen verloren. Sie traten in wechselnden Gruppierungen und unter verschiedenen Namen (zuletzt als *Prajā*- Sozialisten und ›Vereinigte Sozialisten‹) auf und hatten es schwer, sich zwischen den Kommunisten und dem Kongreß, der sich auch zu einer sozialistischen Gesellschaftsform bekannte (s.o.S. 195), zu profilieren. Bedeutende Sozialisten wie J. Narayan, der Gandhis Idee einer parteilosen ›Demokratie von unten‹ wiederaufgreift, J.B. Kripalani oder Ashok Mehta sind in den letzten Jahren eigene Wege gegangen.

Rechts vom Kongreß sind die beiden wichtigsten Oppositionsparteien der *Jan Sangh* (ab 1951) und die *Svatantra*-Partei (ab 1959), die bei den letzten Wahlen stark an Stimmen gewannen. Beide haben wenig gemeinsam. Der *Jan Sangh* (›Volksbund‹), heute mit 35 Sitzen im Unterhaus vertreten, bestreitet zwar, eine ›kommunale‹ Hindu-Partei zu sein, gleicht aber in vielem der alten *Hindu-Mahāṣabhā* (s.o.S. 38f.). Mit emotional-militantem Hindu-Nationalismus wird der Regierung *appeasement*-Politik gegenüber den Muslims und Pakistan vorgeworfen und gleichzeitig besonders nachdrücklich eine eigene indische Atommacht gefordert. Die Demonstranten gegen den Papst- Besuch und die Agitatoren für das Verbot der Kuhschlachtung hatten großenteils Verbindung mit dieser Partei, die zwar, schon wegen ihres Hindi-Fanatismus, vorwiegend auf die nordindischen Länder beschränkt ist, aber in Zukunft sorgfältig zu beobachten sein wird. Die *Svatantra*-(›Freiheits‹-)Partei, mitbegründet von dem populären südindischen Kongreßpolitiker Ch. Rajagopalachari, versucht eine Sammlung liberal-konservativer Kreise. Sie wendet sich gegen die Bevorzugung der Staatswirtschaft bei der Vergabe von Investitionsmitteln und gegen wachsende staatliche Kontrolle und Bürokratisierung des Wirtschaftslebens.⁵⁰ Bei den Wahlen 1967 erhielt sie im Unterhaus, genau wie die beiden CPI-Gruppen zusammen, 42 Sitze.

In der Außenpolitik gewann Indien unter Nehru mehr internationales Ansehen und Gewicht, als seinem wirtschaftlich-militärischen Potential entsprochen hätte. Die Politik der Bündnislosigkeit sollte nicht nur Neutralität bedeuten, sondern – ein Nachklang des weltweiten Sendungsbewußtseins des indischen Nationalismus – Verpflichtung zu Ausgleich und Vermittlung zwischen den Machtblöcken. Die Prinzipien des *pāncśīl*, die fünf Grundsätze friedlicher Koexistenz, wollten anknüpfen an die Toleranz des buddhistischen Kaisers Aśoka und an Gandhis *ahimsā*. Doch sah Nehru als Wortführer des Geistes afro- asiatischer Solidarität seinen Plan, Asien zur ›Zone des Friedens‹ zu machen, von der Bündnispolitik der USA durchkreuzt. Seine Abneigung gegen das Schwarz-Weiß-Denken der Dulles-Ära führte zur Annäherung an die Sowjetunion und den Ostblock. Doch verzichtete Indien trotz sowjetischer Wirtschafts- und Militärhilfe nie auf westliche Unterstützung.

Viel Kritik fand im Westen die Invasion Goas (1961). Frankreich gab seine kleinen indischen Enklaven auf. Aber Portugal vertraute starr auf die indische Friedfertigkeit und ging gewaltsam gegen indischen *satyāgraha-Widerstand* vor. Erst nach langem Zögern und unter starkem Druck der öffentlichen Meinung in Afrika und Indien nahm Nehru den billigen Vorwurf auf sich, er halte sich nicht an die Gewaltlosigkeit, die er anderen heuchlerisch predige. Die Entscheidung fiel, während Indien durch den Konflikt mit China in Erregung war, der Nehrus Außenpolitik die schwerste Erschütterung brachte.

Obwohl der Kongreß immer gute Beziehungen zur *Kuomintang* unterhalten hatte, erkannte Indien schon 1949 die Volksrepublik China an und war um ein gutes Verhältnis zu ihr bemüht. In dem indisch-chinesischen *pāncśīl*-Vertrag von 1954 machte Indien keine Rechte in Tibet geltend, die es aus der Konvention von Shimla (1914) als Rechtsnachfolger Britisch-Indiens hätte herleiten können.⁵¹ In der gleichen Konvention, die China nie unterzeichnet hatte, war auch die indisch-tibetische Grenze im Osten (McMahon-Linie) festgelegt worden. Bald mußte Indien sich sagen lassen, es halte an Grenzen fest, die der britische Imperialismus diktiert habe. Von den anderen strittigen Zonen ist am wichtigsten das Aksai-Chin- Gebiet in Ladakh, dem Nordosten Kashmirs, wo China durch die von Indien beanspruchte menschenleere Hochfläche 1956/1957 eine zunächst unbemerkt gebliebene Straße von Sinkiang nach Tibet gebaut hatte. Hier ist die Rechtslage sehr verworren und Indiens Anspruch historisch nicht völlig eindeutig erweisbar. Einiges spricht zugunsten Chinas, während im Osten die McMahon-Linie eine vernünftige natürliche Grenze ist, die höchstens geringer Korrekturen bedarf. Chinesische Ansprüche auf Gebiete südlich der Linie sind historisch nicht zu rechtfertigen.⁵² Der sinnvolle Kompromiß, durch Abtretung des für Indien kaum wichtigen Aksai Chin die chinesische Garantie der McMahon-Linie einzuhandeln, war in der Atmosphäre des Notenkrieges, häufiger Grenzzwischenfälle und allgemeiner Entrüstung über das chinesische Vorgehen in Tibet nicht mehr zu erreichen. Trotz vieler Bekundungen, man werde chinesischem Druck nicht weichen, war Indien auf eine militärische Kraftprobe im Hochgebirge nicht vorbereitet. Der rasche chinesische Vormarsch (Oktober/November 1962) wurde nicht durch indische Truppen aufgehalten, sondern die Chinesen zogen sich freiwillig hinter bestimmte Ausgangslinien zurück.⁵³ Es läßt sich heute nicht beweisen, daß China 1962 andere Ziele hatte als eine begrenzte Machtdemonstration. Die Grenzfrage bleibt ungelöst. Das – allerdings im Sande verlaufene – chinesische Ultimatum von 1965 während der indisch- pakistanischen Kämpfe⁵⁴ und tagelange Schießereien am Nathu-Paß an der Grenze des indischen Protektorats Sikkim zu China im Jahre 1967 zeigten die Gefährlichkeit der Spannung.

Während der dramatischen Wochen des Jahres 1962 fand Indien zu nationaler Solidarität zusammen wie nie seit der Unabhängigkeit. Die Niederlage wurde als nationale Demütigung empfunden. Die Armeeführung prangerte das Versagen der Politiker an.⁵⁵ Verteidigungsminister Krishna Menon, der wohl die

Hauptschuld an der Fehleinschätzung der Lage trug, mußte entlassen werden. An der alten Politik des *non-alignment* wird formal noch immer festgehalten. Doch ist daraus durch sowjetische und amerikanische Waffenhilfe gleichsam ein *bi-alignment* geworden. Auf die Zeit, da Nehru das moralische Gewissen der Welt zu verkörpern schien, folgte nach seinem Tode die stärkere Hinwendung Indiens zu sich selbst.

Die Wahlen 1967 haben Indiens innenpolitische Landkarte verändert. Der Kongreß behielt zwar im Zentralparlament die absolute Mehrheit, verlor aber mehrere Bundesländer. Die Opposition auf der Rechten und der Linken profitierte, in den einzelnen Ländern unterschiedlich, von Wahlbündnissen und regionalen Kongreßspaltungen.



© Abb. 15: Die Sprachprovinzen Indiens

Doch bleibt der Kongreß die einzige Partei, die in allen Ländern, wenn auch geschwächt, vertreten ist. Das Wahlergebnis war weniger ein Votum für eine bestimmte Partei als gegen den Kongreß und dessen Unfähigkeit, der Ernährungskrise (die sich in jüngster Zeit entspannt hat), der Inflation und der wachsenden Arbeitslosigkeit Herr zu werden. Für Millionen von Jungwählern, die keine Erinnerung mehr an den Freiheitskampf haben, ist der Kongreß zum selbstgefälligen, arroganten und verschlissenen *establishment* geworden. Doch ist zwei Jahre nach der Wahl deutlich, daß eine ernsthafte Alternative zum Kongreß

nicht in Sicht ist. Die Aufstände in Nordbengalen von 1967, zahllose illegale ›Umzinglungsstreiks‹ (*gherao*) in den Betrieben, schwere Unruhen in Calcutta waren nur einige Anzeichen bedrohlicher Labilität. In verschiedenen Landtagen schwankten die Mehrheitsverhältnisse durch häufigen Parteiwechsel von Abgeordneten; ab November 1967 kam es in vier nordindischen Bundesländern zu schweren Regierungskrisen; in anderen buntscheckigen Koalitionen, deren Parteien kaum mehr gemeinsam haben als die Gegnerschaft zum Kongreß, zeigen sich Auflösungserscheinungen. Alles deutet darauf hin, daß die stabilisierende Macht der Zentrale in den nächsten Jahren nötiger sein wird denn je. Präsident Ayub Khan war nicht der einzige, der die Überzeugung geäußert hat, Indien werde eines Tages vor Anarchie oder Diktatur eine Lösung nach Art des pakistanischen Modells finden müssen. Bis jetzt sind aber keine Anzeichen bekannt, daß die Armee in Indien eine ähnliche Rolle spielen könnte wie 1958 und 1969 in Pakistan.

Vor der indischen Demokratie liegen harte Belastungsproben. Noch kann Indien – hinsichtlich seiner sprachlichen und geschichtlichen Vielfalt oft mit Europa verglichen – nicht mit den Maßstäben eines westlichen integrierten Nationalstaates gemessen werden. Kluge Vermittler werden nötig sein, die politischen Impulse von Kaste, Region und Muttersprache aufzunehmen und auf die nationale Ebene zu übertragen. Nehrus oft beschworener Leitsatz bleibt Indiens schwerste Aufgabe: *unity in diversity*, Einheit in Vielfalt.

11. Ceylon seit 1948

Ergebnis der 1943 einsetzenden weiteren Verfassungsentwicklung war unter dem Einfluß der gleichzeitigen Ereignisse in Indien und Burma die Unabhängigkeit Ceylons (4. Februar 1948 Unabhängigkeitstag), das Mitgliedstaat des *Commonwealth* blieb. Die Verfassung Ceylons wurde weitgehend nach dem Vorbild der britischen Verfassung gestaltet. Die 1947 unter Führung von D.S. Senanayake gegründete *United National Party* (UNP), eine *ad hoc* gebildete Koalition nationalistischer Gruppen vorwiegend konservativer Prägung, die eng mit einem Pressekonzern (*Associated Newspapers of Ceylon*, als ›Lake House- Presse‹ bekannt) und mit den einflußreichen Großgrundbesitzern liiert war, übernahm nach den Parlamentswahlen von 1947 die Herrschaft. Ceylon hatte zu Beginn seiner Unabhängigkeit große Sterling-Guthaben (1948:1,26 Milliarden Rupien).

Die UNP-Regierung konnte nur im Bereich der Landwirtschaftspolitik Erfolge erzielen, die freilich mit dem schnellen Bevölkerungszuwachs nicht Schritt hielten; andere Entwicklungsplanungen schlugen gänzlich fehl. Man führte Reis, Getreide und Zucker ein und verkaufte diese Nahrungsmittel rationiert zu subventionierten Preisen. Diese ungesunde Wirtschaftspolitik, deren Revision erst im Herbst 1973 unter dem Zwang der Umstände in Angriff genommen worden ist, nachdem sie bis dahin aus wahltaktischen Motiven von allen Parteien beibehalten worden war, führte zur Schrumpfung der Auslandsguthaben und später zu erheblicher Verschuldung des Landes.

Innenpolitisch erhöhte man den Einfluß der Bauern des Hochlandes, indem man der Mehrheit der aus Indien zugewanderten tamilischen Arbeiterbevölkerung die Staatsbürgerrechte versagte und durch ein 1949 erlassenes Gesetz auch das Wahlrecht entzog.

Im Jahre 1951 verließ S.W.R.D. Bandaranaike das Kabinett und gründete die *Sri-Lanka-Freiheitspartei* (SLFP); im folgenden Jahre starb D.S. Senanayake an den Folgen eines Sturzes vom Pferd. Sein Sohn Dudley Senanayake übernahm die Führung der Regierung und errang bei Neuwahlen (1952) einen Sieg. Die wirtschaftliche Lage des Landes verschlechterte sich jedoch schnell, und ein Versuch, die Subventionen einzuschränken, hatte Unruhen und Streiks zur Folge. Der Ministerpräsident trat zurück; sein Nachfolger Sir John Kotelawela, durch die Propaganda der *Lake- House*-Presse als Politiker von Weltbedeutung eingeführt, orientierte seine Politik allein an den Interessen der anglierten Elite und entfremdete sich durch seine singhalesisch-nationalistische Politik die tamilischen Mitglieder in der UNP, die sich nun der rein tamilischen Föderalistischen Partei zuwandten.

Das Herannahen der buddhistischen 2500-Jahr-Feiern (*Buddha Jayanti*) im Jahre 1956 führte zu einer Belebung der religiösen und singhalesisch-nationalistischen Gefühle. Vor den Wahlen 1956 bildeten sich Gruppen zur Durchsetzung des Singhalesischen als einzige Staatssprache und zur Vertretung buddhistischer Interessen. Zum erstenmal in der Geschichte Ceylons griffen buddhistische Mönche in großem Stil in den Wahlkampf ein; ihre wichtigste Kampforganisation war die Vereinigte Mönchsfront (*Eksat Bhikkhu Peramuna*, EBP) unter Führung von Talpāvila Silavamsa und Māpitigama Buddharakkhita. Sie konnte sich auf den Bericht der vom *All-Ceylon Buddhist Congress*, der größten buddhistischen Laienorganisation des Landes, ernannten ›Buddhistischen Untersuchungskommission‹ stützen, in dem der Regierung die Vernachlässigung der buddhistischen Interessen vorgeworfen und der große Einfluß der katholischen Kirche kritisiert wurde.¹ S.W.R.D. Bandaranaike vereinigte die SLFP im Februar 1956 mit zwei kleineren Parteien zur Vereinigten Volksfront (*Mahajana Eksat Peramuna*, MEP) und schloß beschränkte Wahlbündnisse mit den Linksparteien.

Die Wahl von 1956 brachte der MEP eine absolute Mehrheit im Parlament; in allen singhalesisch besiedelten Teilen der Insel wurde der Umschwung mit großer Begeisterung als die ›Revolution von 1956‹ und die neue Regierung als ›Volksregierung‹ gefeiert. Die singhalesische ›niedere Mittelklasse‹, jene Allianz von buddhistischen Mönchen, singhalesischen Schullehrern, ayurvedischen (homöopathischen) Ärzten, arbeitslosen Halbgebildeten und Priestern der Volksreligion, die den Regierungswechsel veranlaßt hatte und die nun in einflußreichen *pressure groups* organisiert war, drängte auf baldige Erfüllung der Wahlversprechungen, um die bisher herrschende englisch gebildete Oberschicht ablösen zu können. Bandaranaike versuchte zwar, Entscheidungen in der Sprachenpolitik und in anderen wichtigen Fragen hinauszuzögern, da er die sich

daraus ergebenden Schwierigkeiten voraussah, war aber nicht in der Lage, dem auf ihn ausgeübten Druck wirksam zu widerstehen. Das EBP entwickelte die Tendenz, sich mit dem ›Volk‹ zu identifizieren und der Regierung vorzuschreiben, was sie zu tun habe.

Am 7. Juli 1956 wurde das Sprachengesetz verabschiedet, durch das das Singhalesische zur alleinigen Staatssprache Ceylons erklärt wurde. Bandaranaike hatte, außerparlamentarischem Druck nachgebend, die im Gesetzentwurf der SLFP für den Gebrauch des Tamil als Regionalsprache in den tamilisch besiedelten Landesteilen ursprünglich enthaltenen Bestimmungen aus dem Gesetz entfernt. Zunehmende Gegensätze zwischen Singhalesen und Tamilen suchte Bandaranaike durch eine Vereinbarung mit dem Führer der Föderalistischen Partei, S.J.V. Chelvanayakam, den sogenannten B-C-Pakt (Bandaranaike- Chelvanayakam-Pakt) zu überbrücken. Jedoch versuchten extremistische Gruppen, darunter das EBP, den Ministerpräsidenten zu zwingen, diesen Pakt aufzulösen. Am 9. April 1958 gab Bandaranaike nach. Ein erheblicher Autoritätsverlust für die Regierung war die unmittelbare Folge dieser Entwicklungen. Ende Mai setzte sodann eine Welle von Terrorakten ein, in denen sich der Gegensatz zwischen den beiden großen Nationalitäten (Singhalesen und Tamilen) entlud; die Gewalttätigkeiten wurden erst nach Ausrufung des Ausnahmezustands und durch Eingreifen der Armee langsam beendet; der Gegensatz zwischen Singhalesen und Tamilen wurde nicht überbrückt.

Gleichzeitig lähmten zahlreiche Streiks und Arbeiterunruhen das wirtschaftliche Leben; sie betrafen vor allem den Hafen von Colombo. Auch der Versuch einer Landreform blieb auf halbem Wege stecken, da der Einfluß konservativer Großgrundbesitzer in der SLFP zu stark war. Die MEP-Koalition litt unter dauernden inneren Gegensätzen, die im Mai 1959 zum Austritt der beiden einer von Philip Gunawardena geführten Linkspartei angehörigen Minister und damit zum formellen Ende der Koalition führten; gleichzeitig war Bandaranaike starken Anfeindungen von Seiten des EBP und anderer politischer Mönchsgruppen ausgesetzt, die einen Höhepunkt erreichten, als der Ministerpräsident gegen den Widerstand dieser Gruppen den Generalinspekteur der Polizei im April 1959 ablösen ließ. Wichtige Entscheidungen wurden auf dem Gebiet der Kulturpolitik getroffen, so z.B. durch die Gründung zweier buddhistischer Universitäten (der Vidyodaya- und der Vidyāṅkāra-Universität), die beginnende Umstellung der Verwaltung auf die singhalesische Staatssprache, die Anerkennung der Pandit-Examina (Prüfungen für die Erlangung von Graden der traditionellen einheimischen Gelehrsamkeit) und ähnliche Maßnahmen.²

S.W.R.D. Bandaranaike fiel einem am 25. September 1959 von dem buddhistischen Mönch Talduvē Somārāma verübten Mordanschlag zum Opfer. Somārāma handelte als Werkzeug einer von Māpitigama Buddharakkhita geleiteten Mordverschwörung; dieser bereits erwähnte Mönch war

Klosteroberhaupt des berühmten Kälani-Tempels bei Colombo, Gründungsmitglied der SLFP und einer der Führer des EBP; er hatte 1952 und 1956 hohe finanzielle Beiträge für den Wahlkampf der SLFP geleistet. Seine Gegensätze zu Bandaranaike scheinen hauptsächlich wirtschaftspolitischer Art gewesen zu sein, da Buddharakkhita erhebliche Geldmittel in einer Schiffahrtsgesellschaft investiert hatte und Bandaranaike die Verstaatlichung der Schifffahrtslinien erwog.

Am 26. September 1959 wurde der Erziehungsminister W. Dahanayake zum Ministerpräsidenten ernannt. Dahanayake war einer der alten Führer der Nationalbewegung und als Vorsitzender der singhalesischen ›Sprachenfront‹ 1956 zum MEP gestoßen. Dahanayake gelang es, Ruhe und Ordnung zu erhalten. Sein Versuch allerdings, mit einer neugegründeten Partei die Wahlen vom März 1960 zu gewinnen, scheiterte schon an der Tatsache, daß er einer Minderheitskaste angehörte. Die Parlamentswahl brachte eine relative Mehrheit für die UNP, deren Vorsitzender Dudley Senanayake jedoch keine stabile Regierung bilden konnte. Vor den deshalb notwendigen Neuwahlen im Juli 1960 trat Frau Sirimavo Ratwatte Dias Bandaranaike, Witwe von S.W.R.D. Bandaranaike, an die Spitze der SLFP. Obwohl die UNP den höchsten Stimmenanteil erringen konnte, fiel der SLFP durch geschickte Wahlbündnisse mit kleineren Parteien eine tragfähige Parlamentsmehrheit zu.

Frau Bandaranaike, die am 21. Juli 1960 als Ministerpräsident vereidigt wurde, hatte ihren Wählern eine Fortsetzung der Politik ihres ermordeten Gatten versprochen; in der Kulturpolitik wurde auf die Empfehlungen des Berichtes der ›Buddhistischen Untersuchungskommission‹ zurückgegriffen und damit die auf die Erneuerung der »großen Vergangenheit der singhalesischen Kultur« ausgerichtete Ideologie zur Grundlage der Regierungspolitik gemacht. Neben der längst fälligen Verstaatlichung der finanziell vom Staat unterstützten Privatschulen (1961), die zu Konflikten mit katholischen Interessengruppen führte, rückte der Sprachenkonflikt wieder in den Vordergrund. Die Empfehlungen der Nationalkommission für das Erziehungswesen, die freilich nicht durchgeführt wurden, sahen eine Konfessionalisierung des kulturellen Bereichs durch Regelung der Zulassung zu Universitäten usw. nach Konfessionsquoten vor. Innerhalb der buddhistischen Bewegung entwickelten sich erhebliche Gegensätze wegen der Empfehlungen einer Kommission zur Reform der buddhistischen Institutionen (*Buddha-Sāsana-Kommission*). Anfang 1963 trat eine radikale buddhistische Organisation (*Bauddha Jātika Balavēgaya*) unter Leitung von L.H. Mettananda in den Vordergrund.

Da die parlamentarische Mehrheit der Regierungspartei durch Parteiaustritte bedrohlich abnahm, ging die SLFP 1964 eine Koalition mit der *Lankā Sama Samāja Pakshaya* (LSSP) ein, deren Vorsitzender Dr. N.M. Perera Finanzminister wurde. Zunächst schien ein Teil der einflußreichen buddhistischen Gruppen die Koalition zu dulden; doch setzte bald heftige Agitation gegen die Regierung ein, vor allem als der Finanzminister vorschlug, das Abzapfen von Kokospalmsaft

zur Gewinnung von Palmwein und Arrak allgemein zu erlauben und zu besteuern, und als ein Pressegesetz zur Enteignung der beiden großen Pressehäuser vorgelegt wurde. Politische Mönchsgruppen traten wieder in den Vordergrund, und die Regierung mußte Neuwahlen ansetzen, als der Parlamentssprecher C.P. de Silva und eine Reihe anderer Abgeordneter am 3. Dezember 1964 zur Opposition überwechselten.

Die Neuwahlen im März 1965 brachten der UNP eine relative Mehrheit im Parlament (66 Sitze); Dudley Senanayake konnte mit Hilfe von vier kleineren Parteien, darunter der tamilischen Föderalistischen Partei, eine Koalitionsregierung bilden. Da die UNP in diese Regierung – teils als Koalitionspartner, teils als neue Mitglieder der Partei selbst – zahlreiche Interessengruppen aufgenommen hat, die vor 1956 in Opposition zu ihr gestanden und sich dann an den Bandaranaike-Regierungen beteiligt hatten, kann der Regierungswechsel von 1965 nicht als eine Rückkehr zu den politischen Verhältnissen von vor 1956 gedeutet werden.³ Er war hauptsächlich durch Veränderungen der Parteigruppierungen und Wahlbündnisse bedingt; trotz der Uneinheitlichkeit der neuen Koalition sind bis 1970 manche Reformen durchgeführt worden; wenn auch die rapide Zunahme der Bevölkerung (1931: 6,7 Millionen; 1953: 8,1 Millionen; 1963: 10,7 Millionen; jetzt etwa 12 Millionen) die Wirtschaftsplanung in dem überbevölkerten Agrarland erschwerte. Die Regierung Senanayake entwickelte vor allem die Landwirtschaft und den Fremdenverkehr. In dem Bereich, in dem sich seit 1956 die sichtbarsten Wandlungen vollzogen hatten, nämlich in der Kultur- und Sprachenpolitik, ging auch die Regierung Senanayake im wesentlichen den von Bandaranaike gewiesenen Weg.

Der Wahlkampf vor den Parlamentswahlen am 27. Mai 1970 wurde mit einer auch für Ceylon ungewöhnlichen Härte geführt; außer von kulturpolitischen Kontroversen ging die Unruhe vor allem von dem großen Teil der jüngeren Generation aus, dem durch das hochentwickelte Schulsystem Ausbildung, danach aber keine entsprechende Arbeit geboten wurde. Die aus der SLFP, der LSSP und den Kommunisten bestehende Vereinigte Front unter Führung von Frau Bandaranaike errang einen überwältigenden Wahlsieg. Seither sind im Rahmen einer sozialistischen Politik eine Einkommensbegrenzung durch Zwangssparen und zahlreiche Maßnahmen zur Besitzbegrenzung sowie zur Sozialisierung von Produktionsmitteln und eine Vergesellschaftung, d.h. praktisch eine staatliche Kontrolle der beiden großen Pressehäuser durchgeführt worden. Außerdem wurde eine neue republikanische Verfassung verabschiedet. Von einschneidender Bedeutung war der bewaffnete, von der »Nationalen Befreiungsfront« getragene Aufstand eines großen Teils der singhalesischen Jugend im April 1971, der nur unter Einsatz aller Kräfte der Armee und der Polizei mit ausländischer Hilfe niedergeschlagen werden konnte. Im Herbst 1973 zwang die wirtschaftliche Lage zu einer an sich überfälligen Revision der Subventionspolitik.⁴

12. Die Volksrepublik China und Taiwan von 1949 bis 1968

Seit Beginn der kommunistischen Herrschaft in China stieg die Bevölkerungsziffer um 200–250 Millionen, was der Gesamtbevölkerungszahl der Vereinigten Staaten oder der Sowjetunion gleichkommt. Dies ist der Grundfaktor der bisherigen und künftigen Entwicklung der Volksrepublik China. So wichtig und unumgänglich alle sonstigen Beweggründe auch sein mögen, wie die marxistische oder maoistische Ideologie, die in all den Jahren von den kommunistischen Führern gesammelten Erfahrungen, die Beziehungen zur Sowjetunion und zur Dritten Welt oder die Prophezeiungen der Kulturrevolution – sie sind nur zweitrangig neben denen, die mit der Bevölkerungsentwicklung zu tun haben.

Die Volkszählung von 1953 war höchst mangelhaft, dennoch war sie bei weitem die beste, die jemals in China durchgeführt worden ist. Sie gab als Endergebnis 583 Millionen Einwohner an und blieb dabei vermutlich unter der wirklichen Zahl. Seit 1953 dürfte die jährliche Zuwachsziffer zwischen 1,5% und 2,5% schwanken. Selbst wenn man die niedrigere dieser beiden Ziffern nimmt, würde das rund elf bis zwölf Millionen Chinesen mehr pro Jahr bedeuten, doch liegt der Geburtenüberschuß möglicherweise sogar bei 15 Millionen pro Jahr. Obwohl genaue Statistiken fehlen, kann man annehmen, daß die Bevölkerung Chinas im Jahre 1970 rund 800 Millionen betragen wird.

Bis 1957 scheint der Anbau der Nährpflanzen, setzt man ihn in Relation zum Wachstum der Bevölkerung, etwas rascher an Umfang zugenommen zu haben. Seit 1958 aber ist das Gegenteil der Fall, und die Lebensmittelration der Chinesen ist heute kleiner als vor zwölf Jahren, denn die Getreideproduktion wuchs seit 1957 nur um 10–15% an, während die Bevölkerungsziffer während der gleichen Zeit um annähernd 25% stieg. Die Volksrepublik China muß Getreide importieren, um eine Hungersnot zu verhüten oder zu bekämpfen.¹ Früher, während der Periode des ersten Fünfjahresplans (von 1953 bis 1957), führte sie Getreide aus, um die Einfuhr von Ausrüstungsgütern zu finanzieren.

Die antimalthusianische Auffassung des orthodoxen Marxismus überspielend oder verdrehend, hatten die Führer des kommunistischen China ab Ende 1954 verschiedene Kampagnen für eine Geburtenbeschränkung unternommen. Dabei hatten sie sanitäre, erzieherische oder soziale Argumente angeführt und die eigentlichen wirtschaftlichen und demographischen Probleme vorsichtshalber verschwiegen. Kurz nachdem im Sommer 1957 der Höhepunkt dieser Kampagnen erreicht worden war, wurden sie plötzlich abgeblasen, und der Hauptförsprecher der Geburtenbeschränkung, der Volkswirtschaftler Ma Yin-ch'ü, wurde heftig kritisiert und dann von seinem Posten als Dekan an der Universität Peking abberufen. Während des Sommers 1958 wiederholte die chinesische Presse ständig, eine zahlreiche Bevölkerung stelle eine große Stärke

dar, und jeder Mund, den man zusätzlich füttern müsse, bringe auch zwei Arme für die Produktion mit.

Die Umstände der Bewegung des ›Großen Sprungs nach vorn‹ (Sommer 1958) und die beträchtlichen Anstrengungen, die die ›Volkskommunen‹ unternahmen, vermittelten denn auch den Eindruck, als fehle es China an Arbeitskräften; sie erklären teilweise diesen Umschwung in der Bevölkerungspolitik. Man darf zudem nicht außer acht lassen, daß die vorangegangene Politik gescheitert war; die Bemühungen um eine Geburtenbeschränkung von 1957, die einzige Kampagne, die energisch durchgeführt worden war, hatte wenig Erfolg bei der Bevölkerung gezeitigt, da sich diese aus Gründen, die in erster Linie ihrer Kultur entsprangen, nicht mit einer Geburtenkontrolle befreunden wollte.

Von 1961 an sah sich die Volksrepublik China gezwungen, neuerdings eine Politik der Geburtenbeschränkung aufzunehmen, denn die Ernährungslage war nie so schwierig gewesen wie im Frühjahr 1961. Freilich darf man von dieser Politik (sie propagierte z.B. Spätheiraten) nicht erwarten, daß sie in naher Zukunft Früchte tragen und die Bevölkerungsexplosion zum Stillstand bringen wird. Selbst wenn diese Politik tatsächlich dazu angetan ist, die Geburtenquote in erheblicher Weise herabzusetzen – was durchaus nicht bewiesen ist –, so würde sie wegen des allen demographischen Erscheinungen gegenüber bestehenden Widerstandes erst in 15–20 Jahren wirklich effektiv werden, wenn die in den letzten Jahren geborenen Kinder zeugungsfähig sein werden. Zu jener Zeit aber wird China eine Milliarde Einwohner haben.

Der Bevölkerungsdruck und der wirtschaftliche Rückstand machten und machen noch heute den ›Aufbau des Sozialismus‹ in China zu einer schwierigeren und gewaltigeren Aufgabe, als dies seinerzeit in der Sowjetunion der Fall gewesen war. Diese Sonderstellung wie auch andere Gründe subjektiver Natur bilden eine Erklärung dafür, daß die chinesischen Kommunisten, nachdem sie den einst von den Russen beschrittenen Weg gegangen waren und dabei genug Fehlschläge hatten in Kauf nehmen müssen, die den Bolschewiki erspart geblieben waren, im Jahre 1958 plötzlich einen neuen Durchbruchversuch unternahmen, indem sie einen kürzeren Weg zur Entfaltung des Sozialismus suchten. 1958, oder besser gesagt: das Ende des Jahres 1957 brachte, ebenso wie der Ausbruch der Kulturrevolution acht Jahre später, einen grundlegenden Umschwung in der Entwicklung der Volksrepublik China.

Doch genau wie der Bürgerkrieg mit seinen Nachwehen die siegreichen Bolschewiki an einer sofortigen Verwirklichung ihres Programms gehindert hatte, hatten zwölf Jahre Krieg und Bürgerkrieg China in einem derartigen Zustand hinterlassen, daß – wie im Rußland der zwanziger Jahre – erst einmal wiederaufgebaut werden mußte, ehe man irgend etwas anderes unternehmen konnte.

I. Der Wiederaufbau (1949–1952)

Im Verlauf von drei Jahren vollendeten oder begannen die zur Regierung gelangten Revolutionäre fünf verschiedene Aufgaben:

a) Politische und militärische Festigung

Leicht und rasch wurden die Kommunisten mit den letzten Widerstandsnestern der *Kuomintang* im Westen, d.h. in Sinkiang, und im Süden fertig, wo die Insel Hainan im Frühjahr 1950 erobert wurde. 1951 stellten sie durch eine von dem alten Kämpfer der Revolutionskriege Liu Po-ch'eng geleitete Expedition die Oberhoheit Pekings über Tibet wieder her. Tibet hatte sich 1913 für unabhängig erklärt, als es dank dem Sturz der letzten Kaiserdynastie (1911/1912) Gelegenheit dazu hatte. Heute muß es sich – nach einem vergeblichen Appell an die Vereinten Nationen – mit einem Statut ›regionaler Autonomie‹ begnügen.

Die politische Festigung wurde ebenso rasch durchgeführt wie die militärischen Eroberungen, doch suchte das neue Regime in der ersten Zeit noch den Schein zu wahren, indem es sich als ›Neue Demokratie‹ bezeichnete, die nicht durch eine Diktatur des Proletariats gekennzeichnet sei, sondern von den vier ›revolutionären Klassen‹ – Arbeiter, Bauern, Kleinbürger und ›nationales Bürgertum‹ – gebildet werde. Unter der Bezeichnung ›nationales Bürgertum‹ verstand man die Kapitalisten, die bereit waren, der Volksregierung zu dienen. Sie blieben vorläufig im Besitz ihrer Güter, die sie auch weiterhin verwalten durften.



© Abb. 16: China (Übersichtskarte)

Auf einer ›Politischen beratenden Konferenz des chinesischen Volkes‹ versammelten sich neben den Kommunisten die Vertreter der zahlreichen kleinen Parteien, deren wichtigste die Demokratische Liga und die Revolutionäre *Kuomintang* waren. Es wurde ein ›gemeinsames Programm‹ angenommen, auch erhielten die Nicht-Kommunisten die Hälfte der Sitze in der ›Koalitionsregierung‹, wobei selbstverständlich die Kommunistische Partei Chinas die eigentliche Macht behielt. Die seit langem der *Kuomintang* feindlich gegenüberstehenden Intellektuellen und die liberalen Politiker hatten kaum eine andere Möglichkeit, ihre Kenntnisse und Erfahrungen in den Dienst der Regierung zu stellen, sofern dies nicht ohnehin aus patriotischen Gründen erfolgte. Nicht nur war die wahre Autorität in den Händen der von der Kommunistischen Partei geleiteten Oligarchie vereinigt, die fast ausschließlich aus ehemaligen Kämpfern der Revolution bestand – die Partei war auch überall vertreten dank ihren Organisationen in der Provinz, in allen Ortschaften und in allen Berufen. Damit war die Zentralisierung weit wirksamer, als sie es jemals unter dem Kaiserreich und der Republik gewesen war.

b) Wirtschaftliche und finanzielle Stärkung

Auf diesem Gebiet handelte es sich darum, die Inflation raschestens zu bekämpfen, die ja am meisten zum Sturz der nationalistischen Regierung beigetragen hatte. Eine Reihe harter und realistischer Maßnahmen, wie die Erhebung der Grundsteuern in Form von Naturalien und die Anpassung von Gehältern und Besoldungen an die Produkte des täglichen Bedarfs und deren Preise sowie die Umgestaltung der Finanzverwaltung und schließlich die progressive Sanierung des Budgets brachten ziemlich rasch die erhofften Ergebnisse. So fiel der monatliche Zinssatz für Kaufleuten von Shanghai gewährte Darlehen, der im Juni 1949 24–30% betragen hatte und im Dezember auf 70–80% gestiegen war, im April 1950 auf 18% und im April 1951 auf 3%. Die Preise waren stabilisiert, und im Laufe des Jahres 1950 betrug der Wechselkurs des Yüan ungefähr 0,4 US-Dollar.

Die Auswirkungen der Inflation waren zu denen des Krieges gekommen, ein Teil der Kapitalien war nach Hongkong oder Taiwan ausgewichen, und die Sowjets hatten die Industrie des Nordostens abgebaut: dies alles war dazu angetan, die Wirtschaft des Landes in Unordnung zu bringen und praktisch zu vernichten.

Von Ende 1952 ab aber war die Produktionskapazität wieder auf den Höchststand der Vorkriegszeit gebracht, was ein äußerst bemerkenswertes Resultat darstellte, ganz besonders hinsichtlich der Industrie und des Transportwesens. Weniger als die Hälfte der Schienenwege war im Oktober 1949 betriebsfähig, doch von Mitte 1951 an waren alle Eisenbahnen wieder in Betrieb. Unter den Neubauten wurde die 500 Kilometer lange Strecke Chung-king-Ch'engtu in Ssuch'uan 1952 fertiggestellt. Diese am dichtesten bevölkerte Provinz hatte seit dem Ende des Kaiserreichs von Projekten eines Bahnbaus gehört, und als diese Eisenbahn nun endlich tatsächlich fuhr, küßten alte Leute aus Ssuch'uan die Schienen und identifizierten spontan ihren Nationalismus mit ihrer Zuneigung zu einem Regime, das wirklich etwas zustande brachte. Die Landwirtschaft hatte weniger unter dem Krieg gelitten. Sie war auch weniger verwundbar, weil in ihr die traditionellen Methoden bei weitem überwogen. Die geringen Produktionszahlen von 1949 waren weit mehr auf die Überschwemmungen zurückzuführen als auf den Bürgerkrieg, denn nahezu acht Millionen Hektar, also ein Zwölftel der bebauten Fläche, hatten unter Wasser gestanden. Ursache für die guten Ernten von 1950 bis 1952 waren in erster Linie günstigere Witterungsbedingungen.

c) Soziale Neuordnung

In verschiedener Hinsicht begnügte man sich bei der sozialen Neuordnung damit, die Revolution gegen die traditionelle Gesellschaft fortzusetzen und zu institutionalisieren, so wie sie in der Zeit des Vierten Mai begonnen worden war. Das war beispielsweise der Sinn des Gesetzes über die Ehe vom 1. Mai 1950, das Gewohnheiten untersagte, welche die Intellektuellen schon seit längerer Zeit

bekämpft und ihrerseits aufgegeben hatten, nämlich die Verlobung von Kindern und die Zwangsheiraten, die von Eltern verlangt wurden, außerdem Bigamie und Konkubinat usw. Dieses Gesetz war recht bedeutend und trug zur fortschreitenden Emanzipation der Frau bei, obwohl gerade unter der Dorfbevölkerung sich ein heftiger Widerstand dagegen bemerkbar machte. Die kommunistische Verwaltung hatte die Emanzipation der Frau in den ›befreiten Regionen‹ schon eingeführt, bevor die KPCh den Kampf um die Macht in China für sich entschieden hatte.²

Wenn der Geist, aus dem das Ehegesetz geboren war, im Grunde dem Gesamtplan der liberalen und fortschrittlichen Ideen einer modernen Zeit entsprach, so gehörte die Agrarreform vom 28. Juni 1950 ausgesprochen zum kommunistischen Programm oder bildete zumindest eine Vorstufe dazu. Sie umfaßte ebenfalls das gesamte Land. Schon vor der ›Befreiung‹ waren derartige Maßnahmen im Norden Chinas unternommen worden, und ihre Weiterverbreitung erfolgte Schritt für Schritt. Zwei Jahre waren nötig, ehe die südlichen Regionen davon voll erfaßt waren, denn es handelte sich um eine weitgehende und oft einschneidende soziale Umstellung. ›Darstellungen der Bitternisse‹, Racheakte und öffentliche Verurteilungen von Grundbesitzern, die ihre Macht und ihre wirtschaftlichen und politischen Privilegien mißbraucht hatten, nahmen rapide an Zahl zu und brachten ein Ansteigen des Hasses und des Klassenbewußtseins der Bauern mit sich. Gleichzeitig liquidierten diese Vorgänge die Klasse, gegen welche die Revolution gekämpft hatte. Bauernverbände nahmen die Landverteilungen und die Aufteilung beschlagnahmter Güter vor. Die Klassifizierung der Familien in reiche, mittlere oder arme Bauern war das ›Jüngste Gericht‹³, das über das Los eines jeden entschied.

Insgesamt wechselten 47 Millionen Hektar, d.h. fast die Hälfte des bebauten Landes, den Besitzer, aber die einzelne Familie erhielt letzten Endes nur rund dreiviertel Hektar. Die privaten Landzuteilungen waren jedoch nur eine Übergangserscheinung, die weit kürzere Zeit andauerte, als man geglaubt hatte. Von 1952 ab bildete die Organisation von Gruppen zur gegenseitigen Hilfeleistung, welche den Bauern die Vorteile einer Zusammenarbeit klarmachen sollten, den ersten Schritt zum ›Übergang zum Sozialismus‹.

d) Die politische Erfassung der Bevölkerung

Die summarischen Verurteilungen und Hinrichtungen von Grundbesitzern waren das Vorspiel für andere Gewalttaten, die sich sowohl in den Städten als auch auf dem Lande abspielten.

1951 war das Jahr des Terrors, eines Terrors gegen eine Minderheit von Gegenrevolutionären oder potentiellen Gegnern des Regimes, eines Terrors, der dem Volk als Schauspiel vorgesetzt wurde. Der Totalitarismus nahm in der Volksrepublik China eine ganz spezielle Form an, denn er war gleichzeitig

öffentlicher und stärker verinnerlicht als in anderen totalitären Ländern. ›Massenbewegungen‹ und Propagandafeldzüge folgten zwischen dem Sommer 1950 und dem Sommer 1952 ununterbrochen aufeinander; sie hatten den Zweck, Gegner zu bekämpfen und einzuschüchtern, aber auch den, sie zu überzeugen und zur Mitarbeit zu veranlassen.

Die erste große Bewegung war gleichzeitig die brutalste, dazu bestimmt, die Gegenrevolutionäre zu liquidieren – die überführten oder vermuteten Agenten der *Kuomintang*, die Mitglieder von Geheimgesellschaften, Banditen, Unterdrücker und sonstige ›Volksfeinde‹. Zu der Zeit, da diese Kampagne mit der größten Heftigkeit geführt wurde, d.h. im Frühjahr 1951, gab es kaum eine chinesische Stadt, in der nicht tagtäglich ein oder mehrere Massenprozesse durchgeführt wurden, nach denen die Bevölkerung aufgefordert wurde, den Hinrichtungen beizuwohnen, wie sie ja auch an den Verhandlungen und den Urteilsverkündungen teilnehmen mußte. Allein in Peking⁴ sollen im Laufe einiger Monate an die 30000 Meetings dieser Art stattgefunden haben, bei denen insgesamt drei Millionen Menschen anwesend waren. Es ist natürlich sehr gewagt, eine genaue Zahl der Opfer zu nennen, doch dürften es zwischen einer und drei Millionen gewesen sein, wenn man die während der Agrarreform umgebrachten Grundbesitzer dazurechnet.

Weit weniger blutig, aber trotzdem sehr streng waren die darauffolgenden Kampagnen von Ende 1951 bis Anfang 1952, die sich ergänzten, nämlich die Kampagnen der ›Drei Anti‹ und der ›Fünf Anti‹. Sie hatten ausgesprochenen Massencharakter und brachten System in bestimmte Praktiken (wie Denunzierung und freiwillige oder erzwungene Teilnahme an Massenveranstaltungen) der ›Kampagne zur Niederwerfung der Gegenrevolution‹.

Um die Partei, die verständlicherweise kurz vor und besonders nach dem Sieg stark angewachsen war, von Karrieremachern, aber auch von einer Anzahl zwar eifriger, aber zu ungebildeter und unerfahrener Kämpfer zu säubern, wurde die Kampagne der ›Drei Anti‹ initiiert: gegen Korruption, Verschwendung und Bürokratismus. Die ›Fünf Anti‹ waren dagegen ganz besonders gegen die Kapitalisten gerichtet und bekämpften Bestechung, Steuerhinterziehung, Diebstahl öffentlichen Eigentums, Betrug und Erpressung zur Erlangung geheimer wirtschaftlicher Informationen. 1949 war die ›nationale Bourgeoisie‹ als Teil des ›Volkes‹ anerkannt worden, doch vom Frühjahr 1952 an wurde sie bekämpft und in ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit bedroht. Sie sollte dann auch das Jahr 1956 nicht überleben.

Die zwischen der ›Kampagne zur Niederwerfung der Gegenrevolution‹ und den Drei und Fünf ›Antis‹ liegende Bewegung ›Reform des Gedankens‹ (*Ssu-hsiang kai-tsao*) hatte ganz andere Ziele. Sie erlaubt es, noch klarer die Eigenart des Vorgehens zu begreifen, dessen sich die chinesischen Kommunisten zur Kontrolle nicht nur des Handelns, sondern auch des Denkens bedienen. Sie richtete sich an die Intellektuellen, an die Elite des Volkes und die Funktionäre

und Parteimitglieder. Diese Bewegung ›Reform des Gedankens‹ war ein langwieriger und schwieriger Prozeß der ideologischen Reinigung und Umerziehung, die normalerweise mehrere Monate erforderten und eine Art von Psychotherapie durch Zwang darstellten, die dem Patienten gleichzeitig »Leiden und Heilmittel«⁵ lieferte. Das Leiden, die Krankheit, sind das Schuldgefühl und die Scham, die in jedem menschlichen Wesen mehr oder weniger vorhanden sind und die durch eine unbarmherzige Analyse und eine ebenso harte Kritik der Vergangenheit des einzelnen sowie seines beruflichen und familiären Milieus offengelegt und wiederbelebt werden. Die Kur besteht darin, die psychologischen und emotionalen Bindungen zu zerreißen, die das Individuum zu der alten Gesellschaft besitzt. Besonders durch die Anklage des Vaters, der meist ein Privilegierter oder Nutznießer des alten Regimes gewesen war, da er ja seinen Sohn zum Intellektuellen hatte heranbilden lassen können, sollte der einzelne in die neue Gesellschaft eingeführt werden, deren Ideale des Kollektivismus und deren militanter Geist dem durch diese Gewaltkur völlig Verwirrten als Weg des Heils gewiesen wurden. Fälle von Starrköpfigkeit wurden vor Massenversammlungen gebracht, wo anstelle einer kleinen Gruppe von Kollegen, die die Auffassung des Betreffenden überprüften, Hunderte und Tausende mit spontanem oder anbefohlenem Eifer sich daranmachten, den alten Menschen in ihm bloßzulegen und zu heilen.

Auf diese Weise bemühte sich die ›Reform des Gedankens‹ nicht nur um äußerlichen Gehorsam, mit dem sich der stalinistische Totalitarismus meist begnügte; sie wollte auch eine innerliche Zustimmung und eine geistige Umwandlung des Menschen erzielen. Jeder sollte bekehrt werden, weshalb die Reform mehr betont wurde als die Reinigung, und manchmal glich das Ganze sogar einem mystischen oder religiösen Versuch. Kurz gesagt, diese Gedankenreform verinnerlichte die Zustimmung zum Regime und zu den neuen Werten, die es verkörperte. So gesehen deutet diese Prozedur, die von der Bekehrungstechnik herrührte, wie sie an ›weißen‹ Kriegsgefangenen zu Zeiten der Sowjets von Kiangsi ausprobiert und später weitergebildet und perfektioniert worden war, um anarchische oder ›irrig‹ Tendenzen von Intellektuellen zu korrigieren, die sich dank der japanischen Invasion um die Partei geschart hatten (die höchst einflußreiche Bewegung *cheng-feng*, ›Richtigstellung [unorthodoxer] Gedanken‹, war 1942 in Yenan gestartet worden) – so gesehen also weist diese Prozedur bereits auf gewisse Ziele der Kulturrevolution hin.

e) Eingliederung in das sozialistische Lager

Da es keinen dritten Weg zwischen dem »imperialistischen Kapitalismus« und dem Volk gibt, muß sich China »einer einzigen Richtung zuwenden« – so hatte Mao am Vorabend der Machterringung erklärt. Er begab sich im Dezember 1949 nach Moskau. Mit 56 Jahren unternahm er somit seine erste Auslandsreise. Er

blieb dort über zwei Monate und unterzeichnete nach schwierigen Verhandlungen am 14. Februar 1950 einen ›Pakt über Freundschaft, Bündnis und gegenseitigen Beistand‹ mit der UdSSR, der auf 30 Jahre abgeschlossen wurde.

Mao hatte dabei nicht alles erreicht, was er beabsichtigt hatte. Sowjetrußland verzichtete nur schrittweise auf seine Vormachtstellung in der Mandschurei, während die von ihm gewährte Finanzhilfe recht spärlich ausfiel, wenigstens im Vergleich zu den Geldmitteln, die die Amerikaner den Nationalchinesen zugestanden. Immerhin aber bildete die chinesisch-sowjetische Allianz einen Schutzschild, hinter dem sich die Volksrepublik China mit dem ›Aufbau des Sozialismus‹ befassen konnte.

Einige Monate später war dann China trotzdem an vorderster Stelle in den Koreakrieg verwickelt.⁶ Es ist sehr wahrscheinlich, wenn auch nicht bewiesen, daß Mao bis zum letzten Augenblick (bis Juni 1950) keine Ahnung von dem Angriff hatte, der gegen Südkorea vorbereitet wurde – ein Angriff, der weit mehr den sowjetischen strategischen Interessen nützen sollte als denen Chinas, welches gerade damit beschäftigt war, die letzten Stützpunkte der *Kuomintang* auf dem Kontinent zu erobern, und gleichzeitig eine Invasion auf Taiwan vorbereitete. Wie dem auch sei, die Entsendung chinesischer ›Freiwilliger‹ nach Korea ab Oktober 1950 und der Entschluß der Vereinigten Staaten, den Schutz von Taiwan zu übernehmen, trugen nur noch mehr dazu bei, daß China sich ›einer einzigen Richtung‹ zuwandte.

II. Der erste Fünfjahresplan (1953–1957)

a) Kollektivierung und Industrialisierung in der Wirtschaft

Der Koreakrieg endete 1953. Zu dieser Zeit war das Regime schon sehr gefestigt, und der wirtschaftliche Aufbau war schon so weit fortgeschritten, daß die Führer Chinas die zweite Etappe ihres Programms in Angriff nehmen konnten, nämlich den ›Übergang zum Sozialismus‹. Trotzdem wurde der erste Fünfjahresplan für die Jahre 1953–1957 nicht vor Juli 1955 veröffentlicht. Er wurde damit erst von diesem Augenblick an voll wirksam. Die zweieinhalb Jahre von Januar 1953 bis Juni 1955 bildeten eine Versuchsperiode, während derer der Plan vorbereitet wurde, in erster Linie durch die Schaffung einer Reihe von ziemlich gut ausgearbeiteten Statistiken und durch die Festlegung der jährlichen Ziele für die wichtigsten Produkte.

Der erste chinesische Fünfjahresplan hatte den ersten sowjetischen Fünfjahresplan zum Vorbild, der ein Vierteljahrhundert zurücklag und dessen Hauptziele die Kollektivierung und die Sicherung des Vorrangs der Schwerindustrie gewesen waren. Diese beanspruchte in dem chinesischen Plan 85% aller für die Industrie vorgesehenen Investitionen, und die Gesamtheit der Industrie erhielt siebenmal mehr an Investitionsbeträgen als die Landwirtschaft. Letztere, die zu Beginn des Fünfjahresplanes allein fast die Hälfte der Gesamtproduktion lieferte, erhielt nur halb soviel Investitionsgelder wie die

Eisenbahn. Insgesamt gingen also drei Viertel der Investitionen des Staates an die Industrie und das Transportwesen gegenüber 8,2% für die Landwirtschaft.

Verteilung der staatlichen Investitionen 1953–1957

Industrie 56%
(Schwerindustrie 48%)
Transportwesen 18,7%
Landwirtschaft, Forsten
und Wasserwirtschaft 8,2%
Verschiedenes 17%

Der Fortschritt im Bau von Eisenbahnlinien nach dem Westen gestattete einige Korrekturen der Ungleichheit in der wirtschaftlichen Entwicklung, die während der imperialistischen Epoche ganz besonders dem Küstengebiet zugute gekommen war. 472 große Projekte für industriellen Aufbau wurden auf das Landesinnere verteilt, dagegen waren nur 222 für das Küstengebiet bestimmt.⁷ Die Großprojekte oder ›Projekte über der Norm‹, also die kostspieligsten und am stärksten forcierten Vorhaben, bildeten das Kernstück des Programms. Ebenso diente die systematische Bevorzugung der Schwerindustrie dazu, die frühere Ungleichheit wettzumachen. Das relative Gewicht der Konsumgüterindustrie von Shanghai innerhalb der Industrieproduktion des Landes brachte dabei allein schon die beiden Aspekte einer Entwicklungspraxis zum Ausdruck, die, irrational wie sie war, mehr auf eine ›Durchdringung‹ des chinesischen Kontinents als auf eine Geltendmachung seines Potentials gerichtet war.

Die Kollektivierung der Landwirtschaft war die notwendige oder für notwendig erachtete Ergänzung der Industrialisierung. Die Chinesen waren ernsthaft bestrebt, Rückschläge zu vermeiden, wie sie die Sowjets bei der Kollektivierung von 1929 bis 1932 erlebt hatten. Sie gingen vorsichtig und etappenweise vor, bildeten die provisorischen Gruppen für gegenseitige Hilfeleistung in Gruppen zur Hilfeleistung für drei Saisons um und machten schließlich daraus Dauergruppen, die dann in ›Landwirtschaftliche Produktionskooperativen niedrigerer Stufe‹ umgewandelt wurden und als ›halbsozialistisch‹ zu bezeichnen waren. Die Aufteilung der Erträge unter den Mitgliedern richtete sich sowohl nach der bei der Gründung der Kooperative eingebrachten Bodenfläche wie auch nach der geleisteten Arbeit. Und außerdem gab es ›Kooperativen höherer Stufe‹, in denen die Ertragsverteilung ausschließlich nach der Arbeitsleistung erfolgte. Mitte 1955 waren erst 15% der Bauernfamilien Mitglieder von in erster Linie ›halbsozialistischen‹ Kooperativen.

Eine Rede Maos im Juli 1955 trug dann dazu bei, daß die Kollektivierungen beschleunigt wurden; zum einen wollte man der Bildung einer neuen Klasse von ›reichen Bauern‹ zuvorkommen, zum anderen hatten die schlechten Ernten von 1953 und 1954 starke Zweifel daran aufkommen lassen, ob eine Bewirtschaftung

des Landes durch kleine Grundeigentümer geeignet sein würde, die immer größer werdende Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten zu decken.

Ab Juni 1956 gehörten neun Zehntel der Bauernfamilien den landwirtschaftlichen Produktionskooperativen an. Dieser Umschwung hatte sich im allgemeinen unter indirektem Druck vollzogen, doch ohne jegliche Gewaltanwendung und ohne Verluste und Chaos – anders als 26 Jahre zuvor in der Sowjetunion.⁸ Die Sozialisierung des Privathandels und der Industrie erfolgte zur gleichen Zeit, wobei eine Anzahl von Kapitalisten in ihren Unternehmen als Direktoren oder Sachverständige beibehalten wurden. Sie erhielten Gehalt und Gewinnbeteiligung.

Ehe man nun die Resultate des ersten chinesischen Fünfjahresplanes näher betrachten und beurteilen kann, muß man vor allem kurz die Wirtschaftslage sowie die demographische Situation Chinas im Jahr 1953 und die Sowjetrußlands vom Jahr 1928 betrachten. In China war die bebaute und bebaubare Fläche von wesentlich geringerem Umfang und die Bevölkerungszahl fast viermal größer, und es kamen somit auf den Hektar Ackerboden fast zehnmal mehr Menschen als in der UdSSR zu Beginn des ersten Planes. Der Spielraum, mit dem die Chinesen in Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion arbeiten mußten, war also viel kleiner, und die – oft ungünstigen – Witterungsverhältnisse wirkten viel entscheidender auf den Rhythmus ihres wirtschaftlichen Fortschritts ein.⁹ Obwohl die Mineralvorkommen und die Energiequellen Chinas insgesamt sehr groß sind, waren der Rückstand in der Technologie und die mangelhafte Ausrüstung ein schweres Handicap für jede Bemühung um industrielle Entwicklung. Schon 1900 und nicht erst 1928 hatte Rußland eine Eisen- und Stahlproduktion pro Kopf der Bevölkerung sowie eine Dichte an Eisenbahnstrecken pro Quadratkilometer, die höher lagen als die Chinas vom Jahr 1953.¹⁰ Man müßte die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen Chinas mit denen Japans in der Meiji-Epoche oder denen des heutigen Indien vergleichen – das allein schon läßt Zweifel daran aufkommen, ob das sowjetische Entwicklungsmodell der chinesischen Sache dienlich war.

Dagegen konnte China, wie alle unterentwickelten Länder, die ›Vorteile des Rückstands‹ für sich buchen, die es ihm erlaubten, ganze Phasen in der Technisierung zu überspringen sowie die Irrtümer des sowjetischen Experiments zu vermeiden und aus den Erfahrungen der Sowjets zu lernen, beispielsweise aus den Fehlern der russischen ›Dekulakisierungskampagne‹, der Kampagne zur Bekämpfung des Kulakentums. Gleichzeitig profitierte China von dem durch das ›Bruderland‹ gewährten Beistand. Die sowjetischen Anleihen mußten zwar zurückgezahlt werden, und die technische Hilfe betraf nur eine Anzahl von vordringlichen Großbauten (allerdings konnten chinesische Studenten in der Sowjetunion studieren); aber die sowjetische Unterstützung war in ihren Auswirkungen natürlich wesentlich größer, als ihr zahlenmäßiger Anteil an der chinesischen Wirtschaft (2–3% der Gesamtinvestitionen) erkennen läßt, und es besteht kein Zweifel, daß ohne die Hilfe durch sowjetische Fachleute und

Ausrüstungen die chinesische Industrieproduktion unmöglich ein derartiges Anwachsen durch den Fünfjahresplan erreicht hätte.

Diese Zuwachsrate ist beeindruckend, denn sie betrug in der Zeit von 1952 bis 1957 im Durchschnitt 14-19% pro Jahr, also das Dreifache der industriellen Wachstums rate Indiens in der gleichen Zeit, und war jedenfalls höher als in jedem anderen Land der Welt, ausgenommen Japan. Besonders rasch stieg die Elektrizitätserzeugung, die sich in fünf Jahren um mehr als das Zweieinhalbfache von 7,3 auf 19,3 Milliarden Kilowattstunden erhöhte, ferner die Erdölförderung, die von 400000 Tonnen auf 1,4 Millionen Tonnen gebracht wurde, während sich die Stahlproduktion vervierfachte und von 1,3 auf 5,3 Millionen Tonnen anwuchs. Des weiteren ging es auch im Bereich des Maschinenbaus und der chemischen Industrie erheblich aufwärts. Selbst auf Gebieten mit weniger raschem Wachstum, wie im Kohlenbergbau, wurde die Produktion in fünf Jahren verdoppelt, und zwar von 64,7 Millionen Tonnen im Jahre 1952 auf 130 Millionen Tonnen im Jahre 1957. Zum erstenmal war China nunmehr imstande, größere Mengen von Lastwagen und Automobilen, von Schiffen, Flugzeugen und Traktoren selber zu erzeugen.¹¹

Diese rapide Industrialisierung hatte natürlich eine nicht weniger rapide Verstädterung zur Folge, was ernsthafte Probleme aufwarf. Die Stadtbevölkerung wuchs viermal schneller als die Landbevölkerung und stieg von 58 Millionen im Jahr 1949 auf 72 Millionen im Jahr 1952 und auf 92 Millionen im Jahr 1957. Diese Zunahme der Stadtbevölkerung ist zu ungefähr zwei Dritteln auf Landflucht zurückzuführen. Von 1956 ab waren ein Viertel der Städter frisch Zugewanderte, die während der ersten sieben Jahre des neuen Regimes vom Land in die Städte gekommen waren. Die Zahl der Millionenstädte stieg von fünf im Jahr 1938 auf neun im Jahr 1953 und auf fünfzehn im Jahr 1958. Zur gleichen Zeit gab es in den USA elf und in der Sowjetunion nur neun Millionenstädte. Städte mit einer halben Million Einwohnern gab es 1958 in China 34 gegenüber zehn im Jahr 1938. Das Wachsen dieser Städte war noch viel eindrucksvoller als in der Sowjetunion des ersten Fünfjahresplans. In Tsitsihar (in Heilungkiang) stieg die Einwohnerzahl von 125800 im Jahr 1948 innerhalb von zehn Jahren auf 704000, in Hantan (in Hopei) von 30000 auf 380000; andere Städte, die noch nicht einmal so alt sind wie das neue Regime, hatten 1958 schon fast 200000 Einwohner, während die Einwohnerzahl einer alten Hauptstadt wie Sian (Shensi) sich innerhalb von zehn Jahren nahezu verdreifachte und von 503000 im Jahr 1948 auf 1368000 im Jahr 1958 kletterte und die Nachbarmetropole T'aiyüan (Shensi) ihre Einwohnerzahl verfünffachte und von 200000 auf 1053000 steigerte.

Die dadurch entstandene Wohnungskrise war um so stärker, als man bei der Verteilung von Investitionen den Wohnungsbau vernachlässigte und die Schäden aus dem Zweiten Weltkrieg und dem Bürgerkrieg noch nicht behoben waren. Zahlreiche junge Ehepaare lebten in Junggesellenheimen. 1956 verfügte jeder Einwohner Pekings oder Shanghais im Durchschnitt über weniger als drei Quadratmeter Wohnfläche, und in einer ehemals rückständigen und nun

plötzlich industrialisierten Stadt wie Lanchou, der Hauptstadt der nordwestlichen Provinz Kansu, konnte der Durchschnitt sogar auf 1,6 Quadratmeter sinken, also auf die Größe eines Bettes! Dabei war die Wohnungsnot weit weniger schwerwiegend als das Problem der Lebensmittelzufuhr für diese Städte. Diese Schwierigkeiten waren so schwer zu beheben, daß sich die Regierung entschloß, eine Anzahl von Bauern wieder aufs Land zu schicken; im Jahre 1955 konnte daher eine Unterbilanz der Zuwanderung zu den Städten von 400000 Menschen festgestellt werden.¹²

Diese Bauern waren oft genug heimlich in die Städte gekommen, denn die Industrialisierung hatte sie herbeigelockt, der niedrige Lebensstandard auf dem Land und manchmal auch die Kollektivierung hatten sie vom Land verjagt, so daß die Landflucht dem Bedarf an Arbeitskräften in den Städten voranging und ihn bald bei weitem übertraf. Geringes Einkommen der Bauern, Kollektivierung, schwierigste Lebensmittelversorgung der Städter – das alles stellte die gesamte Landwirtschaft und durch sie die ganze Planung in Frage.

So stark die Wachstumskurve der Industrieproduktion auch beeindrucken mag, sie weist doch erhebliche Schwankungen in den einzelnen Jahren auf, sogar Schwankungen, die sich über mehrere Jahre hinziehen und die an den zyklischen Wechsel in den liberalen Wirtschaftsformen erinnern. Diese Schwankungen geben im allgemeinen mit einem Jahr Zeitunterschied jene in der Landwirtschaft wieder. Nicht nur zwangen das allzu langsame Wachsen der landwirtschaftlichen Produktion, die beim Getreide zwischen 1952 und 1957 nur von 155 auf 180 Millionen Tonnen stieg, wobei die Ausgangsziffer wahrscheinlich sogar zu niedrig geschätzt ist, sowie die schlechten Ernten von 1953, 1954 und 1956 zu einer strengen Rationierung in der Versorgung der Stadtbevölkerung, die im raschen Anwachsen begriffen war. Die landwirtschaftliche Stagnation hinderte auch den industriellen Aufschwung. Durch die Beschränkung der Ausfuhrmöglichkeiten, die in der Hauptsache die landwirtschaftlichen Produkte betrafen, konnten weniger Ausrüstungsgüter gekauft und die Textil- und Nahrungsmittelindustrie nur ungenügend mit Rohstoffen versorgt werden. Die Baumwollernte schwankte alljährlich, und zwar nicht nur wegen der Witterungsverhältnisse, sondern ganz einfach auch wegen des Mangels an Anbauflächen: die Baumwollfelder mußten immer wieder als Kornfelder verwendet werden, da der Getreidebau Vorrang hatte. Daher mußte die Textilindustrie in manchen Jahren ihren Ausstoß erheblich einschränken. Der Export wurde von 1955 ab immer dringlicher, da die sowjetischen Kredite immer spärlicher flossen und schließlich ganz aufhörten. Außerdem mußte China mit der Rückzahlung seiner Schulden beginnen. Von 1956 ab verkaufte China mehr an die UdSSR, als es von ihr bezog.

Der wirtschaftliche Aufstieg war eng mit der Höhe der landwirtschaftlichen Produktion verbunden, die praktisch gleich blieb – zwischen 1955 und 1957 war ihr Anstieg geringer als der Bevölkerungszuwachs. Als dann der erste Plan seinem Ende zuing, war es klargeworden, daß sogar die industrielle Expansion

gefährdet war. Die Investitionen von 1957 lagen noch unter denen von 1956. Man mußte also schleunigst einen Weg finden, um die Landwirtschaft stark zu beleben. Die Bauern, welche die Mehrzahl der Bevölkerung darstellten, waren von der Plankommission allzu sehr vernachlässigt und bei der Verteilung der Investitionen ungenügend berücksichtigt worden. Die Kollektivierung hatte die Landbevölkerung außerdem ziemlich durcheinandergebracht. Die Konsequenzen waren für das dicht bevölkerte, unterentwickelte und bäuerliche China ganz erheblich schlimmer, als dies seinerzeit für die Sowjetunion der Fall gewesen war. Die zwingende Notwendigkeit, den landwirtschaftlichen Engpaß zu beseitigen, bildet die Erklärung für den Umschwung in der Politik des ›Großen Sprungs nach vorn‹, der 1958 erfolgte. Mao und die Führer der Volksrepublik China hatten dafür aber auch noch andere Gründe politischer und ideologischer Natur.

b) Einheit und Mäßigung: von Bandung zu den ›Hundert Blumen‹

Der Fünfjahresplan und der wirtschaftliche Aufbau gaben dieser Periode ihren Sinn und wesentlichen Inhalt; nichtsdestoweniger wurde sie gleichzeitig durch eine Anzahl eigenartiger Entwicklungserscheinungen gekennzeichnet, deren wichtigste in einem gescheiterten Versuch intellektueller Liberalisierung bestand.

1954 nahmen die staatlichen Institutionen endgültig feste Gestalt an. Eine erste Nationalversammlung trat zusammen und beschloß am 20. September 1954 die Verfassung der Volksrepublik China, deren fünfjähriges Bestehen einige Tage später in Anwesenheit von Chruschtschow und Bulganin festlich begangen wurde. Aber alle Feierlichkeiten und Verfassungstexte änderten nichts an der Tatsache, daß die Macht ausschließlich in den Händen der Partei verblieb.

Wesentlicher als die staatlichen Einrichtungen waren und sind die der Kommunistischen Partei Chinas, die aber trotzdem weitgehend nur Fassade sind. Der *Nationalkongreß der Partei*, theoretisch das höchste Gremium, wird im Prinzip für fünf Jahre gewählt, aber dem Achten Kongreß, der im September 1956 zusammentrat, folgte erst zwölfteinhalb Jahre später, am 1. April 1969, der Neunte Kongreß. Der Siebente war im April 1945, also noch vor Beendigung des chinesisch-japanischen Krieges, in Yenan zusammengetreten. Der Kongreß wählt das *Zentralkomitee*, das im Jahre 1956 etwas weniger als 100 Mitglieder und ebenso viele Stellvertreter hatte. Das Zentralkomitee bestimmt seinerseits die 19 Vollmitglieder und sechs Stellvertreter des *Politbüros*. Es sind die sieben Mitglieder des *Permanenten Politbüros* (Mao Tse-tung, Liu Shao-ch'i, Chou En-lai u.a.), eines 1956 geschaffenen Organs, welche die wirklichen Führer des Landes darstellen. Sie alle hatten an der Revolution aktiv teilgenommen und stets für die Revolution gearbeitet. Damals schienen sie relativ einig zu sein, aber sie waren dann über den ›Großen Sprung nach vorn‹ geteilter Meinung und bekämpften sich heftig anläßlich der ›Kulturrevolution‹.

Immerhin hatte die Parteileitung bereits zur Zeit des Fünfjahresplans eine recht schwere Krise durchgemacht, die erste seit der Machtübernahme, nämlich die ›Verschwörung‹ von Kao Kang und Jao Shu-shih, die offiziell im April 1955 entdeckt wurde, in Wirklichkeit aber schon vorher bekannt war, da Kao Kang, ein Mitglied des Politbüros und Hauptverantwortlicher der Partei in Nordostchina (der Mandschurei), schon im Februar 1954 angeblich Selbstmord begangen hatte, um sein Unrecht nicht eingestehen zu müssen.

Obwohl die genauen Umstände dieses Falles dunkel bleiben, besteht immerhin die Möglichkeit, daß Kao Kang, den man des Versuchs beschuldigte, sich ein ›unabhängiges Reich‹ im Nordosten zu schaffen, mit den Sowjets in Verbindung gewesen war und daß sein Sturz eine Manifestation der Unabhängigkeit von der Sowjetunion darstellte. Wie dem auch sei, die außenpolitischen Beziehungen standen während des größten Teils dieser Periode weiterhin unter dem Zeichen der Freundschaft mit dem ›großen sozialistischen Bruder‹, der seine Wirtschaftshilfe verstärkte und nach dem Besuch Chruschtschows Port Arthur und Dairen an China zurückgab. Gleichzeitig mit der sowjetischen Diplomatie entwickelte man auch in Peking die Politik der ›friedlichen Koexistenz‹ und verbesserte das Verhältnis zu den nichtkommunistischen Staaten der Dritten Welt. Es war dies die Zeit der ›Fünf Prinzipien‹ von 1954 und der Konferenz von Bandung im Jahre 1955.

Chou En-lai, der in Bandung das freundlich lächelnde Gesicht des chinesischen Kommunismus gezeigt hatte, war einer der ersten, die im Innern eine Bewegung ins Leben riefen, welche den nichtkommunistischen Intellektuellen ein einladendes Bild der Partei bot. Im Januar 1956 versprach er den Intellektuellen bessere Arbeitsbedingungen und betonte sein Bedauern über den Fanatismus zahlreicher Funktionäre gegenüber den Intellektuellen. Die Kampagne der ›Hundert Blumen‹ von 1956/1957* sollte zu einem Versuch der Meinungsfreiheit und Kritik führen, wie er in den kommunistisch regierten Ländern ohne Beispiel war. Mehr als der ›Polnische Oktober‹ von 1956 läßt sich mit diesem Experiment der ›Prager Frühling‹ von 1968 vergleichen, wenn auch weitgehende Unterschiede dabei nicht übersehen werden dürfen. Zu Beginn war nicht an eine wirkliche Liberalisierung gedacht und noch weniger an einen ideologischen Pluralismus, sondern man wollte ganz einfach das intellektuelle Kapital des Landes intensiver und rationeller nutzen. Das ganze Unternehmen war also mit dem ersten Fünfjahresplan und dem sozialistischen Aufbau eng verbunden, denn es sollten die wissenschaftlichen und intellektuellen Mittel mobilisiert werden, die ja ohnehin spärlich genug waren und die kein unterentwickeltes Land lange brachliegen lassen kann. Bisher waren zahlreiche Wissenschaftler, Fachleute oder Intellektuelle von hohem Niveau, besonders jene, die vor der Revolution in Europa oder Amerika ausgebildet worden waren, durch die Bürokratie, das ideologische Mißtrauen, die ›Reform des Denkens‹ und die dauernden Demonstrationen von Intoleranz und Dogmatikertum, beispielsweise durch die heftigen Angriffe gegen den Dichter und

Literaturkritiker Hu Feng, abgestoßen worden. Die Unruhe im damaligen kommunistischen Lager – hervorgerufen durch den XX. Kongreß der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, die Entstalinisierung, die Gärung in Polen und den Aufstand in Ungarn –, aber auch Maos Optimismus, der ihn glauben ließ, daß, wenn ›Hundert Blumen‹ (oder Schulen des Denkens) sich entfalten und miteinander in Wettstreit treten würden, der Marxismus-Leninismus sicher siegen werde, ja, daß die an ihm geübte Kritik für ihn von Nutzen sein werde – beides beeinflusste die Bewegung, lenkte sie in Richtung auf eine steigende Liberalisierung und stärkte in ihr den Willen, den Kontakt mit dem Volk nicht zu verlieren bzw. ihn wiederzufinden.

Die nichtkommunistischen Intellektuellen blieben aber vorsichtig, und als man sie dringend aufforderte, freimütig die Tätigkeit der Kommunistischen Partei Chinas zu kritisieren, beeilten sie sich ganz und gar nicht, das Visier zu öffnen. Mao selbst griff im Februar 1957, also ein Jahr nach ihrem Beginn, in diese Kampagne ein, indem er in seiner berühmten Abhandlung über die richtige Lösung von Widersprüchen im Volk zwischen ›antagonistischen‹ Widersprüchen, d.h. solchen zwischen dem Volk und seinen Feinden, und ›nicht-antagonistischen‹, d.h. Widersprüchen innerhalb des Volkes, unterschied. Unter letztere zählte er die zwischen dem werktätigen Volk und den Intellektuellen; ihnen müsse mit sehr viel Verständnis und Geschmeidigkeit begegnet werden.

Auch danach und trotz der den eventuellen Kritikern gegebenen Versicherungen begann die freie Diskussion nur sehr zögernd. Als man sich aber dann durch die von Ministern der Demokratischen Liga öffentlich vorgebrachten Vorwürfe und Forderungen ermutigt fühlte, ging man endlich aus sich heraus. Die Folge war im Mai 1957 eine wahre Explosion von Unzufriedenheit, von lange aufgespeichertem Groll und von Opposition. Die Kritiker befaßten sich nicht nur mit von Funktionären begangenen Übergriffen und mit der Berechtigung der Handlungsweise der Regierung auf diesem oder jenem Gebiet, sondern sogar mit dem Prinzip des politischen Monopols der Kommunistischen Partei.

Am heftigsten äußerte sich die von der Regierung mit ganz besonderer Aufmerksamkeit behandelte Jugend. Studentenunruhen begannen auf der *Pei-ta*, der Universität von Peking, und auch an anderen Universitäten, was die Veteranen der Revolution an die Vorfälle vom Mai 1919 erinnerte und die führenden Männer Chinas sehr beunruhigte.

Die unvermeidliche Reaktion erfolgte dann ab 8. Juni. Kritik und Bestrafung der ›Rechtsabweichler‹ und ›Gegenrevolutionäre‹ zogen sich sechs Monate, bis Anfang 1958, hin. Zahlreiche Intellektuelle wurden ›nach unten geschickt‹ (*hsia-fang*), d.h. sie mußten mit Hacke oder Besen in der Produktion oder Straßenreinigung arbeiten, woran sie die konfuzianische Tradition der Mißachtung aller Handarbeit meist gehindert hatte. Die Partei war nun entschlossen, keinerlei Zugeständnisse an die Intellektuellen zu machen, und

bemühte sich dafür, ihre eigenen Intellektuellen ausbilden zu lassen, die gleichzeitig ›rot und sachverständig‹ sein sollten.

Man darf diesen ungewöhnlichen und an Lehren so reichen Versuch nicht etwa als eine machiavellistische Falle ansehen, wenn auch der Ausgang dazu beitrug, daß eine harte Linie eingeschlagen wurde; daran hatte allerdings auch die Wirtschaftslage ihren Anteil, denn die oben geschilderten Schwierigkeiten und Widersprüche hatten sich 1957 noch verstärkt. Ebenso hatten sich die chinesisch-sowjetischen Beziehungen wegen der Einwände Maos gegen die Art, in der die Entstalinisierung in Rußland durchgeführt wurde, sowie wegen der schweren Meinungsverschiedenheiten über den ›friedlichen Übergang zum Sozialismus‹ sehr verschlechtert; sie standen damit im Gegensatz zur ehemals verfolgten Politik der ›friedlichen Koexistenz‹.

Fußnoten

* Am 2. Mai 1956 hielt Mao eine Rede vor der Obersten Staatskonferenz mit dem Thema: »Laßt hundert Blumen blühen und hundert Schulen untereinander wetteifern.« (Anm. d. Red.)

III. Der ›Grosse Sprung nach vorn‹ und seine Folgen (1958–1965)

a) Eine neue Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung

Zu Beginn des Jahres 1958 ließ sich die Volksrepublik China in ein zugleich bewegendes und törichtes Abenteuer ein. Da der erste Fünfjahresplan bewiesen hatte, daß die Vernachlässigung der Landwirtschaft erhebliche Unannehmlichkeiten nach sich zog, wollte sich die Regierung bemühen, das Gleichgewicht wiederherzustellen. Anstatt aber das industrielle Wachstum zu bremsen, trachtete man, einen Ausweg dadurch zu finden, daß man versuchte, die Landwirtschaft ebenso rasch zu entwickeln wie die mit verstärkter Beschleunigung ausgebaute Industrie.

Ich'ung erhpai, ›erstens sind sie arm, zweitens sind sie weiß‹, so definierte Mao Tse-tung die sechshundert Millionen Chinesen in einem im Jahre 1958 in der ersten Nummer der neuen theoretischen Parteizeitschrift *Rote Fahne* erschienenen Artikel. Diese Armut und diese Rückständigkeit – ›weiß‹ soll sowohl das Zurückgebliebensein wie auch das absolute Zur-Verfügung-Stehen bedeuten – sind »in Wirklichkeit gute Eigenschaften«, denn »die Armen wollen eine Änderung der Dinge«, und »auf ein weißes Blatt Papier kann man ganz neue und sehr schöne Worte schreiben«¹³. Gerade wegen dieser Armut werde China das gelingen, was die Satten, die ihr Schäfchen ins trockene gebracht haben, nicht einsehen könnten: China werde einen verkürzten Weg zu seiner Entwicklung finden. Es werde einen ›Großen Sprung nach vorn‹ machen, der es ihm erlauben werde, in nur zwei Jahren den zweiten Fünfjahresplan zu erfüllen und dann im Lauf von 15 Jahren eine so alte kapitalistische Industriemacht wie

Großbritannien einzuholen und sogar zu überflügeln. Da der Vorrang der Schwerindustrie, an dem Mao unbedingt festhalten wollte, keine Abzweigung von Investitionsgeldern zugunsten der Landwirtschaft zuließ, mußten die Begeisterung und die Genügsamkeit der Massen den technischen Rückstand und das Fehlen von Kapitalien ersetzen.

Die neue Wirtschaftsstrategie sah eine Mobilisierung der Landarbeiter vor, die mit viel Arbeit und wenig Werkzeug die großen Vorhaben, wie Bewässerungsanlagen, Schaffung neuen Ackerbodens usw., vorantreiben sollten. Der chinesische Bauer arbeitete hart, aber die Saison landwirtschaftlicher Untätigkeit war lang und ließ die Leute ohne Beschäftigung. Die Übervölkerung zwang einerseits zu einer Steigerung der Produktion, lieferte aber andererseits Arbeitskräfte in Überzahl. Es sollten in der Folge bessere Ernteergebnisse erzielt werden durch tieferes Pflügen, engeres Säen, sorgfältigeres Jäten, durch ständige Aufrufe zur Vernichtung von körnerfressenden Vögeln usw. Es wurde sogar eine rudimentäre dezentralisierte Industrie aufgebaut, die sowohl den Eigenbedarf decken als auch die Produktion der modernen Werke ergänzen sollte. Man sieht: die einseitige ›Autarkie‹ in der Landwirtschaft, die nichts einführen darf, von der man aber erwartet, daß sie reichlich an die Städte liefert, sowie die Koexistenz der beiden Industrieformen, der modernen, die gewaltige Investitionen fordert und die in industriellen Ballungszentren angesiedelt ist, und der mehr traditionellen, die über das Land verstreut ist und die viele Arbeitskräfte beschäftigen kann, vervollständigten diese Entwicklungsstrategie, welche von der Annahme ausging, daß zwei technologisch und funktionell verschiedene Wirtschaftsarten nebeneinander bestehen und wachsen könnten. Die offiziellen Erklärungen bezeichneten dies als ›auf beiden Beinen gehen‹, wobei die eine Wirtschaftsform für Nahrung sorgen sollte, während die andere die Zukunft aufbaute. Ebenso nahm man an, daß – wie schon erwähnt – der Opfermut und die Anstrengung besonders der Bauern sowie der Wetteifer und die Begeisterung, die ständig angefeuert wurden, zum Gelingen beitragen würden.

Der begrenzte Umfang der landwirtschaftlichen Kooperativen, die im Durchschnitt 160–200 Bauernhöfe umfaßten, erlaubte es nicht, die großen projektierten Arbeiten in Angriff zu nehmen. Hierin ist einer der Hauptgründe für die Schaffung der bekannten ›Volkskommunen‹ zu suchen, von denen jede an die 30 landwirtschaftliche Kooperativen mit 4000–5000 Höfen und mit rund 20000 Menschen umfaßte. Die Kommune ist aber gleichzeitig eine bedeutende militärische und Verwaltungseinheit, die Schulen errichtet, die Milizangehörigen ausbildet, gleichzeitig jedoch ihre Landwirtschaft weiterentwickelt und ihre Industrie und ihren Handel ausbaut. Ganz besonders aber ist die Kommune ein soziales Versuchsfeld, das in diesem Ausmaß ohne Beispiel ist; hier wird die Kollektivierung des täglichen Lebens verwirklicht, durch die die vollständige Eingliederung in den Arbeitsprozeß erleichtert werden soll. Gigantische Speisesäle, Kinderkrippen und Gratisdienstleistungen machen die Frauen von

der Hausarbeit frei, so daß sie für produktive Arbeit zur Verfügung stehen, bei der ihre Anwesenheit und Mitwirkung um so wichtiger ist, als die Schwerindustrie und die großen Projekte bereits eine bedeutende Zahl männlicher Arbeitskräfte beanspruchen. Hatte der ›Große Sprung‹ die Beschleunigung des wirtschaftlichen Aufschwungs zum Ziel, so soll die Kommune den Übergang zur kommunistischen Gesellschaft rascher verwirklichen. Sie benützt sich nicht damit, die überlieferten Familienbindungen zu lockern, sie ersetzt manchmal sogar das Prinzip ›jedem nach seiner Arbeit‹ durch das utopische ›jedem nach seinen Bedürfnissen‹.

Die Volkskommunen entwickelten sich sehr rasch, noch schneller sogar als drei Jahre zuvor die Produktionskooperativen. Die erste, genannt ›Sputnik‹, wurde im April 1958 gegründet. Vier Monate später wurde die allgemeine Anwendung dieses Systems beschlossen, und schon vor Ende des gleichen Jahres erfaßten rund 26000 Kommunen neun Zehntel der riesigen Landbevölkerung Chinas. Zu jener Zeit hatte aber die Rückwärtsbewegung schon begonnen: die am 10. Dezember 1958 vom Zentralkomitee angenommene Entschließung von Wuhan, durch welche die neue Einrichtung sanktioniert wurde, war der Beginn für einen taktischen Rückzug. Die Bildung von städtischen Kommunen wurde verschoben, bestimmte Maßnahmen in der Organisation der ländlichen Kommunen wurden angeordnet und deren Mitgliedern gewisse Zusicherungen gemacht, während die Funktionäre der Partei Mahnungen zur Vorsicht erhielten, wie beispielsweise die: »der Übergang zum Kommunismus ist eine langwierige und schwierige Angelegenheit«.

Im August 1959 mußte das Zentralkomitee in der Resolution von Lushan zugeben, daß die im vollen Enthusiasmus während des ›Großen Sprungs‹ veröffentlichten Produktionsstatistiken für 1958 irrig seien. An Getreide wurde für 1958 beispielsweise nur mehr eine Ernte von 250 Millionen Tonnen gefordert statt der vorgesehenen 350 Millionen. In Wirklichkeit dürften aber bestenfalls 200 Millionen Tonnen geerntet worden sein. Die für 1959 gesteckten Ziele mußten erheblich herabgeschraubt werden: von 525 auf 275 Millionen Tonnen (der tatsächliche Ertrag dürfte 180 Millionen Tonnen gewesen sein). Unter dem Zwang, außerordentlich hohe Normen zu erreichen und sogar noch zu übertreffen, hatten die Funktionäre das Soll wenigstens auf dem Papier bei weitem übererfüllt.

Von 1960 ab veröffentlichte die Regierung keine Statistiken mehr. Auf wirtschaftlichem Gebiet wie auch hinsichtlich des Bevölkerungszuwachses stehen die Fachleute vor Rätseln, wenn sie die Entwicklung der letzten Jahre zahlenmäßig feststellen wollen.

Die Vorkämpfer für die Volkskommunen und den ›Großen Sprung‹ erlebten also vom Herbst 1958 an Enttäuschungen und Rückschläge, die bald zu immer größeren Schwierigkeiten und schließlich zur Katastrophe führten. Die Jahre 1960 und 1961 waren die schwärzesten in der Geschichte der Volksrepublik China, und erst in der Zeit von 1964/1965 konnte sich die chinesische Wirtschaft

wieder richtig erholen, wenn auch einige Nachwirkungen immer noch spürbar sind. Die allzu großen Anstrengungen und Opfer, die den Bauern abverlangt worden waren, hatten die Massen ermüdet, entmutigt und oft auch unzufrieden gemacht. Da und dort konnte man passiven Widerstand feststellen, der Elan war gebrochen. Die vorgesehenen Resultate waren nicht erzielt worden, weil zu eng gesät worden war oder weil man die Düngemittel viel zu tief (bisweilen bis zu 1,50 m) in die Erde eingeführt hatte, weil schädliche Insekten, die sonst von Vögeln gefressen worden waren, überhandgenommen hatten, weil durch übermäßige Bewässerung der Boden versalzt oder alkalisiert worden war oder weil fehlerhafte Organisation des Transportwesens oder technischer Rückstand den Versuch der ›kleinen Hochöfen‹ scheitern ließen. Bei der Industrie waren die Erzeugnisse oft unbrauchbar und die Maschinen schwer beschädigt. Man hatte die Qualitätskontrollen vernachlässigt und ebenso die Instandhaltung der Maschinen, nur um mehr und rascher produzieren zu können. Die Irrtümer in der Planung wurden dadurch begünstigt, daß man Fachleute aufs tote Gleis abgeschoben hatte: die Bewegung der ›Hundert Blumen‹ hatte sie verdächtig oder unerwünscht werden lassen; auch war die ganze Atmosphäre des ›Großen Sprungs‹ schlecht mit ihrer Vorsicht vereinbar. Dadurch kam ein schweres Durcheinander zustande. Überinvestitionen, besonders in der Schwerindustrie, die mehr Ausrüstungsgüter herstellte, als die Wirtschaft verwenden konnte, waren die Folge. Die zu weit getriebene Dezentralisierung führte zu einem Punkt, an dem jede Planung auf nationaler Ebene zur Unmöglichkeit wurde. Die übersteigerte Vermehrung örtlicher Industrien und Werkstätten trug ebenfalls zum Chaos bei. Zahlreiche von lokalen oder regionalen Parteistellen unternommene Projekte traten in Wettstreit mit den für die Entwicklung der Nation lebenswichtigen Unternehmungen, um Kreditzuteilungen, Arbeitskräfte und Rohstoffe zu erhalten.



© Abb. 17: Eine Reihe primitiver Schmelzöfen in der rotchinesischen Provinz Honan (Aufnahme aus dem Jahre 1959)

Zu all diesen Schwierigkeiten und zu den schlechten Witterungsverhältnissen während der Jahre 1959 bis 1961 kam noch, daß die Sowjetunion im Sommer 1960 ihre Techniker plötzlich wegen der zunehmenden Verschlechterung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten zurückberief. Die sowjetischen Ingenieure nahmen ihre sämtlichen Pläne und technischen Instruktionen mit. Auch wurde durch den Lieferstopp für sowjetische Maschinen die Verwirklichung ganzer neuer Projekte hinfällig: zu jener Zeit war z.B. erst eine einzige der acht Riesenturbinen für das große Elektrizitätswerk von Sanmen am Gelben Fluß geliefert und eingebaut.

Nach 1960 erlebte China eine schwere Wirtschaftskrise. Das Bruttonationalprodukt war zwischen 1960 und 1961 ungefähr um ein Viertel gesunken. Die Industrieproduktion hatte 1960 ihren Höhepunkt erreicht, nachdem sie in den ersten beiden Jahren des ›Großen Sprungs‹ noch schneller gewachsen war als in den Jahren des ersten Fünfjahresplans. Dies war einmal die Folge des Zustroms von Arbeitskräften und der außerordentlich hohen Investitionen, die allein in den Jahren 1958/1959 höher waren als die gesamten Industrieinvestitionen des ersten Fünfjahresplans. Dazu kam, daß sehr viele Fabriken, die während des ersten Plans errichtet worden waren, 1958 in Betrieb genommen wurden. Manche dieser neuen Fabriken und dazu viele andere

mußten während der Zeit der Fehlorganisation und des wirtschaftlichen Niedergangs im Jahre 1961 schließen. Nach verschiedenen Schätzungen soll die Produktion der Industrie damals um 74% zurückgegangen sein, und die Zahlen von 1962 sollen noch unter denen von 1961 gelegen haben. Der industrielle Rückgang folgte der Landwirtschaftskrise mit einem Jahr Verspätung. Die schlechteste Ernte war mit wahrscheinlich 160 Millionen Tonnen die von 1960, gegen 180 Millionen Tonnen im Jahr 1957 und 200 Millionen Tonnen im Jahre 1958. Die Getreideernte des Jahres 1961 blieb mit rund 165 Millionen Tonnen ebenfalls sehr mager. Das Frühjahr 1961 war zweifellos die schlimmste Zeit, denn die Lebensmittelmenge pro Kopf der Bevölkerung fiel fast auf das Niveau von Indien, während sie 1957 25% bis 40% höher gelegen hatte als dort. Die tägliche Ration überstieg sicher nicht 1800 Kalorien, lag aber möglicherweise noch wesentlich darunter.

Durch eine wirksame Rationierung wurde der Lebensmittelmangel wenigstens auf alle gleichmäßig verteilt, und so blieb die Zahl der am Hunger Gestorbenen begrenzt. An die 20 Millionen Stadtbewohner wurden zurück aufs Land geschickt; sie waren vordem unter dem Eindruck des ›Großen Sprungs‹ in die Städte abgewandert, wodurch die Stadtbevölkerung von 92 Millionen im Jahre 1957 auf 130 Millionen im Jahre 1960 angeschwollen war. Durch den Rückgang der Industrie waren sie zu hungernden Arbeitslosen geworden.

Innerhalb von drei Jahren (von 1960 bis 1963) wurden dann 16 Millionen Tonnen Getreide in erster Linie aus Kanada und Australien importiert – eine peinliche Notwendigkeit für ein unterentwickeltes Land, das begonnen hatte, seine Industrie durch Export von Lebensmitteln aufzubauen. Dabei wurden die täglichen Pro-Kopf-Rationen durch diese Importe nur um nicht einmal 40 Kalorien erhöht. Dadurch aber, daß die Großstädte Nordchinas versorgt werden konnten, wurde das Schlimmste verhütet.

Dies waren aber nur die dringlichsten Maßnahmen. Als Heilmittel war die Flurbereinigung anzusehen, die in den Kommunen vorgenommen wurde, und das Zugeständnis ›kleiner Freiheiten‹: so wurde jedem eine eigene Parzelle zur Bebauung zugeteilt; auch durfte jeder Schweine und Schafe halten und sogar einige Erzeugnisse auf den Märkten verkaufen. Es war dies auch die Zeit der Wiedereinsetzung der Fachleute, wenn auch niemand wagte, offen gegen die seit 1958 ständig gepredigte Devise ›Die Politik muß befehlen‹ anzugehen. Materieller Anreiz und sogar der Stücklohn wurden in der Industrie wiedereingeführt, wirtschaftliche Kalkulation kam in der Unternehmensführung wieder zu Ehren. Unter dem Zwang der Umstände wurde im Frühjahr 1962, vielleicht sogar schon im Jahr 1961, der Katalog der Prioritäten im Wirtschaftsbereich geändert. Von nun an stand die Landwirtschaft an der Spitze, gefolgt von der Leichtindustrie, während die Schwerindustrie auf den dritten Platz verwiesen wurde. Innerhalb der letztgenannten hatten jetzt die für die Entwicklung der Landwirtschaft wichtigen Sektoren Vorrang, wie die Düngerfabrikation, deren Produktion zwar rapid anstieg (fast 3 Millionen

Tonnen im Jahr 1963), die aber bei weitem nicht für den ohnehin schon viel zu geringen Verbrauch ausreichte.¹⁴ Diese neue Wirtschaftsstrategie einer Unterwerfung unter die Zwangslage unterschied sich noch mehr von dem sowjetrussischen Vorbild als jene vom Jahr 1958, denn der ›Große Sprung‹ hatte das Dogma der Priorität der Schwerindustrie nicht oder kaum in Frage gestellt, trotz der gleichzeitigen Entwicklung einer kleinen, dezentralisierten Industrie. Auch war die Schaffung von Volkskommunen gar nicht so sehr verschieden von Nikita Chruschtschows Projekt der Bildung von ›Agro-Städten‹ aus dem Jahre 1950. Außerdem ließ die Strategie von 1962 den persönlichen Verbrauch ansteigen, und zwar zum Nachteil der Investitionen. Vorsicht und – vielleicht nur zeitweiser – Verzicht, die sich hierin äußerten, standen im direkten Gegensatz zu stalinistischen Plänen und zur früheren Wirtschaftspolitik der Volksrepublik China.

Diese späte Rückkehr zur Vernunft trug schließlich ihre Früchte. Die Ernte von 1964 war eine der besten, die China jemals erlebt hatte, denn es wurden 200 Millionen Tonnen Getreide geerntet, wie im Jahr 1958. Aber selbst wenn die Landwirtschaft in den Jahren 1964 und 1965 das Niveau von 1957 erreichte und sogar übertraf, so blieb doch die Lebensmittelration pro Kopf der Bevölkerung geringer, als sie vor dem ›Großen Sprung‹ gewesen war. Gemüse- und Obstkulturen entstanden im Umkreis der Städte und trugen stark zur Hebung des Lebensstandards wenigstens eines Teiles der Bauern bei; diese erweiterten nach und nach den Markt einer Konsumindustrie, die jetzt weniger vernachlässigt wurde.

Die Schwerindustrie litt in viel geringerem Maße unter der neuen Vorrangstellung der Landwirtschaft, als man annehmen möchte, denn nicht nur Düngemittel und Ungeziefervernichtungsmittel wurden dringend benötigt, auch die Elektrifizierung und Mechanisierung der Landwirtschaft wurde stark vorangetrieben. Ebenso wurde Material für Bewässerungsanlagen gebraucht, und das örtliche und regionale Transportwesen wurde ausgebaut. Vereinfachend ausgedrückt heißt das, daß die Schwerindustrie seit 1953 für sich selbst arbeitete und von 1962 ab sich im Dienst der Landwirtschaft weiterentwickelte.¹⁵ Jedenfalls scheint sie im Jahr 1965 doppelt soviel hergestellt zu haben wie im Jahr 1957. Insgesamt hatte die Industrie einschließlich des Handwerks im Lauf von acht Jahren ein Wachstum von vielleicht 40 – 50% zu verzeichnen. Wir weisen darauf hin, daß diese Schätzungen ebenso hypothetisch wie approximativ sind, doch bilden sie zusammen mit den nicht weniger ungenauen demographischen Ziffern die unbedingt notwendige Basis für jeden Versuch einer Würdigung der Zukunft des Landes und der Revolution.¹⁶

Obwohl man also den wirtschaftlichen Aufschwung zu Beginn der Kulturrevolution als vollendet ansehen kann und obwohl China schon von 1964 an in der Lage war, seine eigene Atombombe zu zünden, haben doch die Krise und der Rückschlag in der Folge des ›Großen Sprungs‹ das wirtschaftliche Wachstum um vielleicht acht oder zehn Jahre verzögert. Die Tatsache aber, daß

China die Irrtümer und die Ungeduld seiner Führer teuer bezahlen mußte, bestätigt nur, daß diese recht hatten, als sie für ihr Land schließlich einen anderen Weg suchten als die Sowjets, und trägt zudem paradoxerweise dazu bei, ihren Übereifer zu erklären. Zwischen 1929 und 1932 hat in der Sowjetunion die Kollektivierung mindestens ebensoviel Schaden in der Landwirtschaft angerichtet wie in China eine Generation später der ›Große Sprung‹. Dabei wurde die Ausweitung der Industrie in der UdSSR während des ersten Fünfjahresplans unentwegt fortgesetzt, und die sowjetischen Getreideexporte in der Zwischenkriegszeit waren nie so hoch gewesen wie im Jahr 1931, dem Jahr der schlechtesten Ernte. Dies zeigt deutlich den vergleichsweise engen Spielraum, mit dem die Chinesen rechnen und arbeiten mußten, sowie die ihnen auferlegte Notwendigkeit, einen anderen Weg einzuschlagen als die Sowjets.

b) Isolierung und Spaltungen

a) Die Krise im sozialistischen Lager

Chinesisch also war der Weg auf dem Gebiet der Ideologie und nicht weniger in der Außenpolitik. Gleichzeitig mit der Abkehr vom sowjetrussischen Entwicklungsmodell entfernte sich die Volksrepublik China immer mehr von dem, was sehr bald als ›moderner Revisionismus‹ verschrien wurde, der sowohl eine Abwendung von leninistischen Prinzipien wie eine folgenschwere Anbiederung an den kapitalistischen Westen darzustellen schien. Während Moskau den Weg einer friedlichen Koexistenz weiterverfolgte und ausbaute, verhärtete sich die Haltung Pekings, das sich isolierte. Während des Sommers 1958 griff die Volksrepublik die Inseln vor der Küste der Meerenge von Taiwan an, welche sich in den Händen der von den Amerikanern beschützten Nationalchinesen befanden. Es war dies die zweite Quemoy-Krise (die erste datierte aus dem Jahre 1955). Im darauffolgenden Jahr hatte der tibetanische Aufstand eine äußerst harte Strafexpedition zur Folge, bei der 65000 Tibetaner getötet wurden, ein Zwanzigstel der Gesamtbevölkerung. Grund der Erhebung war die Einwanderung chinesischer Kolonisten, aber auch der Widerstand gegen die ›sozialistische‹ Umwandlung einer äußerst traditionsgebundenen Gesellschaft. Nach der Flucht des Dalai Lama nach Indien erfolgte eine starke Abkühlung der Beziehungen zwischen den beiden großen Ländern Kontinentalasiens. Ein Grenzzwischenfall mitten im Himalaya artete drei Jahre später, im Oktober und November 1962, in der Gegend von Ladakh zu offenen Feindseligkeiten aus, was Peking Gelegenheit gab, den Beweis von der größeren Leistungsfähigkeit seines Systems zu liefern. Diese entschlossene Außenpolitik, die einer nicht weniger entschlossen vorangetriebenen Ausdehnung der chinesischen Bevölkerung im Innern, in den nördlichen, westlichen und südlichen Randgebieten entsprach, schloß jedoch einen gewissen Realismus nicht aus. Es kam zu einer Annäherung an das kapitalistische Frankreich, als dieses im Januar 1964 endlich die Volksrepublik China anerkannte, und die

Parteinahme für das seit 1965 bombardierte Nordvietnam blieb sehr zurückhaltend. Die kämpferische und harte Haltung überwog jedoch ohne jeden Zweifel; allerdings gab es dabei auch Rückschläge, trotz der ungeheuren Anziehungskraft, welche die chinesischen Thesen und das chinesische Beispiel für die Enterbten der Dritten Welt hatten.

Die beiden sozialistischen – oder ›proto-sozialistischen‹¹⁷ – Staaten bekämpfen einander mit meist sehr schwachen ideologischen Argumenten. Aber wenn die Ideologie bei diesem Streit auch eine gewisse Rolle spielt, geht es doch bei weitem nicht um sie allein. Von Bedeutung ist neben ihr die Geopolitik – die beiden Giganten stoßen in Zentralasien aufeinander; auch wirtschaftliche Interessen sind im Spiel, ferner geschichtliche Tatsachen: die revolutionären Bewegungen, die den Führern Erfahrungen so verschiedener Art vermittelt haben. Dazu kommen für die Chinesen bittere Erinnerungen an die Vergangenheit, dazu kommen die nationale Geschichte und die kulturellen Traditionen, die so sehr voneinander abweichen. Das Entscheidendste aber ist vielleicht die Verschiedenheit der Situation, der innere Abstand zwischen einer jungen und einer schon (im Sinne Max Webers) zur Routine gewordenen Revolution, der Unterschied zwischen einem armen Land, das sich mit den Problemen der Entwicklung und der Übervölkerung herumschlagen muß, und einer Super-Großmacht, die sich aufgrund ihrer Erfolge heute mit wirtschaftlichen, sozialen und politischen Problemen völlig neuer Natur konfrontiert sieht.

Der ideologische Angriff der Chinesen vom April 1960 durch einen Leitartikel mit der Überschrift *Es lebe der Leninismus!* und Chruschtschows Antwort darauf auf dem Kongreß der rumänischen KP im Juni sowie die plötzliche Rückberufung der sowjetischen Fachleute zwei Monate später sind Beweise für eine Verschärfung des lange geheimgehaltenen Streits, dessen Ursprünge, wenn auch nicht dessen einzige Gründe in der Entstalinisierung zu suchen sind. Nach dem chinesisch-indischen Feldzug, bei dem Moskau Mig-Flugzeuge an Indien geliefert hatte, und nach der Kubakrise im Sommer 1962 wurden die gegenseitigen Angriffe direkt vorgetragen, und sie wurden dabei zunehmend heftiger. Nach der Meinung der Chinesen hatte sich Chruschtschow in der Kubakrise zuerst wie ein Abenteurer benommen und dann einfach kapituliert. Von 1963 ab war der Bruch vollkommen. In einem aufsehenerregenden Artikel über ›Chruschtschows Pseudokommunismus und die aus ihm für die Menschheit zu ziehenden Lehren‹, der im darauffolgenden Jahr in Peking veröffentlicht wurde, war das Hauptgewicht auf die These gelegt, die gegenwärtige Sowjetunion gebe das Beispiel einer degenerierten Revolution.

Im September 1965 schrieb Marschall Lin Piao, der Verteidigungsminister, in einem Artikel anlässlich des 20. Jahrestages des Sieges über Japan der chinesischen Revolution und der Strategie Maos universellen Wert zu. Er verglich Asien, Afrika und Lateinamerika mit den »bäuerlichen Zonen der Welt«, die alle »Städte« des Planeten, d.h. Nordamerika und Westeuropa,

einschließen müßten: nur wenn man dem Beispiel Chinas folge, könne die Weltrevolution siegen.

β) Die Krise im Politbüro

Die Erklärung, durch die Chruschtschow zum ›Pseudokommunisten‹ gestempelt wurde, und Lin Piaos Artikel geben nicht nur Aufschluß über die Außenpolitik Chinas und dessen Kandidatur für die Leitung der Weltrevolutionsbewegung. Weniger als ein Jahr nach seinem Artikel vom September 1965 wurde Lin Piao offiziell zum Nachfolger Mao Tse-tungs erklärt. Was die Studie über den Pseudokommunismus Chruschtschows anbelangt, so bildet sie eine Analyse des Auflösungsprozesses in der Sowjetunion, die zeigen soll, was Chinas Schicksal sein werde, wenn man nicht sofort und energisch darangehe, die Degenerierung, zu der der Revisionismus unvermeidlich führen müsse, zu bekämpfen. Zu dieser Zeit, also in den Jahren 1964 und 1965, gaben derartige Auffassungen zweifellos die Gedanken Maos wieder, die aber nicht von allen Führern der Partei und des Landes geteilt wurden. Der Schlag, der durch den ›Großen Sprung‹ und seine Folgen sich fühlbar gemacht hatte, wirkte sich in fataler Weise auf den Zusammenhalt und die Einigkeit im Politbüro aus, welche die kleine Gruppe ehemaliger Waffengefährten, die nun zur Regierung gelangt war, bis zu diesem Zeitpunkt – mit Ausnahme der Episode Kao Kang – hatte aufrechterhalten können. Der Mißerfolg des ›Großen Sprungs‹ war weitgehend ein persönlicher Mißerfolg Maos, der im Dezember 1958 als Präsident der Republik zurücktrat. Dieser Posten fiel dann an Liu Shao-ch'i. Für Mao war es nur ein teilweiser Rückzug, denn er blieb Vorsitzender der Partei, und seine Autorität war nach wie vor sehr groß.

Auf der Plenarversammlung von Lushan im August 1959 kritisierte P'eng Te-huai, der damalige Verteidigungsminister und seit 30 Jahren Kampfgenosse Maos, heftig dessen Innen- und Außenpolitik; daraufhin fiel er endgültig in Ungnade, denn er hatte sich außerdem in einem Schreiben an die Sowjets gewandt und dabei seine Kritik an der eigenen Partei dargelegt.

Die Ereignisse der folgenden Jahre, die Wirtschaftskrise und die Abberufung der sowjetischen Fachleute, bestätigten die Richtigkeit der warnenden Kritiken P'eng Te-huais, während die Lockerung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik den Einfluß der Gemäßigten und der Pragmatiker wachsen ließ.

Ein Erfolg dieser wirtschaftlichen Stabilisierungsbemühungen wird neue Schwierigkeiten aufkommen lassen und schon bestehende noch verstärken; es wird immer mehr Gutachter und Gutachten geben, die Bürokratie wird sich stark entwickeln, und eine prinzipienlose Laschheit wird den revolutionären und ideologischen Schwung bremsen. Die Entschlossenheit Maos, die ihm teilweise entglittene Macht wiederzuerobern, ebenso aber auch sein tiefes Mißtrauen gegenüber allen Emporkömmlingen und Bürokraten sowie die Besorgnis, mit der er die sozialpsychische Entwicklung seines Volkes betrachtet, erklären den

immer stärker werdenden Gegenangriff, den Mao vom Herbst 1962 an gegen seine Widersacher führt. Schon vorher hatte Lin Piao in der Armee das Studium der ›Gedanken Maos‹ verbreitet und Generale an die Spitze der neuen Bezirksleitungen der Partei gestellt, um sie so zu Instrumenten der künftigen Wiedereroberung der Partei durch die Mao-Gruppe zu machen.

Besonders aber von der zehnten Plenarsitzung des Zentralkomitees an, die vom 24. bis 27. September 1962 stattfand, betrieben Mao und seine Parteigänger eine gleichzeitig geheime und öffentliche Aktion, nämlich die Kampagne ›sozialistischer Erziehung‹, den Wettstreit zur Nacheiferung von Helden, die von den ›Gedanken Maos‹ inspiriert waren, wie Lei Feng* und andere, um auf diese Weise Partei und Volk von der ›revisionistischen Fäulnis‹ zu säubern. Skeptiker und Widersacher innerhalb der Partei sabotierten wirkungsvoll diese Kampagne und auch die ihr folgenden Bewegungen. Da zog Mao die Lehre aus seinen dreijährigen Bemühungen um die Wiedergewinnung der Macht. Nachdem ihm bei einer Sitzung des Zentralkomitees im September 1965 der Umfang und die Entschlossenheit der Opposition klargeworden waren, beschloß er, seine Angriffe zu verstärken und auszuweiten, wobei er eine völlig neue Methode anwendete.

Fußnoten

* Lei Feng war Leutnant in der ›Volksbefreiungsarmee‹; er verunglückte, 22 Jahre alt, im Jahre 1962 tödlich. Sein ›Journal‹, das belehrenden Charakter hatte und von den ›Gedanken Maos‹ inspiriert war, wurde im Zuge einer Pressekampagne im Frühjahr 1963 rühmend hervorgehoben und systematisch zitiert.

IV. Die Kulturrevolution (seit Herbst 1965)

Die Begebenheiten der Jahre 1962 bis 1965 bildeten das direkte Vorspiel zur Kulturrevolution. Was an dieser in erster Linie auffällt, ist ein innerer Kampf in der Partei, ein Kampf um die Macht und ein Kampf für eine bestimmte Politik. So, wie sich die Dinge heute darstellen – wir sind freilich über das Geschehen in China nur sehr ungenau informiert –, erinnert der Konflikt zwischen Mao und der Parteibürokratie an den Zwiespalt zwischen Don Quichotte und Sancho Pansa.

Das ist kein unschicklicher Vergleich; ein Beispiel mag ihn verdeutlichen: Als Mao die Massen und ganz besonders die chinesische Jugend mobilisierte, wie er es während der Kulturrevolution tat, oder als er im Jahre 1964 die Erziehung der ›Erben der Revolution‹ begann,¹⁸ handelte er unter dem Zwang einer ehrlichen Besorgnis und der Angst, daß eine Jugend, die keinerlei Zerreißprobe ausgesetzt gewesen war und die die heroische Zeit der Revolutionskämpfe nicht gekannt hatte, sich, wenn sie erwachsen sei, als privilegierte Elite fühlen werde und, statt dem Volk zu dienen, von ihm abgesondert von dessen Arbeit leben werde.



© Abb. 18: »Lernen wir vom Genossen Lei Feng!« Kalligraphie Mao Tse-tungs

Dieser Idealist ist zweifellos gleichzeitig in doppelter Weise Realist, denn er benutzt den Enthusiasmus und die Indoktrinierung der Jugend zum Kampf gegen seine Gegner, indem er sein immenses persönliches Ansehen und damit den Vorteil, den er ihnen gegenüber besitzt, gegen sie ausnutzt. Und außerdem kann er nicht vergessen, daß es gerade die Korruption und die Degeneration der *Kuomintang*-Bürokratie gewesen waren, die ihm zur Macht verholfen hatten. Es ist aber zu befürchten, daß eine ganze Anzahl von Maßnahmen, die Mao fordert oder einführt, um eine tatsächlich besorgniserregende Lage wieder zu normalisieren, recht utopisch sind. In dieser Hinsicht ist der Zwiespalt zwischen dem ›Idealisten‹ Mao und jenen ›Realisten‹ weitgehend ein Zwiespalt zwischen einem Träumer und Pragmatikern, die sich über den Widerstand der Dinge im klaren sind.

Die Funktionäre und der Apparat der Partei fürchteten vermutlich, daß diese oder jene Seite des maoistischen Programms, wie beispielsweise die ständigen Kampagnen und Massenaufmärsche, die Nichtachtung des materiellen Anreizes in der landwirtschaftlichen Produktion oder auch das Mißtrauen gegenüber Fachkräften, die Mao revisionistischer Lauheit verdächtigte, daß diese Erscheinungen also den wirtschaftlichen Aufbau mehr hindern als fördern und die Beziehungen zu den von ihnen Verwalteten ganz erheblich komplizieren würden. Zu diesen von Realismus und politischer Vorsicht inspirierten

Überlegungen kamen bei einer Anzahl dieser kommunistischen Bürokraten (diesem ewigen Haufen von Sancho Pansas, deren gesunder Menschenverstand von Natur aus spießig ist) noch Reaktionen hinzu, die für die ›neue Klasse‹¹⁹ ebenso charakteristisch sind wie für die traditionelle chinesische Bürokratie: gemeint ist die Verteidigung erworbener Interessen und der Schutz familiären Strebens; man wollte sich diese kleinen, mehr oder weniger autonomen Reiche erhalten, die man sich selber nach und nach geschaffen und aufgebaut hatte und die nun ständig von brüskten Neuerungen und Belästigungen oder Kontrollen der Zentralmacht bedroht wurden.

Der Kampf Maos gegen die wiedererstehende Bürokratie mit allen ihren Privilegien, aber auch die Opposition gegen einen ›revolutionären Romantiker‹, der an die Möglichkeit, die menschliche Natur zu verbessern, an die Wunder des Willens und der Selbstlosigkeit glaubt, seitens der Praktiker, die sich an die gegebene Lage halten – darin scheint bei einer ersten annäherungsweisen Betrachtung das Wesen des Konflikts zu liegen. Mao sah sich schon vor Beginn der Kulturrevolution mit einer Minderheit von Getreuen der Majorität des Politbüros und des Zentralkomitees sowie einer ganzen Anzahl von Bezirksfunktionären und örtlichen Führern gegenüber. Die ›Opposition‹ gegen die Person und die Ideen des Parteivorsitzenden war vermutlich meist ehrerbietig und schweigsam und trat kaum offen zutage, doch gelang es nichtsdestoweniger, seine Anweisungen zu ignorieren oder schlau umzufälschen, indem man alle einem Bürokraten zur Verfügung stehenden Mittel anwendete, wie persönliche Beziehungen, Manipulierung der Informationsmittel, Verfügung über gewisse materielle Mittel usw.

Wenn sich diese Analyse als richtig erweisen sollte, dann könnte man annehmen, daß Mao Tse-tung seit Herbst 1965 eine neue Offensive in Gang brachte, um diesen Widerstand zu bekämpfen. Er stützte sich dabei auf eine kleine Gruppe von ihm bedingungslos ergebenden Partisanen, zu denen unter anderen seine Frau Chiang Ch'ing und Ch'en Po-ta, sein Sekretär aus der Zeit von Yenan, gehörten. Zudem verband er sich in einer vermutlich taktisch bedingten und als leidig empfundenen Allianz mit jener Gruppe von ›Bürokraten‹ in der Regierung und Verwaltung, deren geistiger Führer Chou En-lai ist und die eine nicht unbeachtliche Zahl bildet. Ganz besonders aber stützte er sich auf die Majorität in der Armee unter der Leitung des Verteidigungsministers Lin Piao. Dazu kamen natürlich die Volksmassen, vor allem die Jugend und die ›Roten Garden‹.

Man kann annehmen, daß die Volksmassen und die Armee sich irgendwie ergänzten, da die Armee nur einige entscheidende Operationen unternahm, wie jene, durch die den Maoisten die Kontrolle der Massenmedien in der Hauptstadt zugespielt wurde. Im übrigen wurde sie so lange in Reserve gehalten, wie der Druck durch die Roten Garden ausreichte, um die Gegner einzuschüchtern und zu neutralisieren.

Die Annahme, daß in der Partei innere Kämpfe stattfanden, erklärt vielleicht den etappenweisen Ablauf der Kulturrevolution. Von November 1965 bis Mai 1966 war die Offensive Maos gegen die Publizisten und Schriftsteller gerichtet, die Mao kritisiert hatten, wie Wu Han, dessen Stück *Die Entlassung des Hai Jui* eine direkte Anspielung auf den in Ungnade gefallenen P'eng Te-huai war. Schon wurden aber auch mächtige Persönlichkeiten wie der Bürgermeister von Peking, das einflußreiche Mitglied des Politbüros P'eng Chen, angegriffen (Wu Han, der zweiter Bürgermeister von Peking war, sowie Teng T'o, ein anderes Ziel der ersten Pressekampagnen, gehörten beide zu den wichtigsten Untergebenen P'eng Chens).

Der Sturz von P'eng Chen, der im Mai erfolgte und am 3. Juni öffentlich bekanntgegeben wurde, bildete den Beginn der zweiten Etappe der Kulturrevolution (von Mai bis August 1966). Während bisher Kritik und Säuberung auf Literaten, Künstler und Universitätslehrer beschränkt geblieben waren, wurden jetzt auch höhergestellte politische Persönlichkeiten unter Beschuß genommen. Im Juli wurden die Verantwortlichen für Information und Propaganda ersetzt, so Chou Yang, der für China ungefähr dasselbe war wie für die Sowjetunion einst Shdanow, der berüchtigte Organisator der stalinistischen Kulturpolitik, und Lu Ting-i, der Kulturminister. Ende Juli fühlte sich dann Mao stark genug, um die mächtigsten seiner Gegner im Politbüro und im Zentralkomitee direkt anzugreifen. Er verließ Shanghai, wohin er sich acht Monate vorher mit Lin Piao zurückgezogen hatte, und zog in Peking ein, wo er im Verlauf einer rein politischen Schlacht den Präsidenten der Republik Liu Shao-ch'i und den Generalsekretär der Partei Teng Hsiao-p'ing besiegte, die beide das Ruder der Partei fest in Händen gehalten hatten. Um gegen diese beiden auf der elften Plenarsitzung des (vom Achten Parteikongreß gewählten) Zentralkomitees, die vom 1. bis 12. August 1966 stattfand, eine Majorität zusammenzubekommen, hatte Mao wahrscheinlich das Zentralkomitee, von dessen Mitgliedern nur die Hälfte erschienen war, durch Angehörige einer ihm völlig ergebenen ›Gruppe der Kulturrevolution‹ verstärkt. Das gleiche Plenum des Zentralkomitees machte dann Lin Piao zum Kronprinzen Maos und nahm die bekannte *Entschließung der sechzehn Punkte* an, die von nun ab als Charta der ›großen proletarischen Kulturrevolution‹ galt.

Von Mitte August ab begann die dritte Etappe der Kulturrevolution. Während der zweiten Etappe hatte sie den Charakter einer öffentlichen Manifestation gehabt, durch welche die Aufmerksamkeit der übrigen Welt auf Peking gelenkt worden war. Zuerst waren – im Mai – Gruppen der Roten Garden aufgetaucht, dann erschienen Wandzeitungen, die leitende Persönlichkeiten als ›Bourgeois‹ und ›Revisionisten‹ brandmarkten, schließlich wurde dieser oder jener Professor oder bekannte Intellektuelle öffentlich kritisiert und geschmäht.

Die dritte Etappe, die sich bis Anfang 1967 hinzog, brachte eine Verschärfung des Drucks der Massen und eine Intensivierung des Kults der ›Gedanken Maos‹. Terrorismus und Unordnung griffen auf Peking und andere Großstädte über.

Trotz der immer stärker werdenden Angriffe, wie beispielsweise die in aller Öffentlichkeit erfolgenden Attacken gegen Liu Shao-ch'i und Teng Hsiao-p'ing im November 1966, und trotz der um sich greifenden Säuberungs- und Verhaftungswelle konnten die Roten Garden zwar Parteibonzen und Veteranen des Revolutionskrieges ungestraft lächerlich machen oder durch die Straßen führen, die zahlreichen Opponenten innerhalb der Partei aber konnten sie weder entdecken noch absetzen. Diesen gelang es sogar manchmal, Gruppen der Roten Garden gegen andere Gruppen dieser Formationen zu hetzen. »Um leichter anzugreifen, schwingen sie die Rote Fahne«, behauptete die maoistische Propaganda. In den Fabriken stellten sich die Arbeiter gegen eindringende Rote Garden, und sogar die Bauernschaft wurde unruhig.

Im Frühjahr 1967 begann die Kulturrevolution ihre vierte Etappe, die der geduldigen Wiedereroberung der regionalen und lokalen Machtpositionen durch Mao-Anhänger. Es war und ist dies ein langsamer und schwieriger Prozeß. Man bedient sich dabei der Armee, die durch ein neues Korps von »Revolutionären Rebellen« verstärkt wurde, welche sich mehr auf Kampf verstehen als die enthusiastischen, aber strategisch unerfahrenen Roten Garden. Auch zieht man es vor, zu verhandeln und Kompromisse zu schließen. Zahlreiche Parteifunktionäre wurden auf diese Weise wieder in ihre alten Stellungen eingesetzt und in den »Dreibund« aufgenommen, in dem sie, wenn auch widerwillig, mit Vertretern der Armee und der »Revolutionären Rebellen« vereinigt sind. Dieses delikate Zusammensein von Leuten, die sich sechs Monate zuvor heftigst bekämpft hatten, bildet eine politische Formel, welche die Schaffung von »Revolutionskomitees« auf Provinz- und Lokalebene erlaubt. Die Presse meldet regelmäßig solche Neugründungen. Im Sommer 1968 schien diese Phase nach eineinhalb Jahren ihrem Ende zuzugehen, und wenn sie zu Ende sein wird, kann es sein, daß eine gewisse Stabilisierung in der Kulturrevolution eintritt und die Maoisten die Kommunistische Partei Chinas wieder teilweise in die Hand bekommen. Augenblicklich sichert die Armee den Zusammenhalt: sehr viele Offiziere haben hohe Verwaltungsposten inne, und die meisten Vorsitzenden der »Revolutionskomitees« der Provinz sind Generale.

Man kann also nicht von einem glatten Sieg der einen oder der anderen Partei sprechen, und man kann (oder konnte wenigstens bis Sommer 1968) sagen, daß die Kulturrevolution ihr Ziel nicht erreicht hat. Statt dessen hat sie das ganze Leben des Landes in ein schweres Durcheinander gestürzt, genau wie einst der »Große Sprung«. Im Gegensatz zum »Großen Sprung« wurde diesmal die Wirtschaft nicht so hart getroffen. Die Ernte von 1967 war vielleicht die beste, die China je gesehen hat, indem sie den Rekordernten von 1958 und 1964 gleichkam oder sie noch überstieg. Die Getreideeinfuhr, die nie so hoch gewesen war wie während der Kampagne von 1965/1966, sank 1967, obwohl immer noch mehr als fünf Millionen Tonnen Getreide importiert werden mußten. Nachdem die Industrie im Jahr 1966 ihren Aufstieg wahrscheinlich fortgesetzt hatte, scheint es, als ob sie 1967 sehr in Mitleidenschaft gezogen worden sei, wenn auch nicht so

schwer, daß das in den vorangegangenen Jahren begonnene wirtschaftliche Wachstum zum Stillstand gekommen wäre.

Die schlimmsten Schäden sind aber auf politischem und kulturellem Gebiet zu verzeichnen, d.h. in der Suprastruktur, auf die Mao diesmal seine Anstrengungen gerichtet hatte, nachdem er zu Zeiten des ›Großen Sprungs‹ versucht hatte, die Infrastruktur zu ändern. Natürlich hatte die Kommunistische Partei sehr unter den Angriffen zu leiden, deren Hauptziel sie war und die die größte innere Krise seit 1935 darstellten, dem Jahr, in dem Mao ihr Vorsitzender geworden war. Unter den Drohungen hatten zahlreiche Parteizellen überhaupt aufgehört, Zusammenkünfte abzuhalten. Am schwersten jedoch wog die Spaltung und die damit verbundene Schwächung der Parteileitung. Diese Parteikrise blieb einem Teil der Regierten nicht verborgen. Sie nutzten die Lage aus und widerstanden dem Druck, von dem sie wußten, daß er nur von einer Clique, nicht der gesamten Führung ausging. So wehrten sich Direktoren und Arbeiter von Fabriken gemeinsam gegen gewisse Schritte der Roten Garden, und dieses stillschweigende Bündnis änderte sogar die Richtung der Kulturrevolution, denn man erreichte auf diese Weise unerhoffte Zugeständnisse von seiten der sich bekämpfenden Faktionen, von denen jede um Unterstützung warb. In dieser Hinsicht erweiterte sich das Feld, auf dem Macht ausgeübt werden konnte, und die örtlichen oder berufsmäßigen *pressure groups* hatten somit größere Möglichkeiten, ihre Forderungen durchzusetzen.

Von entscheidenderer Bedeutung als der vielleicht vorübergehende Schwund eines absoluten Machtbesitzes waren wohl die Gleichgültigkeit und der Vertrauensverlust seitens der Bevölkerung, besonders der Intellektuellen, und das durch die Schockwirkung der Kulturrevolution bei vielen verursachte Trauma. Die Kommunistische Partei Chinas und mit ihr die Regierung werden es sehr schwer haben, ihr Ansehen und ihre Autorität wiederherzustellen.

Neben all diesen ›Schäden‹ – zu denen noch weitere kamen, z.B. die völlige Desorganisation des Schulwesens – darf man natürlich nicht die Versprechen und die Perspektiven einer neuen Humanität vergessen, die so viele ›Gläubige‹ in allen Weltgegenden seit drei Jahren auf der östlichen Hälfte unseres Planeten sich entwickeln sehen und die man schwer abschätzen kann. Aber beschränken wir uns darauf, die innere Situation Chinas und die jüngst vergangenen Jahre eines Mannes zu beurteilen, den der Kult, der mit seinen Ideen getrieben wird, ebenso wie die Ausrichtung seines von Sorgen erfüllten Denkens zum Propheten gemacht haben. Er ist ein großer Phantast: in dem, was er verweigert, und in seinem Willen, die Welt und die Menschen zu ändern, noch mehr als in seinen Visionen, denen eine enge und irrige Lebensauffassung innewohnt. Diese Visionen stehen mehr und mehr im Widerspruch zu den Erfordernissen der dringend notwendig gewordenen Umwandlung der chinesischen Welt, die sich nicht in die Schemata – oder die Wunschträume – eines Helden der Revolution pressen lassen. Die Probleme Chinas sind nicht mehr die von 1928 oder 1938 oder selbst von 1948, es sind alltägliche und sehr komplizierte Probleme, die nur

von Experten, von Fachleuten genau erfaßt und gelöst werden können. Eine effektive Leitung wird immer dringlicher und ist auch wichtiger als das Charisma des Führers. Vor der Kulturrevolution machte sich auch schon eine Tendenz zur ›Bürokratisierung‹ der Funktionäre bemerkbar, die auf deren Sachverstand weit mehr aus ist als auf ihre Tugend.²⁰ Der Prozeß der Routinisierung kann künstlich verzögert werden, doch ist er nicht aufzuhalten. Maos Strategie war einer jetzt schon historischen Lage großartig angepaßt, aber wie es gewöhnlich so geht, hat sie ihre Berechtigung überlebt, und dieser glorreiche Fetisch stört heute eine Entwicklung, die durch die Lektüre der Werke Max Webers besser erklärt wird als durch das Studium des *Roten Buches*.

Es scheint, daß China dem Ende einer Epoche entgegentritt.²¹ Mao und Liu Shao-ch'i haben – genau wie alle Mao-Anhänger, Anti-Maoisten und Zauderer im Politbüro und im Zentralkomitee – wenigstens eines gemeinsam: sie sind alt und werden bald ihre Stellung räumen müssen, um den Vertretern einer jüngeren Generation Platz zu machen. Es wird dies nicht mehr die Generation der Väter der Revolution sein, und sie wird daher nicht mehr im gleichen Maße von dieser außergewöhnlichen Erfahrung geprägt und innerlich abhängig sein. Der Kampf um die Nachfolge hat bereits begonnen, und die Kulturrevolution beweist dies auf ihre Weise. Wahrscheinlich wird der oder werden die Nachfolger Maos (denn es gibt wohl kaum einen, der Maos Platz ganz auszufüllen imstande wäre und der alle die Persönlichkeiten, die er gleichzeitig oder nacheinander verkörperte, darstellen könnte) ebenfalls zur Gruppe der glorreichen Geronten gehören. Die wirkliche Wachablösung wird erst etwas später erfolgen. Die Ungewißheit beschränkt sich aber lediglich auf das Datum – Umwälzungen wird es sicher geben. Die Zeit ist reif, und der Maoismus wird bald nur mehr Geschichte sein.

Das Erbe, das Mao hinterläßt, wird schwierig, ja es wird beängstigend sein. Das, welches er 1949 übernahm, war es allerdings nicht weniger. Manche Probleme wurden gelöst, aber viele blieben übrig, und neue kamen hinzu; einige wurden sogar verschärft, ganz besonders jene, die mit dem Anwachsen der Bevölkerung zusammenhängen. Wie breit auch immer die Kluft zwischen den einstmaligen Hoffnungen und dem inzwischen Erreichten sein mag, wie schwer auch die Rückschläge und Irrtümer, wie tragisch die Ungeduld und die Angst des alten Revolutionshelden sein mögen, der mit einemmal entdeckt, daß es schwieriger ist, die Natur zu besiegen als die Menschen – es ist unleugbar, daß die Revolution Großes vollbracht hat, ganz besonders in ihrem ersten Jahrzehnt.

China stellt heute ein Land dar, das innerhalb weniger Jahre zu einer der zehn führenden Industriemächte der Welt geworden ist, ein Land, das seine Unabhängigkeit erlangt hat und über die Atombombe verfügt. Wenn trotzdem der Lebensstandard des einzelnen so niedrig ist und noch jahrzehntelang bleiben wird, wenn es ein armes und ›rückständiges‹ Land ist, so ist der Grund für dieses Paradox nicht etwa in der von den Revolutionären getroffenen Wahl der

Schwerpunkte zu suchen, sondern in der Lage vor der Revolution. Die eigenartigen Maßnahmen und Irrtümer der zur Regierung gelangten Revolutionäre erklären sich zumindest teilweise aus den die Vorstellungskraft eines normalen Verstandes gänzlich übersteigenden Problemen, denen sie sich gegenübergestellt sahen. Die maoistische Propaganda preist unentwegt die Weisheit des alten Narren Yü-kung, der nach der Legende Berge versetzte: sie tut das ganz einfach deshalb, weil die Chinesen Berge versetzen *müssen*, aus Gründen, die sie überhaupt nicht gesucht und gewollt haben.

Gewiß hat die Volksrepublik China in vielem, was sie tut, unrecht, und sie hat ihre Irrtümer teuer bezahlen müssen; aber nur ein Dummkopf kann sich darüber freuen.

Die Herausforderung, die von China an uns ergeht, die Beunruhigung, die es uns bereitet, haben ganz sicher ihren nützlichen Effekt.

V. Taiwan von 1949 bis 1968

Seit 18 Jahren verdankt es das nationalchinesische Regime der amerikanischen Flotte, daß es auf Formosa weiterexistieren kann. Chiang Kai-shek ist jedoch weit davon entfernt, sich dankbar zu zeigen, sondern er wirft Washington dessen nachgiebige Haltung Peking gegenüber vor und träumt seinerseits nur davon, den ›Kontinent‹, das Festland, zurückzuerobern. Und das ist kein bloßer Traum, denn er unterhält immerhin – natürlich ebenfalls mit amerikanischer Hilfe – eine 600000-Mann-Armee, was fast ein Zwanzigstel der gesamten Bevölkerung ausmacht. Er läßt sich nicht davon abbringen, daß angeblich viele hundert Millionen von Landsleuten sehnsüchtig und ungeduldig auf seine Ankunft warten, während sie unter dem kommunistischen Joch schmachten.

Infolge dieser Politik, deren Ziel die Rückkehr in die Heimat ist, hält sich Taipei vorzugsweise an die Länder, die Peking gegenüber einen harten Kurs verfolgen und seine Aufnahme in die Vereinten Nationen ablehnen, wie Südvietnam, Südkorea, die Philippinen, Thailand, Australien, Neuseeland u.a. Es herrscht auf der Insel die Atmosphäre einer Garnison, doch sind ihre Probleme, genau wie in der Volksrepublik China, innerer Art. Die Insel ist 36000 qkm groß; sie hat an die 14 Millionen Bewohner und – vergleichbar mit Holland – eine der größten Bevölkerungsdichten der Erde. Auf einem Quadratkilometer leben 380 Menschen, und wenn man nur das bebaute Land in Betracht zieht, sind es sogar 1460 Menschen, die größte Bevölkerungsdichte auf der Erde überhaupt. Während die Geburtenziffer lange Zeit sehr hoch war, ist sie seit 1956 stetig im Sinken begriffen. Von den 4,5% im Jahre 1956 blieben nur noch 3,2% im Jahre 1966; der Geburtenüberschuß übersteigt aber immer noch 2,5% jährlich, was gegenüber den fünfziger Jahren jedoch schon eine Abnahme um 1% darstellt. All das hindert aber nicht, daß seit 1950 die Bevölkerung um 80% zugenommen hat.

Die Bevölkerungsexplosion ist also die gleiche wie auf dem Festland. Wenn es kein schicksalentscheidendes Problem ist wie in der Volksrepublik China, so ist

es doch ein sehr ernstes, und zwar infolge einer raschen wirtschaftlichen Entwicklung und eines höheren Lebensstandards, der in Asien nach Japan und Malaysia kommt und im Jahre 1967 fast 200 Dollar pro Kopf betrug. Eine straff durchgeführte Agrarreform hat den Grundsteuersatz gesenkt, die Ausbreitung der kleinen Anwesen begünstigt und das Los der mittleren Landwirtschaftsbetriebe spürbar verbessert. Der landwirtschaftliche Ertrag verzeichnet einen beeindruckenden und stetigen Anstieg durch die Förderungspolitik, die durch die Mitarbeit von amerikanischen Ratgebern in der ›Gemischten sino-amerikanischen Kommission für den landwirtschaftlichen Aufbau‹²² wirksam unterstützt wird. Die Konsumgüterindustrie hat noch schnellere Fortschritte gemacht. Die jährliche Zuwachsrate für die gesamte Wirtschaft lag während der ersten zehn Jahre bei 7-8% und hat im Laufe des dritten Vierjahresplanes (1961-1964) 8,6% erreicht. Sie pendelt sich heute bei 8% ein, und von allen asiatischen Staaten hat nur Japan ein noch schnelleres wirtschaftliches Wachstum.

Allerdings kann man Formosa (Taiwan) nicht als Musterbeispiel für wirtschaftliche Entwicklung hinstellen; man muß da die beachtliche amerikanische Hilfe berücksichtigen: sie betrug zwischen 1950 und 1966 eineinhalb Milliarden Dollar Wirtschaftshilfe und mehr als zwei Milliarden militärische Hilfe. Ebenso beachtlich waren dann auch die Erfolge, doch mit Ausnahme von Südvietnam hat kein anderes Land pro Kopf der Bevölkerung je soviel Hilfe bekommen. Auch die Ausgangsbasis war hier eine ganz andere als z.B. die der Volksrepublik China. Während fünfzig Jahren Kolonialherrschaft, von 1895 bis 1945, ganz besonders aber seit 1930 hatten die Japaner durch die Förderung von Reis- und Zuckerrohranbau die Landwirtschaft entwickelt, hatten eine industrielle Grundlage geschaffen und die Kaufkraft der Bewohner gesteigert, so daß sie weit über der Kontinentalchinas lag.

Diese günstigen Umstände waren zweifellos gegeben, man kann jedoch nicht umhin zuzugestehen, daß die Wirtschafts- und Sozialpolitik – was in diesem Falle in erster Linie Agrarpolitik bedeutet –, wie sie die *Kuomintang* in Formosa betrieb, bedeutend besser war als zuvor auf dem Kontinent. Das ›neue wirtschaftliche Denken‹, wie man es gern nennt, hat die ehemalige Unwissenheit, Gleichgültigkeit und die fehlende Sachkenntnis ersetzt. Auf politischem Gebiet hingegen hat sich nicht viel geändert seit den ›schönen Zeiten‹, da man einen Kontinent regierte. Die Monopolstellung der *Kuomintang* scheint unbegrenzt, ebenso wie die persönliche Loyalität der Minister Chiang Kai-shek gegenüber. Er selbst oder die Männer seiner unmittelbaren Umgebung treffen alle Entscheidungen von Bedeutung. Im Jahre 1966 wurde Chiang Kai-shek vom Parlament zum viertenmal zum Präsidenten der Republik gewählt, und zwar einstimmig; ein Konkurrent war nicht vorhanden. Das Parlament ist praktisch machtlos und in seiner Zusammensetzung seit 1948 gleichgeblieben, bis auf einige unbedeutende Änderungen aufgrund von Todesfällen. Die Presse darf weder das geheiligte Thema der ›Rückkehr zum Kontinent‹ kritisieren noch

die Außenpolitik noch die *Kuomintang*, und es darf kein abfälliges Wort über den Generalissimus oder seine Familie fallen. Der Sohn des Achtzigjährigen, Verteidigungsminister und Oberster Herr der Geheimpolizei, Chiang Ching-kuo, wird wahrscheinlich der Nachfolger seines Vaters werden. Unbequeme Journalisten werden durch willkürliche Verhaftungsmethoden niedergehalten, und mit dem gleichen Mittel schützt man sich auch gegen ein zahlenmäßiges Anwachsen möglicher Gegner. In der Verwaltung herrscht weniger Korruption als vor 1949, wodurch sie auch leistungsfähiger geworden ist. Dennoch ist die Bürokratie aufgebläht, es gibt zu viele höhere Ämter, denn über der Provinzialverwaltung von Formosa existiert noch die Verwaltungsstruktur für eine ganze Nation, in der natürlich die Getreuen, die mit vom Kontinent kamen, eine Pfründe finden mußten.

Diese zwei Millionen ›Kontinentalen‹ mit ihren Familien betrachten sich als von höherer Art als die Eingeborenen, obwohl deren weitaus größter Teil ebenfalls echte Chinesen sind, deren Einwanderung freilich vor Jahrhunderten und nicht erst vor Jahren stattfand. Die Neuankömmlinge sehen jedoch auf die Alteingesessenen herab, wie sie ehemals auf die Ssichuanesen herabsahen, als sie von Shanghai oder von Nanking nach Chungking übersiedeln mußten.²³ Die ›Kontinentalen‹ monopolisieren besonders ihre Stellungen in der Regierung, Verwaltung und Armee; so stellen die Eingeborenen 85% der Soldaten und nur 5% der Offiziere. Diese mißliche Situation bessert sich nur sehr langsam. Chiang hat jetzt einen Taiwanesen zum Bürgermeister von Taipei ernannt. Für die Bewohner Taiwans jedoch bleiben die Chinesen vom Kontinent Fremde, und sie sind auch gar nicht erpicht darauf, »den Kontinent wiederzuerobern«. Ihr Streben ist vielmehr darauf gerichtet, die Kontinentalen loszuwerden. Das will aber nicht heißen, daß sie zum Aufstand geneigt wären; diese mangelnde Bereitschaft, zu revoltieren, erklärt sich aus dem wirtschaftlichen Fortschritt und vielleicht auch aus der Tatsache, daß die Säuberungsaktion im März 1947²⁴ zu einer Dezimierung der Elite geführt hat, der die japanische Kolonialmacht sowieso nur geringe Entwicklungsmöglichkeiten gegeben hatte.

13. Japan und Korea seit 1945

Es heißt – und wahrscheinlich entspricht das sogar der Wahrheit –, daß das japanische Volk nicht sofort den richtigen Sinn der Worte der kaiserlichen Proklamation vom 15. August 1945 verstanden habe, die die Kapitulation Japans verkündete. Der vom Kaiser selbst verlesene Text, in einer höfischen Sprache abgefaßt, die dem Volk geläufig war, stiftete zuerst Verwirrung. Seine Tragweite war jedoch zu offensichtlich, als daß sich die Japaner allzulange falschen Vorstellungen hätten hingeben können.

Der Krieg im Pazifik, der mit einem ungeheuren Siegesrausch begonnen hatte, war mit einer vernichtenden Niederlage zu Ende gegangen, der die bedingungslose Kapitulation folgte. Zum erstenmal in seiner Geschichte war Japan besiegt worden, und der Feind würde nun das Land besetzen. Das stellte

einen schweren Schlag dar für ein Volk, das erzogen war im Glauben an die Unbesiegbarkeit seiner Armee und an die quasi-göttlichen Ursprünge seiner nationalen Existenz.

Sieben Jahre lang, von 1945 bis 1952, wurden der japanische Archipel und seine Bewohner nun regiert, umgeformt, umerzogen von jenen, deren Seemacht Japan bei Pearl Harbor mit einem Schlag hatte vernichten, deren Einfluß in Asien es hatte ausschalten wollen. Es waren sieben grundlegende Jahre für die politische, militärische, wirtschaftliche und soziale Zukunft des Reiches der Aufgehenden Sonne. Bei der Unterzeichnung des Friedensvertrages von San Franzisko am 8. September 1951 glich das Japan, das Yoshida vertrat, in nichts mehr dem der Vorkriegszeit. Es war ein neuer Staat, wenn nicht gar ein neues Volk.

Die Jahre von 1952 bis 1968 waren der Anfang eines anderen Zeitabschnittes: auf die Besatzung folgte die Unabhängigkeit. Von jeglichem militaristischen Geist geheilt, fand Japan unter der Gunst der Weltkonjunkturlage sein inneres Gleichgewicht und begann seinen schwindelerregenden wirtschaftlichen Aufstieg.

I. Das besiegte Japan oder ›Die Erfahrungen der Besatzungszeit‹ (1945–1952)

Nach der Verkündung der Kapitulation hatte Japan vierzehn Tage Zeit, sich an den Gedanken zu gewöhnen, daß nun die Amerikaner den geheiligten Boden der Ahnen besetzen würden, und sich über ihre Haltung dem Feind gegenüber klarzuwerden. Vierzehn Tage lang war die für die Niederlage verantwortliche Führungsschicht damit beschäftigt, die Archive zu verbrennen, Dokumente zu verschleiern, ihre Offiziere zu demobilisieren und diejenigen, die am meisten kompromittiert waren, zu verstecken. Dann erlebten die Japaner mit erstarrtem Lächeln die Ankunft der ›Eroberer‹.

Die Lage war alles andere als glänzend, sowohl auf wirtschaftlichem wie auf psychologischem Gebiet.

Japan war ein materiell ruiniertes Land. Mehr als zwei Millionen Gebäude waren völlig zerstört, die Städte zu 40% in ihren Funktionen lahmgelegt, das Verkehrsnetz bestand nicht mehr. Die industrielle Produktion, die zwischen 1930 und 1941 auf das Doppelte angestiegen war, war 1945 auf ein Siebentel des Standes geschrumpft, auf dem sie zu Beginn des Krieges gewesen war.¹

Psychologisch gesehen war der Schock der Niederlage schwer und hatte ein tiefes Trauma zur Folge. Nach vielen Jahren intensivster Propaganda, die die amerikanischen Soldaten in den schwärzesten Farben gezeichnet hatte, machten sich die Japaner darauf gefaßt, daß sich nun wahre Barbarenhorden auf sie stürzen würden, Abkommen jener Mongolen, die einstmals von einem wundersamen Sturm von den Küsten des Archipels ferngehalten worden waren.

Da ihnen diesmal kein Gott geholfen hatte, erwarteten sie eine harte Prüfung. Auf der anderen Seite war die Meinung der Amerikaner über die Japaner auch nicht gerade schmeichelhaft, und so fragt man sich, wieso bei der Besetzung keinerlei Attentat gegen die Siegertruppen verübt wurde, wieso es zu keinem ernststen Zwischenfall zwischen der Besatzungsmacht und der Bevölkerung kam. Man fragt sich weiter, wieso die Besetzung ganz im Gegenteil dazu Anlaß gab, daß sich die beiden Völker gegenseitig mit größtem, teilweise sogar freudigem Staunen entdeckten.

Dafür gibt es zwei Erklärungen. Die erste ist der japanische Charakter und die zweite die Persönlichkeit General Mac-Arthurs.

Aus ihrer Veranlagung heraus sehen die Japaner, ordnungsliebend, diszipliniert und autoritätsgläubig wie sie sind, im Ablauf der Dinge auf dieser Welt, ganz besonders insoweit sie ihr nationales Geschick anbelangen, die Hand einer göttlichen Vorsehung, die die Menschen führt und die Völker lenkt. Sie hatten sich ohne zu zögern in den Krieg gestürzt, ohne auch nur einen Augenblick an der Legitimität ihrer Sache zu zweifeln, und mit dem gleichen Fatalismus, ob nun bewußt oder unbewußt, nahmen sie jetzt die Niederlage und ihre Folgen hin. Als die erste Welle der Verzweiflung vorüber war, fanden sie sich mit der Tatsache der Niederlage ab. Nachdem die Gunst der Götter sie verlassen hatte, war die Kapitulation unvermeidlich geworden; und außerdem: die Amerikaner hatten so ungeheuerliche Waffen angewendet, und sie waren so stark!

Die große Leistung General Douglas MacArthurs war es, die wahre Mentalität dieses zutiefst verletzten Volkes sehr schnell erkannt und begriffen zu haben, daß es nicht schwer sein konnte, Zugang zu ihm zu finden, wenn man an seine eingeborenen nationalen Tugenden appellierte. Er liebte Prunk, was den Japanern, die an die großartigen zeremoniellen Riten gewöhnt waren, sehr entgegenkam. Außerdem hatte er eine außergewöhnliche Arbeitskraft und ein einmaliges Gedächtnis und verstand es, mit der betonten Einfachheit des wirklichen Herren zur Menge zu sprechen. All das trug ihm Zuneigung und Achtung ein. Er hatte Verständnis für die große Leere, die sich vor den Japanern auftat, eine ideologische und politische Leere, die so schnell wie möglich ausgefüllt werden mußte, wenn man ein Land, das durch militärischen Größenwahn zugrunde gerichtet worden war, für die Demokratie gewinnen wollte.²

MacArthurs unschätzbare Verdienst bestand in seinem – geglückten – Versuch, Japan von einer überlebten Glaubenswelt und ebenso veralteten Strukturen zu befreien, die es ins Verderben getrieben hatten, und ihm dann das politische und wirtschaftliche Rüstzeug zu geben, das es zu seinem Wiederaufstieg benötigte.

In der Entwicklung des besetzten Japan sind zwei Phasen zu unterscheiden: die Phase der Demokratisierung und die Phase des Wiederaufstiegs.

a) Die Demokratisierung der japanischen Lebensformen (1945–1948)

General Mac Arthur machte sich systematisch daran, den japanischen Militarismus abzubauen und dem Land eine neue politische Form und seinen Menschen die Freiheit zu geben.

α) Die Liquidierung des japanischen Militarismus

Nichts konnte, psychologisch gesehen, in Japan gewonnen werden, wenn die am Krieg Schuldigen nicht auf exemplarische Weise bestraft wurden, nämlich die militärischen und zivilen Führer, die das Land in das schlimme Abenteuer gezwungen, und die Industrie- Trusts, die sie dabei tatkräftigst unterstützt hatten.

Gleichzeitig mußte die neue Jugend vor militaristischen Versuchungen bewahrt werden, indem man das ganze Erziehungssystem von Grund auf änderte und den traditionellen militärischen Einfluß auf die Universitäten unterband.

Die große Reinigung

Die Reinigungswelle erstreckte sich auf die Kriegsverbrecher und auf die großen Geschäftskonzerne, die *zaibatsu*.

Die Zahl der betroffenen Personen war erheblich. Für die Hauptkriegsverbrecher wurde im Januar 1946 ein internationales Militärgericht nach dem Muster des Nürnberger Gerichtshofs geschaffen. Vor ihm mußten die meisten der hohen Würdenträger der Regierung erscheinen, und zwar nicht nur General Tōjō, sondern auch Männer wie Araki, Itagaki, Kimura, Matsui, Matsuoka, Shigemitsu und andere. Genau wie in Nürnberg zogen sich auch hier die Verhandlungen sehr in die Länge; sie endeten mit Todesurteilen für sieben der Hauptschuldigen und der Verurteilung der anderen zu Freiheitsstrafen.³ Die Zahl der Hinrichtungen von Militärs, die der Verletzung der Kriegsgesetze beschuldigt wurden, war erheblich größer und belief sich auf 700, während 2000 zu Freiheitsstrafen verurteilt wurden. Schließlich mußten auch noch über 200000 Personen ihren Beruf aufgeben, weil sie mit den für den Krieg verantwortlichen Personen zusammengearbeitet oder deren Politik aktiv unterstützt hatten.

Als nächste kamen dann die *zaibatsu* an die Reihe. Mehrere Verordnungen aus den Jahren 1946 und 1947 hatten den Zweck, die Konzentration bedeutender Kapitalien zu unterbinden. Die Familien, die vor dem Kriege Besitzer der großen Trusts gewesen waren, wurden ebenfalls verfolgt. Manche unter ihnen wurden durch die umfassende Säuberungswelle persönlich betroffen, und die

Neuorganisierung des Steuersystems trug dazu bei, ihr Vermögen zu begrenzen oder gar völlig zu vernichten.

Um die Zerstörung des japanischen Kriegspotentials zu vollenden, führten die Amerikaner eine Reparationspolitik ein, infolge deren Japan alle durch seine Angriffe erfolgten Schäden in Asien zu ersetzen hatte. Die Nationen, für die das galt, erlebten zudem den Abzug von 6 Millionen Japanern – Militär- und Zivilpersonen –, die sich seit Jahren auf ihrem Gebiet festgesetzt hatten.

Zählt man zu diesen 6 Millionen noch die 2 Millionen demobilisierten Soldaten im Mutterland und die entlassenen Kriegsgefangenen dazu, so kann man sich ein Bild von den Schwierigkeiten machen, denen Japan mit der Wiedereingliederung dieser Menschen und dem Zustrom von Arbeitskräften gegenüberstand.

Aber nicht nur äußerlich, auch geistig mußte Japan demobilisiert werden.

Die ›Neue Erziehung‹

Es ging darum, die Erziehungsmethoden so persönlich wie nur möglich zu gestalten, damit der Unterricht nach den Bedürfnissen des einzelnen ausgerichtet sein würde und nicht etwa als Mittel diene, um die jungen, intelligenten Menschen militärisch zu drillen. Aus Schule und Universität mußte der totalitäre Geist verschwinden. Dies waren die Hauptziele der ›Neuen Erziehung‹.⁴

Während vor dem Krieg die in den Schulen und Gymnasien Japans benutzten Bücher vom Staat nach Maßgabe ihres Konformismus ausgewählt worden und die Persönlichkeit des Schülers völlig als Nebensache betrachtet worden war, ging die neue Erziehungsmethode ganz im Gegenteil darauf aus, den Charakter und die Umgebung des zu Erziehenden zu berücksichtigen. Da aber die Lehrer, die diese neuen Methoden anwenden sollten, selber nach den alten, traditionellen Formen ausgebildet worden waren, war das *Monbushō*, das Unterrichtsministerium, gezwungen, den Lehrern ganz genaue und strenge Richtlinien an die Hand zu geben.

Die Rundschreiben, in denen diese Richtlinien übermittelt wurden, betonten ganz besonders, daß dem Studierenden in der Organisation seiner Studien volle Freiheit zu lassen sei und daß es absolut notwendig sei, gewisse Lehrstoffe daraufhin zu überprüfen, inwieweit sie für die menschliche und intellektuelle Bildung der jungen Japaner wichtig seien.

Drei typische Entschlüsse aus dem Jahr 1945 bestätigen übrigens, daß es den Japanern mit dem Bruch mit altüberkommenen üblen Gewohnheiten Ernst war. So hob eine Anweisung vom 31. Dezember 1945 an allen japanischen Schulen und Instituten den Moralunterricht auf. Vierzehn Tage vorher war der offizielle Religionsunterricht durch Erlaß des SCAP (*Supreme Commander for the Allied Powers*) untersagt worden. Schließlich verbot das Grundgesetz über die Erziehung jeglichen politischen Unterricht in den Schulen und machte auch mit

dem traditionellen Auftragen des kaiserlichen Erlasses über die Erziehung Schluß.

Die Demokratisierung der Universitäten konnte allerdings gewisse Grenzen nicht überschreiten, denn wenn man die Fakultäten allen Inhabern von Diplomen der Gymnasien geöffnet hätte, wären sämtliche Universitäten Japans dermaßen überfüllt gewesen, daß keinerlei akademische Arbeit mehr möglich gewesen wäre.

Eine gewisse Zulassungsgrenze erwies sich also als unumgängliche Notwendigkeit für die japanischen Universitäten. Durch die immer zahlreicher werdenden Privatuniversitäten wurde eine Abwanderung der von den staatlichen Universitäten abgewiesenen Kandidaten in als untergeordnet angesehenen technische Berufe verhindert. Ein Student, dem die Zulassung zu einer staatlichen Universität verwehrt wurde, hatte immer noch die Möglichkeit, auf einer weniger berühmten Universität ein leichteres Examen zu bestehen.

Jede dieser Universitäten stellt Diplome aus, deren Wert auf dem Arbeitsmarkt je nach dem Ruf der betreffenden Lehranstalt verschieden ist. Dadurch wird für den jungen Japaner der Eintritt in diese oder jene Universität ein Hauptproblem.

Gewiß, im Gegensatz zum alten Japan, wo der Besuch dieser oder jener renommierten höheren Schule die Vorbedingung für die Zulassung an der Universität Tōkyō gewesen war, kann jeder Japaner, gleichgültig welcher Herkunft, sich heute nach seiner Wahl zur Aufnahmeprüfung stellen. In Wirklichkeit aber ist häufig schon von frühester Jugend an darüber entschieden.

β) Der Beginn einer neuen Freiheit

Nach der langen Herrschaft eines autoritären Militarismus war es notwendig, daß gleichlaufend mit der Liquidierung alter Vorstellungen auch in Japan Freiheiten eingeführt wurden, wie sie in westlichen Demokratien gang und gäbe sind. Dazu mußte jedoch die ganze soziale Struktur gründlich verändert werden.

Eine der ersten Maßnahmen des SCAP war die Abschaffung der Gesetze, die unter der Militärregierung die Grundrechte des einzelnen eingeschränkt hatten. Die politischen Gefangenen wurden entlassen, Rede- und Gedankenfreiheit wurden wieder hergestellt, und die vor dem Krieg so umfangreichen Befugnisse der Polizei wurden gewaltig eingeschränkt.

In der Welt der Arbeit schuf das Gesetz über die Gewerkschaften vom 22. Dezember 1945, das der amerikanischen *National Labour Act* von 1935 stark ähnelt, die Grundlagen für eine neue Arbeiterpolitik, denn dieses Gesetz erlaubte nicht nur allen Arbeitern, sich in Gewerkschaften zu organisieren – die den Status von Rechtspersonlichkeiten erhielten –, sondern auch, kollektive Arbeitsverhandlungen zu führen.

Dank diesem Gesetz entwickelte sich die Gewerkschaftsbewegung rapid, zumal da sie bereits durch die wirtschaftliche Konjunktur und die Nachkriegsschwierigkeiten starken Zulauf bekommen hatte. Sehr bald begann sie, sich durch häufige massive Streiks zur Geltung zu bringen. Die Amerikaner,

die ja die Urheber dieses Aufblühens gewesen waren, sahen sich zu Restriktionsmaßnahmen gezwungen. So verbot MacArthur am 31. Januar 1947 ausdrücklich einen Generalstreik, der ausgerufen worden war, um die Regierung zu zwingen, einige obligatorische Vermittlungsvorschriften, wie sie im *Labour Relation Adjustment Law* vom September 1946 vorgesehen waren, wieder aufzuheben. In der Folge wurde das *Labour Standards Law* vom 5. April 1947 erlassen, durch das die allgemeinen Arbeitsbedingungen in Japan nach den Normen der Internationalen Arbeitsorganisation geregelt wurden.

Diese unbestreitbare Wendung in der amerikanischen Politik den Arbeitern gegenüber störte jedoch das ständige Anwachsen der Syndikate und örtlichen Gruppen keineswegs. Sie organisierten sich in zwei großen Gewerkschaften nach dem Muster der großen amerikanischen Zentralverbände. Der ›Nationale Kongreß der Industriegewerkschaften‹ (*Sanbetsu*), der nach dem Muster der CIO gebildet war, und die ›Generalkonföderation der japanischen Gewerkschaften‹ (*Sōdōmei*) nach dem Beispiel der AFL wuchsen immer mehr.⁵

Um das Wiederaufleben des politischen und gewerkschaftlichen Lebens nicht zu gefährden, wurde in die neue japanische Verfassung ein Artikel aufgenommen, der die »Rechte und Pflichten des Volkes« betraf und der in erster Linie zur Wahrung und Durchführung der neuerworbenen Freiheiten dienen sollte.

Diese umfassende Liberalisierung in politischer Hinsicht war mit der gleichzeitigen tiefgehenden Reform der sozialen Struktur verbunden. Dazu waren zwei Dinge unumgänglich, denn eine wirkliche Demokratie konnte in Japan nur um den Preis einer Agrarreform durchgeführt werden, und da innerhalb der in erster Linie bäuerlichen Familien die Frau zu neuen Aufgaben berufen wurde, mußte man notgedrungen auch ihre Emanzipierung ins Auge fassen.

Das Gesetz vom 21. Oktober 1946 brachte die neue Agrarreform. Jeder Grundbesitzer, der seine Felder nicht selbst bebaute, war dadurch gezwungen, sie sämtlich an die Regierung zu verkaufen. Besitzer, die ihr Land nicht ausnützten, aber an Ort und Stelle wohnten, durften nur einen Hektar – in Hokkaidō ausnahmsweise vier Hektar – behalten, während alles übrige Land an die Regierung abgetreten werden mußte. Grundbesitzer, die ihre Äcker selber bebauten, durften ihr Land behalten, zu dem sie noch einen Hektar pachten durften. Der Gesamtbesitz durfte jedoch drei Hektar nicht übersteigen, was darüber war, mußte verkauft werden. Die einzige Ausnahme bildete Hokkaidō, wo zwölf Hektar gestattet waren. Die vom Staat durch Ankauf und nicht etwa durch Enteignung erworbenen Ländereien wurden zu günstigen Preisen an Bauern verkauft.⁶

Trotz den unvermeidlichen Widerständen und verschiedenen Sabotageversuchen wurde die Agrarreform im allgemeinen wirksam durchgeführt. Ende 1948 waren zwei Drittel aller japanischen Bauern

Alleinbesitzer, und drei Viertel der früher Grundbesitzern gehörigen Ländereien waren nun Eigentum der ehemaligen Pächter.

Eine derartige Reform enthielt aber in sich schon einen absoluten Widerspruch, denn sie richtete sich gegen die Prinzipien des liberalen Kapitalismus, den man in der Industrie einführte.



© Abb. 19: Prinz Hitachi, der jüngste Sohn des Kaisers, und seine Gemahlin in offizieller Hofkleidung

Während die goldene Regel der freien Verfügung über Privateigentum einerseits hochgehalten wurde, erklärte man sie in der Landwirtschaft für ungültig.

Aber noch schwerer wiegende Divergenzen traten zutage, so beispielsweise der Zwiespalt zwischen dem Ideal, das sich die Amerikaner für Japan zum Ziel gesetzt hatten, und den Methoden, nach denen sie es in die Tat umsetzen wollten. Weitere Widersprüche waren der zwischen den liberalen politischen Auffassungen und den zutiefst konservativen Strukturen des traditionellen Japan sowie der zwischen dem Wunsch der Amerikaner nach Verwirklichung eines lebhaften nationalen politischen Lebens und ihrer Entschlossenheit, ein Aufleben des Kommunismus zu verhüten. Ebenso wollten die Amerikaner eine demokratische Reform der politischen Struktur des Landes, befürchteten aber gleichzeitig das Wiedererstehen eines mächtigen Japan.

Immerhin versuchten die amerikanischen Machthaber auf dem Gebiet des Familienlebens und besonders hinsichtlich der Stellung der Frauen eine Diskrepanz zwischen ihrem Wunsch nach Demokratisierung und dem Weiterbestehen alter konservativer Tendenzen zu vermeiden.

Es bedarf keiner besonderen Heiraterlaubnis mehr: die Ehe basiert ausschließlich auf dem gegenseitigen Einverständnis der beiden Partner, und »ihr Bestehen wird durch Zusammenarbeit auf der Grundlage der Rechtsgleichheit zwischen Mann und Frau gesichert«, wie es in Artikel 24 der Verfassung heißt. Dieser gleiche Artikel legt auch fest, daß hinsichtlich der Eigentums- und Erbrechte, der Wahl des Wohnsitzes, der Scheidung und sonstiger Fragen von Ehe und Familie die Gesetzgebung im Geist der persönlichen Würde und der absoluten Gleichheit der Geschlechter zu erfolgen hat.⁷

Nachdem nun der Militarismus liquidiert, die öffentlichen Freiheiten wiederhergestellt und verschiedene altüberkommene, allzu konservative Ordnungen erschüttert waren, mußte das Werk der Demokratisierung vollendet werden, indem man Japan eine neue Regierungsform gab.

y) Die Einführung einer parlamentarischen Regierungsform

Die Ausarbeitung einer neuen Verfassung für Japan lenkte das Land endgültig auf den Weg zur Demokratie. Zum erstenmal in seiner Geschichte sah sich Japan im Besitz wirklicher politischer Einrichtungen parlamentarischer Natur, und rasch gewöhnte es sich an politische Debatten.

Drei charakteristische Züge weist die neue Verfassung auf: eine einzigartige politische Entmachtung des Kaisers, die Übernahme parlamentarischer Formen und den endgültigen Verzicht auf Kriege.

Der Kaiser hat im konstitutionellen Aufbau nur mehr einen Ehrenposten nebensächlicher Art inne. Er behält zwar noch einige traditionelle Vollmachten, die er aber »nur nach Befragung und im Einverständnis mit dem Kabinett« ausübt, so die Verkündung von Gesetzen, die Auflösung der Kammer, die Bestätigung einer allgemeinen oder teilweisen Amnestie und den Empfang von Botschaftern oder Ministern fremder Länder. Dies ist im Artikel 7 der Verfassung ausdrücklich niedergelegt. Er ernennt offiziell den Ministerpräsidenten und den Präsidenten des Obersten Gerichts, doch wird der Erstgenannte durch das Parlament und der letztere durch das Kabinett bestimmt.

Auch gibt es den Bezug auf göttliches Recht nicht mehr, was von ausschlaggebender Bedeutung ist. Artikel 1 der Verfassung sagt ausdrücklich: »Er verdankt seine Aufgaben dem Willen des Volkes, welches die höchste Gewalt darstellt.« Das Wichtigste aber für die Japaner ist, daß der Kaiser weiterhin das »Symbol des Staates und der Einheit des Volkes« darstellt, wie es ebenfalls in Artikel 1 der Verfassung gesagt wird. Er bleibt der lebendige

Ausdruck des nationalen Fortbestehens, selbst wenn das politische Geschehen sich ohne sein Zutun abspielt.

Man wollte in Japan ein parlamentarisches Regime nach englischem Muster einführen. Tatsächlich sind im Verfassungstext die beiden klassischen Einrichtungen dieser Art vorgesehen, d.h. die politische Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Parlament und das Recht zur Auflösung der Kammer.

Der parlamentarischen Tradition folgend, übernahm die neue Verfassung auch das Zweikammersystem. Der japanische Reichstag hat zwei Kammern, die Kammer der Abgeordneten und die Kammer der Räte (den Senat), die beide nach dem allgemeinen Wahlrecht gewählt werden, jedoch nach verschiedenen Modalitäten, wie sie durch das Gesetz vom 15. April 1950 vorgeschrieben sind.

Lediglich die Abgeordnetenkammer, das Unterhaus, hat mit der ministeriellen Verantwortung zu tun und kann daher aufgelöst werden. Dem Unterhaus muß zuallererst das Budget vorgelegt werden, und es hat – rein hypothetisch – das letzte Wort in gesetzgeberischer Hinsicht.

Eine grundlegende Neuerung in der Geschichte Japans ist der Verfassungsartikel, welcher den ausdrücklichen Verzicht auf Kriege zum Ausdruck bringt.

Artikel 9 der Verfassung besagt: »Mit dem aufrichtigen Wunsch nach internationalem, auf Recht und Ordnung begründetem Frieden verzichtet das japanische Volk durch das souveräne Recht des Volkes für immer auf Krieg oder Bedrohung oder auf Gewaltanwendung als Mittel zur Regelung internationaler Konflikte.« Weiterhin sieht der gleiche Artikel vor, daß »niemals Land-, See- oder Luftstreitkräfte oder anderes Kriegspotential unterhalten werden. Das Recht zur Kriegführung wird dem Staat nicht zuerkannt.«

Der Zweck dieses Artikels bedeutet nicht mehr und nicht weniger als eine Ächtung des Krieges und die militärische Neutralisierung Japans durch seine vollkommene Entwaffnung.

Einzig und allein Japan hat damit das Wagnis unternommen, ›verfassungsmäßig‹ auf sein souveränes Recht, Krieg mit eigenen Waffen zu führen, verzichtet.

Man sieht sofort, daß die Durchführung dieses Gesetzes auf Schwierigkeiten stoßen mußte. Ganz unabhängig von den unvermeidlichen Unsicherheiten in der Interpretation der in der Verfassung verwendeten Ausdrücke – wie wollte man die Grenze festlegen, von der an eine Polizei zur Landstreitmacht wird? Und wird durch eine Armee von beschränktem Umfang, die zu schwach ist, um Kampfhandlungen zu unternehmen, der Artikel 9 der Verfassung verletzt? Wie soll außerdem Japan seinen Verpflichtungen als Mitglied der UNO nachkommen, wenn es über keinerlei Militär verfügt?

Nach der Verkündung der Verfassung wurden die Japaner zur Wahl ihrer Abgeordneten aufgerufen. Die beiden Wahlen vom April 1946 und April 1947 sollten als Test dienen. Fünf große Parteien stellten für die erste Wahl im April 1946 Kandidaten auf: zwei Linksparteien, die Sozialistische und die

Kommunistische Partei, und drei Rechtsparteien, die Liberalen (die Partei der Kriegsgeschädigten), die Progreßpartei und die Kooperatisten-Partei. In Wirklichkeit tauchten die alten Parteien unter neuen Namen wieder auf, die *Seiyūkai* als Liberale und die *Minseitō* als Progreßpartei. Diese beiden Parteien, die alle beide konservativ waren, gewannen diese ersten Wahlen und erzielten 139 bzw. 94 Sitze. Als dritte große Partei erhielt die Sozialistische Partei 93 Sitze und machte damit der seit Ende des vorigen Jahrhunderts dauernden Zweiparteienherrschaft ein Ende. Die Kommunisten erreichten mit fünf Sitzen zum erstenmal in ihrer Geschichte – die Partei war 1922 ins Leben gerufen worden – eine Vertretung im Parlament, denn sie war seit ihrer Gründung als illegal erachtet worden.⁸

Aufgrund des Sieges der Liberalen hätte deren Präsident Hatoyama eigentlich die Regierung bilden müssen, doch blieb Shidehara, der Führer der Progreßpartei, Ministerpräsident. Er hatte im Oktober 1945 den Prinzen Higashikuni, den ersten Regierungschef der Nachkriegszeit, nach der Umorganisierung des Innenministeriums abgelöst. Kurze Zeit später jedoch demissionierte Shidehara. Da Hatoyama inzwischen aus der Liberalen Partei ausgeschlossen worden war, bildete deren neuer Präsident Yoshida mit der Progreßpartei eine Koalitionsregierung. Seine Regierungszeit dauerte kaum ein Jahr, denn am 31. März 1947 löste er nach Demonstrationen der Gewerkschaften und dem – übrigens verbotenen – Streik vom 1. Februar das Parlament auf. Zur gleichen Zeit benannte sich die Progreßpartei in ›Demokratische Partei‹ um, nachdem einige National-Kooperatisten zu ihr gestoßen waren.⁹

Im April 1947 erfolgten in Japan zwei Wahlen, eine für den Senat und die andere für die Abgeordnetenversammlung.

Die großen Sieger der ersten Senatswahlen waren die Sozialisten, die mit 47 Sitzen weit vor den Liberalen (38 Sitze) und den Demokraten (28 Sitze) lagen.

Die zweite Wahl zur Abgeordnetenversammlung brachte ähnliche Ergebnisse. An erster Stelle kamen die Sozialisten mit 143 Sitzen, gefolgt von den 131 Liberalen und den 121 Demokraten. Die Unzufriedenheit mit der Wirtschaftslage, die beginnende Inflation und die Agrarreform erklärten weitgehend den sozialistischen Erfolg, doch spielte auch die Zwischenstellung der Sozialisten zwischen dem gefürchteten Kommunismus und den durch das frühere Regime allzu stark kompromittierten Konservativen eine gewisse Rolle.

Da die Sozialisten die absolute Mehrheit nicht erreicht hatten, schlugen sie ein Koalitionskabinett vor; die Regierung Katayama vereinigte dann Sozialisten, Demokraten und National-Kooperatisten. Es war dies das erste und einzige Mal, daß das Nachkriegs-Japan eine Regierung unter sozialistischer Führung hatte.

Diese Regierung blieb übrigens nicht lange am Ruder – sie hielt sich nur vom 24. Mai 1947 bis zum 9. Februar 1948. Von Anfang an wurde sie von ihren konservativen Verbündeten (einem Teil der Demokraten und den National-Kooperatisten) heftig angegriffen, und selbst ein großer Teil der Sozialisten ließ sie im Stich.

Der Sturz dieser Regierung schloß eine Phase der japanischen Nachkriegsgeschichte ab, nämlich die der Entmilitarisierung und Demokratisierung. Der neue Geschichtsabschnitt brachte den Wiederaufstieg Japans dank der Konjunktur.

b) Der Wiederaufstieg Japans (1948–1952)

Unter dem Druck der Umstände, die sowohl auf die radikale Änderung der internationalen Atmosphäre als auch auf die verminderte Spannung der inneren Lage Japans zurückzuführen waren, sah sich das amerikanische Oberkommando gezwungen, seine Haltung zu ändern.

Auf internationalem Gebiet waren drei Umstände für die amerikanische Neuorientierung entscheidend: die Verschärfung des ›Kalten Krieges‹ in den Jahren 1948/1949, der kommunistische Sieg in China im Jahr 1949 und das Überschreiten des 38. Breitengrads durch die Nordkoreaner im Jahr 1950.

In den USA selbst hatten diese Ereignisse begreiflicherweise starke Rückwirkungen zur Folge. Angesichts der äußeren Gefahren war vor auszusehen, daß MacArthur alles versuchen würde, um in Asien keinesfalls eine Leere entstehen zu lassen. Also mußte Japan wieder stark werden; es sollte nicht nur den drohenden Gefahren begegnen können, sondern auch für die Amerikaner eine gewaltige Absprungbasis bilden. Deshalb mußte Japan vor allen extremistischen Versuchungen geschützt werden, gleichgültig ob diese von links oder von rechts kamen. Die dritte allgemeine Wahl im Januar 1949 ergab aber einen gefährlichen Stimmenzuwachs für die extremistischen Parteien.

Zwischen dem Sturz der Regierung Katayama am 9. Februar 1948 und der Auflösung der Kammer am 23. Dezember 1948 waren zwei Regierungen am Ruder gewesen, das Ministerium Ashida und das zweite Kabinett Yoshida.

Die Regierung unter Ashida hatte eine dem Großkapital sehr freundlich und jeglicher Volksbewegung sehr hart gegenüberstehende Politik betrieben. Auf diese Weise hatte sie sich nicht nur die Beamten Gewerkschaft, sondern auch eine Reihe von Sozialisten zu Gegnern gemacht, welche neben anderen Maßnahmen die starke Erhöhung der Eisenbahntarife keinesfalls hinnehmen wollten. Die Folge war eine Spaltung der Sozialistischen Partei durch die Gründung der Landwirtschaftlichen Arbeiterpartei. Eine ähnliche Spaltungsbewegung gab es auch bei den Demokraten, von denen einige von Anfang an gegen das Kabinett Ashida gewesen waren. Sie waren aus der Partei ausgetreten und hatten sich den Liberalen angeschlossen, um dann am 15. März 1948 die Demokratisch-Liberale Partei zu gründen.

Der in einen Finanzskandal – es ging um die Gewährung eines viel zu hohen Kredits an die Gesellschaft *Shōwa Denko* – verwickelte Ashida trat am 19. Oktober 1948 zurück. Sein Kabinett wurde durch die Minderheitsregierung Yoshida ersetzt, die aber rasch gestürzt wurde. Die Auflösung der Kammer – es war dies die zweite seit Kriegsende – war die Folge.

Bei den nun folgenden Wahlen erzielten die extremistischen Parteien erhebliche Stimmengewinne. Die Kommunisten erhielten 35 Sitze und die Demokratisch-Liberalen 264, während die Gemäßigten starke Verluste hinnehmen mußten: den Demokraten fielen nur 69 und den Sozialisten sogar nur 48 Sitze zu. Das war zweifellos ein Sieg der konservativen Rechten, zeigte aber auch ein erneutes Anwachsen der Kommunisten. Da in der Denkweise MacArthurs die äußerste Rechte, weil sie durch den verlorenen Krieg endgültig in Mißkredit geraten sei, keinerlei Gefahr mehr darstellte, glaubte er, nur gegen die Linke scharf vorgehen zu müssen. Dazu mußte er sich notgedrungen auf Leute stützen, die er gestern noch der Strafverfolgung durch die Säuberungsgerichte ausgesetzt hatte. Dieser Teufelskreis wurde durch den Ausbruch des Koreakrieges geschlossen; MacArthur und die Amerikaner machten sich nun daran, Japan wirtschaftlich wieder aufzurichten, und leiteten seine Wiederbewaffnung ein.

Man begann jetzt festzustellen, daß die Entmachtung der *zaibatsu* zwar anfangs einem gewissen Verlangen nach Recht und Demokratie Genüge getan, der japanischen Wirtschaft jedoch einen schweren Schlag dadurch versetzt hatte, daß deren ganze Struktur durcheinandergebracht und sie ihrer bewährten Leiter beraubt worden war. Wollte man also verhindern, daß Japan für die USA zu einer Belastung wurde, und zwar ausgerechnet in dem Augenblick, wo man einen sicheren Stützpunkt in Asien brauchte, so mußte man schleunigst mit allen Säuberungsmanövern aufhören und die Wirtschaft wieder ankurbeln, selbst wenn man sich dabei auf noch so stark kompromittierte Leute stützen mußte. Es war mit einemmal nicht mehr die Rede davon, daß die Japaner ihre Reparationsschulden durch Materiallieferungen begleichen sollten, da dies ihre Wirtschaft ja noch mehr geschädigt hätte. Von 1949 an machte die amerikanische Regierung offiziell Schluß mit dem Reparationsprogramm. Als wichtigste Ziele erschienen der Ausgleich des Staatshaushalts, ein gesichertes Steueraufkommen, die Entwicklung der Industrieproduktion durch Begünstigung des Zusammenschlusses von Werken, die Zuteilung von Rohstoffen und Krediten an die größten Unternehmen, die Stabilisierung der Löhne und eine wirksame Preiskontrolle.

Ein solches Programm konnte aber nur durchgeführt werden, wenn die öffentliche Meinung Japans damit einverstanden war und auf sozialer Ebene keinerlei Schwierigkeiten und Störungen auftraten. Nun war es jedoch klar, daß eine Gesundung des Haushalts allein durch Entlassungen zu verwirklichen war. Derartige Maßnahmen führten zum Anschwellen der Kommunistischen Partei bei den Wahlen vom Januar 1949. Durch ihren Wahlerfolg gestärkt, entfesselten die Kommunisten eine Agitation, die General MacArthur, dem dies ausgezeichnet in sein Konzept paßte, zu heftigen Gegenschlägen veranlaßte. Das begann damit, daß alle Angestellten im öffentlichen Dienst des Staates, soweit sie der äußersten Linken angehörten, entlassen wurden. Dann erfolgten Haussuchungen bei der kommunistischen Zeitung *Akahata* (›Rote Fahne‹), und

1950 wurde schließlich zahlreichen leitenden Persönlichkeiten der Kommunistischen Partei jede öffentliche politische Tätigkeit untersagt.

Die Niederlage der Kommunisten bei der zweiten Senatswahl im Juni 1950 und der Triumph der Anhänger Yoshidas einerseits sowie der Beginn der Kämpfe in Korea andererseits brachten eine weitere Steigerung der Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Kommunisten. So wurden im Juni sämtliche kommunistischen Veröffentlichungen verboten und die meisten der kommunistischen Führer verhaftet. Die Amerikaner verbanden sich mehr und mehr mit den konservativsten Elementen der Nachkriegszeit und brachten gleichzeitig die Wirtschaft wieder entscheidend in Gang. Nachdem sie aber einmal dabei waren, gingen die Amerikaner noch weiter, indem sie ganz einfach die Wiederbewaffnung Japans und die endgültige Festlegung des Verhältnisses des Landes zu den Vereinigten Staaten betrieben.

Der Vorschlag, fünf Jahre nach Kriegsende Japan wiederzubewaffnen, führte dazu, daß Japan sich schließlich in einer höchst angenehmen Position der Stärke befand. In vertraglichen Abmachungen konnte es seine freundschaftlichen Absichten unterstreichen und dabei zugleich Kapital aus seiner Wiederaufrüstung schlagen – was es auch reichlich tat.

Yoshida war ein kluger Politiker und untadeliger Patriot. Er begriff sehr rasch, welchen Vorteil er aus dieser günstigen Situation ziehen konnte, und verknüpfte geschickt die beiden Fragen der Aufrüstung und des Friedensvertrags, während die Amerikaner, da Japan dem Gesetz nach keine wirkliche Armee besitzen durfte, ganz einfach vorschlugen, sie würden die Verteidigung Japans mitübernehmen, indem sie dort Militärbasen beibehielten.

Das Ringen um den Friedensvertrag ließ dann die Wiederbewaffnung in den Hintergrund treten. Es bildete sich zwar eine japanische Verteidigungsstreitmacht, ohne daß deswegen heftige Demonstrationen erfolgten; die Frage des Friedensvertrags dagegen war Gegenstand heftigster Polemiken. Man stritt sich nicht über die Grundfragen des Vertrags, wohl aber über die Notwendigkeit eines zusätzlichen Sicherheitspaktes, durch den auf dem Wege über die Stationierung amerikanischer Truppen auf japanischem Boden die Besetzung des Landes – wenn auch in verringertem Umfang – aufrechterhalten würde. Die Linke opponierte heftigst gegen die Regierung Yoshida, konnte aber nicht verhindern, daß beide Verträge unterzeichnet wurden.

Der Friedensvertrag wurde am 8. September 1951 in San Franzisko durch 49 ausländische Delegationen gebilligt und unterzeichnet. Japan verzichtete auf alle Rechte auf Korea, Formosa, die Pescadores-Inseln, die Kurilen und Sachalin. Außerdem stimmte es dem Aufbau amerikanischer militärischer Schutzeinrichtungen auf den Inseln Ryūkyū, Bonin und Markus zu. Dagegen erhielt Japan die volle Souveränität über sein Land, das Recht, sich »individuell oder kollektiv« zu verteidigen, und die Zusage des Rückzugs der

amerikanischen Streitkräfte drei Monate nach Inkrafttreten des Friedensvertrages, das auf den 28. April 1952 festgesetzt wurde.

Yoshida unterzeichnete jedoch einige Stunden später einen ›Sicherheitspakt‹, der es den Amerikanern gestattete, ›zeitweise‹ ihre Streitkräfte in Japan zu belassen. Diese Armee wurde in den am 28. Februar 1952 unterzeichneten Ausführungsbestimmungen zum Sicherheitspakt als ›Sicherheitstruppe‹ bezeichnet, die innerhalb ihrer Stützpunkte Exterritorialität, volle Bewegungsfreiheit und das Recht einer eigenen Rechtsprechung besaß.¹⁰

Auf diese Art und Weise erhielt Japan mit einigen Vorbehalten seine Unabhängigkeit wieder, und zwar zu Bedingungen, die es ihm dank einem geradezu unglaublichen Glück erlaubten, innerhalb weniger Jahre einen bis dahin in seiner Geschichte noch niemals dagewesenen Aufschwung zu erleben.

II. Das unabhängige Japan oder ›Die Erfahrungen mit der Stabilität‹ (1952–1968)

Seit der Wiedererlangung seiner Unabhängigkeit sind drei grundlegende Züge für Japan charakteristisch: ein bemerkenswerter Konservatismus in der Politik, ein ganz außerordentlicher wirtschaftlicher Aufschwung und eine Außenpolitik von rigoroser Logik.

a) Die konservative Politik Japans

Die Stabilität der japanischen Wählerschaft zeigt sich in den seit über fünfzehn Jahren ständig an der Regierung bleibenden konservativen Kräften, in der ausgleichenden Rolle der Opposition und im Maßhalten der großen Gewerkschaften.

α) Die Dauerregierung der Konservativen

Von 1952 bis 1968 wurde Japan ununterbrochen von der konservativen Rechten regiert. Eine Regierung folgte der anderen, ohne daß sich die Generallinie der Politik geändert hätte. Allerdings mußte die eine oder andere Regierung unter dem Druck ihrer Gegner abdanken oder das Parlament auflösen, aber die Wähler schickten immer wieder die gleiche Mehrheit ins Parlament.

Als Ministerpräsident Yoshida nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags von San Francisco Schwierigkeiten mit seiner eigenen Partei und mit der Oppositionsgruppe Hatoyama hatte und im August 1952 die Kammer auflösen mußte, gelangte nach den Wahlen wieder eine starke konservative Mehrheit ins Parlament, nämlich 240 Liberale, zu denen noch 54 Reformisten – frühere Demokraten – und 19 Unabhängige kamen. Als dann kaum ein Jahr später das

vierte Kabinett Yoshida wegen eines Mißtrauensantrags erneut die Kammer auflöste, sprach sich die Wählerschaft, die zwischen Befürwortern und Gegnern der Wiederbewaffnung zu entscheiden hatte, erneut für eine konservative Mehrheit aus. Yoshida bildete daraufhin sein fünftes Kabinett, das sich dann wegen der Einstellung der Feindseligkeiten in Korea einer weitgehenden Wirtschaftskrise gegenüber sah. Um den Devisenschwund auszugleichen, der durch den Stopp der Lieferungen von Kriegsmaterial an Amerika erfolgte, schlug die Linke eine Wiederaufnahme der Beziehungen zu China und eine Ausbreitung in Südostasien vor. Die Amerikaner widersetzten sich einer Annäherung an China, und die Lösung der Reparationsfrage war eine Vorbedingung für die Verwirklichung des zweiten Oppositionsvorschlags.

Der treu an der amerikanischen Linie festhaltende Yoshida mußte sehen, wie sich eine Spaltung in seiner eigenen Partei vorbereitete. Nach einigen erfolglosen Versuchen einigten sich die Gruppen um Hatoyama und Kishi mit den Reformisten und bildeten eine neue Demokratische Partei unter dem Vorsitz von Hatoyama, der dann Yoshida im Dezember 1954 ablöste, um die Februarwahlen von 1955 vorzubereiten.

Diese Wahlen brachten den Sieg der Demokratischen Partei, die 185 Sitze erzielte. Da die Demokraten aber die 112 Sitze der Liberalen brauchten, um eine Majorität zu bilden, wurde ein starker Druck auf beide Parteien ausgeübt, um sie zu einem Zusammenschluß zu veranlassen. Es bedurfte jedoch des Beispiels der Sozialisten, die im Oktober 1955 ihren rechten und linken Flügel vereinigten, um die Konservativen zur Gründung der Liberaldemokratischen Partei unter dem Vorsitz von Hatoyama, Ogata, Miki und Ono zu veranlassen.

Diese beiden Zusammenschlüsse sind von grundlegender Bedeutung, denn durch sie entstand das japanische Zweiparteiensystem der Nachkriegszeit. Von nun an war und ist das politische Leben Japans von dem Kampf zwischen diesen beiden großen Parteien beherrscht, der Liberaldemokratischen und der Sozialistischen Partei. Die ersten Wahlen zur Legislative, die nach der Einführung des Zweiparteiensystems erfolgten, rechtfertigten in geradezu eklatanter Weise diese Dualität. Zwischen den beiden großen Parteien wurden alle Splitterformationen buchstäblich zerrieben. Bei den Wahlen vom Mai 1958, durch die eine Regierung Kishi vorbereitet wurde, als Nachfolgerin des Kabinetts Ishibashi, das gebildet worden war, weil Ministerpräsident Hatoyama aus Gesundheitsgründen zurückgetreten war, erhielten die Liberaldemokraten 287 Sitze, die Sozialisten 166, die Unabhängigen dagegen nur 12 Sitze und die Kommunisten lediglich 1 Sitz.¹¹

Die Senatswahlen vom Juni 1959 waren eine erneute Bestätigung dieses Zweiersystems, denn die beiden Parteien konnten 86,6% der Stimmen auf sich vereinigen. Dieser Trend verstärkte sich noch bei den Wahlen vom November 1960, die unter Ministerpräsident Ikeda, dem Nachfolger des über die Erneuerung des japanisch-amerikanischen Sicherheitspaktes gestürzten Kishi, mit 296 Sitzen einen überwältigenden Erfolg für die Liberaldemokraten brachten,

gegen nur 145 für die Sozialisten und 17 für die neue Sozialdemokratische Partei der Rechten.

Die Novemberwahlen 1963 ließen diese Verteilung der Sitze nahezu unverändert, denn die Liberaldemokraten erhielten 283 und die Sozialisten 144 Sitze.

Die letzten Wahlen vom 10. Februar 1967 brachten wieder einen Sieg für die Liberaldemokraten und festigten die Stellung des Ministerpräsidenten Sato, der im November 1964 Ikeda abgelöst hatte. Die Liberaldemokraten erhielten 277 Sitze und die Sozialisten 140 Sitze, was 57% und 28,8% der Sitze entspricht.

Das japanische Zweiparteiensystem stellt eine konservative Partei, die seit fast 20 Jahren die Regierung bildet, einer sozialistischen Partei gegenüber, die durch das gleichbleibende Verhalten der Wählerschaft in dauernder Opposition steht. Diese die herrschende Partei begünstigende Tendenz wird freilich abgeschwächt durch die inneren Zwistigkeiten der Mehrheitspartei, deren Vorsitzender gezwungen ist, sich mit den verschiedenen feindlichen Fraktionen zu verständigen. Der häufige Kabinettswechsel bestätigt diese inneren Spannungen. In dieser Hinsicht lockert der ›Funktionalismus‹ in Japan die Starrheit des Zweiparteiensystems.¹²

Die dauernden Siege der Konservativen erklären sich sowohl aus schwerwiegenden sozialen Ursachen wie auch aus den Zufälligkeiten des Wahlmechanismus selbst.

Die erstgenannten Gründe sind auf die Struktur der japanischen Gesellschaft zurückzuführen. Eine Gesellschaft, die überall auf sorgfältig abgestuften Hierarchien beruht, auf der genauen Unterscheidung zwischen Höherstehenden und Niedrigerstehenden, auf einem ganzen Netz von Protektionen und persönlichen Verpflichtungen, auf einer ununterbrochenen monarchischen Tradition, kann zwangsläufig nur instinktiv konservative Neigungen haben und für die Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung eintreten. Außerdem verstärkt die Wichtigkeit des bäuerlichen Elements in der japanischen Bevölkerung noch diese schon von Natur an vorhandene Tendenz.

Die Dauermajorität der Konservativen erklärt sich aber auch aus dem Wahlsystem. Das Persönlichkeitswahlrecht, verbunden mit einem Übergewicht der bäuerlichen Wählerschaft, begünstigt lokale Persönlichkeiten, die seit langer Zeit in ländlichen Gebieten mit einer konservativen Mehrheit ansässig sind. Andererseits erkaufen sich die Wirtschaftskreise, die ebenfalls von einer konservativen Oligarchie geleitet werden, die Stabilität dadurch, daß sie die Liberaldemokratische Partei und deren Mitglieder großzügig subventionieren.

So bestätigen die ununterbrochenen Siege der Konservativen die Festigkeit und Beständigkeit der beiden Stützen Japans, des Unternehmertums und der Bauernschaft. Der mächtige *Keidanren*, der auf Veranlassung der Besatzungsmacht gegründete Klub der Leiter der Großindustrie und der großen Manager, leistet den Liberaldemokraten nicht nur massive Finanzhilfe, er stellt ihnen auch seine besten Männer zur Verfügung und gewährt ihnen moralische

Unterstützung. Der Verein angesehener Persönlichkeiten, der in der Abgeordnetenversammlung seit Jahren die regierende Mehrheit bildet, ist in Wirklichkeit ganz einfach eine Vertretung von Großhandel und Industrie.

β) Die Oppositionsparteien

Der von der Großfinanz aufs wirksamste unterstützten Liberaldemokratischen Partei steht eine zersplitterte Opposition gegenüber. Politisch ist sie hauptsächlich auf der Linken angesiedelt, doch fragt man sich, ob die Bildung eines in Zukunft bestimmt stark anwachsenden Zentrums die japanische Politik schließlich nicht doch ändern wird.

Die zweitgrößte Partei Japans, die Sozialistische Partei, konnte seit 20 Jahren keine einzige Wahl gewinnen. Sie konnte zwar in jüngster Zeit einen aufsehenerregenden Erfolg erzielen, als der ihr angehörende Professor Minobe zum Gouverneur von Tōkyō gewählt wurde und sie ihre Vertretung auf lokaler Ebene vergrößerte; im Parlament aber scheint die Zahl der sozialistischen Abgeordneten seit einigen Jahren konstant bleiben zu wollen.

Die Anhänger der Sozialisten kommen in erster Linie aus den großen Industriezentren und sind hauptsächlich Angestellte und Beamte sowie Intellektuelle, doch litt die Partei stets an inneren Zwistigkeiten. Sie war von jeher in Links- und Rechtssozialisten gespalten, und im Jahre 1951 konnte dann ein völliger Bruch nicht mehr vermieden werden; in der Folge präsentierten sich bei mehreren Wahlen zwei sozialistische Parteien. Verschärft wurde dieses Schisma noch durch die offene Feindschaft zwischen den beiden großen Gewerkschaften, der *Sōhyō*, welche die Linkssozialisten unterstützte, und der *Zenrō*, die sich auf die Seite der Rechtssozialisten stellte. Erst 1955 fanden die Sozialisten zur Einheit zurück, doch schon 1959 verließ ein Teil der Rechtssozialisten die Partei endgültig und gründete die Sozialdemokratische Partei.

Das politische Programm der Sozialistischen Partei scheint ganz besonders auf die Erinnerung an deren »pazifistische Berufung« ausgerichtet zu sein, denn die Sozialisten verpflichten sich, daß sie, falls sie die Regierung übernehmen würden, was sie für 1970 für absolut möglich halten, den japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrag kündigen und den Rückzug aller amerikanischen Soldaten aus Japan, von Okinawa und den Bonin-Inseln fordern werden. Sie sind auch ausgesprochene Befürworter von Nichtangriffspakten eines neutralisierten Japan mit Peking und Moskau sowie einer der Verfassung entsprechenden Umwandlung der Verteidigungskräfte in ein Korps zur Vorbereitung und Entwicklung der nationalen Hilfsquellen und Mittel.

Auf wirtschaftlichem Gebiet fordert die Sozialistische Partei die Nationalisierung bestimmter Bereiche, besonders der Banken, Versicherungen, der Elektrizitätsgesellschaften und der Luftfahrtgesellschaften. Stahlherstellung, Dünger- und Zuckerfabrikation sollen nach diesem Programm lediglich unter

Staatskontrolle gestellt werden, während die jeweiligen Besitzer ihre vollen Rechte behalten sollen.

Auf innenpolitischem Sektor wird der Akzent hauptsächlich auf die Rückkehr zu einer normal funktionierenden Demokratie gelegt. Die Sozialistische Partei schlägt auch vor, das Wahlalter auf 18 Jahre festzusetzen, außerdem will sie die Korruption in der Politik systematisch unterbinden und häufiger die Kammer auflösen.

Sieht man das Programm der Sozialisten genauer an, so merkt man, daß – abgesehen von einigen Forderungen auf wirtschaftlichem Gebiet – nichts Grundlegendes sie von den Liberaldemokraten unterscheidet. Die einen wie die anderen haben eigentlich die gleiche Weltanschauung. Die Sozialisten sind immer weniger revolutionär – sofern sie es überhaupt jemals waren –, und die Konservativen sind durchaus nicht gegen eine größere soziale Gerechtigkeit.

Übrigens spielt die Sozialistische Partei im politischen Leben Japans die Rolle eines machtvollen Stabilisators, und dies ist wohl einer der wichtigsten Punkte; sie ist das Haupthindernis einer Rückkehr des reaktionären Konservatismus an die Macht. Dieser hat nie ein Geheimnis daraus gemacht, daß er eine weniger liberale Verfassung einführen und den Kaiser, wenn auch nicht in seine alten Vorrechteiedereinsetzen, so doch politisch erheblich aufwerten möchte. Außerdem wollen diese Ultrakonservativen den Artikel 9 der Verfassung streichen, der die Wiederbewaffnung untersagt. Um eine Verfassungsrevision durchzubringen, bedarf es aber der Zweidrittelmehrheit im Parlament, deren Zustandekommen die zahlenmäßig große sozialistische Fraktion zusammen mit einigen Kommunisten und Unabhängigen stets verhindern konnte. In gewisser Hinsicht finden die Liberaldemokraten diesen Zustand ganz befriedigend, denn sie können so ohne jedes Risiko eine für sie recht lohnende Demagogie betreiben.

Die Lage der Kommunistischen Partei ist völlig anderer Art. Seit 1945, als ihre Führer aus Moskau zurückkehrten und die während des Krieges in Japan internierten Parteimitglieder wieder auf freien Fuß gesetzt wurden, fand diese Partei Sympathien und Anhänger unter der Arbeiterschaft. Bei den Wahlen vom Januar 1949 erhielt sie 2984780 Stimmen, d.h. 9,8% aller abgegebenen Stimmen. Sie erschien daher als eine Macht, mit der man rechnen mußte. Allerdings stießen die Kommunisten auch auf eine gewisse Zurückhaltung der Bauernschaft und der Kleinbürger. Um dann ihre Dynamik zu zeigen, riefen sie, als der Augenblick günstig erschien, Streiks aus und führten Sabotageakte durch, was die schon erwähnte heftige Reaktion MacArthurs zur Folge hatte. Das hinderte die Partei jedoch nicht, am 1. Mai 1952 eine Riesendemonstration zu veranstalten. Diese Politik erwies sich aber nicht als vorteilhaft und klug: die Partei verlor bei den Septemberwahlen 1952 zwei Drittel ihrer Stimmen, und keiner ihrer Kandidaten wurde gewählt. Die Kommunisten setzten ihre Agitation trotzdem fort, spionierten bei den amerikanischen Militärstützpunkten und führten dort auch Attentate aus. Das brachte ihnen zwar bei den

Aprilwahlen 1953 einen Sitz in der Kammer, aber gleichzeitig den Verlust von 250000 Stimmen ein.

Zwischen Juli 1953 und Juli 1954 begann dann eine Wende in der Politik der Kommunistischen Partei. Im Fahrwasser der durch den Waffenstillstand in Korea und durch die Konferenz von Genf eingeleiteten Politik der ›friedlichen Koexistenz‹ fand die Partei zur Legalität zurück und beschränkte sich auf Forderungen, die auch von der übrigen Opposition vertreten wurden, wie die Kündigung des japanisch-amerikanischen Sicherheitspaktes, die Einhaltung der Verfassung und die Wiederaufnahme der Verbindung zu den kommunistischen Staaten. 1955 erlangte die Partei dann zwei Sitze im Parlament gegenüber vorher einem Sitz. Von da an wurden ihre Erfolge immer sichtbarer; 1963 erhielt sie fünf Sitze und 4% der Stimmen, und 1965 erzielte sie dann sogar 7%.

In der Zwischenzeit, im Dezember 1964, erfolgte eine grundlegende Wendung in der Haltung der Kommunistischen Partei Japans durch den Bruch mit Moskau und den Anschluß an die Volksrepublik China. Zu dieser Zeit hatte die Partei mehr als 100000 eingeschriebene Mitglieder, und die Parteizeitung *Akahata* hatte eine Auflage von 200000 Exemplaren. Diese Annäherung an China war aber nur recht kurzlebig, denn kaum 18 Monate nach ihrem Neunten Parteikongreß stellten die japanischen Kommunisten ihre Distanz zur KPCh wieder her; doch erst auf dem Zehnten Parteikongreß Ende Oktober 1966 billigte die Kommunistische Partei Japans offiziell eine von Peking unabhängige Linie. Damals hatte die Partei 300000 Mitglieder.

So wie die Anwesenheit der Sozialisten im Parlament die Rückkehr eines Ultrakonservatismus verhinderte, bremste das starke Anwachsen der Kommunistischen Partei Japans eine zu starke Angleichung an die Vereinigten Staaten.

Neben den beiden Linksparteien scheint nach der Meinung verschiedener Sachverständiger um die Sozialdemokraten und um eine im Kommen befindliche neue Partei, den *Kōmeitō*, sich ein ›Zentrum‹ zu bilden. Die Wahlen von 1967 brachten diesen beiden Bewegungen 30 bzw. 25 Sitze ein, was einem Satz von 6,2% und 5,1% entspricht. Besonders bemerkenswert ist, daß der *Kōmeitō*, der bisher im Parlament überhaupt nicht vertreten war, auf einen Schlag gleich 25 Sitze erobern konnte.

Es ist immer schwierig, eine Partei politisch festzulegen. Für die einen ist die *Sokagakkai*, deren politische Ausdrucksform der *Kōmeitō* ist, eine religiöse Gruppe, die ihren großen Erfolg einer ultranationalistischen Mystik verdankt. Andere sind der Auffassung, es handle sich dabei um eine gemäßigte Gruppe, deren Kraft aus der Einfachheit ihrer Doktrin und ihrer guten Organisation herrühre.¹³

Tatsächlich erlebt man in Japan mit der Entwicklung dieser Partei die überraschende Erscheinung des Eintritts einer religiösen Gruppe in die Politik. Das Glaubensbekenntnis der *Sokagakkai* ist eine Mischung von Religion, Patriotismus und Politik. Es handelt sich dabei nicht um eine neue Religion,

denn ihre Doktrin stammt direkt von Nichiren (1222–1282; vgl. Fischer Weltgeschichte Bd. 20, S. 101), doch ist ihr offen erklärtes Ziel die Verbreitung ihres Evangeliums über die ganze Welt. Die neue Zivilisation, die ihre Anhänger einführen wollen, soll eine harmonische Mischung von Spiritualismus und Materialismus, von Kapitalismus und Sozialismus sein. Auch verkünden sie ein Suchen nach Reinheit, was dem Temperament der Japaner sehr entgegenkommt. Kurz gesagt, die *Sokagakkai* hat eine alte Religion den Bedürfnissen, Wünschen und Hoffnungen einer militärisch besiegten Nation angepaßt, die direkt nach dem Krieg in Armut dahinlebte, die nicht wußte, wie die Zukunft aussehen würde, und die außerdem für alle leichten Vergnügungen anfällig war. Hierin liegt – neben einem beeindruckenden religiösen Zentrum, das den Gläubigen das Bild von Stärke gibt, neben der Einfachheit des Programms und neben einem gewissen Optimismus – der Schlüssel zu ihrem Erfolg.

Die Methoden, die die *Sokagakkai* zur Gewinnung von Anhängern anwendet, sowie die Denkart ihrer Anführer, die Haß gegen die privilegierten Klassen und die traditionellen demokratischen Organisationen predigen und aus ihrer Antipathie gegen die Intellektuellen keinerlei Hehl machen, ihre Intoleranz und ihr Fanatismus, ihr Hauptziel schließlich, Nichirens Lehre als Staatsreligion einzuführen und ihren Tempel zum anerkannten religiösen Zentrum Japans zu machen, lassen Schlimmes ahnen, wenn diese Partei im politischen Leben einmal eine Rolle spielen sollte.

In ihrem politischen Programm scheint die *Sokagakkai* in der Mitte zwischen den Konservativen und den Sozialisten zu liegen, was die Partei eher dem Zentrum als einem der beiden Extreme zugehörig erscheinen lassen würde. Das Programm nähert sich in erstaunlicher Weise dem der Sozialdemokraten, und gerade zum Nachteil dieser Partei erzielte der *Kōmeitō* seine Haupterfolge. Die Fortschritte der Sekte an den Universitäten beunruhigen aber auch die verschiedenen Fraktionen des *Zengakuren*, der marxistisch orientierten Allgemeinen Studentenvereinigung, die nicht weiß, welche Politik sie einschlagen soll, um dieser Bedrohung zu begegnen. Wie sämtliche Oppositionsparteien fordert der *Kōmeitō* die Aufrechterhaltung des Artikels 9 der Verfassung und ist damit für eine dauernde Entwaffnung Japans und ist gegen die Ratifizierung des japanisch-amerikanischen Sicherheitspaktes. Heftigst kritisiert der *Kōmeitō* die allzu große Abhängigkeit Japans von den Vereinigten Staaten und fordert eine Annäherung an China, was aber durchaus nicht bedeutet, daß er zum Marxismus neigt.

Durch die unbestimmte Furcht, die man vor ihm hat, durch seinen überraschenden Aufstieg (drei Sitze im Senat im Jahre 1956 mit einer Million Stimmen, sechs Sitze und drei Millionen Stimmen 1959, 20 Sitze im Januar 1966 – und 25 Sitze im Abgeordnetenhaus nach den Wahlen von 1967), aber auch durch die Betonung der ›Reinheit‹ spielt der *Kōmeitō* ebenfalls die Rolle eines Stabilisators in der japanischen Politik, denn er hindert die Wahlkorruption daran, sich noch mehr auszubreiten, und gibt allen Unzufriedenen, die von den

traditionellen Parteien genug haben, die Möglichkeit, auf legalem Weg zu protestieren.

Bei den Oppositionsparteien sind auch noch die zahlreichen rechtsextremen Grüppchen zu erwähnen, die es ja in der japanischen Politik immer gab. Nach dem verlorenen Krieg waren sie völlig in Mißkredit geraten, würden aber sofort wieder auftauchen, wenn Japan einen energischen Kampf gegen den Kommunismus aufnehmen würde oder eine Wirtschaftskrise dort verheerende Auswirkungen zeitigen würde. Immerhin bringen sich diese Grüppchen von Zeit zu Zeit durch eine Politik der Gewaltakte und Attentate in Erinnerung, die man in Japan schon zu vergessen anfang. Derartige Manifestationen finden allerdings kein großes Echo und stören den Ablauf der Politik nicht allzusehr, die ja auch durch gewagte Initiativen der Gewerkschaften keineswegs beunruhigt wird.

y) Die Gewerkschaftszentralen

Der Charakter des japanischen Gewerkschaftswesens und sein gegenwärtiger Stand entsprechen weitgehend den Grundbedingungen des Lebens in diesem Land. Im Westen war die Industrielle Revolution von der Bildung der Arbeiterklasse begleitet. Im Gegensatz dazu erfolgte in Japan die Industrialisierung im Rahmen der traditionellen Gesellschaft. Wo ein Proletariat sich bildete, suchten dessen Angehörige sich in die bestehenden kulturellen Klassen zu integrieren und versuchten nicht, diese umzugestalten. Die Herrschaft des Militärs, der Regierungsbükratie und der *zaibatsu* wurde durch eine komplizierte Kombination ersetzt, in der die leitenden Stäbe der Industrie, die parlamentarische Regierung und die organisierten Arbeiter zusammenwirkten.

Gegenwärtig bestehen zwei große Gewerkschaften, die *Sōhyō* und die *Dōmei*.

Die *Sōhyō* wird vom linken Flügel der Sozialistischen Partei unterstützt und zählt gegenwärtig fast fünf Millionen Mitglieder, während die *Dōmei* zwei Millionen hat. Die Mitglieder der *Sōhyō* gehören in erster Linie den verschiedenen Zweigen des öffentlichen Dienstes (Erziehungswesen, Staatsbahnen, Post- und Fernmeldewesen) an, kommen aber auch aus der Metallarbeiterschaft. Die *Dōmei* hat ihre Mitglieder hauptsächlich in der Textilindustrie, der Stromversorgung, der chemischen Industrie und im Bergbau.

Es wäre ein grundlegender Irrtum, würde man die Tätigkeit der japanischen Gewerkschaftszentralen mit jener der westlichen großen Gewerkschaften vergleichen. Durch die Struktur japanischer Unternehmen, wo das Personal auf Lebenszeit eingestellt wird, wo sich ein von den Direktoren gerne gesehener Firmengeist entwickelt, der sich mit gewissen gewerkschaftlichen Formen und Bestrebungen nicht vereinbaren läßt, wo alle persönlichen Angelegenheiten innerhalb der Firma besprochen werden, muß die japanische Gewerkschaft vollkommen andere Formen haben als westliche Gewerkschaften. Die Solidarität

verläuft eher vertikal als horizontal, und mehr als ein Arbeiter denkt, daß es so besser ist.

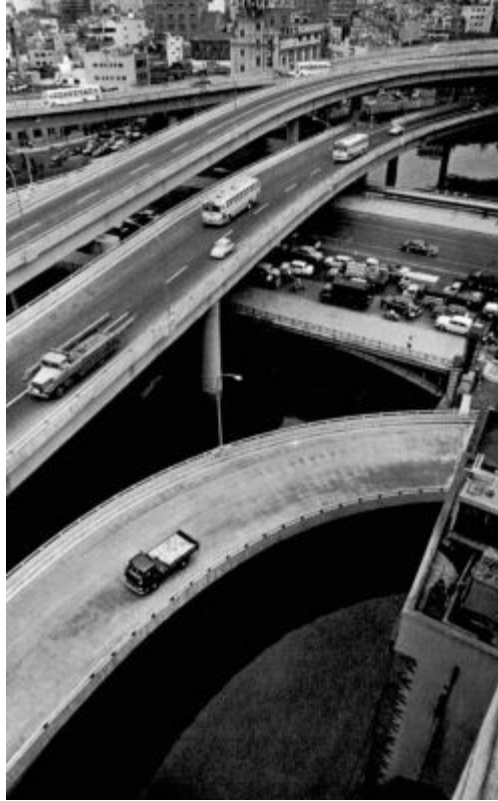
Das japanische Gewerkschaftswesen ist also in einen paternalistischen Rahmen ›inkorporiert‹. Dadurch erklärt sich auch die Seltenheit von Streiks und gleichzeitig die in ihrer Gesamtheit geringe Wirksamkeit gewerkschaftlicher Tätigkeit in Japan.

Zu erwähnen sind neben den beiden großen Gewerkschaftsorganisationen der neutrale Verband *Churitsu-Rōren*, eine kommunistische Organisation *Shin-Sanbetsu*, die aber von zahlenmäßig geringem Einfluß ist, und ganz besonders die ungestüme Studentenvereinigung *Zengakuren*. Konnte diese Vereinigung nach dem Krieg mit einigem Erfolg behaupten, sie vertrete eine politisch heimatlose Jugend, die nach einem Ideal und einer Betätigung suche, so setzt sie sich heute nur mehr aus einem Häuflein extremistischer Studenten zusammen; deren Kameraden haben sich inzwischen einem gemäßigteren Sozialismus oder der von der *Sokagakkai* versprochenen ›reinen‹ Zukunft zugewendet.

Diese relative Apathie der japanischen Gewerkschaften und ihre offene Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern zum Nutzen und Gedeihen der Firmen und damit ganz Japans haben die außerordentliche wirtschaftliche Expansion des Landes wesentlich erleichtert.

b) Der wirtschaftliche Aufstieg Japans

Der wirtschaftliche Aufstieg Japans ist einfach verblüffend. Im Verlauf von zehn Jahren hat sich das Volkseinkommen verdreifacht, während im gleichen Zeitraum die Industrieproduktion und die Förderleistung ebenfalls verdreifacht wurden. So stellte z.B. die Eisenindustrie im Jahre 1956 10 Millionen Tonnen Stahl her gegenüber 47 Millionen Tonnen im Jahre 1966. Die herkömmlichen Produktionszweige, wie die Landwirtschaft und die traditionellen Industrien, die 1955 noch 25% des Volkseinkommens ausmachten, stellen heute nur mehr 10% davon dar. Die modernsten Zweige, also alle, die sich der fortschrittlichsten Techniken bedienen, liefern heute 40% des Volkseinkommens gegenüber 30% vor zehn Jahren.



© Abb. 20: Ausschnitt aus dem Straßennetz in der Innenstadt von Tōkyō

Will man die Weltrangstellung Japans ermitteln, so genügen einige Beispiele, um zu sehen, auf welchem Niveau sich dessen Wirtschaft derzeit befindet.

Japan steht an erster Stelle in der Welt im Schiffbau und in der Herstellung von Kunstseide und von Transistoren. An zweiter Stelle steht es in der Herstellung von Äthylen, Fernsehempfängern und vor allem – gleich hinter den USA – in der Fabrikation von elektronischen Rechenmaschinen. An dritter Stelle der Weltproduktion liegt es in der Stahlherstellung, der Autoindustrie, die 1956 mit 100000 Wagen im Jahr begann, 1966 auf 2286000 Automobile kam und gegenwärtig jährlich 1700000 Autos herstellt, ferner in der Zementproduktion, der Papierfabrikation und auf dem Gebiet der Öltraffinerie, wo 75 Millionen Bruttotonnen im Jahr verarbeitet werden.

Diese aufsehenerregenden Erfolge sind wohl in erster Linie auf eine bemerkenswerte Bevölkerungspolitik zurückzuführen. Die Übervölkerung, die durch eine strenge, individuelle Erziehung und die allgemeine Geburtenregelung reguliert wurde, ist gleichzeitig ein Ansporn zur und ein Faktor der wirtschaftlichen Expansion. Das Problem, auf das Japan seine Hauptenergie verwendet, ist die Beschaffung von Arbeit in der Produktion und im Handel für eine steigende Bevölkerungszahl. Japan hat besonderen Gewinn aus einer Verschiebung der arbeitenden Bevölkerung von den Sektoren mit

schwacher Produktion, wie der Landwirtschaft, weg und hin zu den Zentren der großen, modernen Fabriken mit hoher Produktionsziffer gezogen.

Gegenwärtig ist Japan durch den Bevölkerungsdruck überhaupt nicht mehr beunruhigt, sondern man sieht schon einen Mangel an Arbeitskräften auf sich zukommen und greift daher immer stärker auf weibliche Arbeitskräfte zurück, treibt die Mechanisierung und Automatisierung mehr und mehr voran und führt Kapital nach den verschiedensten asiatischen Ländern aus, um dort Firmen zu gründen, in denen die japanische Großindustrie einen Teil ihrer Produktion herstellen kann.

Der zweite Grund ist die einzigartige Führungsweise der großen Firmen. Diese werden von einem Stab von Ingenieuren geleitet, die besonders genau ausgesucht werden und die man entweder durch große materielle Vorteile oder durch Heirat oder Adoption an das Werk bindet. Jede Firma ist bemüht, sich aus dem Ausland die besten Herstellungsmethoden zu beschaffen und diese dann laufend zu verbessern, um zu einem optimalen Ergebnis zu gelangen. Parallel dazu entwickelt Japan die Grundlagenforschung, vor allem in der chemischen Industrie, dem Elektrobau, in der Elektronik und im Fernmeldewesen via Satelliten. Schätzungsweise ist die Anwendung japanischer Patente im Ausland in den letzten fünf Jahren um 500% gestiegen.

Japan hat auch seine Investitionen bis zum Äußersten ausgedehnt. Die Investitionsquote beträgt die hohe Ziffer von 33% des Brutto-Volkseinkommens seit zehn Jahren (gegenüber 21% in Frankreich und 17% in den Vereinigten Staaten). Eine derartig hohe Quote erklärt sich daraus, daß Japan für sein Heer, die Luftwaffe und Marine nur 1% des Brutto-Volkseinkommens aufwendet und so die nötigen Mittel für produktive Investitionen verwenden kann. Dem kommt auch die natürliche, angeborene Sparsamkeit der Japaner zustatten, die beispielsweise 30% des Familienbudgets als Spargroschen anlegen, und außerdem das unerschütterliche Vertrauen der japanischen Industriellen in die wirtschaftliche Expansion, das sie dazu treibt, ständig neu zu investieren. Dadurch findet Japan stets die nötigen Kapitalien im eigenen Land und ist damit nicht zu sehr vom Ausland abhängig. Sicher legt das Ausland ebenfalls Geld in Japan an, doch gelingt es den Japanern meistens, die Kapitalien auf den Banken festzuhalten. Es sind die Banken, die den Unternehmern kurz- oder mittelfristige Darlehen geben, und nicht etwa Ausländer, die durch Teilhaberschaft die Firmen kontrollieren würden.

So ist es interessant zu wissen, daß trotz der langen amerikanischen Besetzung und einer heute noch sehr engen Verbindung mit den Vereinigten Staaten sowie einer ziemlich starken geldmäßigen Abhängigkeit nur 2% des Industriekapitals sich in amerikanischer Hand befinden.

Das ganze wirtschaftliche Gleichgewicht Japans beruht jedoch auf der unbedingten Notwendigkeit, jedes Jahr mehr zu exportieren, um ein Gegengewicht für die unvermeidlichen Importe zu schaffen. Aus diesem Grund hat auch das Problem der Exportpreise für Japan eine so ungeheure Bedeutung.

Um die reichen westlichen Märkte zu erobern, müssen die Herstellungspreise unter allen Umständen gesenkt werden. Unter diesem Gesichtswinkel ist die Entwicklung des Innenhandels für Japan ebenso bedeutsam wie der Außenhandel, denn durch sie kann die Produktion gesteigert und damit das Niveau der Herstellungskosten herabgeschraubt werden.

c) Die Stabilität der japanischen Außenpolitik

Die japanische Niederlage von 1945 und die Einführung des grundsätzlichen Verzichts auf Krieg und des Prinzips der Entwaffnung durch die neue Verfassung haben die japanische Außenpolitik von Grund auf verändert. Es scheint keinerlei Verbindung mehr zu bestehen zwischen der gegenwärtigen, durchaus pazifistischen Politik des *Gaimushō*, des japanischen Außenministeriums, und dem japanischen Imperialismus der Vorkriegszeit. Betrachtet man die Dinge genauer, so merkt man rasch, daß lediglich die Mittel und die Bezeichnung des Objekts geändert wurden, nicht aber der Grundgedanke der Politik. Sicher ist der Krieg geächtet und sind die Japaner von militärischen Abenteuern geheilt, doch ist ihr Imperialismus alles andere als tot, sondern er wurde nur von der Politik in die Wirtschaft verlagert. Die berühmte ›Sphäre der Co- Prosperität‹ der Militärs scheint durch eine ›Sphäre des pazifischen Asien‹ ersetzt zu sein, deren wirtschaftliches Interesse auf der Hand liegt. Japan, die industrielle Werkstatt Asiens, braucht Rohstoffe und Waren, die ihm dieser Kontinent liefern kann, welcher davon zugleich am besten profitieren würde. Dies erklärt auch die Initiative, die Japan ergriff, als es im April 1966 eine ›Konferenz zur Entwicklung Südostasiens‹ nach Tōkyō einberief. Japan wollte damit eine kollektive Wirtschaftsorganisation ins Leben rufen, damit Südostasien seinen Zusammenschluß gegenüber China beschleunige. Es hat beschlossen, 1% seines Brutto-Volkseinkommens, d.h. 870 Millionen Dollar, als Wirtschaftshilfe nach dem Ausland zu vergeben, was das Doppelte der derzeitigen Summe darstellt. Nach 20 Jahren versucht demnach Japan, in Südostasien wieder Fuß zu fassen. Da es aber vermutet, in diesem Gebiet nur im Schatten der Vereinigten Staaten vorwärtskommen zu können, bemüht es sich gegenwärtig, Deckung von weniger eng an den amerikanischen Riesen gebundenen Nationen zu erhalten. Am 24. November 1966 wurde in Tōkyō eine ›Bank für die Entwicklung Asiens‹ eröffnet. Das Grundkapital betrug 955 Millionen Dollar, von denen als Hauptaktionäre Japan und die USA jeder 200 Millionen zeichneten. Vorher war (1964) schon die ›Japanische Agentur für technische Zusammenarbeit in Übersee‹ gegründet worden mit der Aufgabe, in Japan Ausbildungslehrgänge und Seminarien für Ausländer zu schaffen, ferner japanische Ausrüstungen für die daran interessierten Länder zu besorgen und die Möglichkeiten für die Bildung technischer Zentren in Entwicklungsländern zu untersuchen.

Japan ist schließlich auch an zahlreichen Projekten in den südostasiatischen Ländern beteiligt, besonders in Indonesien, in Südvietnam und in Thailand, wo

der japanische Stand auf der Internationalen Messe von Bangkok im Dezember 1966 ganz besondere Beachtung fand.



© Abb. 21: Tōkyō 1965: Blick auf den Komazawa Olympia-Park. Links das Fußballstadion, rechts das Gymnastikzentrum, im Vordergrund der Olympische Turm

Zwischen Amerikanern und Japanern bestehen drei hauptsächliche Reibungspunkte. Da sind zuallererst die territorialen Probleme: die Amerikaner halten die Ryūkyū-Inseln besetzt, besonders Okinawa, das als Nuklearbasis für die strategische Planung der USA von grundlegender Bedeutung ist. Die Japaner fordern unentwegt diese von ihnen als integraler Bestandteil des Japanischen Reiches betrachtete Insel zurück, aber die Amerikaner scheinen einer Rückerstattung nur dann zustimmen zu wollen, wenn sie ihre Atombasis dort beibehalten können. Dies aber wirft ein zweites Problem auf, das des Besitzes von Atomwaffen. Sicher ist die Mehrheit der Japaner gegen die Abschaffung des Artikels 9 der Verfassung und damit auch gegen eine eigene Atomstreitmacht. Da sie die einzigen Opfer der Atombombe waren und daher begreiflicherweise in dieser Hinsicht sehr empfindlich sind, wollen sie aber darüber hinaus auch unter keinen Umständen, daß ihre Häfen als Atomstützpunkte oder Versorgungsstellen für Flugzeugträger und ihre Flugplätze den Bombern des *Strategie Air Command* dienen sollen. Die einzigen Demonstrationen, die in

wirkliche Volksaufstände ausarteten, erfolgten, um gegen den Besuch von US-Atomschiffen in Japan zu protestieren.

Der dritte strittige Punkt ist natürlich der Krieg in Vietnam. Selbstverständlich profitiert Japan von diesem Krieg, genau wie es am Koreakrieg verdient hat. Es verkauft an das amerikanische Expeditionskorps Zement, Stahl, Benzin und Munition, aber der Pazifismus der Japaner verpflichtet sie, energisch gegen die Weiterentwicklung der Feindseligkeiten in diesem Land Stellung zu nehmen.

Außerdem befürchtet Japan, daß durch eine Verschärfung der Lage in Vietnam seine Beziehungen zu China gestört werden könnten, denn schon der Besuch des Ministerpräsidenten Sato in Saigon und Formosa hatte starke Verstimmung in China zur Folge. Und vor nicht langer Zeit hatte China Japan vorgeworfen, es diene den Amerikanern als Sprungbrett für ihre Angriffe auf Vietnam. In wirtschaftlicher Hinsicht ist aber China ein Hauptabsatzmarkt für Japan. China ist nicht nur der große Nachbar, dessen Kultur man übernommen hat, sondern bietet auch einen riesigen Markt und damit eine geradezu schwindelerregende Hoffnung für die in voller Entwicklung befindliche Wirtschaft Japans. In China leben 700 Millionen Menschen, die versorgt werden müssen, und Japan ist die dritte Industriemacht der Welt!

Unter all diesen Umständen versteht man, daß die Japaner sehr darauf aus sind, ihre Bemühungen um ein gutes Verhältnis zu China unter keinen Umständen stören zu lassen. Gegenwärtig ist China zwar der viertgrößte Kunde Japans, doch nimmt es nur den zehnten Teil der japanischen Lieferungen an die USA ab. Japan versucht nun seinen Warenaustausch mit China langsam zu steigern, ohne dadurch von Formosa abgeschnitten zu werden, mit dem es eine koloniale Vergangenheit verbindet.

Was die Beziehungen Japans zu der UdSSR anbelangt, so muß man feststellen, daß sich diese einigermaßen normalisiert haben, ohne daß man sie schon als absolut normal ansprechen könnte. Die beiden Länder unterhalten zwar gegenseitig Botschaften, doch besteht noch kein Friedensvertrag. Das Problem der Kurilen bildet nach wie vor ein entscheidendes Hindernis. Sowjetpremier Kossygin hat Anfang 1968 öffentlich jeden Anspruch Japans auf die Kurilen und Sachalin zurückgewiesen, da in den Verträgen von Jalta und Potsdam festgelegt worden sei, daß diese Gebiete zur Sowjetunion gehören. Die Japaner behaupten aber auch weiterhin, diese Beschlüsse seien wertlos, da Japan zu diesen Verhandlungen nicht hinzugezogen worden sei, und außerdem habe die Erklärung von San Franzisko, durch die Japan im Jahre 1951 seine Ansprüche auf diese Inseln aufgab, für die UdSSR keinerlei Gültigkeit, da diese ja die Unterschrift unter dieses Dokument verweigert habe.

Nichtsdestoweniger unterzeichneten Japan und die Sowjetunion im Juli 1966 ein Konsularabkommen, das erste dieser Art, das Japan mit einem kommunistischen Land geschlossen hat.

Eine Luftfahrtlinie Tōkyō-Moskau wurde übrigens bereits eröffnet. Vor allem bietet der sowjetische Teil des Fernen Ostens weitreichende Perspektiven für den

Ausbau der Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Die gemeinsame Ausbeutung der sibirischen Bodenschätze enthielte bedeutende Möglichkeiten; dieses an Rohstoffen so überreiche Gebiet interessiert Japan in erster Linie, denn dieses könnte der UdSSR die zur Erschließung nötigen Ausrüstungen liefern. Im März 1967 wurde ein russisch-japanischer Kooperationsvertrag unterzeichnet, der erhebliche Investitionen vorsieht, besonders für den Bau einer Pipeline und für den Abbau von Kupferminen.



© Abb. 22: Eins der hervorstechendsten olympischen Bauwerke in Tōkyō: das Schwimmbad

So versucht Japan, indem es gute Beziehungen zu den drei wichtigsten Großmächten unterhält und dabei eine fein ausgeklügelte Schaukelpolitik betreibt, als einzige große Industriemacht von morgen dazustehen, die in keinerlei ideologische Streitigkeiten verwickelt ist und auf diese Weise die Möglichkeit hat, eine Hauptrolle bei der Erhaltung des Gleichgewichts in der Welt zu spielen.

III. Die Teilung Koreas

Die exponierte Lage der koreanischen Halbinsel zwischen den drei wichtigsten Staaten des Fernen Ostens, zwischen Japan, China und der Sowjetunion, ist entscheidend für ihr Schicksal. Seit Ende des Zweiten Weltkriegs wird dadurch

die Vereinigung des Landes verhindert, und Korea wurde zu einem der Hauptgebiete des Kalten Krieges.

Im Unterschied zu den ehemaligen europäischen Kolonien Südostasiens, die von Japan befreit worden waren, riskierte Korea keinerlei Wiederbesetzung durch seinen ehemaligen Herrn. Es wurde also nicht etwa wiederbesetzt, sondern einfach besetzt und geteilt, und zwar durch die Sowjets und die Amerikaner, die inzwischen zu Gegnern gewordenen gemeinsamen Sieger.

Nördlich des 38. Breitengrades bemühten sich die Sowjets um die Schaffung eines Satellitenstaates, indem sie die Kommunisten an die Macht brachten. Die Volksrepublik Nordkorea mit der Hauptstadt P'yongyang wurde offiziell am 9. September 1948 gegründet. Zu diesem Zeitpunkt war es noch keinen Monat her, daß der alte Nationalist Syngman Rhee in Seoul Präsident der Republik Südkorea geworden war (15. August 1948), was das Ende der Militärregierung der amerikanischen Besatzer bedeutete, die sich unschlüssiger und zurückhaltender benommen hatten als ihre sowjetischen Gegner. Die Militärregierung hatte sich zwar im September 1945 geweigert, die mit Unterstützung des japanischen Generalgouverneurs überstürzt eingesetzte Regierung anzuerkennen, aber sonst trat sie kaum in Erscheinung. Die Amerikaner hatten, wenn sie auch dafür zunächst wenig Vorbereitungen getroffen hatten, von Anfang an die Absicht, den Koreanern die Selbstbestimmung zu gewähren, während Stalin, dessen Intransigenz jede Möglichkeit einer Einigung Koreas vereitelte, die Kontrolle über die Hälfte des Landes – oder, wenn möglich, noch mehr als die Hälfte – zum Ziel hatte.

Nordkorea ist weniger stark bevölkert als Südkorea, doch verfügt es über Bergwerke und Energiequellen, besonders über Wasserkraftwerke, die denen des Südens bei weitem überlegen sind. Seine Industrialisierung und die aus der Sowjetunion stammende Bewaffnung machten es zum stärkeren der beiden Staaten, als seine Soldaten am 25. Juni 1950 in Südkorea einfielen, was einen dreijährigen Krieg zur Folge hatte. Dieser Angriff wurde vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sofort verurteilt: die UdSSR, die selbstverständlich weder dem Entschluß zum Angriff noch seiner Vorbereitung fernstand, konnte diesem Urteil kein Veto entgegensetzen, da sie den Sicherheitsrat wegen der Anwesenheit Nationalchinas seit sechs Monaten boykottiert hatte. Als Teilnehmer der von der UNO beschlossenen Kollektivintervention unterstützten die Amerikaner die Südkoreaner und stellten das Gros der Interventionstruppen unter dem Befehl des Generals MacArthur.

Die Südkoreaner waren von dem Angriff überrascht und in die Südostecke der Halbinsel zurückgetrieben worden, doch brachte ein kühnes Landungsmanöver MacArthurs im September 1950 die Wiedereroberung von Seoul und den Rückzug der Eindringlinge. Die Kontingente der UNO überschritten im Oktober den 38. Breitengrad, um mit Gewalt die Wiedervereinigung Koreas herbeizuführen, doch hatte das die sofortige Intervention der Volksrepublik China zur Folge.

Die Chinesen schlugen die Amerikaner und Südkoreaner bis hinter die Linie des 38. Breitengrades und bis südlich von Seoul zurück und nahmen die Stadt wieder ein. Dann, nach der Ankunft neuer amerikanischer Verstärkungen, wechselte die Stadt abermals den Besitzer, und die Front stabilisierte sich seit Frühjahr 1951 in der Gegend des 38. Breitengrades.

Die Chinesen hatten damit wenigstens Nordkorea gerettet und so einen Pufferstaat für ihre eigenen Grenzen aufrechterhalten. MacArthur, der die Offensive weiter nach Norden fortsetzen wollte, wurde im April 1951 von Truman abberufen, denn dieser war sich über die Zurückhaltung seiner Alliierten und über die Uneinigkeit innerhalb der UNO hinsichtlich des Koreaproblems im klaren. Von diesem Augenblick an beschränkte man sich auf einen Stellungskrieg, während langwierige Verhandlungen begannen, die dann zwei Jahre später mit der Unterzeichnung des Waffenstillstands von Panmunjong am 27. Juli 1953 endeten. Das Ergebnis war die ungefähre Beibehaltung der Grenze, wie sie vor dem Angriff vom Juni 1950 bestanden hatte.

Seither bleibt die Wiedervereinigung Koreas ein Wunschtraum. Der Norden setzt seine Industrialisierung energisch fort; heute lebt dort schon die Hälfte der Bevölkerung von der Industrie. Der Bevölkerungszuwachs ist mit über 3,3% im Jahr erheblich, aber nicht beunruhigend, denn diese Hälfte Koreas hat nur elf Millionen Einwohner. Es fehlt sogar an Arbeitskräften, und dies um so mehr, als die Verluste durch den Krieg beträchtlich waren und sehr viele Menschen nach dem Süden flohen.

Der chinesisch-sowjetische Konflikt machte die Lage des Landes sehr prekär, denn nachdem P'yongyang zuerst mit Peking geliebäugelt hatte, schlug es sich später mehr auf die Seite Moskaus und verurteilte die Kulturrevolution scharf, worauf die Wandzeitungen der Roten Garden den Generalsekretär der Partei und Führer Nordkoreas Kim Il-sung als ›feisten Revisionisten‹ betitelten. Das Hauptziel der Nordkoreaner bleibt die Aufrechterhaltung der Einheit im sozialistischen Lager – keine leichte Aufgabe.

1967 sickerten bewaffnete Banden nordkoreanischer Agenten in Südkorea ein. Sie drangen in größerer Zahl als je zuvor seit Beendigung des Krieges hauptsächlich im Gebiet längs der Westküste ein, griffen häufig an und töteten amerikanische und südkoreanische Soldaten, ohne aber dadurch bis heute irgend etwas bei der Bauernschaft Südkoreas erreicht zu haben. Dabei geht es den Bauern nicht gerade gut, und nur ihre Zahl wächst ständig. Auch hat die Regierung kaum etwas Ernsthaftes gegen die Not der Bauern unternommen. Wenigstens wurden aber im Laufe des ersten Fünfjahresplans, der 1966 endete, bemerkenswerte Fortschritte in der Industrie erzielt. Trotz dieses Fortschritts in der Konsumgüterindustrie gibt es in dem mit 30 Millionen Bewohnern, von denen allein in Seoul 4 Millionen leben, stark übervölkerten Land immer noch 7,5% Arbeitslose.

Gegenüber dem kommunistischen Totalitarismus des Nordens steht der Süden fest zur ›freien Welt‹, die er mit 45000 Mann in Vietnam ›verteidigen‹ hilft: so hält sich in Südkorea ein autoritäres Polizeiregime an der Macht. Wahlschwindel, Bestechlichkeit der Beamten und die autokratische Herrschaft Syngman Rhee hatten 1960 nach Studentenunruhen zu dessen Sturz geführt. Vor zwei Jahren hat die Oppositionspartei wegen der Unregelmäßigkeiten, die während der Wahlen vom Juni 1967 zugunsten der Kandidaten der Mehrheit vorgekommen waren, den Anstoß zu einer lang dauernden politischen Krise gegeben. Die Regierung mußte schließlich einlenken und die Mandate einer Reihe von Abgeordneten der Demokratisch- Republikanischen Partei des 1961 durch einen militärischen Staatsstreich zur Macht gelangten Präsidenten General Park Chung-hee annullieren.

14. Südostasien seit Erlangung der Unabhängigkeit

Wenn die Unabhängigkeit eine Bedingung für die Bedeutung und Würde eines Volkes ist, so reicht sie doch zur Lösung für all die Probleme, denen die jungen Staaten heutzutage gegenüberstehen, keineswegs aus.

Südostasien hat mehr noch als Afrika oder Südamerika eine Vielfalt von politischen Regierungsformen, so eine marxistische Demokratie in der Demokratischen Republik Vietnam, halbfeudale Sultanate in Malaysia und Brunei, neutralistische Regierungen wie in Kambodscha, während andere Staaten mit den Vereinigten Staaten eng verbunden sind, wie die Philippinen und Thailand, oder noch auf der Suche nach einer festen Staatsform sind. Die Probleme sind bei allen ähnlich, was nicht besagen will, daß sie alle versuchen, sie auf die gleiche Art und Weise zu lösen. Manche können es auch gar nicht, denn ihre Unabhängigkeit steht nur auf dem Papier.

Das erste große Problem ist stets der Aufbau eines Staatsapparats, einer starken Zentralregierung, die gleichzeitig eine gewisse Dezentralisierung gestattet und die kulturelle und verwaltungsmäßige Selbständigkeit der Minoritäten respektiert.

In zweiter Linie muß die Wirtschaft in Gang gebracht und weiterentwickelt werden, und zwar nicht für die Ausfuhr, wie früher, sondern für das Wohl der Gesamtheit des Volkes.

Weiterhin muß eine nationale Kultur geschaffen oder wiedererweckt werden, die ihre Quellen durch wissenschaftliche Forschung und durch Beiträge von außerhalb wiederfinden muß.

Das letzte, aber nicht das unerheblichste Problem ist die Errichtung einer wirklichen Demokratie, die ebenso sozial wie politisch zu sein hat. Sie muß also eine wirkliche Volksvertretung haben, die Bedürfnisse der Mehrzahl befriedigen, die sozialen Ungleichheiten abbauen. Keinesfalls darf sie lediglich eine parlamentarische Fassade sein, hinter der die überholten Strukturen und die Herrschaft eines Clans, einer Klasse oder einer Militärkaste weiterbestehen.

Die Entwicklung der meisten Länder entspricht nicht diesen Anforderungen. Der Drang zur Demokratie und zur echten Unabhängigkeit wird durch konservative Kräfte gebremst, die sich oft genug auf fremde Mächte stützen, die, wie z.B. die Vereinigten Staaten, ihre Wirtschaftsinteressen, ihre strategischen Stützpunkte und ihre politische Vorherrschaft bewahren wollen.

I. Thailand

Wie schon erwähnt, hatte sich Pibun Songgram bei Ausbruch des Krieges im Pazifik auf die Seite der Japaner geschlagen. Es hatte sich aber eine Widerstandsbewegung unter Pridi gebildet, der mit den Alliierten Fühlung aufnahm, was Thailand erlaubte, seine Politik nach dem Zusammenbruch Japans ohne jede Schwierigkeit völlig zu ändern.

Die Machtkämpfe spielten sich hier im Innern ab, wo die verschiedenen Clans sich um die Herrschaft stritten. Pridi, der Ministerpräsident geworden war, mußte nach dem mysteriösen Tod des Königs Ananda Mahidon im Juni 1946 abdanken. Die Armee profitierte von der durch die Inflation hervorgerufenen allgemeinen Unzufriedenheit und übernahm nach dem Staatsstreich vom 8. November 1947 die Regierung. Pridi mußte flüchten, und Pibun Songgram war von April 1948 an wieder Regierungschef. Er konnte sich bis 1957 auf diesem Posten halten, trotz mehrerer Versuche seiner Gegner (so am 26. Februar 1949 und am 29. Juni 1951), ihn mit Hilfe der Marine zu stürzen.

Die Entwicklung und der Ausbau der Armee und der Polizei dank amerikanischen Krediten, die zur Bekämpfung des Kommunismus reichlich gegeben wurden, ließen neue Klüngel entstehen. Phao Sriyanon, der Polizeichef, und Sarit Thanarat, der Stadtkommandant von Bangkok, gewannen immer mehr an Bedeutung.

Das Ende des Krieges in Indochina und das Streben nach der Verbreiterung seiner Machtposition gegenüber seinen Rivalen veranlaßten Pibun im Jahre 1955 zu einer gewissen Liberalisierung. Er ließ politische Parteien zu, dezentralisierte die Verwaltung und erlaubte die freie Diskussion über öffentliche Angelegenheiten. Nach jahrelanger Unterdrückung erlebte Thailand nun eine rege politische Tätigkeit, besonders die Neubildung der Demokratischen Partei unter Khuang Aphaiwong und das Entstehen mehrerer Linksparteien, die sich 1957 zu einer Sozialistischen Front zusammenschlossen und die Regierung heftigst angriffen.

Die Wahlen von 1957 brachten der Sozialistischen Front die Mehrheit, doch wurde sie des Wahlschwindels beschuldigt. Sarit, der zum Oberbefehlshaber ernannt worden war, benutzte die dadurch entstandene Krise, um Pibun am 16. September zu stürzen und Phao ebenfalls zu verjagen. Die Armee hatte über die Polizei gesiegt. Nach einer Unruheperiode übernahm Sarit dann im Oktober 1958

selbst die Regierung. Im Januar 1959 erhielt er durch eine provisorische Verfassung Ausnahmerechte. Damit war das Ende der Liberalisierung gekommen, das Gesetz von 1955, das die politischen Parteien zugelassen hatte, wurde annulliert, die Leiter der Sozialistischen Front wurden verhaftet, und die Wahlen für die Kammer wurden abgeschafft. Das Parlament bestand nur mehr aus von der Regierung ernannten Abgeordneten. Die 240 Parlamentsmitglieder waren jetzt zum größten Teil Beamte oder Offiziere. Nach dem Tod Sarits im Dezember 1963 folgte ihm sein engster Vertrauter, der Marschall Thanom Kittikachorn, als Chef der Regierung.

Wer in Thailand an der Regierung ist, spielt keine Rolle, denn ob es nun diese oder jene Clique ist, die regiert – seit 30 Jahren besteht dort mit einigen kurzen Unterbrechungen eine opportunistische Militärdiktatur. Nachdem die Regierung während des Krieges mit Japan zusammengearbeitet hatte, ist Thailand heute nach den USA hin orientiert und wird von dort militärisch und finanziell unterstützt. Bangkok, diese Drehscheibe des Ostens, ist der Sitz der SEATO, die im September 1954 durch den Vertrag von Manila gebildet wurde, um gegen die Ausbreitung des Kommunismus zu kämpfen, doch gehören ihr nur drei asiatische Staaten an, nämlich die Philippinen, Thailand und Pakistan, sowie die fünf westlichen Staaten USA, Großbritannien, Frankreich, Australien und Neuseeland. Seit Oktober 1950 ist Thailand übrigens mit den Vereinigten Staaten durch Abkommen über technische, wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit verbunden und erhielt für diese Zwecke erhebliche amerikanische Hilfe. Thailand schickte als Gegenleistung Truppen nach Korea und Südvietnam und gestattete außerdem die Errichtung von amerikanischen Flugstützpunkten, von denen aus Angriffe auf Laos und Nordvietnam erfolgten. Rund 50000 amerikanische Soldaten sind seit 1967 in Thailand stationiert.

Die ganze amerikanische Hilfe konnte aber die inneren Schwierigkeiten nicht lösen, sondern schuf sogar noch weitere. Lange Zeit hat sich Thailand nicht um die Entwicklung seiner Wirtschaft gekümmert, denn es hatte ja mehr Land zur Verfügung, als für seine dünn gesäte Bevölkerung notwendig war, und sehr viele Bauern besaßen Grund und Boden. Doch das starke Anwachsen der Bevölkerung (jährlicher Zuwachs 2,8%) verdoppelte im Lauf von 20 Jahren die Bevölkerungsziffer fast. 1947 betrug die Einwohnerzahl 17,4 Millionen gegenüber 32,3 Millionen im Jahre 1967. Dadurch wurde der Umfang des bebauten Bodens pro Kopf erheblich verkleinert, während die geringe Industrialisierung nur wenig Möglichkeiten für Beschäftigung außerhalb der Landwirtschaft bietet.

Die größten Schwierigkeiten bestehen im Nordosten des Landes, einem völlig unterentwickelten Gebiet, wo die Bevölkerung zum überwiegenden Teil nicht siamesisch, sondern laotisch ist. Aus dem Nordosten kamen auch die meisten der oppositionellen Abgeordneten vor dem Staatsstreich vom Oktober 1958. Ein weiterer Unruheherd befindet sich im von Malaien bewohnten Süden; wie die laotischen Bevölkerungsgruppen sind auch die Malaien bisher nicht in den

Genuß der auf die zentrale Ebene beschränkten wirtschaftlichen Entwicklung gekommen. In beiden Gebieten, dem Nordosten wie dem Süden, droht die am 1. Januar 1965 gegründete Patriotische Front von Thailand mit Guerillaaufständen.

Die Regierung nahm große Arbeiten in den Schwemmlandebenen des Menam und Meping in Angriff, um kultivierbaren Boden zu schaffen und das hydroelektrische Potential des Landes zu heben. Nach dem Besuch einer Untersuchungskommission der Weltbank wurde von 1961 bis 1966 ein Sechsjahresplan durchgeführt mit dem Ziel, die Industrie- und Energieproduktion um 12% pro Jahr zu steigern, während die Landwirtschaft nur um 3% wachsen sollte. Es wurde auch ein Gesetz erlassen mit dem Ziel, die privaten Investitionen zu begünstigen und die Gründung staatlicher Unternehmen zu stoppen. Während dieser Sechsjahresperiode lag die Wachstumsrate des Nationalprodukts bei über 7%.

II. Die Philippinen

Die Unabhängigkeit brachte keine grundlegende Änderung in der politischen und sozialen Struktur der Philippinen. Die beiden großen Parteien, die Nationalisten und die Liberalen, folgen sich in schöner Regelmäßigkeit in der Regierung, und ihre jeweiligen Programme unterscheiden sich nur in Kleinigkeiten. In Wahrheit handelt es sich hier um eine ›Einheitspartei mit zwei Cliquen‹, und das um so mehr, als zahlreiche Parteiführer mit Leichtigkeit von einer Partei zur anderen überwechseln, entweder aus rein wahltechnischen oder aus finanziellen Gründen. Das einzig und allein Maßgebende in ihrer Politik ist der feste Wille, die Privilegien der Besitzenden zu wahren.

Roxas war der erste Präsident der Republik. Obwohl er Minister in der japanischen Besatzungsregierung gewesen war, hatte ihm General MacArthur einen ›Persilschein‹ ausgestellt, und er konnte so Leiter der Liberalen Partei werden, die aus einer Spaltung der Nationalistischen Partei hervorgegangen war.

Nach seinem Tod im Jahre 1948 folgte ihm Quirino. Unter der liberalen Administration wurde durch den infolge der Bezahlung von Kriegsschäden einsetzenden Dollarstrom eine Minderheit von Geschäftsleuten und Großgrundbesitzern reich. Die Lebensbedingungen der Massen des Volkes dagegen besserten sich überhaupt nicht; in den Städten hielt sich das Lohnniveau von 1950 genau auf dem Stand von 1941, während auf dem Land die Lage immer schwieriger wurde.

Auf politischem Gebiet trat die Korruption ganz offen zutage: während der Präsidentschaftswahlen von 1949 stimmten in gewissen Wahlkreisen »die Vögel, die Bienen und die Blumen« mit ab, denn die Zahl der abgegebenen Stimmen überstieg dort die Bevölkerungsziffer bei weitem.

Unter solchen Umständen war es kein Wunder, daß die Bewegung der *Huks* (s.o.S. 148) an Umfang gewann. Anfang 1950 nahm sie den Namen

›Volksbefreiungsarmee‹ an und erklärte als Ziel die Verjagung der Amerikaner und die Schaffung einer ›neuen Demokratie‹. 20000–30000 Mann war diese Armee stark, und mehr als fünf Millionen von Anhängern zählte sie im Archipel.

Da entschlossen sich die Amerikaner zu einem energischen Schritt. Nach Rückkehr der Mission Bell, welche die wirtschaftliche Lage der Philippinen hatte untersuchen sollen, wurde der Regierung in Manila eine weitere Wirtschaftshilfe zugestanden, und es wurde ein neuer, energischer und untadeliger Mann an die Spitze des Verteidigungsministeriums berufen: Ramon Magsaysay. Er organisierte Polizei und Armee völlig um und versuchte, den Guerillakämpfern mit der ›Dollarpolitik‹ beizukommen – mit dem Ergebnis, daß die Bewegung nach und nach an Bedeutung verlor und im Zentrum von Luzon isoliert wurde. 1953 wurde er zum Präsidenten der Philippinen gewählt, und zwar als Kandidat der Nationalistischen Partei.

Die neue Verwaltung bemühte sich, reinen Tisch zu machen und die Wirtschaft zu entwickeln. 1954 gab ein Landwirtschaftsgesetz den Pächtern größere Sicherheit, beschränkte den Pachtzins auf 8% und beschloß die Urbarmachung der Gebiete auf Mindanao zugunsten armer Bauern.

Magsaysay rief die ›kleinen Leute‹ auf, ihm ihre Klagen vorzubringen, und bemühte sich auch um entsprechende Abhilfe. Das verschaffte ihm natürlich eine ungeheure Popularität, ließ ihm aber kaum Zeit, sich um die großen Probleme der nationalen Politik zu kümmern. Durch seine geradezu übertriebene Anständigkeit stieß er auf immer größere Schwierigkeiten, die sowohl von Seiten der Kaziken wie auch sogar aus den Reihen seiner eigenen Partei kamen. Als er dann im März 1957 das Opfer eines Unfalls wurde, kamen die alten Cliques wieder ans Ruder und mit ihnen die Korruption in der Verwaltung, die übrigens nie wirklich aufgehört hatte.

Carlos Garcia, ein Nationalist, folgte ihm von 1957 bis 1961, dann kam ein Liberaler, Macapagal (1962–1965), und seit 1966 ist der Nationalist Marcos Regierungs- und Staatschef.

Dieser Wechsel der Parteien bringt, wie schon gesagt, keinerlei einschneidenden Wechsel in der Politik, und es herrscht stets eine Oligarchie der Großgrundbesitzer, die allerdings in verschiedene Gruppen geteilt ist. Die großen Reisbauern des Zentrums von Luzon und die Tabakpflanzer von Nord-Luzon, deren Produkte in erster Linie für den Eigenverbrauch der Bevölkerung bestimmt sind, fordern höhere Preise und eine Einschränkung der Importe. Die Produzenten von Ausfuhrsgütern dagegen, d.h. von Kokosnußprodukten, von Zucker und Holz, die allein schon 75% der Ausfuhr ausmachen, verlangen freien Handel und Finanzfreiheit. Die Zuckerrohrpflanzer von Negros, von Panay und Zentral-Luzon bilden aufgrund ihrer hohen Kapitalinvestitionen und der von ihnen an den Staat gezahlten Steuern einen besonders starken Block.

Neben den Grundbesitzern hat aber die durch die Entwicklung der Industrie, die heute 22% des Nationaleinkommens (gegenüber 35% der Landwirtschaft) erbringt, die Bildung einer kleinen Klasse von Industriellen zur Folge gehabt, in

deren Händen sich die Hälfte der Industrie befindet, während die andere Hälfte den Amerikanern gehört. Diese neuen Industriellen haben sich in der Industriekammer der Philippinen zusammengeschlossen und fordern die Kontrolle des Außenhandels, um ihre jungen Unternehmen zu schützen.

Gegenüber den sozialen und wirtschaftlichen Kräften bildet die katholische Kirche wegen ihres religiösen Übergewichts eine wichtige politische Macht (80% der Filipinos sind katholisch). Die politische Position der Kirche beruht ferner auf ihrer Organisation, ihrer Disziplin, der sozialen Herkunft ihrer Hierarchie und ihrem Quasi-Monopol im Schulwesen. Die Kirche hat ohne zu zögern in die Wahlen eingegriffen, um den ihr günstig gesonnenen Kandidaten zu unterstützen, besonders, wenn dieser ihre Vorstellungen im Erziehungsbereich teilte. So trug sie stark zum Sieg Magsaysays im Jahre 1953 bei. Sie sieht sich allerdings einer – zahlenmäßig kleinen – Opposition gegenüber, die sich zusammensetzt aus den Anhängern der Kirche der unabhängigen Katholiken (den Aglipayanern), die 5% der Bevölkerung bilden und deren Ursprung auf die Zeit der Spanier und der Revolution von 1896 zurückzuführen ist, ferner den Protestanten, die ebenfalls 5% stark sind, und nicht zuletzt den Freimaurern.

Weil die Oligarchie der Großgrundbesitzer hinter der Fassade eines nur für sie arbeitenden Parlamentarismus noch immer die Macht in Händen hält, wurde auch bisher das Agrarproblem in keiner Weise gelöst, sondern dieses verschärft sich von Tag zu Tag, da die Verschuldung und gleichzeitig die Bevölkerung ständig wachsen. Nach der Volkszählung von 1948 besaßen 600 Einzelpersonen oder Gesellschaften, also 0,036% aller ›Landwirte‹, mehr als 500000 Hektar (13% des bebaubaren Bodens), d.h. der Durchschnittsbesitz war 833 Hektar. 37% dagegen besaßen nichts, und in Zentral-Luzon waren es sogar 70%. Tausende von Kleinbauern verlieren Jahr für Jahr ihr Land an ihre Gläubiger. Der Großgrundbesitzer hat nicht nur wirtschaftliche Macht, er ist traditionsgemäß auch der Feudalherr, der über eine Ordnungstruppe verfügt, die Gerichte beherrscht und die Gemeinderäte nach seinem Gutdünken wählen läßt. Man versteht daher den Zulauf, den die *Huks* bekamen, und begreift, warum der Großteil der Partisanen gerade aus Zentral-Luzon kam. Obwohl heute, nachdem sich Taruc 1954 ergeben hat und Jesus Lava 1964 verhaftet wurde, die *Huks* nur mehr eine kleine Kerntruppe bilden, wurden trotz des Verbots der Kommunistischen Partei die eigentlichen Ursachen der Unzufriedenheit und des Übels nicht abgeschafft; der Unruheherd ist nicht erloschen, sondern schwelt weiter. Die Reformen von 1954/1955 und von 1963 waren derart geringfügig, daß sie kaum eine Wirkung hatten.

Die Agrarfrage bedingt aber auch das Problem der Industrialisierung und der Arbeitslosigkeit, da die Grundrenten und der Zinssatz sehr hoch sind und dadurch Investitionen in der Industrie verhindert werden, während das Anwachsen der Zahl der Bauern ohne Land und der Bevölkerung im allgemeinen die Zahl der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten, die 10% bzw. 30% beträgt, steigen läßt und damit auf das Lohnniveau drückt. Die Entwicklung

einer nationalen Industrie wird durch das Übergewicht der amerikanischen Firmen gebremst, die sich völliger ›Parität‹ mit den philippinischen Firmen erfreuen. Zweifellos hat die Zugehörigkeit der Philippinen zur Dollarzone auch ihr Positives; nichtsdestoweniger haben die wirtschaftlichen und finanziellen Nachteile, die Anwesenheit eines zahlreichen amerikanischen Verwaltungspersonals und das Bestehen von US-Militärstützpunkten gerade in jüngster Zeit den philippinischen Nationalismus wieder stark geschürt und die Kritik an den gegenwärtigen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten erheblich verstärkt.

III. Burma

Zu Beginn der burmanischen Unabhängigkeit flammten an allen Ecken und Enden des Landes Aufstände auf. Die Kommunisten der ›Weißen Fahne‹ und später dann der ›Roten Fahne‹ revoltierten vom März 1948 ab. Sie wurden im darauffolgenden Sommer durch demobilisierte Angehörige der ›Organisation der Volksfreiwilligen‹ verstärkt. Diese Miliz hatte Aung San für den Guerillakampf geschaffen und auf eine Stärke von 800000 Mann gebracht. Schließlich erhob sich im Januar 1949 auch die starke Minderheit der christlichen Karen, unter denen die Engländer ihre eingeborenen Soldaten lieber ausgehoben hatten als unter den Burmanen und zu denen auch die Großgrundbesitzer gehörten, die sich jeder Agrarreform widersetzen.

Allerdings retteten die Geschicklichkeit der Regierung und die junge burmanische Armee den im Entstehen begriffenen Staat, denn die Aufständischen waren sich untereinander nicht einig, und die große Masse des Volkes schloß sich ihnen nicht an.

1950 tauchte eine neue Gefahr auf, als die Überreste der *Kuomintang*-Armee in die Shan-Staaten im Nordosten flüchteten und von dort aus mit Unterstützung der Vereinigten Staaten und Taiwans ihre Einfälle in China durchführten. Nach heftigen Protesten Burmas zog ein Teil dieser Truppen wieder ab.

Immerhin festigte sich die Burmanische Union nach und nach. Als dann die Regierung eine Amnestie anbot, legten viele Aufständische die Waffen nieder und zogen sich wieder in ihre Dörfer zurück.

In sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht waren die Fortschritte freilich weniger groß. Zwar wurde im Oktober 1948 eine Agrarreform beschlossen, um der Propaganda der Kommunisten zu begegnen, doch konnte sie erst 1953, als die Lage sicherer wurde, durchgeführt werden. 1958 waren von 4 Millionen Hektar Ackerland erst 567000 Hektar an 178000 Bauernfamilien verteilt worden. Dann wurde die Agrarreform suspendiert. Die landwirtschaftliche Produktion stagniert, und der Ertrag pro Kopf ist geringer als vor dem Krieg.

Ernster noch sind die politischen Schwierigkeiten des Landes. Nachdem die AFPFL (s.o.S. 149) lange Zeit das Regierungsmonopol innegehabt hatte, bildete sich 1952 eine sehr starke Opposition der Linken in der ›Partei der Arbeiter und

Bauern von Burma«. Dazu kamen noch innere Meinungsverschiedenheiten, z.T. wegen der politischen Linie der AFPFL, z.T. aus persönlichen Motiven, die mit einer Spaltung der Front in zwei Parteien endeten, in die ›eigentliche‹ AFPFL – die sich dann in ›Unionistenpartei‹ umbenannte – unter der Leitung von U Nu und die ›feste‹ AFPFL unter der Führung von Kyaw Nein und Ba Swe, die beide verschiedene Jugendorganisationen, Gewerkschaften und Frauenverbände kontrollierten. Die Unsicherheit der Lage veranlaßte U Nu, seinen Platz im Oktober 1958 freiwillig an den Armee-Oberkommandierenden General Ne Win abzutreten, damit dieser Ordnung schaffe. Nachdem die Wahlen ihm eine überwältigende Mehrheit gebracht hatten, übernahm U Nu im April 1960 wieder die Regierung. Durch einen Staatsstreich kam aber am 2. März 1962 Ne Win erneut an die Macht.

Dieser Eingriff in die Staatsgeschäfte durch eine bis dahin völlig unpolitische Armee wurde von der Tatsache hervorgerufen, daß die Leiter des Staates sich als unfähig erwiesen hatten, mehrere wichtige Fragen zu lösen, die sich alle um die nationale Einheit drehten.

Wie andere asiatische Staaten hat auch Burma große nationale Minderheiten, so die Karen, die Shan, die Mon, die Kachin und die Chin, die 30% der Gesamtbevölkerung ausmachen. Ihr Ursprung, ihre Kultur, Sprache und Religion sind nicht immer die gleichen wie die der Burmanen. So sind die Karen Christen, die Kachin sind Animisten, die Arakan sind Muslims, während die Mon und Shan genau wie die Burmanen Buddhisten sind.

Die Union von Burma wurde durch die Konstitution vom September 1947 als Föderation festgelegt, jedoch sollte die Zentralgewalt Vorrang haben.

Die Macht der Einzelstaaten ist dabei eher scheinbar als wirklich vorhanden, um so mehr, als alle wichtigen Posten, selbst in den Stadt- und Ortsverwaltungen, von Burmanen besetzt sind. Die Revolte der Minoritäten war es, die die gegenwärtige Krise hervorgerufen hat.

Obwohl die Karen seit Juni 1954 einen eigenen Staat bilden und obwohl sie in der Verwaltung und der Armee recht stark vertreten sind, ja sogar den Präsidenten der Union von Burma stellen, bestehen die Ursachen ihrer Unzufriedenheit weiter, denn der Staat der Karen ist wirtschaftlich nicht lebensfähig, er hat keinen Teil an dem Reichtum und der Fruchtbarkeit des Deltas, wo Burmanen, Mon und Karen nebeneinander wohnen.

Das war auch der Grund, warum die Guerillakämpfe der KNDO (*Karen National Defence Organization*) nie erloschen. Die Unruhe griff auch auf die Shan über, und unter der ersten Regierungsperiode des Generals Ne Win brach ein Aufstand los, bei dem weitergehende Autonomie und folglich eine Verfassungsänderung gefordert wurde. Die Shan und Karen verbündeten sich mit den Kommunisten, und die Kachin schlossen sich ihnen 1961 an. Andere Minderheiten, deren Rechte in der Verfassung nicht berücksichtigt worden waren, rührten sich gleichfalls, und die Arakan und Mon griffen zu den Waffen

mit dem Ziel, einen eigenen Separatstaat zu erreichen. Ende 1961 war dann ein Zehntel des ganzen Staatsgebiets in den Händen der Rebellen.

Eine Seite der Minoritätenfrage hängt mit der Religion zusammen. Der fromme Buddhist U Nu war einer der Mitgründer einer Bewegung, die eine geistige Renaissance anstrebte und 1954 bis 1956 die sechste Große Buddhistische Synode in Rangun organisierte, zu der alle Länder des Theravāda (vgl. Fischer Weltgeschichte Bd. 18, S. 47) eingeladen wurden.

1961 erklärte U Nu den Buddhismus zur Staatsreligion, was natürlich den Widerspruch derer hervorrief, die keine Buddhisten sind, sondern Christen, wie die Karen, Muslims, wie die Mujahiden, oder Animisten, wie die Kachin und die Chin. Selbst die Armee, in der Mitglieder aller Minderheiten dienten, sah sich in ihrer Einheit bedroht, und die Disziplin lockerte sich. Die Furcht vor völliger Anarchie trieb dann die Offiziere dazu, die Regierung U Nu zu stürzen, um durch eine feste Staatsgewalt den Auflösungserscheinungen Halt zu gebieten. Das Problem war jedoch weit mehr politischer als militärischer Natur.

Seit 1962 übt das Militär die wichtigsten Funktionen in der Politik und Verwaltung aus. Das höchste Organ ist ein Revolutionsrat, dessen 17 Mitglieder sämtlich Offiziere sind. Der Regierung gehört nur ein einziger Zivilist an, der Außenminister. 1964 wurden alle Parteien verboten und dafür eine einzige Partei gegründet, die ›Partei des sozialistischen Programms von Burma‹. Ne Win bemüht sich, die Religion ›rein‹ zu halten, damit sie sich nicht in die Politik mischen kann. Die Minderheiten möchte er durch wirtschaftliche und kulturelle Projekte für sich gewinnen, so durch die Schaffung des Instituts für die Entwicklung nationaler Rassen in Sagaing (1964), während er die Bauern durch Abschaffung des Pachtzinses (April 1965) zufriedenzustellen suchte.

Auf wirtschaftlichem Gebiet drückte sich die sozialistische Politik durch die nach und nach erfolgte Verstaatlichung der Bergwerke, der Industrien, Banken und des Großhandels aus. Die Inder wurden dadurch ganz besonders hart getroffen, und 170000 von ihnen mußten auswandern. Aber auch die Chinesen bekamen die Auswirkungen des Sozialismus zu spüren, ebenso die christlichen Missionen, deren Schulen samt und sonders verstaatlicht wurden. Eine derart umfangreiche Übernahme durch den Staat erforderte selbstverständlich auch die Einstellung von einer gewaltigen Zahl geeigneten Personals, und es war gerade die Unzulänglichkeit dieser neuen Angestellten und Beamten, die eine Desorganisation der Wirtschaft, ein Absinken des Sozialprodukts und eine Hungersnot zur Folge hatte. Die »sechzehntausend Probleme«, von denen U Nu im Jahre 1960 sprach, sind noch immer ungelöst.

Auf dem Gebiet der Außenpolitik setzt die Militärregierung die Neutralitätslinie ihrer Vorgänger fort. Im Juni 1954 hatte U Nu zusammen mit Chou En-lai in Rangun – wie zuvor Nehru und Chou in Neu-Delhi – die ›Fünf Prinzipien‹ der aktiven Koexistenz proklamiert, die zum Ausdruck brachten, daß die Revolution kein Exportartikel sein kann und daß jedes Volk das Recht hat, ohne fremdes Eingreifen sich seine Regierungsform selbst zu wählen. Burma war

einer der fünf Staaten gewesen, welche die Konferenz von Bandung im Jahre 1955 einberufen hatten, und es hatte durch den Vertrag vom 1. Oktober 1960 auf friedlichem Wege seine Grenzen mit China festgelegt. Trotz seiner Schwierigkeiten lehnt Ne Win jede fremde Hilfe ab, die, nach seinen Worten, »verkrüppelt, lähmt und allen, die sie annehmen, die Kontrolle über ihr eigenes Land raubt«.

Die burmanische Neutralität unterscheidet sich von der Kambodschas, das den amerikanischen Imperialismus verdammt, während Burma sich strengstens davor hütet, für die eine oder andere Macht Partei zu ergreifen.



© Abb. 23: U Nu, Chou En-lai und General Ne Win (v.l.n.r.) in Rangun Januar 1961

IV. Indonesien

Indonesien steht vor ungeheuren Aufgaben, wenn man bedenkt, daß sein Gebiet zwei Millionen Quadratkilometer mit 90 Millionen Einwohnern umfaßt, die zu den verschiedensten Völkergruppen gehören. Das Hauptproblem besteht in der Schaffung eines Staates, der über allen religiösen und lokalen Eigenbröteleien steht.

Sukarno hatte 1945 ›Fünf Prinzipien‹ (*Pantja Silo*) vorgeschlagen: Nationalismus, Menschenfreundlichkeit, Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Gottesglaube.

Während aber die Anhänger eines islamischen Staates (*Darul Islam*) bewaffnete Aufstände in West- Java und Süd-Celebes begannen, verursachten junge Obristen im Bund mit rechtsgerichteten Politikern zwischen 1956 und 1958 eine

heftige Krise. In einer Reihe von Staatsstreichen errichteten sie auf Sumatra, in Ostindonesien und in Kalimantan autonome Regionalräte und im Februar 1958 eine Revolutionsregierung in Padang. Wenn auch diese Aufstände, die zwar nicht vom Volk, wohl aber von Taiwan und besonders von verschiedenen amerikanischen Kreisen unterstützt wurden, bald niedergeschlagen wurden, so bestand doch das Problem der politischen Dezentralisierung weiter.

Daß die Republik die Frage der nationalen und religiösen Selbständigkeit der Minderheiten noch nicht lösen konnte, liegt einzig und allein daran, daß sie selber noch keine politische Festigkeit besitzt. Die Einigkeit, die während des Unabhängigkeitskrieges eine so große Rolle spielte, gibt es heute nicht mehr; ganz im Gegenteil: die Kämpfe um die Macht, die Entwicklung eines Staatskapitalismus, ein Bürgertum, dem die Unabhängigkeit größere Ausdehnungsmöglichkeiten gegeben hat, und ein in machtvollen Gewerkschaften organisiertes Proletariat – diese Faktoren haben die sozialen und politischen Differenzierungen verstärkt und verschlimmert.

Nach 1950 polarisierte sich das politische Leben einerseits immer mehr um die *Masjumi* (den ›Indonesischen Moslem-Rat‹) und die Sozialistische Partei, andererseits um die PNI (*Partai Nasional Indonesia*), die NU (*Nahdatul Ulama*, ›Moslem-Liga‹) und die PKI (*Partai Komunis Indonesia*, ›Indonesische Kommunistische Partei‹). Die ersten beiden verbanden sich in steigendem Maße mit der in den Städten und auf dem Land entstehenden Kapitalistenklasse, den Pflanzern von Kautschuk, Zucker und Tabak, den Unternehmern kleiner Industrien (wie Batikanfertigung) und den Kaufleuten. Die PNI war in erster Linie die Partei der Beamten, und zwar nicht nur jener der staatlichen Verwaltung, sondern auch der der immer zahlreicher werdenden staatlichen Unternehmen. Ihr Einfluß wuchs, als der Staat alle ehemaligen holländischen Firmen, wie Banken, Schiffahrtslinien, Transportunternehmen, Außenhandelsgesellschaften und Pflanzungen beschlagnahmte. Die *Nahdatul Ulama* entstand aus einer Spaltung der *Masjumi* im Jahre 1952. Sie verbündete sich mit den Gläubigen und den Kleinbauern, vertrat einen wesentlich konservativeren Islam als die *Masjumi* und war damit westlichen Einflüssen gegenüber viel feindlicher eingestellt als diese. Die PKI unter der klugen Leitung von D.N. Aidit sammelte sich nach ihrer Niederlage von 1948 wieder und wurde immer stärker.

Neben den vier großen Parteien der Wahlen von 1955: der PNI, der *Masjumi*, der NU und der PKI trat eine neue, aufsteigende Kraft in Erscheinung, die Armee. Sie war während der Widerstandskämpfe entstanden und war von Anfang an eine politische Armee mit revolutionärer Tradition. Mit ihren 400000 Mann ist sie ein wichtiges Instrument in den Händen der Regierung beim Kampf gegen die auseinanderstrebenden Kräfte. Sie allein ist imstande, in aufrührerischen Gebieten zu regieren, sie übernahm die Leitung zahlreicher holländischer Unternehmen, die enteignet worden waren, und sie warf auch die verschiedenen Aufstände siegreich nieder.

Als Versuch, die politische Labilität endlich abzuschaffen, schlug Sukarno 1956 eine ›dirigierte Demokratie‹ vor, die nicht auf einem gewählten Parlament beruhen sollte, sondern auf einer Kammer, deren Mitglieder vom Staatschef ernannt werden sollten, der als ›Führer der Nation‹ fungieren würde. Sukarno wollte damit die alte Dorfdemokratie, das *musjawarat*, wiedereinführen, das durch Diskussionen schließlich eine Einstimmigkeit erzielte und nicht nach dem Mehrheitsprinzip ausgerichtet war. Nachdem er im Mai 1957 einen ›Nationalen Konsultativrat‹ eingesetzt hatte und die Rebellion auf Sumatra niedergeschlagen war, führte Sukarno im Juli 1959 die Verfassung von 1945 wieder ein, die ihm weitestgehende Vollmachten gab. Im März 1960 löste er das Parlament auf und ersetzte es durch eine ernannte Volksversammlung, aus der die *Masjumi*, die wichtigste und größte Oppositionspartei, ausgeschlossen war, weil sie sich geweigert hatte, den Aufstand von Padang zu verurteilen.

Die Kammer stellte die Vertretung der ›funktionellen Gruppen‹ dar, unter denen die Armee und die PKI die wichtigsten waren. Die PKI trat dann im August 1964 in die Regierung ein. Sukarno schien das *Nasakom* zu verwirklichen, die Allianz zwischen Nationalisten, kirchlichen Kräften (*agama*) und Kommunisten, die sich alle um seine Person scharten. Die PKI bildete mit ihren drei Millionen Mitgliedern eine machtvolle und volkstümliche Bewegung; sie kontrollierte darüber hinaus verschiedene weitere Organisationen mit insgesamt 15 Millionen Mitgliedern: die Gewerkschaft SOBSI mit 3,2 Millionen Anhängern, die Volksjugend (zwei Millionen Mitglieder), die Frauenliga (1,7 Millionen), die Bauernfront (sieben Millionen) und andere. Da die *Masjumi* und die Sozialistische Partei seit 1960 verboten waren, hatte die PKI als einzigen Gegner die Armee. Da die Kommunistische Partei die antikommunistischen Tendenzen der wichtigsten Militärbefehlshaber genau kannte, forderte sie die Bewaffnung der Arbeiter und Bauern, betonte aber ausdrücklich nicht den Klassenkampf und unterstützte die Politik Sukarnos, wodurch sie ihren Einfluß auf den Staat und die öffentliche Meinung mit legalen Mitteln zu erweitern suchte.

Möglicherweise gab es ein Komplott rechter Militärs mit dem Ziel, sich des Präsidenten und der PKI zu entledigen. Jedenfalls berief sich eine Gruppe von Offizieren darauf, als sie im Oktober 1965 einen Staatsstreich vollführte, bei dem sechs Generale ermordet wurden. Die Armee unter General Suharto reagierte blitzschnell, und der Aufstand wurde niedergeschlagen. Obwohl die PKI bei diesem Aufruhr nicht mitgemacht hatte, denn sie hatte keinerlei Interesse daran, da der ›legale‹ Weg, den sie bisher verfolgt hatte, so erfolgreich gewesen war, ergriff die Armee die Gelegenheit, um ihren einzigen Widersacher zu vernichten. In wenigen Monaten wurden eine halbe Million Kommunisten hingeschlachtet, darunter ihre wichtigsten Führer. Sukarno wurde isoliert und matt gesetzt und verlor seine Regierungsgewalt an Suharto.

Die Militärregierung nahm eine radikale Änderung der Politik vor. Sie beendete die Gegnerschaft mit Malaysia, vollzog eine Annäherung an die Westmächte, die als Gegenleistung ein Moratorium für die alten Schulden

zugestanden und neue Kredite gewährten, und forderte zu ausländischen Investitionen auf. Die wirtschaftlichen Fragen, um die sich Sukarno kaum gekümmert hatte, spielten jetzt die Hauptrolle.

Politische Streitigkeiten, Militärrevolten und, auf internationalem Gebiet, die schwankenden Rohstoffkurse haben bis heute den wirtschaftlichen Aufschwung gehemmt. Die politischen Zwistigkeiten verhinderten die Aufstellung eines echten Entwicklungsprogramms, denn obwohl 1956 und 1961 zwei Pläne aufgestellt wurden, wurde dabei nie ein genaues Ziel angegeben und verfolgt.

Die Militäraufstände fügten den Zerstörungen, die der Krieg angerichtet hatte, zahlreiche neue hinzu. Außerdem ging ein großer Teil der Ausfuhr Güter durch Schmuggel nach Singapur, nach den Philippinen und nach Britisch-Borneo verloren. Das Ergebnis war eine Verschlimmerung der durch die hohen Militärausgaben, die 40% des Haushalts ausmachten, erfolgten Inflation. Durch die Tatsache, daß der Export auf wenige Güter beschränkt ist – Erdöl 44% und Kautschuk 33% –, bewirkt die kleinste Baisse der internationalen Preise eine schwerwiegende Minderung der Staatseinnahmen und erfordert dadurch eine Neuordnung der Entwicklungspläne. Nach dem steilen Anstieg während des Koreakrieges fielen bei fast allen Grundprodukten die Kurse ständig. Dazu kommt, daß durch den erheblichen Bevölkerungszuwachs (2%) das Pro-Kopf-Einkommen heute geringer ist als vor dem Krieg, obwohl die Kautschuk-, Erdöl- und Reisproduktion gestiegen ist. Die Industrialisierung dagegen steckt noch in den Kinderschuhen, und dieser Rückstand ist auch daran schuld, daß es 14 Millionen Arbeitslose gibt.

V. Malaysia und Singapur

Wie bereits oben erwähnt, wurde Malaya im Jahre 1957 unabhängig – mit Ausnahme von Singapur. Die Gründe hierfür waren politischer und strategischer Natur. Malaya ist fast zur Hälfte von Chinesen bevölkert, und die Malaier befürchteten, daß die Chinesen rasch die Überhand bekommen würden, wenn das zu 80% chinesische Singapur in die Föderation mit aufgenommen würde. Sodann waren die städtischen Inselbewohner in ihrer politischen Einstellung stärker nach ›links‹ orientiert als die kontinentale Bauernbevölkerung, die sehr konservativ ist. Außerdem wollten natürlich die Engländer ihre strategische Basis Singapur nicht aufgeben.

1959 hatte Singapur lediglich die Autonomie erhalten; seine Unabhängigkeit sollte es am 31. August 1963 bekommen. England befürchtete, daß das Gebiet dann kommunistisch werden würde, und hielt es daher für besser, wenn Singapur dem malaiischen Bundesstaat einverleibt würde. Gegen die Bedrohung durch ein damit entstehendes chinesisches Übergewicht konnte man mittels einer Erweiterung des Bundes auf in der Überzahl von Malaier bevölkerte Gebiet Abhilfe schaffen, indem man also Sabah (Nord- Borneo), Sarawak und Brunei dem Bund anschloß. So wurde der Gedanke eines Groß-Malaya geboren.

Unterstützt wurde diese Idee auch durch den Umstand, daß sich in der Regierung von Singapur ein Rechtsrutsch vollzogen hatte. Lee Kuan Yew verfolgte einen gemäßigten politischen Kurs und provozierte damit eine Abspaltung des linken Flügels seiner Partei, die dann die *Barisan Sosialis* bildete. Lee wandelte sich rasch in einen Malaier, denn sein Hafen brauchte dringend ein Hinterland zum Aufbau der Wirtschaft, wo sich auch seine politischen Ziele verwirklichen lassen würden. Den Engländern gelang es, der Regierung in Kuala Lumpur den Gedanken eines Groß-Malaya schmackhaft zu machen, und nach schwierigen Verhandlungen wurde am 16. September 1963 die ›Föderation von Malaysia‹ (kurz: Malaysia) gegründet, die Malaya, Singapur, Sarawak und Sabah umfaßte, während das Sultanat Brunei ausgeschlossen blieb, da es die Kontrolle über seine Erdölvorkommen behalten wollte. Malaysia hatte somit zehn Millionen Einwohner, und zwar 46,7% Malaier, 41,9% Chinesen sowie 11,4% Inder, Dajaks und andere Minderheiten.

Der neue Bund stieß gleich auf den Widerstand der Philippinen, die die frühere Souveränität des Sultans von Sulu über Sabah ins Treffen führten. Ganz besonders feindselig verhielt sich Indonesien unter der Herrschaft Sukarnos, der die Föderation als eine neokolonialistische Gründung bezeichnete. Die bewaffnete Auseinandersetzung zwischen Indonesien und Malaysia endete erst im Juni 1966 nach dem Sturz Sukarnos. Die Engländer hatten für diese Konfrontation bis zu 50000 Mann mobilisieren müssen.

Am 9. August 1965 indessen hatte Singapur den Bund wieder verlassen und war völlig unabhängig geworden. Sein Aufenthalt in der Föderation von Malaysia hatte kaum zwei Jahre gedauert, hatte aber Konflikte zwischen Menschen, Rassen und wirtschaftlichen Interessen deutlich werden lassen.

Das Abkommen über Malaysia vom 9. Juli 1963 hatte die Schaffung eines gemeinsamen Marktes vorgesehen, was in erster Linie von Singapur gefordert worden war. Tatsächlich hängt ein erheblicher Teil von dessen Industrien von Rohstofflieferungen aus Malaysia ab, so die Zinnschmelzen und die Kautschukverarbeitungswerke, während andere, wie Textil- und Lebensmittelfirmen, nach Malaysia exportieren. Malaysia seinerseits betreibt 40% seines Handels mit oder über Singapur, besonders die Zinn- und Kautschukausfuhr. Um diesen gemeinsamen Markt zustande zu bringen, hatte sich Singapur bereit erklärt, im Bundesparlament unterrepräsentiert zu sein, also trotz seiner 1750000 Einwohner nur über 15 Sitze zu verfügen, während Malaysia mit 7 Millionen Einwohnern 104 Sitze innehatte und Sabah und Sarawak für ihre 1,2 Millionen Bewohner sogar 40 Sitze erhielten.

Die Schaffung dieses gemeinsamen Marktes zog sich aber in die Länge. Kuala Lumpur beklagte sich darüber, daß Singapur die für die Entwicklung von Sabah und Sarawak vorgesehene Anleihe nicht leiste und nicht mehr als 40% seiner Einkünfte mit der Föderation teilen wolle, statt der vorgesehenen 60%.

In Wirklichkeit hatten die Malaier im Jahre 1963 einer Integration lediglich deswegen zugestimmt, weil ihnen die Unabhängigkeit von Singapur zu riskant

erschien, da dort die äußerste Linke die PAP (s.o.S. 168) zu überholen drohte. Im Lauf der nächsten Jahre aber wurde die PAP wieder stärker, und die Gefahr schien damit gebannt. Dagegen störte jedoch die sozialistische PAP das politische Gleichgewicht der Föderation, die von malaiischen und chinesischen Konservativen beherrscht wurde. Die MCA (s.o.S. 166) befürchtete ein Überlaufen ihrer Mitglieder zur PAP und sah damit ihren Vertretungsanspruch in Gefahr. Die UMNO (s.o.S. 165) arbeitete mit rassistischen Schlagworten und propagierte durch die Rassenzugehörigkeit bedingte Rechte. Im Gegensatz dazu sollte nach den Ideen des Lee Kuan Yew Malaysia malaiisch sein, d.h. es sollte eine wirklich integrierte Gesellschaft geschaffen werden, in der die bestehenden Unterschiede nur mehr wirtschaftlicher und ideologischer Art sein sollten. Da die malaiische Gemeinschaft einen solchen Bewußtseinsstand noch nicht erreicht hatte, war ein Zusammenleben nicht möglich.

Sicherlich betrafen die Probleme Malaysias nicht nur den ethnischen Pluralismus, sondern auch die Konflikte zwischen den sozialen Klassen innerhalb der einzelnen Gemeinschaften.

Die Bevölkerung Malaysias hat das höchste Pro- Kopf-Einkommen in ganz Südostasien zu verzeichnen, nämlich 260 Dollar. Malaysia erzeugt 40% der Weltproduktion an Zinn und ebenfalls 40% an Kautschuk. Damit ist es der erste Dollarlieferant der Sterlingzone. Von diesem Wohlstand haben in erster Linie die Engländer profitiert und in etwas geringerem Umfang die chinesische Bourgeoisie, die die MCA völlig in der Hand hat. Die Erstgenannten kontrollieren zwei Drittel der Kautschukplantagen und der Zinnförderung, den größten Teil der Aus- und Einfuhr, die großen Banken und Versicherungen. Die Chinesen besitzen mittlere Pflanzungen, die Transportfirmen, Bergwerke, einige Industrien (besonders Konservenindustrien) und die Einzelhandelsgeschäfte. Die indische Bourgeoisie betreibt Handel oder übt freie Berufe aus. Das chinesische und das indische Proletariat haben den gleichen niedrigen Lebensstandard wie die malaiischen Bauern.

Das Agrarproblem, von dem man lange Zeit dachte, es berühre Malaysia nicht, hat inzwischen sehr ernste Formen angenommen. Wie in den Nachbarländern sind die Bauern verschuldet, die Zahl der Pächter und Bauern ohne eigenen Grund und Boden steigt, und die chinesischen oder indischen Wucherer und die malaiischen Großgrundbesitzer nehmen den Bauern ihr Land weg. Bis heute haben die gesetzlich eingeführten Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Malaien, wie Kreditausweitung, Genossenschaftswesen, Berufsausbildung, Entwicklung des Gesundheits- und Erziehungswesens, noch keine nennenswerten Erfolge gezeitigt. Die Regierung, die von der malaiischen Aristokratie der UMNO geleitet wird, hat sich mehr um den wirtschaftlichen Aufschwung als um soziale Fortschritte gekümmert. So wurden die Energieproduktion, die Anpflanzung von Ölpalmen und der Reisanbau gefördert. 1966 führte Malaysia 30% seines Reisverbrauchs ein, gegenüber 60% im Jahr 1956. Auch die Erneuerung der Kautschukpflanzungen

durch ausgewählte Sorten wurde betrieben. Die Spanne zwischen den Einkommen ist dagegen noch größer geworden. In einer Marktwirtschaft mit einem Unternehmertum werden stets alle, die schon führende Positionen einnehmen, bei einer wirtschaftlichen Wachstumssteigerung immer reicher werden.

In Politik und Verwaltung sitzen zwar die Malaien am Hebel der Macht, doch werden die wichtigsten technischen Funktionen von den Chinesen ausgeübt, die sich nicht immer mit dieser Teilung der Aufgaben zufriedengeben werden und auch nicht mit der gegenwärtigen Rassenkontingentierung. Die Malaien müssen ihren historischen Rückstand abbauen und schleunigst mittlere und höhere Kader bilden. Das Erziehungswesen ist eines der wichtigsten Probleme.

An Problemen und Schwierigkeiten fehlt es auch im unabhängigen Singapur nicht. Das rapide Anwachsen der Bevölkerung von über 3% im Jahr verlangt die Schaffung zahlreicher Arbeitsplätze und die Eroberung neuer Absatzmöglichkeiten. Die Föderation ist für Singapur ein wichtiger Absatzmarkt und eine bedeutende Rohstoffquelle. Ganz abgesehen davon muß man dort mit einem Abbau der britischen Militärbasis bis zum Jahre 1971 rechnen, die der Stadt ein Zehntel ihres Einkommens liefert und 50000 Menschen beschäftigt, also 200000 Menschen ernährt. Die Beendigung des Zwistes mit Indonesien dagegen erlaubt es Singapur, seinen Handel mit dem Archipel wiederaufzunehmen.

VI. Kambodscha

In Kambodscha herrscht Friede, was für ein südostasiatisches Land als eine Ausnahmesituation anzusprechen ist. Der Grund hierfür ist in verschiedenen Umständen zu suchen: das Volk hat ausreichend zu essen, es gibt keine aufständischen Minderheiten, und Prinz Norodom Sihanouk verfolgt mit Ausdauer und Erfolg eine vom Osten wie vom Westen unabhängige Politik.

Nachdem durch das Genfer Abkommen die Unabhängigkeit Kambodschas anerkannt worden war, dankte Sihanouk am 2. März 1955 zugunsten seines Vaters Suramarit ab, um direkt am politischen Leben teilhaben zu können. Er gründete die *Sangkum*, die Sozialistische Volksgemeinschaft, die mit 82% der Stimmen aus den Novemberwahlen 1955 hervorging. Gestützt auf diese erdrückende Mehrheit ließ der Prinz im Januar 1956 eine neue Verfassung verkünden, durch die Provinzialkammern eingesetzt wurden, die neben dem Parlament bestehen und die durch indirekte Wahl bestimmt werden. Außerdem wurde ein ›Nationalkongreß‹ geschaffen, der zweimal im Jahr alle Bürger vereinigt, vor denen die Regierung dann ihren Rechenschaftsbericht ablegt. Jeder hat das Recht, an die Regierung Anfragen zu richten, Beamte und Abgeordnete zu kritisieren und sogar deren Rücktritt zu veranlassen, wenn sie schwerwiegende Fehler begangen haben. Sihanouk schuf auf diese Art eine direkte Demokratie unter königlichem Schutz.

Obwohl die *Sangkum* im Parlament die absolute Mehrheit besitzt, wechseln die Minister ständig. Diese scheinbar paradoxe Situation entsteht dadurch, daß die *Sangkum* keine Partei, sondern ein Konglomerat ohne feste Struktur und ohne ein genaues Programm ist, denn außer verschwommenen Erklärungen über die Entwicklung der Gemeindeverwaltungen in den Dörfern, über die Schaffung von Genossenschaften und die Organisation eines freiwilligen gemeinsamen Arbeitsdienstes hat dieses heterogene Gebilde nichts hervorgebracht. Innerhalb der *Sangkum* kommt es immer wieder zu persönlichen Rivalitäten, bei denen dann Sihanouk den Schiedsrichter spielen muß.

Die Rolle des Prinzen als über allen Parteien stehender höchster Richter und Gesetzgeber, dem der einfachste Bauer seine Klagen direkt und unter Umgehung aller Behörden und Minister vortragen kann, hat zwar Sihanouks Ansehen ungeheuer gestärkt, trägt aber durchaus nicht zu einer Stabilisierung der Regierung bei. Auch Prinz Sihanouk ist es bisher noch nicht gelungen, die Korruption abzuschaffen.

Auf wirtschaftlichem Gebiet konnte Kambodscha in den Jahren 1952 bis 1963 eine Steigerung des Bruttoinlandsprodukts von jährlich 5,9% erzielen, während der Bevölkerungszuwachs nur 2,2% betrug. Seither hat sich dieses Verhältnis etwas verschoben.



© Abb. 24: Prinz Norodom Sihanouk bei der Eröffnung der Bauarbeiten an der Eisenbahnstrecke zwischen Phnom-Penh und Sihanoukville

Die Industrialisierung geschah in reichlich ungeordneter Weise: der Sekundärsektor bestreitet nicht mehr als 17% des Bruttoinlandsprodukts, gegenüber 41% für den Tertiärsektor (was zu hoch ist) und 42% für den Primärsektor.

Wenn die Reispflanzungen fast doppelt soviel produzierten wie vor dem Krieg, nämlich 2380000 Tonnen Paddyreis im Jahre 1966 gegenüber 1280000 Tonnen im Jahre 1940, so ist das nicht etwa auf eine Ertragssteigerung zurückzuführen, die immer noch 11 Zentner pro Hektar beträgt, sondern auf eine Verdoppelung der Anbauflächen (2500000 Hektar). Es bedarf auch keiner Agrarreform im Sinne einer Landaufteilung, denn die Bauern sind fast alle Landeigentümer; doch bleiben sie der Ausbeutung durch Wucherer und Händler ausgeliefert. Auch wurde die Frage der bäuerlichen Verschuldung ebensowenig gelöst wie die einer Rationalisierung der Ernte und Verteilung von Reis.

Die Exporte sind immer noch auf zwei Produkte beschränkt, die drei Viertel der Gesamtausfuhr ausmachen, auf Reis (41%) und auf Kautschuk (33%).

Die Regierung bemüht sich in hohem Maße um Volksbildung. Von 1940 bis 1964 stieg die Zahl der Volksschüler von 72000 auf 691000, die der Mittel- und Berufsschüler von 700 auf 85000 und die der Studenten von 0 auf 4760. Dieses erhebliche Anwachsen wirft jetzt schon die Frage auf, wie diese Jugend beschäftigt werden soll – ein Problem, das sich in Zukunft noch verschärfen wird.

VII. Laos

Dem Abkommen von 1956 folgte im November 1957 die Bildung einer Koalitionsregierung mit Souphanouvong als Planungsminister. Der *Pathet Lao* wurde zur regulären politischen Partei, zur *Neo Lao Haksat*, der patriotischen Front von Laos. Zusätzliche Wahlen am 3. Mai 1958 bestätigten seinen Sieg, denn von 21 neuen Sitzen gewann er 9 und sein Verbündeter, der *Santiphab*, 4.

Dieser Erfolg der Linken hatte eine heftige Reaktion der Vereinigten Staaten zur Folge, und ihre Drohung, die Finanzhilfe einzustellen, bewirkte im Juli 1958 den Sturz Souvanna Phoumas.

Mit ihrer Unterstützung nahm ein ›Komitee zur Verteidigung nationaler Interessen‹, das von General Phoumi Nosavan geleitet wurde, einem Vetter des siamesischen Diktators Sarit Thanarat, einen immer mächtigeren Platz in der Regierung ein und ließ die Tätigkeit der Linken unterbinden. Der Erfolg war, daß der Bürgerkrieg erneut aufflammte und Souphanouvong aus Vientiane floh. Der Bruderkrieg, die Korruption, die manipulierten Wahlen vom April 1960 und die amerikanische Einmischung ließen die allgemeine Unzufriedenheit immer stärker werden, was dann durch den Staatsstreich des Hauptmanns Kong Lè zum Ausdruck kam, der an der Spitze seiner Fallschirmjäger am 9. August 1960 Vientiane einnahm. Er berief Souvanna Phouma zurück und verlangte eine

Versöhnung mit dem *Pathet Lao*. Mit Unterstützung der Vereinigten Staaten und Thailands eroberten Phoumi Nosavan und Boun Oum die Hauptstadt nach einer schweren Bombardierung, die 1500 Tote forderte, am 15. Dezember 1960 zurück, doch blieb ihr Erfolg recht begrenzt, denn Kong Lè besetzte mit Unterstützung des *Pathet Lao* die Ebene der Tonkrüge, die strategische Schlüsselstellung des Landes, während sich der *Pathet Lao* immer mehr im Land ausbreitete. Angesichts der ständigen Niederlagen ihrer Verbündeten stimmten die Vereinigten Staaten einer internationalen Konferenz zu, die am 23. Juli 1962 in Genf mit einem internationalen Abkommen schloß, durch das die Neutralität von Laos garantiert wurde.

Im Grunde regelte dieses Abkommen leider nichts, und die Zwistigkeiten zwischen den einzelnen laotischen Fraktionen gehen ebenso weiter wie die Einmischungen von außerhalb des Landes. Die Kämpfe flammten wieder auf und dauern noch an. 1967 klärten sich die Fronten: der ›Neutralismus‹ hat gesiegt, Souvanna Phouma hat sich mit der Rechten für die Amerikaner entschieden, deren Flugzeuge die Gebiete des *Pathet Lao* bombardieren.

Der *Pathet Lao* dagegen hat mit Hilfe von Nordvietnam den größten Teil des Landes unter Kontrolle und überläßt den Truppen der Rechten nur einige Enklaven. Tatsächlich wird das Schicksal von Laos in Vietnam entschieden.

VIII. Nordvietnam

Die Entwicklung der Demokratischen Republik Vietnam stand seit 1954 unter dem Zeichen zweier Aufgaben, der des Wiederaufbaus und der Entwicklung einerseits und der der Wiedervereinigung mit dem Süden des Landes andererseits.

Zu Beginn mußten gleichzeitig zwei Krisen überwunden werden, deren erste durch Übertreibungen bei der Agrarreform hervorgerufen wurde und die zweite durch die Bewegung der ›Hundert Blumen‹.

Die Agrarreform war sowohl als Mittel zur Unterdrückung der Macht der Großgrundbesitzer wie auch als erster Schritt zu einer Industrialisierung gedacht. Das Gesetz vom 19. Dezember 1953 teilte die Landbevölkerung in fünf Kategorien ein, und zwar nicht etwa nach der Größe des Landbesitzes, sondern nach dessen Nutzbarmachung. Als Großgrundbesitzer wurden bezeichnet alle jene, die ihre Ländereien nicht selber bebauten; ›reiche Bauern‹ waren solche, die ihren Boden in erster Linie durch die Arbeit Dritter nutzten; ›mittlere Bauern‹ wurden alle genannt, die den Boden allein bearbeiteten; ›arme Bauern‹ waren für das Gesetz alle, die Boden von Dritten pachten mußten; und als letzte Klasse wurden die Landarbeiter aufgeführt. Nutznießer der Reform sollten in erster Linie die beiden letztgenannten Kategorien sein, die ja mit dem Proletariat nah verwandt sind.

Vor jeder Landaufteilung gingen Kaderangehörige in die Dörfer, um dort das Leben der Bauern zu teilen und deren Klassenbewußtsein zu wecken. Dann

forderten sie die Bauern auf, die ehemaligen Besitzer anzuklagen und zu richten, um sie auf diese Art und Weise von ihrer traditionellen Mentalität der Unterwürfigkeit frei zu machen. Insgesamt wurden 800000 Hektar unter 2,1 Millionen Familien verteilt.

Diese Reform war aber leider auch von schweren Übergriffen begleitet. Wenig ausgebildete Kaderleute führten den ›Klassenkampf‹ dogmatisch und schädigten oder verurteilten Bauern, die in der Widerstandsbewegung gekämpft hatten, und sogar arme und besitzlose Bauern, die sie mit mittleren oder reichen Bauern verwechselten. Allerdings waren die Unterschiede zwischen den Bauern durch das Gesetz auch recht unklar ausgedrückt. Es hagelte in solchem Maße Proteste, daß Partei und Regierung Selbstkritik übten und im Oktober und November 1956 eine ›Irrtumsberichtigung‹ verkündeten. Auf diese Erklärung antworteten die Bauern mit Demonstrationen in der Provinz Nghê-an und die Intellektuellen der *Nhân van* (s.u.) mit heftigsten Kritiken.

Für lange Zeit wurde die Presse- und Meinungsfreiheit scharf überwacht. Nach der dem XX. Parteikongreß der KPdSU vom Februar 1956 folgenden Entstalinisierungswelle und der ›Hundert Blumen‹-Bewegung Mao Tse-tungs gestattete es die Demokratische Republik Vietnam der Opposition eine Zeitlang ebenfalls, frei zu sprechen. Von September bis Dezember 1956 griffen die Zeitschriften *Nhân van* (›Humanismus‹) und *Giai phẩm* (›Gute Werke‹) die Regierungspolitik und das Verhalten der Parteifunktionäre heftig an.

Diese doppelte Krise wurde aber rasch überwunden. Hô Chi Minh, der bis zu seinem Tode (3. September 1969) ein ungeheures Ansehen genoß, übernahm wieder die Führung der Arbeiterpartei. Die landwirtschaftlichen Reformtribunale wurden abgeschafft, die unschuldigen Opfer rehabilitiert und wieder in ihre alten Rechte eingesetzt. Die ideologische Ausbildung der Parteifunktionäre wurde verstärkt, um eine Wiederholung solcher Pannen für die Zukunft zu unterbinden.

1960 wurde eine neue Verfassung veröffentlicht, welche die Grundrechte garantiert unter der Bedingung, daß dadurch »die Interessen von Volk und Staat nicht verletzt werden«. Während die Verfassung von 1946 eine ›bürgerliche Demokratie‹ zum Ziel hatte, besagt die neue, daß die Regierungsform »ein schrittweises Vorgehen der Volksdemokratie zum Sozialismus« darstelle. Dieser Umschwung äußert sich besonders auf wirtschaftlicher Ebene.

Trotz aller Fehler hat die Agrarreform die Bauern von jahrhundertelanger Ausbeutung befreit und ihren Arbeitseifer vermehrt. Dieser Umstand, verbunden mit der Lieferung von Düngemitteln, Gewährung von Krediten, Verbesserung der Anbautechniken, mit der Organisation von wechselseitiger Hilfe und von Genossenschaften, der Schaffung von Bewässerungsanlagen, und nicht zuletzt ein patriotischer Elan hatten eine wesentliche Ertragssteigerung zur Folge. Heute bringt ein Hektar 20 Zentner gegenüber 13 Zentnern vor dem Kriege. Da die Anbaufläche ebenfalls vergrößert wurde, verdoppelte sich die Produktion von Paddyreis nahezu und beträgt jetzt 4500000 Tonnen pro Jahr.

Die Kollektivierung weist ebenfalls steigende Zahlen auf. Schon Ende 1960 gehörten 85% der Bauernfamilien zu Genossenschaften, von denen 12% bereits rein sozialistische waren.

Der Aufschwung der Landwirtschaft schuf die Grundlagen für eine Industrialisierung. Nachdem der Wiederaufbau im Jahre 1957 beendet war, wurde durch einen Dreijahresplan von 1958 bis 1960 und daran anschließend durch einen Fünfjahresplan von 1961 bis 1965 die Leichtindustrie entwickelt oder neu geschaffen, so für Textilien, Tee, Papier, Holz, Zucker und Konserven, und die Schwerindustrie auf- und ausgebaut, wovon die Maschinenbauwerke von Hanoi und das Stahlwerk von Thai-nguyên, Elektrizitätswerke, Superphosphatfabriken, Zementwerke, Kohlen- und Zinngruben usw. Zeugnis ablegen. Gleichlaufend mit der Sozialisierung wurde die Entwicklung des staatlichen Sektors, d.h. der öffentlichen Unternehmen, und die Umwandlung von Privatunternehmen in gemischte Firmen vorangetrieben.

Auch auf dem Gebiet der Bildung unternimmt der Staat große Anstrengungen. Heute gibt es in den Ebenen keine Analphabeten mehr, und das Unterrichtswesen weist eine beträchtliche Steigerung der Schülerzahl auf, ganz besonders, was die technische Ausbildung anbelangt. Unterrichtssprache ist auf allen Stufen die Nationalsprache. Von 1955 bis 1964 stieg die Zahl der Schüler der zehnklassigen Volksschulen von 750000 auf 2700000, in den Berufsschulen von 2800 auf 35600 und auf den Hochschulen von 1200 auf 26300!

Die Arbeiterpartei (*Dang Lao-dong*) beherrscht Regierung und Abgeordnetenversammlung, die Verwaltung, die Armee und die Volksorganisationen. Den Parteikadern in Dörfern und Städten obliegt die Aufgabe, der Bevölkerung die Regierungspolitik genau zu erklären und sie durch Abhaltung ständiger ideologischer Fortbildungskurse zum ›rechten Denken‹ zu bringen. Außerdem müssen sie die Behörden ständig über die Volksmeinung auf dem laufenden halten.

Die Armee ist gleichzeitig ein politisches, ein militärisches und ein soziales Instrument. Die politische Erziehung spielt in der Armee eine ebenso große, wenn nicht sogar größere Rolle als militärische Übungen. Dank dieser politischen Erziehung und der strengen Kontrolle durch die Partei konnte die Demokratische Republik Vietnam jene Einmischung der Armee in die Politik vermeiden, die so viele junge Staaten erschüttert. Seit Friedensschluß beteiligt sich die Armee am Aufbau des Landes, nimmt an der Ausführung großer öffentlicher Arbeiten teil und hilft bei der Entwicklung der Landwirtschaft. Viele Staatsgüter werden von der Armee geführt.

Die Organisation der Partei schafft schließlich die Verbindung zwischen den Minoritäten und den Vietnamesen, worauf die Demokratische Republik ganz besonderen Wert legt, denn diese Minderheiten bilden 15% der Bevölkerung, und gerade ihre Hilfe war für die Widerstandsbewegung, die ihre Basis in Ober-Tongking hatte, von lebenswichtiger Bedeutung gewesen. Die Verfassung erklärt die Gleichheit aller Nationalitäten und gesteht ihnen das Recht auf

verwaltungsmäßige und kulturelle Unabhängigkeit zu (nicht aber das einer Sezession). Seit der Unabhängigkeit wurden zwei autonome Zonen geschaffen, die Thai- Mèo-Zone im Jahre 1955 mit 500000 Einwohnern und 1956 die Zone von Viêt-Bac mit 1500000 Einwohnern. Auf allen Stufen wurde das Bildungswesen vervollkommenet, und man schuf die Schriften Tay- nung und Mèo und entwickelte die Thai-Schrift weiter.

Die bedeutende materielle Infrastruktur, die durch harte Arbeit geschaffen worden war, wurde seit Februar 1965 durch die amerikanischen Bombardements, welche eigentlich ja schon im August 1964 nach dem sogenannten Zwischenfall von Tongking begonnen hatten, nach und nach zerstört.

Nachdem die Amerikaner erkannt hatten, daß sie mit den Guerillas im Süden nicht fertig werden konnten, hatten sie den Krieg nach Norden ausgeweitet und hofften damit, die kriegerische Moral Saigons zu heben und die der Südvietnamesischen Befreiungsfront vom Norden geleistete Hilfe einzuschränken oder gar unmöglich zu machen; man wollte den Norden zwingen, in Verhandlungen einzutreten. Aus diesem Grund griff die amerikanische Luftwaffe nicht nur Industrieanlagen und Verbindungswege an, sondern auch Schulen, Hospitäler und Einzelpersonen (durch Anwendung von Splitterbomben).

Die Republik dezentralisierte dann ihre wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Einrichtungen. Die Bevölkerung befindet sich im Verteidigungszustand, sie produziert und baut laufend wieder auf. Der Bauer geht mit seinem Gewehr aufs Feld. Gleichzeitig wurde eine außerordentlich umfangreiche Organisation zur Erhaltung menschlichen Lebens geschaffen: jedes Dorf, jede Fabrik, jede Gemeinschaft hat ihren Sanitätsdienst. Ganz besonders werden die Kinder geschützt, denn unter allen Umständen müssen jene am Leben bleiben, die das Land einmal wiederaufbauen sollen. Mitten im Krieg denkt die Republik an die Zukunft. Die Gesundheitsbehörden bereiten schon einen zweifachen Plan zur Wiederherstellung des physischen und neuropsychologischen Gesundheitszustands der Bevölkerung vor. Die Schulbehörden haben jetzt schon einen Zwanzigjahresplan für die wissenschaftliche und kulturelle Entwicklung fertiggestellt. Fünftausend Studenten wurden zu Studien ins Ausland geschickt. Auf die Herausforderung der größten Industriemacht der Welt mit ihrer Technik antwortet ein ganzes Volk mit all seinem Mut, all seinem Willen und seinem unerschütterlichen Glauben; denn, wie Präsident Hô Chi Minh in seinem Aufruf vom 17. Juli 1966 erklärte: »Nichts ist kostbarer als die Unabhängigkeit und die Freiheit.«



© Abb. 25: Hồ Chí Minh

IX. Südvietnam

Der zweite Krieg in Vietnam hat seinen Ursprung in der Diktatur des Ngô Dinh Diêm.

Nach Diên-biên-phu wählte der ›Staat Vietnam‹ Saigon als Hauptstadt. Mit Hilfe der Vereinigten Staaten stellte der Ministerpräsident Ngô Dinh Diêm die Staatsautorität wieder her, indem er die Sekten *Hoa-Hao* und *Cao-Dai* sowie die Gang der *Binh-Xuyen* liquidierte, die wirkliche Staaten im Staat bildeten. Am 25. Oktober 1955 veranlaßte er eine Volksabstimmung, die zur Absetzung des Kaisers Bao-dai und zur Errichtung einer Republik führte, deren erster Präsident er wurde.

Es handelte sich dabei um ein Regime der persönlichen Macht. Ngô Dinh Diêm traute nur seinen eigenen Familienmitgliedern. Einer seiner Brüder, Nhu, war sein engster politischer Berater; Cân, ein weiterer Bruder, regierte über das Zentrum des Landes, wo er eine eigene Armee unterhielt. Die Bande persönlicher Loyalität waren bei der Auswahl der hohen Beamten und der Generale maßgebend; so kann man von einer ›Feudalherrschaft des Präsidenten sprechen, die seine Herkunft aus einer Mandarinenfamilie widerspiegelte.

Obwohl nur ca. 20% der Bevölkerung katholisch sind, d.h. ca. 3 Millionen, waren die Katholiken eine einflußreiche Minderheit, um so mehr, als Diêm ein strenger, bei spanischen Dominikanern erzogener Katholik war. Thuc, ein weiterer seiner Brüder, war Erzbischof von Huê. Die meisten der 900000 Flüchtlinge aus dem Norden waren ihrem Pfarrer bei der Teilung gefolgt: die Bistümer von Nieder-Tongking bildeten wahre Hochburgen des Katholizismus, in denen die religiösen Autoritäten auch die politische Führung der Bewohner übernahmen. Sie stellten die Hauptmasse derer dar, die das Regime trugen.

Die Propaganda lag in den Händen der politischen Parteien, deren Leiter nichts anderes im Sinn hatten, als die Regierung zu unterstützen. Jegliche Opposition war verboten. Die wichtigste Partei war die ›Partei der personalistischen Revolution der Arbeit‹, die *Cân lao Nhân vi*, die von Ngô Dinh Nhu selbst ihre Weisungen bekam. Man konnte mit Recht von einem System der ›drei D‹ sprechen, das für die Auswahl der Beamten und Generale maßgebend war: *Dao* (die katholische Religion), *Dang* (die Partei) und *Dia-phuong* (die geographische Herkunft: der Norden oder das Zentrum eher als der Süden).

Das ganze System wurde von den Amerikanern mit getragen. Amerika war 1954/1955 der Geburtshelfer gewesen, es förderte seine Wirtschaft und bezahlte seine Truppen. Obwohl die Vereinigten Staaten alljährlich 150 bis 200 Millionen Dollar zusteuernten, genügte dies kaum, um die militärischen Ausgaben zu decken. Da diese im Durchschnitt 50% des Budgets ausmachten und die Ausgaben der Verwaltung sich auf 35% beliefen, blieben für Wirtschaft und soziale Leistungen nur 15% übrig. Dabei wurde auch dieser Restanteil hauptsächlich für strategische Bauten, wie Straßen, Flugplätze usw. verwendet, also für Projekte, die keinerlei Wirkung auf die nationale Produktionskapazität ausüben.

Tatsächlich betrachtete die Regierung die Bekämpfung des Kommunismus als ihre Hauptaufgabe. Unter Mißachtung des Genfer Abkommens weigerte sie sich, die Wahlen für eine Wiedervereinigung abzuhalten, und machte lieber Jagd auf ehemalige Widerstandskämpfer. Seit 1956 wurden Bewegungen für die ›Denunzierung von Kommunisten‹ (*tô công*) organisiert, und die Gefängnisse füllten sich. Der Höhepunkt der Unterdrückung wurde 1959 mit der Bildung von militärischen Ausnahmegerichten und der Errichtung von ›Prosperitätszentren‹ erreicht, die genau wie in Malaya dazu dienen sollten, die Bauern zusammenzufassen.

Bei diesen Bauern aber handelte es sich nicht um Chinesen, sondern um Vietnamesen. In all den Jahren des Kampfes gegen den Imperialismus waren sie hart geworden, und sie waren entschlossen, sich nicht widerstandslos hinmorden oder von ihrem Geburtsort fort in irgendwelche Fernen deportieren zu lassen. Ihr Widerstand, der sich bis dahin darauf beschränkt hatte, die von der Regierung eingesetzten Dorfvorsteher umzubringen, wandelte sich zur Guerilla. Geleitet wurde dieser Kampf von den Mitgliedern der alten revolutionären Garde des Südens, denen es dann auch gelang, alle Feinde Diêms miteinander zu

verbunden: die *Hoa-Hao*, die *Cao-Dai*, die demokratische und die radikalsozialistische Partei, die Bewegung für die Autonomie der ethnischen Minderheiten der Hochebenen, die chinesischen und die Khmer- Minderheiten, die Vereinigungen der Frauen, der Jugend, der Arbeiter, der Bauern, der Industriellen und Kaufleute, der Journalisten und die marxistisch-leninistische revolutionäre Volkspartei.

So wurde am 20. Dezember 1960 die ›Nationale Front zur Befreiung des Südens‹ (*Front national de libération du Sud*) gegründet, an deren Spitze Nguyễn Huu Tho gewählt wurde, ein ehemaliger Rechtsanwalt aus Saigon, der wegen seiner Tätigkeit für die Friedensbewegung im Gefängnis saß, aus dem er 1961 ausbrach. Am 15. Februar des gleichen Jahres wurden die ›Bewaffneten Befreiungstruppen‹ (*Forces armées de libération*) gebildet.

In den Städten hatte der Despotismus Diêms und seiner Familie ebenfalls ein Anwachsen der Unzufriedenheit zur Folge. Am 11. November 1960 scheiterte ein Putsch der Fallschirmjäger. Diêm hielt eine Reinigungsaktion für angebracht, der Hunderte von Beamten zum Opfer fielen, aber er weigerte sich unter Hinweis auf das Anwachsen der Guerillabewegung, irgendwelche Reformen durchzuführen. Die Vereinigten Staaten wußten gegen diese Bewegung auch kein anderes Mittel als das militärischer Lösungen. Dem diente der Bau ›strategischer Dörfer‹ und die Bildung einer Militärkommandantur in Saigon am 8. Februar 1962. Die Intervention war damit direkt und offiziell geworden, und sie wurde nach der Schlacht von Ap- bac am 2. Januar 1963, in der die Regierungstruppen trotz überlegener Bewaffnung eine schwere Niederlage erlitten, immer stärker und fühlbarer.

Der vollständige Bruch zwischen Regierung und Bevölkerung erfolgte einige Monate später. Die Krise begann im Mai in Huê, als die dortige buddhistische Gemeinde sich gegen die katholische Intoleranz auflehnte. Sie griff dann auch nach Saigon über, wo sich der Bonze Thich Quang Duc lebend verbrannte, um die Aufmerksamkeit der Welt auf seine Forderungen zu lenken. Überall war man über diesen freiwilligen Feuertod entsetzt und bewegt. Die Regierung, von den Amerikanern im Stich gelassen, wurde dann am 1. November 1963 von ihren eigenen Generalen gestürzt. Damit begann ein politisches Vakuum, ein Militärputsch folgte dem anderen, die Staatsgewalt wurde immer fiktiver und verdankte ihr Weiterbestehen nur einem massiven Eingreifen amerikanischer Truppen. Aus den damals 23000 Mann wurden bis 1967 500000, zu denen 60000 südkoreanische, thailändische, australische und philippinische Truppen kommen, welche die 600000 Mann der südvietnamesischen Regierungstruppen verstärken.

Die Vereinigten Staaten verteidigen hier nicht etwa wirtschaftliche Interessen, sondern ihre politische Hegemonie. Sie wollen – ganz besonders den Südamerikanern – ›beweisen‹, daß sie erfolgreich alle Befreiungskriege niederschlagen können. Vietnam dient als Versuchsfeld für die Technik der Guerillabekämpfung und zur Ausprobierung neuer Waffen.

Trotz ihrer Überlegenheit an Zahl und Material, trotz der vollkommenen Beherrschung der Luft gelang es den Amerikanern nicht nur nicht, die Befreiungsfront zu schlagen, deren Truppenstärke auf 250000 Mann geschätzt wird, sondern sie haben nicht einmal die strategische Initiative. Die Befreiungsfront kontrolliert drei Viertel des Landes und die Hälfte der Bevölkerung. Ihre wesentlichste Stärke sind ihre Kampfeslust, ihr politisches Bewußtsein, ihr Patriotismus und die Unterstützung durch das Volk, ohne die es der Befreiungsfront nicht möglich wäre, weiterzubestehen und sich immer stärker auszubreiten.

Nachwort

Fünf der sieben Länder der Welt, deren Bevölkerungszahl 100 Millionen übersteigt, liegen in Ost- oder Südasiens. Die beiden anderen, die zwei ›Supermächte‹, beunruhigen die ganze Welt. Daß aber die Entwicklung dieser fünf Länder – China, Indien, Indonesien, Pakistan und Japan – für die Zukunft der Menschheit ebenfalls grundlegend wichtig ist, wird im allgemeinen übersehen. Noch vor Ende des zweiten Jahrtausends wird das Schicksal der Menschheit eng damit verbunden sein, auf welche Art man sich mit den dringlichsten Problemen befaßt oder nicht befaßt hat, die Ost- und Südasiens bedrängen.

Zwei Jahrzehnte nach Erlangung der Unabhängigkeit oder nach der Revolution bleibt ihr Schicksal immer noch ungewiß und alarmierend. Japan muß dabei ausgenommen werden, denn sein Fall ist nicht mehr typisch. Damit soll nicht gesagt sein, daß es nicht ebenfalls unter schwerwiegenden Widersprüchen zu leiden hat. Es liegt nämlich etwas Hoffnungsloses in dem Erfolg Japans. Es ist ein Land, dessen Dynamik und technische Leistung es die meisten der alten Industrieländer überholen ließ, doch die zu geringe Ausdehnung seines Gebiets und seine Armut an Rohmaterialien setzen den Auswirkungen dieses ungewöhnlichen Sieges über sein Schicksal unerbittlich Grenzen. Man braucht nicht daran zu erinnern, was Japan seit der Meiji-Restauration, also seit kaum einem Jahrhundert, alles erreicht hat, doch darf man nicht vergessen, daß der Wirtschaftsboom der letzten 20 Jahre sowie die teilweise Meisterung der Bevölkerungsentwicklung den Bewohnern des Inselreiches bei weitem nicht den Gewinnanteil gebracht haben, der ihrer Disziplin und ihren Anstrengungen entsprochen hätte.

Obwohl die übrigen 100-Millionen-Länder Asiens größer sind und über größere Möglichkeiten verfügen, ist deren augenblickliches Problem noch weit schwerwiegender als dasjenige Japans vor 50 oder 100 Jahren – unter anderem deshalb, weil sie es in diesem Augenblick der Geschichte in Angriff nehmen. Die Bevölkerungsentwicklung der jüngsten Zeit hat besonders aus dieser Verschiebung um eine, zwei oder drei Generationen einen grundlegenden Faktor gemacht. Letzten Endes ist es auf diese Phasenverschiebung zurückzuführen, daß das japanische Gesetz über die Geburtenregelung von 1948 Erfolge zeitigte.

Damals – also ungefähr zur gleichen Zeit, als die Teilung Indiens erfolgte und Niederländisch-Indien unabhängig wurde – stand Japan an dritter Stelle der volkreichsten Staaten Asiens und blieb es bis vor knapp zehn Jahren. Gegenwärtig ist es auf den fünften Platz zurückgefallen, und der Abstand wird sehr schnell immer größer werden, denn der Geburtenüberschuß Japans betrug zwischen 1962 und 1967 5,3% und ist heute halb so hoch wie der Pakistans, der im gleichen Zeitabschnitt 11% betrug, während Indonesien sogar 12,6% aufwies.

Ein Anwachsen der Bevölkerung um jährlich 1% würde allein schon rechtfertigen, daß man Japan als Sonderfall in Asien betrachtet. Verglichen mit der demographischen und wirtschaftlichen Reife des Archipels erscheinen Hiroshima und das Trauma der Niederlage fast als politische Zwischenfälle, die für die Entwicklung auf lange Sicht weniger einschneidend sind.

Der Umschwung in der Bevölkerungsentwicklung vollzieht sich jedoch im übrigen Asien nichtsdestoweniger auf viel zu langsame Weise. Der Rückgang der Sterblichkeit ging sehr rapide vonstatten, und er wird sich schwerlich wieder vermindern. Die Geburtenzahl sinkt dagegen kaum, und zudem nur in bestimmten Ländern.

Der Zuwachs in der Produktion von Getreide, der zwischen 1956 und 1963 mit rund 3% jährlich in ganz Süd- und Ostasien stärker war als der Geburtenüberschuß mit 2,1% pro Jahr, ist in den letzten Jahren wieder auf 1,8% gefallen. Zwei aufeinanderfolgende schlechte Jahre hatten zwischen 1965 und 1967 sogar einen Rückgang der Produktion und Hungersnöte zur Folge. Die meisten Regierungen spürten die Dringlichkeit der Lage. Mittlerweile sind sie alle Anhänger einer Geburtenbeschränkung, doch ob diese in der Praxis durchgeführt werden kann, ist eine andere Frage. Auch wurde beschlossen, die Verwendung neuer Reissorten, ganz besonders des IR8, und von Getreidearten mit hoher Ergiebigkeit zu propagieren. Die Bauern sind heute viel eher bereit, die ›Wundersamen‹ zu verwenden, als sie einstmals gewillt waren, ihr Geld für Dünger auszugeben oder Bewässerungsanlagen zu schaffen – Investitionen, bei denen sich nicht so schnell und nicht so offenkundig zeigte, daß sie sich lohnten. Die Bezeichnung ›Wunderreis‹ ist jedoch irreführend, welches auch immer die legitimen Hoffnungen waren, die man an ihn knüpfte (teilweise dank der neuen Reissorten war die Ernte im Jahre 1968 gut); irreführend nicht so sehr wegen der Enttäuschungen, die man am Anfang erfahren mußte (IR8 und IR5 entsprachen in Geschmack und Qualität nicht den Erwartungen), sondern vor allem deshalb, weil noch so viele Körner mit hoher Ertragsfähigkeit natürlich keinen Ersatz für eine unbedingt notwendige landwirtschaftliche und soziale Revolution darstellen. Die Verbreitung dieser Samenarten von hoher Ergiebigkeit wird übrigens durch einen Mangel an Kunstdünger und Insektenvertilgungsmitteln sowie durch das Fehlen von Bewässerungskanälen in Frage gestellt. Auf der anderen Seite besteht die Gefahr, daß an Orten, an denen eine Überproduktion von Getreide erzielt wird, die Preise und damit die Einkünfte der Bauern sinken.

Es geht hier nicht darum, pessimistische Vorhersagen zu machen oder eine segensreiche Entdeckung in ihrem Wert zu schmälern, sondern es soll lediglich dargetan werden, wie kompliziert und ineinander verwickelt die Probleme in Wirklichkeit sind. Sie erfordern die ganze Kraft und die ganze Intelligenz allerer, die diese beispiellose Situation betrifft, d.h. gewiß der Völker und Regierungen Asiens, aber auch jener Europas und Amerikas. Die Privilegierten müssen den Armen helfen. Davon ist jeder überzeugt – oder sollte es wenigstens sein. Das Problem unserer Generation besteht darin, diese Hilfe auch wirkungsvoll zu gestalten.

Zeittafel

	Allgemein	China (und Taiwan)	Japan (und Korea)	Südostasien	Indien, Pakistan, Ceylon
1870					1871: Indien unter der Herrschaft der britischen Krone
1873					1876: Königin Victoria Kaiserin von Indien 1885: Gründung des Indian National Congress
1900	1905: Sieg Japans über Russland			1896: Revolution auf den Philippinen	1907: Teilung der Präsidienmacht Bengalen 1906: Gründung der Muslim-Liga 1909: Morley-Minto-Reformen
1910		1911/1912: Erste chinesische Revolution, Sturz des Kaiserthums 1912–1916: Yüan Shih-k'ai			
1911	1914–1919: Erster Weltkrieg, Russische Revolution und unmittelbare Folgen	1916–1921: Zeit der „Kriegsherrn“ (warlords) 1919: Vierte-Mai-Bewegung	1918: Rikuseishan		1920: Lucknow Pact
1920		1921: Gründung der Kommunistischen Partei Chinas (KPC)	1922: Räumung von Shantung 1923: Erdbeben in und um Tokyo 1924: Zweite Bewegung zur Rettung der Verfassung 1925: Gesetz über die allgemeinen Wahlen	1920: Entstehung des Generalrats der burmesischen Verbände 1921: Government of Burma Act	1920: Montagu-Chelmsford-Reformen, Erlass von Amritsar 1920: Erster satyagraha-Feldzug
1925		1926: Kampf zur Neuorganisation der Kuomintang 1926/1927: Tai-fu und zweite chinesische Revolution, Einigung des Reiches 1927–1934: Siegereis von Kuomintang 1927–1929: „Dreissigtausender“ von Nanking	1928: Massenverhaftungen von Kommunisten	1929: Die Perhiempanen Indonesien gegründet	1929: Wahlerfolg der Swami-Partei
1930	1930: Die Weltwirtschaftskrise erreicht Asien			1930: Bildung des VNQDQ in Vietnam, Gründung der Partei National Indonesia 1930: Gründung der Kommunistischen Partei Indochinas, Bauernrevolution	1927: Simon-Kommission 1928/1929: Bauernunruhen, Streiks, Verhaftungen von Kommunisten 1930: Zweiter satyagraha-Feldzug
		1931/1932: Japanische Invasion in der Mandchurie und Gründung von Manchukuo			1931: Zweite Round Table Conference in London

Anmerkungen

Abkürzungsverzeichnis

CQ = The China Quarterly
ECMM = Extracts from China Mainland Magazines
(American Consulate General, Hong Kong)
FA = Foreign Affairs
FEER = Far Eastern Economic Review
FWG = Fischer Weltgeschichte
IA = Indo Asia
JAS = The Journal of Asian Studies
JSAI = Jahrbuch des Südasien-Instituts der
Universität Heidelberg
NED = Notes et Etudes documentaires
SCMP = Survey of China Mainland Press (American
Consulate General, Hong Kong)

Kap. 1: Indien unter britischer Herrschaft von 1858 bis zum Zweiten Weltkrieg

1 Von früheren skizzenhaften Darstellungen indischer Geschichte verdanke ich Anregungen besonders den Arbeiten von L. Alsdorf, W. Norman Brown, P. Spear und H. Tinker (s. Bibliographie).

2 So suchte er zu zeigen, daß auch Jesus in Ansätzen *Vedānta*-Lehren verkündet habe. Auch sei das Ethos der christlichen Nächstenliebe nur in indischem Denken zureichend philosophisch begründet. Vgl. dazu P. Hacker in: *Saeculum* XII (1961), S. 366ff.

3 Vgl. D. Rothermund, *Die politische Willensbildung in Indien 1900 – 1960*. Wiesbaden 1965, S. 40.

4 Noch 1937 zählt eine Statistik in Indien 272 *Arts Colleges*, aber nur sieben für *Engineering*, sechs für Landwirtschaft, zwei für Forstwesen (nach L. Alsdorf, *Vorderindien*. Braunschweig 1955, S. 96).

5 Die Rede von 1895 ist auch abgedruckt bei D. Rothermund, *Der Freiheitskampf Indiens*. (Quellen und Arbeitshefte für den Geschichtsunterricht.) Stuttgart 1961, S. 22.

6 Zu einigen Gesichtspunkten s. FWG Bd. 29, S. 230ff.

7 Vgl. D. Rothermund, in: JSAI 1966, S. 159f.

8 Von R.C. Dutt, zit. in: R.C. Majumdar, *British Paramountcy and Indian Renaissance*. Bd. 1, Bombay 1963, S. 1151.

9 Vgl. FWG Bd. 29, S. 231.

10 Der Parse Dadabhai Naoroji verfaßte ein viel gelesenes Buch *Poverty and Un-British Rule in India*. London 1901.

11 B.P. Sitaramayya, *History of the Indian National Congress*. Bd. 1. Bombay 1935, S. 57f. gibt eine Tabelle mit 56 bis 1918 erfolglos gebliebenen Forderungen des Kongresses.

12 Aus einem Roman von Bankim Chandra Chatterji (1838 – 1894). Englische Übersetzung von Aurobindo Ghose bei C.H. Philips, *The Evolution of India and Pakistan 1858 to 1947. Select Documents*. Oxford 1962, S. 427; deutsch bei H. v. Glasenapp, *Der Hinduismus*. München 1922, S. 427.

13 Nach V. Chirol, *Indian Unrest*. London 1910, S. 103.

14 Beispiele in R.C. Majumdar, *a.a.O.* (Anm. 8), Bd. 2 (1965), S. 320ff.

15 Auch die Schreibung ›Diarchie‹ kommt vor.

16 Einige Statistiken bei D. Rothermund, *a.a.O.* (Anm. 3), S. 88.

17 Für Hilfsmittel zum Studium Gandhis s. Bibliographie unter J.S. Sharma, Tendulkar, Gandhi.

18 Vgl. W.E. Mühlmann, *Mahatma Gandhi*. Tübingen 1950, S. 193ff.

19 O. Wolff, *Mahatma und Christus*. Berlin 1955.

20 W.E. Mühlmann, *a.a.O.* (Anm. 18), S. 104, 204, 211ff.

21 Ab 1947 in Form und Ausdeutung leicht verändert. Vgl. V.S. Agrawala, *The Wheel Flag of India*. Benares 1964.

22 R.C. Majumdar, *History of the Freedom Movement in India*. Bd. 3. Kalkutta 1963, S. 60ff.

23 Einzelheiten bei D. Rothermund, *a.a.O.* (Anm. 3), S. 122ff.

24 Vgl. G. Overstreet u.M. Windmiller, *Communism in India*. Berkeley 1959, S. 137.

25 Text bei B.P. Sitaramayya, *a.a.O.* (Anm. 11), Bd. 1, S. 568ff.

26 Vgl. R.C. Majumdar, *a.a.O.* (Anm. 22), Bd. 3, S. 475ff.

27 D. Rothermund, *a.a.O.* (Anm. 3), S. 169.

28 Über die Fürstenstaaten vgl. auch FWG Bd. 29, S. 237f.

29 Belege bei D. Rothermund, *a.a.O.* (Anm. 3), S. 164f.

30 Vgl. H. Tinker, *The foundations of Local Self- Government in India, Pakistan and Burma*. London 1954, S. 247 – 298.

31 Das Wort hieße persisch ›Land der Reinen‹, wird aber auch als Akrostichon erklärt aus Panjab, Afghanenprovinz (= Nordwest-Grenzprovinz), Kashmir, Sind.

Kap. 2: Ceylon vom 19. Jahrhundert bis zum Zweiten Weltkrieg

1 Die soziale und rechtliche Ordnung des singhalesischen Königreichs behandelt R. Pieris, *Sinhalese Social Organization. The Kandyan Period*. Peradeniya 1956.

2 Ausführliche Darstellung in P.E. Pieris, *Sinhalē and the Patriots, 1815 – 1818*. Colombo 1950.

3 Der Bericht wurde von G.C. Mendis veröffentlicht (s. Bibliographie).

4 Siehe Capt. J. Macdonald Henderson, *The History of the Rebellion in Ceylon during Lord Torrington's Government*. London 1868.

5 Vgl. H.D. Evers, *Buddhism and British Colonial Policy in Ceylon, 1815 – 1875*, in: *Asian Studies* 2 (1964), S. 323 – 333.

Kap. 3: Japan und Korea vom Ersten Weltkrieg bis zum Jahre 1937

1 Bei der Abfassung dieses Kapitels haben wir uns in erster Linie an japanische Quellen gehalten. Der interessierte Leser sei darauf hingewiesen, daß eine Bibliographie der japanischen Veröffentlichungen zur Geschichte dieser Epoche zu finden ist in der *Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale*, Nr. 43 vom Juli 1961, S. 111 – 113. Außerdem sind in diesem Zusammenhang zu nennen die Bände 19 – 21 von *Nihon-rekishi* (Geschichte Japans), erschienen 1963 beim Verlag Iwanami, Tōkyō, sowie zwei Dokumentensammlungen: Gaimushō (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), *Nihon gaikō nempyō narabini shuyō bunshō* (Chronologische Aufstellung über die japanische Außenpolitik und wichtigste Dokumente), Tōkyō 1965, Bd. 2, und *Gendaishi shiryō* (Dokumente zur Zeitgeschichte), Verlag Misuzu; von diesem Werk sind bisher über 30 Bände erschienen.

2 Siehe auch P. Akamatsu, *Au Japon, les émeutes du riz de 1918*, in: *Annales – Economies, Sociétés, Civilisations*, Nr. 5, Sept./Okt. 1964, S. 928 – 932.

3 Vgl. S. 282 dieses Bandes.

Kap. 4: China zwischen 1912 und 1937

1 Siehe H. Franke u.R. Trauzettel, *Das chinesische Kaiserreich*. FWG Bd. 19. Frankfurt/M. 1968.

2 *A.a.O.*, S. 337.

3 Über Ts'ao (155 – 220 n. Chr.), den der Roman ›Die drei Reiche‹ (*San-kuo chih yen-i*) fast zur Sagenfigur werden ließ, vgl. *a.a.O.*, S. 119ff.

4 C. Brandt, *Stalin's Failure in China, 1924 – 1927*. Harvard 1958. Kap. 5.

5 Das Gesetz von 1930 setzte zwar den Höchstbetrag des Anteils auf drei Achtel der Ernte fest, doch fand es so gut wie niemals Anwendung.

6 L. Bianco, *La crise de Sian (décembre 1936)*. Im Druck (Verlag Mouton, Paris).

Kap. 5: Südostasien vom Anfang des 20. Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg

1 J. Stalin, *Über die politischen Aufgaben der Universität der Völker des Ostens*. Zuerst in: *Prawda* Nr. 115, vom 22. Mai 1925. Hier zit. nach: J. Stalin, *Werke*. Deutsche Ausgabe. Besorgt vom Marx-Engels-Lenin-Institut beim Zentralkomitee der SED. Bd. 7. Berlin 1952, S. 131.

2 J.R. Hayden, *The Philippines*. New York 1942, S. 400.

3 C. Robequain, *Le monde malais*. Paris 1946, S. 463.

Einführung zu Teil B: der Zweite Weltkrieg und seine Folgen

1 Siehe dazu im einzelnen S. 125f. des vorliegenden Bandes.

2 Chronologie der wichtigsten japanischen Offensiven und Eroberungen:

8.12.1941: Einige Stunden nach dem Überfall auf Pearl Harbor wird die Luftflotte Mac-Arthurs zerstört, die hauptsächlich in Clark Field im Norden von Manila stationiert ist. Die von nun an ungeschützten Philippinen werden am 10. 12. besetzt.

Dezember: Einnahme von Guam (10.), des Wake- Atolls (23.) und von Hongkong (25.).

Januar 1942: Einnahme von Manila (2.) und Invasion von Niederländisch-Indien (11.), das Anfang März vollständig besetzt wird.

15.2.: Fall von Singapur.

8./9.3.: Einnahme Ranguns.

April – Mai: Entscheidende Siege in Burma, wo Lashio am 30.4. fällt und die ›Burma-Straße‹ blockiert wird, sowie auf den Philippinen, die am 6.5. vollkommen erobert werden.

Mai – Juni: Die Schlacht im Korallenmeer am 7./8.5. endet mit einer Schlappe, die den japanischen Vormarsch auf Australien zum Stillstand bringt, und die Schlacht bei den Midway-Inseln (3. – 6.6.) wird zu einer glatten Niederlage für die Japaner, wodurch Hawaii gerettet wird.

Von diesem Augenblick an befinden sich die Japaner in der Defensive; eine Wende des Krieges ist eingetreten.

3 Vgl. Kap. 8.

4 Vgl. Kap. 9.

5 Vgl. Kap. 7.

Kap. 6: Japan im Krieg (1937 – 1945)

1 Nach der Heimkehr der Truppen und der Emigranten stieg die Bevölkerungszahl Japans im Jahr 1946 auf 75 800 000 und 1947 auf 78 100 000.

Kap. 7: die chinesische Revolution (1937 – 1949)

1 Zu diesem Begriff und zu den Beziehungen zwischen Bauern und Kommunisten während des Zweiten Weltkriegs vgl. C.A. Johnson, *Peasant Nationalism and Communist Power*. Stanford 1962.

2 A.a.O., Kap. 6.

3 L. Bianco, *Les paysans et la révolution*, in: *Politique Etrangère*. Paris, Nr. 2, 1968.

4 L. Bianco, *Les origines de la révolution chinoise*. Paris 1967, S. 260 – 266.

5 Vgl. W. Hinton, *Fanshen*. New York – London 1966.

6 J. Belden, *China breaks the world*. New York 1949.

7 Vgl. zu diesem Komplex neben dem weiter oben in diesem Kapitel und in Kapitel 4 Gesagten auch FWG 19, Kap. 10 u. 11.

Kap. 8: Südostasien wird unabhängig

1 V. Thompson u.R. Adloff, *The Left wing in Southeast Asia*. New York 1950, S. 9 – 15.

2 Zit. in: V. Purcell, *Malaya: Communist or free?* London 1954, S. 172.

Kap. 9: Indien 1939 – 1947

1 A. Hitler, *Mein Kampf*. Bd. 2, Kap. 14.

2 Weitere Gründe für die Entkolonisierung in FWG Bd. 29, S. 331ff.

3 Vgl. R.C. Majumdar, *History of the Freedom Movement in India*. Bd. 3. Kalkutta 1963, S. 610f.

4 Nach R.C. Majumdar, *a.a.O.* (Anm. 3), S. 613, war dies vielleicht ein Erfolg indischer Bemühungen im Exekutivrat.

5 Die offizielle Stellungnahme von Liga und Kongreß bei C.H. Philips, *The Evolution of India and Pakistan 1858 to 1947. Select Documents*. Oxford 1962, S. 373 – 376.

6 Text der Resolutionen bei C.H. Philips, *a.a.O.* (Anm. 5), S. 340ff. – Das *Working-Committee* kann das ›Kabinett‹ des Kongresses, das *All India Congress Committee* sein ›Parlament‹ genannt werden.

7 Abgedruckt bei D.G. Tendulkar, *Mahatma*. Bd. 6, S. 185ff.

8 Vgl. S.S. Harrison, *India – The Most Dangerous Decades*. Princeton 1960, S. 140ff.

9 In Sind erst nach einer zweiten Wahl im Dezember 1946.

10 Dazu fanden im Juli 1946 nochmals Wahlen statt.

11 Ausführlich darüber z.B.E.W.R. Lumby, *The Transfer of Power in India 1945 – 1947*. London 1954, S. 71ff.

12 Vgl. M. Brecher, *Nehru. Eine politische Biographie*. Engl. Ausg. London 1959. Deutsche Ausg. München 1963, S. 142.

13 Vgl. M.A. Chaudhri, *The Emergence of Pakistan*. New York – London 1967, S. 75f.

14 Vgl. D. Rothermund, *Die politische Willensbildung in Indien 1900 – 1960*. Wiesbaden 1965, S. 205.

15 E.W.R. Lumby, *a.a.O.* (Anm. 11), S. 155.

16 E.W.R. Lumby, *a.a.O.* (Anm. 11), S. 263.

17 V.P. Menon, *The Transfer of Power in India*. Bombay 1957, S. 434.

18 Faksimile bei Pyarelal, *Mahatma Gandhi*. Bd. 2. Ahmedabad 1965, S. 496.

Kap. 10: Der indische Subkontinent seit 1947

1 Details bei J.B. Das Gupta, *Indo-Pakistan Relations 1947 – 1955*. Amsterdam 1958, S. 188ff.; S.M. Rai, *Partition of the Punjab*. London 1965, S. 72ff.

2 Eine genaue Darstellung gibt A.A. Michel, *The Indus Rivers. A Study of the Effects of Partition*. New Haven 1967.

3 Vgl. V.P. Menon, *The Story of the Integration of the Indian States*. London 1956; für Pakistan s.W.A. Wilcox, *Pakistan. The Consolidation of a Nation*. New York 1963.

4 Ein klarer Überblick jetzt bei A. Lamb, *Crisis in Kashmir 1947 to 1966*. London 1966.

5 M.A. Chaudhri, *The Emergence of Pakistan*. New York – London 1967, S. 292.

6 Jayaprakash Narayan bei A. Lamb, *a.a.O.* (Anm. 4), S. 107.

7 Z.B. eine 1957 gegründete *Plebiscite Front*.

8 Aktueller Anlaß war das Verschwinden einer Haar- Reliquie aus einem muslimischen Heiligtum bei Shrinagar. Vgl. A. Lamb, *a.a.O.* (Anm. 4), S. 73ff.

9 Vgl. Sheikh Abdullah in: FA 43 (1965), S. 528ff.

10 Beide Länder bezichtigten sich im April 1965 gegenseitig der Verletzung der 1947 hier nicht klar festgelegten Grenze zwischen Gujarat und Pakistan. Im Februar 1968 erging der Spruch eines Internationalen Schiedsgerichts zur Teilung des Rann.

11 Vgl. A. Lamb, *a.a.O.* (Anm. 4), S. 118.

12 Die Beobachtergruppe der UNO stellte eindeutig Infiltranten fest.

13 Bald danach wurden wieder mehrere Verhaftungen unter der kashmirischen Opposition vorgenommen.

14 Die Einwohnerzahl beträgt heute über 100 Millionen.

15 Ausführlich darüber L. Binder, *Religion and Politics in Pakistan*. Berkeley 1963.

16 Über Maududi und die *Jamā'at-i Islāmī* s. außer Binder auch Aziz Ahmad, *Islamic Modernism in India and Pakistan 1857 – 1964*. Oxford 1967, S. 208ff.

17 Bengali im Osten, Urdu mit Pashto, Panjabi, Sindhi im Westen.

18 Vgl. H. Langerhans in: IA 1966, S. 136ff.

19 Vgl. die Tabellen bei A. Tayyeb, *Pakistan. A Political Geography*. Oxford 1966, S. 181f.

20 Einzelheiten z.B. bei Mushtaq Ahmad, *Government and Politics in Pakistan*. 2. Aufl. Karatschi 1963; J. Stephens, *Pakistan*. 3. Aufl. London 1967.

21 Genaueres bei K. v. Vorys, *Political Development in Pakistan*. Princeton 1965, S. 196ff.

22 Die Fairneß der Wahl unter Kriegsrecht bezweifelt K. v. Vorys, *a.a.O.* (Anm. 21), S. 202; anders R. Williams, *The State of Pakistan*. Neuaufl. London 1966, S. 215.

23 Vgl. Ayub Khan in: FA 42 (1963/64), S. 195ff.

24 A. Lamb, *a.a.O.* (Anm. 4), S. 101; vgl. auch FWG Bd. 16, S. 320.

25 J.M. Hunck in: IA 1963, S. 244.

26 M. Ayub Khan, *Friends not Masters. A Political Autobiography*. Oxford 1967, S. 216.

27 Zum Werden der Verfassung s.G. Austin, *The Indian Constitution*. Oxford 1966.

28 H. Tinker, *India and Pakistan. A Short Political Guide*. London 1962, S. 48.

29 Vgl. D. Rothermund, *Die politische Willensbildung in Indien 1900 – 1960*. Wiesbaden 1965, S. 215ff.

30 Zu Beispielen von *factionalism* s.P.R. Brass, *Factional Politics in an Indian State. The Congress Party in Uttar Pradesh*. Berkeley 1965.

31 Ausführlich dazu M. Brecher, *Succession in India*. Oxford 1966.

32 Von 7,5 auf 10,4%, nach S. Subramaniam, *Die Wirtschaftsentwicklung Indiens 1951 bis 1961*. (Kieler Studien 69.) Tübingen 1965, S. 54.

33 Zur Kleinindustrie s.M. Feldsieper in: IA 1967, S. 33ff.

34 1965 lieferten die USA 1/6 ihrer Weizenernte.

35 K.H. Junghans in: JSAI 1966, S. 167ff.

36 Beispiele gibt die Arbeit von P. Gaeffke, *Hindiromane in der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts*. Leiden – Köln 1966, und, mit parteilich-marxistischer Interpretation, die von W. Rüben, *Indische Romane. Eine ideologische Analyse*. 3 Bde. Berlin 1964 – 1967.

37 Eine Darstellung solcher desintegrierender Kräfte gibt S.S. Harrison, *India – The Most Dangerous Decades*. Princeton 1960; dazu B.R. Nayar, *Minority Politics in the Punjab*. Princeton 1966, S. 333ff.

38 Die DMK, heute Regierungspartei in Madras, hält jetzt separatistische Töne zurück.

39 So die *Times of India*, zit. bei M. Brecher, *a.a.O.* (Anm. 31), S. 166.

40 Art. 351 der Verfassung.

41 Einige Details bei M. Brecher, *a.a.O.* (Anm. 31), S. 151ff.

42 Eine Untersuchung darüber gibt D.E. Smith, *India as a Secular State*. Princeton 1963.

43 D. Rothermund, *a.a.O.* (Anm. 29), S. 220f.

44 Art. 28 der Verfassung.

45 Öfter beschrieben, z.B. bei M.N. Srinivas, *Caste in Modern India*. London 1962.

46 In 10 Bundesländern besteht ein solches Verbot.

47 Vgl. S.S. Harrison, *a.a.O.* (Anm. 37), S. 204ff.

48 G. Overstreet u.M. Windmiller, *Communism in India*. Berkeley 1959, S. 508ff.; P. Sager, *Moskaus Hand in Indien*. Bern 1966, S. 26f.

49 Die Spaltung der linken CPI ist inzwischen erfolgt. Vgl. I. Rothermund, *Die Spaltung der Kommunistischen Partei Indiens – Ursachen und Folgen*. Wiesbaden 1969.

50 Genauer bei H.L. Erdman, *The Swatantra Party and Indian Conservatism*. Cambridge 1967.

51 Vgl. dazu auch FWG Bd. 16, S. 275ff.

52 Dazu W. v. Pochhammer, *Die Auseinandersetzung um Tibets Grenzen*. Frankfurt a.M. 1962; M.W. Fisher, L.E. Rose u.R.A. Huttenback, *Himalayan Battleground. Sino – Indian Rivalry in Ladakh*. New York 1963; A. Lamb, *The China – India Border*. Oxford 1964.

53 Details bei M.W. Fisher, *a.a.O.* (Anm. 52), S. 135ff.; J. Rowland, *A History of Sino-Indian Relations. Hostile Co-Existence*. Princeton 1967, S. 166ff.

54 A. Lamb, *a.a.O.* (Anm. 4), S. 128ff.; J. Rowland, *a.a.O.* (Anm. 53), S. 200ff.

55 Vgl. das umstrittene Buch von B.M. Kaul, *The Untold Story*. Bombay 1967.

Kap. 11: Ceylon seit 1948

1 Von dem in singhalesischer Sprache verfaßten Bericht erschien eine verkürzte englische Übersetzung unter dem Titel *The Betrayal of Buddhism* (s. Bibliographie). Über den Bericht s.H. Bechert, *Buddhismus, Staat und Gesellschaft in den Ländern des Theravāda-Buddhismus*. Bd. 1. Frankfurt a.M. 1966, S. 268ff.

2 Zur Sprachenpolitik in Ceylon s.R.N. Kearney, *Communalism and language in the politics of Ceylon*. Durham 1967.

3 Die Beurteilung der Entwicklung durch Surindar Suri (*Umschwung in Ceylon*, in: Politische Vierteljahresschrift 7, 1966, H. 2) ist oberflächlich und irreführend.

4 Über die Kulturpolitik und die Bedeutung des politischen Buddhismus im modernen Ceylon s. ausführlich H. Bechert, *a.a.O.* (Anm. 1), Bd. 1, S. 305 – 369; Bibliographie zur neueren Entwicklung Ceylons *a.a.O.*, Bd. 3 (im Druck).

Kap. 12: Die Volksrepublik China und Taiwan von 1949 bis 1968

1 Es handelt sich hierbei um Nettoimporte, d.h. den Überschuß von Einfuhren gegenüber den Ausfuhren, denn die Volksrepublik China kauft und verkauft gleichzeitig Getreide von verschiedener Art und Qualität.

2 Siehe oben S. 137f.

3 R. Dumont, *Révolution dans les campagnes chinoises*. Paris 1957, S. 44.

4 Nach einem damals veröffentlichten Bericht des Ministeriums für öffentliche Sicherheit; dieser ist erwähnt bei S. Schram, *Mao Tse-tung*. Deutsche Ausg. Frankfurt a.M. 1969, S. 265.

5 R.J. Lifton, *Brainwashing in Perspective*, in: *New Republic*, 13. Mai 1957 (zit. in: F. Schurmann u.O. Schell [Hrsg.]), *The China reader: communist China*. New York 1967, S. 144). Vgl. auch vom gleichen Verf.: *Thought reform and the psychology of totalism*. New York 1961.

6 Zum Koreakrieg vgl. unten S. 282f.

7 Li Fu-ch'un, *Rapport sur le premier plan quinquennal ...*, in: *Communist China 1955 bis 1959. Policy documents with analysis*. Eingeleitet von Bowie u. Fairbank. Harvard 1962, S. 60.

8 Th. P. Bernstein, *Leadership and Mass Mobilisation in the Soviet and Chinese Collectivization Campaigns of 1929/1930 and 1955/1956. A comparison*. In: *CQ* 31 (1967), S. 1 – 47.

9 A. Eckstein, *Communist China's Economic Growth and Foreign Trade*. New York 1966, S. 18. Vgl. auch die früheren Studien des gleichen Verf., besonders *Conditions and Prospects for Economic Growth in Communist China*, in: *World Politics*, Bd. 7, Nr. 2 (Januar 1955).

10 Vgl. A. Eckstein, *a.a.O.* (Anm. 9. *Communist China's ... etc.*), S. 20f. Dort findet sich eine vergleichende Darstellung der wichtigsten Produktionsziffern

(insgesamt und pro Kopf) in der UdSSR der Jahre 1927/1928 und im China von 1952.

11 C.M. Li, *The first decade: Economic Development*, in: CQ 1 (1960), S. 35 – 50.

12 Die verschiedenen Angaben zu demographischen Verhältnissen und Problemen sind folgenden Werken entnommen:

J.S. Aird, *The size, composition and growth of the population of mainland China*. Washington 1961.

ECMM, Nr. 91, S. 22 – 25.

Kang Chao, *Industrialization and Urban Housing in Communist China*, in: JAS XXV, 3 (1966), S. 381 – 396.

L.A. Orleans, *Professional manpower and education in Communist China*. Washington 1960.

L.A. Orleans, *The recent growth of Chinas urban population*, in: Geographical Review 49 (Januar 1959), S. 43 – 57.

SCMP, Nr. 1668, S. 3 – 7.

M.B. Ullman, *Cities of Mainland China*. Washington 1961.

13 Die engl. Übersetzung dieser Äußerung Maos findet sich in: S. Schram, *The Political Thought of Mao Tse-tung*. London 1963, S. 253.

14 J.C. Liu, *Fertiliser Application in Communist China*, in: CQ 24 (1965), S. 28 – 52.

15 *Rote Fahne*, Nr. 21, vom 1. Nov. 1962; zit. in: C.M. Li (Hrsg.), *Industrial Development in Communist China*. New York 1964, S. 35.

16 Siehe eine vielleicht etwas zu optimistische Würdigung der jüngsten wirtschaftlichen Entwicklung bei D.H. Perkins, *Economic Growth in China and the Cultural Revolution (1960 – April 1967)*, in: CQ 30 (1967), S. 33 – 48.

17 C. Cadart, *La crise des relations sino-soviétiques*, in: Revue française de Science politique, XLV, 5 (Okt. 1964).

18 Wörtlich: die ›sozialistischen Nachfolger‹.

19 M. Djilas, *The New Class. An analysis of the communist system*. New York 1957 (deutsche Ausg.: *Die neue Klasse. Eine Analyse des kommunistischen Systems*. München 1958).

20 E.F. Vogel, *From Revolutionary to Semi-Bureaucrat: the ›Regularisation‹ of Cadres*, in: CQ 29 (1967), S. 30 – 60.

21 A.D. Barnett, *China after Mao*. Princeton 1967.

22 Oftmals nur mit den Anfangsbuchstaben JCRR (*Joint Commission on Rural Reconstruction*) bezeichnet.

23 Siehe oben S. 133.

24 Siehe oben S. 143.

Kap. 13: Japan und Korea seit 1945

1 J. Chéroy, *Où va le Japon?* Paris 1954.

2 J. Lequiller, *Le Japon*. Paris 1965, S. 459ff.

3 J. Lequiller, *a.a.O.* (Anm. 2), S. 467.

4 J. Robert, *Education et information au Japon*, in: *Information, Education et Progrès politique*. Institut des Sciences Sociales. Province de Barcelone. 1967, II, S. 393 – 409.

5 H. Brochier, *Le miracle économique japonais*. Paris 1965, S. 133ff.

6 J. Lequiller, *a.a.O.* (Anm. 2), S. 471.

7 J. Stoëtzel, *Jeunesse sans chrysanthème ni sabre*. Paris 1953, S. 94.

8 T. Miyazawa, *La Constitution et les partis politiques*, in: *Orient – Occident* Nr. 7, S. 20.

9 *La Documentation Française*, NED: *L'évolution électorale du Japon depuis la dernière guerre (1945 – 1959)*. 3. Mai 1960, Nr. 2661.

10 J. Lequiller, *a.a.O.* (Anm. 2), S. 487f.

11 *La Documentation Française*, NED: *Le Gouvernement Kishi à la veille de la dissolution*. 24. Mai 1958, No. 2417.

12 *La Documentation Française*, NED, *a.a.O.* (Anm. 11).

13 A. Presse, *La Soka Gakkai*. 1965.

Kap. 14: Südostasien seit Erlangung der Unabhängigkeit

Keine Anmerkung.

Literaturverzeichnis

Berücksichtigt wurden nur Veröffentlichungen in westlichen Sprachen. – Zur Kennzeichnung durch vorangestelltes Sternchen (*) s.u.S. 332.

Allgemeines (Ost- und Südasiens)

Bibliographien

American Bibliographic Service, Quarterly Check list of Oriental Studies. Darien (Connecticut) 1960

The Asia Society, An Introductory Reading Guide to Asia. 2. Aufl. New York 1962

Bibliography Of Asian Studies (jährliches Supplement des *Journal of Asian Studies*; Nr. 5 jedes Bandes; erscheint jeweils im September). Bis 1956 unter dem Titel: Far Eastern Bibliography

School Of Oriental And African Studies, Monthly List of Periodical Articles on the Far East and South East Asia. Vervielfältigt. London, seit 1956

Stucki, C.W., American Doctoral Dissertations on Asia, 1933 – 1962. Ithaca 1963

Zeitschriften

Asian survey. Berkeley, seit 1961

Far Eastern Economic Review. Erscheint wöchentlich. Hongkong, seit 1946. Die FEER veröffentlicht jedes Jahr ein wertvolles *Yearbook*

*The Journal Of Asian Studies (5 Nummern jährlich). Ann Arbor. Von 1941 bis 1956 unter dem Titel: The Far Eastern Quarterly

Pacific Affairs. Vancouver, seit 1928

Pacific Historical Review. Berkeley, seit 1932

Problems of Communism. Washington

Einzelne Werke

*Allen, G., u. Donnithorne, A., Western Enterprise in Far Eastern Economic Development: China and Japan. London 1954

Asia Who's Who. Hongkong 1958

Barnett, A.D. (Hrsg.), *Communist Strategies in Asia. A comparative Analysis of Governments and Parties*. New York 1963

Beckmann, G., *Modernization of China and Japan*. New York 1962

Beloff, M., *Soviet Policy in the Far East, 1944 – 1951*. London 1953

*Buss, C.A., *Asia in the Modern World*. New York 1964

Chandrasekhar, S. (Hrsg.), *Asia's Population Problems. With a Discussion of Population and Immigration in Australia*. New York 1967

*Chesneaux, J., *L'Asie orientale aux XIXème et XXème siècles*. Paris 1966

Cheverny, J., *Eloge du colonialisme, essai sur les révolutions d'Asie*. Paris 1961

Clyde, P.H., *The Far East. A history of the impact of the West on Eastern Asia*. 3. Aufl. New York 1958

Dallin, D.J., *Soviet Russia and the Far East*. Yale 1948

Dumont, R., u. Rosier, B., *Nous allons à la famine*. Paris 1966

*Fairbank, J.K., Reischauer, E.O., u. Craig, A.M., *East Asia: The Modern Transformation*. Boston 1965

Ginsburg, N., *Pattern of Asia*. Englewood Cliffs 1958

Gourou, P., *L'Asie*. Paris 1953

Holland, W., *Asian Nationalism and the West*. New York 1953

Jacobs, N., *The origin of modern capitalism and Eastern Asia*. Hongkong 1958

Kahin, G., *The Asian African Conference, Bandoeng*. Ithaca 1956

Kirby, E.S., *Economic Development in East Asia*. New York 1967

*Kuznets, S., u.a., *Economic Growth: Brazil, India, Japan*. Durham 1955

Langer, W., *The Diplomacy of Imperialism, 1890 – 1902*. New York 1951

Linebarger, P.A., u.a., *Far Eastern government and politics: China and Japan*. New York 1954. 2. Aufl. Princeton 1956

Linton, R., *Most of the World*. New York 1949

*MacNair, H.F., U. Lach, D.F., *Modern Far Eastern International Relations*. New York 1950 u. 1955

Maki, J., *Conflict and Tensions in the Far East. Key Documents 1894 – 1940*. Seattle 1961

Michael, F., u. Taylor, G.E., *The Far East in the Modern World*. New York 1956

*Moore, B., *Social Origins of Dictatorship and Democracy. Lord and Peasant in the Making of the Modern World*. Boston 1966

Myrdal, G., u.a., *Asian Drama*, New York 1968

Quigley, H.S., *Far Eastern War, 1937 – 1941*. Boston 1942

Renouvin, P., *La Question d'Extrême-Orient, 1840 – 1940*. Paris 1946

Robinson, H., *Monsoon Asia. A Geographical Survey*. New York 1967

Romein, J., *The Asian Century*. London 1962

Scalapino, R. (Hrsg.), *The Communist Revolution in Asia. Tactics, Goals and Achievements*. Englewood Cliffs 1965

Stamp, A.D., *Asia. Regional and Economic Geography*. 8. Aufl. London 1950

Thompson, W.S., *Population and Progress in the Far East*. Chicago 1959

Vinacke, H., A History of the Far East in the Modern Times. 6. Aufl. New York 1956

Zinkin, H., Asia and the West. New York 1953

Indien und Pakistan

Die folgende Auswahl aus der überreichen Literatur nennt außer wenigen allgemeinen Darstellungen hauptsächlich neuere Arbeiten, die auch Angaben über Quellen und ältere Werke enthalten. Aufgenommen sind ferner einige Bücher über Themen, die aus Raumgründen nicht oder nur kurz behandelt werden konnten: Wirtschafts- und Sozialgeschichte, marxistische Interpretation, Nepal, Bhutan, Sikkim.

Bibliographien

Case, M.H., South Asian History 1750 – 1950. A Guide to Periodicals, Dissertations and Newspapers. Princeton 1968

Sharma, J.S., Mahatma Gandhi. A Descriptive Bibliography. Delhi 1955

–, Indian National Congress. A Descriptive Bibliography. Delhi 1959

Wilson, P., Government and Politics in India and Pakistan 1885 – 1955. A Bibliography. Berkeley 1956

Zeitschriften

Foreign affairs. An American Quarterly Review. New York

Indo Asia. Vierteljahreshefte für Politik, Kultur und Wirtschaft Indiens. Stuttgart, seit 1959

Einzelne Werke

Alsdorf, L., Indien von der mohammedanischen Eroberung bis zur Gegenwart. In: Geschichte Asiens, S. 163 – 307. München 1950

–, Vorderindien. Braunschweig 1955

Andrus, J.R., u. Mohammed, A.F., Trade Finance and Development in Pakistan. Oxford 1966

Austin, G., The Indian Constitution. Oxford 1966

Ayub Khan, M., Friends not Masters. A Political Autobiography. Oxford 1967

Aziz Ahmad, Islamic Modernism in India and Pakistan 1857 – 1964. Oxford 1967

Balabuševič, V.V., u. D'jakov, A.M. (Hrsg.), Novejšaja istorija Indii. Moskau 1959

Bernstorff, D., Indiens Rolle in der Weltpolitik. Baden-Baden 1965

Binder, L., Religion and Politics in Pakistan. Berkeley 1963

- Bondurant, J.V., Regionalism Versus Provincialism. Indian Press Digest, Mon. Ser. Berkeley 1958
- , Conquest of Violence. The Gandhian Philosophy of Conflict. Neuaufl. Berkeley 1965
- Brass, P.R., Factional Politics in an Indian State. The Congress Party in Uttar Pradesh. Berkeley 1965
- Brecher, M., Nehru. Eine politische Biographie. München 1963 (zuerst engl. London 1959)
- , Succession in India. Oxford 1966
- Brown, W.N., The United States and India and Pakistan. Neuaufl. Cambridge (Mass.) 1963
- Chanda, Asok, Federalism in India. London 1965
- Čašikov, J., u. Šapošnikova, L., K istorii rabočego dviženija v. Indii. Taschkent 1961
- Chatterji, Bh., A Study of Recent Nepalese Politics. Kalkutta 1967
- Chaudhri Muhammad Ali, The Emergence of Pakistan. New York – London 1967
- Choudhury, G.W., Constitutional Development in Pakistan. London 1959
- , Democracy in Pakistan. Dacca 1963
- Das Gupta, J.B., Indo-Pakistan Relations 1947 – 1955. Amsterdam 1958
- Das, M.N., India under Morley and Minto. London 1964
- Derret, J.D.M., Introduction to Modern Hindu Law. Oxford 1963
- D'jakov, A.M. (Hrsg.), Pakistan. Istorija i ekonomika. Moskau 1959
- (Hrsg.), Ekonomika sovremennoj Indii. Moskau 1960
- Documents on Indian Affairs 1960. Hrsg. v. Girja Kumar u.V.K. Arora. London 1965
- Druhe, D.N., Soviet Russia and Indian Communism 1917 – 1947. New York 1959
- Dube, S.C., India's Changing Villages. London 1960
- Epstein, T.S., Economic Development and Social Change in South India. Manchester 1962
- Erdman, H.L., The Swatantra Party and Indian Conservatism. Cambridge 1967
- Feldman, H., Revolution in Pakistan. Oxford 1967
- Fisher, M.W., Rose, L.E., u. Huttenback, R.A., Himalayan Battleground. Sino-Indian Rivalry in Ladakh. New York 1963
- Gaeffke, P., Hindiromane in der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts. Leiden – Köln 1966
- Gandhi, M.K., Collected Works of Mahatma Gandhi. Ahmedabad 1958ff. (bisher erschienen 21 Bde.)
- Gankovskij, Y.V., u. Gordon-Polonskaya, L.R., A History of Pakistan. Moskau 1964
- Gankovskij, Ju. V., u.a., Pakistan. Moskau 1966 (russ.)
- Gledhill, A., Pakistan. The Development of its Laws and Constitution. 2. Aufl. London 1967
- Gopal, R., Indian Muslims (1858 – 1947). London 1959

- , Linguistic Affairs of India. London 1966
- Gosh, P. Ch., The Development of the Indian National Congress 1892 – 1909. Kalkutta 1960
- Harrison, S.S., India – The Most Dangerous Decades. Princeton 1960
- Heimsath, C.H., Indian Nationalism and Hindu Social Reform. Princeton 1964
- Herzer, R., u. Mohr, W. (Hrsg.), Verträge der Volksrepublik China mit anderen Staaten. Berlin 1962
- Isaacs, H.R., India's Ex-Untouchables. Bombay 1965
- Jaeckel, H., Die Nordwestgrenze in der Verteidigung Indiens 1900 – 1908. Köln 1968
- Jahrbuch des Südasien-Instituts der Universität Heidelberg 1966. Wiesbaden 1967
- Jha, S.C., Studies in the Development of Capitalism in India. Kalkutta 1963
- Jhangiani, M.A., Jana Sangh and Swatantra. A Profile of the Rightist Parties in India. Bombay 1967
- Joshi, B.L., u. Rose, L.E., Democratic Innovations in Nepal. Berkeley 1966
- Junghans, K.H., Agrarprobleme im indischen Dorf (Kurztitel). In: JSAI 1966, S. 167ff. Wiesbaden 1967
- Karan, P.P., u. Jenkins, W.M., The Himalayan Kingdoms: Bhutan, Sikkim and Nepal. Princeton 1963
- Karnik, V.B., Strikes in India. Bombay 1967
- Kaul, B.M., The Untold Story. Bombay 1967
- Kaushik, P.D., The Congress Ideology and Programme 1920 – 1947. Bombay 1964
- Keer, Dh., Dr. Ambedkar. Life and Mission. 2. Aufl. Bombay 1962
- Keith, A.B., A Constitutional History of India 1600 – 1935. 2. Aufl. Nachdr. Allahabad 1961
- Khalid B. Sayeed, The Political System of Pakistan. Boston 1967
- Lamb, A., The China-India Border. Oxford 1964
- , The McMahon-Line. 2 Bde. London 1966
- , Crisis in Kashmir 1947 to 1966. London 1966
- Lehmann, H., Nehru – Baumeister des neuen Indien. Göttingen 1965
- Lumby, E.W.R., The Transfer of Power in India 1945 – 1947. London 1954
- Majumdar, R.C., History of the Freedom Movement in India. 3 Bde. Kalkutta 1962/1963
- (Hrsg.), British Paramountcy and Indian Renaissance. 2 Bde. Bombay 1963 u. 1965
- Malik, H., Moslem Nationalism in India and Pakistan. Washington 1963
- Martin, W., Panchayati Raj. Die Entwicklung der modernen ländl. Selbstverwaltung in Indien. Diss. Mainz 1965
- Mason, Ph. (Hrsg.), India and Ceylon: Unity and Diversity. Oxford 1967
- Mathur, D.B., Gokhale. A Political Biography. Bombay 1966
- Menon, V.P., The Story of the Integration of the Indian States. London 1956
- , The Transfer of Power in India. Bombay 1957

Michel, A.A., *The Indus Rivers. A Study of the Effects of Partition*. New Haven 1967

Mihaly, E.B., *Foreign Aid and Politics in Nepal*. Oxford 1965

Misra, B.B., *The Indian Middle Classes. Their Growth in Modern Times*. Oxford 1961

Mushtaq Ahmad, *Government and Politics in Pakistan*. 2. Aufl. Karatschi 1963

Narasimhan, V.K., *Kamaraj. A Study*. Bombay 1967

Nayar, B.R., *Minority Politics in the Punjab*. Princeton 1966

Nehru, J., *An Autobiography*. London 1936

Norman, D., *Nehru. The First Sixty Years*. 2 Bde. London 1965

Olschak, B.C., *Sikkim*. Zürich 1965

O'Malley, L.S.S., *The Indian Civil Service 1601 – 1930*. 2. Aufl. London 1965

Overstreet, G., u. Windmiller, M., *Communism in India*. Berkeley 1959

Pavlov, V.I., *Formirovanije indijskoj buržuazii*. Moskau 1958

Pfeffer, K.H., *Pakistan – Modell eines Entwicklungslandes*. Opladen 1967

Philips, C.H. (Hrsg.), *Historians of India, Pakistan and Ceylon*. Oxford 1961

– (Hrsg.), *The Evolution of India and Pakistan 1858 to 1947. Select Documents*. Oxford 1962

v. Pochhammer, W., *Die Auseinandersetzung um Tibets Grenzen*. Frankfurt a.M. 1962

–, *Indiens Wirtschaft heute*. Mainz 1964

Pyarelal, *Mahatma Gandhi*. 2 Bde. Ahmedabad 1958 u. 1965

Qureshi, J.H., *The Muslim Community of the Indo- Pakistan Subcontinent (610 – 1947)*. Den Haag 1962

Rai, S.M., *Partition of the Punjab*. London 1965

Ramanadham, V., *The Structure of Public Enterprise in India*. London 1961

Rangnekar, D.K., *Poverty and Capital Development in India*. Oxford 1959

Rastjannikov, V.G., u.a., *Razvitije kapitalizma v sel'skom chozjajstve sovremennoj Indii*. Moskau 1965

Raychaudhuri, T. (Hrsg.), *Contributions to Indian Economic History*. Bd. 1, 2. Kalkutta 1960 u. 1963

Reisner J.M., u. Goldberg, N.M. (Hrsg.), *Tilak and the Struggle for Indian Freedom*. Neu-Delhi 1966

Rothermund, D., *Der Freiheitskampf Indiens (Quellen u. Arbeitshefte für den Geschichtsunterricht)*. Stuttgart 1961

–, *Indien und die Sowjetunion*. Tübingen 1968

–, *Die politische Willensbildung in Indien 1900 – 1960*. Wiesbaden 1965

–, *Bodenrecht in Indien (Kurztitel)*. In: JSAI 1966, S. 149ff. Wiesbaden 1967

Rothermund, I., *Die Spaltung der Kommunistischen Partei Indiens – Ursachen und Folgen*. Wiesbaden 1969

Rowland, J., *A History of Sino-Indian Relations. Hostile Co-Existence*. Princeton 1967

Ruben, W., *Indische Romane. Eine ideologische Analyse*. 3 Bde. Berlin 1964 – 1967

- Sager, P., Moskaus Hand in Indien. Bern 1966
- Schiller, O., Agrarstruktur und Agrarreform in den Ländern Süd- und Südostasiens. Hamburg 1964
- Schrenck-Notzing, C., Hundert Jahre Indien. Stuttgart 1961
- Singh, B., u. Misra, S., A Study of Land Reforms in Uttar Pradesh. Honolulu 1964
- Singh, V.B., Economic History of India 1857 – 1956. Bombay 1965
- Sitaramayya, B.P., History of the Indian National Congress. 2 Bde. Bombay 1935 u. 1947
- Smith, D.E., India as a Secular State. Princeton 1963
- Spear, P., The Oxford History of India. 3. Aufl. Oxford 1964
- , India, Pakistan and the West. 4. Aufl. Oxford 1967
- Srinivas, M.N., Caste in Modern India. London 1962
- Stephens, J., Pakistan. 3. Aufl. London 1967
- Subramaniam, S., Die Wirtschaftsentwicklung Indiens 1951 – 1961 (Kieler Studien 69). Tübingen 1965
- Swinson, A., North-West Frontier 1839 – 1947. London 1967
- Tahmankar, D.V., Lokamanya Tilak. London 1956
- Tayyeb, A., Pakistan. A Political Geography. Oxford 1966
- Tendulkar, D.G., Mahatma. 8 Bde. 2. Aufl. Bombay 1960ff.
- Thorner, D. u. A., Land and Labour in India. London 1962
- Tinker, H., The Foundations of Local Self-Government in India, Pakistan and Burma. London 1954
- , India and Pakistan. A Short Political Guide. London 1962
- , Experiment with Freedom. India and Pakistan 1947. London 1967
- von Vorys, K., Political Development in Pakistan. Princeton 1965
- Wasti, S.R., Lord Minto and the Indian Nationalist Movement 1905 – 1910. Oxford 1964
- Weiner, M., Party Politics in India. Princeton 1962
- Wilcox, W.A., Pakistan. The Consolidation of a Nation. New York 1963
- , India, Pakistan and the Rise of China. New York 1964
- Williams, L.F.R., The State of Pakistan. Neuaufl. London 1966
- Wolpert, S.A., Tilak and Gokhale: Revolution and Reform in the Making of Modern India. Berkeley 1962
- , Morley and India 1906 – 1910. Berkeley 1967
- Yadav, R.K., The Indian Language Problem. Delhi 1966
- Zinkin, T., Reporting India. London 1962

Ceylon

Zeitschriften

Zahlreiche wichtige Einzeluntersuchungen findet man in folgenden Zeitschriften: The Ceylon Historical Journal und The Ceylon Journal of Historical and Social Studies

Quellenveröffentlichungen

The Betrayal of Buddhism. An Abridged Version of the Report of the Buddhist Committee of Inquiry. Balangoda 1956

The Colebrooke-Cameron Papers. Documents on British Colonial Policy in Ceylon 1796 to 1833. Ausgew. u. hrsg. v. G.C. Mendis. 2 Bde. London 1956

Letters on Ceylon 1846 – 1850. The Administration of Viscount Torrington and The ›Rebellion‹ of 1848. Hrsg. v. K.M. de Silva. Colombo 1965

Return to Righteousness. A Collection of Speeches, Essays and Letters of the Anagarika Dharmapala. Hrsg. v. Ananda Guruge. Colombo 1965

Towards a New Era. Selected Speeches of S.W.R.D. Bandaranaike made in the Legislature of Ceylon 1931 – 1959. Zus. gestellt v. G.E.P. de S. Wickramaratne. Colombo 1961

Weitere wichtige Quellen wurden als *Sessional Papers* von der Regierung Ceylons veröffentlicht.

Abhandlungen

Bechert, H., Buddhismus, Staat und Gesellschaft in den Ländern des Theravāda-Buddhismus. Band 1: Allgemeines. Ceylon (Schriften des Instituts für Asienkunde in Hamburg, 17/1). Frankfurt a.M. 1966

Evers, H.-D., Kulturwandel in Ceylon. Eine Untersuchung über die Entstehung einer Industrie-Unternehmerschicht. Baden-Baden 1964

Farmer, B.H., Ceylon, A Divided Nation. London 1963

Jeffries, Ch., Ceylon. The Path to Independence. New York 1963

Ludowyk, E.F.C., The Modern History of Ceylon. London 1966

Mendis, G.C., Ceylon Today and Yesterday. Main Currents of Ceylon History. 2. Aufl. Colombo 1963

Mills, Lennox, A., Ceylon under British Rule 1795 – 1932. 2. Aufl. London 1964

Pieris, P.E., Sīnhalē and the Patriots, 1815 – 1818. Colombo 1950

de Silva, Colvin R., Ceylon under the British Occupation, 1795 – 1833. 2 Bde. Colombo 1942

Smith, D.E. (Hrsg.), South Asian Politics and Religion. Princeton 1966

Vittachi, T., Emergency '58. The Story of The Ceylon Race Riots. London 1958

Weerawardana, I.D.S., Ceylon General Election 1956. Colombo 1960

Wriggins, W.H., Ceylon: Dilemmas of a New Nation. Princeton 1960

China

Bibliographien

- Berton, P., Manchuria. An Annotated Bibliography. Washington 1951
Berton, P., u. Wu, E., Contemporary China. A Research Guide. Stanford 1967
Chesneaux, J., u. Lust, J., Introduction aux études d'histoire contemporaine de Chine. Paris – Den Haag 1964
Fairbank, J.K., u. Banno, M., Japanese Studies of Modern China. Tokio – Rutland 1955
Fairbank, J.K., u. Liu, K.C., Modern China. A Bibliographical Guide to Chinese Works, 1898 – 1937. Harvard 1950
Feuerwerker, A., Material for the Study of the Economic History of Modern China, in: Journal of Economic History Nr. 1, 1961
Hsüeh, C.T., The Chinese Communist Movement (Bd. 1: 1921 – 1937; Bd. 2: 1937 – 1949). Stanford 1960 u. 1962
Hucker, O., China. A critical Bibliography. Tucson 1962
Revue Bibliographique de Sinologie. Erscheint jährlich. Nr. 7 (erschienen 1968) analysiert die Publikationen aus dem Jahre 1961. Paris – Den Haag
Skačkov, P.E., Bibliografija Kitaja. Moskau 1960
Yuan, T.L., China in Western Literature. Yale 1958

Zeitschriften

- The China Mainland Review. Erscheint vierteljährlich. Hongkong, seit 1965
China News Analysis. Erscheint wöchentlich. Hongkong, seit 1953
The China Quarterly. Erscheint vierteljährlich. London, seit 1960
Contemporary China. Erscheint unregelmäßig. Hongkong, seit 1957
Michigan Papers in Chinese Studies. Erscheint unregelmäßig. Ann Arbor, seit 1968
Papers on China. Erscheint jährlich. Harvard, seit 1947

Einzelne Werke

Diese Liste enthält keine Zeitschriftenartikel.

Das vorangestellte Sternchen (*) weist auf die Werke hin, deren Lektüre in erster Linie empfohlen wird, nicht unbedingt, weil sie die besten wären, sondern weil sie hinreichend verständlich sind und direkt in ein wichtiges Problem oder einen wichtigen Problemkreis einführen. In bestimmten Fällen kennzeichnet das Sternchen unentbehrliche Nachschlagewerke, so bei *Boorman.

Die Republik (1912 – 1949)

- *Barnett, A. Doak, China on the eve of Communist Takeover. New York 1963
- *de Bary, W.T., (Hrsg.), Sources of Chinese Tradition. 2 Bde. New York 1959
- *Belden, J., China breaks the world. New York 1949 (deutsche Übers. 1951)
- Bergère, M.C., La bourgeoisie chinoise et la révolution de 1911. Paris 1968
- Bertram, J., First Act in China, New York 1938
- *Bianco, L., Les origines de la révolution chinoise. Paris 1967
- *Boorman, H.L. (Hrsg.), Biographical Dictionary of Republican China. New York – London. Bd. 1: 1967. Bd. 2: 1968
- *Brandt C., Schwartz, B., u. Fairbank, J.K., A Documentary History of Chinese Communism. Harvard 1952
- *Buck, J.L., Land Utilization in China. 3 Bde. Chicago 1937
- Chang, Kia-ngau, China's Struggle for Railway Development. New York 1943
- , The inflationary spiral. The experience in China, 1939 – 1950. New York 1958
- *Ch'en Han-seng, Landlord and Peasant in China. A Study of the agrarian crisis in South China. New York 1936
- , Industrial capital and Chinese peasants. Schanghai 1939
- Ch'en, J., Mao and the Chinese Revolution. Oxford 1965
- Ch'en Ta, Population in Modern China. Chicago 1946
- Chesneaux, J., Le mouvement ouvrier chinois de 1919 à 1927. Paris 1962
- Chiang Kai-shek, China's Destiny and Chinese Economic Theory. Hrsg. v. Ph. Jaffe. New York 1947
- Ch'ien Tuan-sheng, The Government and Politics of China. Harvard 1950
- Chou Shun-hsin, The Chinese Inflation, 1937 – 1949. New York 1963
- *Chow Tse-Tsung, The May Fourth Movement. Intellectual Revolution in Modern China. Harvard 1960
- Chow, Yung-teh, Social mobility in China. New York 1966
- *Clubb, O.E., Twentieth Century China. New York – London 1964
- Compton, B., Mao's China: party reform documents, 1942 – 1944. Neuausg. Seattle 1966
- Cressey, G.B., Land of the 500 Million. New York – London 1955
- *Fairbank, J.K., The United States and China. Harvard 1962
- *Fairbank, J.K., u. Teng, Ssu-yü, China's Response to the West. A Documentary survey, 1839 – 1923. Harvard 1954
- Fei Hsiao-t'ung, Peasant Life in China. London 1939
- , China's gentry. Chicago 1953
- Fei Hsiao-t'ung, u. Chang Chih-i, Earthbound China. London 1948
- *Feuerwerker, A., The Chinese economy, 1912 – 1949. Ann Arbor 1968
- , (Hrsg.), Modern China. Englewood Cliffs 1964
- Feuerwerker, A., Murphey, R., u. Wright, M.C. (Hrsg.), Approaches to Modern Chinese History. Berkeley 1967
- Fong, H.D., Cotton industry and trade in China. 2 Bde. Tientsin 1932
- Fried, M.H., Fabric of Chinese Society. New York 1953

Gillin, D.G., Warlord Yen Hsi-shan in Shansi Province, 1911 - 1949. Princeton 1967

Guillermaz, J., Histoire du parti communiste chinois. Paris 1968

Han Suyin, The crippled tree. London 1965

Hinton, W., Fanshen. New York - London 1966

Ho Kan-chih, A History of the modern Chinese revolution. Peking 1960

*Ho Ping-ti, Studies on the population of China, 1368 - 1953. Harvard 1959

Hou, Chi-ming, Foreign Investment and economic development in China 1840 - 1937. Harvard 1965

*Hsia, C.T., A history of modern Chinese Fiction, 1917 - 1957. Yale 1961

Hsiao, Tso-liang, Power relations within the Chinese communist movement, 1930 - 1934. Seattle 1961

Hsüch, Chün-tu, Huang Hsing and the Chinese revolution. Stanford 1961

*Isaacs, H.R., The tragedy of the Chinese revolution. 2., rev. Aufl. Stanford 1961

Jansen, M.B., The Japanese and Sun Yat-sen. Harvard 1954

*Johnson, Chalmers A., Peasant nationalism and communist power. The emergence of revolutionary China, 1937 - 1945. Stanford 1962

Lamson, H.D., Social pathology in China. Schanghai 1935

*Levenson, J.R., Confucian China and its modern fate, 3 Bde. London - Berkeley 1958 - 1965

Li, Chien-nung, The political history of China, 1840 - 1928. Engl. Übers. Princeton - London 1956

Lieu, D.K., The growth and industrialization of Shanghai. Schanghai 1936

Liu, F.F., A military history of modern China, 1924 - 1949. Princeton 1956

Loh, Pichon P.Y., The Kuomintang Debacle of 1949: Conquest or Collapse? Boston 1965

Lu Hsün, Nouvelles choisies. Peking 1956

Mac Lane, Soviet policy and the Chinese Communists, 1931 - 1946. New York 1965

Mallory, W.H., China, land of famine. New York 1926

Malraux, A., La condition humaine. Paris 1933. Deutsch: So lebt der Mensch. Taschenbuchausg. Frankfurt a.M. 1969

*Mao Tse-tung, Ausgewählte Werke. Bisher 3 Bde. Peking 1968 u. 1969

Murphey, R., Shanghai, key to modern China. Harvard 1953

North, R.C., Moscow and Chinese Communists, Stanford 1963

*Peck, G., Two Kinds of Time. Boston 1950

Perleberg, M., Who's who in modern China. Hongkong 1954

Rätechina. Dokumente der chinesischen Revolution (hrsg. v. d. Dritten Internationale). Berlin - Moskau 1933/1934

Remer, F.C., Foreign investments in China. New York 1933

Romanus, C.F., u. Sunderland, R., The history of the China-Burma-India Theater, 3 Bde. Washington 1953, 1956 u. 1958

Rosinger, L.K., China's Wartime Politics 1937 - 1944. Princeton 1944

Schram, S., Mao Tse-tung. Paris 1963. Engl. Ausg.: The Political Thought of Mao Tse-tung. London 1963

*-, Mao Tse-tung, London - Baltimore 1966. Deutsche Ausg.: Mao Tse-tung. Frankfurt a.M. 1969 (Bei diesem Buch handelt es sich um eine Biographie, beim vorgenannten um eine innere Biographie und Anthologie.)

*Schwartz, B., Chinese communism and the rise of Mao. Harvard 1951

*-, In search of wealth and power. Yen Fu and the West. Harvard 1964

Sharman, L., Sun Yat-sen, his life and its meaning. New York 1934

Sheridan, J.E., Chinese Warlord. The career of Feng Yü-hsiang. Stanford 1966

*Smedley, A., The great road. The life and times of Chu Teh. New York 1956

*Snow, E., Red star over China. London 1937

- (Hrsg.), Living China. Modern Chinese short stories. New York 1937

Tamagna, F.M., Banking and Finance in China. New York 1942

Tang Tsou, America's failure in China, 1941 - 1950. Chicago 1963

*Tawney, R.H., Land and Labour in China. London 1932

- (Hrsg.), Agrarian China. London 1939

Thomson, J.C., Americans as Reformers in Kuomintang China 1928 - 1937.

Ungedr. Diss. Harvard 1961

Trotsky, L., Problems of the Chinese Revolution. 3. Aufl. New York 1966

*United States, Department of State Publications, United States Relations with China, with Special Reference to the Period 1944 - 1949. Washington 1949

*White, T.H., u. Jacoby, A., Thunder out of China. New York 1946

*Wilbur, M.C., u. How, J. L-y., Documents on Communism, Nationalism and Soviet Advisers in China 1918 - 1927. New York 1956

Winfield, G.F., China - The land and the people, New York 1950

Young, N.A., China's wartime finance and inflation, 1937 - 1945. Harvard 1965

Yu, G.T., Party Politics in Republican China: the Kuomintang, 1912 - 1924. Berkeley - Los Angeles 1966

Volksrepublik China

*Aird, J.S. The size, composition and growth of the population of mainland China. Washington 1961

*Barnett, A.D., Communist China. The early years, 1949 - 1955. New York 1964

*-, Communist China and Asia: a challenge to American policy. New York 1960

*-, China after Mao. Princeton 1967

Bodde, D., Peking diary. New York 1950

Boorman, H.L. (Hrsg.), Contemporary China and the Chinese (Annals of the American Academy of Political and social Science, Nr. 321). Philadelphia 1959

Bowie u. Fairbank (Verf. der Einleitung), Communist China 1955 - 1959: policy documents with analysis. Harvard 1962

Chao, Kuo-chun, Agrarian Policy of the Chinese Communist Party, 1921 – 1959. Bombay – London – New York 1960

Chen, Th. H.E., Thought reform of the Chinese intellectuals. Hongkong 1960

Cheng, J. Ch. (Hrsg.), P.L.A. Kung-tso T'ung-hsün. The politics of the Chinese Red Army. Hoover 1966

Cohen, J.A., The Criminal process in the People's Republic of China, 1949 – 1963. An introduction. Harvard 1968

Dumont, R., La Chine surpeuplée. Tiers Monde affamé. Paris 1965

Eckstein, A., The national income of Communist China. New York 1962

*-, Communist China's economic growth and foreign trade. New York 1966

*Eckstein, A., Galenson, W., u. Liu, T.C. (Hrsg.), Economic Trends in Communist China. Edinburgh 1968

Fairbank, J.K., China: the People's middle kingdom and the USA. Harvard 1967

Goldman, M., Literary dissent in Communist China. Harvard 1967

Gould, S.H. (Hrsg.), Sciences in Communist China. Washington 1961

*Guillermaz, J., La Chine populaire. 4. Aufl. Paris 1967

Halperin, M.H., China and the bomb. London 1965

*Hu, Chang-tu, u.a., China. Its people, its society, its culture. New Haven 1960

Joffe, E., Party and army. Professionalism and political control in the Chinese officer corps, 1949 – 1964. Harvard 1965

Klochko, M., A Soviet scientist in Red China. New York 1964

Lewis, J.W., Leadership in Communist China. Ithaca 1963

Li, Choh-ming, Economic development in Communist China. An appraisal of the first five years of industrialization. Berkeley 1959

-, The statistical system of Communist China. Berkeley 1962

– (Hrsg.), Industrial development in Communist China. New York – London 1964

*Lifton, R.J., Thought reform and the psychology of totalism. A study of ›brainwashing‹ in China. New York 1961

Liu, T.c., u. Yeh, K.c., The economy of the Chinese mainland. National income and economic development 1933 – 1959. Princeton 1965

*Liu, W. t. (Hrsg.), Chinese society under communism. A reader. New York 1967

Mac Farquhar, R. (Hrsg.), The Hundred Flowers campaign and the Chinese intellectuals. New York 1960

*– (Hrsg.), China under Mao: politics takes command. Cambridge (Mass.) – London 1966 (Neuausg. von Beiträgen aus *China Quarterly*)

Mehnert, K., Peking und Moskau. Stuttgart 1962

–, Maos Zweite Revolution. Stuttgart 1966

Menguy, M., L'économie de la Chine populaire. Paris 1965

Mitchison, L., Gillian Lo. London 1964

Mu, Fu-sheng, The Wilting of the Hundred Flowers. New York 1962

Oksenberg, M., Riskin, Scalapino u. Vogel, The cultural revolution. 1967 in review. Ann Arbor 1968

Orleans, L.A., Professional manpower and education in Communist China. Washington 1960

Perkins, D.H., Market control and planning in Communist China. Harvard 1966

Rostow, W.W., u.a., The prospects for Communist China. New York 1954

Schurmann, F., Ideology and organization in Communist China. Berkeley – Los Angeles 1966

*Schurmann, F., u. Schell, O. (Hrsg.), The China reader: communist China. New York 1967

Snow, E., The other side of the river. Red China today. New York 1962

Teiwes, F.C., Provincial party personnel in mainland China, 1956 – 1966. New York 1967

Townsend, J., Political participation in communist China. Berkeley 1967

Tregear, T.R., A geography of China. London 1965

Union Research Institute, Who's who in communist China. Hongkong 1966

*United States, Joint Economic Committee Congress of the U.S., An economic profile of mainland China. 2 Bde. Washington 1967

Walker, K.R., Planning in Chinese agriculture. Socialisation and the private sector, 1956 – 1962. London 1965

Whiting, A.S., China Crosses the Yalu. The Decision to Enter the Korean War. New York 1960

Wu, Yuan-li, The economy of communist China. An introduction. New York 1965

Yang, C.K., Chinese Communist Society. The Family and the Village. Cambridge (Mass.) 1965

*Zagoria, D.S., The Sino-Soviet Conflict, 1956 – 1961. New York 1964

Taiwan

Ballantine, J., Formosa: a Problem for United States Foreign Policy. Washington 1952

Bate, H.M., Report from Formosa. New York 1952

Ch'en Ch'eng, Landreform in Taiwan. Taipeh 1961

China Handbook (von 1951 bis 1957), dann China Yearbook (zuerst 1958/1959). Erscheint jährlich. Offizielle Publikation. Taipeh

Chinese-American J.C.R.R., General Report on the Joint Commission on Rural Reconstruction. Erscheint jährlich seit 1950. Taipeh

Gallin, B., Hsing Hsing, Taiwan: a Chinese People in Change. Berkeley 1966

Ho, Y.M., Agricultural Development of Taiwan 1903 – 1960. Nashville 1966

Hsieh, S.C., u. Lee, T.H., Agricultural Development and its Contribution to Economic Growth in Taiwan. Taipeh 1966

Kerr, G.H., Formosa Betrayed, Boston 1965

Mancall, M. (Hrsg.), Formosa today. New York 1964

Riggs, F.W., Formosa under Chinese Nationalist Rule. New York 1952
Shen, T.H., Agricultural Development in Taiwan since World War II. Ithaca 1964

Japan

Vor 1945

Allen, G., A short economic history of Japan. London 1962
Beasley, W., The modern history of Japan. London 1963
Butow, R., Japan's decision to surrender. Stanford 1954
–, Tojo and the coming of the war. Princeton 1961
Craigie, R., Behind the Japanese mask. London 1945
Dallin, D., Soviet Russia and the Far East. New Haven 1948
Farley, M., The problem of Japan trade expansion. New York 1939
Grew, J., Ten years in Japan. New York 1944
Guillain, R., Le peuple japonais et la guerre. Paris 1947
Jones, F., Japan's New Order in East Asia. Its rise and fall, 1937 – 1945. London 1954
Lequiller, J., Le Japon. Paris 1966
Lockwood, W., Trade and trade rivalry between the United States and Japan. New York 1936
–, The economic development of Japan. Growth and structural change, 1868–1938. Princeton 1955
Nish, I., The story of Japan. London 1968
Reischauer, E., The United States and Japan. Cambridge (Mass.) 1950
Scalapino, R., Democracy and the party movement in prewar Japan. Berkeley 1953
Shigemitsu, M., Japan and her destiny. London 1958
Stimson, H., The Far Eastern crisis. New York 1935
Togo, S., The cause of Japan. New York 1956
Yanaga, C., Japan since Perry. New York 1949
Young, A., Japan in recent times, 1912 – 1926. New York 1929
–, Imperial Japan. 1926 – 1938. New York 1938

Nach 1945

Einzelne Werke

Benedict, R., Le chrysanthème et le Sabre. Boston 1946
Bisson, T.A., Zaibatsu dissolution in Japan. Berkeley – Los Angeles 1954
Brochier, H., Le miracle économique japonais. Paris 1965
Cheroy, J., Où va le Japon? Paris 1954
Cohen, J.B., Japanese economy in war and reconstruction. Minneapolis 1949

Cukierman, R., Le capital dans l'économie japonaise.
 La Documentation Française, Paris:
 NED Nr. 971, 5. Aug. 1948: La concentration économique au Japon
 NED Nr. 1541, 24. Okt. 1951: Ententes et monopoles dans le monde: le Japon
 NED Nr. 2077, 2078, 2079, Sept. 1955: L'évolution de l'économie japonaise
 NED Nr. 2417, 24. Mai 1958: Le gouvernement Kishi à la veille de la dissolution
 NED Nr. 2661, 3. Mai 1960: L'évolution électorale du Japon depuis la dernière guerre (1945 - 1959)
 Mariani, F., Japon. Paris 1959
 Maruyama, Masao, Thought and Behaviour in Modern Japanese Politics. Oxford 1963
 Morris, I., Nationalism and the Right wing in Japan. A study of post-war trend. Oxford 1960
 Noda, Y., Introduction au Droit japonais. Paris 1966
 Pons, F., Un cas de développement sans inflation: le Japon. Paris 1963
 Presse, A., La Soka Gakkai. 1965
 Reischauer, E.O. Japan, past and present. New York 1946
 Samson, G.B., Japan, a short cultural History. Neuaufl. London 1946
 -, The Western World and Japan. New York 1950
 Scalapino, R.A., u. Masumi, J., Parties and Politics in contemporary Japan. Berkeley - Los Angeles 1965
 Stoëtzel, J., Jeunesse sans chrysanthème ni sabre. Paris 1953
 Storry, R., Histoire du Japon. Paris 1963
 Theysset, E. L'essor du mouvement ouvrier au Japon (1945 - 1948). Diss. Paris 1950
 Robert, J., Education et Information au Japon. In: Information, Education et Progrès politique. Institut des Sciences Sociales. Province de Barcelone. 1967. II
 Yanaga, C., Japanese people and politics. New York 1956

Zeitschriftenartikel

Capitant, R., Les problèmes de la démocratie et la constitution japonaise. In: Public Law Review. 1958. S. 1ff.
 Fukase, T., Le fonctionnement de la Constitution japonaise de 1946. In: Revue internationale de Droit comparé. 1959. Nr. 2. S. 365
 -, Théories et réalités de la formule constitutionnelle japonaise de renonciation à la guerre.
 In: Revue du Droit public et de la Science politique. 1963. S. 1110
 Leblanc, F., Le régime des partis au Japon. In: Revue française de Science politique. 1957. Nr. 1. S. 122 - 133
 Miyazawa, T., La constitution et les partis politiques. In: Orient-Occident. Nr. 7. S. 20

Neuvy, P., Les élections du 27 Février 1955 au Japon. In: Revue française de Science politique. 1955. Nr. 2. S. 358 – 369

Korea

Vgl. zu Korea im einzelnen:

Silberman, B.J., Japan and Korea. A critical Bibliography. Tucson 1962. S. 92 – 114

Grajdanzev, A.J., Modern Korea. New York 1944

Hakwon-Sa, Ltd. (Hrsg.), Korea. Its Land, People and Culture of All Ages. Seoul 1960

Hulbert, H.B., History of Korea. 2 Bde. London 1962

Lautensach, H., Korea. Eine Landeskunde auf Grund eigener Reisen und der Literatur. Leipzig 1945

Lee, C.S., The Politics of Korean Nationalism. Berkeley 1963

McCune, G.M., u. GREY, A.L., Korea Today. Harvard 1950

McCune, S., Korea's Heritage. A Regional and Social Geography. Rutland – Tokio 1956

NED Nr. 3404. La République de Corée depuis 1945. Paris 1967

Osgood, C., The Koreans and their Culture. New York 1951

Paige, G.D., The Korean People's Democratic Republic. Stanford 1966

REES, D., Korea. The Limited War. New York 1964

Reeve, W.D., The Republic of Korea. A Political and Economic Study. London 1963

Scalapino, R.A. (Hrsg.), North Korea Today. New York 1963

Scalapino, R.A., u. Lee, C.S., The Origins of the Korean Communist Movement. Berkeley 1961

Suh, D.S., The Korean Communist Movement, 1918 – 1948, Princeton 1967

Unesco, Unesco Korean Survey. Seoul 1960

Eine Zeitschrift:

Korean Affairs. Erscheint vierteljährlich. Seoul

Südostasien

Bibliographien

American Institute of Pacific Relations, Books on South-East Asia. A Select Bibliography. New York 1959

Auvade, R., *Bibliographie critique des oeuvres parues sur l'Indochine française*. Paris – Maisonneuve 1965
Bibliography of asian studies. Jährlich publiziert als Supplement des *Journal of Asian Studies*. Ann Arbor, seit 1957. Bis 1956 unter dem Titel: *Far Eastern Bibliography*
 Boudet, P., u. Bourgeois, R., *Bibliographie de l'Indochine française*. Bd. 1 (1913 – 1926).
 Bd. 2 (1927 – 1929). Bd. 3 (1930). Bd. 4 (1931 – 1935). Hanoi 1929 – 1943
 Devillers, P., *L'Indonésie depuis 1942: Etat des travaux*. In: *Revue française de Science politique*. Dez. 1958
 Embrée, J.F., u. Dotson, L.O., *Bibliography of the Peoples and Cultures of Mainland South-East Asia*. Yale 1950
 Fistié, P., *La Fédération de Malaisie et Singapour: Etat des travaux*. In: *Revue française de Science politique*. März 1961
 Hall, D.G.E., *Historians of South-East Asia*. London 1961
 Hay, S.N., u. Case, M.H., *South-East Asia. A Bibliographic Guide*. New York 1962
 Hobbs, C., *South-East Asia. An Annotated Bibliography of Selected Reference Sources*. Washington (D.C.) 1952
 Jumper, R., *Bibliography of the Political and Administrative History of Vietnam, 1802 – 1962*. Michigan State University, Vietnam Advisory Group. 1962
 Kennedy, R., *Bibliography of Indonesian Peoples and Cultures*. New Haven 1955
 Lafond, P.B., *Bibliographie du Laos*. Paris 1964
 Nguyễn Thê Anh, *Bibliographie critique sur les relations entre le Vietnam et l'Occident*. Paris – Maisonneuve – Larose 1967
 Sharp, L., u.a., *Bibliography of Thailand*. Ithaca 1956
 Trager, F.N., *An Annotated Bibliography of Burma*. New York 1958

Zeitschriften

Bulletin de la Société d'Études Indochinoise. Saigon, dann Paris
Eastern world. London
Economic Bulletin for Asia and the Far East. Bangkok
Far Eastern Survey. New York
France Asie. Saigon, dann Paris
Journal of the Burma Research Society. Rangun
Journal of History. Manila. Bis 1959 unter dem Titel: *Journal of the Philippine Historical Society*
Journal of the Malayan Branch of the royal Asiatic Society. Singapur
Journal of the Siam Society. Bangkok
Journal of South East Asian History. Singapur
The Malayan Historical Journal. Kuala Lumpur

Einzelne Werke

Allgemeines

- Allen, G.C., u. Donnithorne, A.G., *Western Enterprise in Indonesia and Malaya. A Study in Economic Development*. London 1957
- Cady, J.F., *South East Asia. Its Historical Development*. New York 1964
- Brimmel, J.H., *Communism in South East Asia*. London 1959
- Emerson, R., Mills, L.A., u. Thomson, V., *Government and Nationalism in South East Asia*. New York 1942
- Fisher, C.A., *South East Asia. A Social, Economic and Political Geography*. London 1964
- Furnivall, J.S., *Colonial Policy and Practice. A Comparative Study of Burma and the Netherlands India*. Cambridge 1948
- Hall, D.G.E., *A History of South East Asia*. 2. Aufl. London 1964
- Harrison, B., *South East Asia. A Short History*. London 1954
- Jacoby, E.H., *Agrarian Unrest in South East Asia*. 2. Aufl. Bombay – London 1961
- Kahin, G. (Hrsg.), *Government and Politics of South East Asia*. Ithaca 1959
- Lê Thành Khôi, *L'économie de l'Asie du Sud-Est*. Paris 1964
- , *Histoire de l'Asie du Sud-Est*. Paris 1967
- Mehden, F. von der, *Religion and Nationalism in South East Asia*. Madison 1963
- Mende, T., *L'Asie du Sud-Est entre deux mondes*. Paris 1954
- Pelzer, K., *Pioneer Settlement in the Asiatic Tropics*. New York 1945
- Purcell, V., *The Chinese in South East Asia*. London 1965
- Robequain, C., *Le monde malais*. Paris 1946
- Rosinger, L.K. (Hrsg.), *The State of Asia*. New York 1951
- Thompson, V., *Labor Problems in South East Asia*. Yale 1947
- Thompson, V., u. Adloff, R., *The Left-Wing in South East Asia*. New York 1950
- , –, *Minority Problems in South East Asia*. Stanford 1955
- Trager, F. (Hrsg.), *Marxism in South East Asia*. Stanford 1959
- Van den Bosch, A., *South East Asia Among the World Powers*. Lexington 1957
- Wertheim, W., *East-West Parallels. Sociological Approaches to Modern Asia*. Den Haag 1964

Einzelne Länder

Burma

- Cady, J., *A History of Modern Burma*. Ithaca 1958
- Christian, J.L., *Modern Burma*. Berkeley 1942
- , *Burma and the Japanese Invader*. Bombay 1945
- Furnivall, J.S., *An Introduction to the Political Economy of Burma*. Rangun 1938
- Hall, D.G.E., *Burma*. London 1950
- Harvey, G.E., *British Rule in Burma, 1824 – 1942*. London 1946

Maung Maung, Aung San of Burma. Yale 1962
Tinker, H., The Union of Burma. London 1957
Woodman, D., The Making of Burma. London 1961

Kambodscha

Burchett, W.G., En remontant le Mékong. Hanoi 1957
Giteau, M., Histoire du Cambodge. Paris 1957
Norodom Sihanouk, Recueil de discours. Phnom Penh 1961 – 1965
Preschez, P., Essai sur la démocratie au Cambodge. Paris 1961
Steinberg, D.J. (Hrsg.), Cambodia. Its People, Its Society, Its Culture. 1. Aufl. New Haven 1957. 2., von H. Vreeland rev. Aufl. 1959

Indonesien

Arx, A. von, L'évolution politique en Indonésie de 1900 à 1942. Freiburg 1949
Benda, H.S., The Crescent and the Rising Sun. Indonesian Islam under the Japanese Occupation, 1942 – 1945. Den Haag 1958
Boeke, J., The Evolution of the Netherlands Indies Economy. New York 1946
–, Economics and Economic Policy of Dual Societies as Exemplified by Indonesia. Haarlem 1953
Brackman, A.C., Indonesian Communism. A History. New York 1963
Bruhat, J., Histoire de l'Indonésie. Paris 1958
Furnivall, J.S., Netherlands India. A Study of Plural Economy. New York 1944
Geertz, C., Agricultural Involution. The Process of Ecological Change in Indonesia. Berkeley 1963
Hindley, D., The Communist Party of Indonesia, 1951 – 1963. Berkeley 1964
Kahin, G., Nationalism and Revolution in Indonesia. Ithaca 1952
Nieuwenhuijze, C.A.O. van, Aspects of Islam in Post- Colonial Indonesia. Den Haag 1958
Vandenbosch, A., The Dutch East Indies. Berkeley 1942
van der Kroef, J.M., Indonesia in the Modern World. Bandung 1954 – 1956
Van Niel, The Emergence of the Modern Indonesian Elite. Den Haag 1960
Vlekke, B., Nusantara. A History of the East Indian Archipelago. Cambridge (Mass.) 1950
Wertheim, W., Indonesian Society in Transition. Den Haag 1959

Laos

Le Bar, F., u. Suddard, A. (Hrsg.), Laos. Its People, Its Society, Its Culture. New Haven 1960
Le Boulanger, B., Histoire du Laos français. Paris 1930
Sasorith, D., Le Laos. Paris 1953

Malaya

Emerson, R., Malaysia. A Study in Direct and Indirect Rule. New York 1937

Fistié, P., Singapour et la Malaisie. Paris 1960
 Ginsburg, N., u. Roberts, C.F., Malaya. Seattle 1958
 Gullick, J.M., Malaya. London 1964
 Hanrahan, G., The Communist Struggle in Malaya. New York 1954
 International Bank For Reconstruction and Development, The Economic Development of Malaya. Baltimore 1955
 Kennedy, J., A History of Malaya, 1400 – 1959. New York 1962
 Mills, L.A., Malaya. A Political and Economic Appraisal. Minneapolis 1958
 –, British Rule in Eastern Asia. London 1942
 Ooi Jin Bee, Land, People and Economy in Malaya. London 1963
 Purcell, V.A., Malaya: Communist or Free? London 1954
 –, Malaysia. London 1965
 Pye, L.W., Guerilla Communism in Malaya. Its Social and Political Meaning. Princeton 1956
 Runciman, S., The White Rajahs. A History of Sarawak from 1841 to 1946. Cambridge 1960
 Tregonning, K.G., A History of Modern Sabah (North Borneo), 1881 – 1963. London 1965
 Wang Gung-Wu (Hrsg.), Malaysia. A Survey. London 1964

Philippinen

Agoncillo, T.A., u. Alfonso, O.M., A Short History of the Filipino People. Manila 1960
 Alip, E., Political and Cultural History of the Philippines. Manila 1950 – 1952
 Bernstein, D., The Philippine Story. New York 1947
 Fischer, G., Un cas de décolonisation: les Etats-Unis et les Philippines. Paris 1960
 Hayden, J.R., The Philippines. A Study in National Development. New York 1950
 Jenkins, S., American Policy towards the Philippines. Stanford 1948
 Spencer, J.E., Land and People in the Philippines. Berkeley 1952
 Willoquet, G., Histoire des Philippines. Paris 1961
 Zaide, G., Philippine Political and Cultural History. Manila 1957

Thailand

Blanchard, W. (Hrsg.), Thailand. Its People, Its Society, Its Culture. New Haven 1958
 Crosby, J., Siam. The Crossroads. London 1945
 Fistié, P., La Thaïlande. Paris 1963
 –, L'évolution de la Thaïlande contemporaine. Paris 1967
 Ingram, J.C., Economic Change in Thailand Since 1850. Stanford 1955
 International Bank for Reconstruction and Development, A Public Development Program for Thailand. Baltimore 1959
 Landon, K.P., Siam in Transition. London 1939
 Skinner, G.W., Chinese Society in Thailand. Ithaca 1957

Thomson, V., Thailand, The New Siam. New York 1941
 Vella, W., The Impact of the West on Government in Thailand. Berkeley 1955
 –, Siam under Rama III. New York 1957
 Wilson, D.A., Politics in Thailand. Ithaca 1962

Vietnam

Bernard, P., Le problème économique indochinois. Paris 1934
 Buttinger, J., The Smaller Dragon. A Political History of Vietnam. New York 1958
 –, Vietnam. A Dragon Embattled. New York 1967
 Chaffard, G., Indochine: Dix ans d'indépendance. Paris 1965
 Chesneaux, J., Contribution à l'histoire de la nation vietnamienne. Paris 1955
 –, Le Vietnam. Paris 1968
 Devillers, P., Histoire du Viêt-Nam de 1940 à 1952. Paris 1952
 Dumarest, A., La formation de classes sociales en pays annamite. Lyon 1935
 Fall, B., Le Viêt-Minh, La République démocratique du Viêt-Nam. Paris 1960
 –, Les deux Viêt-Nam. Paris 1967
 Gourou, P., Les paysans du delta tonkinois. Paris 1936
 –, L'utilisation du sol en Indochine française. Paris 1940
 Hô Chi Minh, Oeuvres choisies. Hanoi 1960/1961
 Isoart, P., Le phénomène national vietnamien. Paris 1961
 Lacouture, J., Le Viêt-Nam entre deux paix. Paris 1965
 –, Hô Chi Minh. Paris 1967. Deutsche Ausg. Frankfurt a.M. 1968.
 Taschenbuchausg. Frankfurt a.M. 1969
 Lacouture, J., u. Devillers, P., La fin d'une guerre, Indochine 1954. Paris 1960
 Lancaster, D., The Emancipation of French Indochina. London 1961
 Lê Châu, Le Viêt-Nam socialiste. Paris 1966
 Lê Thành Khôi, Le Viêt-Nam. Histoire et Civilisation. Paris 1955
 Mus, P., Viêt-Nam. Sociologie d'une guerre. Paris 1950
 Nguyễn Kiên, Le Sud-Vietnam depuis Dien-bien-phu. Paris 1963
 Robequain, C., Le développement économique de l'Indochine française. Paris 1939
 Scigliano, R., South Vietnam: Nation under Stress. Boston 1963
 Shaplen, R., The Lost Revolution. New York 1965
 Thompson, V., French Indochina. New York 1937
 Truong Chinh, La résistance vaincra. Hanoi 1960
 Vo Nguyễn Giap, Guerre du peuple, armée du peuple. Hanoi 1961
 Vo Nhân Tri, Croissance économique de la République démocratique du Viêt-Nam. Hanoi 1967

Verzeichnis und Nachweis der Abbildungen

- ⇒ 1 *Bal Gangadhar Tilak, Vater der indischen Unruhe, im Jahre 1908*: Foto Lokamanya Tilak Memorial Trust & India Centre, London
- ⇒ 2 *Vizekönig Lord Curzon*: Foto National Portrait Gallery, London
- ⇒ 3 *Nehru beim Ritual des Spinnens (1952)*: Foto Ullstein Bilderdienst
- ⇒ 4 *Das Haus des britischen Vizekönigs in Neu Delhi*: Foto Camera Press, London
- ⇒ 5 *Indien vor der Unabhängigkeit*: nach einer Vorlage von Professor Dr. Georg Buddruss
- ⇒ 6 *Li Ta-chao, im April 1927 verhafteter und bald darauf hingerichteter kommunistischer chinesischer Führer*: aus *La Politique de Pékin*, Nr. 16 vom 17. April 1927 (14. Jahrgang)
- ⇒ 7 *Der Lange Marsch (1934/1935)*: nach einer Vorlage des Herausgebers
- ⇒ 8 *Militärrevolte in Siam 1932. Einer der neuen Minister hält eine Ansprache vor Offizieren und Soldaten*: Foto Archiv Gerstenberg, Frankfurt am Main
- ⇒ 9 *Von den chinesischen Kommunisten am Ende des Zweiten Weltkrieges kontrollierte Gebiete*: nach einer Vorlage des Herausgebers
- ⇒ 10 *Die Achte Marscharmee (nach einem Druck aus der Zeit des chinesisch-japanischen Krieges)*: aus *La Chine*, 1965, Nr. 11
- ⇒ 11 *Lee Kuan Yew, der Premierminister von Singapur*: Foto United Press International, Frankfurt am Main
- ⇒ 12 *Muhammad Ali Jinnah, der Gründer Pakistans*: Foto Associated Press, Frankfurt am Main
- ⇒ 13 *Gandhi im Gespräch mit dem letzten britischen Vizekönig, Viscount Mountbatten, und dessen Frau (1947)*: Foto Ullstein Bilderdienst
- ⇒ 14 *Flüchtlinge aus Pakistan nach ihrer Ankunft auf dem Bahnhof von Delhi (1947)*: Foto Deutsche Presse-Agentur, Frankfurt am Main
- ⇒ 15 *Die Sprachprovinzen Indiens*: nach einer Vorlage von Professor Dr. Georg Buddruss
- ⇒ 16 *China (Übersichtskarte)*: nach einer Vorlage des Herausgebers

- ⇒ 17 *Eine Reihe primitiver Schmelzöfen in der rotchinesischen Provinz Honan (Aufnahme aus dem Jahre 1959):* Foto Associated Press, Frankfurt am Main
- ⇒ 18 *»Lernen wir vom Genossen Lei Feng!« Kalligraphie Mao Tse-tungs:* aus Hsin Hua Pan-yüeh-kan, Nr. 246, 4/1965
- ⇒ 19 *Prinz Hitachi, der jüngste Sohn des Kaisers, und seine Gemahlin in offizieller Hofkleidung:* Foto United Press International, Frankfurt am Main
- ⇒ 20 *Ausschnitt aus dem Straßennetz in der Innenstadt von Tōkyō:* Foto United Press International, Frankfurt am Main
- ⇒ 21 *Tōkyō 1965: Blick auf den Komazawa Olympia-Park:* Foto Associated Press, Frankfurt am Main
- ⇒ 22 *Eins der hervorstechendsten olympischen Bauwerke in Tōkyō: das Schwimmbad:* Foto Associated Press, Frankfurt am Main
- ⇒ 23 *U Nu, Chou En-lai und General Ne Win (v.l.n.r.) in Rangun Januar 1961:* Foto Keystone, München
- ⇒ 24 *Prinz Norodom Sihanouk bei der Eröffnung der Bauarbeiten an der Eisenbahnstrecke zwischen Phnom-Penh und Sihanoukville:* Foto United Press International, Frankfurt am Main
- ⇒ 25 *Hô Chi Minh:* Foto Deutsche Presse-Agentur, Frankfurt am Main